

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1975 · TEIL II

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR),
W. Kula (VR Polen), H. Mottek (DDR), S. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR),
E. Ragonieri (Italien), S. I. Tjulpanow (UdSSR)

Auslandskorrespondenten

Emil Niederhauser (UVR), Jerzy Tomaszewski (VR Polen), S. Sak (UdSSR)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther, Horst Heininger, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Irene Strube

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Parviz Khalatbari, Hermann Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Hildegard Hoffmann, Jörg Roesler, Heinzpeter Thümmeler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmeler

1975 · TEIL II

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1975

Redaktionsschluß: 15. 6. 1974

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Straße 3—4

(©) 1975 by Akademie-Verlag

Lizenznummer: 202 · 100/71/75

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 752 73 52 (2103/75/2) · LSV 0305

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

INHALT

Zu diesem Band

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Zu den Themen des Internationalen Historikerkongresses
in San Francisco

K. Lärmer	Maschinenbau in Preußen. Ein Beitrag zur Problematik Staat und Industrielle Revolution	13
K. Obermann	Die deutsche Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika im 19. Jahrhundert, ihre Ursachen und Auswirkungen (1830 bis 1870)	33
H. Harnisch	Bevölkerung und Wirtschaft. Über die Zusammenhänge zwischen sozialökonomischer und demographischer Entwicklung im Spätfeudalismus	57
E. Ch. Welskopf	Der Souveränitätsverlust der hellenischen Poleis als Rückschlag und als Impuls der Urbanisierung der Mittelmeerwelt	89
H. Kreißig	Boden und Abhängigkeit im Orient in der hellenistischen Epoche	101

Dreißig Jahre Befreiung vom Faschismus

H. Seifert	Zur Rolle der politischen Ökonomie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik	117
------------	--	-----

275 Jahre Akademie der Wissenschaften

C. Grau	"... das Werk samt der Wissenschaft auf den Nutzen richten ..." Aus der Frühgeschichte der Berliner und der Petersburger Akademie der Wissenschaften	137
W. Schlicker	Zu Max Plancks Bedeutung für die Leitung der Wissenschaft und Organisation der Forschung. Unter besonderer Berücksichtigung seines Wirkens in der Weimarer Republik	161

100 Jahre Kritik am Gothaer Programm

- W. Jahn/W. Müller Die Bedeutung der Auseinandersetzung mit den ökonomischen Auffassungen des Lassalleanismus in Marx' "Kritik des Gothaer Programms" für die Geschichte der marxistischen politischen Ökonomie. Zum 100. Jahrestag von Karl Marx' "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei" 201

LITERATURKRITIK

- K. Gossweiler Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis im faschistischen Deutschland. Gedanken zu Werner Krause, Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz. Die bürgerliche Ökonomie in Deutschland während der faschistischen Herrschaft = Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 31 229
- M. Nussbaum Staatsunternehmen und staatliches Schlichtungswesen in der Weimarer Republik. Bemerkungen zu Hans Joachim Winkler, Preußen als Unternehmer 1923 - 1932. Staatliche Unternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba = Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 17; Hans Hermann Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918 - 1933. Die Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik = Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 23 247
- M. Springer Sein und Bewußtsein. Fragen des mittelalterlichen Geisteslebens nach A. Ja. Gurevič, Kategorii srednevekovoj kul' tury 255

BETRIEBSGESCHICHTE

- G. u. S. Reichert Zum Entstehen der Betriebsgeschichte des VEB Mikromat Dresden 265

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

H. Handke	Probleme der Entwicklung der Arbeiter- klasse im Sozialismus	273
P. Khalatbari	Überbevölkerung und Unterentwicklung	279
H. Harnisch/K. Lärmer	Technik, Ökonomie und Wissenschaft im 19. Jahrhundert	281
G. Narweleit	Kolloquium zur Infrastruktur Deutsch- lands im Zeitraum 1800 bis 1870	289

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR (6. Lie- ferung)	295
Autorenverzeichnis	303
Содержание, Contents, Contenu, Sumario	305

Die Berücksichtigung von Jahrestagen und besonderen Ereignissen im wissenschaftlichen Leben hat für ein Jahrbuch wie das unsrige dann seinen Sinn, wenn sie aktuelle Fragestellungen erfaßt und neue Forschungsergebnisse unter den so gesetzten Blickwinkeln vorführt. Die im vorliegenden Band zusammengeführten Arbeiten sind in eben diesem Sinne zustande gekommen.

Auf der Tagesordnung des Internationalen Historiker-Kongresses in San Francisco stehen Themen zur industriellen Entwicklung im 19. Jahrhundert, zum Migrationsproblem und zur Rolle der griechischen Poleis. K. Lärmer, K. Obermann, H. Harnisch, E. Ch. Welskopf und H. Kreißig wenden sich in ihren Beiträgen damit zusammenhängenden Problemen zu.

Seit der Befreiung vom Faschismus sind im Mai dieses Jahres 30 Jahre vergangen. Die Entwicklung, die die politökonomische Theorie in den ersten Jahren nach der Befreiung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone nahm, insbesondere auch die helfende Wirkung der Erfahrungen sowjetischer Ökonomen, untersucht H. Seifert in seinem zur Diskussion herausfordernden Beitrag, der zu diesem Jahrestag geschrieben wurde.

Seit der Gründung der Akademie der Wissenschaften in Berlin sind 275 Jahre vergangen. C. Grau, F. Herneck und W. Schlicker haben aus diesem Anlaß das Wirken hervorragender Akademiemitglieder untersucht, die der Wissenschaft als Produktivkraft Geltung verschafften.

Vor genau hundert Jahren schrieb Karl Marx seine berühmten "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei". W. Jahn und W. Müller untersuchen aus diesem Anlaß den Einfluß der ökonomischen Auffassungen des Lassalleanismus im sogenannten Gothaer Programm. Von besonderem Interesse ist dabei der Zusammenhang mit den "modernen" ökonomischen Theorien sozialreformistischer Marx-Fälscher.

Stark problemorientierte Rezensionen, informative Tagungsberichte und wertvolle Erfahrungsberichte für die Arbeit von Betriebsgeschichtskollektiven schließen neben der jeweils in den Bänden 2 und 4 wiederkehrenden Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR den vorliegenden Band ab.

Abhandlungen,

Studien, Miscellen

MASCHINENBAU IN PREUSSEN

Ein Beitrag zur Problematik Staat und Industrielle Revolution⁺

von Karl Lärmer

Vorbemerkung

Formen der Förderung

Zum Umfang der staatlichen Unterstützung

Die Hemmung

Vorbemerkung

Als sich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in den deutschen Staaten der Übergang von der Handarbeit zur maschinellen Großproduktion und damit der Beginn der Industriellen Revolution ankündigte, war in England und Frankreich, den damals fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern, dieser Prozeß schon im vollen Gange. In beiden Ländern vollzog sich die Industrielle Revolution auf stabilen, durch siegreiche bürgerliche Revolutionen geschaffenen bürgerlichen Produktionsverhältnissen. Deshalb konnte nicht nur die materiell-technische Basis des Kapitalismus der freien Konkurrenz rasch anwachsen, sondern die Entstehung und Konstituierung der beiden Hauptklassen des Kapitalismus, der Bourgeoisie und des Proletariats, verlief ebenso ungestört wie das Wirksamwerden der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus. Zur technischen Überlegenheit, insbesondere Englands, gesellte sich die Reife der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die auch in der Stärke des Kapitals, der Quantität und der Qualität der Arbeitskräfte, des Transport- und Nachrichtenwesens, des bürgerlichen Bildungswesens usw. ihren Ausdruck fanden.

In den deutschen Staaten, auch in Preußen, von dem hier die Rede sein soll, herrschte zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine wesentlich andere gesamtgesellschaftliche Situation. Sie war die entscheidende Ursache dafür, daß in den deutschen Staaten die Industrielle Revolution später einsetzte und wesentlich später endete als in England und Frankreich.

In Preußen begann die bürgerliche Revolution, wie Friedrich Engels schrieb, - mit Ausnahme der Landesteile, die zeitweilig von Frankreich okkupiert waren -

⁺ Erweiterter Diskussionsbeitrag, gehalten auf dem III. gemeinsamen Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der Volksrepublik Ungarn am 11. und 12. Juli 1974 in Budapest.

erst in den Jahren 1808 bis 1813.¹ Die preußischen Reformen, Konsequenz der antifeudalen Volksbewegung und gewisser Einsichten progressiver Vertreter der herrschenden Klasse, stellten insofern den Beginn der bürgerlichen Revolution in Preußen dar, als sie die Leibeigenschaft beseitigten, die generelle Bauernbefreiung einleiteten, eine Gewerbeordnung schufen, die der Herausbildung der freien Konkurrenz Raum gab, dem Bürgertum in den Städten ein begrenztes politisches Mitspracherecht einräumten usw. Alle diese Maßnahmen wurden jedoch von der feudalen herrschenden Klasse und ihrem Staat so gelenkt und geführt, daß sie die politische Macht behielt und die Staatsbürokratie jederzeit die Kontrolle auch in allen Bereichen der Wirtschaft auszuüben in der Lage war. Das bedeutete nicht nur, daß die Feudalen sich allmählich in Kapitalisten verwandeln konnten, sondern vor allem, daß die Veränderung der Produktionsverhältnisse sich außerordentlich langsam - und von Rückschlägen begleitet - vollzog. Dies wiederum mußte sich auf die Entfaltung der modernen Produktivkräfte negativ auswirken: auf die Kapitalakkumulation, auf die Einführung der neuen Produktionstechnik sowie auf die Herausbildung und Qualifizierung der Produktivkraft Mensch, des Menschen in seiner Funktion als Produzent oder als Leiter der Produktion. Gewiß, der Aufschwung der Produktion war im Verlauf der Industriellen Revolution auch in Preußen enorm. Es dauerte aber Jahrzehnte, bevor der Anschluß an England und Frankreich erreicht wurde.

Dennoch zeigte sich das scheinbar erstaunliche Phänomen, daß sich dieser Staat, wenn auch in Grenzen, durchaus um die Förderung der industriellen Entwicklung bemühte.

Die Einschätzung der preußischen Gewerbeförderungspolitik ist in der bürgerlichen Literatur sehr umstritten. Im 19. Jahrhundert und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zeigt sich in der Literatur, so zum Beispiel bei Conrad Matschoß, zwar ein gewisses Herumkritteln an diesem und jenem Verhalten untergeordneter bzw. territorialer Behörden Preußens, insgesamt wird aber die staatliche preußische Gewerbeförderungspolitik uneingeschränkt gefeiert.² In den vergangenen beiden Jahrzehnten haben sich in der entsprechenden Literatur recht gegensätzliche Standpunkte herausgebildet.³ So wendet sich Wolfram Fischer 1972 gegen die, wie er sagt, "immer noch nicht ausgestorbene" Meinung, "daß im 19. Jahrhundert zumindest in England, Nordamerika und in den führenden Staaten des europäischen Kontinents die Regierung sich auf die Rolle des Nachwächters zurückgezogen und die wirtschaftliche Entwicklung sich selbst überlassen habe."⁴ Und in bezug auf England: "Wer von kontinental-europäischen Verhältnissen ausgeht, wird dem Staat als Faktor der Industrialisierung eine weit größere, jedenfalls frühere (zeitlich sowohl wie funktional frühere) und auch tie-

1 Engels, Friedrich, Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu "Der deutsche Bauernkrieg", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 513.

2 Vgl. Matschoß, Conrad, Preußens Gewerbeförderung und ihre großen Männer. Dargestellt im Rahmen der Geschichte des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes 1821 - 1921, Berlin 1921.

3 Eine ausführliche Einschätzung der Zielsetzung der neuesten bürgerlichen Publikationen zur Industriellen Revolution und zu der Rolle des Staates in diesem Prozeß gibt Kuczynski, Thomas, Industrielle Revolution oder Industrialisierung?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 1.

4 Fischer, Wolfram, Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1972, S. 60.

fer eingreifende Rolle (als in England - K. L.) zuweisen.⁵ Knut Borchardt dagegen kam im gleichen Jahr zu folgender Auffassung: "Gelegentlich wird behauptet, es habe in Deutschland eine staatliche Industrialisierungspolitik gegeben. Das ist, sieht man von Schlesien ab, für die Zeit bis 1850 zumindest übertrieben. Die Behörden nahmen die Entwicklung der Industrie eher hin, interessierten sich wohl für die Entfaltung des Gewerbefleißes und die Sicherung der 'Nahrung der Bevölkerung', hielten sich aber doch in der Unterstützung der Konzentrationsbewegung zurück... Was oft als bewußte Industrialisierungspolitik bezeichnet wird, ist nichts anderes als das längst fällige Herstellen von Bedingungen, die in anderen westlichen Staaten schon lange vor der Industrialisierung bestanden."⁶ Ija Mieck schätzte die staatliche Gewerbeförderung in Preußen - wahrgenommen vor allem durch die Technische Deputation für Gewerbe - in der Zeit von 1811 bis 1818 negativ ein, da diese Behörde "mit überholten Methoden und unzureichenden Fachkenntnissen"⁷ arbeitete. Seiner Auffassung nach waren aber die bis 1844 erreichten Fortschritte in der industriellen Entwicklung Preußens wesentlich auf die 1818/1819 erfolgte Reorganisation der Technischen Deputation unter Leitung von P. C. W. Beuth zurückzuführen, denn er schreibt: "Die Gewerbe-Ausstellung von 1844 dokumentierte überzeugend die Leistungsfähigkeit der einheimischen Industrie und war gleichsam ein Symbol der erfolgreichen Arbeit der verantwortlichen Beamten des Gewerbe-Departments in den vergangenen Jahrzehnten."⁸

Es ist gewiß unbestreitbar, daß sich der preußische Staat von Anbeginn der Industriellen Revolution um die Förderung der maschinellen Produktion bemühte. Dieses positive Bemühen im Bereich der Produktionstechnik vollzog sich jedoch auf dem Boden unausgereifter bürgerlicher Produktionsverhältnisse und war deshalb nur bedingt effektiv. Mit Ausnahme vielleicht von Borchardt, der das Wechselverhältnis zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse offenbar sieht, wird dieser grundsätzliche Faktor der Produktivkräfteentwicklung von der bürgerlichen Literatur negiert. Besonders deutlich zeigt sich das bei Fischers Bewertung der Rolle des Staates in England und auf dem Kontinent. Dagegen überbetont Fischer - und auch Mieck - die durch den zum Teil noch stark feudal-bürokratischen Staatsapparat stümperhaft betriebene Gewerbepolitik. Aber man kann auch Borchardt in seinem Urteil über die "staatliche Industrialisierungspolitik" nicht uneingeschränkt folgen. Natürlich betrieb der preußische Staat keine Industrialisierungspolitik im echten Sinne des Wortes, aber von dem Moment an, als der welthistorische Prozeß der Industriellen Revolution einsetzte, war auch er ökonomisch, politisch und militärisch gezwungen, Anschluß an die industrielle Entwicklung zu suchen. Wenn er sich dabei anderer - zum Teil unqualifizierter - Mittel bediente als der englische Staat, so doch deshalb, weil Basis und Überbau Preußens wesentlich anders strukturiert waren als zum Beispiel in England.

Über die Motive der Förderung der industriellen Entwicklung in den deutschen Staaten schreibt Hans Mottek völlig zutreffend: "... diese Haltung entspricht insoweit den Ursachen für die merkantilistische Gewerbeförderung der absolutisti-

5 Ebenda, S. 64.

6 Borchardt, Knut, Die Industrielle Revolution in Deutschland, München 1972, S. 50.

7 Mieck, Ija, Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806 - 1844. Staatshilfe und Privatinitiative zwischen Merkantilismus und Liberalismus, Berlin 1965, S. 67.

8 Ebenda, S. 231.

schen Staaten des vorangegangenen Jahrhunderts, als die hinter dem absolutistischen Staat stehenden Kreise, ebenso wie die Spitze der Staatsbürokratie, auch in den ersten Jahrzehnten des 19. Jh. im Vergleich zu anderen Staaten um die finanzielle, ökonomische und militärische Stärke ihres Staates fürchteten, falls es zu keiner Entwicklung des Gewerbes, jetzt eben der Industrie, käme."⁹

Die staatlichen Förderungsmaßnahmen für die Industrie schufen zugleich eine Reihe von Abhängigkeiten der aufstrebenden Bourgeoisie gegenüber einem Staatsapparat, der keineswegs frei von mehr oder weniger ausgeprägten feudalen Denk- und Verhaltensweisen, in jedem Fall aber bürokratisch war.

Trotzdem orientierten sich die Bourgeoisie und der Staatsapparat bei der Entwicklung der materiell-technischen Basis des Kapitalismus völlig richtig unter anderem vor allem auf die Ausschöpfung der technischen Erfahrungen Englands. Das schloß nicht aus, daß man sich auch bemühte, Brauchbares aus Frankreich, der Schweiz, aus Belgien und anderen Staaten ins Land zu holen. Wenn das Hauptinteresse England galt, so deshalb, weil dieses Land die Werkstatt der Industriellen Revolution bildete, in dem alle wesentlichen technologischen Entwicklungen, die diesen Prozeß technisch prägten, geschaffen worden waren. Das galt gleichermaßen für die Leichtindustrie wie für die Schwerindustrie und das Transport- und Nachrichtenwesen.

Formen der Förderung

Wenn im Maschinenbauhandwerk in den ersten Jahrzehnten der Industriellen Revolution in Preußen - vor allem aber in Sachsen - auch eigenständige Leistungen vollbracht wurden, so existierte der Maschinenbau, der bis zu den dreißiger Jahren den relativ geringen Maschinenbedarf Preußens decken konnte, doch primär vom Nachbau ausländischer, vorrangig englischer Modelle.

Der Import englischer Produktionstechnik war deshalb eine der Grundbedingungen für die Entfaltung der Industriellen Revolution. Über das technische Niveau der Baumwollindustrie heißt es in einem Dokument des preußischen Finanzministeriums aus dem Jahre 1825: "Die Baumwollspinnerei u. -Weberei ... steht gegen die englische um 20 Jahre zurück. Die neuesten englischen Maschinen sind ... völlig unbekannt."¹⁰

Zehn Jahre später schrieb August Jung, einer der Pioniere der mechanischen Spinnerei und Weberei in Preußen, im Zusammenhang mit einem Unterstützungsgesuch für den Aufbau von zwei Unternehmen durch seine Söhne: "Meine Söhne ... haben zu diesem Zweck bereits mehrere Reisen nach England, Belgien, Frankreich und der Schweiz gemacht, und die großartigen Spinn-, Web- und Druck-Etablissements in jenen Ländern, so wie die größten mechanischen Werkstätten derselben besucht. Diese Reise hat die Überzeugung gegeben, daß die zweckmäßigsten Maschinen, für eine Baumwollspinnerey und Weberey nach neuester Art, ja selbst Wasserrad, Dampfmaschine und Getriebe nicht ausgeschlossen, nur aus dem Auslande bezogen werden können, indem sie zur Zeit noch in keiner vaterländischen Werkstätte so vollkommen gemacht werden. Da ich nun etwas mög-

9 Mottek, Hans/Blumberg, Horst, u. a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 35.

10 Zentrales Staatsarchiv, Historische Abteilung II (im folgenden ZStA II), Rep. 120, e, VII, 2, Nr. 63, Vol. 1, Bl. 26.

lichst Vollkommenes, wie man es bis jetzt noch nicht kennt, einrichten will, so bleibt mir kein anderer Weg übrig, als sämtliche Maschinen und Getriebe zu meiner neuen Anlage, ungeachtet der großen Kosten, aus dem Auslande ... zu beziehen.¹¹

Zu den generell hohen Kosten für importierte Maschinen kamen, wenn es sich um illegale Maschinenimporte aus England handelte, sogenannte Schmuggelprämien, die 1837 zum Beispiel 75 Prozent des Maschinenpreises betrugten.¹² Die Höhe der Prämien war nicht unangemessen, denn, so heißt es in einem Schreiben des preußischen Finanzministeriums, die "Ausfuhr der Maschinen für die Baumwollspinnerei und Weberei ist wenigstens mit 10 Jahren Deportation, in einzelnen Fällen mit dem Stränge verpönt. Es hält daher schwer, Personen zu finden, welche die Maschinenausfuhr übernehmen ..."¹³

Derartig hohe Kosten konnte die kapitalschwache preußische Bourgeoisie nur bedingt tragen, insbesondere dann, wenn es sich darum handelte, den Sprung vom Handwerksbetrieb oder von der Manufaktur zur Fabrik zu vollziehen.

In diesen Fällen leistete der Staat insofern Hilfe, als er entweder völlig auf den Einfuhrzoll verzichtete oder Zollnachlässe verfügte.

Die Zollvergünstigungen wurden jedoch in der Regel unter anderem mit der Auflage verbunden, daß der Eigentümer der Maschinen Werkzeichnungen anzufertigen hatte, die dem Staat zur freien Verwendung übergeben werden mußten. Darüber hinaus wurde der Importeur selbst 1856 noch verpflichtet, "Maschinenbauern die Aufnahme von Werkzeichnungen"¹⁴ zu gestatten. Derartige Auflagen bedeuteten aber, daß der finanzielle Gewinn, den die Zollvergünstigung brachte, damit bezahlt wurde, daß der Unternehmer nur kurzfristig im Konkurrenzkampf technisch überlegen war. Dies um so mehr, als die Maschineneinfuhr in der ersten Phase der Industriellen Revolution - von der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert bis zu den dreißiger Jahren - vor allem nur danach trachten konnte, Modelle für den Nachbau zu beschaffen. Der Gewinn für den einzelnen Unternehmer - nicht für den technischen Fortschritt in Preußen - blieb deshalb gering, so gering, daß Unternehmer unter Umständen auf Maschinenimporte verzichteten.

Keineswegs selten lehnten Unternehmen die angebotene zollbegünstigte Maschineneinfuhr ab, weil die gewährte Zollermäßigung nicht einmal die Anfertigungskosten der vom Staat geforderten Werkzeichnungen deckte.¹⁵

Wie problematisch die zollbegünstigte Einfuhr von Maschinen war, zeigt eine weitere Verpflichtung, die den Unternehmern auferlegt wurde.

Sie hatten den Nachweis zu führen, daß es bei den importierten Maschinen um solche ging, die den neuesten technischen Stand repräsentierten. Gerade aber seit den vierziger Jahren wurde das für die Bourgeoisie angesichts des wachsenden Leistungsvermögens des preußischen Maschinenbaus immer schwieriger. Aus der Fülle der ablehnenden Bescheide der preußischen Staatsbehörden zu Zollnachlaßanträgen seien hier einige zitiert. So teile das Finanzministerium am 5. Juli 1843 dem Fabrikanten A. W. Willmann in Sagan mit:

"In Verfolgung des Bescheides vom 31. Mai werden Sie benachrichtigt, daß die für Ihre Flachs- und Wergspinnerei ... eingegangene Dampfmaschine ... hier selbst in Augenschein genommen worden ist und sich dabei etwas Neyes und Eigen-

11 Ebenda, Bl. 101.

12 Ebenda, Nr. 64, Vol. 1, Bl. 6.

13 Ebenda, Nr. 63, Vol. 1, Bl. 26.

14 Ebenda, Vol. 4, Bl. 46.

15 Ebenda, Bl. 229.

thümliches weder an den Maschinentheilen noch an den Kesseln bemerklich gemacht hat, vielmehr das Werk von der Beschaffenheit ist, daß es hier in der gleichen Güte und selbst besser herzustellen ist ... "16 Oder schon 1838 in einem Bescheid des Finanzministeriums an die Königliche Regierung in Düsseldorf: "Auf den Bericht ... wird eröffnet, daß die von dem Handelshause Wülfig zu Lenep nachgesuchte abgabenfreie Maschinen-Einfuhr nicht ferner zugestanden werden kann, da, wie die eingereichten Zeichnungen ergeben haben, die fraglichen Maschinen keine vorzüglichere neue Konstruktionen enthalten, sondern zum Theil darin denjenigen nachstehen, welche das Finanzministerium aus England kommen ließ, und durch die Verhandlungen des Gewerbevereins zur öffentlichen Kenntniß brachte. Da überdem in Eupen, also im nahen Inlande, nach jenen Abbildungen Maschinen nachgebaut worden sind"17, erfolgt keine Zollvergünstigung.

Diese Form des Technikimports mit staatlicher Unterstützung war insofern von Bedeutung, als der Staat sich für die Bourgeoisie zu einem technischen Konsultationszentrum über die modernste Produktionstechnik des Auslandes entwickelte und die Kommunikation erleichterte; nicht zuletzt auch deshalb, weil Zollbegünstigungen nur dann gewährt wurden, wenn es sich um die Einfuhr von Maschinen handelte, auf die noch kein Patent erteilt worden war¹⁸. Der Aufwand, der dem Staatshushalt entstand - er läßt sich noch nicht exakt ermitteln -, dürfte nicht besonders hoch gewesen sein.

Außer bei den durch den Staat direkt gekauften Maschinen - und man kann mit Bestimmtheit sagen, daß das der weitaus geringere Teil war - wurden die entstehenden Kosten im wesentlichen durch jene Bourgeois getragen, die von der Möglichkeit der zollbegünstigten Einfuhr Gebrauch machten. Durch dieses System entstand auch hier eine gewisse Abhängigkeit der Bourgeoisie vom Staat. Umgekehrt zeigt sich, daß der Staat seine Position ungeniert nutzte, um das Wirken der Gesetze der freien Konkurrenz zu beeinträchtigen.

Eine andere Art des Technikimports, in Form von Kapitalimport, bildete die Ansiedlung ausländischer Unternehmen, was besonders in der ersten Phase der industriellen Revolution vorkam. Namen wie Cockerill, Biram, Forster, Aston zeugen davon. Die Großzügigkeit, mit der ausländische Unternehmer in Preußen behandelt wurden, unterstreicht das Streben des Staates, insbesondere Anschluß an die Entwicklung Englands zu finden. So wurde dem englischen Unternehmer William Cockerill, der 1816 in Cottbus und Guben Wollverarbeitungsfabriken einzurichten gedachte, die zollfreie Einfuhr aller Teile der notwendigen Produktionstechnik ohne die geringsten Auflagen gestattet. In der entsprechenden Aktennotiz beim preußischen Handels- und Finanzministerium vom 24. Juli 1816 heißt es: "Er bringt ... eine Menge Maschinentheile, Werkzeuge und Modelle aus den Werkstätten mit, die er bereits in Frankreich und den Niederlanden besessen, und bezieht zugleich die Haupttheile zu zwei Dampfmaschinen aus England."19 Als Charles James und John Cockerill 1822 in Cottbus an die Gründung einer Tuchappreturanstalt dachten, "wozu sämtliche Maschinen und Maschinentheile in den Lütticher Ateliers angefertigt worden sind, um diese neue Unternehmung schnell zur Vollendung zu bringen"20, wurde wiederum die bedingungslose zollfreie Einfuhr der technischen Ausrüstung gestattet.

16 Ebenda, Nr. 75, Bl. 1.

17 Ebenda, Nr. 65, Vol. 1, Bl. 130.

18 Ebenda, Bl. 201.

19 Ebenda, Bl. 1.

20 Ebenda, Bl. 34.

1833 löste John Cockerill seinen seit 1807 in Seraing bei Lüttich bestehenden Maschinenbaubetrieb auf und beantragte die zollfreie Einfuhr seiner Maschinen nach Preußen. In der Stellungnahme der Abteilung Handel und Fabrikation beim preußischen Finanzministerium vom 14. Juni 1833 heißt es dazu unter anderem: "Diese Niederlassung ist für die diesseitige Gewerbsamkeit von dem größten Interesse, indem wir, wie die tägliche Erfahrung es lehrt, bei neuen Fabrik-Anlagen, wobei ein großes Bedürfnis von Maschinen besonders für die Baumwollspinnerei und Weberei, Kammgarnfabrikation eintritt, stets vom Auslande abhängig waren ... "21 Über das Geschäftsgebaren der Gebrüder Cockerill schrieb - unwidersprochen - der Maschinenbauer Kniesch aus Finsterwalde am 31. Dezember 1847: "Die Gründung meiner Selbständigkeit fiel in die Periode, wo die bekannten Engländer Cockerill die Tuchfabrikationsmaschinenkunde gewissermaßen noch für sich monopolisierten und ihre Werkstätten durch strenges Abschließen dem deutschen Maschinenbauer noch möglichst unzugänglich machten. Irre ich nicht, so mußten zu jener Zeit den Gebrüdern Cockerill ein Sortiment Spinnmaschinen noch mit 3 000 Talern bezahlt werden ... "22

Die Großzügigkeit, mit der der preußische Staat die Gebrüder Cockerill bedachte, resultierte nicht nur aus seinem Streben, gute Maschinen in das Land zu bekommen, sondern sie war wohl vor allem von der Notwendigkeit diktiert, funktionstüchtige Fabrikationsstätten anzusiedeln, die auch über erfahrene technische Kader verfügten und dadurch Bedingungen für eine leistungsfähige Maschinenproduktion schufen. Wenn man Ilja Mieck folgt, verband die preußische Regierung mit der Einrichtung der Cockerillschen Wollspinnerei und Maschinenbauanstalt 1815 in Berlin - sie stellte dafür kostenlos ein Kasernengebäude zur Verfügung - die Absicht, "den Gewerbetreibenden durch die hier aufgestellten und von hier gelieferten Maschinen Vorbild und Musterbetrieb zu sein, sie zu belehren und zur selbständigen Aneignung der neuen Methoden zu erziehen."23 Eine Absicht freilich, die, wie der oben zitierte Brief des Maschinenbauers Kniesch zeigt, von den Gebrüdern Cockerill offenbar nach Kräften hintertrieben wurde.

Gerade in der ersten und in der zweiten Phase der Industriellen Revolution - von den dreißiger bis zu den fünfziger Jahren - war die reibungslose maschinelle Produktion nicht zuletzt an ausländische Produktionstechnik und an ausländische Facharbeiter und Techniker gebunden, da die preußischen Arbeitskräfte oft nicht in der Lage waren, die importierten Maschinen zu montieren, zu bedienen und die notwendige Instandhaltung durchzuführen. In den Akten der zuständigen preußischen Staatsbehörden gibt es nicht den geringsten Hinweis darauf, daß der Einreise derartiger Arbeitskräfte Widerstände entgegengesetzt wurden. Im Gegenteil, die Beschäftigung zum Beispiel englischer Fachkräfte - denen die Auswanderung aus England bis 1824 verboten war - galt den Staatsbehörden noch zu Beginn der vierziger Jahre als Ausweis der Solidität eines Unternehmens. Als Neugeborenen, Inhaber einer Eisengießerei und Kettenschmiede in Ostpreußen, darum bat, daß ihm eine Bohrmaschine aus dem Staatsfonds zur Verfügung gestellt würde, unterstützte die zuständige Abteilung des Innern bei der Königlichen Regierung in Königsberg diesen Antrag. Die Schaffung neuer Fabriken scheiterte oft "an der Nicht-Anstelligkeit und Unbrauchbarkeit der hiesigen Arbeiterklasse, welche sich in den Zwang gewisser mitunter anstrengenden Arbeitsstunden nicht

21 Ebenda, Nr. 66, Bl. 9.

22 Ebenda, Rep. 120, D, XIV, 1, Nr. 34, Vol. 1.

23 Mieck, Ilja, a. a. O., S. 105.

fügen, auch überhaupt nichts erlernen wollte ... "24 Dieses Unternehmen werde jedoch von einem Schotten geleitet, und von den 104 Beschäftigten seien vierzehn Engländer²⁵.

Es gab besonders in der ersten Phase der Industriellen Revolution in Preußen wahrscheinlich nur wenige größere Betriebe, die auf englische Arbeitskräfte verzichteten; es sei denn, daß die Unternehmer selbst bzw. ihre Werkmeister längere Zeit in England bzw. in anderen Ländern gewesen waren. Als 1816 der Gutsbesitzer Nathusius in Hundisburg eine "englische Maschinenfabrik" einrichtete, bezog er nicht nur Formen und Modelle aus England, sondern er warb auch zwölf Engländer als Arbeitskräfte an.²⁶ Friedrich Harkort, der im Sommer 1819 von einer Englandreise zurückkehrte, informierte den preußischen Handelsminister nicht nur über die dort gekauften Maschinen, sondern auch über die zur Anfertigung der Werkzeuge und für die Unterrichtung inländischer Arbeiter angeworbenen Arbeitskräfte.²⁷ Die Gebrüder Lindheim, die 1823 in Ullersdorf eine "Baumwollspinnerei nach englischer Art" begründeten, hatten vordem England und Frankreich bereist, die Maschinerien studiert und Kontakte mit Werkmeistern und Maschinenbauern aufgenommen. Sie schrieben in einem Unterstützungsantrag unter anderem, daß "wir die Ersten zu sein uns schmeicheln dürfen, welche eine Baumwollengarn-Spinnerei in einem so vollkommenen Zustande im Lande hergestellt, dabei unsägliche Mühe bei der Anfertigung der Modelle, Herbeischaffung der ausländischen Maschinenbauer, und besonders bei der Abrichtung der Spinner gehabt" haben.²⁸ Auch die Berliner Kaufleute Loewe u. Co., die sich, so in einer Unterlage des Finanzministeriums vom 14. März 1833, "in Hinsicht ihrer Druckereien vom Auslande unabhängig zu machen" suchten, hatten zu diesem Zweck nicht nur ein entsprechendes Gebäude errichtet und englische Maschinen beschafft, sondern sie mußten sich auch einen "Werkmeister aus England kommen lassen".²⁹

Die fördernde Rolle des preußischen Staates bestand in dieser Hinsicht nicht nur in der Tolerierung der Einreise von Ausländern. Er war auch bereit, Auslandsreisen für die Sammlung von Informationen zu finanzieren.³⁰ Welche Bedeutung die englische Seite dieser Form der Industriespionage beimaß, zeigte unter anderem das 1800 in England erlassene Verbot der Besichtigung von Fabriken durch Ausländer. Dennoch fanden preußische Maschinenbauer immer wieder Zugang zu englischen Fabriken, und der preußische Staat unterstützte diese Reisen durch finanzielle Zuwendungen. Dem Mechanicus J. A. F. Egells wurden 1819 und 1820 Zuschüsse von insgesamt 2 100 Talern gewährt.³¹ In dem Schreiben der Königlichen Regierung in Münster vom 13. September 1820 an das Handelsministerium heißt es über das Ergebnis der Reisen: "Der Egells ist jetzt hierher zurückgekehrt und meldet mir, daß er noch im Laufe dieses Monats in Berlin erwartet werde, um dort Maschinen für die Wollen-Manufaktur zu erbauen ..."³²

24 ZStA II, Rep. 120, D, XIV, 1, Nr. 13, Vol. 1, Bl. 180.

25 Ebenda, Bl. 187.

26 Ebenda, Nr. 10, Vol. 1, Bl. 3.

27 Ebenda, Nr. 17, Bl. 7, Bl. 29, 82.

28 Ebenda, Rep. 120, D, VI, 2, Nr. 4.

29 Ebenda, Rep. 120, e, VII, 2, Nr. 63, Vol. 1, Bl. 67.

30 Vgl. dazu auch Mieck, *Ilja*, a. a. O., S. 87 ff.

31 ZStA II, Rep. 120, D, XIV, 1, Nr. 2, Vol. 1, Bl. 159.

32 Ebenda,

Mit diesen Reisen begann der Aufstieg Egells, der 1817 noch Gehilfe des erfolgreichen Dampfmaschinenbauers Uthhoff war³³, zu einem der bedeutendsten Maschinenbauunternehmer Preußens. 1830 stand er schon in einer Reihe mit Cockerill, Berán, Forster, Tappert, Hummel, Freund und Kudische,³⁴ 1854 besaß seine Familie die "Neue Berliner Eisengießerei und Maschinenfabrik", die "F. A. Egells Eintrachthütte" bei Schwientochlowitz, ausgestattet mit Hochöfen, einer Gießerei und einer Kesselschmiede, und die "F. A. Egells Egellshütte" bei Reiner, die neben Hochöfen, einer Gießerei und Frischfeuern über eine Maschinenwerkstatt verfügte.³⁵

Auch den Besuch internationaler Gewerbeausstellungen begünstigten die preußischen Behörden. So teilte der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten am 20. Juni 1849 den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft mit, daß der Fabriken-Commissions-Rath Wedding, der sich aus dienstlichen Gründen in den USA und England aufhielt, beauftragt sei, sich "nach Paris zu begeben, um die dortige vor Kurzem eröffnete Gewerbe-Ausstellung zu besuchen, und diejenigen Gegenstände, deren nähere Kenntnis für die vaterländische Industrie von Interesse ist, in Augenschein zu nehmen und darüber zu berichten."³⁶ Gleichzeitig wurde die Berliner Kaufmannschaft aufgefordert, drei ihrer Mitglieder - versehen mit staatlichen Reisezuschüssen - nach Paris zu entsenden.³⁷ Diese Praxis war um so erstaunlicher, als von Viebahn, Mitglied der preußischen Kommission für die Londoner Industrie-Ausstellung, am 8. Juli 1850 kritisch feststellte: "Nach hier und anderwärts gemachten Erfahrungen ist das Interesse, welches die Gewerbetreibenden Preußens an der Londoner Industrieausstellung nehmen, geringer, als sich aus dem Gesichtspunkte der Belehrung, welche diese darzubieten geeignet ist, und selbst ihren möglichen Einfluß auf unsere Handelsbeziehungen erwarten ließ."³⁸

Die Schaffung von Informationsmöglichkeiten war wohl überhaupt eine der bedeutendsten Unterstützungen, die der preußische Staat dem Maschinenbau gewährte. Dieses Streben manifestierte sich auch in der Organisation bzw. Unterstützung von Gewerbeausstellungen. So fanden in Preußen 1822, 1827 und 1844 derartige Ausstellungen statt. Zum anderen bemühte sich der preußische Staat sichtbar um die Qualifizierung technischer Kader für den Maschinenbau durch die Schaffung von Provinzialgewerbeschulen und vor allem durch die Einrichtung des Königlichen Gewerbeinstituts in Berlin im Jahre 1821. Absolventen dieses Instituts waren Plagemann, Schichau, Borsig, Steimmig, Steinfurth, Drewitz, Rudolph und andere, die im preußischen Maschinenbau jener Jahrzehnte eine beachtliche Rolle spielten.

Zu diesen mittelbar wirkenden Förderungsmaßnahmen kamen die direkten Unterstützungen des Maschinenbaus, wie Zinsenbeihilfen, Dotationen und Kredite sowie die Schenkung bzw. Verleihung von Maschinen. Diese Formen der staatlichen Unterstützung setzten schon vor den zwanziger Jahren ein, gewannen in den dreißiger und vierziger Jahren an Umfang, um in den fünfziger Jahren allmählich zu verschwinden.

33 Ebenda, Nr. 17, Bl. 17.

34 Ebenda, Nr. 35, Vol. 1.

35 Ebenda, Nr. 34, Vol. 2.

36 Stadtarchiv Berlin, Bestand: Corporation der Berliner Kaufmannschaft (im folgenden: Corporation), Nr. 335, Bl. 2.

37 Ebenda.

38 Ebenda, Nr. 1186, Bl. 31.

Die Unterstützungsanträge widerspiegeln getreulich das in den verschiedenen Phasen der Industriellen Revolution jeweils erreichte technologische Niveau. Sie zielen auf die Förderung des Fabrikwesens schlechthin und besonders in jenen Landesteilen ab, die in der industriellen Entwicklung zurückgeblieben waren. Sie waren zum anderen von dem Bestreben gezeichnet, den preußischen Maschinenbau international konkurrenzfähig zu machen. Dabei dürfte der Aspekt des Maschinenexports weniger im Vordergrund gestanden haben als die Versorgung der preußischen Fabriken mit den notwendigen Maschinen aus eigener Produktion.

Bei der Betrachtung der Unterstützungsanträge in der ersten Phase der Industriellen Revolution zeigt sich, daß der Maschinenbau vor allem Drehbänke brauchte. Von Interesse sind in diesem Zusammenhang die derartigen Anträgen beigefügten Befürwortungen der zuständigen territorialen Staatsbehörden, weil sie die Richtung der Förderung erkennen lassen. So heißt es in der Befürwortung der Königlichen Regierung der Provinz Preußen vom 16. Dezember 1818 zu einem Kreditantrag des Tischlermeisters Johann Kapp aus Königsberg auf die Gewährung eines Vorschusses in Höhe von 300 Talern unter anderem: "Da die Verbreitung dieser Maschinen-Spinn-Apparate so sehr wünschenswerth und p. Kapp in der hiesigen Provinz der einzige Verfertiger derselben ist, so dürfte unter diesen Umständen wohl eine solche Unterstützung sich rechtfertigen lassen."³⁹ Am Rande sei bemerkt, daß Kapp hölzerne Wollspinnmaschinen herstellte und in den Jahren 1820, 1822 und 1823 erneut Anträge auf finanzielle Unterstützung stellte.⁴⁰ Auch in den zwanziger und den beginnenden dreißiger Jahren wurden Drehbänke verlangt. So bat der Tischlermeister Stolzenberg aus Falkenburg 1822 um einen Kredit, um die Fertigung von Spinn- und Webmaschinen ausdehnen zu können.⁴¹ Friedrich Harkort erbat 1819 vom preußischen Handelsminister sogar die kostenlose Überlassung eines Fabrikationsgebäudes.⁴²

Zwischen den dreißiger und fünfziger Jahren traten verschiedene Veränderungen innerhalb des staatlichen Förderungssystems ein. Die finanziellen Zuwendungen gingen zurück, dagegen nahm die Zahl der Verleihung von Maschinen zu, deren Verwendung der Staat streng kontrollierte. Den Standpunkt des Staates zu finanziellen Zuwendungen drückt das folgende ministerielle Schreiben vom 29. Mai 1838 so aus: "Bei dem gegenwärtigen raschen und mächtigen Fortschreiten der Industrie kann die Verwaltung sich nur darauf beschränken, dem Gewerbestande die Mittel zu verschaffen, um von den Verbesserungen der Fabrikation in allen Ländern genaue Kenntnis zu erlangen und an den verschiedenen Produkten des Staates solche Verbesserung einzuführen; die auf Darlehen zur Erweiterung einzelner Fabrikanlagen gerichteten Anträge auch nur einigermaßen zu berücksichtigen, würde nur durch wesentliche Erhöhung der Abgaben und Verschwendung der Einnahmen zum Besten einiger Begünstigter ausführbar sein."⁴³ Der Unternehmer, dem eine Maschine verliehen worden war - und unter ihnen befanden sich auffällig viele Absolventen des Königlichen Gewerbeinstituts Berlin -, hatte unter anderem über sechs Jahre nachzuweisen, daß er die Maschine voll auslastete. Erst dann ging sie in sein Eigentum über.

In den dreißiger Jahren finden sich unter den Anträgen auf die Verleihung von Maschinen vor allem solche, die mit dem Vorhaben des Aufbaus einer Maschinenbauwerkstatt begründet und befürwortet wurden. So ermöglichte der preußische Staat

39 ZStA II, Rep. 120, D, XIV, 1, Nr. 13, Vol. 1, Bl. 1.

40 Ebenda.

42 Ebenda, Nr. 17, Bl. 7.

41 Ebenda, Nr. 12, Bl. 1.

43 Ebenda, Rep. 120, D, I, 1, Nr. 30.

1834 dem Schlossermeister Wildelau aus Jüterbog - und er steht für viele - den Sprung zum Maschinenbauer für Webereimaschinen, indem er ihm Maschinen zur Verfügung stellte, weil es in dieser Gegend keinen Webereimaschinenbetrieb gab.⁴⁴ Oder, als 1839 der Zögling des Königlichen Gewerbeinstituts Plagemann in Danzig eine Maschinenfabrik zu gründen beabsichtigte, dazu aber eine englische Dreh- und Bohrmaschine benötigte, begründete die zuständige Abteilung des Innern dieses Gesuch gegenüber dem Finanzministerium am 18. Januar 1839 unter anderem mit dem Hinweis darauf, daß "eine Überhäufung von Fabrikanlagen nicht vorhanden ist, die sich belebende Industrie vielmehr immer noch einer besonderen Aufmunterung durch die Staatsbehörden zu bedürfen scheint."⁴⁵

Die Förderungsmaßnahmen der vierziger und der beginnenden fünfziger Jahre konzentrierten sich dagegen vor allem auf die Begünstigung schon bestehender Unternehmen, auf die Unterstützung der rasch wachsenden Mechanisierung in allen Zweigen der Produktion und damit im Zusammenhang auf die Ausstattung der Maschinenbaubetriebe mit Großmaschinen, die es den Betrieben erleichtern sollten, den steigenden schwerindustriellen Bedarf zu decken.

Der Berliner Unternehmer Hamann, Inhaber eines der bedeutendsten preußischen Maschinenbaubetriebe jener Jahre, schrieb am 10. November 1845 zur Begründung seines Antrages auf Überlassung einer großen Hobelmaschine: "Mit der Zunahme der mechanischen Werkstätten steigern sich auch die Bedürfnisse guter und wohlfeiler Werkzeuge, und ich habe insbesondere seit einigen Jahren eine große Zahl derselben gefertigt und in Preußen geliefert, die mir stets wieder den Vorzug vor den Engländern verschafften. Leider aber kann ich, insofern die Bestellungen sich auf größere Maschinen, als Hobelmaschinen und große Drehbänke, richten, den Anforderungen in Ermangelung eigener solcher großen Maschinen, namentlich einer Hobelmaschine, nicht genüge leisten. Solche Werkzeuge können bisher hier überhaupt nicht gut gefertigt werden, da selbst die größeren Königlichen und Privatwerke dergleichen nicht besitzen, man ist daher genöthigt, bis man dem Bedürfnis durch eigene Werkzeuge genügen kann, dieselben aus England zu verschreiben."⁴⁶

Völlig analoge Begründungen gaben Maschinenbauer aus anderen Teilen Preußens. Besondere Schwierigkeiten entstanden dem Maschinenbau durch die sich nun rasch fortsetzende Ablösung der traditionellen Antriebskräfte durch die Dampfkraft. So heißt es 1854 in der Stellungnahme der zuständigen Abteilung des Innern zum Antrag der Tilsiter Maschinenbaufirma Dinger: "Noch im Laufe dieses Jahres werden wir die Freude haben, schon 15 Dampfmaschinen in gangbaren Fabriken unseres Verwaltungs-Bezirks im Betriebe zu sehen. Damit tritt das Bedürfnis für die Fabrikanten ein, eine Maschinenbauanstalt in der Nähe zu haben, die die Reparatur und die Herstellung von Dampfmaschinen und des Zubehörs für solche übernehmen könnte."⁴⁷ Der Dampfmaschinenbau erforderte jedoch nicht nur Dampfmaschinen in den Herstellerbetrieben, sondern Dampfhämmer, Drehbänke und vieles mehr. Zahlreiche Unternehmer suchten dem Staat die dafür entstehenden Kosten anzulasten, obwohl damit gewisse, schon genannte Verpflichtungen entstanden, Abhängigkeiten, die den Grundsätzen der freien Konkurrenz widersprachen. Bis in die siebziger Jahre überschütteten sie den Staat mit Unterstützungs-

44 Ebenda, Rep. 120, D, XIV, 1, Nr. 34, Vol. 1.

45 Ebenda, Nr. 13, Vol. 1, Bl. 151.

46 Ebenda, Nr. 2, Vol. 4, Bl. 14.

47 Ebenda, Nr. 13, Vol. 3, Bl. 3.

anträgen, denen jedoch seit dem Ende der fünfziger Jahre immer seltener entsprochen wurde. Die Königliche Regierung in Köslin beklagte sich am 14. Mai 1859 beim Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten: "Eure Excellenz haben in dem nebenseitig allegierten hohen Rescript die Verleihung einer Metall-Drehbank an den Eisengießerei-Besitzer Steyer in Colberg abgelehnt und als Grund angeführt, die Industrie habe in den letzten Jahren einen solchen Aufschwung genommen, daß Euer Excellenz überhaupt Abstand nehmen müßten, Gewerbetreibende in solcher Weise zu unterstützen . . . Der Aufschwung den die Industrie in den westlichen Provinzen, in Sachsen, Schlesien, in der Mark und namentlich in Berlin genommen, ist unzweifelhaft sehr bedeutend . . . Aber während in andern Provinzen die von der Regierung gestreute Saat reiche Früchte trug, ist man hier erst so weit gekommen, daß die Ausführung größerer gewerblicher Unternehmungen überhaupt ermöglicht wird. "48

Zum Umfang der staatlichen Unterstützung

Mottek schreibt: "Allgemeines Einverständnis dürfte darüber bestehen, daß der preußische absolutistische Staat im Vormärz einen hemmenden Faktor der Entwicklung des Kapitalismus in der Industrie darstellte. "49 Er fügt dem aber hinzu, daß es falsch wäre, aus "dem objektiv hemmenden Faktor des Staates zu schließen, daß dieser Staat subjektiv der Entwicklung und Erweiterung kapitalistischer Industriebetriebe in erbitterter Feindschaft gegenüberstand, daß er sich bemühte, diese Entwicklung aufzuhalten. "50

Ohne Zweifel mußte sich der preußische Staat, gerade wegen der verworrenen Produktionsverhältnisse, in anderer Weise der Entwicklung der Produktivkräfte annehmen als der englische und französische, in deren Ländern die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte auf dem Boden ausgereifter bürgerlicher Produktionsverhältnisse vor sich gehen konnte. Dennoch wäre es falsch, die positive Einwirkung des preußischen Staates beim Technikimport, bei der Gewährung von finanziellen Beihilfen, bei der Überlassung von technischen Informationen und Maschinen sowie bei der Unterstützung von Auslandsreisen überzubewerten.

Dagegen sprechen die von den preußischen Behörden mit pedantischer Genauigkeit geführten Verzeichnisse über die von ihnen erbrachten Leistungen. Eine von Alfred Schröter auf der Basis amtlicher Unterlagen zusammengestellte Liste über die in den Jahren von 1840 bis 1849 gewährten direkten Unterstützungen zeigt, wie relativ gering doch die staatlichen Aufwendungen für den Maschinenbau waren. In diesen zehn Jahren erhielten 34 preußische Unternehmen vom Staat: 1 435 Reichstaler, 27 Drehbänke, drei Hobelmaschinen, zwei Räderschneidemaschinen, einen Blasebalg, eine Bohrmaschine, eine Kreisteilmaschine, eine kleine Dampfmaschine und eine nicht näher bezeichnete Anzahl von Maschinenteilen. 51

Stellt man die 34 Betriebe - darunter eine ganze Reihe von Handwerksbetrieben -, die im Verlauf von zehn Jahren staatlicher Unterstützung teilhaftig wur-

48 Ebenda, Nr. 12, Vol. 2, Bl. 27.

49 Mottek, Hans/Blumberg, Horst, u. a., a. a. O., S. 34.

50 Ebenda, S. 35.

51 Vgl. Schröter, Alfred/Becker, Walter, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962, S. 58 f.

den, der Gesamtzahl der immerhin 188 Maschinenfabriken⁵² Preußens im Jahre 1849 gegenüber, so wird der geringe Umfang der staatlichen Förderung deutlich sichtbar. Zum anderen erscheint in der Zusammenstellung von Schröter, obwohl die Industrie immer häufiger Dampfkraft benutzte, nur eine kleine Dampfmaschine. Auch das deutet auf preußische "Sparsamkeit" hin, kostete doch eine gute Dampfmaschine von 20 PS in den vierziger Jahren etwa 6 000 Reichstaler, eine Drehbank von 14 Fuß Länge dagegen nur 1 900 Reichstaler.⁵³

Besondere Förderung genoß offenbar der Berliner Maschinenbau. So erhielten nach Schröters Zusammenstellung folgende Maschinenbauer Zuwendungen⁵⁴:

1840	Maschinenbauer Friedrich Gaestel	eine Drehbank
	Schlossermeister Friedrich Hartmann	eine Drehbank
1841	Mechaniker Hummel	eine Räderschneidemaschine
	Maschinenbauer Freund	eine Drehbank
	Schlossermeister Hauschild	einen Blasebalg
	Maschinenbauer Fr. Mohl	eine kleine Dampfmaschine
	Mechaniker C. Lüttig	eine Drehbank
1845	Mechaniker August Oertling	eine Kreisteilmaschine
1846	Maschinenbauer C. Hoppe	eine Drehbank und eine Hobelmaschine
	Mechaniker August Hamann	Maschinenteile
1847	Mechaniker Schauer	1 200 Taler.

Darüber hinaus wurde Borsig - wie aus einer Liste entsprechender Leistungen des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten aus dem Jahre 1852 hervorgeht - "laut Verfügung vom 27. 9. 1838 und 20. 3. 1840 eine gußeiserne Drehbank" zur Verfügung gestellt.⁵⁵

Obwohl zum Beispiel die Jahresberichte der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft über den Handel und die Industrie Berlins voll des Lobes über den preußischen Staat waren, wurde die Unterstützung des Berliner Maschinenbaus - gewiß zu Recht - nie darin erwähnt. In der Provinz war die staatliche Aktivität in dieser Hinsicht noch geringer.

Von 1849 bis 1858 wurden, wie aus einem Verzeichnis "der seit dem Jahre 1849 verliehenen Maschinen und Unterstützungen zu gewerblichen Anlagen" hervorgeht, den Maschinenbauern - und dieser Begriff soll absolut großzügig gebraucht werden - im Regierungsbezirk Köslin folgende staatlichen Unterstützungen gewährt⁵⁶:

52 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 2: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1849 bis 1870, Berlin 1962, S. 18.

53 Schröter, Alfred/Becker, Walter, a. a. O., S. 42.

54 Ebenda, S. 58 f.

55 ZStA II, Rep. 120, D, XIV, 1, Nr. 2, Vol. 4, Bl. 94.

56 Ebenda, Nr. 12, Vol. 2, Bl. 35.

Datum	Berufsbezeichnung, Name, Ort Gegenstand	Wert (Taler, Silber- groschen, Pfennig)
30. 6. 1849	Mechanicus Dequine, Lauenburg Drehbank	188, 8, 4,
10. 11. 1850	Kupferschmied Siegmund, Lauenburg Drehbank	85, 27, 3,
19. 1. 1853	Eisengießerei Ehmke, Stolp Metalldrehbank	674, 25, 0,
10. 4. 1853	Schlossermeister Klein, Cöslin Beihilfe für eine eiserne Wangendrehbank	362, 0, 0,
18. 4. 1855	Schlossermeister Lehmann, Kolberg eiserne Drehbank	280, 0, 0.

Für alle Gewerbe in diesem Regierungsbezirk wandte der preußische Staat im Verlaufe von zehn Jahren insgesamt 11 773 Taler, 24 Silbergroschen und 11 Pfennig auf.

Im Regierungsbezirk Stettin wurden im gleichen Zeitraum nur zwei Maschinenbauer mit staatlichen Beihilfen bedacht. Der Mechanicus Hager aus Stettin erhielt 1850 eine eiserne Wangendrehbank im Werte von 392 Talern, die Maschinenfabrik Fruchtenicht & Brock eine Nutstoßmaschine, eine Drehmaschine und eine Hobelmaschine im Gesamtwert von 16 200 Talern.⁵⁷

Die staatlichen Gesamtaufwendungen betragen im Regierungsbezirk Stettin für alle Gewerbe 24 612 Taler, 26 Silbergroschen und 4 Pfennig.⁵⁸

In einem Jahrzehnt, an dessen Beginn die Schaffung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten unter Leitung des Bürgerlichen von der Heydt stand, stellte der preußische Staat für die gesamte Gewerbeförderung 409 463 Taler, 29 Silbergroschen und 10 Pfennig zur Verfügung.⁵⁹

Setzt man diesen Betrag in ein Verhältnis zu den Kosten des Aufbaus auch nur einer großen Maschinenfabrik am Ende der vierziger Jahre, so wird seine Geringfügigkeit offenkundig, wurden doch die Kosten einer solchen Anlage mit etwa 150 000 Talern veranschlagt.⁶⁰

Mißt man die staatlichen Aufwendungen, die in diesem Jahrzehnt (1849 bis 1858) jährlich im Durchschnitt bei etwa 40 000 Talern lagen, am Einkommen des Großgrundbesitzes, so drängt sich eine analoge Bewertung ihrer Bedeutung auf. Graf Arnim-Boizenburg, vom 19. März bis 29. März 1848 preußischer Ministerpräsident, bezog allein aus seiner Gutsherrschaft Boizenburg am Ende der vierziger Jahre jährlich Einkünfte in Höhe von 80 000 Talern.⁶¹

Dies zu sagen, bedeutet nicht zu übersehen, daß selbst diese staatlichen Hilfen der Bourgeoisie willkommen sein mußten, da die Industrielle Revolution in Preußen sich unter den Bedingungen des Preußischen Weges der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft vollzog. So unterstützte der preußische Staat die Einführung des Puddelverfahrens durch Christoph Friedrich Remy im Jahre 1824

57 Ebenda.

58 Ebenda.

59 Ebenda, Bl. 37.

60 Schröter, Alfred/Becker, Walter, a. a. O., S. 73.

61 Harnisch, Hartmut, Aus den Papieren des Grafen von Arnim Boitzenburg. Zur Widerspiegelung der Revolution von 1848/1849 im Briefnachlaß eines Junkers, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 5/1974, S. 541.

mit 5 000 Talern. Solche Hilfe wõg jedoch keineswegs die Hemmnisse auf, die der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Preußen und der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte entgegenstanden.

Die Hemmung

Über die objektiven Faktoren, die in Preußen die Industrielle Revolution behinderten, schreibt Mottek: "Diese Hemmnisse zeigten sich konkret darin, daß der preußische Staat sich einer Beschleunigung des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in der Landwirtschaft entgegenstellte, daß er Maßnahmen unterließ, die auf eine Beschleunigung der Ablösung feudaler Lasten und feudaler Elemente überhaupt gerichtet waren, was auf vielerlei Weise, vor allem durch die Beschränkung des inneren Marktes, die industrielle Revolution hemmen mußte. Hinzu kam das Festhalten am veralteten Direktionsprinzip im Bergbau, schließlich die Hemmung der für den Kapitalismus notwendigen Bildung von Aktiengesellschaften . . . Das sind alles Hemmnisse, die erst nach der Revolution von 1848 mit der Erringung eines, wenn auch schwachen, Anteils der Bourgeoisie an der politischen Macht allmählich, wenn auch in den fünfziger Jahren noch keineswegs vollständig, wegfielen.⁶²

Diese Gesamtsituation mußte sich auf die Entwicklung des Maschinenbaus äußerst nachteilig auswirken. Führt sie doch dazu, daß die Mechanisierung der Produktion langsamer als in den bürgerlichen Staaten Westeuropas verlief und deshalb auch die Herausbildung des Industrieproletariats und damit im Zusammenhang der Übergang von den extensiven Methoden der Produktion und der Ausbeutung zu intensiven Methoden wesentlich später einsetzte. Zum anderen konnten zwar in Preußen die Zünfte, wie Jürgen Kuczynski schreibt, den "industriellen Fortschritt hier nicht behindern. Jedoch die 'öffentliche Meinung' - das Handwerk, soweit es der Konkurrenz der Maschinen nur schwer standhalten konnte und stets 'auf dem Sprung ins Proletariat' war, aber auch das Handwerk, soweit ihm keine Fabrikkonkurrenz im Wege stand, die Arbeiter, die 'zum Anhängsel der Maschinerie degradiert waren', die feudalen Kräfte, ein Teil der staatlichen und städtischen Bürokratie, ein Teil des 'gebildeten Bürgertums' - stand der Fabrikbourgeoisie und dem industriellen Fortschritt, den sie vertrat, feindlich ablehnend oder zumindest unfreundlich gegenüber. Mit tausend kleinen, ärgerlichen Quisquillien und auch schwer zu nehmenden Hindernissen ernster Art wurden die Kapitalisten bei der Entwicklung der Produktivkräfte gehemmt."⁶³ Jürgen Kuczynski nennt eine ganze Reihe von Beispielen, die zeigen, wie sehr der Fabrikant unter anderem bei der Aufstellung von Dampfmaschinen von der Gnade der Bürokratie abhängig war, welcher zeitliche Aufwand und welche finanziellen Mittel aufzubringen waren, um willkürlich errichtete Hindernisse zu beseitigen.⁶⁴

Selbst die in der Zielsetzung bescheidene, aber für die Entwicklung der Produktivkräfte notwendige Veränderung des Bildungswesens stieß auf Schwierigkeiten und Unverständnis. So wandte sich eine hannoversche Behörde 1830 gegen die Einrichtung gewerblicher Bildungsanstalten, da diese nur dazu dienen würden, "den Druck der Not mehr fühlen zu lassen, die Kluft zwischen Würdigkeit und Dürftig-

62 Mottek, Hans/Blumberg, Horst, u. a., a. a. O., S. 34.

63 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 10: Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien, Berlin 1960, S. 67.

64 Vgl. ebenda, S. 62 ff.

keit mehr zu zeigen, den Gewerbemann mit seinem Berufe zu entzweien, in welchem er sich durch Beschränktheit glücklich fühle, und ihn mit mehrerer Aufklärung zu einer unheilvollen Wirklichkeit aus der Bewußtlosigkeit eines glücklichen Traumes erwachen zu lassen. "65

Nicht dem Geist der Bourgeoisie entsprechende Denkweisen und demgemäßes Handeln prägten von vornherein den Übergang von der Handarbeit zur Maschinenarbeit in Preußen. So schreibt M. Reichenheim 1856 in seiner Eigenschaft als preußisches Mitglied der internationalen Jury bei der "Allgemeinen Ausstellung in Paris" an das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten insbesondere unter dem Eindruck der Leistungen Englands: "Geht man zunächst auf die Entwicklung der Spinnerei in Deutschland ein, so hat es lange gewährt, bevor man in Deutschland sich entschließen konnte, die wichtigsten Erfindungen Englands einzuführen ... Deutschland verblieb lange bei seinen Handspinnereien, bis sie durch Englands Maschinen-Spinnereien vernichtet waren ... "66 Und: "Deutschland hat auch in der Baumwollen-Weberei dem alten Schlendrian nicht entsagen können. Die Maschinenweberei hat in den letzten Jahren dieselbe Revolution hervorgebracht, als es in früheren Jahren mit der Spinnerei der Fall war ... Schwer hat man sich in Deutschland entschließen können, zur mechanischen Weberei überzugehen. Man hat vielmehr unter schwierigsten Verhältnissen die Handweberei zu erhalten gesucht, bis fast der größte Theil der Baumwollen-Weberei in Verfall kam oder bis zu einem Punkt des Jammers für die damit beschäftigten Weber. "67

Und Reichenheim nennt dafür Gründe: "England verdankt seinen Reichtum dem Genie und den außerordentlichen Geistesfähigkeiten einiger Weniger, aber auch der Freiheit aller Gewerbe. "68 Und: "Die Mißgunst, die die Manufactur-Industrie (in Preußen - K. L.) seit ihrem ersten Entstehen begleitete, sie wird und muß ganz verschwinden. "69

Der Maschinenbau - als Maschinenproduzent für die Textilindustrie - mußte unter den geschilderten Voraussetzungen in seinem Entwicklungstempo naturgemäß leiden. Auch deshalb, weil er sich im Gegensatz zu England, wo einige wenige, aber ganz stark konzentrierte Textilproduktionszentren entstanden waren, später spezialisierte. Auch dies sah Reichenheim: "Hätte sich die Industrie auf irgendeinen oder auch auf mehrere Punkte concentrirt, so würde die unmittelbare Folge gewesen sein, daß sich Maschinen-Bau-Anstalten für diesen besonderen Zweig ... auf demselben Punkt etabliert hätten ... "70

Jede Störung der Entwicklung der Fabrikindustrie, war sie nun durch die Beschränkung des Niederlassungsrechtes und damit der Freizügigkeit der Arbeitskräfte bedingt, war sie durch Kapitalmangel, eine fehlerhafte Zollpolitik, durch die weiterbestehenden Innungen oder andere Faktoren verursacht, bedeutete auch eine Behinderung der Entwicklung der Produktion von Maschinen.

Eine ganze Reihe von unmittelbaren Störfaktoren für die Entwicklung des Maschinenbaus entstand jedoch aus der Zollpolitik, der negativen Haltung des preußischen Staates zur Bildung von Aktiengesellschaften und dem Fehlen eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsterritoriums.

65 Matschoß, Conrad, a. a. O., S. 38.

66 Stadarchiv Berlin, Corporation, Nr. 335, Bl. 188.

67 Ebenda, Bl. 192 f.

68 Ebenda, Bl. 183.

69 Ebenda, Bl. 190.

70 Ebenda, Bl. 192.

Preußen hatte zwar mit dem Zollgesetz von 1818 alle Binnenzölle beseitigt - ohne Zweifel war das ein wesentlicher Fortschritt - und gleichzeitig durch die Aufhebung aller Einfuhrverbote - gepaart mit vergleichsweise niedrigen Einfuhrzöllen - Bedingungen geschaffen, die die Einfuhr von Maschinen gestatteten und den Eisenproduzenten dennoch einen gewissen Schutz gewährten. Während aber - wie zahlreiche Eingaben um Zollerlaß bzw. Zollnachlaß beim Maschinenimport zeigen - die Zölle für den Maschinenimport als zu hoch empfunden wurden, hielten sie die Eisenproduzenten als zu niedrig, um - ungestört durch ausländische Konkurrenten - die eigene Produktion aufbauen zu können. Deshalb wurden - ohne die Grundrichtung des Freihandels zu verlassen und ohne zu einem wirklichen Protektionismus überzugehen - 1844 für den inzwischen entstandenen Zollverein, der für den Maschinenbau insofern von Bedeutung war, als er den Markt erweiterte, Zollerhöhungen unter anderem für Eisen und Eisenfabrikate verfügt. Dadurch wurde erreicht, daß sich der Import von Maschinen - wenn nicht unter den bereits genannten Voraussetzungen eine Zollbegünstigung zu erzielen war - verteuerte; die ausländische Konkurrenz auf dem Zollvereinsmarkt unter Kontrolle gehalten werden konnte und die erhöhten Zölle für Eisen, also dem Grundwerkstoff des Maschinenbaus, die Maschinenpreise steigerten, was gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Maschinen beeinträchtigte.

Über Folgen dieser Zollpolitik für das Maschinenbauzentrum Berlin heißt es im Jahresbericht 1856 der Berliner Kaufmannschaft: "Bei dem Aufschwung des Maschinenbau-Geschäftes Berlins ist jedoch nicht zu verkennen, daß der in diesem Zweige der Industrie erzielte Gewinn weit hinter dem der früheren Jahre zurückbleibt, weil die um resp. 30 - 50 % gesteigerten Löhne und die Material-Preise ihren Einfluß geltend machen, und die Concurrnz des Auslandes, begünstigt durch die niedrigen Zollsätze für fertige Maschinen, eine Erzielung angemessen höherer Verkaufspreise der hiesigen Arbeiten nicht gestatten. Dieses ungünstige Verhältnis macht sich namentlich fühlbar bei der Fabrikation von Maschinen für Spinnerei und Weberei, bei landwirtschaftlichen, so wie bei allen leichteren, kleinen Maschinen. Was die erstgenannten betrifft, so können Berlins Werkstätten nicht das Geringste erzeugen, ohne bedeutend höhere Preise zu stellen, als es von den Englischen Maschinenbau-Anstalten geschieht. Der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen hat durch das immer mehr hervortretende Bedürfnis bedeutend an Ausdehnung gewonnen, und während vor etwa fünf Jahren hier kaum von Anfertigung landwirtschaftlicher Maschinen die Rede war, sehen wir jetzt größere Werkstätten für dieselben in Thätigkeit. Einer umfangreicheren Entwicklung dieser Unternehmungen stehen indessen die niedrigen Steuersätze der Einfuhr von fertigen Maschinen und die hohen Steuersätze für das noch immer unentbehrliche englische Eisen entgegen . . ."71

Wenn die Berliner Kaufmannschaft unter anderem mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten für den Landmaschinenbau argumentierte, dann liegt die Vermutung nahe, daß sie gerade den Großgrundbesitz, der auch in der Montanindustrie stark engagiert war und eine wesentliche Säule dieser Zollpolitik darstellte, auf die nachteiligen Konsequenzen in seinem spezifischen Interessenbereich aufmerksam machen wollte.

Zu den Bereichen der Wirtschaft, die eine enge Beziehung zum Gedeihen des Maschinenbaus hatten, gehörte das Berg- und Hüttenwesen. War es doch dieser Produktionszweig, in dem wesentliche Bedingungen für den Maschinenbau - wie überhaupt für die Industrie - durch die Lieferung von Kohle, Erz, Roheisen usw. entstanden und der auf der anderen Seite Abnehmer des Schwermaschinenbaus war. Zwei Faktoren behinderten das Berg- und Hüttenwesen Preußens jedoch, seiner Rolle als Produzent wesentlicher Bedingungen für den Maschinenbau und als Abnehmer der Erzeugnisse des Maschinenbaus gerecht zu werden: das sogenannte Direktionsprinzip, durch das der Staat berechtigt war, alle Fragen im Zusammenhang mit der Ausbeutung der Arbeitskräfte, der Bodenschätze und der Nutzung der Produktionstechnik ohne wirkliche Mitsprache der Bergbaubourgeoisie zu regeln, und die hohe Besteuerung des Bergbaus.

Folgen dieser erst 1851 beseitigten feudal-bürokratischen Relikte in der Wirtschaft waren ein unzureichender Abbau und eine unzureichende Verarbeitung der Bodenschätze, ein entsprechend mäßiger Einsatz der modernen Produktionstechnik und ein beachtlicher Teil an Arbeitskräften, die keine doppelt freien Lohnarbeiter waren. Da bis 1851 der Bergbau außerordentlich stark besteuert wurde, die Bildung von Aktiengesellschaften gleichzeitig konzessionspflichtig war, hatte sich bis dahin das Berg- und Hüttenwesen Preußens relativ langsam entwickelt. Der Bedarf der Industrie an Berg- und Hüttenerzeugnissen mußte deshalb zu beachtlichen Teilen aus dem Ausland gedeckt werden, aus einer Quelle, die zeitweilig und partiell versiegen konnte. So stellte der Bericht der Berliner Kaufmannschaft 1854 fest: "Größer noch würde der Verbrauch des Eisens gewesen sein, wenn das von der englischen Regierung erlassene Ausfuhrverbot vieler, besonders für den Maschinen- und Schiffsbau wichtigen Sorten Eisen und Eisenplatten nicht sehr nachteilig auf den deutschen Eisenhandel gewirkt hätte. Die deutschen Eisenwerke waren, selbst bei der größten Anstrengung, nicht im Stande den Bedarf zu befriedigen, welcher Umstand vielen Maschinenfabriken die Erfüllung ihrer Contracte unmöglich machte ... "72

Die aufstrebende Industrie und damit auch der Maschinenbau bedurfte jedoch nicht nur eines größeren Wirtschaftsterritoriums, wie es der Zollverein geschaffen hatte, sondern sowohl eines stärkeren staatlichen Rückhalts beim Export in das Ausland wie auch einer Vereinheitlichung des Überbaus. 1859 klagten die Berliner Maschinenbauunternehmer: "Aber selbst nach entfernteren Ländern würde eine Concurrenz im Lokomotivbau mit England, Frankreich und Belgien möglich sein, wenn Handelsverbindungen mit jenen eröffnet und die Consulate auf dem Haupthandelsplätzen sich unserer Industrie kräftig annehmen würden. "73

Erst die Revolution von 1866 - die Bildung des Norddeutschen Bundes - schuf einen Überbau und fixierte Produktionsverhältnisse, die einerseits Ausdruck dafür waren, daß nun der Staat vornehmlich den Interessen der Bourgeoisie diene, zum anderen Raum für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte ließen. Friedrich Engels schrieb über die Bedeutung der Verfassung des Norddeutschen Bundes: "Die Bundesverfassung entzog die ökonomisch wichtigsten Verhältnisse der Gesetzgebung der Einzelstaaten und wies ihre Regelung dem

72 Ebenda, Nr. 1099.

73 Ebenda, Nr. 676, Bl. 16.

Bunde zu: gemeinsames Bürgerrecht und Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet, Heimatberechtigung, Gesetzgebung über Gewerbe, Handel, Zölle, Schifffahrt, Münzen, Maß und Gewicht, Eisenbahnen, Wasserstraßen, Post und Telegraphen, Patente, Banken, die ganze auswärtige Politik, Konsulate, Handelsschutz im Ausland ... Die meisten dieser Gegenstände wurden nun rasch, und im ganzen in liberaler Weise, durch Gesetze geordnet. Und so wurden denn endlich - endlich! - die schlimmsten Auswirkungen der Kleinstaaterei beseitigt, diejenigen, die einerseits der kapitalistischen Entwicklung, andererseits dem preußischen Herrschaftsgelüste am meisten den Weg versperren. Das war aber keine welthistorische Errungenschaft ..., sondern eine sehr, sehr späte und unvollkommene Nachahmung dessen, was die französische Revolution schon siebzig Jahre früher getan und was alle Kulturstaaten längst eingeführt. "74

Es zeigt sich, daß der preußische Staat zwar eine vielfältige, aber insgesamt doch maßvolle und für ihn wenig aufwendige Förderung des Maschinenbaus - und anderer Industriezweige - vornahm. Er tat das, um einerseits seine ökonomische und damit politische Position gegenüber anderen Staaten zu erhalten bzw. auszubauen. Dem gewiß gegebenen Interesse am Technikimport im weitesten Sinne stand ein absoluter Konservatismus hinsichtlich der Veränderung - und nur durch sie hätten finanzielle Aufwendungen im Bereich der Produktionstechnik stärker wirksam werden können - der Produktionsverhältnisse gegenüber.

Dazu kam bereits in der Mitte der vierziger Jahre die Furcht der Herrschenden vor dem sich entwickelnden Proletariat. Das Berliner Polizeipräsidium - vom preußischen Finanzministerium um eine Stellungnahme zum Vorhaben der Errichtung einer Fabrik ersucht - schrieb, "daß bereits bei vielen Gelegenheiten vom Polizei-Präsidium ausgeführt worden sei, wie die Verhältnisse der hiesigen Residenz die Entstehung großer Fabrik-Anlagen keineswegs wünschen lassen, in welchen viele Menschen ... bei geringem und durch die industrielle Fluktuation noch dazu variablem Lohne beschäftigt werden. Durch den ungewissen und in den meisten Fällen für die hiesigen Verhältnisse nicht einmal ausreichenden Lohn wird ein Haufen von Proletariern herangebildet, welche nirgends, am wenigsten aber hier in der Residenz gewünscht werden kann. Noch in neuester Zeit sind ... bedenkliche Symptome gefährlicher Coalitionen bemerkbar geworden, und muß das Polizei-Präsidium sich auf das Entschiedenste gegen jede Begünstigung der fraglichen Industrie-Anstalten aussprechen. "75

Nur langsam dem Druck der Bourgeoisie weichend und darauf bedacht, dem Junkertum das Hinüberwechseln in das Lager der neuen Ausbeuterklasse zu ermöglichen, schuf der feudal-bürokratische Staat auf dem Wege der Reform nach und nach kapitalistische Produktionsverhältnisse. Bezahlt wurde der - wie Jürgen Kuczynski diesen Prozeß nennt - preußische Weg der Industriellen Revolution mit einem Tempoverlust der preußisch-deutschen Bourgeoisie in der Industriellen Revolution, bezahlt wurde er mit unsäglichen Leiden des deutschen Proletariats. Es besteht kein Grund, die Förderungspolitik des preußischen Staates in irgendeinem Bereich der maschinellen Produktion besonders zu betonen. Vielmehr ist Friedrich Engels zuzustimmen, der schrieb: "Bis 1848 hatte Deutschland keine eigentliche Großindustrie besessen. Die Handarbeit herrschte vor: Dampf und Maschinerie bildeten nur Ausnahmen. Nachdem der deutschen Bour-

74 Engels, Friedrich, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 435.

75 ZStA II, Rep. 120, D, VI, 2, Nr. 19.

geoisie in den Jahren 1848 und 1849 ihre Feigheit eine schmäbliche Niederlage auf politischem Gebiet eingetragen hatte, tröstete sie sich, indem sie sich mit Feuereifer auf die Großindustrie warf. Das Bild des Landes verwandelte sich schnell. Wer Rheinpreußen, Westfalen, das Königreich Sachsen, Oberschlesien, Berlin und die Seestädte 1849 zum letztenmal gesehen hatte, erkannte sie im Jahre 1864 nicht wieder. Überall waren Maschinen und Dampfkraft eingedrungen. Große Fabriken waren größtenteils an die Stelle der kleinen Werkstätten getreten. Dampfschiffe ersetzten nach und nach die Segelschiffe, zunächst in der Küstenschiffahrt und dann im Überseehandel. Die Eisenbahnen vervielfachten sich, auf den Werften, in den Kohlengruben und Eisenbergwerken herrschte eine Aktivität, zu der sich die schwerfälligen Deutschen bis dahin für völlig unfähig gehalten hatten. Gegenüber der Entwicklung der großen Industrie in England und auch in Frankreich war das alles noch herzlich wenig; aber es war immerhin ein Anfang. Und dann war dies alles ohne jegliche Unterstützung von seiten der Regierungen, ohne Subventionen oder Exportprämien und bei einem Zolltarif geschehn, der im Vergleich zu den Tarifen in den anderen Ländern des Kontinents als stark freihändlerisch bezeichnet werden konnte. '76

76 Engels, Friedrich, Der Sozialismus des Herrn Bismarck, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 162.

DIE DEUTSCHE AUSWANDERUNG NACH DEN VEREINIGTEN STAATEN VON
AMERIKA IM 19. JAHRHUNDERT, IHRE URSACHEN UND AUSWIRKUNGEN
(1830 bis 1870)

von Karl Obermann

1. Über die Dimensionen der Auswanderung
2. Überlegungen und Untersuchungen über Ursachen und Charakter der Auswanderung
3. Die berufliche bzw. soziale Zusammensetzung der Auswandererzüge aus den verschiedenen deutschen Staaten
4. Die Auswanderungsvereine am Vorabend und während der Revolution von 1848/49
5. Charakter und besondere Merkmale der Auswanderung in den fünfziger und sechziger Jahren

1. Über die Dimensionen der Auswanderung

Die Massenauswanderung, die im 19. Jahrhundert aus Europa nach Übersee, vorwiegend nach den USA stattfand, muß als eine gesellschaftliche Erscheinung betrachtet werden, die erheblichen Einfluß auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in der Welt bzw. in Europa und in Amerika ausübte. Wirtschaftswissenschaftler und Statistiker bezeichneten sie schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts als Völkerwanderung und meinten, daß "außer Irland kein Land Europas eine solche Völkerwanderung gesehen hat wie Deutschland".¹

In seinem Beitrag für die vom National Bureau of Economic Research in New York in Verbindung mit dem Internationalen Arbeitsamt und dem Internationalen Statistischen Institut herausgegebene Veröffentlichung "International Migration" stellte Friedrich Burgdörfer fest: "Deutschland war während des ganzen 19. Jahrhunderts ein Auswanderungsland und zwar eines der bedeutendsten Auswanderungsländer Europas. Die Auswanderung nahm mitunter solche Dimensionen an, daß dadurch zeitweise ein Drittel und mehr des natürlichen Bevölkerungswachstums an das Ausland verlorenging. Im Gesamtdurchschnitt der 70 Jahre 1841 - 1910 ist ein Siebentel des Geburtenüberschusses an das Ausland im Wege der Auswanderung..."

1 Kolb, C. Fr., Handbuch der vergleichenden Statistik der Völkerzustands- und Staatenkunde, 5. Aufl., Leipzig 1868, S. 5 (1. Aufl. 1856).

rung abgegeben worden", und zwar rund 5 Millionen Menschen.² In einer neueren Untersuchung wird die Zahl der im Laufe des 19. Jahrhunderts ausgewanderten Deutschen mit 6 bis 7 Millionen angegeben.³

Der französische Forscher der historischen Demographie A. Armengaud weist auf die Notwendigkeit hin, systematisch die Ursachen der Auswanderung in den Ländern Europas und den verschiedenen Perioden zu studieren und dabei auch die ökonomischen Auswirkungen der Wanderungen eingehend und kritisch zu untersuchen.⁴ Die Wanderungsursachen sind unbedingt für die Beurteilung des Charakters bzw. der besonderen sozialökonomischen Merkmale der Auswanderungen maßgebend. In der Geschichte der deutschen Auswanderung nimmt die Periode von 1830 bis 1870 mit ihrem Höhepunkt 1854 eine besondere Stellung ein, als ein Ausdrück der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse und Auseinandersetzungen dieser Jahre.

Nach offiziellen Angaben der amerikanischen Einwanderungsbehörden, die jedoch nicht völlig mit den deutschen Auswanderungsangaben übereinstimmen, kamen vom 30. September 1819 bis 31. Dezember 1855 in den nordamerikanischen Häfen insgesamt 1 206 087 Auswanderer aus Deutschland an. Die jährliche deutsche Einwanderung erreichte bis 1827 noch nicht einmal die Zahl 1000, 1828 stieg sie zum ersten Mal auf 1 806, fiel jedoch 1829 wieder auf 582, stieg 1830 auf 1 972, erreichte 1832 bereits die Zahl 10 168, stieg dann weiter, um 1854 die Rekordzahl von 206 054 zu erreichen.⁵

Nach Angaben des amerikanischen Census-Büros aus dem Jahre 1872 betrug die Gesamtzahl der eingewanderten Bevölkerung um diese Zeit bereits 5 567 229, davon waren 2 626 241 aus Großbritannien und Irland (Irland allein stellte 1 855 827 Einwanderer) und 1 690 533 aus Deutschland.⁶

2 Vgl. Allgemeines Statistisches Archiv, Nr. 20/1930, S. 161; Wiederabdruck in gekürzter Fassung Burgdörfer, Friedrich, Die Wanderungen über die deutschen Reichsgrenzen im letzten Jahrhundert, in: Bevölkerungsgeschichte, hg. v. Wolfgang Köllmann und Peter Marschalck, Köln 1972, S. 281 = Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Geschichte.

3 Seeger, Irmgard, Zur Geschichte der deutschen Auswanderungsbewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, hg. v. Württ. Statistischen Landesamt, Jg. 1938/39, Stuttgart 1940, S. 23.

4 Armengaud, A., L' Evolution Démographique de l' Europe aux XIX^e et XX^e siècles, in: Union Internationale pour l' Étude Scientifique de la population, Congrès International de la Population, London 1969, Bd. 4, Liège 1971, S. 2400 f.

5 Vgl. Bromwell, William J., History of Immigration to the United States, Exhibiting the Number, Sex, Age, Occupation and Country of Birth, of Passengers Arriving in the United States by Sea from Foreign Countries, from September 30, 1819 to December 31, 1855, Compiled entirely from official Data, New York 1856, erneut gedruckt New York 1969, S. 16 f. - Neben der Zahl von 1 206 087 in Deutschland geborenen Einwanderern wird noch eine Zahl von 35 995 in Preußen geborenen Einwanderern genannt. Diese Zahl entspricht aber bei weitem nicht der hohen Zahl der Auswanderer aus dem Königreich Preußen, so daß nicht klar ist, ob eventuell nur die Einwanderer aus den preußischen Ostprovinzen gemeint sind, die damals nicht zum Deutschen Bund gehörten.

6 Der Michigan-Wegweiser, Nr. 8, 14. 2. 1873, S. 59, in: Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 11 160, B. 220 f.

Einwanderer in die USA nach Herkunftsstaaten in Deutschland⁷

Staat	Anzahl	Staat	Anzahl	Staat	Anzahl
Baden	153 366	Bayern	204 149	Braunschweig	4 876
Hamburg	7 829	Hannover	104 365	Hessen	131 524
Lübeck	279	Mecklenburg	39 670	Nassau	8 962
Oldenburg	10 286	Preußen	596 782	Sachsen	45 256
Weimar	1 628	Württemberg	127 959	nicht spezifiziert	253 632

+ Der Michigan-Wegweiser, Nr. 8, 14. 2. 1873, S. 59, in: Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 11 160, Bl. 220 f.

In dem Maße, wie die Auswanderung aus Deutschland nach Amerika von 1830 an zunahm, entwickelte sich auch die Seeschifffahrt. Die zunehmende Auswanderung fiel mit dem Übergang von der Segel- zur Dampfschifffahrt zusammen.

Vor allem Bremen verdankte nach 1830 der Auswanderung einen beträchtlichen Aufschwung seiner Reederei und seiner Amerika-Schifffahrt und galt bald als der größte deutsche Auswandererhafen.⁷

Sowohl die amerikanische wie die europäische Seeschifffahrt war völlig auf Auswanderung eingestellt. Die Angaben der Hafenbehörden bildeten auch die Grundlage für die ersten eingehenden Untersuchungen und Betrachtungen über die deutsche Auswanderung, ihre Dimensionen und ihre zunehmende soziale und wirtschaftliche Bedeutung. Aufgrund der mehr oder weniger genauen Angaben der Hafenbehörden von Bremen, Hamburg, Antwerpen, Le Havre und den holländischen Seehäfen über die Verschiffung deutscher Auswanderer errechnete Dieterici, der Direktor des statistischen Büros in Berlin, daß von 1836 bis 1843 jährlich zwischen 20 000 und 30 000, 1844 bis 43 000, 1845 bis 67 000 Personen über den Ozean emigriert waren.⁸ Auf Angaben der Hafenbehörden beruhen auch folgende Berechnungen:

⁷ Vgl. Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, hg. v. E. v. Philippovich, Leipzig 1892, S. 389 = Schriften des Vereins für Socialpolitik, Nr. 52; vgl. Engelsing, Rolf, Bremen als Auswandererhafen 1683 - 1880, Bremen 1961, S. 25 = Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, H. 29. Dort heißt es: "Im Herbst 1830 erfuhren die Verschiffungen jedoch eine plötzliche Zunahme. Angesichts der französischen Julirevolution veranlaßte eine Mißernte unversehens Auswanderungen aus Norddeutschland, vor allem Hannover, Oldenburg und dem Münsterland, die sich alsbald nach Süden fortsetzten. Für Bremen wirkte sich günstig aus, daß sowohl Holland wie Hamburg die Einwanderung erschwerten oder verboten, um sich Arme vom Halse zu halten. Ebenso sehr schreckten die belgischen Wirren und eine in den Westhäfen ausgebrochene Choleraepidemie von der Reise über Antwerpen und Le Havre ab. So dankte es Bremen hauptsächlich dem Zufall, daß sich 1831 etwa 3 500 Auswanderer in der Stadt einstellten... Binnen kürzester Zeit wurde der Personenverkehr zu einem unentbehrlichen Bestandteil, ja zur Grundlage der bremischen Wirtschaft und stellte bereits 1836 neben dem Tabakgeschäft die ergiebigste Einnahmequelle der Kaufmannschaft dar."

⁸ Dieterici, C. F. W., Über Auswanderungen und Einwanderungen, letztere in besonderer Beziehung auf den Preussischen Staat vom statistischen Standpunkt, Berlin/Posen/Bromberg 1847, S. 5.

Tabelle 2

Gesamtzahl der Auswanderer aus Deutschland⁺

Jahr	Anzahl	Jahr	Anzahl	Jahr	Anzahl
1846	94 581	1849	89 102	1852	162 301
1847	109 531	1850	82 404	1853	162 568
1848	81 895	1851	112 547	1854	251 931

+ Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 2. Jg. 1854, S. 490 f.; 3. Jg. 1855, S. 292; 4. Jg. 1856, S. 289. - Zugleich wird darauf hingewiesen, daß die Zahl derjenigen, "welche als Kajüten-Passagiere und ohne Kundgebung ihrer Absicht auszuwandern, das Vaterland verlassen haben", unbekannt sei.

Zum ersten Mal war auch im Jahr 1852 die deutsche Auswanderung über deutsche Häfen größer als diejenige über nichtdeutsche Häfen.

Tabelle 3

Deutsche Auswanderung über deutsche und nichtdeutsche Häfen 1852⁺

Hafen	Personen	Hafen	Personen
Hamburg	30 541	Bremen	58 551
Altona	160	Antwerpen	14 428
Harburg	200	Le Havre	24 289
Emden	76	holländische	
Rostock	72	Häfen	2 698
Stettin	200	andere Häfen	31 086

+ Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 4. Jg. 1856, S. 289.

Es kamen also 89 800 Personen über deutsche und 72 501 Personen über nichtdeutsche Häfen.

Spätere Berechnungen ergaben folgendes Gesamtbild über das Ausmaß der Auswanderung:

Tabelle 4

Auswanderung von Deutschland nach Übersee 1841 bis 1870⁺
(nach Volkszählungsperioden)

Zeitraum	Personen	Zeitraum	Personen
1841 - 1843	55 112	1856 - 1858	240 872
1844 - 1846	123 912	1859 - 1861	142 113
1847 - 1849	207 099	1862 - 1864	131 011
1850 - 1852	338 386	1865 - 1867	347 515
1853 - 1855	473 682	1868 - 1870	317 306

+ Burgdörfer, Friedrich, Die Wanderungen über die deutschen Reichsgrenzen im letzten Jahrhundert, in: Bevölkerungsgeschichte, Köln 1972, S. 291.

Von 1841 bis 1870 machte die Auswanderung aus Deutschland nach Übersee 2 377 008 Personen aus, und mit 812 068 Personen erreichte die Auswanderung in den Jahren 1850 bis 1855 ihren ersten Höhepunkt in Deutschland.

2. Überlegungen und Untersuchungen über Ursachen und Charakter der Auswanderung

Die ständig zunehmende Zahl der Auswanderer veranlaßte die Behörden, Statistiker und Wissenschaftler zu ernsthaften Überlegungen und Untersuchungen der Ursachen und besonderen Merkmale der wachsenden Wanderungsbewegung.

Vielfach werden in der bisherigen Auswanderungsliteratur die Auswanderungspropaganda der Schiffsfahrts- und anderer Auswanderungsagenten sowie Briefe früherer Auswanderer verantwortlich gemacht für die Ausbreitung der Auswanderungslust bzw. -sucht, doch zeigt sich bei näherer Untersuchung, daß die Propaganda nur ein Mittel war, die Auswanderungsabsichten zu fördern und in eine bestimmte Richtung zu lenken, daß die eigentliche Ursache jedoch bei den sozialen, wirtschaftlichen und auch den politischen Verhältnissen in Deutschland gesucht werden muß.⁹ Die ständig wachsende Auswanderungsbewegung zeigt sich von Anfang an als eine in den gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelnde soziale Erscheinung, als eine Bewegung, die einen Ausweg sucht und entscheidende Veränderungen anstrebt, wobei der Ruf der USA als Land mit demokratischen und liberalen Einrichtungen, das neue soziale und wirtschaftliche Möglichkeiten biete, eine Rolle spielte. Die Auswanderungsbewegung war eine internationale Erscheinung, die mit der wirtschaftlichen bzw. industriellen kapitalistischen Entwicklung und den damit verbundenen Veränderungen in der sozialen Bevölkerungsstruktur eng zusammenhing und früher oder später alle europäischen Länder erfaßte. Im Zusammenhang mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen verlor die Auswanderung ihren individuellen Charakter und trat als eine Massenerscheinung auf. Es muß von der Tatsache ausgegangen werden, daß die Massenenmigration in Deutschland nach der Julirevolution in Frankreich und den ihr folgenden revolutionären Ereignissen in Belgien, Polen und vor allem auch in verschiedenen Staaten des Deutschen Bundes einsetzte, also nach der Revolution, die Friedrich Engels als "das Signal für einen allgemeinen Ausbruch der Unzufriedenheit des Bürgertums, der Aristokratie und des Volkes in ganz Europa" einschätzte.¹⁰ Die Unzufriedenheit mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen beschränkte sich nicht mehr auf einzelne Provinzen und Staaten, sondern breitete sich überall in Deutschland aus und erzeugte den Wunsch, einen Ausweg bzw. bessere Existenzbedingungen zu finden. So sahen die Behörden in den Auswanderungswilligen von Anfang an unruhige, unzufriedene Elemente, die sich gegen die bestehende "Ordnung" auflehnten.

Im Juli 1840, während seiner kaufmännischen Ausbildungszeit in Bremen, besichtigte der junge Engels ein Auswandererschiff in Bremerhaven. In einer Korrespondenz für das "Morgenblatt für gebildete Leser" vermittelte Engels seine Eindrücke über Ursachen und Charakter der Auswanderung. Er schreibt: "Ich habe gesehen, wie nahe es ihnen geht, wenn sie wirklich die deutsche Erde für immer verlassen, wenn das Schiff, mit allen Passagieren an Bord, langsam aus dem Hafen auf die Reede legt und von da in die offene See hineinsegelt. Es sind fast lauter treue, deutsche Gesichter, ohne Falsch, mit kräftigen Armen, und man braucht nur einen Augenblick unter ihnen zu verweilen, nur die Herzlichkeit sehen, mit der sie sich begegnen, um zu erkennen, daß es wahrlich nicht die

9 Vgl. Walker, Mack, *Germany and the Emigration 1816 - 1885*, Cambridge (Massachusetts) 1964, S. 42.

10 Engels, Friedrich, *Deutsche Zustände*, Brief III, in: Marx/Engels, *Werke*, Bd. 2, Berlin 1957, S. 582.

Schlechtesten sind, die ihr Vaterland verlassen, um sich im Lande der Dollars und der Urwälder anzusiedeln. Der Spruch: Bleibe im Lande und nähre Dich redlich, scheint wie für die Deutschen gemacht, und doch ist es nicht so; wer sich redlich nähren will, geht, wenigstens sehr häufig, nach Amerika. Und es ist bei weitem nicht immer Nahrungslosigkeit, geschweige denn Habsucht, was diese Leute in die Ferne treibt; es ist die schwankende Stellung des deutschen Bauern zwischen Leibeigenschaft und Unabhängigkeit, es ist die Erbuntertänigkeit und das Schalten und Walten der Patrimonialgerichte, was dem Landmann sein Essen versäuert und den Schlaf unruhig macht, bis er sich entschließt, sein Vaterland zu verlassen. ¹¹ Das gleiche Motiv politischer und sozialer Unsicherheit, das den kleinen Grundbesitzer bewegte, galt auch für die Handwerker auf dem Lande, die meist ebenso vom großen Grundherrn abhängig waren.

Die Zahl der Notleidenden und Mittellosen nahm in den vierziger Jahren um so schneller zu, als es infolge des Rückgangs der Ernteerträge und der zunehmenden Verteuerung der Lebensmittel zu Krisenerscheinungen kam, die zu größeren sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen führten. Der Ruin der kleinen und mittleren Handwerker und der kleinen Bauern nahm immer größere Ausmaße an. ¹²

Aus zahlreichen Berichten preußischer Regierungspräsidenten an das königliche Zivilkabinett in Berlin geht der enge Zusammenhang zwischen steigenden Preisen, hohen Steuern, mangelnden Verdienstmöglichkeiten und zunehmender Auswanderung hervor. So heißt es zum Beispiel in dem Bericht der Regierung in Münster (Westfalen) für den Monat Februar 1843: "Bei der geringen Einwohnerklasse werden die nachteiligen Folgen, welche aus dem gedrückten Verhältnis der Leinwand-Fabrikation entspringen, stets mehr empfunden. In der Bürgermeisterei Lembeck des Kreises Recklinghausen nimmt die Auswanderungslust nach Nordamerika in einem bedauerlichen Grade zu. Als Beweggründe werden die hohen Preise der Lebensmittel und der steigende Mangel an Verdienst für die geringere Klasse angegeben. ¹³ Auch die Aachener Regierung berichtete im März 1843 von "manchen Gewerben", die "unter dem Drucke höchst ungünstiger Konjunkturen seufzen", so daß "die Auswanderungen nach Nordamerika, ungeachtet der wenig günstigen Nachrichten von früher Ausgewanderten, wieder sehr zunehmen. Aus dem Kreis Schleiden haben sich bereits wieder 10 - 15 Familien dazu gemeldet und wird in der Regel Mangel an Verdienst bei Teuerheit der Lebensmittel und hohe Steuern als Grund angegeben. ¹⁴

Aufgrund ihrer beträchtlichen Dimensionen und ihrer zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung wurde die deutsche Auswanderung gegen Ende der vierziger Jahre zum Gegenstand eingehender Betrachtungen.

Die Brüsseler Akademie stellte für das Jahr 1847 die Preisaufgabe, "die Ursachen der deutschen Auswanderung im 19. Jahrhundert zu entwickeln und den Einfluß aufzuweisen, welchen diese Auswanderung auf die Sitten und die Lage der Bewohner in Deutschland ausüben." Nach dem Urteil der Preisrichter wurde die Auf-

11 Marx/Engels, Ergänzungsbd., 2. T., Berlin 1967, S. 84.

12 Vgl. Obermann, Karl, Wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte der Krise von 1845 - 1847 in Deutschland, insbesondere in Preußen, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 7, Berlin 1972, S. 142 f.

13 Zentrales Staatsarchiv, Historische Abt. II (im folgenden: ZStA II), 2. 2. 1. Nr. 16 691, Bl. 15.

14 Ebenda, Nr. 16 187, Bl. 63.

gabe in den eingereichten vier Abhandlungen nicht gelöst und daher von neuem gestellt.¹⁵ Der Berliner Junghegelianer Rutenberg ging in seiner 1848 erschienenen wissenschaftlichen Untersuchung über "Die Ursachen der deutschen Auswanderung" davon aus, daß "von den eigentlichen Ursachen, welche auf die Auswanderung einwirken", die Mittel und Wege, "durch welche bewirkt wird, daß die Ursachen gleichsam ihre Spannkraft erhalten und tätig wirkend zu den Resultaten gelangen, welche die Zahlen der jährlich die Heimat Verlassenden nachweisen", getrennt werden müssen, daß also die Auswanderungspropaganda durch die Literatur, durch den Briefwechsel, durch Auswanderungsagenten und -vereine als Hilfsmittel zu betrachten seien, die aber nicht mit den Ursachen verwechselt werden dürfen, sondern lediglich ihre Wirkungen begünstigen.

Die Klassifizierung der Auswanderer nach ihren Lebensbeschäftigungen wird als "Maßstab" bezeichnet, "um die Ursachen der Auswanderung zu ergründen." Dabei sei nicht zu übersehen, daß es "jetzt die Handwerker und die ackerbautreibenden Klassen [sind], welche nach Amerika hinüberziehen", da sich die Lage dieser Klassen durch die industrielle Entwicklung verändert habe. Folgendes Beispiel wird angeführt: 1842 landeten 109 553 Einwanderer an den Küsten der Vereinigten Staaten, von denen 20 844 aus Deutschland kamen. Von ihnen waren "16 722 Handarbeiter, 17 715 Landbauern, 4 837 Kaufleute, 726 Seeleute, 245 Ärzte, 151 Geistliche, 91 Juristen und 41 Bergleute. Dazu kamen 12 663 männliche und 36 294 weibliche Personen ohne bestimmte Beschäftigung. Dem Alter nach waren unter 10 Jahren: 18 951, von 10 bis 20 Jahren: 21 424, von 20 bis 40 Jahren: 57 582, über 40 Jahre: 8 859. Das Alter der übrigen konnte nicht ermittelt werden." Armut, Furcht vor Verarmung und unzureichende Existenzmöglichkeiten werden an erster Stelle unter den Ursachen der deutschen Auswanderung genannt. Rutenberg machte aber auch darauf aufmerksam, daß bei der Ergründung der Ursachen politische und religiöse Motive nicht außer acht gelassen bzw. unterschätzt werden dürften und daß schließlich auch gewisse Wechselbeziehungen im Hinblick auf die materiellen bzw. sozialen Beweggründe vorhanden seien, das heißt, daß zwischen der durch die Verhältnisse in der Heimat entstandenen Existenzangst, der Furcht vor gänzlicher Verarmung und den wirtschaftlichen, sozialen, aber auch politischen Aussichten in Amerika enge Beziehungen beständen und es vielen tatsächlich in erster Linie darauf ankomme, der Not und der Unfreiheit zu entrinnen.¹⁶

3. Die berufliche bzw. soziale Zusammensetzung der Auswandererzüge aus den verschiedenen deutschen Staaten

Die ersten statistischen Bemühungen der einzelnen deutschen Staaten, genauere Angaben über die Auswanderung zu erhalten, erstreckten sich vor allem auch darauf, zu ermitteln, welcher Personenkreis von der Auswanderung erfaßt wurde, welchen Berufen die Auswanderer angehörten und in welchen sozialen Verhältnissen sie sich befanden. In Preußen lag der Schwerpunkt der Auswanderung vor 1848 in den beiden westlichen Provinzen Rheinland und Westfalen.

15 Vgl. Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, 2. Jg. 1848, S. 237 f.

16 Rutenberg, Die Ursachen der deutschen Auswanderung, in: Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, 2. Jg. 1848, S. 231 - 243; vgl. dazu ferner Obermann, Karl, De quelques problèmes et aspects socio-économiques des migrations allemandes du XVI^e au XIX^e siècle, in: Annales de Démographie Historique 1971, Paris 1972, S. 121 f.

Aus dem Regierungsbezirk Aachen liegt eine "Nachweisung" mit Berufsangaben der 760 Personen vor, die vom Dezember 1843 bis Dezember 1846 mit Erlaubnisschein ausgewandert waren. Unter diesen 760 Auswanderern befanden sich

Ackerer: 264 Personen, das heißt 3 alleinstehende Personen, 44 Familien mit 39 Ehefrauen, 155 Kindern und 17 anderen Familienangehörigen, 2 Witwen mit 4 Kindern. Dazu müssen gerechnet werden

Ackerer mit einem zweiten Beruf, wie Tagelöhner, Schreiner, Fuhrmann, Schmied, Musikus: 45 Personen, das heißt 7 Familien mit 7 Frauen, 30 Kindern und 1 Schwiegermutter;

Tagelöhner: 95 Personen, das heißt 5 alleinstehende Personen und 19 Familien mit 19 Frauen und 52 Kindern;

Holzschneider: 5 Personen, und zwar 1 Familie mit 3 Kindern;

Eisenbahnwärter: 7 Personen, und zwar 1 Familie mit 5 Kindern;

Bergmänner: 43 Personen, und zwar 8 Familien mit 26 Kindern und 1 Schwiegersohn;

Handwerker:

holzverarbeitende und Bauberufe:

Schreiner: 64 Personen, und zwar 13 Familien mit 34 Kindern und 4 alleinstehende Personen;

Tischler: 7 Personen, und zwar 1 Familie mit 4 Kindern und 1 alleinstehende Person;

Wagner: 10 Personen, und zwar 1 Wagner mit 2 Kindern und 1 Familie mit 5 Kindern;

Zimmerer: 18 Personen, und zwar 4 Familien mit 9 Kindern und 1 Schwägerin.

Maurer: 2 alleinstehende Personen;

eisenverarbeitende Berufe:

Schlosser: 4 Personen, und zwar 1 Schlossermeister mit 2 Söhnen und 1 Schlossergeselle;

Schmiede: 21 Personen, und zwar 4 alleinstehende Personen und 3 Familien mit 10 Kindern und 1 Schwiegermutter;

Bekleidungs-gewerbe:

Weber: 38 Personen, und zwar 8 Familien mit 20 Kindern und 1 Tante und 1 alleinstehende Person;

Schneider: 18 Personen, und zwar 3 Familien mit 9 Kindern und 3 alleinstehende Personen;

Schuhmacher: 37 Personen, und zwar 8 Familien mit 20 Kindern und 1 alleinstehende Person;

Gerbereiarbeiter: 9 Personen, und zwar 2 Familien mit 5 Kindern;

ohne Berufsangaben: 46 Personen.

Außerdem gehörten 27 Personen anderen, nicht handwerklichen Berufen an, und zwar 1 alleinstehender Papierfabrikant, 1 alleinstehender Kaufmann, 1 alleinstehender Ökonom (Verwalter), 1 Schenkwirt und Fuhrmann mit Ehefrau und 6 Kindern, 2 Musiker mit Ehefrauen und 5 Kindern, 1 Prediger mit Ehefrau und 4 Kindern, 1 Theologiestudent. Kinderreiche Ackerer-Familien ohne ausreichenden Grundbesitz, Tagelöhner-, Bergleute- und Handwerkerfamilien, die durch hohe Preise und geringe Verdienstmöglichkeiten ihre Existenz bedroht sahen, stellten den Hauptanteil der Auswanderer nicht nur im Regierungsbezirk Aachen, sondern auch in den benachbarten Regierungsbezirken Trier und Koblenz.¹⁷

¹⁷ Staatsarchiv Koblenz, Abt. 403, Nr. 1544, S. 71 - 77.

Die erste vollständige "Statistische Übersicht der in dem Zeitraum vom 1. Oktober 1844 bis zum 30. September 1848 zur amtlichen Kenntnis der Regierung gekommenen Zahl der Ein- und Ausgewanderten im Preußischen Staate" veröffentlichte Dieterici 1849. Dazu bemerkte er, daß sich die dem Büro vorliegenden Listen nur "auf die mit Entlassungsscheinen aus dem Untertanen-Verbande versehenen Ausgewanderten beziehen, da nur von diesen zuverlässige Nachrichten zur amtlichen Kenntnis kommen." Anschließend wies er darauf hin, daß die Zahl derjenigen, namentlich aus der ärmeren Bevölkerung, die ohne Entlassungsschein auswandern, "gewiß nicht unbedeutend ist", mithin auch die amtlichen Statistiken kein genaues Bild geben. Von den 49 104 Personen, die in den vier Jahren von 1844 bis 30. September 1848 mit Entlassungsschein den preußischen Staat verließen, gingen 82,86 Prozent = 40 690 Personen über den Ozean.¹⁸

Die Auswanderung glich in den vierziger Jahren tatsächlich einer Flucht größerer Gruppen der ärmeren und mittleren Bevölkerung vor der Verarmung in ein Land mit besseren sozialen und politischen Bedingungen. Im allgemeinen handelte es sich bei denjenigen, die ohne Entlassungsurkunde auswanderten, um Arme und Mittellose, während diejenigen, die einen Entlassungsschein beantragten, also ihre Auswanderung vorbereiteten, ihren kleinen Land- oder Hausbesitz verkauften, dem Kreis der kleinen und mittleren Landleute und Handwerker angehörten, die sich vor dem gänzlichen Ruin retten wollten. Nach den Vermögensangaben, die die preußischen Behörden ab 1844 von den Auswanderern forderten, die sich aber als unzuverlässig erwiesen, fiel in der Zeit vom 1. Oktober 1844 bis 30. September 1845 auf jeden Auswanderer durchschnittlich ein Vermögen von 182 Talern. Im Regierungsbezirk Koblenz kamen auf einen Auswanderer aber durchschnittlich nur 107 Taler, im Regierungsbezirk Münster sogar durchschnittlich nur 93 Taler.¹⁹

Das Königreich Sachsen konnte schon in den dreißiger Jahren seiner ständig zunehmenden Bevölkerung keine ausreichenden Verdienstmöglichkeiten bieten. Aus den dichtbevölkerten Industriegebieten Sachsens, vor allem aus dem Erzgebirge und dem Vogtland wurde 1831 berichtet: "Größte Armut herrscht in diesen Gegenden. Alle Nahrungszweige liegen. Die Kattunweberei ist so gut als vernichtet, das Spitzenklöppeln wird immer unzureichender zur notdürftigen Fristung des Lebens, Eisen- und Blechwaren sind so sehr im Preise gesunken, daß sie ihre Verfertiger keineswegs mehr ernähren können; ebenso sind die Posamentierwaren fast ohne allen Absatz, und der Bergbau würde in diesem Teile Sachsens ganz auflören müssen, wenn nicht die Antonshütte einiges Leben in diesen Zweig gebracht hätte. Das Elend der zahlreichen Bewohner ist, infolge dieser Nahrungslosigkeit, fast unglaublich. Die armen Leute leben fast nur von Kartoffeln und einem Getränke, das sie Kaffee nennen."²⁰ Solche und ähnliche Schilderungen fanden sich in den verschiedensten Zeitungen. In der organisierten Auswanderung sahen Behörden und andere Institutionen das Mittel, dem Elend zu steuern. Die sächsische Regierung zog selbst in Nordamerika, aber auch in den benachbarten Staaten Preußen, Rußland und Ungarn, Erkundigungen ein, welche Möglichkeiten sich sächsischen Auswanderern bieten würden.²¹

18 Mitteilungen des statistischen Bureau's in Berlin, Nr. 2/1849, S. 147 f.

19 Dieterici, C. F. W., a. a. O., S. 33, 36 f.

20 Siehe Archiv der Deutschen Landwirtschaft, 1831, S. 328 f.; Das Vaterland, 1831, Nr. 86, zit. nach: Rosenthal, Hildegard, Die Auswanderung aus Sachsen im 19. Jahrhundert (1815 - 1871), Stuttgart 1931, S. 25 = Schriften des Deutschen Ausland-Instituts, Kulturhistorische Reihe, Bd. 30.

21 Vgl. ZStA II, A. A. III, Rep. 1, Nr. 41, Bl. 1, Schreiben von Carlowitz an den preußischen Außenminister Ancillon v. 7. 8. 1832.

Mitte der dreißiger Jahre konnte es keinen Zweifel mehr darüber geben, daß nicht nur die Existenz der mittellosen Handwerker und Fabrikarbeiter, sondern auch die der kleinen verschuldeten Haus- und Grundbesitzer bedroht war.²² In einer Petition an eine "Hohe Ständeversammlung des Königreichs Sachsen", datiert Dresden, den 12. Dezember 1836, erklärten 34 Handwerker, und zwar Schuhmacher, Schneider, Maurer und Gärtner: "Durch Nahrungslosigkeit, die Gebärerin so vielen Jammers und so bitterer Armut, sehen sich die Unterzeichneten genötigt, nachdem sie sich schon lange nach Hilfe umgesehen, aber alle Hilfsquellen verstopft gefunden, einer Hohen Stände-Versammlung die Bitte um Gewährung des von uns aufgefundenen Mittels dringend ans Herz zu legen." Es handelte sich um die Gründung einer Kolonie im amerikanischen Staat Michigan. Einige Angaben über die Berufe derjenigen, die der Not, dem Elend und sozialer Unsicherheit zu entfliehen suchten und bestrebt waren, sich in Amerika eine neue Existenz aufzubauen, bieten nicht nur einen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern gewähren auch Aufschluß über die soziale Zusammensetzung des Kreises der Auswanderer. Einem Verzeichnis der aus dem Bezirk der Kreisdirektion Zwickau in den Jahren 1836 bis 1838 ausgewanderten 195 Personen ist zu entnehmen, daß es sich vorwiegend um Strumpfwirker- und Weberfamilien handelte, dazu kamen noch einige Handwerksgezellen, 1 Müller, 1 Gutsbesitzer, das heißt ein kleiner Grundbesitzer, und 1 Pfarrerrfamilie.²³

Aus dem Jahre 1838 liegen Angaben über eine ausgedehnte sächsische Auswanderung vor. In einem Verzeichnis, das 498 Personen aufführt, sind auch 15 Bergleute mit ihren Familien, insgesamt 44 Personen, enthalten, die nach Polen auswanderten. Die übrigen 454 Personen einschließlich Frauen und Kinder, die nach Amerika auswanderten, gehörten folgenden Berufen an²⁴: 13 gelehrte bzw. akademische Berufe, 3 Lehrer, 9 Offizianten, das heißt Beamte, 85 Professionisten, das heißt Handwerker, 7 Landwirte, das heißt kleine Grundbesitzer, 31 Händler, 3 Handarbeiter bzw. Tagelöhner und 14 weibliche Dienstpersonen. Ein Berufsverzeichnis von 58 aus der Kreisdirektion Leipzig 1838 nach Amerika Ausgewanderten enthält genauere Angaben. Zum sogenannten Gelehrtenstand gehörten 1 Chirurg, 4 Pfarrer, 2 Kandidaten der Theologie, 1 Kandidat der Rechtswissenschaft. Zu den Offizianten bzw. Beamten zählte 1 Steuerrevisor. Unter den Professionisten bzw. Handwerkern waren: 3 Webermeister, 1 Sattlermeister, 2 Schneidermeister, 3 Schneidergesellen, 2 Näherinnen, 1 Strumpfwirkermeister, 2 Strumpfwirker, 1 Strumpfwirkergezele, 2 Strumpfnäherinnen, 1 Korbmacher, 1 Wagnergezele, 6 Schuhmachergezellen, 1 Papiermachergezele, 1 Maurergezele, 1 Glasermeister, 1 Steindruckerk, 2 Mühlburschen, 1 Hebamme. Weiter wurden 6 Handarbeiter bzw. Tagelöhner und 1 Dienstmagd aufgeführt, ferner 2 Handlungsdienner. Zu den kleinen Haus- und Grundbesitzern zählten: 4 Gutsbesitzer, 2 Haus- und Feldbesitzer sowie 2 Hausbesitzer. Bei den im Verzeichnis von 32 Personen, die 1838 aus der I. und III. Amtshauptmannschaft der Dresdner Kreisdirektion nach Amerika ausgewandert waren, handelte es sich vorwiegend um kleine Bauern bzw. Grundbesitzer der zum Bezirk gehörenden Dörfer, dazu noch 2 Mühlenbesitzer, 1 Bergmann und 1 Zimmergezele.

In der sozialen Zusammensetzung der Auswanderergruppen zeigt sich der Niedergang des Kleingewerbes, die Ausweglosigkeit, in der sich kleine Haus- und Grund-

22 Vgl. Sartorius v. Waltershausen, A., Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815 - 1914, Jena 1920, S. 31 f.

23 Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 1186 c, Bl. 48.

24 Ebenda, Bl. 64.

besitzer durch den Rückgang ihrer Einnahmen, durch hohe steuerliche Belastungen und die eingetretene Verschuldung befanden. Einem schnellen Wachstum der Bevölkerung stand in dieser Zeit der beginnenden industriellen Revolution noch keine entsprechende Zunahme der Arbeitsmöglichkeiten in Stadt und Land gegenüber, so daß die Auswanderung mehr und mehr als ein Mittel galt, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Statistiker im Königreich Bayern führten die zunehmende Auswanderung allgemein auf "Erschwerung der Lebenshaltung" zurück.

Tabelle 5

Der Zusammenhang zwischen Auswanderung und Preissteigerungen in Bayern⁺

Jahre	Zahl der ausgewanderten Personen			Auf 1000 Einwohner kommen Ausgewanderte	Durchschnittlicher Roggenpreis pro Scheffel		Exportiertes Vermögen fl.
	mit Erlaubnisschein	heimlich	zusammen		fl.	kr.	
1835/36	5 704	1 240	6 944	1,6	6	53	1 850 070
1836/37	5 526	1 396	6 922	1,6	7	31	1 748 499
1837/38	2 897	704	3 601	0,8	10	18	1 273 817
1838/39	5 852	1 188	7 040	1,6	11	30	1 962 506
1839/40	6 444	1 146	7 590	1,7	10	35	2 073 850
1840/41	3 714	745	4 459	1,0	8	49	1 498 612
1841/42	3 270	885	4 155	0,9	9	14	1 440 347
1842/43	3 436	826	4 262	1,0	14	10	1 569 412
1843/44	4 879	975	5 854	1,3	14	01	1 731 750
1844/45	7 050	3 103	10 153	2,3	15	15	2 502 058
1845/46	8 504	4 605	13 109	2,9	19	53	3 423 182
1846/47	9 823	5 572	15 395	3,4	21	36	3 988 521
1847/48	5 800	3 835	9 635	2,1	10	12	2 761 820
	72 899	26 220	99 119				

+ Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, Leipzig 1892, S. 76 f., 90 = Schriften des Vereins für Socialpolitik, Nr. 52.

Das exportierte Vermögen machte pro Kopf der Auswandernden im Durchschnitt nur etwa 246 bis 266 fl. (Gulden) aus, woraus sich ergibt, daß es sich im wesentlichen um Kleingewerbetreibende, kleine Grundbesitzer bzw. Bauern und Arbeiter handelte. Die Zahl derjenigen, die ohne Erlaubnis bzw. ohne Entlassungsschein auswanderten, was zumeist bei Personen ohne Haus- oder Grundbesitz, das heißt Mittellosen der Fall war, betrug immerhin mehr als ein Viertel - in den Jahren 1845 bis 1848 sogar mehr als ein Drittel - der Gesamtzahl der Auswandernden.²⁵

Bereits im Jahre 1837 suchte die bayerische Regierung der Auswanderung ohne Entlassungsschein entgegenzuwirken. Sie wandte sich an die Regierungen der benachbarten Länder mit dem Ersuchen, ihre Behörden anzuweisen, bayerische Auswanderer, welche sich "ohne gehörige Legitimation über erhaltene Auswanderungsbewilligung nach Einschiffungsplätzen im nördlichen Deutschland verfügen

²⁵ Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, a. a. O., S. 76 f., S. 90.

wollen, mit Strenge zurückzuweisen, sobald sie die Grenzen der resp. Länder überschreiten oder innerhalb derselben betreten werden. "26

Im Großherzogtum Baden verfolgte die Regierung den Grundsatz, im Staatsinteresse die Auswanderung der Armen finanziell zu begünstigen, das heißt, "die Armenunterstützung zu kapitalisieren und zur Auswanderung der bisher Unterstützten zu verwenden. "27 In einem amtlichen Bericht heißt es, daß es Sache der Gemeinden sei, "der großherzoglichen Regierung jene Personen und Familien zu bezeichnen, deren Auswanderung auf öffentliche Kosten im Interesse der Bezeichneten wie der Zurückbleibenden zu liegen schien. Die Gesamtzahl der so zur Auswanderung als geeignet ... bezeichneten Personen berechnete sich auf 18 000 oder auf 1,3 % der Bevölkerung. " In dem Bericht wird weiter hervorgehoben, daß "die Auswanderung sich beinahe ausschließlich auf den ärmeren Teil der Bevölkerung beschränkte und die günstige Folge [habe], daß nun die zurückgebliebenen Arbeiter einen besseren regelmäßigen Verdienst finden. Übt auch der Verkauf der Liegenschaften der Auswanderer anfänglich einen drückenden Einfluß auf die Liegenschaftspreise, so erleichterten diese Preise dem zurückgebliebenen Teil der Bevölkerung die Erwerbung von Grundeigentum. " In den Jahren von 1840 bis 1849 wanderten laut amtlichem Bericht 4 345 Familienhäupter mit 14 858 Angehörigen sowie 4 763 ledige Personen, insgesamt 23 966 Personen aus. Davon gehörten 11 028 zur "Ackerbau treibenden Klasse", 7 379 zum Handwerkerstand und 5 559 zu "anderen Klassen". Von den Auswanderern gingen 22 526 nach Nordamerika. 28

Im Großherzogtum Hessen entschloß sich die Regierung 1842, statistische Erhebungen über die Auswanderung vorzunehmen. Die 10 196 Auswanderer der Jahre 1842 bis 1846 - davon entfielen allein 6 029 auf das Jahr 1846²⁹ - waren, wie aus einer Äußerung des hessischen Ministers du Thil aus dem Jahre 1847 hervorgeht, vorwiegend Ackerbauern, die der Boden nicht mehr hinreichend ernährte, sowie arbeitslose Tagelöhner und Handwerker. 30 Unter den "Gewerbeleuten befanden sich fast alle Gattungen von Handwerkern; jedoch ist zu bemerken, daß aus Gegenden, wo bisher die Leinenweberei blühte, die Weber die Mehrzahl der auswandernden Handwerker bildeten und nach diesen im allgemeinen die Bauhandwerker, vorzüglich Maurer. "31

Nach statistischen Erhebungen betrug die Zahl der Auswanderer im Herzogtum Nassau von 1816 bis 1845 insgesamt 8 275. Während 1816 erst 154 Personen auswanderten, waren es 1845 bereits 674 Personen, die sich infolge ihrer sozialen Notlage zu diesem Schritt veranlaßt sahen. Neuere Untersuchungen haben jedoch ergeben, daß in dieser Aufstellung der nassauischen Landesregierung weder die Familienangehörigen noch die heimlich Fortgegangenen enthalten sind, so daß es

26 Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden, Abt. 211, Nr. 8001, General-Acten über die Auswanderungen 1817 - 47, Bl. 127. - Dieses Ersuchen, das die herzoglich nassauische Regierung ihren Behörden zur Kenntnis brachte, trägt das Datum v. 25. 1. 1837.

27 Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, a. a. O., S. 136.

28 Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, hg. v. Otto Hübner, 5. Jg. 1857, S. 69 - 71; Bundesarchiv, Abt. Frankfurt a. M., A VIII, 11, Deutscher Bund, I, Nr. 28, Vol. II, Bl. 117.

29 Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, 2. Jg. 1848, S. 242.

30 Vgl. Der deutsche Auswanderer, 1. Jg. 1847, Sp. 131.

31 Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, 2. Jg. 1848, S. 242.

berechtigt sei, die überseeische Auswanderung von 1816 bis 1845 auf etwa 16 000 Personen zu schätzen.³²

Die Verschlechterung der Lage des Kleingewerbes und der Kleinbetriebe in der Landwirtschaft gilt auch als die wesentliche Ursache für die ständig zunehmende Auswanderung aus dem Königreich Württemberg. Auf der Grundlage von Berechnungen sind für die Jahre 1828 bis 1832 insgesamt 10 500, für die Jahre 1831 bis 1834 insgesamt 20 000 und schließlich für die Jahre 1846 bis 1849 insgesamt 25 000 Auswanderer ermittelt worden.³³ Für die Jahre 1843 bis 1854 wird ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Auswanderung und größerer Bevölkerungsdichte, Geburtenfrequenz und ländlichem Kleinbesitz als erwiesen betrachtet.³⁴

4. Die Auswanderungsvereine am Vorabend und während der Revolution von 1848/49

Am Vorabend der Revolution galt die Auswanderung in breiten Schichten der Bevölkerung, vor allem bei den Handwerkern, Tagelöhnern und den kleinen Grundbesitzern bzw. Bauern auf dem Lande, als eine wichtige Lebens- bzw. Existenzfrage. Auswanderung war zum Tagesgespräch geworden. Immer vernehmbarer wurden die Stimmen aus dem demokratischen und liberalen Bürgertum, das mit Wünschen und Forderungen an die Behörden herantrat, der Auswanderung mehr Unterstützung und Förderung angedeihen zu lassen. Diese Bewegung begann sich zu organisieren; Auswanderungsvereine gliederten sich in die allgemeinen Bestrebungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter, Tagelöhner, Handwerker, Landarbeiter und Bauern ein und traten in der Revolution von 1848 mit Petitionen und Denkschriften hervor. Einer der radikalsten Verleger im Vormärz, C. W. Leske in Darmstadt, übernahm ab 1. Januar 1847 die von mehreren liberalen Persönlichkeiten angeregte Herausgabe des Wochenblattes "Der deutsche Auswanderer, Centralblatt der deutschen Auswanderung und Kolonisierung", das zum offiziellen Organ des im Laufe des Jahres 1847 gegründeten "Nationalvereins für deutsche Auswanderung und Ansiedlung" wurde. Am 8. Januar 1848 gab der Nationalverein bekannt, daß bereits Landes- bzw. Lokalvereine und Vertretungen in Hessen, Baden, Württemberg, Bayern einschließlich der Pfalz, in Bremen, Hamburg und Frankfurt am Main bestehen. Gleichzeitig unterbreitete er ein Programm, das vor allem darlegte, welche Schritte unternommen werden, um den Auswanderern Reiseerleichterungen zu verschaffen und für bessere Betreuung in den Auswandererhäfen zu sorgen.³⁵

Am 18. April 1848 wandte sich die Leitung des Nationalvereins, zu der auch der Verleger Leske gehörte, an den Bundestag in Frankfurt am Main mit der Bitte,

32 Vgl. Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden, Abt. 211, Nr. 8001, Bl. 155; vgl. Göbel, Ferdinand Heinrich, Über die Verarmung im Herzogtum Nassau, ihre Entstehung und die dagegen anzuwendenden Mittel, Wiesbaden 1846, S. 171 f.; Struck, Wolf-Heino, Die Auswanderung aus dem Herzogtum Nassau (1806 - 1866). Ein Kapitel der modernen politischen Entwicklung, Wiesbaden 1966, S. 103 - 121 = Veröffentlichungen des Instituts für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz, Bd. 4.

33 Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, a. a. O., S. 236 f.

34 Vgl. ebenda, S. 251.

35 Vgl. Der deutsche Auswanderer, Nr. 2/1848, S. 19 - 24.

"daß es Hochderselben gefallen möge, sich zur Beratung über die baldmöglichste Bestrebung der nationalen Zwecke des Vereins durch einen oder mehrere von Hochderselben ummittierte Männer mit uns in Verbindung setzen zu wollen." Die Petition wies in der Einleitung darauf hin: "Eine der wichtigsten Erscheinungen der Neuzeit ist ohne Widerrede die deutsche Auswanderung, ihr riesiges Wachsen, dessen Fortgang wohl, dessen Ende man aber keineswegs abzusehen im Stande ist; zeugt dafür, daß sie tief im Leben der Nation wurzelt, daß sie als eine Sache der ganzen Nation zu betrachten und zu behandeln ist." In bezug auf die Ursache heißt es, daß eine Zunahme der Bevölkerung um 30 Prozent seit 1815 vorliege, aber "die Ertragsfähigkeit des Bodens konnte nicht in demselben Maße fortschreiten und die neuen Absatzwege, welche für die deutsche Industrie etwa geschaffen werden, fanden mehr als ein Gegengewicht in der Einführung der Maschinen, der erhöhten Konkurrenz des Auslandes und der Überfüllung in den meisten Geschäftszweigen." Hinzugefügt wurde noch, daß "mancher Druck durch verfehlte Gesetzgebung, übermäßige Steuerlast, langhingezogene und kostspielige Justiz ... das Maß des Duldens bei manchen überströmen ließ. Gänzliche Gewissens- und Religionsfreiheit entbehrte der Deutsche schmerzlich und viele suchten sie im freien Amerika, weil das Vaterland sie ihnen nicht schenken wollte." Dem Nationalverein kam es nun, wie aus der Petition hervorgeht, darauf an, mit Vertretern der obersten Bundesbehörde Regelungen zu vereinbaren, um die Auswanderung in Übereinstimmung mit den Interessen der Nation zu bringen. Die Auswanderung sollte mit dazu beitragen, die sozialen Verhältnisse auf dem Lande zu verbessern und die Handelsbeziehungen zu Amerika zu fördern.³⁶

Die Gründung von zahlreichen Auswanderungsvereinen in den verschiedenen deutschen Staaten war von dem Bestreben getragen, den Zusammenhang zwischen Auswanderung und sozialen Verhältnissen auf dem Lande und in der Stadt deutlich zu machen, die Auswanderungsfrage zur öffentlichen Diskussion zu stellen. Besonders rührig waren die sächsischen Auswanderungsvereine. Der Dresdner Auswanderungsverein übernahm Ende 1848 die Funktion des leitenden Ausschusses des Auswanderungs-Hauptvereins in Sachsen, dem sich 22 Auswanderungsvereine in Bautzen, Leipzig, Zittau, Zwickau, Chemnitz und zahlreichen Orten des Kreises Annaberg anschlossen.³⁷

Am 16. Oktober 1848 fand in Frankfurt am Main auf Anregung der hessischen und württembergischen Auswanderungsvereine ein Kongreß der Vereine für deutsche Auswanderung und Ansiedlung statt, an dem auch Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung teilnahmen, unter anderen v. Gagern und Dr. F. W. Carové. Auf der Tagungsordnung standen Fragen der Erleichterung und Verbesserung der Eisenbahn- und Schiffsreisen deutscher Auswanderer, bessere Betreuung in den Hafenstädten und anderes.³⁸ Petitionen und Denkschriften der Auswanderervereine nötigten auch die Abgeordneten der Kammern bzw. Landtage, der Auswanderung, ihren Ursachen und den Möglichkeiten, den Auswanderern Reiseerleichterungen zu verschaffen, ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zum Beispiel zwangen die Vorstellungen der sächsischen Auswanderungsvereine die Abgeord-

36 Bundesarchiv, Abt. Frankfurt a. M., BT I/27, Auswanderung nach Nordamerika, 2. Juni 1817 - 3. Januar 1856, Bl. 20 - 23.

37 Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 11 159, Commissions-Akten, Den Auswanderungs-Hauptverein im Königreich Sachsen betr. 1848 - 1852, Bl. 1 ff.

38 Vgl. Bundesarchiv, Abt. Frankfurt a. M., DB 58, Auswanderung 168, Bd. 3, Bl. 35 - 38.

neten der zweiten Kammer, das Problem der sogenannten Übervölkerung in den Fabrikdistrikten des Erzgebirges zu diskutieren.

Am 15. März 1849 legte der Volkswirtschaftliche Ausschuß der Frankfurter Nationalversammlung dieser Versammlung den Entwurf eines Gesetzes, "den Schutz und die Fürsorge des Reichs für die deutsche Auswanderung" betreffend zur Diskussion und Genehmigung vor. Das Gesetz, durch die Petitionen der Auswanderungsvereine angeregt, sollte dazu dienen, den Auswanderern Hilfe und Fürsorge, vor allem in den deutschen Seehäfen, zu gewährleisten. Ein von der Zentralgewalt einzusetzendes Auswanderungsamt sollte befugt sein, "geeignete Kontrollmaßregeln anzuordnen." In der Begründung des Gesetzes heißt es: "Das vereinte Deutschland trägt damit seinen Bürgern nur eine alte Schuld ab, denn schon längst hätten die beteiligten deutschen Regierungen dieser Angelegenheit - abgesehen von dem höheren politischen Gesichtspunkte - im obigen Sinne des Schutzes sich annehmen sollen, während man den Auswanderern mehr oder weniger Hindernisse in den Weg legte, oder aber sie unbekümmert ihrem Schicksale überließ." 39

Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte dem Gesetz zu, aber es konnte niemals wirksam werden. Nur die Auswanderungsvereine bemühten sich weiter, den Auswanderern die notwendige Fürsorge angedeihen zu lassen. Sie veranstalteten Geldsammlungen, um wenigstens den ärmsten Auswanderern helfen zu können.

Nach der Niederlage der Revolution wurden die Auswanderungsvereine verdächtigt, revolutionär-demokratische Ziele zu verfolgen. Solange in Frankfurt ein Reichsministerium des Handels mit einer Abteilung für Auswanderungsangelegenheiten ein kümmerliches Dasein fristete, hoffte der "Nationalverein für deutsche Auswanderung und Ansiedlung" noch auf Unterstützung. Als aber Ende 1850 dieses Ministerium verschwand, stellte auch der Nationalverein seine Publikationstätigkeit ein. 40 Die Auswanderungsvereine in Sachsen führten zu Beginn der fünfziger Jahre einen harten Existenzkampf gegen die Regierung des Freiherrn v. Beust, der die Leitungsmitglieder der Vereine beschuldigte, der "Umsturzpartei" anzugehören, und am 29. Dezember 1854 erklärte, daß die Tätigkeit der Auswanderungsvereine, die sich vorwiegend an Arme und Mittellose wende, die Unzufriedenheit verstärke. 41

5. Charakter und besondere Merkmale der Auswanderung in den fünfziger und sechziger Jahren

Im Revolutionsjahr 1848 war die deutsche Auswanderung gegenüber dem vorangegangenen Rekordjahr 1847 um etwa 27 000 Personen zurückgegangen, jedoch 1849 wieder um etwa 7 000 Personen gestiegen. 42 Das "Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik" 1854 schreibt, daß die Auswanderung nur darum "etwas weniger mächtig war, weil die Zeitereignisse den Preis von Grund und Boden so gedrückt hatten, daß die besitzenden Auswanderungslustigen die Ausführung ihrer Absicht

39 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., Bd. 8, Frankfurt (Main) 1849, S. 5709 - 5712.

40 Vgl. Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, a. a. O., S. 215.

41 Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 11 160, Bl. 137 - 167.

42 Vgl. Tabelle 2.

aufgehoben und weil die Nichtbesitzenden von der Veränderung der politischen Einrichtungen, wie uns scheint irrtümlicherweise, eine Besserung ihrer Lage erhofften, diese Hoffnung aber nach erfolgter Wiederherstellung der alten Zustände wieder aufgaben. "43

Nach der Niederlage der Revolution zeigte sich Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit nicht nur bei der ärmeren Bevölkerung in Stadt und Land, bei Arbeitern und Bauern, sondern auch die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden bzw. Handwerker befürchteten Verarmung. Der industrielle Aufschwung, der 1849 einsetzte, beschleunigte die Entwicklung der Großindustrie auf der Grundlage von Aktiengesellschaften und bahnte einschneidende Veränderungen in der sozialen Struktur der Bevölkerung an, das heißt, die kleinen gewerblichen Existenzen wurden zugunsten der sich entwickelnden Großindustrie ruiniert. Die Folge war, daß die Zahl der Auswanderer zu Beginn der fünfziger Jahre erneut erheblich anstieg. Während sich die noch bestehenden Auswanderungsvereine lediglich auf Beratung und Aufklärung der Auswanderer, namentlich über Aussichten und Verhältnisse in Amerika beschränken mußten, bemühten sich vor allem neue amtliche und halbamtliche Einrichtungen, wie der Zentralverein für die deutsche Auswanderungs- und Kolonisations-Angelegenheiten zu Berlin und zu Frankfurt, Nachweisungsbüros für Auswanderer in den Hafenstädten Bremen und Hamburg und andere, um eine bessere Versorgung und Betreuung der Auswanderer. Das Nachweisungs-Bureau für Auswanderer in Bremen organisierte Extrazüge für Auswanderer von Leipzig und Köln nach Bremen. Die Zentralvereine in Berlin und Frankfurt waren als halbamtliche Beratungsstellen für Auswanderer tätig. Im Jahre 1853 hatte der Berliner Zentralverein insgesamt 7 922 auswanderungswillige Personen beraten, darunter 6 708 Bemittelte mit einem Vermögen von insgesamt 1 417 288 Talern. Unter diesen Ratsuchenden befanden sich allein 3 926 Landleute, von denen 3 622 als bemittelt bezeichnet werden, und zwar mit einem Gesamtvermögen von 874 706 Talern. Unter den Ratsuchenden befanden sich auch Handwerker aller Art. An erster Stelle standen die Schneider mit 308 Personen, darunter 270 "Bemittelte", die insgesamt ein Vermögen von 22 496 Talern aufweisen konnten, das heißt, auf einen "bemittelten" Schneider fielen noch nicht einmal 100 Taler. An zweiter Stelle standen die Tischler mit 294 Personen, darunter 248 "Bemittelte", die zusammen 21 580 Taler besaßen. Es folgten 264 Schuster, davon 208 "Bemittelte", die zusammen 22 696 Taler besaßen. Außerdem hatten 680 Arbeiter um Rat gebeten, wovon jedoch nur 322 als "Bemittelte" bezeichnet werden, die zusammen 17 002 Taler besaßen, das heißt, auf einen "bemittelten" Arbeiter entfielen knapp 53 Taler. ⁴⁴ (Tabelle 6 siehe nächste Seite.)

Die Auswanderung war inzwischen nicht nur ein gutes Geschäft für die Schiffsahrts-Unternehmen geworden, sondern auch zahlreiche Kaufleute eröffneten Agenturen und zogen großen Profit aus der neuen Auswanderungswelle. Ein Verzeichnis vom 20. Oktober 1853 ist zu entnehmen, daß allein im kleinen Herzogtum Nassau "zur Vermittlung des Transportes von Auswanderern" 27 "concessionierte Hauptagenten" tätig waren. Die Agenturen vertraten nicht nur Schiffsahrts-Unternehmen in Bremen und Hamburg, sondern auch solche in Antwerpen, Liverpool usw. Mit jeder auswandernden Familie wurde ein Vertrag bzw. ein "Schiffs-Accord" abgeschlossen, der die Bedingungen der Überfahrt enthielt, unter anderem auch Angaben darüber, wieviel Lebensmittel für jeden Passagier mitgenommen werden. ⁴⁵

43 Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 2. Jg. 1854, S. 491.

44 Ebenda, 3. Jg. 1855, S. 293 - 296.

45 Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden, Abt. 229, Nr. 990.

Tabelle 6

Zusammensetzung der über Hamburg stattfindenden deutschen Auswanderung⁺
(in Prozent)

Jahr	Handwerker und Gewerbetreibende	Ackerbauern und Tagelöhner
1846	69 4/9	30 5/9
1847	67 1/5	32 4/5
1848	54 1/7	45 6/7
1849	60 1/3	39 2/3
1850	49 7/8	50 1/8
1851	47 3/4	52 1/4
1852	71 3/7	28 4/7
Durchschnitt	60	40

+ Statistik des Hamburgischen Staates, Nr. 4/1872, S. 108.

Die Angaben wurden vom Hamburgischen Verein zum Schutze der Auswanderer aufgrund statistischer Unterlagen und Wahrscheinlichkeitsberechnungen zusammengestellt.

Die zeitgenössischen Berichte über die Auswanderung erwecken den Eindruck, daß sich nach der Niederlage der Revolution bei den kleinen Grundbesitzern, überhaupt bei den unteren und mittleren Klassen die Stimmung verstärkt hatte, nicht mehr auf eine Verbesserung der Zustände in Deutschland hoffen zu können, und daß die Vorstellung, in Amerika bessere Möglichkeiten zu finden, den Entschluß, die alte Heimat zu verlassen, sehr begünstigt hatte. In den Hafestädten sammelten sich scharenweise die Auswanderer aus allen Teilen Deutschlands. Nicht nur in Baden, sondern auch in Württemberg, Bayern, Kurhessen, Thüringen und Mecklenburg hatten sich ganze Gemeinden zur Auswanderung entschlossen. In einem Bericht aus Bremen vom 1. März 1852 heißt es: "Die Auswanderung über unsern Bahn beginnt in diesem Frühjahr mit einer bisher unerhörten Lebhaftigkeit. Die Bahnzüge haben in den letzten Tagen manchmal bis 600 Personen auf einmal gebracht, und der Bahnhof bietet zur Zeit der Ankünfte das Bild eines bunten und bewegten Treibens. Für den heutigen Expeditionstermin sind über 3 000 Auswanderer angekommen und die Frachtpreise sind bedeutend in die Höhe gegangen."⁴⁶

1853 stellten Mecklenburger den vierten Teil der Auswanderer, welche über Hamburg ihre Heimat verließen. Die Auswandererzüge waren sehr unterschiedlich zusammengesetzt. Während es in einem Bericht aus Mecklenburg heißt: "Größtenteils bestehen diese Auswanderer aus jungen, kräftigen Leuten der mittleren Stände, besonders Handwerker, die oft ein Vermögen von 500 bis 1 000, ja selbst 3 - 4 000 Taler bei sich haben"⁴⁷, handelte es sich in der Hauptsache bei den Mecklenburgern um ländliche Arbeiter, das heißt um Tagelöhner, Knechte und Dienstboten, sowie um Handwerker vom Lande. (Tab. 7 u. 8 siehe nächste Seite.)

Die Auswanderung überschritt den jährlichen Geburtenüberschuß, so daß in Mecklenburg eine Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen war, und zwar auf dem Lande vor allem auf den Rittergütern, das heißt in den ritterschaftlichen Bezirken, aber auch auf den Domänen im sogenannten Domanium. Von 1851 bis 1854 ging in Mecklenburg-Schwerin die Bevölkerung im Ritterschaftlichen von 150 527 auf 146 208

⁴⁶ Schwäbischer Merkur, Nr. 257/1852, zit. nach: Seeger, Irmgard, a. a. O., S. 24.

⁴⁷ Schwäbischer Merkur, Nr. 103/1853.

Tabelle 7

Aus Mecklenburg-Strelitz ausgewanderte Männer⁺

Jahr	Insgesamt	Landarbeiter	Handwerker
1851	1 762	1 049	569
1852	2 017	1 147	686
1853	4 123	1 776	975
1854	5 020	3 031	1 655

+ Nach den Auswanderungslisten der Hamburger Polizeibehörden, zit. nach Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, Leipzig 1892, S. 293 f. = Schriften des Vereins für Socialpolitik, Nr. 52.

Tabelle 8

Aus Mecklenburg-Schwerin ausgewanderte Männer⁺

Jahr	Insgesamt	Knechte	Tagelöhner	Handwerker	darunter vom Lande
1855 - 57	4 318	1 509	1 388	1 015	680
1858 - 62	2 059	819	585	462	294
1863 - 66	4 366	1 700	1 716	573	378
1867 - 74	7 996	2 562	3 873	882	499

+ Nach den amtlichen Zusammenstellungen, zit. nach Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, Leipzig 1892, S. 293 f. = Schriften des Vereins für Socialpolitik, Nr. 52.

(die Abnahme betrug 4 319 oder 2,87 Prozent) zurück, im Domanium von 207 352 auf 205 628 (die Abnahme betrug 1 724 oder 0,83 Prozent).

Im gleichen Verhältnis ging die Bevölkerung auch in den folgenden Jahren zurück. In den Jahren von 1858 bis 1866 entfiel durchschnittlich ein Auswanderer im Domanium auf 314 Einwohner, im Ritterschaftlichen dagegen schon auf 129 Einwohner.

Auch in Mecklenburg-Strelitz überwog die Auswanderung aus dem Gebiet der Ritterschaft. Hier zählten 1851 die Einwohner im Domanium 48 813, 1860 nur noch 48 315 (die Abnahme betrug 498 weniger als 1 Prozent), in den ritterschaftlichen Bezirken ging ihre Zahl von 17 892 auf 16 880, also um 1 012 = 5,7 Prozent zurück. Im Durchschnitt der Jahre 1858 bis 1866 entfiel im Domanium ein Auswanderer auf 328, im Ritterschaftlichen bereits auf 68 Einwohner.⁴⁸

In der Rheinpfalz nahm in dieser Zeit die Auswanderung auf dem Lande, namentlich unter den Weinbauern, solche Ausmaße an, daß in den Jahren 1849 bis 1852 ein Bevölkerungsrückgang um 4 894 Personen, das heißt um 0,26 Prozent pro Jahr, und in den Jahren 1852 bis 1855 um 24 142 Personen, das heißt um 1,31 Prozent pro Jahr, zu verzeichnen war. Die Pfalz zählte 1849 616 370 Einwohner

⁴⁸ Vgl. Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, a. a. O., S. 293 f.

und 1855 nur noch 587 334. Außer dem gesamten Geburtenüberschuß verlor das Land noch 29 036 Personen, die größtenteils der Landbevölkerung angehörten.⁴⁹

Ebenso verlor Baden, wo 1849 die letzten blutigen Kämpfe der Revolution stattfanden, einen beträchtlichen Teil der Landbevölkerung. Gemeinden wie Rineck und Ferdinandsdorf lösten sich auf, da alle Einwohner mit staatlicher Unterstützung nach Nordamerika zogen. Mit Hilfe staatlicher Unterstützung von insgesamt 217 783 fl. wanderten in den Jahren 1850 bis 1855 aus Baden 9 657 Familienoberhäupter aus mit 33 120 Angehörigen, außerdem 19 667 ledige selbständige Personen, zusammen 62 444. Von den Auswanderern gehörten 31 891 zur "Ackerbau treibenden Klasse", 16 180 zum Handwerkerstand und 14 373 zu "anderen Klassen". Von den Auswanderern gingen 59 175 nach Nordamerika.⁵⁰

Baden zählte 1846 insgesamt 1 367 468 Einwohner, aber 1855 nur noch 1 314 837, das heißt, der Verlust durch Auswanderung betrug 52 631, also nahezu 4 Prozent. Von 1852 bis 1857 hat die Bevölkerung um 42 371 Personen, das heißt um 3,5 Prozent abgenommen.⁵¹

In einem Bericht aus Stuttgart von 28. Juli 1854 heißt es, "die Zahl der von württembergischen Agenten nach Amerika beförderten Personen (betrug) vom 1. Januar bis 1. Juni d. J. bereits 15 981."⁵² In einer Mitteilung aus Stuttgart vom 21. August 1855 wird die Zahl der im Jahre 1854 aus Württemberg Ausgewanderten mit etwa 30 000 angegeben.⁵³ Die Einwohnerzahl Württembergs sank von 1 814 752 im Jahre 1851 auf 1 782 472 im Jahre 1855, das heißt, der Bevölkerungsverlust betrug 32 280 Personen. Von 1815 bis 1891 verlor Württemberg durch die Auswanderung rund 450 000 Menschen, das ist fast ein Viertel der Einwohnerzahl von 1891, die 2 041 000 betrug.⁵⁴

Bemerkenswert ist besonders die hohe Zahl von Auswanderern aus den süddeutschen Staaten, die sich Anfang der fünfziger Jahre im französischen Hafen Le Havre und im englischen Hafen Liverpool nach den USA einschifften. Der sächsische Konsul in Liverpool, der gleichzeitig Bayern, Baden, Hessen-Darmstadt und Frankfurt am Main vertrat, berichtete am 2. Juni 1855, daß von den 25 700 Deutschen, die sich 1854 von Liverpool nach Amerika einschifften, 6 000 aus Baden, 6 000 aus Württemberg, 3 000 aus Hessen, 1 500 aus Nassau, 1 600 aus Bayern und 200 aus Frankfurt am Main kamen.⁵⁵ Der sächsische Konsul in Le Havre berichtete bereits am 5. Januar 1852, daß 1851 "der Zuzug deutscher Emigranten ungewöhnlich stark" gewesen sei, und zwar vor allem aus Bayern, Hessen, Württemberg und Baden. Sie kamen über die Schweiz oder über Straßburg.⁵⁶

Es ist durchaus berechtigt, die Ursache dafür in den politischen Verhältnissen zu suchen, namentlich in der Unsicherheit, die durch die Verfolgung von Demokraten und Arbeitern nach der Niederlage der Revolution, nach der Niederschlagung

49 Vgl. Höfle, Anton, Die Gewerbeordnung der Pfalz seit der französischen Revolution bis 1868, München 1908, S. 22 f.

50 Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 5. Jg. 1857, S. 71.

51 Vgl. Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, a. a. O., S. 136 f.

52 Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 287, Bl. 1 b.

53 Vgl. ebenda, Bl. 1 c.

54 Vgl. Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, a. a. O., S. 237 f.

55 Staatsarchiv Dresden, Außenministerium, Nr. 1618, Bl. 91.

56 Vgl. ebenda, Nr. 1617, Bl. 193.

des süddeutschen Maiaufstandes 1849 hervorgerufen wurde. Zahlreiche Mitglieder demokratischer Vereine und vor allem auch die Teilnehmer an revolutionären Aktionen und an demokratischen Veranstaltungen, wie zum Beispiel dem Idsteiner Kongreß von 1849, sahen sich Verfolgung und Schikanen ausgesetzt, so daß sich viele zur Auswanderung, und zwar zur heimlichen, illegalen Auswanderung über die Schweiz oder über Frankreich, entschlossen. Politische Motive haben neben ökonomischen und sozialen diese Auswanderungswelle entscheidend mitbestimmt. 57

In steigendem Maße war der Grund für die heimliche Auswanderung, sich dem Militärdienst zu entziehen, und zwar nicht nur aus politischer Überzeugung, sondern auch deswegen, weil der dreijährige Militärdienst das berufliche Fortkommen behinderte und die soziale Lage verschlechterte. Schon am 20. Juli 1849 berichtete der Oberpräsident der Rheinprovinz in Koblenz dem Regierungspräsidenten in Köln über Verhandlungen mit dem Innenminister in Berlin "wegen Einführung einer Kontrolle über die an Militärpflichtige erteilten Entlassungs-Urkunden", da die Auswanderung benutzt würde, um der Militärpflicht zu entgehen. 58

Die großherzogliche Regierung in Hessen-Darmstadt erließ 1852 ein Gesetz, nach dem nur demjenigen die Auswanderungserlaubnis zu erteilen sei, "der nicht den Zweck hatte, sich oder seinen Sohn der Kriegsdienstpflicht zu entziehen." 59 Da die Auswanderung Militärdienstpflichtiger ohne Erlaubnis größere Ausmaße annahm, wandte sich 1853 die Regierung in Darmstadt an die Regierungen der benachbarten Staaten mit dem Ersuchen, "alle Großherzoglichen Untertanen, welche in deren Landen auf der Reise nach den Seehäfen zur Einschiffung in überseeische Länder betroffen werden und sich nicht im Besitze einer förmlichen Urkunde über ihre Entlassung aus dem diesseitigen Untertanenverbände und eines auf deren Grund erteilten Reisepasses befinden, zur Fortsetzung ihrer Reise nicht zuzulassen, sondern in ihre Heimat zurückzuweisen." 60

In Bayern kam in den Jahren 1848 bis 1851 die Zahl der heimlich Auswandernden an die der mit Erlaubnisschein Auswandernden heran. Von 8 405 ausgewanderten Personen hatten 1848/49 über die Hälfte, das heißt 4 258, das Land heimlich verlassen; 1849/50 waren es sogar 4 530 von 8 446 Auswandernden; 1850/51 stieg die Zahl der heimlich Auswandernden auf 5 689 von 11 749. 61

In den fünfziger und sechziger Jahren fehlte es namentlich in Preußen nicht an Versuchen, die heimliche Auswanderung Militärpflichtiger zu unterbinden. In einer Anweisung des Direktors des statistischen Büros in Berlin an den Kölner Regierungspräsidenten vom 16. Juli 1857 heißt es: "... zu der Zahl der ermittelten Personen, welche ohne Entlassungsurkunde ausgewandert sind, künftig auch diejenigen zählen zu lassen, welche sich durch Auswanderung ihrer Militärpflicht entzogen haben, da in bezug auf das gegen dieselben beantragte gerichtliche Straf-

57 Vgl. dazu Roscher, Wilhelm, Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung, 2. Aufl. Leipzig 1856, S. 347; vgl. Zucker, E. A., The Forty-Eighters, Political Refugees of the German Revolution of 1849, New York 1950, S. 287 f.; Witke, Carl, Refugees of Revolution, The German Forty-Eighters in America, Philadelphia 1952, S. 43 f.; Struck, Wolf-Heino, a. a. O., S. 114.

58 Historisches Archiv der Stadt Köln, Rep. 403, Abt. B - 1 - Nr. 11, unfol.

59 Schwäbischer Merkur, Nr. 284/1852, zit. nach: Seeger, Irmgard, a. a. O., S. 26.

60 Schwäbischer Merkur, Nr. 72/1853, zit. nach: ebenda, S. 25.

61 Vgl. Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, a. a. O., S. 90.

verfahren, ihre Anzahl aus den deshalb regelmäßig eingereichten besonderen Listen leicht zu entnehmen sein wird."⁶² Allerdings stieß die Ermittlung der heimlich Auswandernden, namentlich der Militärpflichtigen, auf erhebliche Schwierigkeiten. In einem Bericht über die Ein- und Auswanderung im ehemaligen Herzogtum Nassau wird 1866 vermerkt, daß in Preußen im Jahre 1864 "neben 13 031 Auswanderungen 5 830 heimliche Auswanderungen festgestellt wurden, worunter 2 664 auf Militärpflicht kamen". Für Nassau lägen keine Ziffern über die heimliche Auswanderung vor, die "jedoch nicht unerheblich sein dürfte."⁶³

Nach Angaben des preußischen Innenministers wurden in Preußen in den Jahren 1865 bis 1867 in den Bezirken des 1. bis 8. Armeekorps 17 827 Militärpflichtige wegen unerlaubter Auswanderung verurteilt.⁶⁴

Der Auswandererstrom, der 1854 einen Höhepunkt erreicht hatte, ging 1855 aufgrund politischer Schwierigkeiten in den USA wieder etwas zurück. Das Königlich Sächsische Konsulat im englischen Auswandererhafen Liverpool berichtete am 9. Februar 1856: "Die Gründe für den Abfall in der Total-Zahl der Emigranten ... sieht man hauptsächlich in den Maßregeln, die die 'Know-Nothing'-Partei in den Vereinigten Staaten gegen Emigranten in Bewegung gesetzt hat."⁶⁵ Es handelte sich um eine reaktionäre Organisation, die unter dem Banner des sogenannten Nativismus oder "wahren Amerikanismus" eine heftige Verleumdungskampagne gegen die eingewanderten Arbeiter führte. Sie beschuldigte die Einwanderer, die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verschlechtern.

Um die gleiche Zeit mehrten sich auch in Deutschland die Stimmen maßgebender Vertreter der aufsteigenden kapitalistischen Wirtschaft, die mehr oder minder deutlich auf die volkswirtschaftlichen Nachteile der Auswanderung aufmerksam machten. So wird im "Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik" 1854 darauf hingewiesen: "Man darf sich nur erinnern, daß in einem Decennium 1 Mill. Menschen fortgezogen sind, daß jeder derselben mindestens 10 Thlr. Fabrikate verbraucht, man wird dann finden, daß die Auswanderung der Gewerbetätigkeit einen jährlichen Absatz von 10 Mill. Thlrn. entzogen hat, 10 Mill. Thlrn., welche dem Arbeitslohn von mindestens 100 000 Arbeitern gleichkommen! Dem Finanzmann kann es nicht entgehen, daß z. B. die halbe Million Menschen, welche seit einem Jahrzehnt aus Preußen ausgewandert sind, die Steuer-Einnahmen vermindert; z. B. bei der Abrechnung des Zollvereins entscheidet die Kopffzahl." Mehr und mehr wandten sich die deutschen Staaten gegen das Auswanderer-Agentenwesen.⁶⁶

Es ist nachgewiesen worden, daß die Zeitabschnitte wirtschaftlicher Not "mit den höchsten Wanderungsverlusten zugleich auch die Zeitabschnitte mit dem geringsten natürlichen Bevölkerungswachstum (Geburtenüberschuß)" waren. In den starken Auswanderungsjahren 1847 bis 1849 ging von dem gesamten Geburtenüberschuß von 707 000 fast die Hälfte, nämlich 306 000 durch Auswanderung verloren; in den Jahren 1852 bis 1855 gingen sogar fast drei Viertel (71,2 Prozent) des Geburtenüberschusses in Deutschland durch Auswanderung verloren, nämlich von einem Geburtenüberschuß von 666 000 insgesamt 474 000.⁶⁷

62 Historisches Archiv der Stadt Köln, Rep. 403, Abt. B-1-Nr. 11.

63 Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden, Abt. 211, Nr. 14 873, (Statistisches Bureau) unfol.

64 Vgl. ZStA II, Rep. 77, Tit. 226, Nr. 117, Bd. 2, Bl. 30.

65 Staatsarchiv Dresden, Außenministerium, Nr. 1618, Bl. 100 f.

66 Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 2. Jg. 1854, S. 495.

67 Burgdörfer, Friedrich, a. a. O., S. 282 f.

Aber auch in den Jahren 1855 bis 1870 blieb die Auswanderung ein wichtiger Faktor des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Weiterhin zeigten sich im Charakter der Auswanderung enge Beziehungen zu den wirtschaftlichen und politischen Vorgängen. Entsprechend den Veränderungen der Entwicklungsbedingungen in den preußischen Provinzen verschoben sich auch die Auswanderungsschwerpunkte. Der Schwerpunkt der Auswanderung kleiner Grundbesitzer, armer Arbeiter und Handwerker lag bis zum Ende der Krise in den fünfziger Jahren, das heißt von 1844 bis 1859, in der Rheinprovinz. So zählte man in der Rheinprovinz seit 1853 einschließlich des kleinen Hohenzollern-Sigmaringen 77 749 Auswanderer mit Entlassungsurkunden, wovon auf die Regierungsbezirke Trier und Koblenz allein 55 413 kamen.

In den Jahren 1860 bis 1867 wanderten nur noch 31 995 Personen und in den Jahren 1868 bis 1871 14 510 Personen mit und ohne Entlassungsurkunden aus.

Aus der Provinz Westfalen, die erst nach 1848 in steigendem Maße in die industrielle Entwicklung einbezogen wurde, wanderten von 1844 bis 1859 40 946 Personen aus, von 1860 bis 1867 waren es 22 625 und von 1868 bis 1871 noch 9 995 Personen.

Der Schwerpunkt der Auswanderung aus Preußen verlagerte sich in den sechziger Jahren in die östlichen Provinzen mit vorwiegend Landwirtschaft, 1844 bis 1859 betrug die Auswanderung in den Provinzen Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen 32 875, 1860 bis 1867 waren es 64 771 und 1868 bis 1871 noch 58 839 Personen.⁶⁸

Seit 1862 verlangten die preußischen Behörden von den Auswanderern Berufsangaben. Sie ergeben, daß von den 242 567 Auswanderern der Jahre 1862 bis 1871 insgesamt 58 830 = 24 Prozent aus der Landwirtschaft kamen. Von diesen galten 47 526 als Knechte, Land- oder Forstarbeiter. Von den 40 028 = 16,5 Prozent Auswanderern, die aus dem Handel, der Industrie und dem Handwerk kamen, waren 20 631 Fabrikarbeiter, Berg- und Hüttenarbeiter und Bergleute. Dazu müssen noch 28 823 = 11,9 Prozent Dienstboten, Handarbeiter und Tagelöhner gerechnet werden. Bei den 108 057 Personen ohne Berufsangaben = 44,9 Prozent handelt es sich in der Hauptsache um Familienangehörige, das heißt Frauen und Kinder. Unter Berücksichtigung des Anteils, der von diesen 108 057 auf die Familien der Arbeiter entfällt, kann gesagt werden, daß 72,9 Prozent der Auswanderer der Arbeiterklasse angehörten und nur 27,1 Prozent den übrigen Klassen.⁶⁹

109 846 Personen, also fast die Hälfte der Auswanderer aus Preußen in den Jahren 1867 bis 1871, entfielen auf die von Preußen 1867 annektierten Provinzen, auf Hannover (22,3 Prozent), Schleswig-Holstein (11,5 Prozent) und Hessen-Nassau (10,5 Prozent). Selbst das Preußische Statistische Büro mußte diese starke Auswanderung "als anormal" bezeichnen.⁷⁰ Die Gründe waren vorwiegend politischer Natur. Karl Marx, der sich etwa vom 17. April bis 15. Mai 1867 bei dem Arzt Ludwig Kugelmann in Hannover aufhielt, schrieb am 7. Mai 1867 über seine Beobachtungen an Friedrich Engels: "Die Preußen wirtschaften hier unterdessen ganz persisch. Sie können zwar die Bevölkerung nicht transplantieren nach ihren Ost-

68 Vgl. Bödiker, T., Die Auswanderung und die Einwanderung des preußischen Staates, in: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, 13. Jg. 1873, S. 4.

69 Vgl. ebenda, S. 8.

70 Ebenda, S. 4.

provinzen, aber sie tun es mit den Beamten, bis auf Railway-Kondukteure hinab, und für die Offiziere. Sogar die armen Teufel von Briefträgern müssen nach Pommern. Unterdes kannst Du jeden Tag Züge von Hessen, Hannoveranern usw. auf der Eisenbahn nach Bremen beobachten, zur Auswanderung nach den United States. Solange das biedre Deutschland steht, hat es aus allen Teilen kein solches Menschengewirr über den Atlantik geschickt. Der eine will den Steuern entrinnen, der andre der Militärpflicht, der dritte den politischen Zuständen, alle dem Säbelregiment und dem gedrohten Kriegssturm. "71

Die Auswanderung zeigte sich hier deutlich als eine gewaltige Protestbewegung gegen die politischen Zustände. Überhaupt hatte die deutsche Massenauswanderung der Jahre 1830 bis 1870 als eine typische gesellschaftliche Erscheinung der Periode der industriellen Revolution in Deutschland eine nicht zu unterschätzende geschichtliche Bedeutung. Sie war ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen und somit ein wichtiger Bestandteil der fortschrittlichen Bewegung, die nach Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung strebte. Sie hatte den Charakter einer Massendemonstration gegen die in Deutschland herrschenden Zustände für die liberalen und demokratischen Einrichtungen in den USA. Zugleich aber wirkte sie als ökonomischer und sozialer Faktor bei den Veränderungen der Struktur in Wirtschaft und Gesellschaft. In seiner Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland in den Jahren 1830 bis 1870 machte Friedrich Engels darauf aufmerksam, daß die "enorm steigende Auswanderung eine deutsche transatlantische Dampfschiffahrt schuf, die keiner Subvention bedurfte. "72 Durch den Aufschwung der transatlantischen Dampfschiffahrt wurde die industrielle und handelspolitische Entwicklung erheblich gefördert.

1870 ging die Periode der industriellen Revolution in Deutschland zu Ende. Die letzten Beschränkungen für die Gründung von Aktiengesellschaften fielen, und die Anfänge einer neuen Gründungswelle zeichneten sich ab. ⁷³ Gleichzeitig setzten Bemühungen ein, die Auswanderung einzudämmen bzw. zu erschweren, vor allem die Auswanderungswerbung durch Agenturen einzuschränken. In einer Anweisung des sächsischen Ministeriums des Innern an die Kreisdirektionen vom 14. Juli 1873 heißt es: "Da in neuerer Zeit die Auswanderung aus mehreren deutschen Staaten und namentlich auch Militärdienstpflichtiger sehr überhand genommen hat, erachtet das Ministerium des Innern, um den hiermit entstehenden Übelständen zu begegnen, für angemessen, daß alle Auswanderungsagenten und Werbe-Emissäre, welche sich nicht im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit befinden, aus dem Lande ausgewiesen werden. "74

71 Marx/Engels, Werke, Bd. 31, Berlin 1965, S. 297 f.

72 Engels, Friedrich, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 408.

73 Vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1964, S. 144.

74 Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 11 160, Bl. 228.

BEVÖLKERUNG UND WIRTSCHAFT

Über die Zusammenhänge zwischen sozialökonomischer und demographischer Entwicklung im Spätfeudalismus

von Hartmut Harnisch

1. Zur Problemstellung
2. Einige Bemerkungen zur Interpretation historisch-statistischen Zahlenmaterials
3. Sozialökonomische Struktur und demographische Entwicklung

1. Zur Problemstellung

Seit dem 17. Jahrhundert nimmt, sehr unterschiedlich in den einzelnen Territorialstaaten, das Interesse an der Bevölkerungsstatistik allmählich zu. Das Material wird besonders seit dem letzten Drittel des 17. Jahrhunderts hinreichend dicht, um die Zusammenhänge zwischen sozialökonomischer Struktur und Bevölkerungsentwicklung in ihren Gesetzmäßigkeiten aufdecken zu können. Insbesondere scheint man in Brandenburg-Preußen vergleichsweise frühzeitig auf eine genaue jährliche Zählung von Trauungen, Geburten und Sterbefällen Wert gelegt zu haben. Zu offensichtlich stand hier die geringe Bevölkerungszahl in Widerspruch zu den Zielen einer ehrgeizigen Machtpolitik, als daß nicht nach Wegen gesucht worden wäre, über eine Vergrößerung der Bevölkerung Finanzkraft und politisch-militärische Machtmittel zu gewinnen. In einigen Landesteilen des brandenburgisch-preußischen Staates reichen die Jahreslisten der Getrauten, Getauften und Gestorbenen bis 1688 zurück.¹

Der sich herausbildende brandenburgisch-preußische Staat umfaßte schon im 17. Jahrhundert Gebiete recht unterschiedlicher sozialökonomischer Struktur. In den ostelbischen Territorien war die Gutsherrschaft in mehr oder weniger "reiner" Form ausgebildet, das Fürstentum Halberstadt sowie Ostfriesland waren mehr grundherrschaftlich geprägte Gebiete, und Minden/Ravensberg, Kleve/Mark, später auch Schlesien, waren Territorien mit starker gewerblicher Entwicklung und

¹ Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des königlichen statistischen Bureaus, Berlin 1905, S. 444 - 454; Süßmilch, Johann Peter, Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung erwiesen, Bd. 1, 4. Aufl. Berlin 1775, Anhang S. 83 ff.

im Rahmen der feudalen Produktionsweise schon mit überdurchschnittlich hochentwickelten kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen.

Von 1748 an liegen aus den einzelnen preußischen Landesteilen jährliche Aufnahmen der Einwohnerzahlen vor, die Behre aus den archivalischen Quellen zusammengestellt und veröffentlicht hat,² Selbstverständlich können diese Volkszählungen hinsichtlich der Genauigkeit nicht mit denen der modernen Statistik verglichen werden. Vielfach scheint es sich um einfache Fortschreibungen gehandelt zu haben, und in den Reihen sind immer wieder auffallende Sprünge festzustellen, die durchaus nicht immer durch Seuchen, Kriege oder territoriale Veränderungen erklärt werden können, sondern offenbar auf Ungenauigkeiten der Zählung beruhen. Den Jahreslisten der Getrauten, Getauften und Gestorbenen, die auf den Zusammenstellungen der Kirchgemeinden beruhen, wird man schon wegen der Einfachheit der Aufnahme ein hohes Maß an Zuverlässigkeit zubilligen können. Trotz mancher Mängel wird man aber auch mit den jährlichen Aufnahmen der Einwohnerzahlen aus Brandenburg-Preußen bevölkerungsgeschichtlich arbeiten können, da sich nach dem Gesetz der großen Zahl die Fehlerquote wesentlich verringert und bei Fünfjahresdurchschnitten schon sehr verkleinert wird.

Das von Behre zusammengetragene statistische Material ist bisher nicht für verallgemeinernde bevölkerungsgeschichtliche Forschungen ausgewertet worden. Die bürgerliche deutsche Bevölkerungsgeschichtsforschung hat fast ganz darauf verzichtet, für die vorkapitalistische Zeit Berechnungen über die natürliche Bevölkerungsbewegung in der seit dem 19. Jahrhundert üblichen Form auf je 1000 Lebende einer Bevölkerung anzustellen. Lediglich Wernicke³, der schon vor Behre schrieb, hat in seiner Dissertation aus der Schule Johannes Conrads in Halle aufgrund von Material aus dem berühmten Werk von Süßmilch⁴ für das Gebiet der Mittelmark Brandenburg Angaben zur natürlichen Bevölkerungsbewegung aus der Mitte des 18. Jahrhunderts berechnet, ohne daraus jedoch weitergehende Schlußfolgerungen zu ziehen. Allerdings hatte sich auch die ältere deutsche Forschung vornehmlich auf die Bevölkerungsgeschichte der mittelalterlichen Städte konzentriert, und hier war die Ermittlung der reinen Einwohnerzahlen zu bestimmten Stichjahren das Hauptziel.⁵ Die natürliche Bevölkerungsbewegung war mit dem zur Verfügung stehenden Quellenmaterial - vornehmlich Steuerunterlagen, Musterrollen der wehrpflichtigen Einwohner und Bürgerbücher - nicht zu fassen. Aber auch in den Arbeiten über das 16. und 18. Jahrhundert blieb die bürgerliche deutsche Forschung im großen und ganzen bei der Ermittlung der Einwohnerzahlen stehen⁶, und höchstens die Wandlungsvorgänge im Zusammenhang mit der

2 Behre, Otto, a. a. O., S. 456 - 462.

3 Wernicke, Johannes, Das Verhältnis zwischen den Geborenen und Gestorbenen in historischer Sicht, Jena 1889 = Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des Staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle, hg. v. Johannes Conrad, Bd. 6, H. 1.

4 Süßmilch, Johann Peter, a. a. O., Bd. 1, Anhang S. 2 - 9.

5 Beispielhaft war vor allem die Arbeit von Bücher, Karl, Zur mittelalterlichen Bevölkerungsstatistik mit besonderer Berücksichtigung auf Frankfurt a. M., Tübingen 1886.

6 Typisch dafür ist Inama-Sternegg, Karl Theodor v./ Häpke, Rudolf, Die Bevölkerung des Mittelalters und der neuen Zeit bis Ende des 18. Jahrhunderts, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 2, 4. Aufl. Jena 1924, S. 270 - 287; ferner auch das zudem stark mit rassistischem und "völkischem" Ungeist beladene Buch von Keyser, Erich, Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Leipzig 1938.

landesherrlichen "Peuplierungspolitik" fanden noch Berücksichtigung. Das kann jedoch keineswegs das letzte Ziel bevölkerungsgeschichtlicher Forschung sein. Die Bevölkerungsgeschichte ist ein integrierender Bestandteil der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, und infolgedessen müssen die Beziehungen zwischen demographischer und ökonomischer Entwicklung im Vordergrund bevölkerungsgeschichtlicher Forschung stehen.

In der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsgeschichtsforschung der DDR hat bisher nur Jürgen Kuczynski im Rahmen seines großen Werkes zur Geschichte der Lage der Arbeiter die Zusammenhänge zwischen ökonomischer und demographischer Entwicklung behandelt, besonders eingehend am Beispiel Englands während der industriellen Revolution.⁷ Der Ansatzpunkt einer marxistischen bevölkerungsgeschichtlichen Forschung ergibt sich aus den Ausführungen, die Marx bei der Darlegung der allgemeinen Probleme der Akkumulation des Kapitals über die Entstehung und Funktion der industriellen Reservearmee gemacht hat. Marx schreibt hier über das der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliche Bevölkerungsgesetz, daß "die Arbeiterbevölkerung ... in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eignen relativen Überzähligmachung" produziere. Er führt dann zur Bevölkerungsgeschichte allgemein weiter aus, daß "jede historische Produktionsweise ihre besondern, historisch gültigen Populationsgesetze hat. Ein abstraktes Populationsgesetz existiert nur für Pflanze und Tier, soweit der Mensch nicht geschichtlich eingreift."⁸

Die historischen Gesellschaftsformationen weisen bekanntlich im Verlauf ihrer Entwicklung und auch im regionalen Nebeneinander beträchtliche Unterschiede auf. Man denke hier nur an die Bedeutung, die die Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse im Schoße des Feudalismus, je nach Umfang und Intensität direkt oder auch als Fernwirkung eines kapitalistischen Marktes in ein feudales Hinterland hinein, auf die konkrete Gestaltung der Produktionsverhältnisse in Mitteleuropa von der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts an hatte. Diese Unterschiede widerspiegeln sich auch in der historischen Bevölkerungsentwicklung, wie wir noch zeigen werden. Die Aufgabe der Bevölkerungsgeschichte als einer Teildisziplin der Wirtschafts- und Sozialgeschichte muß unseres Erachtens die Herausarbeitung der in den verschiedenen Gesellschaftsformationen wirksamen Populationsgesetze und die Aufdeckung der funktionalen Zusammenhänge von sozialökonomischer Struktur und Bevölkerungsentwicklung, bei einem gegebenen Entwicklungsniveau der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse sein. Die Ermittlung der Einwohnerzahlen, der Werte der natürlichen Bevölkerungsbewegung und die Erforschung von Wanderungsvorgängen bieten die Grundlage dafür. Aufgabe des vorliegenden Beitrages ist es, Gedanken und Materialien zur Herausarbeitung historischer Populationsgesetze für die Zeit des Spätfeudalismus vorzulegen, in der es einerseits bereits eine recht gute Materialbasis gibt und andererseits die Zusammenhänge zwischen ökonomischer Entwicklung und natürlicher Bevölkerungsbewegung unter dem Vorzeichen der sich im Laufe des 18. Jahrhunderts verstärkenden Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse im Schoße des Feudalismus besonders deutlich gemacht werden können.

7 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 23: Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760 bis 1832, Berlin 1964, S. 94 - 98.

8 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 660.

Zunächst sind jedoch einige Bemerkungen über die bürgerliche deutsche Forschung zur Bevölkerungsgeschichte notwendig. Ihre Aufmerksamkeit galt vornehmlich der Ermittlung der reinen Einwohnerzahlen. Probleme der natürlichen Bevölkerungsbewegung oder gar die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und sozialökonomischer Struktur wurden - wie erwähnt - weitgehend vernachlässigt. Dennoch beziehen einige Autoren den Zusammenhang von sozialökonomischer Struktur und natürlicher Bevölkerungsbewegung in ihre Gedankengänge ein, ohne daß die Richtigkeit dieser Vorstellungen jemals empirisch an bevölkerungsgeschichtlichem Material erhärtet worden wäre. Die umfassendste Darstellung dieser Art gab Abel erstmals in seiner akademischen Antrittsvorlesung über "Wachstumsschwankungen mitteleuropäischer Völker seit dem Mittelalter. Ein Beitrag zur Bevölkerungsgeschichte und -lehre".⁹ Er arbeitet auch in seiner "Geschichte der deutschen Landwirtschaft"¹⁰ noch mit diesen Vorstellungen, und Lütge hat daraus ein Modell des wirtschaftsgeschichtlichen Ablaufs schlechthin gemacht¹¹. Nach Abels Darlegungen aus dem Jahre 1935 verlief die Bevölkerungsgeschichte Mitteleuropas etwa in dem folgenden Rahmen: Bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts ist ein kontinuierliches Wachstum und damit eine zunehmende Verdichtung der Bevölkerung festzustellen. In der Mitte des 14. Jahrhunderts war dann eine Bevölkerungssituation eingetreten, die Lütge so charakterisiert: Sie habe "die europäischen Völker vor die Notwendigkeit" gestellt, "entweder dem Hunger oder der Not die Ausmerzung derjenigen, für die 'die Natur den Tisch nicht gedeckt', zu überlassen, oder aber neue Wege der wirtschaftlichen Organisation und der Technik zu gehen". Damals sei es "der 'Schwarze Tod' gewesen, der den europäischen Völkern die Entscheidung abgenommen" habe.¹² Abel rechnet dann bis zum Ende des 15. Jahrhunderts als Folge der Seuchen, vornehmlich der Pest, mit einer stagnierenden Bevölkerungszahl. Das 16. Jahrhundert und bis zum Dreißigjährigen Krieg auch das 17. Jahrhundert seien dann wieder eine Zeit starker Bevölkerungszunahme gewesen. In Lütges Modellvorstellung waren danach die gewaltigen Bevölkerungsverluste durch den großen Krieg dafür entscheidend, daß Deutschland "weitgehend in den traditionellen Wirtschaftsformen verbleiben konnte".¹³ Nach einem wiederum starken Bevölkerungswachstum in der zweiten Hälfte des 17. und im 18. Jahrhundert sei gegen dessen Ende dann eine relative Überbevölkerung eingetreten. Diese habe schließlich zu qualitativen Veränderungen geführt und das "Zeitalter der entwickelten Volks- und Weltwirtschaft (19./20. Jahrhundert)", wie Lütge unter Umgehung des ihm eingestandenmaßen unangenehmen Terminus den Kapitalismus nennt, gebracht. Die sozialökonomische Entwicklung wird so bei Lütge nicht als Ergebnis der Dialektik der Entwicklung von Produktivkräften und Klassenkämpfen gesehen, sondern vielmehr als Funktion eines mehr oder minder starken "Bevölkerungsdruckes"¹⁴ gegen-

⁹ Vgl. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 142, 1935, S. 670 - 692.

¹⁰ Abel, Wilhelm, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom Mittelalter bis zur Neuzeit, 2. Aufl. Stuttgart 1967 = Deutsche Agrargeschichte, Bd. 2, vor allem S. 12, 25, 115, 150, 174; vgl. dazu auch Berthold, Rudolf, Agrargeschichte oder Landwirtschaftsgeschichte?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsge-
schichte 1965, T. 2, S. 243 - 260.

¹¹ Lütge, Friedrich, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 3. Aufl. Westberlin/Heidelberg/New York 1966.

¹² Ebenda, S. 419.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Ebenda, S. 198.

über der auf einer bestimmten Entwicklungsstufe angenommenen "Tragfähigkeit", eine Vorstellung, deren Fragwürdigkeit sofort deutlich wird, wenn man das Entwicklungsniveau kapitalistischer Produktionsverhältnisse und die Bevölkerungsdichte in China, auf dem indischen Subkontinent oder im ägyptischen Nildelta mit denjenigen der Vereinigten Staaten von Nordamerika um 1850 vergleicht.

Aus Abels umfassendem Entwurf der bevölkerungsgeschichtlichen Entwicklung sind nun einige weitere Denkmodelle abgeleitet worden, mit denen wir uns speziell auseinanderzusetzen haben. So gibt es für die Zeit des Übergangs von feudalen zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen sehr eindeutig formulierte Vorstellungen von Köllmann. In einem Überblick zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert schreibt er: Vor den kapitalistischen Agrarreformen am Anfang des 19. Jahrhunderts sei "der Bestand ländlicher Bevölkerung fast ausschließlich durch die bäuerliche Familie erhalten" worden, und die nicht erbenden jüngeren Kinder seien "mit wenigen Ausnahmen von der Reproduktion ausgeschlossen" gewesen.¹⁵ Noch weiter in der Typisierung, bei gleichzeitigem, nicht näher umgrenztem Rückgriff in die Jahrhunderte des Feudalismus und Ausdehnung dieser Modellvorstellungen auf die städtische Bevölkerung, geht Bog, wenn er schreibt: "Wir dürfen in diesen unseren demographischen Bezügen die Jahrhunderte, die der industriellen Revolution vorauslaufen, als ein einheitliches Zeitalter ansprechen. Nur die Vollstelle, der Arbeitsplatz, die eine volle Familiennahrung garantiert, berechtigt auch zur Fortpflanzung. Der Bauer auf seinem Hofe und der Meister in seiner Werkstatt genießen eine Nahrung, die ausreicht, um eine Familie zu gründen, Kinder zu zeugen, zu ernähren und standesgemäß auszubilden. Die Arbeitsplätze, die Hofbauer und Meister dem Gesinde, den Knechten und Mägden, den Gesellen zur Verfügung stellen, geben nicht die Berechtigung, Familien zu gründen."¹⁶ Dieses Modell der bevölkerungsgeschichtlichen Entwicklung der "vorindustriellen Zeit" geht offensichtlich auf Arbeiten des Soziologen Gunther Ipsen zurück, der erstmalig 1933 in dem profaschistischen "Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums" derartige Auffassungen veröffentlicht¹⁷ und 1953 noch einmal ausdrücklich betonte: "Der Stand der ländlichen Bevölkerung wurde vor der Bauernbefreiung im wesentlichen von den Bauernstellen getragen."¹⁸ Selbstverständlich finden wir diese Auffassung auch im "Bevölkerungs-Ploetz"¹⁹,¹⁶ und mit geringen Modifikationen hatte sie auch Mackenroth in die sich auf Mitteleuropa beziehenden historischen Abschnitte seiner Bevölkerungslehre übernommen, obwohl gerade er, völlig zu Recht, die entscheidende Bedeutung der Wirtschafts- und Sozialstruktur für die konkrete Gestaltung der historischen Bevölkerungsweise betonte.²⁰

- 15 Köllmann, Wolfgang, Grundzüge der Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, in: Studium Generale, Bd. 12, 1959, S. 382 f.
- 16 Bog, Ingomar, Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der industriellen Revolution, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 19. Jg. 1969, S. 200.
- 17 Ipsen, Gunther, Bevölkerungslehre, in: Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Bd. 1, Breslau 1933, S. 433.
- 18 Derselbe, Die preußische Bauernbefreiung als Landesausbau, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 1. Jg. 1954, S. 36.
- 19 Raum und Bevölkerung in der Weltgeschichte, Bevölkerungs-Ploetz, Bd. 4, 3. Aufl. Würzburg 1965, S. 23.
- 20 Mackenroth, Gerhard, Bevölkerungslehre, Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung, Westberlin 1953, S. 122 ff., 421 ff.

Wir werden zu zeigen haben, daß dieses Modell der bevölkerungsgeschichtlichen Entwicklung der "vorindustriellen Zeit" zu eng gefaßt ist. Richtig ist jedoch der Ausgangspunkt, nämlich die Frage nach den familientragenden Vollerwerbsstellen.

Die außerordentliche Differenziertheit spätfеudaler Wirtschafts- und Sozialstrukturen, wie sie sich seit dem ersten Auftreten kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse im Schoße des Feudalismus gebildet hatten und die mittelbar auch in solchen Gegenden wirkten, in denen sich noch kaum Keimformen der neuen Produktionsverhältnisse zeigten, wird offenbar von den genannten Autoren in ihren demographischen, also auch bevölkerungsgeschichtlichen Auswirkungen nicht gesehen. Hier liegt aber, ausgehend von Marx, der Ansatzpunkt unserer Untersuchung.

Eine Sonderstellung unter den bürgerlichen Arbeiten zur Bevölkerungsgeschichte nimmt die Arbeit von August Lösch "Bevölkerungswellen und Wechsellagen" ein, die ihre Entstehung den Bemühungen der bürgerlichen deutschen Wirtschaftswissenschaft verdankt, angesichts der allgemeinen Krise des Kapitalismus und speziell der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 ein Instrumentarium zur Steuerung des Konjunkturverlaufs zu entwickeln. Lösch geht dabei von folgender Prämisse aus: "Geburtenwellen entstehen durch große Notzeiten: Kriege, Hungersnöte und Seuchen. Es werden während derselben wenig Kinder geboren, nachher aber dafür um so mehr. So kommt die erste Welle zustande, beginnend mit einem Tief. Zwanzig Jahre später kommen diese schwachen Jahrgänge in das heiratsfähige Alter, und erneut sinken die Geburten. Die besonders starke Nachkriegsgruppe folgt, und nun gibt es wieder überdurchschnittlich viele Kinder: die zweite Welle ist entstanden."²¹ Den durchschnittlichen Abstand von Welle zu Welle glaubt Lösch mit 33 Jahren bestimmen zu können.²² Er untersucht nun, ausgehend von den Befreiungskriegen 1813 bis 1815, die nach dem Ende dieses Krieges einsetzende Bevölkerungswelle, und das Ziel seiner Untersuchung besteht darin, festzustellen, ob die Geburtenwellen, die ja zugleich Wellen in der Anzahl der Erwerbsfähigen darstellen, für Aufschwungs- bzw. Depressionsperioden der kapitalistischen Wirtschaft verantwortlich gemacht werden können. Lösch kommt zu der Auffassung: "Das Bevölkerungswachstum schafft die Wechsellagen nicht, aber es prägt ihren Ablauf."²³ Auf das spezielle Anliegen von Lösch haben wir hier nicht einzugehen, wohl aber auf die Frage der Bevölkerungswellen als demographischer Erscheinung. Ihre Existenz soll keineswegs geleugnet werden. Sie werden jedoch im Spätfеudalismus und auch unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen bis weit in das 19. Jahrhundert hinein vielfach abgeschwächt oder sogar ausgeglichen. Beispielsweise hat der Einbruch, den der Siebenjährige Krieg (1756 bis 1763) hinsichtlich der Eheschließungen und der Geburtenziffer bewirkte, durchaus nicht eine Generation später ein entsprechendes Tief zur Folge gehabt (siehe Tabelle 8). Der am Ende des 18. Jahrhunderts festzustellende Anstieg der Eheschließungs- und Geburtenziffern hatte ganz andere Ursachen. Dieser bis 1805 klar ersichtliche Anstieg hat seinerseits keine Entsprechung in den Jahren ab 1825 gehabt, und die in der Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts in vielen Landesteilen Preußens zu beobachtende Geburtenzunahme sehen wir als Folge der sich durch das volle Einsetzen der industriellen Revolution

²¹ Lösch, August, Bevölkerungswellen und Wechsellagen, Jena 1936, S. 1 = Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Wechsellagen ..., H. 13.

²² Ebenda, S. 3.

²³ Ebenda, S. 67.

und mit dem ansteigenden Arbeitskräftebedarf ergebenden Möglichkeiten für viele Arbeiter, eine Familie zu gründen. Vor allem in den Gebieten einer rein agrarischen Wirtschaftsstruktur war im Spätfeudalismus und vielfach auch noch in den Jahrzehnten des Übergangs zum Kapitalismus eine hohe Quote Unverheirateter vorhanden, deren Eheschließungschancen durch Kriege und Seuchen stiegen, zugleich aber auch die demographischen Folgen solcher Katastrophen abschwächten oder sogar ausglich. Wir werden auf die hier angeschnittenen Fragen noch zurückkommen. Es ging zunächst darum, zu zeigen, daß auch die Theorien Löschs keine befriedigende Klärung des bevölkerungsgeschichtlichen Ablaufs geben können.

2. Einige Bemerkungen zur Interpretation historisch-statistischen Zahlenmaterials

Die Notwendigkeit, bei einer bevölkerungsgeschichtlichen Arbeit vorwiegend mit statistischem Material zu arbeiten, macht es erforderlich, einige Bemerkungen über die Zusammenhänge zwischen der Eheschließungsziffer, der ehelichen Fruchtbarkeit und der Geburtenziffer, der Gesamtsterblichkeit und dem Anteil der Kindersterblichkeit an dieser vorzuschicken. Einige Beispiele aus verschiedenen deutschen Territorien des 18. und 19. Jahrhunderts sollen zunächst die beträchtlichen Unterschiede in der Höhe der Eheschließungs-, Geburten- und Sterbeziffern zeigen. Wir haben die uns bekannten jeweils höchsten und niedrigsten Werte ausgewählt, wie beispielsweise in den Jahren 1816/19 die Regierungsbezirke Gumbinnen und Münster, und wollen ferner zeigen, daß nicht selten zwischen eng benachbarten Gebieten beträchtliche Unterschiede bestanden. (Tabelle 1 siehe nächste Seite.)

Es gab also erhebliche Unterschiede, auf deren Ursachen noch einzugehen ist.

Der uns heute in der Bevölkerungsstatistik geläufige Bezug von Eheschließungen, Geburten und Sterbefällen auf jeweils 1 000 Lebende wird in Preußen offenbar 1817 durch Johann Gottfried Hoffmann, den damaligen Direktor des preußischen statistischen Bureaus, erstmals benutzt.²⁴ Die Umrechnung erfolgte zwar auf je 10 000 Bewohner, was aber methodisch keinen Unterschied macht. Die Bevölkerungsstatistik des Spätfeudalismus begnügte sich mit der Berechnung des Verhältnisses der Eheschließungen zu den Geburten (genauer: zu den Getauften), also der ehelichen Fruchtbarkeit, und der Getauften zu den Gestorbenen. Entsprechend den bevölkerungstheoretischen Vorstellungen des Kameralismus kam es vornehmlich auf die Feststellung an, ob die Bevölkerung eine zu- oder abnehmende Tendenz aufwies, und dafür war die Proportion von Getauften zu Gestorbenen ausreichend. Beide Proportionalwerte, insbesondere jedoch der der durchschnittlichen Kinderzahl je Eheschließung, sind auch für unsere Fragestellung von größter Bedeutung, denn diese demographische Kennziffer führt zu dem bevölkerungsgeschichtlich außerordentlich wichtigen Begriff der schichtenspezifischen Fruchtbarkeit.²⁵ Er ist bei der Untersuchung der sich verändernden natürlichen Bevölkerungsbewegung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen entwickelt worden, trifft aber ebenso sehr, wie zu zeigen sein wird, auf die Periode des Spätfeudalismus zu.

²⁴ Hoffmann, Johann Gottfried, Übersicht der Bodenfläche und der Bevölkerung des preußischen Staates ..., Berlin 1817.

²⁵ Mit dem Begriff und seiner Bedeutung unter kapitalistischen Verhältnissen beschäftigt sich Mackenroth, Gerhard, a. a. O., S. 278 ff.

Tabelle 1

Beispiele zur natürlichen Bevölkerungsbewegung im Spätfeudalismus und in der Übergangsperiode zum Kapitalismus

Territorium	Ehe- schlie- ßungen je 1 000	Gebo- rene Lebende	Gestor- bene	Kinder- zahl ⁺ je Ehe- schließung
Preußen, westelbische Gebiete ⁺⁺ 1766/70				
Ostfriesland	9, 4	37, 6	24, 6	4, 0
Minden/Ravensberg/Lingen/ Tecklenburg	9, 1	42, 0	31, 4	4, 6
Kursachsen 1794/98 ⁺⁺⁺				
Kursachsen insgesamt	.	36, 9	27, 9	.
Leipziger Kreis	.	36, 8	31, 3	.
Vogtländischer Kreis	.	48, 9	37, 4	.
Kurmärkische Kreise 1791/95 ^o				
Altmark	9, 9	38, 0	29, 1	3, 8
Teltow	8, 9	36, 4	26, 9	4, 2
Lebus	9, 1	42, 6	31, 0	4, 7
Preußische Landesteile 1786/90 ^{oo}				
Pommern	7, 2	34, 3	24, 1	4, 7
Schlesien	8, 2	40, 9	31, 7	5, 0
Ostfriesland	8, 4	31, 8	24, 7	3, 7
Preußische Regierungsbezirke ^{ooo} 1816/19				
Gumbinnen	14, 6	60, 2	35, 6	.
Minden	10, 1	39, 7	29, 4	.
Münster	7, 5	30, 8	25, 8	.

+ Dabei mußte der Anteil der unehelich Geborenen vernachlässigt werden.

++ Berechnet nach Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des königlichen statistischen Bureaus, Berlin 1905, S. 135.

+++ Berechnet nach Leonhardi, Friedrich Gottlob, Erdbeschreibung der churfürstlich sächsischen Lande, Bd. 1, 3. Aufl. Leipzig 1802, S. 49 ff. - Nach Leonhardi gab es in Kursachsen zwei Bevölkerungsaufnahmen nebeneinander, die Kirchenlisten und die Konsumentenverzeichnisse, die nicht unerheblich voneinander differieren. Leonhardi hielt mit Recht die Kirchenlisten für zuverlässiger. Da uns jedoch die Einwohnerzahlen zu den sächsischen Kreisen für die Jahre 1794/98 nur nach den Konsumentenlisten vorlagen, mußten die Relativzahlen auf dieser Basis errechnet werden. Die Fehlerquote dürfte daher bei 10 Prozent liegen, ist aber für alle Beispiele Kursachsens gleichartig.

o Berechnet aufgrund der absoluten Zahlen im Zentralen Staatsarchiv, Historische Abt. II, Generaldirektorium Kurmark, Tit. CCLXV, Statistische Nachrichten, Nr. 5.

oo Nach Behre, Otto, a. a. O., S. 444 ff.

Es geht dabei um die Tatsache, daß die durchschnittliche eheliche Fruchtbarkeit der verschiedenen Klassen und Schichten unterschiedlich hoch ist. Besitz- und Bildungsbürgertum, Beamte, Offiziere, aber auch Großbauern haben, sehr frühzeitig im 19. Jahrhundert einsetzend, die eheliche Kinderzahl klein gehalten, während das Proletariat, sowohl das städtische als auch besonders das ländliche, sehr kinderreich war. Die Geburtenbeschränkung setzte beim Industrieproletariat erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein, bei den Landarbeitern der preußischen Ostprovinzen sogar erst kurz vor dem ersten Weltkrieg. Für die Periode des Spätfeudalismus ist die schichtenspezifische Fruchtbarkeit bisher offenbar noch nicht untersucht worden.

Die Höhe der Eheschließungsziffer - deren Bedeutung und Vergleichbarkeit allerdings erst bei der Umrechnung auf je 1 000 Lebende voll gegeben ist, also die Kenntnis der Einwohnerzahl voraussetzt - und die durchschnittliche Kinderzahl pro Ehe sind die demographisch entscheidenden statistischen Kennziffern für die Untersuchung von Zusammenhängen zwischen sozialökonomischer Struktur und natürlicher Bevölkerungsbewegung.

Die Höhe der Geburtenziffer hängt von der Eheschließungsziffer und damit dem Anteil der bestehenden Ehen an der Gesamtbevölkerung sowie der ehelichen Fruchtbarkeit ab.

Sowohl die Eheschließungs- als auch die Geburtenziffer sind jedoch in hohem Maße sozialökonomisch determiniert. Wir verweisen hier auf das Beispiel der preußischen Regierungsbezirke in Tabelle 1, wo das großbäuerliche Münsterland dem gewerbereichen Regierungsbezirk Minden und dem in dieser Zeit durch eine in Auflösung begriffene gutsherrschaftliche Struktur bestimmten Regierungsbezirk Gumbinnen gegenübergestellt wurde. Der Einfluß der altersspezifischen Zusammensetzung einer Bevölkerung auf Eheschließungs- und Geburtenziffer wird für die Zeit des Feudalismus aus Mangel an geeignetem statistischem Material nur schwer zu beantworten sein. Die demographischen Zusammenhänge zwischen der Eheschließungsziffer und der durchschnittlichen Kinderzahl einerseits und der Höhe der Geburtenziffer andererseits werden deutlicher, wenn wir die natürliche Bevölkerungsbewegung in einigen preußischen Landesteilen vergleichen (Tabelle 2).

Tabelle 2

Natürliche Bevölkerungsbewegung in Pommern, Schlesien und Ostfriesland 1801 bis 1805⁺

Landesteil	Eheschließungen je 1 000 Lebende	Geborene	Gestorbene	Kinderzahl je Eheschließung
Pommern	8, 3	40, 0	25, 4	4, 8
Schlesien	9, 3	45, 6	34, 4	4, 8
Ostfriesland	9, 2	35, 0	23, 9	3, 9

⁺ Berechnet nach Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen ..., Berlin 1905, S. 444 ff.

Die durchschnittliche Kinderzahl je Eheschließung war also in Pommern und Schlesien gleich hoch; aufgrund der höheren Eheschließungsziffer hat Schlesien jedoch eine beträchtlich höhere Geburtenziffer als Pommern. Andererseits liegt die Eheschließungsziffer in Ostfriesland beträchtlich höher als in Pommern, infolge der geringeren Kinderzahl je Ehe bleibt die Geburtenziffer jedoch zurück.

Auf dem Umweg über die Geburtenziffer ist auch die Sterbeziffer in hohem Maße durch sozialökonomische Faktoren determiniert, wobei die aus überdurchschnittlich schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen herrührenden direkten Einflüsse auf die Höhe der Sterblichkeit noch außerhalb der Betrachtung bleiben. Hoffmann schrieb 1817: "Überhaupt wächst die Sterblichkeit auch mit der Zahl der Neugeborenen, weil den allgemeinsten Gesetzen der Natur gemäß besonders eine große Anzahl von Kindern stirbt."²⁶ Die Sterblichkeit je 1 000 Lebende war tatsächlich dort am höchsten, wo auch die Geburtenziffer Spitzenwerte erreichte. Die Gesamtsterblichkeit in Gebieten mit einer niedrigen Geburtenziffer ist daher geringer. Den Zusammenhang zwischen der Höhe der Geburtenziffer und der Gesamtsterblichkeit mögen die folgenden Beispiele verdeutlichen.

Tabelle 3

Anteil der Säuglings- und Kindersterblichkeit an der Gesamtsterblichkeit (in Prozent)

a) in der Neumark Brandenburg⁺ (einschließlich Totgeborene)

Jahre	Bis 1 Jahr	1 - 5 Jahre	5 - 15 Jahre	Bis 15 Jahre zusammen	Geburtenziffer je 1 000 Einwohner
1789/93	21,7	15,0	7,9	44,6	35,4
1794/98	22,6	16,8	7,9	47,3	38,0
1789/98	22,2	15,9	7,8	45,9	36,7

+ Errechnet nach den Zahlen bei Müller, W. H., Tabellarische Nachrichten über die Population der gesamten königlichpreußischen Staaten, T. 1, Berlin 1799, S. 110 f.; die Geburtenziffer nach Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen . . . , Berlin 1905, S. 144 ff.

b) in Schlesien⁺

Jahr	Bis 2 Jahre	2 - 5 Jahre	6 - 15 Jahre	Bis 15 Jahre zusammen
1784	32,4	11,5	5,7	49,6
1789	31,8	11,7	5,7	49,2
1790	34,2	14,2	6,0	54,4
1795	31,1	17,0	6,3	54,4

+ Berechnet nach den Angaben in Herzogthum Mecklenburg. Bruchstücke zu einer Statistik der deutschen Staaten, in: Magazin für Geographie, Staatenkunde und Statistik, Bd. 2, Nürnberg 1797, S. 143 f. - Zur langfristigen Entwicklung der Geburtenziffer vgl. Tabelle 8.

Der Anteil der Säuglings- und Kindersterblichkeit lag also in Schlesien erheblich über dem der Neumark, und die Gesamtsterblichkeit stieg ganz offensichtlich mit

²⁶ Hoffmann, Johann Gottfried, a. a. O., S. 30.

der Geburtenziffer. Die hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit wird noch durch die jämmerlichen Lebensbedingungen der im Leinengewerbe tätigen Bevölkerung, die ja in Schlesien einen beträchtlichen Anteil ausmachte, zusätzlich gesteigert worden sein.

Der Anteil der Säuglings- und Kindersterblichkeit an der Gesamtsterblichkeit darf nicht mit dem modernen statistischen Wert der Säuglings- und Kindersterblichkeit verwechselt werden. Die Säuglings- und Kindersterblichkeit im modernen Sinne, das heißt die Anzahl der Verstorbenen eines Geburtsjahrgangs bis zu einem bestimmten Alter (Säuglingssterblichkeit bis zum vollendeten 1., Kindersterblichkeit bis einschließlich 14. Lebensjahr) wies in Brandenburg am Ende des 18. Jahrhunderts die in der Tabelle 4 angegebenen Werte auf.

Tabelle 4

Säuglings- und Kindersterblichkeit in der Kur- und Neumark Brandenburg 1789 bis 1798 (ohne Totgeborene)⁺

(in Prozent eines Geburtenjahrgangs)

Territorium	Bis zum 1. Lebensjahr	Bis zum 15. Lebensjahr
Kurmark	18,4	36,3
Neumark	15,7	33,0

+ Berechnet nach Müller, W. H., Tabellarische Nachrichten über die Population ..., T. 1, Berlin 1799, S. 110 f.

Nur jedes dritte neugeborene Kind hatte also die Chance, das Erwachsenenalter zu erreichen. Der etwas höhere Anteil der Säuglingssterblichkeit in der Kurmark dürfte darauf zurückzuführen sein, daß in Berlin die Säuglings- und Kindersterblichkeit im gleichen Zeitraum bei 47,5 Prozent lag.²⁷ In der DDR lag 1973 die Säuglingssterblichkeit noch bei 1,6 Prozent eines Neugeborenenjahrgangs²⁸, womit unser Land auf diesem Gebiet international eine Spitzenstellung einnimmt.

Die außerordentlich hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit führte zwar zu einer statistisch niedrigen durchschnittlichen Lebenserwartung, darf aber ökonomisch gesehen, das heißt hinsichtlich der Lebensdauer der wirtschaftlich tragenden Altersgruppen, nicht falsch beurteilt werden. Menschen, die nicht in den ersten Lebensjahren starben, hatten recht gute Chancen, 50 oder 60 Jahre, ja noch älter zu werden. (Tabelle 5 siehe nächste Seite.)

Neben der altersspezifischen muß auch die schichtenspezifische Sterblichkeit untersucht werden. Johann Ludwig Caspar, Professor an der Universität Berlin, hat als einer der ersten in Deutschland sozialhygienische Untersuchungen veröffentlicht. Er verglich die altersspezifische Sterblichkeit von 713 Personen aus deutschen fürstlichen und gräflichen Häusern mit der von 2000 Berliner Stadtkindern. Bis zum 15. Lebensjahr starben (um 1820) in den Adelsfamilien nur 8,8

²⁷ Nach Caspar, Johann Ludwig, Beiträge zur medicinischen Statistik und Staatsarzneikunde, 3: Über die Sterblichkeit der Kinder in Berlin, Berlin 1825, S. 162.

²⁸ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1974, Berlin 1974, S. 460.

Prozent, bei den Stadtarmen jedoch 41,5 Prozent.²⁹ Um die Säuglings- und Kindersterblichkeit genauer beurteilen zu können, brauchte man Angaben über die schichtenspezifische Fruchtbarkeit. Aber auch ohne deren Kenntnis beweisen die krassen Unterschiede die Bedeutung einer gesunden und regelmäßigen Ernährung, guter Wohnverhältnisse und ausreichender Hygiene. Die ganze Brutalität und Menschenverachtung einer Ausbeutergesellschaft wird hier deutlich.

Tabelle 5

Altersspezifische Sterblichkeit in der Kur- und Neumark Brandenburg 1789 bis 1798⁺ (ohne Totgeborene)

(in Prozent)

Sterbealter	Kurmark	Neumark
Bis zum vollendeten 15. Lebensjahr	48,3	48,4
Von 15 - 50 Jahren	18,8	17,8
Von 50 - 60 Jahren	8,9	9,0
Über 60 Jahre	24,0	24,8

+ Berechnet nach Müller, W. H., Tabellarische Nachrichten über die Population ..., T. 1, Berlin 1799, S. 110 f.

Die Sterblichkeitsziffer stand offenbar auch in Zusammenhang mit der Bevölkerungsdichte. In dichter besiedelten Landschaften bzw. bei einem größeren Anteil der städtischen Bevölkerung lag sie höher.

Tabelle 6

Bevölkerungsdichte, Stadt- und Landbevölkerung und Sterblichkeit in verschiedenen preußischen Landesteilen im Jahre 1805⁺

Territorium	Geburtenziffer	Sterblichkeit	Stadtbevölkerung	Landbevölkerung	Bevölkerungsdichte je km ²
			in %	in %	
	1801/05 je 1000 Einwohner				
Pommern	40,0	25,3	20,5	79,5	19
Neumark	40,6	25,9	26,9	73,1	25
Magdeburg	37,7	29,2	40,1	59,9	49
Halberstadt ⁺⁺	37,9	28,7	42,0	58,0	65 ⁺⁺⁺

+ Natürliche Bevölkerungsbewegung und Anteile der Stadt- und Landbevölkerung nach Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen..., Berlin 1905, S. 444 f.; Bevölkerungsdichte aufgrund der Einwohnerzahlen ebenda und der Flächengröße der Gebiete nach Dieterici, Carl Friedrich Wilhelm, Der Volkswohlstand im preußischen Staat, Berlin 1846, S. 1.

++ In den Jahren 1802 - 1804. Nach Generallisten der Getrauten, Getauften und Gestorbenen in den preußischen Staaten 1802, 1803, 1804, in: Annalen der preussischen Staatswirtschaft und Statistik, Nr. 1/1904, S. 67; Nr. 4/1804, S. 88, Bd. 2, 1805, S. 212. - Die Einwohnerzahl ist die des Jahres 1798 nach Zentrales Staatsarchiv, Historische Abt. II, Generaldirektorium Halberstadt, Tit. CIV, Nr. 3a. - Da Halberstadt bei Behre immer gemeinsam mit dem dünnbesiedelten Hohenstein am Süharz geführt wird, mußten hier andere Unterlagen herangezogen werden.

+++ 1798.

Die hygienischen Verhältnisse in den Städten, auch in den kleineren, und in den großen Haufendörfern des Halberstädter und Magdeburger Gebietes sowie des Saalkreises waren offenbar so, daß die Sterblichkeit gegenüber dünn besiedelten Gegenden mit einem hohen Anteil der Landbevölkerung größer war. Von ausschlaggebender Bedeutung dürfte die Wasserversorgung und die Abwässerbeseitigung gewesen sein. Eingehendere Untersuchungen zu diesen Fragen stehen noch aus.

Ein Hinweis ist noch zu der durchschnittlichen Kinderzahl je Eheschließung notwendig. Das durchgearbeitete Material aus kleineren oder größeren Verwaltungsbezirken und einzelnen Städten weist selten Werte unter 3, 5 Kinder je Eheschließung (Minimum Ostfriesland 1751/55 mit 3, 3, Leipzig 1751/56 mit 2, 7) aus³⁰ und nicht über 5, 5 bis 6 Kinder. Das würde der Tatsache widersprechen, daß nach der genealogischen Literatur und den Kirchenbüchern die eheliche Fruchtbarkeit in unserem Untersuchungszeitraum im allgemeinen höher lag. Vielfach waren 6, 8, 10 und mehr Kinder in einer Ehe vorhanden. Die Erklärung für diesen Widerspruch dürfte in einer hohen Quote kinderloser, das heißt unfruchtbarer Ehen liegen. Hier können nur medizingeschichtliche Untersuchungen zu weiteren Ergebnissen führen, wie überhaupt zwischen Medizingeschichte und Bevölkerungsgeschichte mannigfache Berührungspunkte bestehen.

Schließlich soll hier noch der Versuch gemacht werden, eine Stufenfolge zur Größenordnung der natürlichen Bevölkerungsbewegung aufzustellen. Sie soll zur Beurteilung des statistischen Materials dienen und kann nur für Mitteleuropa Gültigkeit beanspruchen, da das von uns verarbeitete Material aus diesem Raum stammt.

Tabelle 7

Beurteilung der Größenordnung der Bevölkerungsbewegung (je 1 000 Einwohner)

Größe	Eheschließungen	Geburten	Sterbefälle
Sehr niedrig	< 6	< 30	< 20
Niedrig	7 - 8	30 - 35	20 - 25
Durchschnittlich	8 - 9	35 - 40	25 - 30
Hoch	9 - 10	40 - 45	30 - 35
Sehr hoch	> 10	> 45	> 35

3. Sozialökonomische Struktur und demographische Entwicklung

Die Zusammenhänge zwischen sozialökonomischer und demographischer Entwicklung können nur aus einem breiten statistischen Material abgeleitet werden. Wir legen daher hier lange Reihen der natürlichen Bevölkerungsbewegung aus verschiedenen preußischen Landesteilen vor.

29 Caspar, Johann Ludwig, Die wahrscheinliche Lebensdauer des Menschen ..., Berlin 1835, S. 185.

30 Für Ostfriesland siehe Tabelle 8 der vorliegenden Arbeit. Für Leipzig siehe Stüßmilch, Johann Peter, a. a. O., Anhang S. 30.

Tabelle 8

Natürliche Bevölkerungsgewegung ausgewählter preußischer Landesteile
1748 bis 1805⁺

Jahre	Pommern				Neumark				Kurmark			
	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4
1748/50	11,9	39,7	28,4	3,6	11,1	41,2	30,3	3,6	11,0	40,2	35,5	3,7
1751/55	9,5	39,0	29,6	4,1	10,0	39,0	28,5	3,9	11,2	42,7	33,9	3,8
1766/70	8,5	40,4	26,6	4,7	7,2	37,6	24,8	4,2	8,4	38,6	31,3	4,6
1771/75	8,2	35,8	28,5	4,4	7,1	33,2	29,0	4,5	7,9	32,7	36,1	4,2
1776/80	8,3	35,7	26,6	4,3	8,6	35,9	27,7	4,3	8,4	35,8	27,8	4,2
1781/85	7,7	35,6	28,5	4,6	7,5	35,8	26,4	4,7	7,5	34,5	28,3	4,6
1786/90	7,2	34,3	24,1	4,7	7,6	34,3	25,9	4,6	7,8	34,1	28,4	4,4
1791/95	7,7	35,0	25,7	4,6	8,3	35,7	26,0	4,3	8,3	35,4	28,4	4,3
1796/1800	8,6	37,6	27,0	4,3	8,8	38,3	25,8	4,4	8,8	36,7	28,6	4,2
1801/05	8,3	40,0	25,4	4,8	8,6	40,6	25,9	4,7	8,8	39,3	32,7	4,5

Jahre	Schlesien				Minden/Ravensberg/ Lingen/Tecklenburg				Ostfriesland			
	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4
1748/50					11,1	40,8	33,6	3,7	10,0	35,4	37,3	3,6
1751/55	12,4	51,6	36,9	4,2	10,4	39,1	29,9	3,7	10,5	34,8	31,7	3,3
1766/70	9,3	47,8	36,0	5,1	9,1	42,0	31,4	4,6	9,4	37,6	24,6	4,0
1771/75	9,5	43,0	37,4	4,5	8,7	37,4	30,7	4,3	8,2	33,8	27,8	4,1
1776/80	10,2	46,6	38,6	4,6	9,3	40,5	35,2	4,3	8,5	32,1	31,6	3,7
1781/85	9,0	46,1	37,2	5,1	9,5	40,7	33,2	4,3	8,6	31,7	26,9	3,7
1786/90	8,2	40,7	31,7	5,0	9,2	39,4	29,5	4,3	8,4	31,8	24,7	3,7
1791/95	8,8	39,7	33,6	4,4	9,1	39,1	31,5	4,3	9,1	32,4	25,4	3,5
1796/1800	10,1	45,5	35,4	4,5	9,7	42,5	33,3	4,3	10,5	37,3	24,5	3,6
1801/05	9,3	45,6	34,4	4,9	9,6	42,1	27,7	4,4	9,2	36,0	23,9	3,9

+ 1 = Eheschließungen je 1 000 Lebende.

2 = Geburtenziffer je 1 000 Lebende.

3 = Sterbeziffer je 1 000 Lebende.

4 = Durchschnittliche Kinderzahl je Eheschließung.

Berechnet nach den absoluten Zahlen bei Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen . . . , Berlin 1905, S. 444 ff. - Für Schlesien muß darauf hingewiesen werden, daß sich als Folge der polnischen Teilungen die territoriale Bezugsbasis insofern änderte, als ab 1797 ein Gebiet mit zirka 100 000 Einwohnern hinzukam. Im Jahrfünft von 1801 - 1805 ist für Pommern die Einwohnerzahl das Mittel von 1802 - 1805, da sie für 1801 fehlt, desgleichen für die Kurmark. Für Minden/Ravensberg und Ostfriesland ist im gleichen Zeitraum das Mittel der Einwohnerzahlen von 1802, 1804 und 1805 die Bezugsbasis.

Trotz aller Unterschiede weisen die Reihen einige bemerkenswerte Gemeinsamkeiten auf, die für unsere Fragestellung sehr wichtig sind. Süßmilch hat sich in seinem Werk sehr ausführlich mit der Eheschließungsziffer beschäftigt. Seine langen Reihen aus den einzelnen preußischen Landesteilen setzen am Ende des 17. Jahrhunderts ein und gehen bis in die Zeit des Siebenjährigen Krieges. Er kam dabei zu der Auffassung, daß außer in Pommern und Ostpreußen die Zahl

der getrauten Paare und "die davon abhängende Zahl der Getauften"³¹ seit 1715 oder 1720 nur noch wenig angestiegen sei, obwohl die Einwohnerzahl überall durchschnittlich um ein Drittel zugenommen habe. Die Eheschließungsziffer war also relativ zurückgegangen, und zwar innerhalb des preußischen Staates am stärksten im Fürstentum Halberstadt und im Herzogtum Magdeburg. Als Ursache nennt Süßmilch zunächst die Verteuerung des Getreides um die Hälfte in den letzten fünfzig Jahren, was jedoch vorzugsweise nur die Stadtbevölkerung treffe. Der größere Teil der Menschen lebe jedoch auf dem Lande, und hier sei die Ursache "das angefüllte Maß der Nahrungen in den Dörfern und kleinen Flecken ... In der That ist es also kein böses, sondern ein gutes Zeichen. Jedes Dorf hat seine abgemessene Flur und eine gewisse Zahl Ackerhöfe, wozu denn noch eine proportionierliche Zahl Tagelöhner und Handwerker gehören. Hat jedes Dorf soviel Menschen und Familien, als es braucht, so erlangt das Heyrathen einen Stillstand. Die ledigen und erwachsenen Leute können daher nicht heyrathen, wenn sie wollen, sondern wenn der Tod Platz macht. Daher in einer hinlänglich besetzten und bevölkerten Provinz nur jährlich eine gewisse Anzahl neuer Ehen entstehen kann. Solange aber noch eine Gelegenheit zur Nahrung vorhanden ist, solange noch unbebaute Ackerhöfe oder nicht genutzte Felder vorhanden sind, solange folgt der Mensch dem natürlichen Triebe, und sucht zu heyrathen."³² Für eine Untersuchung der Zusammenhänge zwischen sozialökonomischer Struktur im Feudalismus und demographischer Entwicklung sind diese Bemerkungen von Süßmilch höchst interessant. Süßmilchs Reihen setzen frühestens 1688 ein. Zu dieser Zeit waren in den ostelbischen Gebieten Brandenburg-Preußens die Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges bei weitem noch nicht überwunden. In den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts, vor allem unter der Regierung des ökonomisch denkenden Friedrich Wilhelm I., wurden energische Anstrengungen unternommen, die wüsten Bauern- und Kossätenstellen wieder zu besetzen und, soweit das durchsetzbar war, vom Adel eingezogenes Bauernland wieder an die Bauern auszugeben. Darüber hinaus begann im Zuge der landesherrlichen Peuplierungspolitik die Erschließung und Besiedlung der bisher ungenutzten Bruch- und Niederungsgebiete, die Anlage von Spinnerkolonien, die Ansiedlung von Glashütten und Eisenhämern und die Ansetzung von Leinwebern in den Dörfern. Für die Kurmark Brandenburg sind folgende Zahlen zur Entwicklung der Sozialstruktur und zur Anzahl der Nahrungsstellen überliefert.

Tabelle 9

Sozialstruktur und Nahrungsstellen in der Kurmark Brandenburg⁺

Jahr	Bauern	Kossäten	Einlieger Handwerker	Nahrungsstellen insgesamt
1618	18 850	13 644	2 659	35 153
1725	16 762	11 092	7 930	35 784
1746	16 646	11 678	18 456	46 780
1755	17 894	15 184	24 927	58 005

+ Nach Leonhardi, Friedrich Gottlob, Erdbeschreibung der preußischen Monarchie, Bd. 3, T. 1, Halle 1793, S. 423 ff. - 1618 und 1746 auch Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen ..., Berlin 1905, S. 179. - 1618 sind Bauern und Fischer zusammengezählt, 1746 und 1755 sind unter Kossäten auch die später als Büdner ausgewiesenen Stellen mit enthalten.

31 Ebenda, Anhang S. 107 Anm.

32 Ebenda, Anhang S. 142 f.

Die Errichtung einer Bauern-, Kossäten-, Büdner- oder Handwerkerstelle war gleichbedeutend mit der Gründung einer "Familiennahrung" und mußte sich daher, jedenfalls von einer gewissen Größenordnung an, demographisch auswirken. Wir können das an lokal begrenzten Beispielen gut zeigen. Das Mittel- und Niederoderbruch wurde von 1747 bis 1753 eingedeicht und für die Besiedlung erschlossen,³³ Administrativ gehörte das neu erschlossene Gebiet zu den Kreisen Oberbarnim und Lebus, und hier zeigt sich in der Tat eine kräftige Bevölkerungswelle, vor allem im Vergleich mit den angrenzenden Kreisen Beeskow-Storkow und Uckermark, die in dieser Zeit keine derartig intensiven Ansiedlungen aufzuweisen hatten.

Tabelle 10

Natürliche Bevölkerungsbewegung kurmärkischer Kreise 1753 bis 1755⁺

Kreis	Eheschließungen je 1 000 Lebende	Geborene	Gestorbene	Kinderzahl je Eheschließung
Oberbarnim	15,2	58,2	41,9	3,8
Lebus	13,6	53,6	44,0	3,9
Beeskow-Storkow	9,2	33,8	20,2	3,4
Uckermark	9,7	40,7	27,3	4,2
Kurmark	11,1	42,7	33,9	3,8

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, Historische Abt. II, Generaldirektorium Kurmark, Tit. CCLXV, Nr. 6, Vol. 1. - Die natürliche Bevölkerungsbewegung wurde auf die Einwohnerzahl von 1756 bezogen. Weitere standen nicht zur Verfügung (ebenda, Tit. CCLXV, Statistische Nachrichten, Nr. 5).

Der hier ausgelöste Aufschwung der Eheschließungs- und Geburtenziffer war im Kreise Lebus noch in den Jahren 1765 bis 1767 vorhanden; danach lagen die Werte auf dem Niveau der übrigen Kurmark. Eine Wiederholung dieser auffällig hohen Bevölkerungswelle, etwa im Sinne von Lösch³⁴, hätte in dem Jahrzehnt von 1780 bis 1790 eintreten müssen. Gerade in diesem Jahrzehnt erreichten aber die Eheschließungs- und Geburtenziffern im Kreise Lebus einen Tiefstand. Die Zahlen beweisen eine allgemeine Erfahrung der Bevölkerungsgeschichte, nämlich daß die Einrichtung von Familiennahrungen immer zu einem schnellen Wachstum der Bevölkerung aufgrund eines hohen Geburtenüberschusses führt. Das trifft für den mittelalterlichen Landesausbau im deutschen Altsiedlungsgebiet ebenso zu wie für die verstärkte Urbanisierung seit dem 11. Jahrhundert und die Siedlungen im Zuge der feudalen deutschen Ostexpansion. Auch in der Periode der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland (1470 bis 1540) dürfte als Folge des Aufschwungs im Bergbau, der Ausbreitung des Verlagswesens, der Intensivierung des internationalen Handels und der Stadt-Land-Beziehungen mit einem verstärkten Bevölkerungswachstum zu rechnen sein, das ja auch mehrfach nachgewiesen wurde.³⁵

33 Wentz, Gottfried, Kolonisation und Agrarwesen im Oderbruch bis zur Reformzeit, in: Das Oderbruch, 2 Bde, Eberswalde 1930 und 1934.

34 Vgl. Lösch, August, a. a. O., S. 3, 67.

35 Blaschke, Karlheinz, Bevölkerungsgeschichte Sachsens bis zur industriellen Revolution, Weimar 1967, S. 85 ff.; Koerner, Fritz, Die Bevölkerungsverteilung in Thüringen am Ausgang des 16. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Veröffentlichungen des deutschen Instituts für Länderkunde, Neue Folge, Bd. 15/16, Leipzig 1958, S. 178 - 315.

Die oben wiedergegebenen Ausführungen Süßmilchs weisen aber auch auf die Ursachen für das in einigen Gebieten deutlich erkennbare Absinken während einiger Jahrzehnte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hin, und hier werden die Zusammenhänge zwischen sozialökonomischer Struktur und demographischer Entwicklung besonders evident. Unbestritten gab es im Feudalismus, besonders im Spätfudalismus, recht unterschiedliche sozialökonomische Verhältnisse, und es läßt sich zeigen, daß diese sich auch demographisch unterschiedlich auswirkten. Die Art und Weise der Bodenverteilung zwischen Feudalherren und Bauern, der Anteil der Landarmut an der Gesamtbevölkerung und die Art und Weise ihrer Einbeziehung in die Bewirtschaftung der feudalherrlichen Eigenbetriebe bzw. der großen Bauernhöfe, das Ausmaß der gewerblichen Durchdringung des flachen Landes, alle diese Faktoren widerspiegeln sich in der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Von den in Tabelle 8 gegebenen Beispielen verkörpern Pommern und die Neumark den Typ der feudalen Gutsherrschaft. In ihrer klassischen Form wird diese durch die sogenannte gutsherrliche Teilbetriebswirtschaft gekennzeichnet.³⁶ Der Typ einer "reinen" Gutsherrschaft ist gegeben, wenn die gutsherrlichen Eigenwirtschaften praktisch in allen wesentlichen Arbeitsgängen des Ackerbaus (vielfach nur mit Ausnahme des Säens) durch die Arbeitsrenten feudalahängiger Bauern bestellt werden. Bei einer entsprechenden Ausdehnung des Gutslandes muß von der Bauernstelle faktisch ein Knecht mit Gespann zusätzlich gehalten werden, nur um die Arbeitsrenten ableisten zu können. Das Gut hat bei dieser Betriebsorganisation nur einige wenige ständige Arbeitsplätze, die zum Teil nicht als familientragende Stellen vergeben wurden, sondern durch Zwangsgesinde besetzt waren. Da die Bauernwirtschaft Knecht und Magd in der Regel nur tragen konnte, wenn diese als ledige Fremdarbeitskräfte im Haushalt der Bauernfamilie lebten, und auch von den ständigen Arbeitsplätzen des Gutes nur einige als Familienstelle vergeben waren, mußte im Bereich der "reinen" Gutsherrschaft die Eheschließungsziffer niedrig liegen, und trotz der in diesen Gebieten hohen durchschnittlichen Kinderzahl pro Eheschließung blieb auch die Geburtenziffer vergleichsweise gering. Voraussetzung für diese Form der sozialökonomischen Struktur mit der entsprechenden natürlichen Bevölkerungsbewegung war die ausreichende Landausstattung der Bauernwirtschaften, die in den meisten ostelbischen deutschen Territorien auch gegeben war. Selbstverständlich gab es in Pommern und in der Neumark auch in diesen Jahrzehnten schon Landhandwerker und landarme Büdner bzw. landlose Einlieger, beide Gruppen in der Regel natürlich mit Familie; die gutsherrschaftliche Struktur war jedoch so dominierend, daß Süßmilch zustimmen ist, wenn er in bezug auf das Heiraten schreibt, daß, "weil die Nahrungen und Bauerhöfe insonderheit hinlänglich besetzt sind, ... einer auf des anderen Tod warten muß"³⁷.

Trotzdem war die "reine" Gutsherrschaft in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in den meisten ostelbischen Gebieten Deutschlands nicht mehr durchweg die Regel. In vielen Fällen und aus verschiedenen Gründen wurde das Gutsland in ganz unterschiedlichem Verhältnis durch bäuerliche Arbeitsrenten und eine bereits vorhandene gutsherrliche Eigenwirtschaft bestellt.³⁸ Eine Zunahme des in

36 Heitz, Gerhard, Über den Teilbetriebscharakter der gutsherrlichen Eigenwirtschaft in Scharbow (Mecklenburg), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Jg. 1959/59, S. 299 ff.

37 Süßmilch, Johann Peter, a. a. O., Anhang S. 107.

38 Als Beispiel Harnisch, Hartmut, Die Herrschaft Boitzenburg, Weimar 1968, S. 149 ff. = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, Bd. 6.

der gutsherrlichen Eigenwirtschaft, also mit eigenem Vieh und Inventar, aber auch durch gutseigene Arbeitskräfte, bestellten Landes mußte zur Entstehung einer Schicht landarmer und landloser Produzenten führen (Büdner, Insten, Einlieger) und damit das geographische Bild der "reinen" Gutsherrschaft verändern.

Es ist nun sehr interessant, daß ein bestimmter Typ der Grundherrschaft demographisch ganz ähnlich wie die "reine" Gutsherrschaft in Erscheinung tritt. Dieser Typ ist dort zu finden, wo die Sozialstruktur des Landes durch das Vorherrschen großer Bauern charakteristisch war. Die feudale Ausbeutung, der natürlich auch diese Bauern unterworfen waren, wurde vorzugsweise in Form von Geld und Produktenrenten realisiert. Auch diese Bauern sind in der Regel nicht in der Lage oder nicht willens, zur Deckung ihres Bedarfs an Fremdarbeitskräften eine familientragende Stelle einzurichten, sondern nehmen ebenfalls Knecht und Magd in ihren Haushalt auf. Die Folge sind auch hier niedrige Eheschließungs- und Geburtenziffern bei einem hohen Anteil unverheirateter Erwachsener. Wir finden diesen Typ in den häufig als "Hofbauerngebiete" bezeichneten Gegenden, also in Oberbayern, wo es später eine umfangreiche Schicht von Großbauern gab, im Münsterland, in einigen Gebieten Niedersachsens und Schleswig-Holsteins.

Ein charakteristisches Beispiel zeigt die Tabelle 11. Die Zahlen beziehen sich zwar erst auf die Zeit nach 1815, können aber dennoch hier angeführt werden, weil sie das westfälische Münsterland betreffen. Die demographischen Folgen der kapitalistischen Bauernbefreiungen konnten dort nicht eintreten, denn die Agrarreformgesetze wurden (nach dem Zwischenspiel des Königreichs Westfalen) in der nunmehr preußischen Provinz erst 1820 bzw. 1825 erlassen.

Tabelle 11

Natürliche Bevölkerungsbewegung im preußischen Regierungsbezirk Münster

a) Regierungsbezirk Münster insgesamt⁺

Jahre	Eheschließungen je 1 000 Lebende	Geborene	Gestorbene
1816/19	7, 8	30, 8	25, 8
1820/22	7, 4	31, 5	23, 3

b) Einige besonders ausgeprägt großbäuerliche Landkreise des Regierungsbezirks Münster 1816 bis 1821⁺⁺

Kreis	Eheschließungen je 1 000 Lebende	Geborene	Gestorbene	Kinderzahl je Eheschließung
Beckum	7, 0	29, 4	23, 4	4, 0
Warendorf	6, 8	30, 6	24, 2	4, 5

+ Preußische Statistik (Amtliches Quellenwerk), Bd. 48 a: Rückblick auf die Bevölkerung im preußischen Staate während des Zeitraums vom Jahre 1816 bis zum Jahre 1874, bearb. v. A. Frhr. v. Fircks, Berlin 1879, Tab. IX, S. 16 f.

++ Berechnet nach Neues topographisch-statistisch-geographisches Wörterbuch des preußischen Staates, unter Aufsicht des Mitglieds des statistischen Bureaus Leopold Krug ausgearb. v. A. A. Mützell, Bd. 6, Halle 1825, S. 130 ff., 334 ff.

Am Beispiel des Regierungsbezirks Münster lassen sich auch die weiteren demographischen Auswirkungen einer niedrigen Eheschließungs- und Geburtenziffer

auf die Altersstruktur und die Ledigenquote ablesen. Um die wesentlichen Unterschiede herauszustellen, sei ein Vergleich mit dem Regierungsbezirk Köslin in Pommern und dem Kreis Prenzlau in der Provinz Brandenburg angeführt - beides Gebiete, in denen die alte feudale Grundherrschaft in voller Auflösung begriffen war, sowie dem Regierungsbezirk Minden in Westfalen, der unmittelbar an Münster angrenzte, aber eine starke gewerbliche Durchdringung aufwies. Obwohl die männlichen Ledigen schon ab 18 Jahre und die weiblichen sogar schon ab 14 Jahre gezählt wurden, von denen die meisten natürlich noch heirateten, werden die wesentlichen Unterschiede deutlich.

Tabelle 12

Altersgliederung und Familienstand der Bevölkerung in einigen Gebieten Preußens im Jahre 1816⁺

(in Prozent der Gesamtbevölkerung)

Gebiet	Unverehelichte ⁺⁺	Verehelichte	Kinder unter 14 Jahren
Regierungsbezirk Köslin	16,9	37,5	37,4
Kreis Prenzlau	19,7	36,3	35,1
Regierungsbezirk Minden	20,6	34,3	38,6
Regierungsbezirk Münster	24,2	31,6	33,2
Kreis Warendorf	24,6	32,9	32,4

+ Berechnet nach Neues topographisch-statistisch-geographisches Wörterbuch des preußischen Staates, Bd. 6, Halle 1825, S. 130 ff., 334 ff.

++ Weibliche über 14, männliche über 18 Jahre.

Trotz aller Mängel der statistischen Grundlage werden also eine hohe Ledigenquote und ein relativ geringer Anteil der Kinder unter 14 Jahren als Folge der niedrigen Eheschließungs- und Geburtenziffer deutlich. Sofern nicht Katastrophen eintraten, wie Kriege, Seuchen oder Hungersnöte, war auch bei den sozialökonomisch-demographischen Typen der "reinen" Gutsherrschaft und der hofbäuerlichen Grundherrschaft durchschnittlich ein Geburtenüberschuß vorhanden, aber er war geringer als unter anderen sozialökonomischen Voraussetzungen. Wenn man bedenkt, wie viele Menschen im Spätfeudalismus als Bedienstete und Lakaien, als Söldner und Seeleute im Dienste des eigenen oder fremder Landesherren leben mußten und starben, ohne je eine Familie gründen zu können, wie viele als Auswanderer nach Übersee und nach Rußland gingen oder in den habsburgischen Gebieten Ungarns ihr Glück suchten, dann wird verständlich, daß trotz eines beständigen Geburtenüberschusses in manchen Gebieten die Bevölkerungszahl praktisch stagnierte oder doch nur sehr langsam wuchs.

Von den Gebieten der "reinen" Gutsherrschaft bzw. der Grundherrschaft mit großen Bauern heben sich auch in demographischer Hinsicht die Gebiete ab, in denen ein überdurchschnittlich großer Anteil der Bevölkerung im Gewerbe tätig war. In Preußen wird das im Gebiet von Minden/Ravensberg und Schlesien, in Kursachsen im Vogtland und in der Oberlausitz deutlich. Eine hohe Gewerbebedichte bedeutet in der Zeit des Spätfeudalismus, daß ein großer Teil der Arbeitsfähigen in Manufakturen, vor allem aber durch Verlage seinen Unterhalt findet. Ein hoher Beschäftigtengrad im Verlag und in der dezentralisierten Manufaktur ging fast immer mit einer sehr weitgehenden landwirtschaftlichen Besitzersplitterung Hand in Hand. Georg von Viebahn, der bedeutende preußische Wirtschaftspolitiker und Statistiker, schrieb 1838, daß in der Gegend von Bielefeld, dem Zentrum des

westfälischen Leinengewerbes, die Bevölkerungsdichte auf über 8 000 je Quadratmeile (= 145 je Quadratkilometer) ansteige, während sie im großbäuerlichen Münsterland nur bei 3 060 je Quadratmeile liege.³⁹ Auch in der südlichen Oberlausitz, ebenfalls ein Zentrum des Leinengewerbes, lag die Bevölkerungsdichte nach zeitgenössischer Angabe bei 8 000 je Quadratmeile.⁴⁰ Aus dem sächsischen Vogtland wird berichtet: "Überhaupt lebt der größte Teil der Einwohner von Manufaktur- und Fabrikarbeiten."⁴¹ In einem zeitgenössischen Journal wird 1787 mitgeteilt, daß "der von Natur wenig begünstigte vogtländische Kreis ... an 20 000 Menschen einen reichen Nahrungserwerb durch die Woll-Manufaktur in Plauen" gebe.⁴² Zweifellos sind darin die Familienangehörigen eingeschlossen, aber der vogtländische Kreis hatte zu dieser Zeit auch nur 80 000 Einwohner. Der hohe Grad gewerblicher Durchdringung wird auch in der natürlichen Bevölkerungsbe-
 wegung deutlich.

Tabelle 13

Natürliche Bevölkerungsbewegung in Minden/Ravensberg 1802 bis 1804 und Ostfriesland 1801 bis 1805 zum Vergleich⁺

Territorium	Eheschließungen je 1 000 Lebende	Geborene	Gestorbene	Kinderzahl je Eheschließung
Minden/Ravensberg	9, 8	43, 7	26, 7	4, 5
Ostfriesland	9, 2	36, 0	23, 9	3, 9

+ Ostfriesland nach Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen ..., Berlin 1905, S. 444 f. - Minden und Ravensberg werden bei Behre immer gemeinsam mit Lingen und Tecklenburg geführt, die zum Teil eine andere sozialökonomische Struktur hatten. Daher wurde die natürliche Bevölkerungsbewegung aufgrund der Angaben der Generallisten der Getrauten, Geborenen und Gestorbenen in den preußischen Staaten, 1802, 1803 und 1804, in: Annalen der preußischen Staatswirtschaft und Statistik, Bd. 1, Nr. 1/1804, S. 67; Nr. 4/1804, S. 88, Bd. 2, 1805, S. 212, berechnet. Die Einwohnerzahl dazu siehe Statistischer Umriss der preußischen Monarchie, in: Politisches Journal, 1804, Bd. 2, S. 520 - 534, 630 - 646.

Am Beispiel des sächsischen Vogtlandes läßt sich der Zusammenhang zwischen einer hohen gewerblichen Durchdringung, der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der ländlichen Besitzersplitterung zeigen. (Tabelle 14 siehe nächste Seite.)

Ergänzend muß hinzugefügt werden, daß im Kurkreis 80,9 Prozent aller Hüfner als Vollhüfner bezeichnet werden, im vogtländischen und Neustädter Kreis aber nur 12,6 Prozent. Auf die Viertelhüfner entfielen 40,1 Prozent und auf die Halb- bzw. Dreiviertelhüfner 47,3 Prozent.

39 Viebahn, Georg v., Über die Vervollkommnung des Flachsangebau ..., in: Annalen der Landwirtschaft in den königlich preußischen Staaten, Bd. 1, 1843, S. 99.

40 Stöver, Herrmann, Historisch-statistische Beschreibung der Staaten des deutschen Reichs, T. 1, Hamburg 1785, S. 184 f. - Der Verfasser teilt die Oberlausitz durch eine gedachte Linie von Pulsnitz über Bautzen bis Görlitz. Nördlich dieser Linie lag die Bevölkerungsdichte bei 56 Einwohner je km².

41 Geographisch-statistisch-topographisches Lexikon des obersächsischen Kreises (Artikel Vogtland), Sp. 418.

42 Politisches Journal, 1787, S. 61.

Tabelle 14

Grundbesitzverteilung und Geburtenziffer sächsischer Gebiete in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts⁺

Territorium	Geburtenziffer		Einwohner- zahl	Sozialstruktur der ländlichen Grundbesitzer				
	je 1 000 Lebende	1764/83		1794/98	1785	Hüfner aller Gruppen	Häusler, kleine Gärtner	große Gärtner
Kurkreis Neustädter u. vogtländi- scher Kreis	35,9	35,9	119 769	4 610	4 349	132		
	44,2	45,6	122 949	6 242	6 794	-		

+ Geburtenziffer 1764/83 nach Canzler, George, *Historique pour servir à la connaissance de affaires politiques et économiques de l'électorat de saxe et des provinces incorporées ou réunies*, Dresden 1786, der S. 27 folgende Tabelle. - Die Wohnbevölkerung, auf die die Geburtenziffer bezogen ist, ist das Mittel von 1755 und 1785, wird also trotz des nur geringen Bevölkerungszuwachses, den Sachsen in dieser Zeit aufzuweisen hatte, eine erhebliche Fehlerquote beinhalten. (Bein, Louis, *Die Industrie des sächsischen Vogtlandes*, T. 2: Die Textilindustrie, Leipzig 1884, Tabelle VI, bringt die geschlossene Reihe der natürlichen Bevölkerungsbewegung von 1777 - 1811 nebst Einwohnerzahlen.) - Zur Geburtenziffer von 1794/98 vgl. Leonhardi, Friedrich Gottlob, *Erdbeschreibung der churfürstlich sächsischen Lande*, Bd. 1, = Aufl. Leipzig 1802, S. 49 ff. (Erläuterungen zur Benutzung der Quelle siehe Tabelle 1 der vorliegenden Arbeit, Anm. ++.) - Grundbesitzverteilung nach Haupttabelle sämtlicher Grundstückbesitzer im Churfürstenthum Sachsen, in: Büsching, Friedrich August, *Magazin für die neue Historie und Geographie*, T. 11, 1777, S. 32 f. - Diese Tabelle ist undatiert, stammt aber sehr wahrscheinlich aus dieser Zeit.

In der Oberlausitz lag die Geburtenziffer ebenfalls vergleichsweise hoch, nämlich in dem Jahrfünft 1794/98 bis 43,8 Promille.⁴³ Vor allem der südliche Teil wurde wirtschaftlich durch das verlagsmäßig organisierte Leinengewerbe bestimmt.

Auf Schlesien soll hier nicht weiter eingegangen werden, da dieses große Territorium in sich zu differenziert ist, um eindeutige Aussagen treffen zu können. Die besonders hohe Geburtenziffer kann drei Ursachen haben:

1. den hohen Anteil landwirtschaftlicher Kleinstellen im Besitz der Landbevölkerung (die sogenannten Dreschgärtner);
2. das sehr ausgebreitete Leinengewerbe, vor allem im Gebirge;
3. die große Anzahl der Arbeiter mit einer wahrscheinlich hohen schichtenspezifischen Fruchtbarkeit. Von den 1798 ausdrücklich als Arbeiter bezeichneten 177 007 Personen in Preußen entfallen immerhin zirka 75 000 auf Schlesien.⁴⁴ Entsprechende Untersuchungen fehlen jedoch noch.

⁴³ Berechnet nach den Angaben bei Leonhardi, Friedrich Gottlob, *Erdbeschreibung der churfürstlich und herzoglich-sächsischen Lande*, Bd. 1, 3. Aufl. Leipzig 1805, S. 49 ff. (Vgl. dazu auch die Bemerkungen zu Tabelle 1 Anm. +++)

⁴⁴ Behre, Otto, a. a. O., S. 355; *Statistischer Abriss der preußischen Monarchie*, in: *Politisches Journal*, 1804, Bd. 2, S. 630 - 646.

Die stärkere gewerbliche Durchdringung hat also überall eine höhere Eheschließungs- und vor allem Geburtenziffer zur Folge gehabt, jedenfalls offensichtlich höher als in den Gebieten der Gutsherrschaft oder der hofbäuerlichen Grundherrschaft. Verlag und Manufaktur, unter anderen Voraussetzungen Bergbau und Hüttenwesen sicher ebenso, hatten einen hohen Arbeitskräftebedarf, der bei günstiger Produktions- und Absatzentwicklung eine steigende Tendenz aufwies. So wurde die Gründung von Familiennahrungen möglich, während die Zahl der Stellen unter den skizzierten sozialökonomischen Verhältnissen ländlicher Gebiete stagnierte. Über die unmittelbar durch die Entwicklung von Manufaktur und Verlag geschaffenen Arbeitsplätze hinaus empfangen natürlich auch andere Handwerks- und Gewerbebezüge Wachstumsimpulse, die zur Gründung zusätzlicher Vollerwerbsstellen führten.

Eine besondere Betrachtung verdient das Problem der schichtenspezifischen Fruchtbarkeit der Landbevölkerung. Nach unserer Tabelle 8 hatten in dem Jahr fünf 1791/95 Pommern und Ostfriesland mit 35,0 bzw. 32,4 Promille eine annähernd gleich hohe Geburtenziffer, während die Eheschließungsziffer mit 7,7 bzw. 9,1 Promille erhebliche Unterschiede aufwies und auch die durchschnittliche Kinderzahl pro Eheschließung beträchtlich differierte. Die schichtenspezifische Fruchtbarkeit ist selbstverständlich weder im Kapitalismus noch im Feudalismus eine absolute Größe, sondern muß vielmehr immer in sozialökonomischen Zusammenhängen gesehen werden. Für die pommerschen Bauern des 18. Jahrhunderts, die erbuntertänig waren und zum größten Teil ohne Eigentums- und damit auch ohne Erbrecht als Zeitpächter auf ihren Stellen wirtschafteten, gab es keine Veranlassung, die Kinderzahl zu beschränken. Dafür bestand nur dann ein Grund, wenn Besitzrecht und Erbfolge, sei es auch unter feudalem Obereigentum, gesichert waren und die nicht erbenden Kinder in Form einer Mitgift oder Abfindung ausgezahlt werden mußten. Das war bei den Bauern Ostfrieslands der Fall, nicht aber bei denen Pommerns und der Neumark, die kaum etwas zu vererben hatten; denn zum Teil mindestens gehörten Vieh und Inventar des Hofes nicht ihnen, sondern waren als Hofwehr Eigentum der Gutsherrschaft. Hier war jedes halbwüchsige Kind eine zusätzliche unbezahlte Arbeitskraft.

Die Frage der schichtenspezifischen Fruchtbarkeit im Spätfudalismus ist leichter am Beispiel kleinräumiger Gebiete zu klären, aus denen auch die notwendigen Daten zur Sozialstruktur vorliegen. Am Beispiel der Kurmark sollen die Zusammenhänge zwischen den Veränderungen der Sozialstruktur und der natürlichen Bevölkerungsbewegung gezeigt werden. (Tabelle 15 siehe nächste Seite.)

Die Gruppen der Sozialstruktur ergaben sich aus der Praxis der feudalen Steuererhebung. Es erscheinen daher nur wirtschaftlich selbständige Steuersubjekte, also Bauern, Kossäten, Büdner, Einlieger, Handwerker, Hirten und Schäfer, nicht aber Knechte und Mägde, die zum Haushalt einer Bauern- oder Handwerkerfamilie gehörten. Für unsere Zwecke ist die statistische Gruppenbildung insofern ungünstig, als der größte Teil der Landhandwerker sowie die Hirten und Schäfer unter die Einlieger gezählt wurden. Bratring schreibt dazu: "In Absicht der Landhandwerker muß ich ein für allemal bemerken, daß es sehr schwierig ist, ihre Anzahl von der der Bauern, besonders der Kossäten und Büdner zu scheiden, denn gewöhnlich werden diese, da sie zweierlei Gewerbe treiben, auch in jeder Rubrik, also zweimal aufgeführt."⁴⁵ Nur ein Teil der Einlieger fand also seinen Unterhalt aus landwirtschaftlicher Arbeit allein. An anderer Stelle sagt Bratring aus-

45 Bratring, Friedrich Wilhelm August, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd. 1, Berlin 1804, S. 74 Anm.

Tabelle 15

Bevölkerungsbewegung und Sozialstruktur der Dorfbevölkerung in der Kurmark Brandenburg im 18. Jahrhundert

a) Bevölkerungsbewegung⁺

Jahre	Eheschließungen je 1 000 Lebende	Geborene	Gestorbene	Kinderzahl je Eheschließung
1739/48	9,1	32,7	25,9	3,6
1796/98	8,9	37,4	27,0	4,2

b) Sozialstruktur⁺⁺

Soziale Gruppe	1746		Soziale Gruppe	1748		
	Anzahl	in %		Anzahl	in %	
Bauern			Bauern	16 518	32,4	} 52,6
Fischer	16 646	34,8	Halbbauern			
Kossäten			Kossäten	10 273	20,2	} 47,4
kleine Acker- leute	12 709	26,5	Einlieger			
Hausleute			Hirten	16 250	32,5	} 47,4
Handwerker			Handwerker	7 616	14,5	
Spinner	18 456	38,7				

Soziale Gruppe	1798		
	Anzahl	in %	
Schulzen, Bauern, Halbbauern, Krüger	19 348	30,1	} 44,2
Kossäten	9 064	14,1	
Büdner	10 484	16,3	} 55,8
Häusler, Einlieger, Altsitzer, Hirten, Schäfer, Handwerker	25 341	39,5	

+ Berechnet nach Süßmilch, Johann Peter, Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts ..., Bd. 1, 4. Aufl. Berlin 1775, Anhang S. 2 - 9. - Die Zahlen beziehen sich auf 1 056 Dörfer mit einer Einwohnerzahl von 213 744 im Jahre 1748. Nach Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen ..., Berlin 1905, S. 458, hatte die Kurmark 1748 eine Landbevölkerung von 273 432. Süßmilchs Zahlen beziehen sich also auf 78 Prozent der Landbevölkerung. Die Relativzahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung von 1739/48 sind auf der Basis von Süßmilchs Einwohnerzahl von 1748 berechnet. Da die Einwohnerzahl von 1739 bis 1748 anstieg, müssen die tatsächlichen Werte etwas höher liegen. Die natürliche Bevölkerungsbewegung von 1796/98 (1797 bricht die Reihe getrennt nach Stadt und Land ab) berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, Historische Abt. II, Generaldirektorium Kurmark, Tit. CCLXV, Nr. 6, Vol. III; Einwohnerzahlen ebenda, Nr. 5

++ 1746 und 1748 nach Behre, Otto, a. a. O., S. 179, 159; 1798 nach Bratring, Friedrich Wilhelm August, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd. 1, Berlin 1804, S. 75 f.

drücklich, daß die Einlieger von Tagelöhnerarbeit oder von einem Handwerk leben.⁴⁶ Von den 35 825 Büdnern und Einliegern im Jahre 1798 waren immerhin 5 801 Hirten und Schäfer und 7 578 Handwerker. Die Kossäten waren in Brandenburg der Landausstattung nach überwiegend kleinere und mittlere Bauern. Immerhin kam es vor, daß auch Kossäten nebenbei ein Handwerk betrieben.

Trotz aller Mängel des Zahlenmaterials wird deutlich, daß in diesen fünfzig Jahren die Schichten der landarmen und landlosen Produzenten stark anwuchsen. 1746 waren in der Gruppe der Kossäten und kleinen Ackerleute viele Stellen enthalten, die 1798 als Büdner gezählt wurden. In der Zählung von 1748, die der besseren Vergleichbarkeit mit 1798 wegen eingefügt wurde, müssen die Büdner zur Gruppe der Einlieger gezählt worden sein. Wenn wir 1748 und 1798 die Gruppen der Einlieger, Büdner und Handwerker zusammenfassen, dann ist ein Anstieg der landarmen und landlosen Produzenten von 47,4 auf 55,8 Prozent festzustellen, während der Anteil der Bauern, Halbbauern und Kossäten von 52,6 auf 44,2 Prozent absank. Die Vermutung liegt also nahe, daß der Anstieg der Geburtenziffer und der ehelichen Fruchtbarkeit am Ende des 18. Jahrhunderts mit der anteilmäßigen Zunahme der Dorfarnut zusammenhängt, also auf deren schichtenspezifische hohe eheliche Fruchtbarkeit zurückzuführen wäre. Die Vermutung wird auch dadurch gestützt, daß die Geburtenziffer der Landbevölkerung der Kurmark 1791/95 bei 35,9 Promille lag und 1796/98 auf 37,4 Promille anstieg.

Tabelle 16

Die zahlenmäßige Entwicklung der Einlieger und Altsitzer in der Kurmark⁺

Jahr	Anzahl	Jahr	Anzahl
1790	22 317	1800	26 233
1795	22 782	1804	27 831
1798	23 573		

+ Bratring, Friedrich Wilhelm August, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd. 1, Berlin 1804, S. 74 f.

Die Gruppe der Einlieger und Altsitzer wuchs also von 1790 bis 1800 auf 117 Prozent, während die Zunahme bei Handwerkern in der gleichen Zeit nur 103 Prozent betrug. Die Gruppe der Altsitzer kann für diese Zeit zahlenmäßig nicht genau erfaßt werden, trotzdem ist sicher, daß der Hauptteil der Zunahme auf Landarbeiterstellen entfiel. Nach Bassewitz waren 1804 von den 27 831 Häuslern und Einliegern 6 848 oder zirka 25 Prozent Altsitzer, 1801 waren es zirka 31 Prozent.⁴⁷ Auch wenn wir 1790 und in den folgenden Jahren einen ähnlichen Prozentsatz von Altsitzern auf dem Lande annehmen, wird die schnelle Zunahme der Dorfarnut deutlich, vor allem nach 1795. Der Zusammenhang zwischen der beginnenden Umwälzung der sozialökonomischen Verhältnisse auf dem Lande und dem Anstieg der Geburtenziffer zeichnet sich hier ab.

Eine Gegenüberstellung der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Sozialstruktur zweier Teillandschaften der Kurmark Brandenburg erhärtet die These von der höheren Geburtenziffer der landarmen und landlosen Schichten weiter.

⁴⁶ Ebenda, S. 51.

⁴⁷ Bassewitz, Magnus Freiherr v., Die Kurmark Brandenburg, ihr Zustand und ihre Verwaltung unmittelbar vor dem Ausbruch des französischen Krieges im Oktober 1806, Leipzig 1847, Tab. XII.

Wir stellen hier die westelbische Altmark dem Kreise Lebus bei Frankfurt (Oder) gegenüber. Genaue Zahlen über die Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche zwischen Bauern und Gutsherren fehlen zwar, aber auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß im Verlaufe der kapitalistischen Bauernbefreiung im 19. Jahrhundert die altmärkischen Bauern fast ausschließlich das feudale Obereigentum bzw. die Feudalrenten durch Geldzahlungen ablösten, während die Bauern des Kreises Lebus je nach Verlangen ihres Gutsherrn entweder ein Drittel ihres Landes abtreten oder den Geldwert dafür aufbringen mußten, macht die amtliche Statistik des 19. Jahrhunderts deutlich, daß der gutsherrliche Landanteil um 1800 im Kreise Lebus erheblich über dem in der Altmark lag.⁴⁸

Die unterschiedliche Rolle der gutsherrlichen Eigenbetriebe und ihre Auswirkungen auf die Sozialstruktur trat demographisch deutlich in Erscheinung.

Tabelle 17

Natürliche Bevölkerungsbewegung und Sozialstruktur der Landbevölkerung in der Altmark und im Kreise Lebus 1739/48 und 1796/98

a) Bevölkerungsbewegung⁺

	1739/48		1796/98	
	Altmark	Lebus	Altmark	Lebus
Eheschließungen je 1 000 Lebende	9,8	9,4	10,5	10,2
Geborene je 1 000 Lebende	30,8	34,2	39,3	45,0
Gestorbene je 1 000 Lebende	26,4	27,4	32,0	31,0
Kinderzahl je Eheschließung	3,3	3,7	3,7	4,4

b) Sozialstruktur (in Prozent)⁺⁺

Soziale Gruppe	1746		Soziale Gruppe	1800	
	Altmark	Lebus		Altmark	Lebus
Bauern			Bauern		
Halbbauern			Halbbauern		
Fischer	34,6	16,6	Krüger		
Kossäten			Schulzen	36,4	20,0
kleine Ackerleute	41,6	26,9	Kossäten	19,9	20,5
Handwerker			Büdner	12,9	32,4
Hausleute			Einlieger		
Spinner	23,8	56,5	Handwerker		
			Hirten		
			Schäfer	30,8	27,1

+ 1739/48 nach Süßmilch, Johann Peter, Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts. . . , Bd. 1, 4. Aufl. Berlin 1775, Anh., S. 2 - 9; 1796/98 nach Zentrales Staatsarchiv, Historische Abt. II, Generaldirektorium Kurmark, Tit. CCLXV, Nr. 6, Vol. III; Bevölkerungszahl ebenda, Nr. 5.
 ++ 1746 nach Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen . . . , Berlin 1905, S. 179; 1800 nach Zentrales Staatsarchiv, a. a. O., Nr. 19.

Trotz aller Unvollkommenheit der sozialstatistischen Gruppenbildung ist 1746 der wesentlich höhere Anteil der landarmen und landlosen Produzenten im Kreise Lebus deutlich, und 1800 machten Kossäten, Büdner und Einlieger im Kreise Lebus immerhin 80 Prozent aus, während es in der Altmark nur 63,6 Prozent waren. Es scheint demnach außer Zweifel zu stehen, daß vornehmlich Büdner und Einlieger eine durchschnittlich höhere Kinderzahl je Ehe gehabt haben müssen, und ihr höherer bzw. geringerer Anteil an der Sozialstruktur ist für die Höhe der Geburtenziffer insgesamt von großer Bedeutung.

Die These von Ipsen, Köllmann und Bog, daß in der "vorindustriellen Zeit" allein die Bauernstellen demographische Vollwertigkeit besessen hätten, ist also nach dem hier vorgelegten Material zu eng gefaßt und kann keine Allgemeingültigkeit beanspruchen. Schon vor der Mitte des 18. Jahrhunderts waren nach den hier behandelten Beispielen landarme und landlose Produzenten zahlenmäßig die stärksten Schichten im Dorf, und daß es sich um familientragende Stellen gehandelt haben muß, geht aus den Endsummen der Zahlen für alle Schichten und Berufe der Landbewohner in den jährlich aufgestellten sogenannten "Historischen Tabellen" der mittleren Verwaltungsbezirke Preußens (der Kammerdistrikte) eindeutig hervor, denn hier wird von Feuerstellen gesprochen, und das bedeutet Familiennahrungen. In der Kurmark Brandenburg scheint die Schicht der Landarmut erst im 18. Jahrhundert stark angestiegen zu sein (vgl. Tabelle 9 der vorliegenden Arbeit). In Sachsen⁴⁹, Thüringen⁵⁰ und im Gebiet von Halberstadt⁵¹, um nur einige Beispiele zu nennen, machte sie schon im 16. Jahrhundert einen großen Anteil aus.

Die in Tabelle 8 vorgelegten Reihen der natürlichen Bevölkerungsbewegung in preußischen Landesteilen lassen erkennen, daß am Ende des 18. Jahrhunderts überall eine Zunahme der Eheschließungs- und Geburtenziffer festzustellen war. Der Anstieg der Geburtenziffer war in den gutsherrschaftlich geprägten Territorien, in unserem Beispiel in der Neumark und in Pommern, besonders stark. In Schlesien wirkten die beginnende Auflösung der gutsherrschaftlichen Struktur und eine stärkere gewerbliche Durchdringung in gleicher Richtung. In Ostfriesland, das auf dem Lande eine grundherrschaftliche Struktur aufwies, war der Anstieg nicht so markant, und auch im Kammerdistrikt von Magdeburg/Mansfeld stieg die Geburtenziffer von 34,3 Promille im Jahrfünft 1791/95 auf 37,7 Promille in den Jahren 1801/05 (Stadt und Land zusammen).⁵² Auch in dem durch landwirtschaftliche Kleinbetriebe und ein über das platte Land ausgebreitetes Leinengewerbe charakterisierten Minden/Ravensberg war die Kurve der natürlichen Bevölkerungsbewegung über das halbe Jahrhundert vergleichsweise ausgeglichener.

48 Die Landwirtschaft im Deutschen Reich, nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895 bearb. im kaiserlichen statistischen Amt, Berlin 1898, S. 352 = Statistik des Deutschen Reiches, Neue Folge, Bd. 112.

49 Peters, Jan, Ostelbische Landarmut - Statistisches über landlose und landarme Agrarproduzenten im Spätfuedalismus (Schwedisch-Pommern und Sachsen), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 1, S. 117 ff.

50 Koerner, Fritz, a. a. O., S. 215 ff.

51 Aus dem Gebiet von Halberstadt als Beispiel die Herrschaft Falkenstein: Staatsarchiv Magdeburg, Rep. Dc Falkenstein, Nr. 56, Salbuch des Amtes Falkenstein von 1586. - Von 243 Stellen waren 19 über 20 ha, 20 hatten 5 - 20 ha, 71 hatten 2 - 5 ha und 135 hatten 0 - 2 ha Land.

52 Siehe Tabelle 8 der vorliegenden Arbeit. Für Magdeburg/Mansfeld siehe Behre, Otto, a. a. O., S. 444 ff.

Ganz offensichtlich waren die Voraussetzungen zur Familiengründung am Ende des 18. Jahrhunderts günstig. Süßmilch schrieb dazu schon kurz nach der Jahrhundertmitte zutreffend: "Wer sich zum Heyrathen entschließet, der übernimmt auch zugleich Pflichten, die ihn zum Unterhalt seiner Familie verbinden. Wenn es an Gelegenheit zum Unterhalt fehlet, so wird der Entschluß gehemmet. Je schwerer der Unterhalt ist, je mehr Schwierigkeiten findet das Heyrathen und je langsamer geht es damit . . . , wo viel Verdienst und Nahrungsmittel sind, wo täglich neue Quellen zur Nahrung geschaffen werden, da muß die Zahl der Ehen einen stets proportionierlichen Fortgang haben."⁵³ Neue Quellen für Verdienst und Nahrung entstanden also offenkundig in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts besonders zahlreich in den preußischen Gebieten, die sozialökonomisch durch die Gutsherrschaft geprägt waren. In der Kurmark Brandenburg stieg die Zahl der Büdner und Einlieger (einschließlich Altsitzer) von 32 339 im Jahre 1790 auf 33 020 im Jahre 1795, also um 681. Von 1795 bis 1800 trat jedoch eine Zunahme um 3 717 Einlieger und Büdner auf 36 737 Stellen ein.⁵⁴ Ein Zusammenhang mit dem Anstieg der Geburtenziffer ist unverkennbar. Noch eindeutiger ist das in Pommern ersichtlich. Die Hauptgruppen der ländlichen Produzenten zeigten zwischen 1795 und 1805 die aus der Tabelle 18 ersichtliche zahlenmäßige Entwicklung.

Tabelle 18

Entwicklung der Sozialstruktur auf dem Lande in Pommern zwischen 1795 und 1805⁺

Soziale Gruppe	1795	1805	1805 in % von 1795
Freischulzen, Schulzen, Kölmer	1 161	1 109	95,6
Bauern, Halbbauern, Krüger	16 257	16 495	101,5
Kossäten, Gärtner, Häusler	15 037	16 957	112,8
Einlieger, Instleute, Losgänger	17 191	19 641	114,3

+ Zentrales Staatsarchiv, Historische Abt. II, Generaldirektorium Pommern, Historische Tabellen, Bd. 2 (für 1795) u. Bd. 5 (für 1805).

Auch hier dürfte der Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Geburtenziffer und der Zunahme der Schicht landarmer und landloser Produzenten eindeutig sein. In der Neumark, wo der starke Anstieg der Geburtenziffer am Ende des 18. Jahrhunderts ebenfalls sehr eindrucksvoll ist, stieg die Zahl der Kossäten, Büdner, Gärtner und Einlieger von 20 137 im Jahre 1790 auf 23 797 im Jahre 1803, also auf 118 Prozent.⁵⁵

Wo liegen die Ursachen? Die Entwicklung der agraren Produktivkräfte im 18. Jahrhundert in den Gebieten der feudalen, vorwiegend teilbetrieblich bewirtschafteten Güter führte zur Übernahme neuer Anbausysteme - hier sind vor allem die verschiedenen Formen der Schlagwirtschaft zu nennen -, zum Anbau von Futterpflanzen und zur Sommerstallfütterung. Die zunehmende Besömmerung der Brache und der beginnende Kartoffelanbau führten im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts zu einer Ertragssteigerung und zogen zugleich einen erhöhten Arbeitskräftebedarf nach sich. Dieser war in der Regel weder quantitativ noch qualitativ mit den überkommenen Arbeitsrenten zu bewältigen. Eine Erhöhung der Arbeitsrenten wäre ohnehin bald an eine von der Leistungsfähigkeit der Bauernstellen her ge-

⁵³ Süßmilch, Johann Peter, a. a. O., Bd. 1, 2. Aufl. Berlin 1761, S. 124.

⁵⁴ Bratring, Friedrich Wilhelm August, a. a. O., S. 74 f.

⁵⁵ Ebenda, Bd. 3, Berlin 1809, S. 30.

bene Obergrenze gestoßen und hätte außerdem schwere Klassenauseinandersetzungen mit den betroffenen Bauern ausgelöst. Die Gutsherren wurden so auf den Weg des Übergangs zum gutsherrlichen Eigenbetrieb, das heißt der beginnenden Entwicklung zum kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetrieb gedrängt. Bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein blieb der Anbau von Halmfrüchten die tragende Säule der Pflanzenproduktion. Das mehrmalige Pflügen des Saatlandes (zwei- bis viermal) mit den notwendigen Nachfolgearbeiten und der Winterdrusch der Getreideernte hatten eine relativ gleichmäßige Verteilung der Arbeit über das ganze Jahr zur Folge. Die ausgeprägten Arbeitsspitzen im landwirtschaftlichen Arbeitsjahr entstanden erst durch den hohen Anteil von Hackfrüchten am Gesamtanbau und die Einführung des Maschinendrusches seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Der mit dem Übergang von der Teilbetriebswirtschaft auf der Basis von Arbeitsrenten zur Eigenbetriebswirtschaft mit Lohnarbeit entstandene Mehrbedarf an Arbeitskraft konnte also nicht mit Saisonarbeitern gedeckt werden, wie es sich später beim Zuckerrübenanbau als so profitabel erwies, sondern bedurfte einer größeren Anzahl von Dauerarbeitskräften. Hier lag der Ansatz zur Entstehung zahlreicher familientragender Stellen gutsabhängiger Landarbeiter. Die neuen Arbeitsplätze wurden als familientragende Stellen angelegt, und die in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts ziemlich plötzlich einsetzende Umwälzung der agraren Produktivkräfte, die Berthold und Müller nachgewiesen haben⁵⁶, führte zur massenhaften Begründung von Büdner- und Einliegerstellen und damit zu der bemerkenswerten Erhöhung der Geburtenziffer. Der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte, der Umwälzung der Produktionsverhältnisse und den demographischen Auswirkungen dürfte hier sehr deutlich geworden sein. Es war also nicht der legislatorische Akt der Agrarreformgesetzgebung, durch den die Bevölkerungswelle ausgelöst wurde, wie man im "Bevölkerungs-Ploetz" meint⁵⁷, wie auch Ipsen und Köllmann sagen, sondern wir müssen dafür vielmehr die sich schon seit Ende des 18. Jahrhunderts zunehmend beschleunigende kapitalistische Entwicklung verantwortlich machen. Die Agrarreformen sind die in den einzelnen Staaten je nach dem Kräfteverhältnis der Klassen mit unterschiedlicher Konsequenz vollzogene legislative Anpassung an die aus der Entwicklung der Produktivkräfte resultierende Bewegung innerhalb der spätfeudalen Produktionsverhältnisse des platten Landes. Wie wenig die kapitalistische Bauernbefreiung als solche mit der "Bevölkerungsexplosion" zu tun hatte, läßt sich am Beispiel Pommerns gut zeigen. Das Gebiet der Regierungsbezirke Stettin und Köslin war seit 1648 preußisch. Die feudale Gutsherrschaft hatte sich dort in besonders scharfer Form herausgebildet, und die Auflösung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse erfolgte nach dem Regulierungsedikt von 1811 bzw. dessen Deklaration von 1816 und der Ablösungsordnung von 1821. Der Regierungsbezirk Stralsund hingegen deckte sich mit dem früheren Schwedisch-Vorpommern. Er gehörte erst seit 1815 zum preußischen Staatsverband und blieb dann ohne spezielle Agrarreformgesetze, weil es infolge ungehinderten Bauernlegens durch den Adel mit Ausnahme weniger Stellen unter der Grundherrschaft der Städte, der Universität Greifswald und des geringen landesherrlichen Grundbesitzes kaum noch Bauern gab. Tabelle 19 zeigt die demographische Entwicklung.

⁵⁶ Berthold, Rudolf, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in spätfeudaler Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt, phil. Habil. -Schr. Berlin 1963; Müller, Hans-Heinrich, Märkische Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807, Potsdam 1967 = Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam, H. 13.

⁵⁷ Raum und Bevölkerung in der Weltgeschichte, a. a. O., Bd. 4, S. 23.

Tabelle 19

Natürliche Bevölkerungsbewegung in Schwedisch-Vorpommern und Preußisch-Pommern 1796 bis 1805
(je 1 000 Lebende)

Jahre	Schwedisch-Vorpommern ⁺		Preußisch-Pommern ⁺⁺	
	Geborene	Gestorbene	Geborene	Gestorbene
1791/95	34, 4	26, 7	35, 0	25, 7
1796/1800	34, 4	25, 2	37, 6	27, 0
1801/05	35, 9	22, 9	40, 0	25, 4

+ Berechnet nach Masius, Georg Heinrich, Bemerkungen zu den Schwedisch-Pommerschen und Rügianischen Bevölkerungs-, Geburts- und Sterbelisten 1781 - 1813, in: Almanach für Ärzte und Nichtärzte auf das Jahr 1816, Rostock 1817. - Dem Staatsarchiv Greifswald danke ich für den Hinweis auf dieses seltene Werk.

++ Berechnet nach Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen ..., Berlin 1905, S. 444 ff.

Nach dem Einsetzen der kapitalistischen Agrarreformen in den altpreußischen Teilen Pommerns setzte sich dort der Anstieg der Geburtenziffer fort, während sie im nunmehrigen Neu-Vorpommern auf dem Niveau vom Anfang des Jahrhunderts blieb.

Tabelle 20

Natürliche Bevölkerungsbewegung in der preußischen Provinz Pommern 1816 bis 1825⁺
(je 1 000 Lebende)

Jahre	Regierungsbezirk Köslin			Regierungsbezirk Stettin			Regierungsbezirk Stralsund		
	Ehe- schlie- ßungen	Gebo- rene	Ge- stor- bene	Ehe- schlie- ßungen	Gebo- rene	Ge- stor- bene	Ehe- schlie- ßungen	Gebo- rene	Ge- stor- bene
1816/19	11, 9	46, 1	27, 7	11, 2	41, 99	24, 9	8, 1	35, 8	22, 2
1820/22	9, 4	43, 9	23, 9	10, 2	43, 2	23, 2	8, 9	36, 3	19, 1
1823/25	9, 5	44, 6	23, 9	9, 5	42, 3	23, 6	8, 6	37, 1	21, 4

+ Preußische Statistik (Amtliches Quellenwerk), Bd. 48 a: Rückblick auf die Bevölkerung im preußischen Staate während des Zeitraums von 1816 bis zum Jahre 1874, bearb. v. A. Frhr. v. Fircks, Berlin 1879, Tabelle IX, S. 16 f.

Peters hat kürzlich dargelegt, daß in Schwedisch-Pommern die gutsherrlichen Eigenwirtschaften schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts weitgehend mit eigenem Vieh und Inventar arbeiteten.⁵⁸ Daher erfolgte auch jetzt keine massenhafte Neugründung von Insten- und Tagelöhnerstellen, die zu einem Anstieg der Eheschließungs- und Geburtenziffer hätte führen müssen, wie es für die altpreußischen Teile Pommerns so klar gezeigt werden konnte.

⁵⁸ Peters, Jan, a. a. O., S. 108 f., 115.

Im Zusammenhang mit den bevölkerungsgeschichtlichen Problemen des Spätfeudalismus kann die Entwicklung der Stadtbevölkerung nicht ausgeklammert werden. Die spezielle Erörterung dieser Fragen muß jedoch einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben. Da jedoch die Tabelle 8 die langfristige Entwicklung der Eheschließungs- und Geburtenziffern in den betreffenden Territorien für die Land- und Stadtbevölkerung zusammen umfaßt, muß wenigstens darauf hingewiesen werden, daß der seit dem Ende des 18. Jahrhunderts zu beobachtende Anstieg der Eheschließungs- und Geburtenziffer offenbar auch von der Stadtbevölkerung getragen wurde. Für die Kurmark Brandenburg stehen uns die Werte der natürlichen Bevölkerungsbewegung getrennt nach Stadt- und Landbevölkerung zur Verfügung. Dabei wird deutlich, daß die Zunahme der Geburtenziffer am Ende des 18. Jahrhunderts auch auf die Städte zutrifft.

Tabelle 21

Natürliche Bevölkerungsbewegung in der Kurmark Brandenburg 1776/80 bis 1796/98 getrennt nach Stadt und Land⁺

Jahre	Stadt				Land			
	Eheschließungen je 1 000	Geborene Lebende	Gestorbene	Kinder je Eheschließung	Eheschließungen je 1 000	Geborene Lebende	Gestorbene	Kinder je Eheschließung
1776/80	7,4	33,2	31,6	4,4	9,5	36,7	26,1	3,9
1781/85	6,2	32,4	31,6	4,4	8,0	34,7	27,2	3,8
1786/90	7,0	31,1	32,1	4,2	8,1	35,4	26,6	4,1
1791/95	8,3	32,7	31,0	3,9	8,2	35,9	26,6	4,2
1796/98	9,5	35,9	31,4	3,7	8,9	37,4	27,0	4,2

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, Historische Abt. II, Generaldirektorium Kurmark, Tit. CCLXV, Nr. 6, Vol. II u. III, sowie Nr. 5.

Der Anstieg der Geburtenziffer von 1791/95 bis 1796/98 war demnach also in den Städten sogar stärker als auf dem Lande, ein Umstand, der für die Bevölkerungsgeschichte der Kurmark um so bedeutsamer ist, als hier der Anteil der Stadtbewohner an der Gesamtbevölkerung 1805 immerhin bei 44 Prozent lag, gegenüber 27,6 Prozent Stadtbevölkerung in der Neumark und 22 Prozent in Pommern.⁵⁹

Deutlich hebt sich aber auch die durchschnittlich höhere Sterblichkeit der Stadtbewohner heraus. Wir wiesen schon darauf hin, daß eine wesentliche Ursache dafür die hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit in Berlin war, die hier stark ins Gewicht fällt.

Der Anstieg der Eheschließungs- und Geburtenziffer am Ende des 18. Jahrhunderts in den brandenburgischen Städten lenkt die Aufmerksamkeit ebenfalls auf die Frage, welche Auswirkungen das verstärkte Aufkommen kapitalistischer Produktionsverhältnisse in dieser Zeit hatte, was hier jedoch nicht mehr erörtert werden kann. Wahrscheinlich muß der Anstieg im Zusammenhang mit dem beachtlichen Aufschwung der Manufakturproduktion in Preußen in den letzten beiden Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts gesehen werden, deren Produktionswert von 26 Millionen Talern im Jahre 1785/86 auf 44,8 Millionen im Jahre 1797/98 anstieg.⁶⁰ Genauere Untersuchungen über das generative Verhalten der Manufaktur-

⁵⁹ Errechnet nach Behre, Otto, a. a. O., S. 457 ff.

⁶⁰ Ebenda, S. 355.

turarbeiter unter den Bedingungen der verstärkten Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse stehen aber noch aus. Wie in der Landwirtschaft, so war es aber auch im Gewerbe letztlich das Wachstum der Produktivkräfte, das den Anstieg der Eheschließungs- und Geburtenziffer und damit das beschleunigte Wachstum der Bevölkerung auslöste.

DER SOUVERÄNITÄTSVERLUST DER HELLENISCHEN POLEIS ALS RÜCKSCHLAG UND ALS IMPULS DER URBANISIERUNG DER MITTELMEERWELT⁺

von Elisabeth Charlotte Welskopf

In der Stadt als einem sozialen Gefüge spezifischer Art kann sich ein spezifisches Selbstbewußtsein ihrer Bevölkerung, eine spezifische Art des Überlegenheitsbewußtseins über die ländliche Bevölkerung entwickeln, das andere soziale Bewußtseinsformen ergänzt oder überschattet. Bewußt oder unbewußt schwingt solcher Stolz der Stadtbevölkerung in der Bewertung der "Urbanisierung" durch die Angehörigen der europäischen und amerikanischen Städte mit. Er ist jedoch keineswegs selbstverständlich und in der Geschichte nicht durchgängig anzutreffen, da er natürlich an die Stadt gebunden ist, die Stadt aber, in frühgeschichtlicher Zeit entstanden, ihre Ausbreitung und Macht erst allmählich in historischen Wellenbewegungen, in einem Prozeß mit großen Rückschlägen gewonnen hat. Als ein Symptom dafür seien einleitend nur zwei Beispiele aus der Sprachgeschichte angeführt. Erschien dem antiken Griechen der "asteios", der "städtische" Mensch, dem "agroikos", dem rauhen Landmann, an zivilisierter Lebensart überlegen, so repräsentierte unter feudalen Verhältnissen das "höfische" - abgewandelt das "höfliche" - Benehmen die Spitze formaler sozialer Bildung, entwickelt nicht in der Stadt, nicht vom Bürger, sondern am Hofe des königlichen Herrschers über Grundbesitzer. Das deutsche Wort Verstädterung, das dem Begriff der "Urbanisierung" nahe zu kommen scheint, ist doch insofern weit von dessen Kernmotiv, Tendenz und immanenter Wertung entfernt, als entgegen dem Glanze Roms als der einstigen "urbs" schlechthin in der deutschen Vorsilbe "ver-" eine negative Wirkung, eine Verderbnis angedeutet wird, eine Vorstellung, wie sie sich schon in Krisenzeiten der hellenischen Städte entwickelte und in den heutigen Diskussionen über Umweltverschmutzung auf der einen, landverbundenes Stammesleben auf der anderen Seite wieder lebendig wird. Wollten wir aber auf das griechische Wort "polis" und seine Weiterentwicklung als Fremd- und Lehnwort zurückgreifen, so ergibt sich eine bedeutende, eine wirklich erstaunlich umfassendere Sinngebung in dem Begriff der "Politisierung". Wir werden auch an dieser Erscheinung der Sprachgeschichte in unserer historischen Untersuchung nicht achtlos vorbeigehen können.

Ehe wir das Problem von Rückschlag und Impuls der antiken "Urbanisierung" rund um das Mittelmeer erörtern, erscheint es bei solchen Differenzierungen und Widersprüchen als eine wissenschaftliche Voraussetzung unserer Analyse, zu un-

+ Der Studie liegen die Forschungsbeiträge des Werkes Hellenische Poleis - Krise, Wandlung, Wirkung, hg. v. Elisabeth Charlotte Welskopf, Bd. 4, Berlin 1974, sowie die Arbeiten der CICA (Centro Internazionale Città Antica) zugrunde.

tersuchen, was Urbanisierung in der von uns behandelten Epoche unter möglichst weitgehendem Abstrich der emotionalen und irrationalen Elemente bedeutet hat. Die Frage, so gesehen, ist nicht von heute; sie wurde schon von den Philosophen der ersten den Mittelmeerraum umfassenden städtischen und stadtbeherrschten Gesellschaft, in den hellenischen Poleis, aufgeworfen. Die höchst entwickelte Gemeinschaft, damit das voll entwickelte Menschsein in den Bahnen von Gesetz und Ordnung, des "nomos", war für Protagoras, Platon, Aristoteles erst in der Polis realisiert, und sie würden recht gehabt und behalten haben, hätten sie nicht die Relationen dieser Realität aus Angst um den Bestand eben dieser Realität zu übersehen sich bemüht. Die Krisenerscheinungen, die die Stadt in ihrer Polis-Form in Frage stellten, drängten sich zwar auch dem philosophischen Bewußtsein auf, aber sie wurden von den genannten Philosophen mehr aus emotionalen als aus rationalen Gründen für lösbar erklärt: durch die subjektive Einsicht und Überzeugungskunst der Sophisten laut Protagoras, durch eine philosophisch ausgeklügelte Gewaltstruktur nach Platon, durch die "paideia" der führenden Bürger nach Auffassung des Aristoteles. Alle diese Lösungsversuche mußten utopisch bleiben, da Wünsche und Ängste dem Willen zur Wahrheit den Weg versperrten. Die hellenische Polis ging in ihrem Bestand als souveräne Polis unter; der Prozeß ihrer Unterwerfung durch die Territorialstaaten vollzog sich rund um das Schwarze Meer und um das Mittelmeer in wenigen Jahrhunderten. Aristokratien, Demokratien, Tyrannien, städtische Monarchien wurden eingliedert oder unterjocht. Die mehrhundertfache Wiederholung und die Ausnahmslosigkeit des Prozesses läßt ihn als historisch unvermeidlich erscheinen. Vor uns liegt zunächst die Frage, ob und inwieweit der Souveränitätsverlust ein Rückschlag der Urbanisierung gewesen ist, und wenn ja, ob und inwiefern ein solcher Rückschlag ein echter historischer Verlust oder ein von Verlusten begleiteter echter Fortschritt war.

Die Vorstellung von einem idealen, in seiner Vollkommenheit und Ganzheit unwiederbringlichen Griechenland, von einem nur durch Rezeptionen teilweise überbrückbaren Verlust antiker griechischer Urbanität hat sich sehr lange gehalten und ist heute noch in Träumen von einem idealen Griechenland als Geburtsstätte eines materiell und ideell führenden Europas - inmitten der historischen Kritik - lebendig. Es ist daher auch immer noch nicht überflüssig, sich damit auseinanderzusetzen. Denn die Probleme der Urbanität und der Urbanisierung sind für uns nicht nur quantitativer Art, nicht nur Fragen und Tendenzen der Anhäufung und Zusammenballung, sondern ihrem Wesen nach Fragen der Ausprägung kultureller Qualität und der sozialökonomischen sowie der politischen Struktur.

Was den sozialökonomischen Charakter anbetrifft, so ist Stadtentstehung und -entwicklung nicht möglich ohne dessen Veränderung. Auch im Übergangsstadium der Ackerbürgerstadt brechen die Keime der Veränderung schon auf. Es gibt keine Bauernhöfe mehr, deren Mittelpunkt das Bauernhaus ist; die Bevölkerung rückt auf ein beschränktes Gebiet zusammen, in dessen Kreis nicht mehr landwirtschaftlich gearbeitet wird. Die angehäuften verdichtete Bevölkerung hat ihre Flucht- und Verteidigungsburg, ihre Stadtmauer und ihre eigene Administration. Die zukunftsreiche Stadtsiedlung ist verteidigungsgünstig und verkehrsgünstig gelegen, an alten Handelswegen oder Wegkreuzungen, an natürlichen oder leicht auszubauenden Häfen. Neue Formen der Arbeitsteilung bilden sich heraus, damit neue soziale Klassen. Die Arbeiten, die in der Stadtsiedlung selbst ausgeführt werden, sind von Jahreszeit und Wetter und natürlichem Wachstumstempo unabhängig. Der Arbeitsprozeß kann in vielen Produktionszweigen kontinuierlich das ganze Jahr durchgeführt werden. Die Saisonarbeit verschwindet nicht, aber sie

erscheint akzidentuell, Da die natürlichen Voraussetzungen der Arbeit nicht mehr generell zu saisonalen Pausen zwingen und auch der Unterschied von Tag und Nacht durch künstliche Beleuchtung zunehmend überwunden werden kann, wird das Arbeitsleben - ebenso auch die Vergnügungen - immer mehr vom natürlichen Rhythmus abgehängt; eine pausenlose "unnatürliche" Mehrarbeit wird so in der Stadt wie übrigens auch im Bergwerk ermöglicht. Die Wohnverhältnisse ändern sich. Luxushäuser und elende Häuser kontrastieren schärfer als etwa das große oder kleine Zelt, das große und das kleine Bauernhaus. Die Wasserversorgung, Abfall und Schmutz werden zu technischen und sozialen Problemen. Der Bewohner einer Hütte hat die Natur in ihrer Gefährlichkeit, aber auch in ihrer ganzen Schönheit um sich; der natürliche Absorptionsprozeß befreite ihn von Kot und Abfall. Das städtische Armenquartier aber bietet unmittelbar nur den Ausblick auf die Gasse, ihre Enge, ihren Schmutz, ihren Lärm. Krankheitsherde breiten sich hier besonders rasch aus.

Aber die relative Unabhängigkeit von natürlichen Notwendigkeiten, die Arbeitskontinuität und die wachsende Arbeitsteilung geben der Arbeit in der Stadt auch eine höhere Produktivität, der Wettbewerb intensiviert sich, der Austausch wird vielseitiger und weitet sich aus. Die Stadtbevölkerung stellt mit ihrer Wirtschaftsweise neue Beziehungen her. Um mit den alten Griechen zu sprechen: zur "oikonomia", zur Hauswirtschaft, tritt die "chrematistike", die Waren- und Geldwirtschaft. Sie kann den Städter von den einheimischen Produkten der ihn umgebenden Landwirtschaft relativ unabhängig machen, seine ökonomischen Kenntnisse erweitern. Dieser Aspekt gilt auch für die persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse. Der städtische Betrieb und der städtische Haushalt brauchen die vom Boden losgerissenen bzw. abgewanderten Arbeiter, den Tagelöhner, den käuflichen Privatsklaven. Die gesamte Bevölkerung ist zwar sesshaft, aber innerhalb der sesshaften Gruppe entwickelt sich die Mobilität aus widerspruchsvollen Tendenzen, aus Gewinnstreben, aus Not, aus Zwang, aus dem Wunsch nach zivilisatorischen Erleichterungen und vielseitigeren Vergnügungen in der Stadt, aus dem Streben nach förderlicherem wissenschaftlichem und künstlerischem Kontakt, durch die materielle und kulturelle Anziehungskraft des sich konzentrierenden Reichtums.

In der Stadt braucht man zwangsläufig neue Regeln des Zusammenlebens, die bewußte Gesetzgebung tritt anstelle der Konvention mehr und mehr in den Vordergrund; die Machtverhältnisse verschieben sich. Die Zahl der Armen, Besitzlosen, Abhängigen nimmt relativ zu. Die herrschenden Klassen bzw. die am wachsenden Wohlstand Teilhabenden können die Vorteile ihres engeren Kontaktes in der Stadt nutzen. In der Stadt, in der relativen Unabhängigkeit von der Natur stößt das menschliche Denken zum Rationalismus in der Philosophie und in der Ökonomie vor, in den Glaubensformen zum politischen Stadtgott. Das Stadtzentrum wird Repräsentant der Stadt, ihrer Macht und ihrer Regierungsfunktionen, ihrer Gottheiten, auch im Ausdruck von Architektur und Plastik. Die Stadt wird der Mittelpunkt für Musik, Dichtung, Literatur, Theater. Sie wird der Boden und Anziehungspunkt für neue Sensibilität und neue Brutalität, für neue Vergnügungen und neue Verbrechen.

Die Frage nach der Ethik des Städters tut sich auf; sie ist in dieser spezifischen Version, soweit ich sehe, noch nicht untersucht worden, es sei denn, wir anerkennen die "politische" Ethik der alten Griechen als die erste philosophische Fassung der Ethik eines Stadtmenschen.

Alle angedeuteten Merkmale einer widerspruchsvollen Entwicklung sind nicht der modernen Zeit des Städtewesens entnommen, sondern aus der Realität der antiken hellenischen Stadt abgeleitet. Allerdings waren die griechischen Poleis in

der relativ kurzen historischen Phase ihrer Souveränität untereinander noch keineswegs auf der gleichen Stufe angelangt; neben den Ackerbürgerstädten, unter Umständen verbunden mit Handelsstationen, entstanden volkreiche entwickelte Metropolen wie Milet, Athen, Syrakus, daneben das seine eigene Entwicklung verewaltigende Sparta. Die genannten Grundzüge städtischer Möglichkeiten haben sich daher auch nicht in Hunderten von Städten in gleicher Weise verwirklicht. Sie sind hier im Ansatz da, dort in voller Ausprägung, und zwar im positiven wie im negativen Sinne. Die Großartigkeit, mit der in Athen alle Möglichkeiten der historischen Phase realisiert wurden, wirkte durch unmittelbare Anknüpfung und wirkt durch mehrfache Rezeptionen bis heute nach, in Sprache, Dichtung, Theater, Musik, Sport, Philosophie, religiösen Tendenzen, in Fachwissenschaften wie zum Beispiel der Geschichtsschreibung; im Bereich der Ökonomie übernahm das Römische Reich die errungene Technik, das Privateigentum am Boden, die Privatsklaverei. Mit den griechischen, von einer Stadt als Mittelpunkt beherrschten Staaten hat eine neue Epoche der Weltgeschichte, die Antike, begonnen, so wie zuvor mit den sumerischen Stadtstaaten eine neue Epoche angebrochen war. Es läßt sich die Frage aufwerfen, welche Bedeutung der Rolle der souveränen itälischen Stadtstaaten in der Renaissancezeit für die Entstehung frühkapitalistischer Wirtschaftsformen und neuen Denkens, weltgeschichtlich gesehen, zuzumessen ist. Der stadtbeherrschte Kleinstaat in seiner Eigenschaft als Geburtsstätte epochaler Veränderungen ist noch nicht weltgeschichtlich vergleichend untersucht worden, auch nicht die Tatsache, daß die Tage seiner Souveränität immer relativ bald gezählt waren und der Territorialstaat ihn sich ein- und unterordnete, gleichzeitig die städtischen Errungenschaften nutzte.

Vor uns steht in diesem weltgeschichtlichen Gesamtkomplex unsere zentrale Frage, inwiefern der Souveränitätsverlust die Entwicklung entscheidend geschädigt hat oder inwieweit die Eingliederung in den Territorialstaat neue Wege öffnete.

Der Souveränitätsverlust hat sich nicht für alle Poleis mit einem Schlag vollzogen, sondern in mehreren Phasen und stufenweise, was den Grad der belassenen Autonomie anbetrifft. Als die jonischen Städte in das Alexanderreich eingegliedert worden sind, war Milet schon lange nicht mehr das städtegründende Milet, das Milet der ersten großen Philosophen. Der fortwährende Streit um die jonischen Poleis zwischen Persern, Athen und Sparta hatte die hohe ursprüngliche Blüte der souveränen Stadt längst zerstört. Das Wirtschaftsleben der jonischen Städte entwickelte sich ungestörter im Alexanderreich und den Nachfolgestaaten, aber die einstige welthistorische Dynamik, die damit verbundene kulturelle Führungsrolle dieser Städte blieb endgültig verloren.

Bei den übrigen und gerade bei führenden, entwicklungsbestimmenden hellenischen Poleis wie Athen wurde die vorwärtstreibende Kraft durch die drohende innere Zersetzung und äußere Unterwerfung noch einmal aufs höchste angespornt, durch die wenn auch in vorsichtigen Formen vollzogene Unterwerfung wenn nicht gebrochen so doch partiell gelähmt.

Wir vergegenwärtigen uns, daß eben von Entwicklungsspitzen in der griechischen Städtewelt der Versuch ausgegangen ist, das unausweichlich Kommende selbst zu tun, den eigenen Herrschaftsbereich in Bündnisform zu erweitern, das heißt, eine Art von übergreifendem, städtevereinigendem Bunde mit der Tendenz zum erweiterten Staatswesen zu realisieren. In Sizilien und an der Nordküste des Schwarzen Meeres bestand für einen solchen Versuch eine Landbasis, für Athen ergab sich nur die Möglichkeit einer maritimen Herrschaftsexpansion. In dem einen wie in dem anderen Fall reichte die militärische Kraft des Polis-Staates nicht aus, den erstrebten neuartigen Herrschaftsbereich zu halten. Bei allen die-

sen Ausdehnungsversuchen handelte es sich nicht um die Einverleibung von Landbereichen, sondern von stadtbherrschten Staaten, um den Versuch, die Herrschaft einer Stadt über andere Städte zu gewinnen, und dieser Versuch scheiterte. Er umschloß aber die zukunftsweisende Tendenz, vom beschränkten Stadtstaat zu einem erweiterten Staatswesen zu gelangen in einer Umwelt, in der die nichtgriechischen und weniger entwickelten Völker der Mittelmeer- und Schwarzmeerwelt sich zu formieren, zu organisieren, Stammesvereinigungen zu vollziehen begannen. Die Verhältnisse, in denen diese lebten, waren noch flüssiger, daher leichter in neue Formen der Vereinigungen und der Herrschaftsverhältnisse zu bringen. Der Viel-Städte-Staat war dagegen unter den gegebenen Voraussetzungen noch keine mögliche Lösung. Es zeigt sich hier, was wir in der Geschichte oft zu beobachten haben: Eine verfestigte Machtstruktur kommt an das Ende ihrer immanenten Chancen; die bereits intendierten neuen Möglichkeiten werden andernorts unter offeneren Bedingungen realisiert.

Ohne Zweifel hat die Entmachtung und Unterwerfung Athens einer erstaunlichen, zugleich fruchtbaren, fieberhaften, verwirrten, verbitterten und fruchtlosen Aktivität ein Ende bereitet, da sie ihr die politische Bewegungsfreiheit entzog, die ökonomische Grundlage beschnitt und schädigte und damit die autonome Entfaltung und Zielsetzung unmöglich machte, die Hoffnungen abschnitt. Das war kein Zufallsergebnis, nicht abhängig von dieser oder jener Persönlichkeit, dieser oder jener einmaligen Konstellation. Es war das Ergebnis eines Prozesses, der sich für die gesamte Griechenwelt rings um das Mittelmeer und das Schwarze Meer vollzog und sich in Jahrhunderten ausnahmslos verwirklichte. Keine der hellenischen Poleis hat es vermocht, souveräner, blühender städtischer Mittelpunkt eines der neuen Staatswesen zu werden. Aber auch keines dieser neuen Staatswesen ist ohne den Einfluß der griechischen Stadtstaaten in Ökonomie und Kultur herangewachsen. Die Menschen machen ihre Geschichte in Zusammenhängen und Widersprüchen.

Spezifische herausragende Erben der hellenischen Poleis sind nicht nur Rom, Alexandria und Byzanz geworden, sondern auch soziale kulturelle Vereinigungen, die auf dem Boden des Städtewesens entstanden, aber mehr oder weniger unabhängig von dieser oder jener Stadt ihre Wirksamkeit entfalteten und damit einer neuen Sozialstruktur in den monarchischen Territorialstaaten entsprachen.

Für die ehemals souveränen hellenischen Poleis wurde der Souveränitätsverlust eine Ergänzung bestehender Krisenerscheinungen, eine Barriere, ein absoluter Verlust von Möglichkeiten. Als Repräsentanten quantitativer Ausdehnung, qualitativer Höherentwicklung in dem Prozeß der Urbanisierung verloren sie an Gewicht und Kraft.

Die Frage ist, ob und wie mit dem Schauplatz- und einem etwaigen Qualitätswechsel der Struktur des Städtewesens neue Impulse geweckt wurden, inwieweit diese ein Erbe aufnahmen und weiterführten.

Die dominierende politische Ausprägung der Erbschaft der hellenischen Poleis, deren Unterwerfung sich vollzog, ist Rom. Die Stadt entstand an einer Kreuzung alter, bereits bedeutsamer Wege, an einer Stelle, von der aus das Meer zugänglich war; sie hatte ein breites, wenn auch zunächst nicht von ihr beherrschtes Hinterland. Ihr historischer Weg war nicht der von der Souveränität zur Unterwerfung, sondern der aus der Unterwerfung zur Souveränität. In den Frühzeiten ihrer Geschichte begegnete sie griechischem Kultureinfluß, vermittelt durch die

Etrusker und unmittelbar wirkend durch die Verbindungen mit den griechischen Tochterstädten in Italien, schließlich auch mit denen Siziliens.

Nun könnte man zwar einige der genannten Merkmale stadtrömischer Entwicklung auch bei mächtigen Griechenstädten Italiens und Siziliens auffinden - mit Ausnahme einer Fremdherrschaft über die Stadt in ihrer Frühzeit. Aber ob eben diese als entscheidender Motor gewirkt habe, und wenn, warum und wie, ist kaum mit Genauigkeit zu sagen. Rom nahm die Polis-Struktur an, von der Basis her mit dem Privateigentum der Bürger am Boden - ergänzt durch Gemeindeland -, mit versklavten Arbeitskräften im Privateigentum, mit der politischen Struktur der Republik. Roms ökonomischer und politischer Charakter hatte in diesen entscheidenden Zügen nichts mit den orientalischen Einflüssen zu tun, die die Etrusker mitgebracht haben mochten - falls die Hypothese stimmt, daß sie von dort her zugewandert seien. Es war auch keine ursprüngliche, sondern bereits eine vom Griechentum beeinflusste Etruskerherrschaft, die über Roms Frühzeiten stand. Dies ist ein Punkt, der unsere besondere Aufmerksamkeit verdient. Trifft die Annahme eines graeco-orientalischen Charakters des etruskischen Gemeinwesens zu, so war die Frühzeit Roms von einem Gebilde bestimmt, gehemmt und gefördert, das die hellenisch-orientalische Struktur, mit der sich Rom später als Eroberer in Kleinasien auseinandersetzte, in einer allerdings wesentlich anderen Ausprägung vorwegnahm.

Wir wiederholen die Frage: Warum konnte die Polis Rom leisten, was keine hellenische Polis hatte leisten können? Man sage nicht, der Grund liege darin, daß die Griechen sich untereinander nicht einig gewesen seien, untereinander im Wettbewerb oder im Kampf standen. Rom hat mit all seinen Nachbarn Krieg geführt, und die Einigung war der Sieg Roms und die Unterjochung der anderen, also eine Einigung unter Roms Schwert. Die großen Einigungsversuche unter dem griechischen Schwert aber waren letzten Endes alle mißlungen. Warum? War der einzelne Römer kampftüchtiger als ein Grieche? Das könnte man angesichts der Leistungen griechischer Hoplitensoldaten und griechischer Flotten kaum behaupten. Bei der Untersuchung konkreter Vorgänge stecken wir als Historiker immer noch in den Kinderschuhen; kein Wunder, da es für solche Vorgänge nicht den logischen zureichenden Grund gibt, sondern jeweils ein Bündel zahlreicher Ursachenreihen, die es alle zu entdecken und zu verfolgen gilt; und selbst wenn wir ihre Spuren finden, reicht doch für die Antike das Quellenmaterial nicht aus, um sie weit und intensiv genug zu analysieren. So bleibt notwendig sehr vieles Hypothese in der Verkettung solcher Spuren; aber der Fakt, daß Rom ein wesentliches Erbe hellenischer Ökonomie, Politik und Kultur aufnahm und sich auf eine neue, rund um das Mittelmeer noch nicht dagewesene Weise durchsetzte, ist unumstößlich da und ohne Zweifel eine Realisierung von Möglichkeiten und Tendenzen, die wir kennen; aber das "hic et nunc" müssen wir immer noch hinhinnehmen als einen Vorgang, den es weiter zu untersuchen gilt. Vielleicht war es Roms Vorteil, daß es in unmittelbarer Nähe nur einen einzigen mächtigen, nach Maßgabe des damaligen Entwicklungsstandes zivilisiert zu nennenden Staat zuerst über sich, dann neben sich hatte, anders also als die Griechenstädte, die von Anfang an bei Expansionsversuchen auf zahlreiche Gemeinwesen gleicher Art stießen.

Wenn wir beobachten, wie Rom seinen Polis-Charakter entwickelte und später darüber hinauswuchs als die einzige Polis, die sich ein umfassendes Reich erkämpfte, so scheint mir ein Zug vom Ursprung an allerdings wesentlich. Für das frühe Rom schon spielte das Grundeigentum eine Rolle. In den maßgebenden hellenischen Poleis besaß es dagegen nie dieselbe ausschlaggebende Bedeutung: Es stand hier nicht über, sondern neben dem Handel, der den Hellenen den relativ

großen Reichtum brachte. Der römische Menschentyp war in den Frühzeiten und in den Aufstiegszeiten Roms auch nicht ein urbaner Typ, sondern der eines gegen sich selbst und gegen andere rücksichtslosen erobernden Bauern, Viehzüchters, Grundeigentümers. Auch in den frühen Porträtplastiken kommt das zum Ausdruck. Unter den Griechen finden wir nur bei den Spartanern Beispiele gleicher Härte, und auch diese Lakedaimoner waren, obgleich ihr Gemeinwesen eine Polis genannt wurde, nicht urban, nicht als städtische Menschentypen geformt. Die Griechen waren dafür bekannt, daß sie ihre Frauen von der Öffentlichkeit abschlossen, die Römer dafür, daß sie ihre Söhne wie Sklaven ansahen. Im niedergehenden Athen gab es Theaterskandale, im korrumpierten Rom blutige Tier- und Menschenhetzen. In Athen und Rom wurden Sklaven willkürlich behandelt, auch dem Hunger und der Peitsche ausgesetzt. Aber die ausgeklügelte psychische Marter finden wir nur in der griechischen Sage, die psychologische Manipulierung in der griechischen ökonomischen Theorie. Rom war eine Polis, aber keine hellenische, trotz aller etruskisch-griechischer und rein griechischer Einflüsse, die es in großen Rezeptionswellen, einer frühen und einer in den Spitzenzeiten der Entwicklung seit den Scipionen, integrierte. Der Römer, der das Reich zu gründen begann, war noch nicht urban, und doch ist Rom nach der zweiten großen Rezeption griechischer Kultur als das Rom der Scipionen, Ciceros, Cäsars, des Augustus, des Horaz und des Vergil die "urbs" schlechthin geworden, die unseren Begriffen Urbanisierung und Urbanität die Stammwurzel gegeben und den Begriff römischer "humanitas" geschaffen hat. Die römische "urbs" hat sich die hellenische Polis, von der sie Wesentliches gelernt, die sie aber nicht nachgeahmt hat, unterworfen. Als das Römische Reich seine höchste Ausdehnung erreichte, zeigte sich, daß es nicht mehr von einer Stadt aus und nicht mehr republikanisch-aristokratisch regiert werden konnte. Damit erst, scheint mir, war das Polis-Zeitalter in Wahrheit beendet, und in einer besonderen Phase der antiken Geschichte und der Geschichte des frühen Feudalismus begann das Land wieder über die Stadt, die Monarchie über die Republik, die Bodenbindung über die Mobilität, die Religion über die Philosophie zu dominieren.

Die hellenischen Poleis, die ihre Souveränität verloren, haben am Westbecken des Mittelmeeres in Rom einen Nachfolger gefunden, der Grundtendenzen übernahm, neue Entwicklungsformen für den stadtbeherrschten republikanischen Staat fand, griechische Kultur rezipierte und die gesamte Entwicklung bis zum unvermeidlichen Ende geführt hat.

Dieses Zu-Ende-Führen war ein Vorgang, der mit den gekennzeichneten Zügen den Westen wie den Osten des Römischen Reiches betraf, obgleich die Vorgänge da und dort ihre besondere eigenartige Färbung hatten. Es wäre aber nach meinem Dafürhalten falsch, von einer Orientalisierung zu sprechen; für die Westprovinzen trifft eine solche Charakteristik nicht, für den Osten nur bedingt und nur in bestimmten Beziehungen zu. Aber gehen wir der Frage weiter nach - sie ist alt und noch immer nicht befriedigend gelöst.

Der Alexanderzug und der Aufbau der Nachfolgemonarchien auf dem Boden des ehemaligen Perserreichs und der von ihm einverleibten uralten Kulturen hat bekanntlich Städtegründungen mit sich gebracht, die nach Polis-Muster strukturiert wurden, denen jedoch die Souveränität vom Gründungsvorgang an versagt war und denen, soweit sie schon vorhanden gewesen sind, eine bestimmte Autonomie, jedoch keine Souveränität zugestanden wurde.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den im Westen von Rom und den im Osten unter Alexander und seinen Nachfolgern weiterbestehenden unterworfenen bzw. den von ihnen neu gegründeten Städten lag sichtbar darin, daß die erstgenannten Untertanen und Gründungen eines von der "polis-urbs" beherrschten Staatswesens gewesen sind und als Motoren der Romanisierung gelten konnten, die zweiten aber Untertanen und Geschöpfe von Monarchien waren, die von Anfang an auf orientalisch basierter Herrschaft über ausgedehntes Land und eine zahlreiche Bevölkerung beruhten und in denen die Städte eine Triebkraft als hellenischer Produktions- und Lebensweise darstellten. Irrig wäre es allerdings, diese Tatsache, die sich auf eine bestimmte Geschichtsepoche bezieht, dahin auszuwerten, daß ein - fiktiver - europäischer sozialpsychischer Charakter mehr der Stadtrepublik, ein - fiktiver - orientalischer sozialpsychischer Charakter dem monarchischen Reiche zugeneigt habe. Die ältesten Zivilisationen im Vorderen Orient waren die schon erwähnten sumerischen Stadtstaaten. Es handelt sich also nicht um Unterschiede von Rassen- oder Volkscharakteren, sondern um die Entwicklungsstadien politisch-sozialer Beziehungen, die, bestehen sie jeweils lange genug, allerdings auf eine verfestigte Haltung hinwirken können. Der Territorialstaat war im Vorderen Orient und in Ägypten um Jahrtausende älter als in den zentralen und westlichen Regionen um das Mittelmeer und um das Schwarze Meer.

Im Umkreis der hellenistischen - gaeco-orientalischen - Monarchien ist in dem vom Monarchen gegründeten Alexandria für Rom eine Partnerin, Opponentin und Feindin erwachsen, die griechisches Polis-Erbe unter wesentlich anderen Bedingungen aufnahm und weiterführte. Rom war republikanisches Zentrum, Alexandria wurde Residenzstadt; Rom entwickelte sich aus Stammesverhältnissen heraus, Alexandria gewann seine Bedeutung auf dem Boden ältester und schon reifer Kulturen. Rom warf eine Fremdherrschaft ab, Alexandria war die Gründung eines fremden Herrn. Rom war eine Stadt der Römer, Alexandria zog eine Fülle von Vertretern der verschiedensten Völker an. Roms Bürgerrechtsverhältnisse sind einfach und klar gewesen, in Alexandria waren sie kompliziert, vielfältigst gestuft. In Rom galt in den frühen Zeiten Grundbesitz, Einfachheit, Leistung, Macht; in Alexandria von Beginn an Reichtum auch an Geld, aktive gewerbliche Geschicklichkeit, Erfindungsgeist, technische Unternehmungslust, wissenschaftliche Bildung - die Macht gehörte dem Monarchen und den von ihm unmittelbar benötigten Stützen und Abhängigen. Alexandria war eine gaeco-ägyptisch-orientalische Polis, als solche gegründet, zur Residenz gewählt; Rom wurde die aristokratisch-republikanische "urbs". Der Ruhm Alexandrias als Stätte der hellenistischen Bildung und Kultur und des orientalischen Luxus überstrahlte Rom. Die Opposition der beiden städtischen Integrationspunkte währte lange, bis endlich Alexandria die Machtprobe wagte und dem Römer in Gestalt des Augustus unterlag.

Doch war der Kampf der beiden Strukturen, der gaeco-orientalischen und der griechisch-römisch antiken und ihrer städtischen Exponenten, noch nicht ausgefochten. Es gab ein Byzanz. Wir sprechen von Rom, und wir sprechen von Byzanz; wir haben uns daran gewöhnt, die städtischen Machtmittelpunkte als Merkmal für das Ganze zu nehmen; in dieser Sprachgewohnheit steckt historische Wahrheit. Alexandria war Rom unterlegen. Byzanz, eine altgriechische, später im Sinne gaeco-orientalischer Symbiose hellenisierte Stadt, hat Rom in seiner politischen Stabilität um eintausend Jahre überdauert. Das war ein wirkungsvolles, einflußreiches, daher genau zu würdigendes und zu analysierendes Faktum, aber es war nicht unbedingt ein weltgeschichtlicher Ruhm. Denn auf dem Boden des zerstörten weströmischen Reiches ist die geschichtliche Entwicklung anschließend mit schnelleren Schritten vorangegangen. Der Erfolg in der Geschichtsschreibung

war allerdings, daß Rom als Teil-Rom, als West-Rom vom westeuropäischen Standpunkt, in Selbstbewertung und auch Selbstüberwertung sehr hoch gestellt, Byzanz geringschätzig behandelt, zeitweise vernachlässigt wurde wie die hellenistische Epoche überhaupt.

Dieser Westeuropa-Zentrismus wirkt heute noch nach. Man kann bestreiten, ob die Bezeichnung "Hellenismus" der Realität adäquat sei, da das antik-griechische Element sich nie vollständig durchsetzte, sondern ökonomisch, politisch und kulturell eine Symbiose mit den orientalischen Verhältnissen einging - eine sehr stabile und auch sehr fruchtbare Symbiose, da nicht nur das führende griechische städtische Element neue Entwicklungen hervortrieb wie das Kultur- und Wirtschaftszentrum Alexandria und das jahrhundertlang sich behauptende Byzanz, sondern auch die Kultur des Vorderen Orients in Verbindung und Widerspruch zum Griechentum sich wandelte, neue technisch-organisatorische Leistungen hervorbrachte wie die Mühle im Großbetrieb, neue Philosophien aufnahm wie die Stoa und den Epikureismus, neue religiöse Strömungen entwickelte bis hin zum Christentum, das seine Ursprungsperiode lange überdauern sollte. Die historische Phase des graeco-orientalischen "Hellenismus" war mit der Eroberung der Gebiete durch Rom nicht abgeschlossen; ein Jahrtausend Geschichte kommt ihr und in erster Linie ihren Städten zu. Aber nicht nur ihren Städten!

Es entstanden auf dem Boden der ökonomischen Symbiose von hellenischen und orientalischen Menschen, von Stadt und Land, verselbständigte soziale kulturelle Vereinigungen von großer Breite der Wirkung. Die breite kohärente Ausstrahlung ist spezifisch charakteristisch innerhalb der hellenistischen Reiche, in denen nicht-souveräne Poleis existierten, ohne die engen Grenzen der souveränen Poleis zu markieren. Schon im Krisenzeitalter der souveränen Poleis hatten allerdings nicht nur die Ansätze zu Bündnis-Reichen, sondern auch die philosophischen Strömungen einschließlich der fachwissenschaftlichen Bemühungen über viele Poleis hinauszugreifen begonnen. In der hellenistischen - graeco-orientalischen - Entwicklungsphase ging dieser Prozeß aber in neuen Formen und mit neuer Intensität weiter.

Charakteristisch dafür erscheint die Geschichte des Theaters. In Attika auf den Dörfern aus Kultgebräuchen entstanden, in der Stadt Athen als das Theater seiner Bürger und ihrer Probleme konzentriert und zur welthistorischen Blüte geführt, hatte dieses Stadt-Theater mit der Krise des gesamten Gemeinwesens auch schon seine Ablösung von der Stadtrepublik Athen begonnen und sein Gesicht dabei gewandelt. Die Bürger-Schauspieler wurden durch Berufsschauspieler ersetzt; auch die Chormitglieder brauchten keine Bürger mehr zu sein. Das Publikum und mit ihm die Dichter wandten sich von den in der Polis unlösbaren großen politischen Problemen ab; was jetzt zog, das war einerseits der Schauspieler-Star und andererseits der private Konflikt. Etwaige Unzufriedenheit der Zuschauer löste sich in Theaterskandalen. Das Theater wäre wahrscheinlich zusammen mit der alten souveränen Bürger-Stadt verloren gewesen, hätte es sich nicht von dieser lösen können. Die Schauspieler waren Träger einer solchen Verselbständigung. Sie wagten sich zunächst in die neue Gefahr hinein, Repräsentanten eines Hof-Theaters zu werden, geleitet, gefördert von dem Interesse Alexanders des Großen. Nach seinem Tode aber geschah die entscheidende Wende. Die Schauspielergruppen verteilten sich nicht als Hof-Schauspielergruppen auf die Zentren der Monarchien, sondern sie gründeten eine selbständige Vereinigung sakraler Art, unter dem Schutze sakraler Vorstellungen und Bindungen; sie kehrten insofern zum Ursprung des Theaters, wenn auch in neuer Form und Ausweitung zurück. Der spezifisch

politische, der Polis-Charakter des Theaters, damit die große politische Tragödie und Komödie waren so allerdings endgültig verloren. Aber es ist sicher, daß das Theater als Dorfkultur, als Dorfkomödie nicht jenen Stand hätte erreichen können, der seine Entwicklung in einer Stadt - man könnte betonen: in einer speziellen Stadt - zur Voraussetzung hatte und zugleich sein Fortleben in der Lösung von solcher Bindung ermöglichte.

Eine ähnliche Entwicklungstendenz beobachten wir in den Philosophien und Religionen.

Der Werdegang des Aristoteles und seine Philosophie waren mit Athen aufs engste verbunden, obgleich er nur Metoike dieser Stadt gewesen ist. Zu Wilamowitz' "Aristoteles und Athen" gibt es, soweit ich sehe, keine entsprechende Untersuchung "Epikur und Athen", obgleich auch Epikur, der Inselgriecher, ein Wahlatheaner wurde und die Assoziation seiner Anhänger sich in Athen befand. Aristoteles blieb in seinem Fühlen und Denken Polit, selbst wenn er angesichts neuer Entwicklungen die entstehende hellenistisch-monarchische Welt zu studieren suchte. Epikur war Kosmopolit und Materialist, gegen die Götter gleichgültig. Während die Wirkung des aristotelischen Systems sich abschwächte und erst Jahrhunderte später, in einer neuen Geschichtsepoche von neuem, in veränderter und entstellter Form zur Geltung kam, gehörte in der graeco-orientalischen Phase der Antike dem Kosmopolitismus das Feld, und Epikurs Materialismus konnte viel weitereinfließenden Einfluß ausüben als der Demokrits. Der Kosmopolit baut in seiner Gedankenwelt kein politisches System auf, er sucht sich von Strukturen, die begrenzt sein müssen, zu befreien und die politischen Machtverhältnisse, wenn sie nicht abschaffbar sind, durch Nicht-Beachtung zu negieren. Auch die politische Ethik ist damit am Ende; die Ethik als solche aber tritt in den Vordergrund der allgemein-menschlichen Problematik, selbst die Naturphilosophie geht in den Dienst der Ethik, eine sehr widersprüchliche Gedankenverbindung, da die außer-menschliche Natur keine menschliche Ethik hat und man die ethischen Prinzipien, die man daraus ablesen möchte, vorweg in die Natur hineindenken muß. Hatte Platon-Sokrates noch die Auffassung vertreten, daß es dem Gerechten nur in einem gerechten Gemeinwesen gut gehen könne, so fiel diese gedankliche Voraussetzung einer Ethik, die zugleich eine Hoffnung war, für den Kosmopoliten weg, und es mußte eine neue Grundlage für menschliche Verhaltensweisen geben. Ein strittiges Element der politischen Ethik, die "eudaimonia", der Glückszustand, wurde zum ausschließlichen Ziel, menschliche Verhaltensweisen waren die Stufen, auf denen es erreicht werden konnte. Unter scheinbar nicht mehr veränderlichen Machtverhältnissen war die Befreiung von Furcht, die Ablösung von Aberglauben und, fügen wir hinzu, von hochgespannten ehrgeizigen Plänen und Erwartungen die Ethik des Glücklichen.

Das scheint mit Urbanität und städtischem Leben nicht mehr viel zu tun zu haben, und doch konnte eine solche Philosophie nicht ohne die Basis städtischen Lebens entstehen und individuell gelebt werden. Die Weltanschauung des Bauern, selbst die des Armen in der Stadt ist sie nicht, und ohne das vorangegangene philosophische Ringen in den souveränen Poleis hätte sie in ihrer spezifischen Ausprägung nicht entstehen können.

Das Gesagte gilt nur zum Teil, nicht in vollem Umfang von der Stoa. Auch der Stoiker dachte kosmopolitisch. Stoisch konnte sich jeder verhalten, dem eine Änderung seiner Lage nicht im Bereich unmittelbarer Möglichkeiten zu liegen schien und der seine Menschenwürde und Unabhängigkeit noch nach Möglichkeit bewahren wollte, dabei aber auf Genießen, auch auf kulturvolles Genießen schließlich und endlich zu verzichten bereit war. Die ursprünglichen sozialen Utopien des Zenon

- ebenfalls ein Inselgriechen -, mit dem die Gedankenwelt und Wirksamkeit der Stoa begann, waren allerdings schnell verblaßt. Man spürt in der Stoa etwas von der Haltung der Kyniker, und doch ist sie weit entfernt von deren Radikalismus der Kulturnegation. Auch die Stoa ist in erster Linie ethisch ausgerichtet; sie zielt auf eine menschliche Haltung, die dem Einflußreichen, aber nicht Unabhängigen, gemäß sein kann und die jenen Ärmern, denen es nicht beschieden ist, in revolutionären Zeiten zu leben, möglich bleibt.

Die Stoa wie der Epikureismus sind griechischen Ursprungs und stehen insofern mit dem Polis-Leben noch in Verbindung, aber sie sind durch ihren Kosmopolitismus, durch das ausschließlich gesetzte Ziel der "eudaimonia" in Form der "ataraxia" oder "apatheia" und durch die Voranstellung der individuellen Ethik vor der ethisch-politischen Bindung ganz im ideologischen Gewebe der graeco-orientalischen Monarchien, vorweg ihrer städtischen Bürger-Untertanen.

Der Primat der individuellen Ethik vor der religiösen oder politischen Bindung hat sich auf die Dauer nicht gehalten, denn die Regeln menschlicher Verhaltensweisen verlangen eine Ordnung, der sie eingepaßt sind. Die Märchenutopien über neue Gemeinschaftsformen reichten dazu nicht aus. Wo die Philosophie versagte, trat die Religion ihr zur Seite, später sogar wieder an ihre Stelle. Die Götterwelt der Polis, der politische Gott, war eine durch die reale Entwicklung ausgehöhlte Vorstellung. Dem philosophischen Kosmopolitismus entsprach die religiöse Weltanschauung. Eine Weltanschauung, deren neue Form in der Stadt entstanden, aber nicht an die Stadt gebunden ist, trat damit einen Siegeszug an, der nur in Zeiten der Unterwerfung der Städte und des Verblässens ihrer Stadtgötter denkbar gewesen ist, der aber zugleich eine wesentliche Neuentwicklung auf religiösem Gebiet innerhalb der graeco-orientalischen Region und von hier aus sich verbreitend bedeutet hat. Das Weiterwirken dieser ganz spezifischen und sehr zähen Symbiose auch unter römischer politischer Herrschaft kommt eben in der neuartigen religiösen Entwicklung zu ihrem besonderen Ausdruck. Auf gewisse Analogien der philosophisch-stoischen und der religiös-christlichen Haltung ist oft verwiesen worden, aber die religiöse Weltanschauung hatte zu jener Zeit einen Vorzug: Sie bot die feste kosmische für die Stadt und für das Land gedachte Ordnung an, der sich die Ethik des Menschen einpassen konnte. In der Stadt entstanden, war sie doch ihrem ursprünglichen Wesen nach alles andere als politisch oder urban, und sie siegte, als dem Lande und der Monarchie die Führung über die völlig einverlebten Städte, über das herunterkommende Städtewesen zufiel; dieser Prozeß griff von der graeco-orientalischen Welt auf die römisch-antike über.

Das Polis-Zeitalter ging damit auch in der Ideologie zu Ende, die Unvermeidlichkeit der Politik, die Regelung der Machtverhältnisse überhaupt, der die Polis bemerkenswerterweise ihren Namen gegeben hat, ist geblieben, mußte bleiben.

Abschließend können wir sagen, daß das Aufblühen der Städte, der stadtbeherrschten Staaten der Griechen rings um das Mittelmeer und um das Schwarze Meer, diese Region urbanisiert hat mit allen Vorzügen großartiger neuer Leistungen auf der Basis einer neuen Arbeits- und Lebensform, durch Arbeitsteilung, Handel, Bürgerfreiheit in der Republik, Fortschritte in Kunst, Theater, Literatur, Philosophie und Fachwissenschaft, auch im Sport, und daß zur gleichen Zeit jene negativen Elemente der Ausbeutung des Menschen und des Bodens, der Bedrückung und Beengtheit im Handeln und Denken hervorgetreten sind, die die Krisen hervorrufen mußten.

Der Souveränitätsverlust der hellenischen Poleis schnitt noch im Gange befindliche, aber schon in sich behinderte Entwicklungen ab. Schauplatz und Vorbedingungen der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten verschoben sich. Am Westbecken des Mittelmeeres entstand unter Mitbestimmung durch griechische ökonomische, politische, kulturelle städtische Einflüsse die "urbs", eine neue Form der Polis von großer Tragweite und enormem Einflußbereich - am Ostbecken des Mittelmeeres die graeco-orientalische Welt, in der die nicht mehr souveränen Poleis ein führendes Element waren innerhalb einer Symbiose, deren weitere ökonomische und kulturelle Formung von dem hellenischen Einfluß neue Impulse erhielt.

Alles Bedauern um das Ende der Ursprungsform hellenischer Souveränität, Urbanität und genialer Aktivität kann und darf nicht darüber hinwegtäuschen, was die Folgezeit aus den damit ausgelösten neuen Anstößen gemacht, wie sich in ihr die weitergreifende römische Urbanisierung, die "urbs", und wie sich die jahrhundertelange graeco-orientalische Symbiose mit dem führenden Element der einverleibten Poleis, unter ihnen der Weltstädte Alexandria und Byzanz, entwickelt und Weltgeschichte gemacht hat.

Verluste sind mit der Unterwerfung der souveränen hellenischen Städte zweifellos eingetreten. Nur im Prozeß eines Schauplatzwechsels der Urbanisierung und aller mit ihr verbundenen Tendenzen in neuen Formen einschließlich der Rezeptionswellen konnte die Entwicklung weitergehen.

BODEN UND ABHÄNGIGKEIT IM ORIENT IN DER HELLENISTISCHEN EPOCHE⁺

von Heinz Kreißig

Das Verhältnis von Eigentum an den Produktionsmitteln und Abhängigkeit der unmittelbaren Produzenten von den Eigentümern hat die Epochen der Klassengesellschaften bestimmt, der latente Kampf der Arbeitenden gegen ihre Abhängigkeit und die Reaktion der Eigentümer haben die Entwicklung in dieser Geschichte determiniert. Eigentum und Abhängigkeit wurden durch den ihnen immanenten Widerspruch zwischen Produktion und Aneignung des Produkts in ständiger Bewegung gehalten. Dieser Widerspruch bleibt in allen Klassengesellschaften bestehen, die Formen, in denen er sich ausdrückt, verändern sich.

In dieser Entwicklung vollzieht sich eine Tendenz, auf die Marx und Engels bereits 1848 im Kommunistischen Manifest hinwiesen, die aber von vielen Historikern immer wieder übersehen, ja bis in ihr Gegenteil verkehrt wird. In den frühesten uns bekannten Klassengesellschaften des Vorderen Orients wie auch in den antiken Formationen gibt es abhängige Bauern und Handwerker, Sklaven, von Produktionsmitteln freigesetzte, nichtversklavte Lohnarbeiter und Tagelöhner - also bereits alle Abhängigkeitsformen, die auch in späteren Klassenformationen vorhanden sind. Im Feudalismus verschwinden allmählich die Sklaven; die Abhängigkeit der Handwerker wird zur Bindung an Zünfte und löst sich schließlich auf; im Kapitalismus hat auch die Hörigkeit des Bauern keinen Platz mehr. Die ganze Klassenfrage - so kompliziert und vielschichtig sie sich nach Auflösung der uralten gesellschaftlichen Verhältnisse stellte - vereinfacht sich zu der großen Polarisierung Kapitalisten - lohnabhängige Arbeiter.

Grundlage dieser Entwicklungslinie in den Abhängigkeitsformen sind die Veränderungen, die die Eigentumsformen durchmachten. In der altorientalischen und in der feudalistischen Gesellschaft war es eine kleine Schicht von Eigentümern, die ihr Privileg des Bodeneigentums (als des Eigentums am wichtigsten Produktionsmittel) auf ererbtes oder usurpiertes Herrschaftsrecht stützten und den zu bloßen Besitzern ihres Grund und Bodens herabgedrückten Bauern ein Mehrprodukt abpreßten. Sklaven und gegen Lohn arbeitende Freie existierten in diesen Formationen, ohne sie jedoch zu charakterisieren.

Die antike Produktionsweise unterscheidet sich von der orientalischen dadurch, daß das Hauptproduktionsmittel, der Boden, individuelles Eigentum freier, gleichberechtigter Mitglieder einer Gemeinde wehrfähiger Bürger (Politen, Quiriten usw.) ist. Die einsetzende gesellschaftliche Differenzierung führt zur Schuldknechtschaft, zur Lohnarbeit solcher Gemeindemitglieder, die ihr Eigentum aus

+ Der Artikel resümiert meinen Rapport "Terre et dépendance à l'époque hellénistique" auf dem Colloque 1974 sur l'esclavage in Besançon.

wirtschaftlichen Gründen verloren, schließlich zur mobilen Sklaverei. Diese Sklaverei zumeist stammesfremder Personen wird zum beherrschenden Faktor der Produktionsverhältnisse in dieser Gesellschaft, in der die Stadt als Sitz der Gemeindemitglieder, als "Konzentration der Wohnsitze", vorausgesetzt ist.¹ - Diese ökonomische Gesellschaftsformation entstand zwar aus der Produktionsweise orientalischen Typs (die überall, auch außerhalb des Orients am Anfang der Klassengesellschaft stand), doch bildete sich diese Form nur in Griechenland und Italien heraus, von wo aus sie sich lediglich entlang der Küsten des Mittelländischen Meeres ausbreitete. Das heißt: Die antike Produktionsweise überwand die orientalische in einem relativ kleinen Gebiet, während letztere sich überall sonst weiterentwickelte und direkt in den Feudalismus überging. Die orientalische Produktionsweise und mit ihr die altorientalische Gesellschaftsformation bestanden also tatsächlich vor, während und (im Prozeß des Übergangs zum Feudalismus) auch noch nach der antiken, die sich auf kleinem Raum konzentrierte und aus sich heraus nur wieder zu alten Abhängigkeitsformen der Frühzeit fand - wenn natürlich auch auf einem inzwischen gestiegenen Niveau der Produktivkräfte.

Daß es sich hier aber um tatsächlich zwei grundverschiedene Produktionsweisen und damit auch Gesellschaftsformationen handelt, beweist eine flüchtige Untersuchung dessen, was mit dem erzeugten Mehrprodukt vor sich geht. In der antiken Form nehmen sich das von den Sklaven erarbeitete Mehrprodukt die individuellen Eigentümer der Produktionsmittel - der sachlichen wie auch der lebendigen, der Sklaven. Diese Eigentümer sind in einem Gemeinwesen (Polis, die später auch die Ausmaße eines Imperiums annehmen kann) vereinigt, das in sich aber alles andere als homogen ist. Der weitaus größere Teil der freien Bevölkerung ist nicht einmal Eigentümer von Produktionsmitteln, auch nicht von Sklaven, sondern selbst Produzent als Tagelöhner in Ergasterien, Werften, auf Schiffen oder in der Landwirtschaft. Dennoch kommt auch ihm die Ausbeutung der Sklavenarbeit indirekt zugute. Der niedere Demos bzw. die Plebs ist daher kaum ein potentieller Verbündeter der Sklaven im sozialen Kampf. - In der orientalischen Produktionsweise sind die typischen Produzenten die in Dorfgemeinschaften zusammengefaßten Bauern, die Nutznießer des Mehrprodukts die Bodeneigentümer, die zumeist in einer bestimmten Beziehung zum königlichen Hof oder zu einem Tempel stehen. Die Bauern erscheinen als bloße Besitzer des erblich familiär genutzten Landes.

Der Hauptwiderspruch in der antiken Formation besteht somit zwischen Sklavenarbeit und individueller Aneignung des Mehrprodukts im Rahmen einer Politengemeinde, in der altorientalischen Formation zwischen der Arbeit abhängiger Bauern und der Aneignung durch eine mit Hof und Tempeln verbundene privilegierte herrschende Schicht.

Welche Stellung nimmt nun die hellenistische Epoche im Rahmen dieses Entwicklungssystems ein? Ich möchte mich der traditionellen Eingrenzung zwischen 336 und 30 v. u. Z. anschließen, da ihr eine gewisse Berechtigung zweifellos nicht abzuspochen ist. Sie ist jedoch nur von Nutzen, wenn man sich jederzeit im klaren ist, daß hier von so heterogenen Gebieten die Rede ist, daß jede Eingliederung nur sehr relativ und grob sein kann.

1 Vgl. hierzu und zum folgenden Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 375 ff., dessen Definition der antiken Produktionsweise bis heute unübertroffen ist; Kreißig, Heinz, Zwei Produktionsweisen, "die der kapitalistischen vorhergehen" (Thesen), in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift, 10, 1969, S. 361 - 368.

Der wichtigste Ausgangspunkt für die Beurteilung der sozialökonomischen Basis des sogenannten hellenistischen Raumes liegt in folgender Unterscheidung: Die entwickeltsten - antiken - Gebiete Griechenlands, der ägäischen Inselwelt, der thrakischen und der kleinasiatischen Küsten befanden sich zur Zeit der makedonischen Eroberungen in einem Stadium umfassender Krise,² Makedonien, dessen ökonomische Basis bis ins 4. Jahrhundert hinein eher nach orientalischen Produktionsformen ausgerichtet war, erlebte durch die bewußte Übernahme antiker Elemente im Zuge der Reformen Philipps II., besonders auf dem Gebiet der Ware-Geld-Beziehungen, einen vorübergehenden Aufschwung. - Der Vordere Orient einschließlich Ägyptens, also das Achämenidenreich, hatte zu dieser Zeit ein Stadium erreicht, in dem - bedingt durch die Entwicklung regionaler Ökonomien und die damit verbundene Stärkung der regionalen Gesellschaften - das Riesenreich der Perser nur noch mit Mühe im Innern zusammengehalten werden konnte.

Die Eroberung, die makedonische und griechische Feldherren als Dynastien mit ihrem Hofstaat, Händler, Handwerker und Soldatensiedler nach dem Orient bringt, führt dort als wichtigste Neuerung die antike Polis ein, während die altorientalischen Städte noch immer im wesentlichen Sitz des Herrschers oder seiner Vertreter und Zentren des Fernhandels sind. Mit dem Politen tauchen das antike individuelle Eigentum am Produktionsmittel sowie die Sklaverei als Faktor der Produktionsverhältnisse auf. Diese Tatsache hat viele Forscher, von Droysen angefangen, der den Begriff "Hellenismus" prägte, dazu verführt, einseitig von einer Hellenisierung des Orients zu sprechen. Natürlich finden wir in den von Diadochen und Epigonen gegründeten Städten (auch in den wenigen Gründungen Alexanders, die ihn überlebten) alle äußeren Merkmale griechischer Poleis, wie Tempel, Theater, Agora, Gymnasium, Museion usw. Griechisch ist offizielle Verwaltungssprache und die Sprache der Oberschicht. Die Stadt hat bzw. bekommt ein Territorium anbaufähigen Landes zur Selbstversorgung. Doch wird bereits im Überbau ein ganz wesentlicher Unterschied zur klassischen Polis deutlich. Da die Diadochen, die sich zu Königen in ihren ursprünglichen Satrapien machten, und ihre Nachfolger trotz ihrer makedonischen Herkunft (oder infolge? oder, vielmehr, weil sie gar nicht anders konnten) als autokratische orientalische Herrscher regierten, verschwindet die Autonomie der Polis. Sie wird ersetzt durch die eleutheria, die jedoch keine Selbständigkeit aus eigener Machtvollkommenheit wie die autokratia, sondern eine vom König gewährte Gnade ist und Verpflichtungen auf ökonomischem und militärischem Gebiet impliziert. Königliche Aufsichtspersonen (epistatai, Garnisonen und Gerichte bezeugen diese Unterordnung. Ein als Steuer (phoros) getarnter Tribut mußte an die königliche Kasse abgeführt werden, Steuerbefreiung (aphorologesia) wurde wie die "Freiheit" zum politischen Propaganda- oder Druckmittel in der Hand des Herrschers.

Das eben Gesagte betrifft jedoch nicht nur die neugegründeten Poleis, sondern auch die Poleis im ägäischen Raum. Sie wurden überwiegend Untertanen (de jure oder de facto) des makedonischen oder des ptolemäischen, des seleukidischen oder des pergamenischen Herrschers, oder sie wurden, wie Korinth, Mitglied eines der Bünde, in denen - besonders deutlich in der Aitolischen Liga - die Stämme, die selbst nicht zur Polisentwicklung gekommen waren, die Führung innehatten. Die Polis der hellenistischen Zeit ist also nur noch eine mit gewissen Privilegien ausgestattete Stadt, jedoch kein autonomer Staat mehr. Daher spielten die neuen Poleis im Orient eine noch viel geringere Rolle im politischen und ökonomischen Le-

² Vgl. dazu jetzt die allseitigen Betrachtungen in Hellenische Poleis, hg. v. Elisabeth Charlotte Welskopf, Berlin 1974.

ben als die griechisch-ägäischen; denn die antike Produktionsweise war in diesem Gebiet eben von Grund auf stadtorientiert. Die im orientalischen Bereich gegründeten Poleis blieben Fremdkörper, die zwar einen großen kulturellen Einfluß ausübten, die altorientalische Produktionsweise jedoch, die abhängig war von gemeinschaftlicher, zentral geleiteter Arbeit sowohl in den Bodenbewässerungs- wie in den Regenangebieten, nicht beseitigten.

Von einer Arbeit über Boden und Abhängigkeit im Hellenismus des Orients darf man heute nichts Neues an faktologischen Erörterungen erwarten. Alle zu diesem Thema existierenden Inschriften und literarischen Zeugnisse sind schon herangezogen und behandelt worden. Den wirtschaftsgeschichtlich orientierten großen Arbeiten von Rostovtzeff, Heichelheim, Tarn und Ranowitsch³ folgten eine Fülle spezieller Untersuchungen, von denen nur die meines Erachtens bedeutendsten von Golubcova, Svencickaja, Šifman, Zawadzki, Atkinson, Lévêque, Briant⁴ erwähnt seien. Doch gilt es, die Forschungsergebnisse und Erkenntnisse immer erneut in größere Zusammenhänge zu stellen, da nur so die Beschäftigung mit der Geschichte eine gesellschaftliche Rechtfertigung über die Eigenbefriedigung des Forschers hinaus erhält.

Im folgenden wird nunmehr versucht, die bekannten Quellaussagen zum Problemkomplex Boden - Abhängigkeit in ein gewisses System unter den vorgetragenen Gesichtspunkten zu bringen. Die Disposition soll dabei auf der Grundlage der unterschiedlichen Eigentumsformen erfolgen, da sie für das Verhältnis Boden - Abhängigkeit trotz gegenseitiger Beeinflussung die primär entscheidenden sind. Nach bereits gewonnenen Ergebnissen⁵ können die Landformen nach den Eigentumsverhältnissen in folgende Übersicht gebracht werden:

3 Rostovtzeff, Michael, *Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte der hellenistischen Welt*, Darmstadt 1955; Heichelheim, F. M., *Wirtschaftsgeschichte des Altertums*, Leiden 1969; Tarn, W., *Hellenistic Civilisation*, 3. Aufl. London 1966; Ranowitsch, A. B., *Der Hellenismus und seine geschichtliche Rolle*, Berlin 1958.

4 Golubcova, E. S., *Sklaverei und Abhängigkeit im hellenistischen Kleinasien*, in: Blavatskaja, T. V./Golubcova, E. S./Pavlovskaja, A. I., *Die Sklaverei in den hellenistischen Staaten im 3. - 1. Jahrhundert v. Chr.*, Wiesbaden 1972, S. 107 - 170; Svencickaja, I. S., *Social'no-ekonomičeskie osobennosti éllinističeskich gosudarstv*, Moskau 1963; Šifman, I. S., *Carskie ljudi éllinističeskoj Sirii i Maloj Azii*, in: *Palestinskij Sbornik*, 19, 1969, S. 32 - 38; Zawadzki, Tadeusz, *Z zagodnień struktury agrarno-społecznej krajów małozajatyckich w epoce hellenizmu* (Zum Problem der Agrar- und Sozialstruktur der Staaten Kleasiens in der Epoche des Hellenismus), Poznań 1952; Atkinson, K. Ch. T., *The Seleucids and the Greek cities of Western Asia Minor*, in: *Antichthon*, 2, 1968, S. 32 - 57; Lévêque, Pierre, *Le monde hellénistique*, Paris 1969; Briant, Pierre, *Remarques sur les laoi et esclaves ruraux en Asie Mineure hellénistique*, in: *Actes du colloque 1971 sur l'esclavage*, Paris 1972, S. 93 bis 133.

5 Vgl. Kreißig, Heinz, *Fragen der sozialökonomischen Basis im Hellenismus des Ostens*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1971, T. 2, S. 119 - 128. - Den dortigen Ergebnissen entsprechen diejenigen der obengenannten Untersuchungen von Golubcova, Svencickaja und Briant weitgehend.

Auszugehen ist vom

1. Königsland (βασιλική χώρα), das entweder
1. 1. direkt vom Hof verwaltet wird (οὐσίαι, ἀλαί, παραδόμενοι usw.) oder
1. 2. in der autonomen Nutzung von Dörfern (κώμαι) liegt oder
1. 3. vergeben (γῆ ἢ ἐν ἀφέσει) wurde, sei es als
1. 3. 1. Ehrengabe (ὄρωρα) an Würdenträger und andere zu belehnende Personen oder
1. 3. 2. an Soldatensiedler (γῆ κληρουχική) oder
1. 3. 3. an einen Tempel (γῆ ἱερᾶ).

Neben dem Königsland existierten

2. Land von Stämmen oder ehemals selbständigen Staaten mit begrenzter Autonomie (ἔθνη), das in sich weiter aufgeteilt ist, und
3. aus dem Königsland durch vertragliche Übereinkommen ausgeschiedenes Land. Dieses unterteilt sich in
3. 1. Polisland (γῆ πολιτική), das entweder
3. 1. 1. Gemeineigentum der Stadt (κοινὸς τόπος),
3. 1. 2. Politeneigentum (κληροὶ u. a.) oder
3. 1. 3. von einer Privatperson zugeschrieben (προσενέγκασθαι u. a.) ist (= 3. 3. 1.);
3. 2. Tempelland (γῆ ἱερᾶ)⁶;
3. 3. an Privatpersonen verkaufte oder verschenkte Land (γῆ ἰδιόκτητος), das entweder
3. 3. 1. einer Stadt zugeschrieben (προσενέγκασθαι) werden mußte (= 3. 1. 3.) oder
3. 3. 2. ohne Zuschreibepflicht verkauft (γῆ ἔωνημένη) wurde.

Vom Königsland ausgehen muß man nicht deshalb, weil es im Hellenismus eine ausgeprägte Ideologie, wonach alles Land dem König gehörte, oder gar eine dementsprechende Gesetzgebung gegeben hätte. Es war dies ganz einfach eine Frage der Machtverhältnisse im alten Orient. Der Herrscher griff nach Gutdünken in die Eigentumsverhältnisse seiner Untertanen ein, soweit es seine Macht zuließ. Ferner galt es - auch in der antiken Gesellschaftsordnung - als Prinzip, daß erobertes Gebiet dem Eroberer gehörte. Machte sich der erobernde König zum König des "speererworbenen" Landes, wie Alexander vom Achämenidenreich, so fiel ihm selbst nicht nur das dortige Königsland zu, sondern auch die Macht, die anderen Eigentumsformen zu bestätigen oder zu verändern. Alexander hat, wie dies zumeist geschah, kaum etwas verändert, und die Diadochen und späteren hellenistischen Könige sind ihm darin gefolgt.⁷

Genaugenommen müßte man also zum Verständnis der hellenistischen Eigentumsformen auf die achämenidischen Verhältnisse zurückgehen, doch fehlt hierzu der

⁶ Über die zwei Formen von γῆ ἱερᾶ

vgl. derselbe, Beobachtungen an hellenistischen Inschriften zur Frage des Tempeleigentums an Land, in: Klio, 52, 1970, S. 231 - 233.

⁷ So auch Schneider, Carl, Kulturgeschichte des Hellenismus, München 1967, S. 87; vgl. auch Atkinson, K. Ch. T., A hellenistic Land-Conveyance: The Estate of Mnesimachus in the Plain of Sardes, in: Historia, 21, 1972, S. 58 f.

Raum.⁸ Sicher ist, daß die zum Zwecke der Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten aus Ackerbau und Viehzucht vom persischen König bzw. seinen Beauftragten und den Satrapen unterhaltenen Güter (οδοίαι), die königlichen Gärten und Parks (κηποι, παράδεισοι), die über das ganze Reich verstreut waren, ebenso wie Wälder, Bergwerke, fischreiche Seen usw. über Alexander direkt in das Eigentum der Diadochen und ihrer Dynastien übergingen. Als absolut in der Verfügungsgewalt des Königs wurden aber auch alle nicht zum Einzugsbereich einer Stadt, eines Tempels usw. gehörigen Dörfer sowie unbesiedeltes bzw. unbebautes Land angesehen. Alles zusammen bildete die χώρα βασιλική, und es ist eigentlich erschreckend wenig, was wir über sie wissen.

Für unsere Problemstellung ist es kaum von Nutzen, zu erfahren, daß in Medien die königlichen Pferde, ganz sicher auf latifundienartigem Grundbesitz, gezüchtet wurden.⁹ Die hier beschäftigten Züchter waren offensichtlich gebürtige Meder, doch erfahren wir nicht, in welchem Abhängigkeitsstatus sie sich befanden.

Wenig mehr gibt der Bericht Plutarchs über die Kämpfe des Eumenes in Phrygien her. Von den in der Umgebung Kelainais gelegenen Gütern (ἐπαυλεις) und befestigten Landhäusern (τετραπυργία) wird gesagt, daß sie voller Vieh und σώματα waren.¹⁰ Das stimmt überein mit einem Bericht von Xenophon über ein königliches Landhaus mit Park und Jagdtieren, über das Kyros d. J. verfügte¹¹, sowie ein achämenidisches Königsschloß bei oder in Kelainai.¹² Eine Angabe über die Größe des παράδεισος gibt es nicht, doch hat Kyros darin immerhin eine Musterung seiner 13 000 Mann Truppen abhalten können.¹³ Die Schlösser der Pisidier, die Arrian im Zusammenhang mit der Eroberung von Telmessos erwähnt¹⁴, sind mit jenen zwar sicher nicht identisch; sie sind jedoch ein weiterer Beweis dafür, daß das phrygische Gebiet recht viele königliche achämenidische Güter zu Beginn der hellenistischen Zeit besaß. Eumenes verkaufte solche Güter - obwohl er nur Satrap war, konnte er in Abwesenheit eines faktisch regierenden Königs wie ein absoluter Herrscher schalten und walten - an seine Truppenführer, während den Soldaten offenbar die bewegliche Habe zur Beute blieb. Zu einer basileia gehörten notwendigerweise Wirtschaftsgüter, und es besteht wohl kein Zweifel, daß von den königlichen Besitzungen der Achämeniden bei Xenophon zu den ebenfalls als königlich betrachteten Besitzungen bei Plutarch eine direkte Linie führt. Der Begriff βοσκήματα (Vieh) beweist den ökonomischen Charakter der ἐπαυλεις bei Kelainai, und ihr direkter Zusammenhang mit den τετραπυργία ist offensichtlich. Leider läßt sich so gut wie nichts über die hier beschäftigten Personen sagen; denn die σώματα verbergen nicht nur ihren Abhängigkeitsstatus, sondern auch die Tätigkeiten, mit denen sie betraut waren.¹⁵

8 Vgl. dazu jetzt Oelsner, Joachim, Krisenerscheinungen im Achämenidenreich im 5. und 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Hellenische Poleis, a. a. O., S. 1041 - 1073.

9 Polyb. X 27.

10 Plut. Eum. 8, 9.

11 Xen. Anab. I 2, 7: ἐνταῦθα Κύρω βασιλεία ἦν καὶ παράδεισος μέγας ἀγρίων θηρίων πλήρης.

12 Ebenda I 2, 8.

13 Ebenda I 2, 9.

14 Arr. Anab. I 28.

15 Vgl. hierzu bes. Briant, Pierre, a. a. O., S. 97 ff., mit weiteren Argumenten; derselbe, Antigone le Borgne, Paris 1973, S. 80 ff.

Über königliche Güter verschiedener Größen- und Gattungsordnungen im Seleukidenreich wissen wir bisher nur, daß sie existiert haben. Wie sie organisiert waren, wissen wir nicht. Für die Fragestellung unseres Themas müssen wir sogar eine begründete Antwort darauf schuldig bleiben, ob die Königsbauern hier wirklich die Hauptproduzenten waren (ich bezweifle es wohlgerne nicht, doch fehlt mir der unumstößliche Beweis) und welches Ausmaß Sklavenarbeit sowie Tageslohn hatten.

Glücklicher sind wir offenbar mit der königlichen $\chi\omega\rho\alpha$ außerhalb dieser Güter daran. Das zu keinen Städten, Tempeln, Kleruchien usw. gehörige Land - räumlich gesehen also der größere Teil sowohl des Seleukiden- wie des Attalidenreiches -, das aber von Bauern und ihren Dorfgemeinschaften bebaut wurde, unterstand in jedem Falle der königlichen Verwaltung, sei es direkt (Attaliden), sei es über die Satrapie (Seleukiden).¹⁶ Einiges erfahren wir über solche Ländereien dann, wenn sie entweder als $\delta\omega\rho\epsilon\acute{\alpha}$ vergeben oder durch Verkauf bzw. Geschenk aus der königlichen $\chi\omega\rho\alpha$ ausgeschieden wurden. Die diesbezüglichen Übertragungsurkunden sind nach wie vor die besten Quellen zu unserem Problem. In den oft zitierten Aristodikides-Inschriften von Iion gewinnen wir aus der frühen Seleukidenzeit eine der wenigen Größenangaben für Ländereien, die aus Königsland - hier durch Schenkung - ausgeschieden wurden. Es handelt sich nach einigem Hin und Her schließlich um 2 000 Plethren anbaufähigen Landes bei Iion, dazu 2 500 und 1 500 bei dem angrenzenden Petra und dieses selbst, über die der Höfling ($\phi\iota\lambda\omicron\varsigma$) die volle Verfügungsgewalt erhält. Man darf annehmen, daß diese Größe über dem Durchschnitt liegt. In der ersten der Inschriften (RC 10) ist lediglich die Rede von $\gamma\grave{\eta}$ $\epsilon\rho\gamma\acute{\alpha}\sigma\iota\mu\omicron\varsigma$, ohne daß Menschen erwähnt werden, die sie bebauen oder bewohnen. In den anderen Inschriften wird Petra und das dazugehörige Land genannt. Doch ist Petra Dorf, Stadt, Gutshaus? Die Anordnung, daß die Königsbauern aus dem Gebiet, in dem Petra liegt ($\omicron\iota$ $\delta\epsilon$ $\beta\alpha\sigma\iota\lambda\iota\kappa\omicron\iota$ $\lambda\alpha\omicron\iota$ $\omicron\iota$ $\epsilon\kappa$ $\tau\omicron\upsilon$ $\tau\omicron\pi\omicron\upsilon$ $\epsilon\upsilon$ $\omega\iota$ $\epsilon\sigma\tau\iota\nu$ η $\Pi\epsilon\tau\rho\alpha$), zu ihrem Schutz in Petra wohnen dürfen, deutet auf ein großes befestigtes Gutshaus hin, das früher offenbar als $\delta\omega\rho\epsilon\acute{\alpha}$ vergeben gewesen war ($\eta\mu$ $\mu\acute{\rho}\theta\epsilon\rho\omicron\nu$ $\epsilon\iota\chi\epsilon\nu$ $\mu\epsilon\lambda\epsilon\alpha\gamma\rho\omicron\varsigma$). Man muß deshalb trotz der etwas verkläusulierten Formulierung annehmen, daß die $\lambda\alpha\omicron\iota$ zum Gute gehörten, doch dürfte sich die genannte Anordnung wohl gerade auf solche Königsbauern beziehen, die nicht auf dem verschenkten Lande wohnten, daher auch nicht mit in die Verfügungsgewalt des neuen Eigentümers übergingen. Letztlich geben die drei Inschriften keinen begründeten Anhaltspunkt, wer die 6 000 Plethren Land bearbeiten würde.¹⁷

So muß man immer wieder zu den Laodike-Inschriften aus der Zeit Antiochos II. greifen, die in Didyma gefunden wurden, um sich ein Situationsbild zu verschaffen.¹⁸ Hier wird offenbar mit dem Willen zu einiger Vollständigkeit aufgeführt, was alles aus dem Königsland durch Verkauf ausgeschieden wird: das Dorf Panukome, die $\beta\acute{\alpha}\rho\iota\varsigma$, das an das Dorf angrenzende Land ($\tau\eta\nu$ $\pi\rho\sigma\omicron\upsilon\sigma\alpha\nu$ $\chi\omega\rho\alpha\nu$ $\tau\eta\iota$ $\kappa\omega\mu\eta\iota$) in bestimmter Begrenzung, etwaige auf diesem Land existi-

16 Vgl. Welles, Charles Bradford, *Royal Correspondence of the Hellenistic Period* (im folgenden: RC), New Haven 1934, S. 96; Rostovtzeff, Michael, a. a. o., S. 440 (für Pergamon).

17 Zawadzki, Tadeusz, a. a. O., S. 73, und Golubcova, E. S., a. a. O., S. 147, nehmen an, daß die genannten laoi mit dem Boden an Aristodikides gehen, und schließen daraus, daß die Landschenkungen "Königseigentum" bleiben. Das geht jedoch aus dem Text nicht hervor.

18 RC, Nr. 18 - 20.

rende Dörfchen (τόποι) und die in ihnen wohnenden laoi mit ihren Behausungen und ihrem ganzen Besitz (καὶ τοὺς ὑπάρχοντας αὐτο[ῖς λ]αοῦ[ς πα]νοικίους σὺν τοῖς ὑπάρχουσιν πᾶσιν), alle laoi, die eventuell das Dorf verlassen haben. Wiederholt werden noch einmal weiter unten: das Dorf, die baris, das umliegende Land, die laoi mit ihren Behausungen und allem Besitz; und auch im Bericht über die Durchführung der Übergabe werden diese vier Hauptpositionen offenbar wieder genannt (allerdings ist die Inschrift an dieser Stelle lückenhaft).

Die Tatsache, daß in jedem Fall das Dorf vor der baris genannt wird, bestätigt meines Erachtens weniger, daß auch auf großen Besitzungen die kome die wirtschaftliche Grundeinheit ist¹⁹, sondern mehr, daß unter baris keinesfalls ein manor-house (Übersetzung von Welles) verstanden werden kann. Wäre baris das Zentrum einer οἰσία oder einer ἀλλή, würde das Dorf zweifellos als ihm zugehörig betrachtet werden und nicht umgekehrt. Die baris wird eher ein Gebäude sein, in das sich die Bevölkerung notfalls zu ihrem Schutz zurückziehen kann (ähnlich, aber nicht so groß, wie Petra aus der Aristodikides-Inschrift). Es geht also um ein geschlossenes Gebiet mit einem größeren Dorf als Zentrum, das namentlich genannt wird, mit einem befestigten Gebäude und einem Territorium, das groß genug ist, um noch weitere Dörfer zu enthalten (man weiß es bezeichnenderweise nicht so genau: καὶ εἴ τινες εἰς τὴν χώραν ταύτην ἐμπιπτοῦσιν τόποι). Für die Eigentumsfrage nach dem Verkauf ist zunächst die Feststellung wichtig, daß die Käuferin Laodike, die geschiedene Frau des Königs, das Land weiterverkaufen oder auf andere Weise weggeben kann: οἱ παρ' αὐτῆς πριάμενοι ἢ λαβόντες. Das setzt unumschränktes Eigentum voraus. Ferner ist bedeutsam, daß sie das aus dem Königsland somit ausgeschiedene Land einer Stadt zuschreiben lassen soll, das heißt, daß sie bzw. ihre Nachfolger es im Rahmen der betreffenden χώρα (hier nunmehr zu ergänzen: πολιτική) besitzen. - Wie bei der Schenkung in der Aristodikides-Inschrift wurde auch bei dem Verkauf aus Königsland hier städtisches Land. Die Steuerfreiheit gegenüber der königlichen Finanzverwaltung ist ausdrücklich bestätigt. Die neue Steuerpflicht gegenüber der Stadt wird nicht berührt, doch darf man aus anderen Zeugnissen entnehmen, daß sie bestand.²⁰

Im Gegensatz zur Aristodikides-Inschrift erfahren wir nun aus den Laodike-Inschriften etwas über die Produzenten auf dem Gebiet der neuen Eigentümerin. Die laoi aus dem τόποι gehören expressis verbis zum Verkaufsgut, desgleichen die laoi aus "dem" Dorf, also aus Pannukome, die es aus irgendwelchen Gründen verlassen hatten (das scheint also zwar nicht in Ordnung, aber auch nicht unüblich gewesen zu sein). Das setzt aber voraus, daß auch die laoi, die in Pannukome lebten, in die Verfügungsgewalt des neuen Eigentümers übergingen. Daß die laoi des Hauptortes nicht ausdrücklich in der Aufzählung genannt werden, läßt aber auch den Schluß zu, daß in die Schenkung an Aristodikides ebenfalls laoi einbezogen waren.

19 Vgl. Ranowitsch, A. B., a. a. O., S. 139 f., den zu diesem Schluß offenbar seine im Kern richtige Polemik gegen die Feudalismus-theorie Rostovtzeffs verführt.

20 RC, Nr. 13, bestätigt, daß sich einige Städte um das προσενέγκασθαι durch Aristodikides geradezu mit Bestechungsangeboten beworben haben. Der Grund liegt sicher in der zu erwartenden Steuer, aber wohl auch darin, daß das zugeschriebene Territorium mit seinen Bewohnern beim Aussterben der Eigentümerfamilie der Stadt verbleibt (vgl. Kreißig, Heinz, Fragen der sozialökonomischen Basis ..., a. a. O., S. 122).

gen waren. Ihre Zugehörigkeit zum Land war so selbstverständlich, daß man ihrer Erwähnung nicht unbedingt bedurfte und sie nur dort nicht versäumte, wo Mehrdeutigkeit möglich war.

Über den Abhängigkeitsstatus der laoi, die hier bemerkenswerterweise nicht mehr βασιλικοί genannt werden, da der Verkauf bereits vollzogen ist, erfahren wir so viel, daß sie zum Land gehörten und daß selbst bei Übersiedlung an einen anderen Ort diese Bindung nicht aufgehoben war. Die Frage, ob es sich um eine Bindung der laoi direkt an den von ihnen bearbeiteten Boden oder an die Dorfgemeinschaft handelte²¹, halte ich nicht für besonders relevant, da sich beides letztlich deckt. Mir scheint sogar aus der Formulierung von Pannukome hervorzugehen, daß Tarn recht hat, wenn er den Königsbauern die Dorforganisation überhaupt abspricht²² - die Organisation wohlgermerkt, nicht die Tatsache, daß sie im allgemeinen in Dörfern zusammen wohnen wie die laoi in den τόποι rings um Pannukome und dort selbst.

Briant hat mit außerordentlichem Scharfsinn ausgeführt, daß der König weder Land noch Leute verkauft oder verschenkt habe, sondern nur den usus fructus.²³ Man kann zweifellos manches aus den Quellen so auslegen. Aber es bleibt eine Auslegung. Der unmittelbare Text spricht in allen Fällen dagegen, wie bei Aristodikides: δεδῶκαμεν ... γῆς ἐργασίμου πλέθρα δισχίλια... ἡμεῖς τὴν τε Πέτραν δεδῶκαμεν αὐτῷ usw., bei Laodike: πεπράκαμεν Λαοδίκη Πάννου κῶμην καὶ τῆμ βάρην usw. Die Zuschreibung zu einer Stadt gar verlore jeglichen Sinn, wenn nur der usus fructus gekauft oder verschenkt würde. Und soll diese Einschränkung auch gelten, wenn eine Stadt als Empfänger auftritt? Wir werden sehen, daß sich hier auch beim besten Willen diese Auslegung nicht aufrechterhalten läßt.

Mir scheint, daß Briant - wie übrigens viele vor ihm, vor allem Ranowitsch - nicht genügend unterscheidet zwischen verkauftem und verschenktem Land einerseits, das aus der königlichen χώρα ausscheidet und juristisch zu städtischem Land wird, und Ehrengaben andererseits, die Königseigentum bleiben. Da es auch hier nicht darauf ankommt, eine Fülle von Quellen auszubreiten, sondern die charakteristischsten Zeugnisse für die Situation auf den doreai erneut zu analysieren, begnüge ich mich im wesentlichen mit der Mnesimachos-Inschrift.²⁴ Der uns interessierende Teil des Inhalts sei kurz rekapituliert: einer Schuld gegenüber dem Tempel wegen zählt Mnesimachos seinen Besitz auf. Er bezieht sich auf das Dorf Tobalmura, zu dem zwei weitere Dörfer gehören, ferner (in einer anderen, ganz sicher benachbarten Chiliarchie) zwei Kleroi und zwei Dörfer; aus den Dörfern und Kleroi mit den dazugehörigen Grundstücken gehen von den dort wohnenden

21 Ranowitsch, A. B., a. a. O., S. 137; vgl. Kreißig, Heinz, Das Verhältnis der hellenistischen Stadt zur χώρα πολιτικῆ und ihren Bewohnern, in: Die Krise der griechischen Polis (im folgenden: Krise der griechischen Polis), hg. v. Oktawiusz Jurewicz u. Heinrich Kuch, Berlin 1969, S. 57 ff.; Welles, Charles Bradford, a. a. O., S. 97, macht ebenfalls keinen Unterschied zwischen Bindung an Boden und an ἰδία.

22 Tarn, W., a. a. O., S. 135, nach OGI 1, wo es allerdings aus der Form der Abwicklung der Abgaben kaum zu erschließen ist: ... τοὺς δὲ κατοικοῦντας ἐν ταῖς κώμαις ταῦταις φέρειν τοὺς φόρους.

23 Briant, Pierre, Remarques ..., a. a. O., S. 104 ff.

24 Buckler, W. H./Robinson, D. M., Greek Inscriptions from Sardes I, in: American Journal of Archaeology, 16, 1912, S. 11 ff.

laoi (τῶν λαῶν πανοικίωσιν σὺν τοῖς ὑπάρχουσιν) Naturallieferungen, Geld- und Arbeitsleistungen (φῆρος ἀργυρικὸς καὶ λειτουργικὸς) ein; in Tobalmura wurden in Unterpacht (ἐξαίρημα)²⁵ gegeben ein Landhaus mit den außerhalb des Landhauses befindlichen Häusern der laoi und der Sklaven (οἰκῆται) sowie zwei paradeisoi, im Dorf Periasasostra zwei Grundstücke (οἰκὸπεδα) und paradeisoi, außerdem vier Sklaven aus Tobalmura, die namentlich aufgeführt werden, und Sklaven aus Periasasostra (nach zwei Namen folgt eine Textlücke im Stein). Die Verpflichtung gegenüber dem Tempel bezieht ganz offensichtlich die in Unterpacht gegebenen Besitzteile mit ein, denn es heißt weiter, daß bei Nichteinhaltung des Vertrags hinsichtlich der Dörfer, Kleroi, Äcker (χωρία) und aller Sklaven das Nutzungsrecht an den Tempel übergeht, sofern aber der König etwas davon ("Dörfer, Kleroi oder etwas anderes") wegnimmt - so daß der Tempel es nicht benutzen kann -, werde Mnesimachos sofort die Schuld in Geld zurückerstatten.

Eine ὄψεα umfaßt in diesem Falle also mehrere Dörfer, Kleroi und παρθέδισοι (hier wohl am besten mit "Gärten" zu übersetzen, da von Aussaat die Rede ist). Sie hat offenbar Streulage, und die Steuern (φῆροι) sind an zwei verschiedene Chiliarchien (als unterste Institutionen der königlichen Steuereintreibung) abzuführen. Die Nutznießung gehört dem Belehnten so weitgehend, daß er sie verpfänden und in Unterpacht geben kann. Eigentümer bleibt jedoch der König, der geben und nehmen kann, so daß der obengenannte Vorbehalt im Vertrag unbedingt untergebracht werden mußte,²⁶ - Bewirtschaftet wird das Gebiet nicht vom Besitzer der ὄψεα, sondern er lebt von den Abgaben, die aus den Dörfern kommen. Der φῆρος λειτουργικὸς scheint sich mir jedoch - dem ganzen Kontext nach zu schließen - auf Arbeiten der laoi auf dem Wohnsitz des Mnesimachos zu beziehen und ebenfalls in landwirtschaftlicher Tätigkeit zu bestehen. Er hat also ein Grundstück für den eigenen Bedarf, auf dem die laoi eine Art "Fronarbeit" zu verrichten haben. Die Meinung Ranowitschs, wonach mit Arbeitsleistungen Tätigkeiten für das Königshaus gemeint sind (etwa Straßenbau und ähnliches wäre denkbar)²⁷, ist an sich nicht von der Hand zu weisen, will aber nicht recht in den Zusammenhang dieses Vertrags passen. Die wenigen Sklaven, die im Gegensatz zu den dem Boden zugehörigen laoi namentlich aufgeführt werden, haben meines Erachtens gewisse Verwaltungsarbeiten zu erfüllen. Daß sie darüber hinaus ein Stück Boden (in der Art des peculium) hatten, ist anzunehmen, geht aber aus dem Text nicht hervor. Die Schlußfolgerungen Golubcovas über Erbsitz der Sklaven an Land gegen Ablieferung eines Teiles der Ernte²⁸ muten recht willkürlich an. In diesem Falle hätte es genügt, vom Land der laoi und der Sklaven zu sprechen, statt von letzteren eine namentliche Liste aufzuführen.²⁹ Ablehnen möchte ich die These Svencickajas, daß es sich um laoi gehandelt habe,

25 Vgl. zu diesem Begriff Liddell, H. G./Scott, R., Greek-English Lexicon, hg. v. Henry Stuart Jones, Oxford 1961; Atkinson, K. Ch. T., A hellenistic Land-Conveyance . . . , a. a. O., S. 58 f.

26 Dies widerlegt die Formulierung, wonach γῆ ἐν ὄψεᾳ bei den Seleukiden den Charakter "reichsunmittelbarer Fürstentümer" gehabt habe. So formuliert von Bengtson, Hermann, Die Strategie in der hellenistischen Zeit, Bd. 2, München 1952, S. 4.

27 Ranowitsch, A. B., a. a. O., S. 138.

28 Golubcova, E. S., a. a. O., S. 183.

29 So auch Briant, Pierre, Remarques . . . , a. a. O., S. 113.

die in Schuldklaverei geraten seien.³⁰ Zunächst sollte man streng unterscheiden zwischen Schuldklaverei und Schuldknechtschaft. Nur die letztere, bei der man sich durch Arbeit oder Zahlung auslösen konnte, war im Orient verbreitet; die erstere, bei der der Schuldner zum mobilen, das heißt verkaufbaren Sklaven wurde, war Ende des 3. Jahrhunderts v. u. Z. selbst in den antiken Gebieten nicht mehr anzutreffen und sogar verboten. Schuldknechte, die auf dem Land des Gläubigers ihre Schuld (oder die des Vaters, Bruders usw.) abarbeiteten, blieben aber normalerweise im Besitz ihres Landes. Auch bei ihnen bestand im Zusammenhang des Vertrags überhaupt kein Grund einer gesonderten Aufführung, und der Ausdruck *οικέται* ist für Schuldknechte unmöglich, ja selbst für Schuldklaven ganz ungewöhnlich. - Die plausibelste Erklärung bleibt somit die der Herausgeber der Inschrift, Buckler und Robinson, wonach die Sklaven auf Verwaltungsposten innerhalb der *dorea* saßen (wenn man dabei auch nicht unbedingt an besonders "hochgestellte" Aufseher und Organisatoren der Arbeiten denken muß). Der im Genitiv stehende Nachname bleibt somit das Patronym, eine Ausnahme, mit der wir uns abfinden müssen. Ob Mnesimachos oder der König Herr dieser Sklaven ist, bleibt zwar ungewiß; jedenfalls besitzt aber Mnesimachos mit der *dorea* auch die Verfügungsgewalt über sie, da er sie mit in Unterpacht gegeben hat und nun auch mit verpfänden will. - Sicher bleibt, daß auch auf Land, das *ἐν ὄρωρε* vergeben wird, die *laoi* die Hauptproduzenten sind.

Es scheint jetzt ein kurzer Exkurs über die Abhängigkeitsform der *laoi* am Platze. Die Großeigentümer sind, auch wenn sie de jure nur als Pächter fungieren, Herren über an den Boden gebundene Bauern, war die Meinung Jouguets.³¹ Rostovtzeff spricht von Leibeigenen.³² Briant formuliert: *libres, mais dépendants d'une royauté née de la conquête.*³³ Niemand bezeichnet sie als Sklaven. In dem Versuch, sie zu den uneingeschränkt Freien zu rechnen, geht Ranowitsch am weitesten³⁴, widerspricht sich dabei jedoch wiederholt selbst.

Ich denke, wir kommen nicht umhin, hier jene Formel *μεταξύ ἐλευθέρων και δούλων* anzuwenden, die in den antiken Gebieten keine geringe Rolle spielt, im Orient aber seit jeher die grundlegende Form der Abhängigkeit wiedergibt. Ich bin mit Ranowitsch und Briant der Auffassung, daß der alte Orient und der Hellenismus nicht feudal waren, aber warum sollten wir diese Abhängigkeitsform nicht unter dem allgemeinen Begriff "Hörigkeit" subsumieren, und zwar in dem Sinne, wie Engels 1882 an Marx schrieb: "Sicher ist die Leibeigenschaft und Hörigkeit keine spezifisch mittelalterlich-feudale Form, wir haben sie überall oder fast überall, wo Eroberer das Land durch die alten Einwohner für sich bebauen lassen."³⁵ Ein Begriff macht noch keine Gesellschaftsformation, und wir gelangen so auf eine Basis gegenseitigen Verstehens. Der Hörigkeitsstatus der *laoi* gründet sich auf ihre Bindung an den Boden, den sie zumeist erblich innehaben. Der Boden kann nicht ohne sie den Eigentümer oder Besitzer wechseln. Sie leben nor-

30 Svencickaja, I. S., in: Vestnik drevnej istorii 1963, T. 4, S. 126.

31 Jouguet, P., *L'impérialisme macédonien et l'hellénisation de l'Orient*, Paris 1926, S. 404, 420; so auch Grimal, Pierre, *La Civilisation hellénistique et la montée de Rome*, Paris 1971, S. 137.

32 Rostovtzeff, Michael, a. a. O., S. 441.

33 "Frei, aber abhängig von einem aus Eroberung hervorgegangenen Königtum" (Briant, Pierre, *Remarques ...*, a. a. O., S. 106).

34 Ranowitsch, A. B., a. a. O., S. 139.

35 Engels, Friedrich, Brief an Marx v. 22. 12. 1882, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 35, Berlin 1967, S. 137.

malerweise in Dorfgemeinschaften zusammen, kommen aber auch einzeln auf dem Territorium eines Eigentümers vor. Doch dürften diese ebenfalls Angehörige einer *δῖα* sein.³⁶ Bei Verkauf oder Schenkung von Königsland an eine Privatperson (Laodike, Aristodikides) wurden aus den Königsbauern Untertanen des neuen Eigentümers ihres Bodens. Bei einer Vergabe von Land *ἐν ὄρωρε* gerieten sie in die Verfügungsgewalt des dorea-Besitzers, doch blieben sie wie ihr Boden weiterhin auch jedem Eingriff des obersten Eigentümers, des Königs, ausgesetzt. - Auf Königsland zahlten die Dorfgemeinschaften den *φῶρος* (auch *ἐκφῶριον*) an den königlichen Schatz zumeist in Naturallieferungen.³⁷ Auf *ὄρωρε* wurde natürlich der Nutznießer für die Steuerabführung durch die *laoi* verantwortlich. Er hatte dafür zu sorgen, daß die richtige Summe aus seinem Territorium abgeführt wurde, wie immer das im einzelnen organisiert war. Es gab keine Vorschriften darüber. Von Mylasa besitzen wir sogar den Beweis dafür, daß der Besitzer für alle Grundsteuern neben seiner Pacht aufzukommen hatte.³⁸ Bei Verkauf und Zuschreiben des Landes an eine Stadt war natürlich auch der Eigentümer für die richtige Steuerabführung der Stadt gegenüber verantwortlich.

Die Abhängigkeit der *laoi* vom Bodeneigentümer oder -besitzer ist somit keine persönliche, keine Leibeigenschaft; sie beruhte aber dennoch auf außerökonomischer Gewalt, die dem Herrn das Mehrprodukt verschaffte, das die *laoi* erarbeiteten. Bei Vergabe von Königsland übertrug der König auch die Ausübung dieser Gewalt.

Wie bei Vergabe von Königsland *ἐν ὄρωρε* wird bei Vergabe von Kleruchenland der neue Nutznießer nicht Eigentümer des Bodens. Die *γῆ κληρουχική* scheidet nicht aus der *χώρα βασιλική* aus. Der Begriff *κλήρος* hatte im Hellenismus schon längst seinen Sinn verloren. Sein Gebrauch in der Mnesimachos-Inschrift zeigt, daß hier nichts mehr "verlost" wurde.

Ich benutze die Inschrift IPerg I 158, die wir auch später noch einmal benötigen, um Eigentums- und Abhängigkeitsfragen in den Kleruchien näherzukommen. Ein attalidischer König hat an Militärkleruchen Land in der Nähe von Pergamon übergeben. Es werden verteilt Kleroi im Umfang von 125 Plethren unbebauten Landes und 12 1/2 Plethren Weinland; Kleroi im Umfang von 100 Plethren unbebauten Landes und 10 Plethren Weinland für Kleruchen, die in der Stadt - also nicht auf ihrem Kleros - wohnen und dort Häuser gebaut haben; Kleroi im Umfang von 50 Plethren unbebauten Landes und 5 Plethren Weinland für Kleruchen, die keine Häuser gebaut hatten, also offenbar der Stadt Pergamon zur Last fielen. Die Abgabe von 1/20 der Weinernte und 1/10 der Getreideernte wurde an die Staatskasse direkt entrichtet. Für die Größe der Kleroi und die Höhe der Abgaben gab es also keine Norm. Sie richten sich nach den geographischen Gegebenheiten und den Möglichkeiten der Bodenfruchtbarkeit.³⁹

³⁶ RC, S. 94; Zawadzki, Tadeusz, a. a. O., S. 73.

³⁷ Vgl. Lévêque, Pierre, a. a. O., S. 80; Briant, Pierre, D'Alexandre le Grand aux Diadoques: Le cas d' Eumène de Kardía, in: Revue des études anciennes, 74, 1972, S. 41 f.

³⁸ Le Bas, Philippe/Waddington, W. H., Voyage archéologique en Grèce et Asie mineure, Inscriptions, Bd. III 1.2, Paris 1870, Nr. 404; vgl. Bikerman, Elias, Les Institutions des Séleucides, Paris 1938, S. 118.

³⁹ Vgl. zur Größe der Kleroi Lévêque, Pierre, a. a. O., S. 107.

Im Prinzip ist Kleruchenland erblich, jedoch nur vom Vater auf den Sohn. Ist dieser nicht vorhanden, fällt das Land an den König zurück.⁴⁰ Die Tendenz, daß Land über Generationen hinweg in einer Familie zum Eigentum wird, ist allerdings zweifellos da.⁴¹ In unserem Beispiel aus dem Pergamenischen Reich wird das Erbfolgerecht ausdrücklich erweitert: *συνεχώρησα δ' ὁμῖν καὶ ὅτα αἱ κληρονομίαι τῶν ἀτέκτων φαίνονται κήριαι ἀποτελεῖντων ὅσα τελέσματα εἰς τὸ βασιλικὸν καθήκει*. Daß das Vorbehaltsrecht des Königs sehr stark bleibt, zeigt die Abhängigkeit dieser Erweiterung von der Steuerentrichtung. Daß in Einzelfällen Kleroi auch veräußerbar waren, kann nicht ganz ausgeschlossen werden.⁴²

Die Bewirtschaftung der Kleroi dürfte in erster Linie der Familie des Kleruchen obgelegen haben. Doch konnten 125 Plethren unbebauten Landes und 12 1/2 Plethren Weinland wohl nur von einer sehr großen Familie bewältigt werden. Bei den in der Stadt angesiedelten Kleruchen ist es überhaupt fraglich, ob sie das Land selbst bewirtschafteten. Keine einzige Quelle gibt jedoch Auskunft über Sklaven oder Tagelöhner, die etwa auf Kleruchenland gearbeitet hätten. Sklavenarbeit auf noch unbebautem Land wäre wohl kaum rentabel. Doch gibt es eine einzige Inschrift, die vermuten läßt, daß auch zu Kleruchien laoi gehörten. In einem Brief von Eumenes an Soldaten, bei dem es um Ansiedlung geht, läßt sich die letzte erhaltene Zeile mit relativer Sicherheit ergänzen zu: *κώμα]ς σὺν τοῖς λα[οῖς πανοικίους*.⁴³ Ein weiterer Zusammenhang läßt sich wegen des fragmentarischen Zustandes der Inschrift jedoch nicht ermitteln. Der eine Hinweis würde aber übereinstimmen mit einer Überlegung, die Rostovtzeff zu einem Pergament aus Dura-Europos anstellt.⁴⁴ Danach wurde Europos als Kleruchie gegründet und erhielt ein Territorium mit Dörfern längs des Euphrat, das in Kleroi unterteilt wurde: "Die Siedler können ihre Kleroi selbst oder mit Hilfe von Sklavenarbeitern bewirtschaftet haben; sie mögen sie auch wieder an die früheren Eigentümer verpachtet haben." Mit der letzteren Möglichkeit wären wir aber wieder bei den laoi angelangt, auch wenn dieser Ausdruck für Mesopotamien nicht nachweisbar ist. Die Einwohner der Euphratdörfer beim alten Dura dürften nämlich auch unter den Achämeniden nicht unumschränkte Eigentümer des Boden gewesen sein.

Eine definitive Antwort auf die Frage nach Abhängigkeitsformen in Kleruchien können wir nicht geben. Doch führt uns die attalidische Inschrift zu einem anderen Phänomen, das in unserer Übersicht als *γῆ ἑωνημένη* erscheint: individuelles Eigentum am Boden bei einer Kleruchie, das offenbar nicht *γῆ πολιτικῆ* wird. Nach der Festlegung der Größe der Kleroi und der Höhe der Abgaben fährt die Inschrift fort: "Für Weinland und andere Landstücke (*τῶν ἄλλων ἐγγαίων*),

40 Ebenda, S. 108.

41 Vgl. RC, S. 208; Schneider, Carl, a. a. O., S. 87 f.

42 RC, Nr. 16, allerdings nur bei richtiger Ergänzung (vgl. den Kommentar: ebenda, S. 87); vgl. zu Uruk auch Aymard, André, *Etudes d'histoire ancienne*, Paris 1967, S. 193, und Oelsner, Joachim, *Eine Rechtsurkunde aus dem seleukidischen Uruk in der Hilprecht-Sammlung Vorderasiatischer Altertümer*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe*, 19, 1970, S. 905 ff.

43 RC, Nr. 16.

44 Rostovtzeff, Michael, a. a. O., S. 381 f.

die unser Beauftragter Demarchos verkauft hat (ἀπέδοτο) und die andere königliche Beauftragte in Zukunft noch verkaufen (πολῶσιν), soll das Eigentum unbeschränkt sein (ἔσοντα αἱ τε κτήσεις κβ[ριαί]". Ganz offensichtlich kann man das so verkaufte Land nicht zum Kleruchenland zählen; es ist auch keine Rede von προσενέγκασθαι, und κτήσεις κύριαι setzen das Ausscheiden aus der königlichen χώρα voraus. Dies ist zweifellos ein singulärer Fall, jedenfalls soweit unsere Kenntnis geht, und wir wissen auch nicht, in welchem Umfang die gebotene Möglichkeit überhaupt genutzt wurde. Noch weniger wissen wir natürlich über die Anwendung abhängiger Arbeit auf solchem Land.

Über städtisches Land haben wir recht viele, wenn auch nicht sehr aussagekräftige Zeugnisse. Dadurch wird die Bedeutung dieser Bodenform für die Ökonomie im orientalischen Hellenismus leicht überschätzt. Zunächst ist es richtig, das in Gemeineigentum befindliche Land von dem Land zu sondern, das im Eigentum von Politenfamilien liegt.⁴⁵ Als für unsere Erörterung erledigt können wir das durch προσενάγκαθθαι städtisch gewordene Land betrachten.

Daß die hellenistische Stadt auch in den orientalischen Gebieten über ein anbaufähiges Territorium verfügte, ist ein Gemeinplatz. Betont werden muß aber, daß diese städtische χώρα auf jeden Fall aus der königlichen χώρα kam, auch wenn hierbei nur vollendete Tatsachen bestätigt oder stillschweigend anerkannt wurden. Erhält eine Stadt Land vom König, so genießt sie darüber die παγκτητικὴ κυρεία.⁴⁶ Sie hat jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder die Stadt verkauft, verpachtet oder verschenkt das Land an einzelne Bürger weiter, oder sie überläßt das Land den darauf wohnenden bisherigen laoi basilikoi gegen Abgaben zur weiteren Nutzung. Betrachten wir die zweite Möglichkeit zuerst, und zwar anhand der ebenfalls schon öfter behandelten Inschrift IPriene 16. Aus dem ersten Teil geht hervor, daß ein König (Lysimachos?) der Stadt Priene Land vermacht hat mit der Auflage, den Bewohnern, die praktisch nur Königsbauern gewesen sein können, eine dreißigtägige Frist zu stellen, sich als Paroiken eintragen zu lassen (παροικεῖν). Es handelt sich offenbar um eine freie Entscheidung der laoi, ihren Status zu verändern oder nicht, und zweifellos muß ein Anreiz für eine solche Entscheidung vorhanden gewesen sein. Rostovtzeff stellt hierzu die zweifelnde Frage, ob Paroiken denn mehr Freiheit hatten als laoi.⁴⁷ Daß sie sich als Paroiken steuerlich besser standen, ist möglich, aber nicht nachweisbar. Wahrscheinlich wurden sie als Teil der städtischen Bevölkerung betrachtet⁴⁸, jedoch keinesfalls a priori als Vollbürger. Konnten sie vielleicht in den Politenrang durch besondere Verdienste aufsteigen? Oder liegt die Lösung in OGI 1, wonach Alexander den Prienern die Steuern erließ, nicht jedoch den Dorfbewohnern (κατοικοῦντας)? Noch zur Zeit des Angriffs des Ariarathes von Kappadokien hatte Priene jedenfalls "große Verluste an Menschen und Tieren" in der städtischen χώρα, was die Stadt verteidigungsunfähig machte.⁴⁹ Die Dörfler waren demnach entscheidend für die Ökonomie der Priener.

45 Šifman, I. S., a. a. O., S. 2 ff.

46 OGI 335, Z. 144 ff.: συνχωροῦμε]ν δὲ καὶ τ[ῆς χῶ]ρας εἰς τὸν αεὶ [χρὸς]νον τῆν ἀναμφισβ[ή]τη[τ]ον καὶ ὁμολογουμέ]νην κυρείαν τῆν παγκτητικ]ήν.

47 Rostovtzeff, Michael, a. a. O., S. 400.

48 Golubcova, E. S., a. a. O., S. 112.

49 Polyb. XXXIII 12.

Welchen Status die Phryger in der $\chi\omega\rho\alpha$ von Zeleia hatten, die der Stadt $\phi\delta\rho\omicron\varsigma$ zahlten⁵⁰, wissen wir ebensowenig, wie wir es von den Kometen bei Teos wissen.⁵¹ Daß die Phryger keine Vollbürger von Zeleia waren, ergibt sich sicher aus dem $\phi\delta\rho\omicron\varsigma$, und damit waren sie der Stadt natürlich untertan. Ihr $\phi\delta\rho\omicron\varsigma$ floß als Mehrprodukt in die Stadt.

Im Vertrag zwischen Byzantion und Prusias gab dieser $\chi\omega\rho\alpha\varsigma$, $\phi\rho\upsilon\beta\rho\rho\rho\rho\rho\rho\rho\rho$, $\lambda\alpha\omicron\rho\rho$ und $\pi\omicron\lambda\epsilon\rho\mu\rho\rho\rho\rho$ heraus.⁵² Die Byzantier hatten also auf asiatischem Gebiet Ländereien, die von laoi bewirtschaftet wurden. Auch aus der $\chi\omega\rho\alpha$ von Kyzikos und Herakleia sind laoi bekannt.⁵³ Was wir nicht beantworten können, ist die Frage, ob es sich um geschlossene Siedlungsgebiete wie die der Phryger handelt oder um einzelne laoi auf dem Boden von Politenland. Daß es dieses Verhältnis gab, beweist eine andere Inschrift aus Zeleia⁵⁴, wo ein Neubürger neben anderthalb Kleroi Land, Haus, Garten und anderen Vorrechten auch einen $\lambda\epsilon\omega\varsigma$ $\alpha\upsilon\tau\omicron\rho\rho\rho\rho\rho\rho$ bekommt. Trotz der Einmaligkeit des Zeugnisses muß mit diesen Abhängigkeitsverhältnissen von laoi zu Politen unbedingt gerechnet werden.

Es verbleibt uns, einen Blick auf das Tempelland zu werfen. Die Sicherheit, mit der Rostovtzeff und Tarn die $\gamma\eta$ $\iota\epsilon\rho\upsilon$ als Eigentum des Tempels betrachten⁵⁵, vermag ich nicht zu teilen. Die am häufigsten zitierte Inschrift von Ilion über die Weihung von Rindern und Hirten ($\beta\omicron\upsilon\kappa\delta\lambda\omicron\upsilon\varsigma$) durch Attalos II. für den Athentempel läßt keinen Schluß zu dieser Frage zu. Die Hirten dürften Sklaven gewesen sein. Daß das Weideland Tempeleigentum war, könnte man annehmen, jedoch nicht beweisen. Die bekannte Abhängigkeit der pergamenischen Tempel von den Attaliden widerspricht dem nicht. Zu denken gibt aber, daß das Territorium des Tempels $\tau\omicron\upsilon$ $\tau\alpha\rho\sigma\eta\nu\omicron\upsilon$ $\text{'}\text{Απδ}\text{ἄλλωνος}$ offensichtlich auf königlichem Boden lag. Nach einer im Kaikostal gefundenen Inschrift haben δ $\alpha\rho\chi\rho\rho\rho\rho\rho\rho$ und $\omicron\rho\rho$ $\sigma\upsilon\mu\pi\omicron\rho\rho\rho\rho\rho\rho\rho\rho\rho\rho$ $\tau\eta\varsigma$ $\gamma\rho\rho\rho\rho\rho\rho\rho\rho$... $\kappa\alpha\tau\omicron\rho\rho\rho\rho\rho\rho$ um Abgabefreiheit für Schafe nachgesucht und sie erhalten.⁵⁶ Wenn es sich hier um Bodeneigentum des Tempels gehandelt hätte, müßten die Katoiken ihre Abgaben an den Tempel direkt entrichtet haben. Ein Antrag auf Erlassung des Zehnten (?) hätte von den Katoiken an den Oberpriester gerichtet werden müssen. Ist das Land jedoch Königseigentum und dem Tempel nur zur Nutzung übergeben, bleiben die Katoiken Steuer-

50 Ditt. Syll. ³ 279; vgl. dazu Zawadzki, Tadeusz, a. a. O., S. 76, der zugleich von Tribut an die Stadt spricht und meint, die Phryger seien niemanden untertan gewesen.

51 RC, Nr. 3 § 11.

52 Polyb. IV 52, 7.

53 Rostovtzeff, Michael, Notes on the Economic Policy of the Pergamene Kings, in: Anatolien Studies, hg. v. W. H. Buckler u. W. M. Calder, Manchester 1923, S. 368 f.; vgl. zum ganzen Problem auch Jouguet, P., a. a. O., S. 434.

54 SGDI 5533; vgl. dazu Tarn, W., a. a. O., S. 135; Zawadzki, Tadeusz, a. a. O., S. 75 f. - Den Emendierungsversuch Ranowitschs, der für $\lambda\epsilon\omega\nu$ $\alpha\upsilon\tau\omicron\rho\rho\rho\rho\rho\rho$: $\pi\omicron\lambda\rho\rho\rho\rho\rho\rho$ $\kappa\alpha\rho\rho$ lesen will (Ranowitsch, A. B., a. a. O., S. 136 f.), habe ich in: Krise der griechischen Polis, a. a. O., S. 61, zurückgewiesen.

55 Rostovtzeff, Michael, Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte ..., a. a. O., Bd. 1, S. 140 f.

56 RC, Nr. 47.

schuldner des Königs, ist der Tempel verantwortlich für deren Zahlung. Eine Befreiung von Abgaben käme dann sowohl den Katoiken wie aber auch dem Tempel zugute. Hierin könnte die Erklärung für die gemeinsame Petition liegen.

Demgegenüber geht aus einer seleukidischen Inschrift für den Tempel des Zeus Baitokaikē unweit Apameias klar hervor, daß dieser Tempel Grundeigentum besitzt. Ein König Antiochos überträgt (συνχωρηθῆναι) dem Tempel für immer (εἰς ἅπαντα τῶν χρόνων) den Platz, woher die Kraft Gottes kam, nämlich das Dorf Baitokaikene σύν τοῖς συνκῆρουσι καὶ καθήκουσι πάσι. Das Dorf soll steuerfrei Messen abhalten und frei von Einquartierung sein. Da in τοῖς συνκῆρουσι καὶ καθήκουσι auch die Felder mit ihrer Ernte einbezogen werden, sind natürlich auch die Bauern, bisher laoi basilikoi, in die Eigentumsübertragung einbezogen.

Der Begriff γῆ ἱερά sagt also noch nichts über die Eigentumsverhältnisse aus. Starke Herrscher haben meist versucht, die Eigentumsansprüche der Tempel zurückzudrängen und sogar Tempelland zu säkularisieren. Seit dem 2. Jahrhundert v. u. Z. nutzten die Tempel jedoch die Schwäche der seleukidischen Könige für ihre Zwecke. Zum Beispiel dürfte Baitokaikene früher schon einmal Tempel eigen gewesen sein. Die Namensgleichheit von Tempel und Dorf deutet es an.

Als Bewirtschafter des Tempellandes werden κἄτοικοι genannt, deren Verhältnis zum Tempel dem von laoi zu Städten ähnlich gewesen sein dürfte. Doch ist kaum zu bezweifeln, daß die von Strabon genannten Hierodulen ebenfalls wichtige landwirtschaftliche Arbeiten verrichteten.⁵⁷

Für die Abhängigkeitsverhältnisse bei den einzelnen Besitzformen erhalten wir jetzt unter Zugrundelegung unserer Übersicht über die Eigentumsverhältnisse folgendes Schema:

1. 1. laoi basilikoi
1. 2. laoi basilikoi
1. 3. 1. laoi basilikoi
1. 3. 2. neben Familienbewirtschaftung laoi basilikoi
1. 3. 3. Katoiken, Hierodulen
2. (bedarf einer eigenen Untersuchung und wurde deshalb hier weggelassen)
3. 1. 1. laoi, Paroiken
3. 1. 2. laoi, Sklaven
3. 1. 3. laoi (= 3. 3. 1.)
3. 2. Katoiken, Hierodulen
3. 3. 1. laoi (= 3. 1. 3.)
3. 3. 2. (keine Angaben)

Mehr noch als die Tatsache, daß die laoi - obwohl sie eigentlich gar nicht sehr häufig in den Quellen genannt werden - so eindeutig dominieren, überrascht wohl, daß wir Sklaven als landwirtschaftliche Produktivkraft nur annehmen, nicht aber belegen konnten⁵⁸ und daß Hinweise auf Lohnarbeit völlig fehlen.

Die Zugehörigkeit des orientalischen Hellenismus als besondere Phase zur altorientalischen Produktionsweise und nicht zur antiken ist kaum noch deutlicher zu machen.

57 Strab. XII 3, 37, 8, 14.

58 So auch Lévêque, Pierre, a. a. O., S. 16 Anm. 1.

ZUR ROLLE DER POLITISCHEN ÖKONOMIE IN DER ANTIFASCHISTISCH-
DEMOKRATISCHEN UMWÄLZUNG BIS ZUR GRÜNDUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

von Helmut Seifert

Das ökonomisch-theoretische Rüstzeug der KPD 1945

Zur Rolle der Sowjetwissenschaft

Zum historischen Platz der antifaschistisch-demokratischen Ordnung

Drei Hauptschritte in der Entwicklung der politökonomischen Theorie

Die Deutsche Demokratische Republik hat die Schwelle zum zweiten Vierteljahrhundert ihres Bestehens überschritten. Als fester Bestandteil der um die Sowjetunion gescharten Gemeinschaft sozialistischer Bruderländer entwickelte sie sich erfolgreich zu einem Land, in dem sich die Konturen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft abzeichnen.

Der Prozeß des Werdens des ersten deutschen Staates der Arbeiter und Bauern ist Ausdruck des Wirkens unabwendbarer historischer objektiver Gesetzmäßigkeiten, Resultat der in schöpferischer Anwendung der Leninschen Revolutionstheorie vollzogenen antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Die Geburt der DDR bildet die Nahtstelle zwischen vollendeter demokratischer und beginnender sozialistischer Umwälzung innerhalb eines einheitlichen revolutionären Prozesses, durch den die Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus von der Permanenz der Revolution erneut bestätigt wurden.

Die Etappe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR, ihrem Wesen nach eine Etappe der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern, wird auch weiterhin bedeutender Gegenstand wissenschaftlicher Forschungen sein. Es geht vor allem um die intensive Pflege noch junger, aber wichtiger revolutionärer Traditionen der Arbeiterklasse sowie um die Bewahrung von Lehren, die beim Übergang eines hochindustrialisierten Landes vom Kapitalismus zum planmäßigen, systematischen Aufbau des Sozialismus Gültigkeit besitzen. Aus ökonomisch-theoretischer Sicht ist die Frage zu beantworten, wie das werktätige Volk der damaligen sowjetischen Besatzungszone unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der SED, und mit Hilfe ihrer sowjetischen Klassenbrüder den Prozeß der Aneignung und schöpferischen Anwendung politökonomischer Erkenntnisse auf die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen führte und welche Rolle die politische Ökonomie bei der zielstrebigen Vorbereitung der sozialistischen Umwälzung in der DDR spielte. In diesem Sinne ist die ideologisch-theoretische Bewältigung der Aufgaben zur Errichtung völlig neuer ökonomischer Verhältnisse ein wichtiger Bestandteil der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, deren weitere Erforschung vom VIII.

Parteitag der SED gefordert wurde. Die folgenden Betrachtungen sollen zur Verwirklichung dieser Forderung beitragen.

Die Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Herrschaft durch die Sowjetunion und die Antihitlerkoalition vollzog sich in der weltgeschichtlichen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitet wurde und durch die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems nach dem zweiten Weltkrieg ihre weitere Ausprägung fand. Dies und die Tatsache, daß in einem Teil des ehemaligen Deutschlands eine konsequent demokratische, auf die strikte Verwirklichung der Potsdamer Beschlüsse gerichtete Besatzungspolitik betrieben wurde, gaben der deutschen Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk günstige Voraussetzungen für den Aufbau eines friedliebenden und wahrhaft demokratischen Staates. Getreu den Lehren des Marxismus-Leninismus waren sich die Sowjetmenschen, die deutsche Arbeiterklasse und die gesamte marxistische internationale Arbeiterbewegung darüber klar, daß ein "Export" der Revolution nach Deutschland weder möglich war, noch im Interesse der Arbeiterklasse liegen konnte.

Der Marxismus-Leninismus vertritt die wissenschaftlich gesicherte These, daß die ökonomischen Beziehungen der Menschen, ihre Produktionsverhältnisse, die grundlegenden, bestimmenden gesellschaftlichen Beziehungen sind und daß die Wirtschaft das Hauptfeld des Kampfes der die Macht ausübenden bzw. um die Macht kämpfenden Arbeiterklasse darstellt. Daher bestand das Grundproblem zu Beginn des demokratischen Neuaufbaus in Deutschland darin, die zu erobernden demokratischen Machtpositionen der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse zum Aufbau einer demokratischen Friedenswirtschaft, zur Errichtung von antifaschistischen, revolutionär-demokratischen ökonomischen Verhältnissen zu nutzen. Das hieß in erster Linie, die Monopole, die Kriegsverbrecher und Naziaktivisten sowie die Großgrundbesitzer ökonomisch zu entmachten, ihre Produktionsmittel in das Eigentum des Volkes zu überführen, die Forderung der landlosen und landarmen Bauern nach Grund und Boden zu erfüllen und die Wirtschaft nach Plänen zu organisieren, die den Erfordernissen einer friedlichen Entwicklung und des Mitbestimmungsrechts der Werktätigen entsprachen.

Diese grundlegenden ökonomischen Probleme konnten auf dem Boden der heutigen DDR gelöst werden, weil die Arbeiterklasse und ihre Partei, die KPD und später die SED, sich als fähig erwiesen, sie theoretisch, insbesondere auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Politischen Ökonomie zu klären und die Erkenntnisse praxiswirksam zu machen. Hier leistete die Sowjetwissenschaft unentbehrliche Hilfe, indem sie die im Verlauf des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion gewonnenen Erfahrungen und allgemeingültigen Erkenntnisse für die schöpferische Anwendung in unserem Lande vermittelte.

Das ökonomisch-theoretische Rüstzeug der KPD 1945

Das kapitalistische Deutschland war von der reaktionärsten und aggressivsten Ausgeburt des Finanzkapitals, vom Faschismus, beherrscht worden. Diesen Kräften war es gelungen, den größten Teil des deutschen Volkes bis zur nationalen Katastrophe zu mißbrauchen. Millionen Menschen waren antikommunistisch verhetzt; klare Vorstellungen über den Weg eines demokratischen Neubeginns gab es nur unter den zahlenmäßig geringen progressiven Kräften der deutschen Arbeiterklasse und anderer Schichten der Werktätigen und insbesondere in den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands. Nur sie konnte das werktätige Volk aus

der Katastrophe heraus in eine neue Zukunft führen, weil sie als Vortrupp der Arbeiterklasse vor allem über das theoretische Rüstzeug verfügte, das für die Ausarbeitung der richtigen Strategie und Taktik, für die wissenschaftliche Begründung des neuen Weges erforderlich war.

So besteht eine Gesetzmäßigkeit darin, daß die konsequentesten und fortschrittlichsten Vertreter des Volkes zu theoretischen Interpreten der neuen ökonomischen Verhältnisse werden mußten, zu Wortführern der den demokratischen und später sozialistischen Aufbau vorzeichnenden, widerspiegelnden sowie aktiv verändernden politischen Ökonomie. Als "Aktivisten der ersten Stunde" auf dem Gebiet der ökonomisch-theoretischen Arbeit haben sich vor allem Otto Grotewohl, Edwin Hoernle, Gunther Kohlmey, Jürgen Kuczynski, Alfred Lemnitz, Bruno Leuschner, Fred Oelßner, Josef Orlopp, Wilhelm Pieck, Heinrich Rau, Fritz Selbmann, Max Seydewitz, Willi Stoph, Walter Ulbricht, Herbert Warnke und Klaus Zweiling hohe Verdienste erworben.

Das theoretische Rüstzeug, über das die KPD 1945 verfügte, kann kurz wie folgt charakterisiert werden:

Erstens besaß die Partei die Einsicht in die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung; sie war ausgerüstet mit den Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Man durfte die Augen jedoch nicht davor verschließen, daß die faschistische Herrschaft und die Bedingungen, unter denen der Widerstandskampf geführt werden mußte, vielen Parteifunktionären und -mitgliedern keine oder nur geringe Möglichkeiten ließen, sich mit theoretischen Fragen zu beschäftigen. Daher war es notwendig, dem Nachholebedarf gerade in dieser Hinsicht möglichst schnell und umfassend gerecht zu werden.

Zweitens verfügte die Partei über große und ausgezeichnete Erfahrungen im Hinblick auf den Klassenkampf gegen das Monopolkapital sowie auf die Bündnispolitik mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und den anderen antiimperialistischen Kräften des Volkes. Ausdruck dieses reichen Erfahrungsschatzes, der beim Neubeginn im Jahre 1945 besonders in die Waagschale fallen mußte, waren vor allem:

- die Dokumente der Brüsseler Konferenz der KPD vom 3. - 15. Oktober 1935,
- die Beschlüsse der Berner Konferenz der KPD vom 30. Januar bis 1. Februar 1939,
- die Erklärung des Zentralkomitees der KPD vom 25. August 1939 anlässlich des Abschlusses des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland,
- der Aufruf der KPD vom 24. Juni 1941 nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion,
- das Manifest des Nationalkomitees "Freies Deutschland" an die Wehrmacht und an das deutsche Volk vom 12./13. Juli 1943,
- die strategischen und taktischen Dokumente, die als Aktionsprogramme, Richtlinien, Maßnahmepläne und anderweitige Erklärungen in den Jahren 1944 und 1945 durch Arbeitsgruppen des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands oder durch die Leitungen von Bewegungen der im Exil lebenden Antifaschisten unter führendem Einfluß der KPD-Parteiführung ausgearbeitet wurden.¹

1 Die Bedeutung gerade dieser, insbesondere vom ZK der KPD geleisteten programmatischen Arbeiten für den Sturz des Hitlerfaschismus und für den Aufbau einer demokratischen Ordnung in Deutschland darf nicht unterschätzt werden. Sie stehen, auch was ihre wirtschaftspolitische und politökonomische Bedeutung betrifft, gleichwertig neben den Beschlüssen von Brüssel und Bern sowie den Aussagen des ZK der KPD, die für die Gründung und Tätigkeit des

Diese Dokumente, deren Inhalt voll und ganz den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale entsprach, zeugen davon, daß die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei in den Perioden des zugespitzten Klassenkampfes eine aktive theoretische Tätigkeit entfalten und dabei grundlegenden politökonomische Zusammenhänge aufdecken.

Drittens verfügte die Partei über die wichtigsten in der Sowjetunion beim sozialistischen Aufbau gesammelten Erfahrungen und deren Verallgemeinerungen. Deutsche Arbeiter- und Bauerndelegationen hatten auf Initiative des Thälmannschen Zentralkomitees der KPD wichtige Aufbauzentren des Sowjetlandes bereist und unter den deutschen Arbeitern wissenschaftlich begründete Vorstellungen ihrer eigenen Zukunft verbreitet. Andererseits hatte der antifaschistische Widerstandskampf erfordert, daß Mitglieder und vor allem Funktionäre der Partei vom Territorium der UdSSR aus den Kampf organisierten und führten. Ihr Einsatz an der militärischen und ideologischen Front war die eine Seite ihres Wirkens, ihr intensives Studium des wissenschaftlichen Kommunismus, darunter der Politischen Ökonomie, die andere. Diese Genossen hatten die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus studiert und gelernt, die Lehren Lenins in ihrem Wesen zu begreifen sowie die Notwendigkeit ihrer schöpferischen Anwendung unter den Bedingungen in Deutschland zu verstehen. Das trifft in besonderem Maße auf Lenins Werk "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" und in bezug auf die Theorie der "Neuen Ökonomischen Politik" zu.

Dieses Rüstzeug bildete in seiner Gesamtheit die solide Grundlage, auf der die Partei die ersten prinzipiellen Aussagen sowohl zu den Tagesaufgaben als auch zur weiteren ökonomischen Entwicklung formulieren konnte.

Zur Rolle der Sowjetwissenschaft

Mit ebensolcher Kraft, mit der die Sowjetarmee den Hitlerfaschismus zerschlagen hatte, gingen die Sowjetmenschen sofort daran, gemeinsam mit deutschen Antifaschisten die dringlichsten Maßnahmen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau einzuleiten, insbesondere aber die schlimmsten Folgen des Hungers, Seuchengefahren und andere Auswirkungen des Krieges unter der Bevölkerung ihres Besatzungsbereiches zu überwinden.

Die Hilfe bei der Lösung brennender Tagesaufgaben wurde mit dem gleichen Elan geleistet wie die ständige Unterstützung beim langfristig zu bewältigenden Neuaufbau einer demokratischen Friedenswirtschaft. Möglichst schnell mußte auch ein ständig zunehmender Kreis von Arbeitern und anderen Werktätigen mit wichtigen Erkenntnissen der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie des Sozialismus ausgerüstet werden. Erst dann würde es möglich sein, die konkrete Hilfe mit immer bewußteren Aktionen der Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone zu vereinen und dadurch den Aufbau zu beschleunigen.

Einzig die sowjetischen Menschen konnten berufen sein, die auf die sozialistische Ökonomik bezogenen politökonomischen Erkenntnisse wirksam und auf der Grundlage eigener Erfahrungen zu vermitteln.

Nationalkomitees "Freies Deutschland" maßgeblich waren. (Vgl. dazu vor allem Laschitzka, Horst, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus, Berlin 1969, S. 184.)

Am Ende des zweiten Weltkrieges hatte die sozialistische Wirtschaftstheorie in der UdSSR eine bestimmte Reife erlangt. Es waren Erfahrungen gesammelt und allgemeingültige Erkenntnisse gewonnen worden. Ihre Berücksichtigung war auch für den demokratischen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone lebensnotwendig. Neben der persönlichen Vermittlung von Erfahrungen und Erkenntnissen durch Vertreter der Sowjetunion im Verlauf der gemeinsamen Arbeit spielten die Veröffentlichung politökonomischer Schriften sowjetischer Autoren und die Darlegung grundlegender politökonomischer Probleme mittels der Befehle der Sowjetischen Militäradministration eine große Rolle.

Unverzüglich wurde begonnen, solche sowjetische ökonomische Literatur in deutscher Sprache herauszugeben, die der Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone bei der Lösung der theoretischen und praktischen Aufgaben helfen konnte. Hierbei handelt es sich unter anderem um Fragen der Planung, der Lohngestaltung, der Rolle der Gewerkschaften, des Genossenschaftswesens, der Rentabilität der Produktion, der politökonomischen Bildung und um weitere Probleme der allgemeinen ökonomischen Theorie.

Im Zusammenhang mit der Herausarbeitung und Vermittlung grundlegender politökonomischer Probleme durch die Befehle der SMAD sind mindestens zwei Hauptaspekte hervorzuheben:

Erstens wurden die in Ausübung von Funktionen der Regierungsgewalt erlassenen Zwangsmaßnahmen (Befehle) eng mit Anregungen für die weitere eigenverantwortliche theoretische und praktische Bewältigung der jeweiligen Aufgabe verknüpft. So enthielt zum Beispiel die Mitteilung der SMAD vom 4. November 1945 unter anderem einen Befehl über die Aufstellung eines Wirtschaftsplanes für das Jahr 1946: "Der Oberste Chef der Militärverwaltung in Deutschland gibt in seinem Befehl auf, die bezeichneten Pläne mit dem Ziel maximaler Erhöhung und Erweiterung aller Arten von Industrie, des Aufschwungs der Landwirtschaft durch Vergrößerung der Anbaufläche, Verbesserung der Bodenbearbeitung, Auswahl hochqualifizierten Saatgutes und Erhöhung der Kopfzahl des Viehes aufzustellen. In den Plänen der Entwicklung des Transportwesens, von dem die ununterbrochene Arbeit der Industrie, der Landwirtschaft und die Versorgung ... der Stadt- und Landbevölkerung abhängt, muß die Erhöhung des Frachturnschlages ... vorgesehen sein." 2

Dieser die Orientierung gebende Befehl hatte unmittelbar zur Folge, daß sich der Ausschuß für Wirtschaftsfragen beim ZK der KPD im Dezember 1945/Januar 1946 gründlich mit der demokratischen Wirtschaftsplanung beschäftigte. Darauf folgten weitere theoretische Diskussionen zur Leitung und Planung der Wirtschaft.

Zweitens wurde die Einheit von Theorie und Praxis verwirklicht, was ein grundlegendes marxistisches methodologisches Prinzip ist, eine Grundvoraussetzung für eine wissenschaftliche und damit erfolgreiche ökonomische Politik. Die Präambeln zahlreicher Befehle und Anordnungen, aber auch die in den Befehlen enthaltenen detaillierten Weisungen belegen die Gründlichkeit der wissenschaftlichen Analyse der jeweiligen ökonomischen Situation und Zusammenhänge sowie die konsequente praktische Umsetzung dieser Erkenntnisse.

In der Präambel des Befehls Nr. 234 vom 9. Oktober 1947, auch "Aufbauplan 234" genannt, wurde gesagt: "In vielen Werken und Fabriken, Gruben und Eisenbahnen

2 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin 1959, S. 256.

befindet sich die Arbeitsdisziplin noch auf einem niedrigen Niveau. Diese Lage steht nicht nur mit den schweren Folgen des aggressiven Hitlerkrieges im Zusammenhang. Sie ist auch eine Folge der ungenügenden Aufmerksamkeit einiger Verwaltungsorgane und Betriebsdirektoren und demokratischer Organisationen in bezug auf die restlose Ausnutzung aller Möglichkeiten für die Verbesserung der Lage der Arbeiter, welche die Hauptkraft der Demokratisierung und des wirtschaftlichen Aufschwungs in der sowjetischen Besatzungszone sowie für die Entwicklung der Wirtschaft darstellen ... Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Entfaltung der bewußten eigenen Initiative der Werktätigen für den wirtschaftlichen Aufschwung der sowjetischen Besatzungszone stellt gegenwärtig das Hauptbindiglied in dem System der Volkswirtschaft und den Schlüssel zur Lösung aller anderen wirtschaftlichen Probleme dar." ³

Der Befehl, der sich mit wichtigen Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Festigung der Arbeitsdisziplin befaßte, war schon kein Befehl im üblichen Sinne mehr. Er berücksichtigte die Vorschläge des II. Parteitagess der SED (1947), und er stellte in gewisser Hinsicht die wissenschaftliche Verallgemeinerung zweieinhalbjähriger wirtschaftlicher Tätigkeit in der sowjetischen Besatzungszone dar. Die schöpferische Anwendung der Hinweise Lenins, besonders der in dem Werk "Die große Initiative" enthaltenen Erkenntnisse, wird deutlich sichtbar.

So wurde die Sowjetwissenschaft zu einem der wichtigsten Faktoren bei der Aneignung und Anwendung der für den Aufbau unserer demokratischen Wirtschaft erforderlichen ökonomisch-theoretischen Lehren. Die Gesetzmäßigkeit dieser Entwicklung liegt hier in der Durchsetzung des internationalen Charakters der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse, und zwar bewußt, mittels kameradschaftlicher Hilfe und Unterstützung.

Zum historischen Platz der antifaschistisch-demokratischen Ordnung

In Deutschland stand nach dem zweiten Weltkrieg objektiv die Zuendeführung der bürgerlich-demokratischen Revolution auf der Tagesordnung, wobei Charakter und Triebkraft der Revolution von der Notwendigkeit geprägt waren, die Grundlagen der Herrschaft der Monopole und des Faschismus vollständig auszurotten, also eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung durchzuführen. Daran waren nicht nur die Arbeiterklasse und die werktätige Bauernschaft, sondern auch alle nichtmonopolistischen und nichtjunkerlichen Klassen und Schichten einschließlich der kleinen und mittleren Bourgeoisie interessiert.

Die deutsche Arbeiterklasse ließ sich von den Erkenntnissen Lenins leiten, die er in seinem Werk "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" formulierte: "Wer auf einem anderen Weg als dem des politischen Demokratismus zum Sozialismus kommen will, der gelangt unvermeidlich zu Schlußfolgerungen, die sowohl im ökonomischen als auch im politischen Sinne absurd und reaktionär sind. Sollten uns manche Arbeiter ... fragen, weshalb wir denn nicht das Maximalprogramm verwirklichen, so werden wir ihnen mit dem Hinweis darauf antworten, wie fremd die demokratisch gesinnten Volksmassen dem Sozialismus noch gegenüberstehen, wie unentwickelt die Klassengesetze,

³ Zit. nach Krause, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958, S. 117.

wie unorganisiert die Proletarier sind. Organisiert erst einmal Hunderttausende Arbeiter ... - und ihr werdet sofort sehen, daß die Verwirklichung dieser Organisation, daß die Verbreitung dieser sozialistischen Aufklärung von der möglichst vollständigen Verwirklichung der demokratischen Umgestaltungen abhängig ist. ¹⁴

Die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, einer Form der von Lenin charakterisierten revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern, war in Deutschland die einzige Möglichkeit, die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen, Monopolkapital und Faschismus zu beseitigen und den Übergang zur sozialistischen Umwälzung des Landes vorzubereiten.

Sosehr die SED ständig den demokratischen Charakter der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse hervorhob, so konsequent betonte sie ihr "Maximalziel", die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, was nur über den Aufbau und die Festigung der demokratischen Ordnung möglich war. "Und als Antwort auf die anarchistischen Einwände, daß wir angeblich die sozialistische Umwälzung hinauschieben", schrieb Lenin, "werden wir sagen: Wir schieben sie nicht hinaus, sondern machen den ersten Schritt zu ihr auf die einzig mögliche Weise und auf dem einzig richtigen Wege, nämlich auf dem Wege der demokratischen Republik." ¹⁵

Für die Bestimmung des historischen Platzes der antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es in erster Linie erforderlich, ihre ökonomischen Sektoren und damit die in ihr vorherrschenden und maßgeblichen ökonomischen Beziehungen zu untersuchen. Welche Sektoren existierten?

Erstens ein starker volkseigener Sektor der Industrie, der unter anderem die wichtigsten Bereiche der Grundstoff- und Schwerindustrie, das heißt der "Schlüsselindustrie", die wichtigsten Bereiche des Verkehrs- und Nachrichtenwesens sowie die Banken umfaßte und dessen Quelle die Enteignung der Monopolherren, der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten sowie die Kommunalbetriebe waren;

zweitens ein Sektor, der jene Betriebe der Grundstoff- und Schwerindustrie umfaßte, die Eigentum der UdSSR waren (SAG-Betriebe). Mitte 1948 entfielen auf die volkseigenen und SAG-Betriebe bereits rund 62 Prozent der industriellen Brutproduktion;

drittens ein volkseigener Sektor in der Landwirtschaft (volkseigene Güter), der vornehmlich durch die Enteignung der Großgrundbesitzer entstand und dessen Umfang an Grund und Boden im Verhältnis zum Umfang des an die landlosen und landarmen Bauern übereigneten Grund und Bodens gering war;

viertens ein privatkapitalistischer, nichtmonopolistischer Sektor der Industrie - der Mitte 1948 etwa 38 Prozent der industriellen Brutproduktion erzeugte -, des Handels, des Transportwesens und der Landwirtschaft;

fünftens ein Sektor der einfachen Warenproduktion und der Kleinhändler.

Diese Konstellation der Eigentums- und damit aller anderen ökonomischen Verhältnisse resultierte aus der historisch-konkreten Situation. Sie entsprach den Leninschen Gedanken über die ökonomische Charakteristik der revolutionär-demokratischen Diktatur auch insofern, als es sich schon nicht mehr um ty-

4 Lenin, W. I., Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, in: Werke, Bd. 9, Berlin 1957, S. 15.

5 Ebenda.

pisch kapitalistische, aber noch nicht um sozialistische Verhältnisse handelte.⁶

Dennoch ist einzuräumen, daß durch die bereits sehr umfangreichen Beziehungen gesellschaftlicher Aneignung wichtige Grundlagen des Kapitalismus ernsthaft angetastet wurden. Vor allem in dieser Hinsicht handelt es sich um jene Schritte revolutionär-demokratischer Bewegung, die - so Lenin - unweigerlich zum Sozialismus oder besser zum Übergang zum sozialistischen Aufbau führen müssen, jedoch zunächst noch nicht sozialistischen Charakter tragen.

Bekanntlich wurde in den letzten Jahren unter den marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern eine sehr fruchtbare Diskussion über den historischen Platz der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und in diesem Zusammenhang über die Dauer der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus geführt. Der gegenwärtige Stand dieser zu einem bestimmten Abschluß gebrachten Diskussion läßt sich in der vor allem von Reißig, Heitzer und Badstübner⁷ dargelegten Auffassung zusammenfassen, daß die Etappe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung von 1945 bis 1949 Bestandteil der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gewesen sei. Dieser Auffassung kann der Verfasser nicht zustimmen, und es erscheint dringend erforderlich, die Diskussion zu diesem Problem fortzusetzen.

Zweifellos zeigt ein Vergleich der gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung beachtliche Ähnlichkeiten mit denen der Übergangsperiode, und gerade für diese ausgeprägten Ähnlichkeiten trifft der Hinweis Lenins in besonderem Maße zu, daß sich hier "der Sozialismus unmittelbar, in der Praxis", abzeichnet.⁸ Doch scheint es unrichtig, die antifaschistisch-demokratische Etappe als Bestandteil der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus zu kennzeichnen.

Das wichtigste politisch-ökonomische Kriterium der Übergangsperiode ist die konsequente Vernichtung der kapitalistischen und die Errichtung der sozialistischen Ökonomik auf der Grundlage der Diktatur des Proletariats, die ihrerseits die Existenz der führenden marxistisch-leninistischen Partei als Partei neuen Typus voraussetzt.

Erst mit der Gründung der DDR war die - vorher allmählich sich herausbildende - politische Herrschaft der Arbeiterklasse ins Leben gerufen, und erst seit diesem Zeitpunkt sind die ökonomischen Maßnahmen gegen die kapitalistischen Verhältnisse überhaupt, grundsätzlich, gerichtet.

Badstübner weist darauf hin, daß es nicht zwingend sei, die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus mit der sozialistischen Revolution gleichzusetzen.⁹ Gerade das tut aber Lenin, indem er die Übergangsperiode als "Perio-

6 Vgl. vor allem derselbe, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 327 ff.

7 Vgl. Reißig, Karl, Zur Geschichte der DDR als Bestandteil des sozialistischen Weltsystems, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, Nr. 3/1974, S. 193 ff.; Heitzer, Heinz, Neue Probleme der Erforschung der Geschichte der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 8/1972, S. 954 ff.; Badstübner, Rolf, Zum Problem des einheitlichen revolutionären Prozesses auf dem Gebiet der DDR, in: ebenda, Nr. 11/1973, S. 1325 ff.

8 Lenin, W. I., Die drohende Katastrophe ..., a. a. O., S. 370.

9 Vgl. Badstübner, Rolf, a. a. O., S. 1341.

de des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus", ¹⁰ das heißt als Periode konsequent sozialistischer Umwälzung gekennzeichnet. Es fragt sich, welchen Wesensinhalt die Klassiker des Marxismus-Leninismus der Übergangsperiode sonst zuschrieben, wenn nicht die Entscheidung der Frage Wer - Wen? zugunsten der Arbeiterklasse, was ausschließlich auf dem Wege der proletarischen Revolution geschehen kann. Lenin verband die Übergangsperiode - und auch deren Beginn - stets mit der Notwendigkeit der Existenz der Diktatur des Proletariats. Er wies, besonders in seinem Werk "Staat und Revolution", nach, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht geschehen kann, solange nicht die politische Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet worden ist. Mehr noch: Lenin identifiziert geradezu Diktatur des Proletariats und Periode des Übergangs zum Kommunismus ¹¹ und beruft sich bei dieser Identifizierung ausdrücklich auf Marx, der "von einer ganzen Periode der Diktatur des Proletariats als der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus" spricht. ¹²

Georgi Dimitroff führte in seinem Schlußwort auf dem V. Parteitag der Bulgarischen Kommunistischen Partei am 25. Dezember 1948 aus: "Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann nicht ohne die proletarische Diktatur gegen die kapitalistischen Elemente und zur Organisierung der sozialistischen Wirtschaft vor sich gehen ... " ¹³

Für die Einordnung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in die Übergangsperiode werden in der Literatur vor allem zwei Argumente angeführt:

Erstens sei der Beginn der Übergangsperiode mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung die logische Konsequenz, "die sich aus der Anwendung der Erkenntnis vom einheitlichen revolutionären Prozeß, der in einer demokratischen und in einer sozialistischen Umwälzung verlief, ergibt". ¹⁴

Zweitens könne "die antifaschistisch-demokratische Ordnung keine Zwischenordnung zwischen Kapitalismus und Sozialismus (darstellen), sondern (sei) eine Übergangsform vom Kapitalismus zum Sozialismus und damit eine Stufe auf dem Weg zum Sozialismus". ¹⁵

Nicht zuletzt könnte geltend gemacht werden, daß unter den Bedingungen der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab jede in einem gegebenen Land errichtete revolutionär-demokratische Diktatur zwangsläufig den ersten Teil der Übergangsperiode bilde, da doch das internationale Kräfteverhältnis die Permanenz von der demokratischen zur sozialistischen Umwälzung gewährleiste.

Sowohl der Hinweis auf den einheitlichen revolutionären Prozeß, der demokratische und sozialistische Umgestaltung einschließt, auf die Permanenz der Revolution, durch die jede Umwälzung, sollen ihre Resultate von Dauer sein, gekenn-

10 Lenin, W. I., Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, in: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 91 ff.

11 Derselbe, Staat und Revolution, in: Werke, Bd. 25, a. a. O., S. 476.

12 Derselbe, Gruß an die ungarischen Arbeiter, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 377. - Es sei übrigens daran erinnert, daß Lenin selbst die Übergangsperiode als "Epoche der Diktatur des Proletariats" kennzeichnet.

13 Dimitroff, Georgi, Ausgewählte Schriften, Bd. 3, Berlin 1958, S. 649.

14 Reißig, Karl, a. a. O., S. 199.

15 Badstübner, Rolf, a. a. O., S. 1322.

zeichnet sein muß, wie auch der Hinweis, daß die antifaschistisch-demokratische Ordnung nicht außerhalb der Gesellschaftsformation existiert, werden vom Verfasser voll unterstützt.

Jedoch erscheint es nicht vertretbar, daraus eine Identität von einheitlichem revolutionärem Prozeß und Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus abzuleiten und damit die antifaschistisch-demokratische Ordnung der kommunistischen Formation zuzuordnen.

Durchdenkt man die Konsequenzen der These von der Zugehörigkeit der Etappe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zur Übergangsperiode, dann drängen sich Schlußfolgerungen auf, die der sozialistischen Entwicklung nicht in jedem Falle nützen würden. So könnten zum Beispiel aus den Reihen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie und aus dem Kleinbürgertum weit weniger Bündnispartner für die Etappe der demokratischen Umwälzung gewonnen werden, weil bereits der unmittelbare Weg zum Sozialismus als beschritten gälte. Überhaupt ist die theoretische - und damit auch propagandistische und agitatorische - Konstatierung der Existenz der Übergangsperiode für ein gegebenes Land zu einer bestimmten Zeit ein Faktum von hoher politisch-ideologischer Bedeutung, mit dem die Arbeiterklasse des betreffenden Landes völlig zu Recht die Unmittelbarkeit des Kampfes gegen den Kapitalismus und für den sozialistischen Aufbau verbindet.

Schließlich kann nach Meinung des Verfassers der Hinweis auf den Charakter der Epoche ebenfalls nicht als Argument für die Zugehörigkeit der demokratischen Etappe zur Übergangsperiode gelten. Zweifellos führen unter den Bedingungen des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus letztlich alle Wege zur sozialistischen Umwälzung in jedem Land. Aber gerade diese Tatsache muß die Erkenntnis hervorbringen, daß die nationalen Abteilungen der Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern bedeutende Demokratisierungsprozesse erkämpfen werden, die insgesamt jedoch noch auf der Grundlage der kapitalistischen Ordnung verlaufen, und daß auf dieser Basis die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus beginnen muß, und zwar dann, wenn im Schoße der revolutionär-demokratischen Diktatur vor allem auch die subjektiven Bedingungen herangereift sind.

Der Verfasser vertritt die Auffassung, daß die antifaschistisch-demokratische Ordnung formationsgenetisch in die kapitalistische Gesellschaftsformation einzuordnen ist. Es gibt keinerlei Grund, sich vor einer solchen Feststellung zu scheuen.

Aber diese kapitalistische Formation weist bereits deutliche Merkmale ihrer Zerstörung auf; es ist ein Kapitalismus, von dem Lenin sagt, daß er schon nicht mehr Kapitalismus ist, eben deshalb, weil durch die revolutionäre Demokratie der Herrschaft der Monopole ein Ende gesetzt wird.

Die Existenz der kapitalistischen Formation auf dem Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone unter den vorstehend genannten Bedingungen, und zwar bis zum Ende der vierziger Jahre, spiegelt sich auch in den damaligen Aussagen der Kommunistischen Partei Deutschlands wider. Die Partei sprach von "veränderten kapitalistischen Bedingungen".¹⁶

¹⁶ Vgl. Wirtschaftsprogramm der KPD vom März 1946, in Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 388.

Für eine solche - zweifellos heute noch gültige - Einschätzung ist es zunächst auch unerheblich, daß bereits in sehr bedeutendem Umfang gesellschaftliche Aneignung stattfindet. Dieses - vom Aspekt des Allgemeinen betrachtet - Konkretum hätte, für sich genommen, zweifellos zu einem weit früheren Beginn der Übergangsperiode geführt, wenn nicht wiederum andere Faktoren, nämlich insbesondere die Folgen der faschistischen Kriegspolitik, die komplizierten Prozesse der Ausräumung der faschistischen Ideologie und die Spaltungspolitik des erstarkenden Imperialismus in den westlichen Besatzungszonen, dem entgegenge wirkt und eine diesen Umständen entsprechende Gestaltung des Demokratisierungsprozesses erfordert hätten.

Wodurch waren die wichtigsten ökonomischen Erscheinungen in der antifaschistisch-demokratischen Etappe unserer Entwicklung charakterisiert?

Die Aneignung in den volkseigenen und ihnen gleichartigen Betrieben trug grundsätzlich zwar gesellschaftlichen, jedoch noch nicht sozialistischen Charakter. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen war beseitigt, aber die Herausbildung von Beziehungen echter kameradschaftlicher gegenseitiger Hilfe und Unterstützung auch in der Ökonomie, die Herausbildung des unmittelbar gesellschaftlichen Charakters der Arbeit mit all seinen Konsequenzen nahmen gerade erst ihren Anfang; die vorhandene materiell-technische Basis ließ die Herstellung der Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen Erfordernissen und den betrieblichen und individuellen Interessen vielfach nicht zu; der gesamtgesellschaftliche Charakter der Wirtschaftsleitung und -planung war infolge des Nichtvorhandenseins der dazu erforderlichen zentralen Machtorgane eingeschränkt.

So ist die antifaschistisch-demokratische von der mit der Gründung der DDR eingeleiteten sozialistischen Umwälzung zu unterscheiden. Diese Unterscheidung ist jedoch nur die eine Seite, die andere besteht in der Notwendigkeit anzuerkennen, daß sich bereits im Zuge der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gesellschaftliche (politische, ökonomische, ideologische) Elemente der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft herausbildeten und daß dies für die Einschätzung des Charakters der in dieser Zeit herrschenden theoretischen - vor allem ökonomischen - Auffassungen große Bedeutung besitzt.

Lenin schrieb: "Wir alle stellen ja die bürgerliche Revolution der sozialistischen gegenüber, wir alle bestehen unbedingt auf der Notwendigkeit, strengstens zwischen ihnen zu unterscheiden, aber kann man denn leugnen, daß sich in der Geschichte einzelne Teilelemente der einen und der anderen Umwälzung miteinander verflechten?"¹⁷

Außerdem traf für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg in weitaus stärkerem Maße die Feststellung Lenins zu, die er in bezug auf Deutschland im Jahre 1905 machte, nämlich, daß in Deutschland "diese Frage (der demokratischen Republik - H. S.) praktisch kaum von der Frage des Sozialismus zu trennen ist ..."¹⁸ Ein konsequent wissenschaftliches Herangehen erfordert, die im Rahmen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entstandenen sozialistischen Elemente nicht statisch, sondern in ihrer Bewegung, ihrer historischen Entwicklungstendenz zu betrachten. Dieses wichtige Problem macht Reißig deutlich, der auf der Grundlage der Marxschen Erkenntnisse über Entstehung und Vervollkommnung des gesellschaftlichen Organismus feststellt: "Es sind keimhafte Elemente des

¹⁷ Lenin, W. I., Zwei Taktiken ..., a. a. O., S. 74.

¹⁸ Ebenda, S. 75.

Sozialismus ... Diese neuen Elemente durchlaufen einen historischen Wachstumsprozeß, sie befinden sich in historischer Bewegung. Sie sind Elemente des Sozialismus in ihrer historischen Tendenz, die zum Sozialismus führt. "19

Unter diesen Aspekten können die wichtigsten im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entstandenen Elemente der sozialistischen Ökonomik genannt werden:

- die Führungsrolle der Arbeiterklasse und der marxistisch-leninistischen Partei in der Wirtschaft;
- die Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen in den volkseigenen und ihnen gleichartigen Betrieben, die den entscheidenden Faktor der ökonomischen Entwicklung darstellen;
- die Veränderung des Charakters der Arbeit in diesen Betrieben als freie, mehr und mehr schöpferische Arbeit zugunsten des werktätigen Volkes;
- der - wenn auch noch beschränkt - gesamtgesellschaftliche Charakter der Leitung und Planung der Wirtschaft;
- die schrittweise sich herausbildende objektive Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen;
- die immer deutlichere Orientierung der volkseigenen Betriebe auf rationelles Wirtschaften und Effektivität.

Es wird ersichtlich, daß all diese ökonomischen Gegebenheiten, diese Elemente der sozialistischen Ökonomik, keimhafte, spezifische Entäußerung des Neuen, Zukünftigen sind. Ihre Spezifik besteht gerade darin, daß sie sowohl das Kommende, die neue (sozialistische) Qualität, wie auch den Boden, die revolutionär-demokratische Diktatur, kenntlich macht, ohne den die neue Qualität sich nicht bilden und nicht wachsen konnte, dessen Kraft aber allmählich verbraucht wird und der schließlich den Bedingungen der Übergangsperiode Platz macht, worauf die Elemente der sozialistischen Ökonomik sich zu wesentlichen, gesellschaftsbestimmenden Beziehungen des Sozialismus ausbilden. Nunmehr ist die Frage zu beantworten, welche ökonomischen Gesetze unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung wirksam wurden.

Zunächst besteht kein Zweifel, daß - gleichermaßen wie in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus - ökonomische Gesetze des Kapitalismus wirkten. Aber ihre Wirkung war bereits eingeschränkt, und zwar in folgender Hinsicht: Erstens war das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus, das Mehrwertgesetz, nicht mehr das die gesellschaftliche Ökonomik umfassend bestimmende Bewegungsgesetz; zweitens waren die gesellschaftlichen Bedingungen für die Wirkung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus in entscheidenden Bereichen der Wirtschaft beseitigt; drittens existierten politische und ökonomische Machtverhältnisse, die auf gesetzgeberischem Wege eine monopolistische Entwicklung nicht zuließen, das demokratische Mitbestimmungsrecht im kapitalistischen Bereich der Wirtschaft sicherten und die kapitalistische Ausbeutung von Werktätigen über bestimmte Grenzen hinaus verhinderten.

Im volkseigenen Bereich der Wirtschaft der antifaschistisch-demokratischen Ordnung herrschten antimperialistisch-demokratische Produktionsverhältnisse. Das besagt, daß es sich um historische bedingte ökonomische Beziehungen handelte, in denen schon nicht mehr Ausbeutung herrschte, die im ganzen aber noch nicht sozialistisch waren. Sie ragten bereits über die ökonomischen Grundlagen des "Minimalprogramms der proletarischen Diktatur" hinaus, das heißt, sie waren geeig-

19 Reißig, Karl, a. a. O., S. 198.

net, deren "Rahmen gewaltig zu erweitern", und sie waren bedeutende Voraussetzungen dafür, daß "umso schneller, breiter, reiner und entschiedener ... sich ... [der] neue Kampf [der Arbeiterklasse für den Sozialismus - H. S.] entfalten" konnte.²⁰

Wenn diese antiimperialistisch-demokratischen Produktionsverhältnisse, die An eignungsbeziehungen im volkseigenen Bereich, schon über die gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse der revolutionär-demokratischen Diktatur hinausgingen, dann müssen sie zwangsläufig als Elemente der zukünftigen sozialistischen Produktionsverhältnisse gekennzeichnet werden, wie sie sich in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus unter den politischen Machtverhältnissen der Diktatur des Proletariats planmäßig und im konsequenten Kampf gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse herausbilden.

Dort aber, wo sich Elemente der sozialistischen Produktionsverhältnisse entwickeln, kann das nur in dem Maße geschehen, wie sich im Schoße der revolutionär-demokratischen Diktatur auch Elemente der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse entwickeln; und das war im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR tatsächlich der Fall. Die Gründung der DDR als Staat der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse ist Ausdruck des Qualitätsumschlages als Resultat allmählicher Herausbildung der sozialistischen Diktatur, die in der Folgezeit allseitig des Ausbaus und der Festigung bedurfte.

Mit der Errichtung antiimperialistisch-demokratischer Produktionsverhältnisse auf dem Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone, mit der Entstehung von Elementen sozialistischer ökonomischer Beziehungen, ist der Beginn des Wirkens ökonomischer Gesetze des Sozialismus verbunden. Beginn des Wirkens dieser gegenüber den kapitalistischen ökonomischen Gesetzen qualitativ neuen allgemeinen, wesentlichen, notwendigen, sich wiederholenden Zusammenhänge in den ökonomischen Beziehungen der Menschen besagt, daß diese Zusammenhänge in ihren Grundformen existierten, jedoch ohne schon ausgereift zu sein, weil ihre wichtigste Existenzbedingung, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, noch nicht ausgereift war. Man kann hier von eingeschränktem Wirken ökonomischer Gesetze des Sozialismus sprechen.

So steht außer Zweifel, daß es unter Führung der SED im Prozeß des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus gelang, die Realisierung und Mehrung des Volkseigentums in den Dienst der grundlegenden Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus zu stellen. Ähnliches gilt für das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Am 1. Oktober 1945 trat die Anordnung der SMAD in Kraft, die industrielle Produktion der sowjetischen Zone nach einem neu aufzustellenden Plan zu lenken. Diese Weisung, die als Geburtsurkunde der planmäßigen Leitung in unsere Wirtschaftsgeschichte eingegangen ist, stand in voller Übereinstimmung mit den Auffassungen der Partei. Schon auf der Konferenz zur Beratung der Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik (Dezember 1945/Januar 1946) und auf der 1. Reichskonferenz der KPD (März 1946) wurde die Notwendigkeit der Planung auf zentraler wie auf Länderebene und der Leitung des Neuaufbaus der Wirtschaft durch die Organe der Länder herausgearbeitet.

Aber nicht nur das; die Partei deckte den engen Zusammenhang zwischen Planung, Plandurchführung und schöpferischer Mitarbeit der Werktätigen auf, machte Aus-

²⁰ Lenin, W. I., Zwei Taktiken ..., a. a. O., S. 14, 39, 121.

sagen über den Einsatz neuer Wirtschaftskader und vermittelte die Erkenntnis, daß in der Leitung der Betriebe, in denen neue Aneignungsbeziehungen herrschen, der Kern des Wirtschaftsplanes besteht.

Das widerspiegelt sich auch in den Auffassungen marxistischer Politökonomen. Anfang 1949 schrieb zum Beispiel Alfred Lemmnitz: "An die Stelle aller blind und periodisch immer wieder zerstörend wirkenden Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft tritt ... das Gesetz der demokratischen Wirtschaftsplanung, des noch unvollendeten, in der Entwicklung begriffenen Gesetzes der sozialistischen Planwirtschaft. Denn nahezu alle Elemente der demokratischen Wirtschaftsplanung sind Elemente der sozialistischen Planwirtschaft."21

Dieser unter den Bedingungen der Existenz des Volkseigentums in der antifaschistisch-demokratischen Etappe gegebenen Wirkungsbeschränkung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus entsprach auch die Art und Weise der Berücksichtigung und Durchsetzung der allgemeinen ökonomischen Gesetze, die in allen oder mehreren Gesellschaftsformationen wirken, wie zum Beispiel des Wertgesetzes oder des Gesetzes der Ökonomie der Zeit.

Unter Berücksichtigung all dieser gesellschaftlich-ökonomischen Bedingungen muß festgestellt werden, daß die gesamte ökonomisch-theoretische Arbeit der Partei und der marxistischen Politökonomen in der Zeit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung eindeutig in den Bereich der politischen Ökonomie des Sozialismus gehört. Insgesamt sind drei Hauptschritte in der Entwicklung der ökonomischen Theorie im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung erkennbar. Sie widerspiegeln die reale ökonomische Entwicklung und zeigen, daß sie gesetzmäßig verlief.

Drei Hauptschritte in der Entwicklung der politökonomischen Theorie

Der erste Hauptschritt (1945/46) war durch die Notwendigkeit geprägt, grundlegende, vorwiegend programmatische Aussagen zur Errichtung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates zu machen. Hier sind zu nennen:

- der Aufruf der KPD an das deutsche Volk vom 11. Juni 1945,
- die Aussagen und Beschlüsse der 1. Funktionärskonferenz der KPD im Juni 1945,
- das Wirtschaftsprogramm der KPD vom März 1946 und
- die auf dem Vereinigungsparteitag der SED (April 1946) beschlossenen "Grundsätze und Ziele".

Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 muß als die bedeutungsvollste Verallgemeinerung sowohl aller bisherigen Kampferfahrungen der deutschen Arbeiterklasse wie der Lage in Deutschland am Ende des zweiten Weltkrieges auch in politökonomischer Hinsicht gewertet werden. In gleicher Weise wurden die vor dem deutschen Volk stehenden objektiv notwendigen Aufgaben formuliert.

In Anwendung der Leninschen Revolutionstheorie forderte die KPD den Kampf um die demokratische Republik, der der einzig richtige Weg sein konnte, um die werktätigen Massen an die sozialistische Revolution, an den Kampf um die Dik-

21 Lemmnitz, Alfred, Probleme der Sozialisierung. Eine Auseinandersetzung mit dem "freien Sozialismus", in: Die Arbeit, Nr. 2/1949, S. 42.

tatur des Proletariats heranzuführen. Mit ihrem Programm zeigten die Kommunisten, daß die Frage der politischen Macht, die antiimperialistische, demokratische Entwicklung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, und der Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Volkswirtschaft notwendig eine untrennbare Einheit bilden müssen. Daher ist die mitunter anzutreffende Auffassung, die ökonomische Komponente des KPD-Aufrufs sei lediglich in den die Ökonomik, das heißt die Wirtschaft betreffenden Forderungen zu finden, nicht haltbar.

Die im KPD-Aktionsprogramm entwickelte Eigentumskonzeption ging von den Hinweisen Marx' und Engels' aus, sie stützte sich auf die neuen Erkenntnisse Lenins und berücksichtigte die konkrete Situation, in der sich das deutsche Volk am Ende des zweiten Weltkrieges befand. Sie mußte der Tatsache Rechnung tragen, daß der konsequente Kampf um Demokratie auf der Tagesordnung stand.

So mußte die Partei zu den im Aufruf formulierten politökonomischen Auffassungen gelangen, die wie folgt zusammengefaßt werden können: Die künftigen Aneignungsbeziehungen werden teils demokratisch-gesellschaftlichen, teils privatkapitalistischen Charakter, teils den Charakter der einfachen Warenproduktion tragen; in den Schlüsselbereichen der Industrie wird das Eigentum des Volkes vorherrschen; in der Landwirtschaft wird das Privateigentum an Grund und Boden und den übrigen Produktionsmitteln dominieren; insgesamt werden sich Produktionsverhältnisse herausbilden, die zwar noch relativ weitgehend auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln beruhen, aber in immer stärkerem Maße von den Formen gesellschaftlicher Aneignung beeinflußt und bestimmt werden.

Die Dokumente der 1. Funktionärskonferenz der KPD, die in die Literatur zu Recht als das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung eingegangen sind, stellten in vieler Hinsicht eine Präzisierung des KPD-Aufrufs dar. Aus politökonomischer Sicht ist die Erklärung hervorzuheben, daß es nicht möglich sei, sofort die sozialistische Gesellschaft zu errichten, daß aber die Vermittlung der "wissenschaftlichen Erkenntnis der fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes über den Sozialismus in der Sowjetunion und über die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus" unmittelbar auf der Tagesordnung stehe.²² Damit wies die Partei auf einen außerordentlich bedeutsamen Zusammenhang hin: Die weitere Entwicklung unter Führung der marxistischen revolutionären Partei hängt von der Beherrschung der wissenschaftlichen Theorie ab, deren Kernstück die ökonomische Lehre ist.

Das Wirtschaftsprogramm der KPD vom März 1946 war "darauf gerichtet, das wissenschaftliche Denken der Produzenten und ihre Rolle als geschichtliche Handlungsträger zu entwickeln".²³ Im Programm wurden die wichtigsten vorhandenen wirtschaftlichen Disproportionen und die Notwendigkeit ihrer Überwindung aufgezeigt, es wurden richtungweisende Auffassungen zum Charakter der neu aufzubauenden deutschen Wirtschaft, zur Wirtschaftsplanung, zur neuen Rolle der Arbeiterklasse in Produktion und Planung und zum Verhältnis Staat - Wirtschaft dargelegt.

Im Wirtschaftsprogramm wurde bewiesen, daß es weder möglich war, an die Grundsätze der faschistischen Wirtschaftsführung "noch an die Grundsätze der

²² Ulbricht, Walter, Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates, Berlin 1958, S. 30.

²³ Müller, Hans/Reißig, Karl, Die Entwicklung des ökonomischen Systems im Sozialismusbild der SED, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 6/1968, S. 883.

sogenannten freien Wirtschaft in der Zeit vor 1933" anzuknüpfen, noch konnte "der Aufbau unserer Wirtschaft zur Zeit ein sozialistischer sein".²⁴ Schlußfolgernd hieß es: "Der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft vollzieht sich auf der Grundlage veränderter kapitalistischer Bedingungen im Rahmen einer neuen, demokratischen Ordnung."²⁵ Das bedeutete, durch die Übereignung der Betriebe der Monopole und Nazis an die Landes- und Stadtverwaltungen waren viele "Betriebe zu Betrieben staatlichen Charakters geworden", und "die privatkapitalistische Wirtschaft insbesondere in der sowjetischen Besatzungszone [stützte sich nunmehr] im wesentlichen auf Mittel- und Kleinbetriebe".²⁶

Schließlich wurde zum neuen Inhalt des Verhältnisses Staat - Wirtschaft ausgesagt: "Die Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden, Provinzen bzw. Länder, an ihrer Spitze die Zentralverwaltungen für die Wirtschaft, planen, lenken und kontrollieren die Wirtschaft."²⁷

Die ganze Tragweite dieser Feststellung muß richtig erkannt werden. Es handelt sich hier nicht nur um eine Aussage, die viele weitere theoretische Fragen aufwarf, es handelt sich auch um die theoretische Erfassung erstmalig auftretender ökonomischer Erscheinungen: neben dem volkseigenen Bereich relativ breite kapitalistische Bedingungen und Planung, Lenkung und Kontrolle durch die staatlichen Machtorgane als wesentliches Attribut der neuen Ordnung! Die weitere Entwicklung in der DDR bewies, daß dies nicht nur kein Widerspruch in der Theorie war, sondern Ausdruck der Anwendung der marxistisch-leninistischen Lehre auf die konkreten Erfordernisse.

Mit den "Grundsätzen und Zielen" schuf die Partei eine der wichtigsten theoretischen Plattformen für die wissenschaftliche Ausarbeitung des kontinuierlichen Weges über die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern zur Diktatur des Proletariats, über die antifaschistische zur sozialistischen Demokratie, über das demokratische zum sozialistischen Volkseigentum, über die demokratische zur sozialistischen Leitung und Planung, über die kapitalistische Warenproduktion zu den Warenbeziehungen im Sozialismus, mit einem Wort, über eine demokratische bis hin zur sozialistischen Volkswirtschaft.

Das Charakteristikum dieses ersten Hauptschrittes politökonomischer Theorieentwicklung bestand somit in der Anwendung grundlegender Erkenntnisse auf die konkreten Bedingungen, in der Herausbildung des Wesens der antifaschistisch-demokratischen Wirtschaftsordnung sowie der Notwendigkeit der Aneignung solcher ökonomischer Kenntnisse durch einen möglichst breiten Kreis der Werktätigen.

Inhalt des zweiten Hauptschrittes (1946 bis 1948) war die weitere Ausarbeitung ökonomischer Existenz- und Entwicklungsbedingungen der antifaschistisch demokratischen Ordnung. Im Mittelpunkt standen hier:

- ökonomische Probleme des "Nah- und Fernziels" der Partei,
- ökonomische Begründungsaspekte der demokratischen Reformen,
- die Analyse der ökonomischen Kategorie Volkseigentum und
- weiterführende theoretische Überlegungen zur Leitungs- und Planungstätigkeit in der Wirtschaft.

²⁴ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 387.

²⁵ Ebenda, S. 388

²⁶ Ebenda, S. 387.

²⁷ Ebenda, S. 397.

Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von ökonomischen Hauptproblemen des "Nah- und Fernziels" der Partei bestätigte sich deutlich die Gesetzmäßigkeit, daß sich die politische Ökonomie des Sozialismus nur in ständiger und konsequenter Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Theorien und ihren rechten und "linken" revisionistischen Ablegern entwickeln und behaupten kann. Die bürgerlichen, kleinbürgerlichen und revisionistischen Ideologen erkannten, daß sie nicht mehr umhin konnten, dem Volk eine Zukunft zu offerieren, die Demokratie und schließlich Sozialismus heißt. Diesem Umstand Rechnung tragend, wärmten sie alte pseudo-sozialistische Theorien auf, erfanden neue und verbreiteten sie mit dem Ziel, die wissenschaftlich begründete Strategie der Partei zu verfälschen.

Es seien nur einige der wichtigsten feindlichen Theorien, gegen die sich die marxistisch-leninistische Wissenschaft siegreich behauptete, genannt.

Die richtige Forderung, beim Neuaufbau die spezifischen nationalen und historischen Bedingungen zu berücksichtigen, wurde von revisionistischen Kräften in die Theorie vom "besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" verwandelt. Das Wesen dieser Theorie bestand in der Negation der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus.

Ein gefährlicher Trick der opportunistischen sozialdemokratischen Führung bestand - ganz wie im Jahre 1918 - in der These vom "Sozialismus als Gegenwartsaufgabe". Oft gepaart mit der Behauptung, der Kapitalismus sei bereits zusammengebrochen, sollten die Arbeiter vom Kampf um die Lösung antifaschistisch-demokratischer Aufgaben abgehalten und die Machtpositionen der Monopole nicht angetastet werden.

Mit der Theorie von der "Beseitigung der modernen Warenproduktion" und "Individualisierung der Produktion" wurde der Rückkehr zur Zünflerei, zur Verwandlung der Arbeiterklasse in Handwerker das Wort geredet. Mit diesem Unsinn zielten die Feinde des Sozialismus allen Ernstes darauf ab, die sozialistische gesellschaftliche Wirtschaft zu verunglimpfen und unter der Arbeiterschaft kleinbürgerliche Illusionen zu erzeugen.

Schließlich sei noch die "Theorie von den drei Grundtypen der Wirtschaft" (1. die "freie, private Unternehmerwirtschaft", 2. die "Staatwirtschaft", 3. die "geleitete Unternehmerwirtschaft") genannt. Mit ihrer Hilfe wurde nicht nur übelste Antisowjethetze betrieben, sondern auch versucht, den Arbeitern das staatsmonopolistische Wirtschaftssystem schmackhaft zu machen.

Mit derartigen, dem Wesen nach oft gleichen pseudowissenschaftlichen Gebilden mußten sich schon Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest" auseinandersetzen. Jetzt waren diese antimarxistischen Entstellungen modern aufpoliert und an die reale politisch-ökonomische Lage angepaßt worden. Besonders gefährlich waren sie dadurch, daß in einer Situation, als das deutsche Volk unmittelbar vor der Entscheidung über sein weiteres Schicksal stand, viele Menschen infolge ihrer politisch-moralischen Verwirrung auch für Pseudotheorien leicht zugänglich waren. Nur indem diese Entstellungen der marxistisch-leninistischen Lehre bekämpft und gesellschaftlich unwirksam gemacht wurden, konnten die weiteren ökonomischen Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung erfolgreich theoretisch vorbereitet und praktisch verwirklicht werden.

So bestand das Wesentliche der ökonomischen Theorieentwicklung in dem genannten zweiten Hauptschritt darin, daß die Politische Ökonomie des Sozialismus auf der Grundlage der Erkenntnisse der Klassiker und der Erfahrungen der Sowjetunion eine Reihe von Gesetzmäßigkeiten und allgemeinen Zusammenhängen der

revolutionär-demokratischen Diktatur und ihrer ökonomischen Verhältnisse unter den zweifellos besonders komplizierten Bedingungen in Deutschland widerspiegelte und zur Richtschnur der ökonomischen Politik wurde.

Der dritte Hauptschritt (1948 bis 1949/50) war durch die Notwendigkeit charakterisiert, neue politökonomische Erkenntnisse zu erlangen, nachdem ein gewisser Abschluß in der Herausbildung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung erreicht war. Das ökonomische Hauptmerkmal dieser neuen Qualität bestand darin, daß die ökonomische Festigung der Volksmacht nicht mehr vorrangig durch Enteignung, sondern durch die Schaffung des Übergewichts des volkseigenen Sektors mit ökonomischen Mitteln zur zentralen Aufgabe wurde. Die Währungsreform war durchgeführt, wichtige Voraussetzungen für eine langfristige Planung und zentrale Leitung der Wirtschaft waren entstanden. Der Halbjahrplan 1948 zum Wiederaufbau und zur Entwicklung der Friedenswirtschaft wurde - zum Teil vorfristig - erfüllt. Die volkseigenen Betriebe hatten sich zu "Keimzellen der sozialistischen Ökonomik"²⁸ entwickelt.

Politisch existierten stabile, zum Teil zentrale Machtorgane der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), seit Februar 1948 mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, übernahm als zentrales Organ die gesetzgeberische und administrative Verantwortung für den Wirtschaftsablauf in der gesamten sowjetischen Besatzungszone.

Der Kampf der Arbeiterbewegung erhielt in der sowjetischen Besatzungszone einen neuen Inhalt. Jetzt ging es nicht mehr um die Beseitigung des Imperialismus, sondern in den Vordergrund traten die politische und ökonomische Konsolidierung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit allen anderen werktätigen Klassen und Schichten. Die SED hatte konsequent den Weg zur Partei neuen Typus beschritten.

Auf dieser Grundlage begannen neue ökonomische Gesetze und Gesetzmäßigkeiten zu wirken. Zwar waren sie im wesentlichen noch nicht formuliert, jedoch wurden wichtige ihrer Seiten, Erfordernisse und Wirkungsbedingungen erforscht. Ihre konkrete Ausnutzung erforderte die theoretische Bewältigung einer Reihe von Problemen durch die Politökonomien:

- Betrachtungen zum neuen Charakter der Arbeit, über Wesen, Stellung und Aufgaben des volkseigenen Betriebes,
- Probleme längerfristiger Planung und einheitlicher Leitung des volkseigenen Sektors der Wirtschaft,
- Fragen zum Wesen und zur Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität,
- Verallgemeinerung erster Formen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung und
- Anfänge der Auseinandersetzungen über das Verhältnis von gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen.

Die grundlegende Gesetzmäßigkeit der Herausbildung dieses Niveaus der politökonomischen Theorie besteht darin, daß sich immer deutlicher die Konturen von Elementen der sozialistischen Ökonomik abzeichneten, die Gründung der DDR als Staat der politischen Macht der Arbeiterklasse - vor allem auf der Grundlage innerer Entwicklungsbedingungen - auf der Tagesordnung stand, daß Charakter und Entwicklungsstand der Produktivkräfte sowie die Produktionsverhältnis-

²⁸ Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, Berlin 1966, S. 254.

se in Richtung einer einheitlichen, langfristigen Volkswirtschaftsplanung, das heißt auf die eindeutig sozialistische Realisierung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln drängen.

Im Verlauf des demokratischen Aufbaus wurden die Lehren der politischen Ökonomie des Sozialismus zu einem immer wichtigeren Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterklasse gegen alle imperialistischen Restaurationsbestrebungen. Es ist, so wurde bereits betont, gesetzmäßig, daß die ökonomische Theorie des Sozialismus sich ständig erneut im offensiven Kampf gegen alle ihr feindlichen Anschauungen und Ideologien durchzusetzen hat.

Während in der Etappe von 1945 bis 1949 die Versuche im Vordergrund standen, eine mit dem Charakter der Gesellschaftsepoche übereinstimmende Entwicklung in Deutschland von vornherein zu vereiteln, kam es den imperialistischen Kräften nach der Gründung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates darauf an, das Rad der Entwicklung wieder zurückzudrehen, zumindest aber einen weiteren Vormarsch der DDR in Richtung Sozialismus nicht zuzulassen.

Ständig wurde von der Partei betont, daß der Kampf gegen feindliche Theorien einerseits und die offensive Darlegung der marxistisch-leninistischen Lehre andererseits eine Einheit bilden. So wurde zum Beispiel in der Entschließung der 7. Tagung des ZK der SED (Oktober 1951) festgestellt: "Ideologische Erziehung - das ist der Kampf um die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Lehre bei gleichzeitiger Überwindung aller feindlichen Ideologien." Die wissenschaftlich-ideologische Arbeit der Partei muß sich darauf erstrecken, "die hinterhältigen Methoden und Mittel aufzudecken, zu denen der Feind bei seinen Versuchen, die schöpferische Arbeit der Partei und der Arbeiterklasse zunichte zu machen, greift."²⁹

Nach der Gründung der DDR, zum Zeitpunkt der Ausarbeitung und des Beginns des ersten Fünfjahrplans (1950/51), waren bei weitem nicht alle Quellen kapitalistischer Restauration beseitigt. Das nutzten die reaktionären Kräfte sowohl im Innern als auch außerhalb der DDR aus und konzentrierten sich stark auf die Bekämpfung des wirtschaftlichen Aufbaus in der DDR. Unter diesen Bedingungen hatte die politische Ökonomie des Sozialismus in der DDR ihren spezifischen Beitrag im Klassenkampf und zur Abwehr des verstärkt forcierten "kalten Krieges" zu leisten. Sie hatte im Grunde einen Drei-Fronten-Kampf zu führen: gegen die offen-reaktionären Auffassungen innerhalb und außerhalb der DDR, gegen die Duldung oder ungenügende Entlarvung unwissenschaftlicher oder wissenschaftsfeindlicher Lehren unter den eigenen Ökonomen und gegen noch vorhandene Vorbehalte und reformistische Anschauungen unter der Arbeiterklasse und den Werktätigen in bezug auf die Grundprobleme der Wirtschaftspolitik sowie gegen aus der Zeit des Kapitalismus überkommene Auffassungen.

Keine dieser drei Fronten durfte unterschätzt werden, und eine wichtige, allgemeingültige Lehre besteht darin, daß ein enger Zusammenhang zwischen diesen "Kampffeldern" besteht, daß sie sich gegenseitig durchdringen und unter gegebenen konkreten Bedingungen diese oder jene "Front" besonderes Augenmerk und erhöhte Wachsamkeit erfordert.

So ist in ökonomisch-theoretischer Hinsicht - und nicht nur in dieser - die Zeit des Aufbaus und der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung

29 Entschließung der 7. Tagung des ZK der SED 1951, in: Dokumente der SED, Bd. 3, Berlin 1952, S. 573.

in der DDR, des Übergangs zum planmäßigen sozialistischen Aufbau, ein wichtiger und lehrreicher Abschnitt revolutionärer Geschichte. Seine theoretische Analyse deckt eine Reihe wissenschaftlicher Erkenntnisse auf, die auch in weiterer Zukunft hohe Wertschätzung erhalten werden.

"... DAS WERK SAMT DER WISSENSCHAFT AUF DEN NUTZEN RICHTEN..."

Aus der Frühgeschichte der Berliner und der Petersburger Akademie der Wissenschaften

von Conrad Grau

Einführung

Rußlandkontakte der Berliner Akademie (1700 bis 1726)

Zur Geschichte der Drucklegung von Jakob Leupolds "Theatrum machinarum" (1718 bis 1724)

Geographisch-naturwissenschaftliche Forschungsexpeditionen der Petersburger Akademie (1724 bis 1740)

Einführung

In der Denkschrift vom März 1700, die Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 bis 1716) verfaßt hat, um den Kurfürsten von Brandenburg endgültig von der Notwendigkeit der Gründung einer Akademie in Berlin zu überzeugen, stehen seine seither oft zitierten Worte: "Solche kurfürstl. Sozietät müßte nicht auf bloße Kuriosität oder Wissensbegierde und unfruchtbare Experimenta gerichtet sein oder bei der bloßen Erfindung nützlicher Dinge ohne Applikation und Anbringung beruhen . . . , sondern man müßte gleich anfangs das Werk samt der Wissenschaft auf den Nutzen richten und auf solche Specimina denken, davon der hohe Urheber Ehre und das gemeine Wesen ein Mehreres zu erwarten Ursach habe. Wäre demnach der Zweck, theorium cum praxi zu vereinigen, und nicht allein die Künste und die Wissenschaften, sondern auch Land und Leute, Feldbau, Manufakturen und Kommerzien, und mit einem Wort, die Nahrungsmittel zu verbessern . . ."1

Obwohl der Bezugspunkt von Leibniz in diesem Falle die im Juli 1700 gegründete Berliner Akademie war, drücken seine Ausführungen doch das Grundanliegen seiner vielfältigen Akademiepläne aus, die bekanntlich zu seinen Lebzeiten nur in Berlin zum Erfolg führten. Die von Leibniz beim sächsischen Kurfürsten in Dresden und beim Kaiser in Wien angeregten Akademien der Wissenschaften wurden erst im folgenden Jahrhundert (1846) Wirklichkeit, nun freilich unter völlig veränderten Bedingungen. Leibniz erlebte auch nicht mehr die Gründung der Petersburger Akademie im Jahre 1724 durch Peter I. (1672 bis 1725). Teil der langen Vorgeschichte dieser Akademie, deren Schaffung den Höhepunkt der Reformpoli-

1 Zit.nach Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (im folgenden: Geschichte), im Auftrage der Akademie bearb. v. Adolf Harnack, Bd. 2, Berlin 1900, S. 76.

tik des russischen Zaren auf dem Gebiet der Wissenschaft darstellt, sind auch die Gespräche Peters mit Leibniz und dessen schriftliche Äußerungen über eine Akademie in Rußland, dem sein Interesse viele Jahrzehnte hindurch galt.² Ebenso wie in dem oben genannten Dokument verwies Leibniz auch in der von ihm entworfenen "Generalinstruktion" der Berliner Akademie vom 11. Juli 1700 auf die guten Beziehungen des brandenburgischen Kurfürsten zum russischen Zaren, der zu dem "durch der Sozietät Aufrichtung abzielenden gemeinnützigen Zweck ein Großes beitragen kann". Gemeinsam sollte daher veranlaßt werden, daß in Rußland "nützliche Observaciones astronomicae, geographicae, dabeneben nationum, linguarum et morum rerumque artificialium et naturalium nobis incognitarum und dergleichen gemachet und der Sozietät zugeschickt werden."³

Die Akademie der Wissenschaften der DDR kann zugleich mit der 275. Wiederkehr des Gründungstages der Berliner Akademie auch den 275. Jahrestag ihrer Beziehungen zu Rußland und der UdSSR begehen. Seit der Gründung der Petersburger Akademie im Jahre 1724, also seit 250 Jahren, bestehen - von wenigen kurzfristigen Unterbrechungen abgesehen - fruchtbare Kontakte zwischen beiden Forschungsstätten.

Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft hat die traditionelle Zusammenarbeit dieser beiden Akademien als Bestandteil internationaler Verbindungen zwischen den Akademien stets als wertvolles Erbe gepflegt, wobei niemals aus dem Auge verloren wurde, daß sich die Formen dieser Kommunikation ständig gewandelt haben. Die gesellschaftliche Entwicklung und der Wissensstand ließen in der Übergangsphase vom Feudalismus zum Kapitalismus, in der beide Akademien gegründet wurden, nur einfache Formen der Begegnung zu. Individuelle Kontakte einzelner Wissenschaftler untereinander standen dabei im Vordergrund. Sie fanden Ausdruck vor allem in der wissenschaftlichen Korrespondenz als einem Hauptmittel der Information in damaliger Zeit und in wechselseitigen Wahlen zu Mitgliedern der Akademien. Aber auch erste Ansätze einer direkten Zusammenarbeit lassen sich erkennen. Diese müssen freilich aus dem Kontext des damals Möglichen verstanden und dürfen nicht an heutigen Formen der Kooperation und der Integration zwischen der AdW der DDR und der AdW der UdSSR gemessen werden.

Diese gegenwärtige Zusammenarbeit zwischen den beiden Akademien, die große Bereiche der natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Forschung einbezieht, findet ihre Grundlage in erster Linie in den nach der sozialistischen Revolution in beiden Ländern geschaffenen Forschungsbedingungen für die Akademien und in der unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution enorm gesteigerten Potenz der Wissenschaft als unmittelbarer Produktivkraft der Gesellschaft. Der schon von Leibniz in der Zeit der aufsteigenden kapitalistischen Gesellschaft

² Vgl. Guerrier Ger' é, V. J., Leibniz in seinen Beziehungen zu Rußland und Peter dem Großen. Eine geschichtliche Darstellung dieses Verhältnisses nebst den darauf bezüglichen Briefen und Denkschriften, Petersburg/Leipzig 1873; Richter, Lieselotte, Leibniz und sein Rußlandbild, Berlin 1947; Andreev, A. I., Osnovanie Akademii nauk v Peterburge, in: Petr Velikij. Sbornik statej, Bd. 1, Moskau/Leningrad 1947, S. 284 - 333. - Zur Bedeutung und Geschichte der Berliner Akademie vgl. Klare, Hermann/Hartkopf, Werner, Die Akademie der Wissenschaften der DDR. Zum 275. Jahrestag der Gründung der Akademie, Berlin o. J. [1974]

³ Zit. nach Geschichte, a. a. O., S. 106.

geforderte "Nutzen", dem die Akademien unter bürgerlichen Bedingungen stets nur sehr bedingt gerecht werden konnten, gewinnt heute folglich nicht nur neue Dimensionen, er gründet sich auch auf optimale Realisierungsbedingungen. Dabei sind die Forderungen von Leibniz in der gegenwärtigen Akademiearbeit im Hegelschen Sinne aufgehoben.

"Der Mensch", sagte Lenin, "hat in seiner praktischen Tätigkeit die objektive Welt vor sich, ist von ihr abhängig, läßt durch sie seine Tätigkeit bestimmen", wobei er "durch seine Praxis die objektive Richtigkeit seiner Ideen, Begriffe, Kenntnisse, seiner Wissenschaft beweist."⁴ Die große Rolle der Praxis für die Erkenntnistheorie, aber auch für den Fortschritt der Wissenschaft muß sich unter unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen notwendigerweise verschieden realisieren. Die objektive Welt, die der Mensch in seiner praktischen Tätigkeit vor sich hat, muß er aber in jedem Falle in ihren Gegebenheiten und deren Eigenschaften und Relationen zunächst kennen, bevor er sie nutzend umgestalten kann. Einige Aspekte des Nutzens der Wissenschaft unter den Bedingungen der Übergangsphase vom Feudalismus zum Kapitalismus sollen anlässlich der Jubiläen der Akademien in Berlin und Moskau an Beispielen aus der Frühgeschichte beider Akademien und ihrer Beziehungen zueinander im folgenden dargelegt werden.

Rußlandkontakte der Berliner Akademie (1700 bis 1726)

Die Berliner Akademie hat den ihr bei ihrer Gründung gestellten Auftrag, die Beziehungen zu Rußland in den Kreis ihrer Arbeiten einzubeziehen, von Anfang an ernst genommen. Dabei stand der Fortschritt der Wissenschaft, vor allem auf naturwissenschaftlichem Gebiet, im Mittelpunkt der Bemühungen, die sich über Rußland hinaus auch bis nach Ostasien, insbesondere nach China, erstreckten, aber oftmals in religiösem Gewand auftraten. Diese Verquickung von Religion und Wissenschaft muß aus den gesellschaftlichen Bedingungen der damaligen Zeit verstanden werden und darf nicht den Blick für das historische Wesentliche trüben; denn für Leibniz "selber war unzweifelhaft nicht die Christianisierung der fernen Länder die Hauptsache, sondern die Bereicherung des Wissens".⁵ Als kompliziert erwies sich dabei die Aufgabe, entsprechende Partner zu finden. Die Frühgeschichte der Rußlandkontakte der Berliner Akademie ist zum großen Teil die Geschichte der Suche nach Wegen für die Zusammenarbeit, wie gerade die folgenden Beispiele zeigen.

Seit dem Herbst 1701 verhandelte die Akademie mit dem Drucker Elias Kopiewicz (И' ja Kopiewskij, gest. 1714) über den Erwerb von dessen Druckerei mit kyrillischen Typen in Holland. In einem entsprechenden Memorandum heißt es dazu, "daß [es] dienlich [sei], slavonische Druckereien anzustellen", um - das durfte nicht fehlen - die Missionstätigkeit ("Negotium Missionum"), vor allem aber die "Kommerzien", die "Manufakturen" und die "Untersuchung der Naturalien jedes

4 Lenin, W. I., Philosophische Hefte, in: Werke, Bd. 38, Berlin 1964, S. 178, 181.

5 Geschichte, a. a. O., Bd. 1, S. 82; vgl. auch ebenda, S. 45, 52. - Die im vorliegenden Artikel verwendeten Quellen sind bereits benutzt in Grau, Conrad, Petrinische kulturpolitische Bestrebungen und ihr Einfluß auf die Gestaltung der deutsch-russischen wissenschaftlichen Beziehungen im ersten Drittel des 18. Jh., phil. Habil.-Schr., Humboldt-Universität Berlin 1966 (Ms.).

Orts sehr genau" zu fördern. Die Verhandlungen, die Kopiewicz dann 1702 selbst in Berlin führte, haben sich zerschlagen. Er verkaufte einen Teil seiner Drucktypen an August Hermann Francke (1663 bis 1727) in Halle, der seit 1701 Abwesendes Mitglied der Berliner Akademie war und selbst weit ausgreifende Rußlandpläne verfolgte. Kopiewicz ging später nach Rußland.⁶

Dieser Plan von 1701/02 war der erste Rußlandplan der Sozietät. Er mußte scheitern, weil er von falschen Voraussetzungen ausging, weil er Rußland als Objekt betrachtete. Die Gedanken von Leibniz und seinen Gesinnungsfreunden, Rußland in eurasische Wissenschaftspläne einzubeziehen, waren bestechend und originell. Ihrem Ziel konnten sie aber nur näher kommen, wenn sie sich in die kulturellen Reformen in Rußland selbst einfügten, die von der Politik Peters I. und seiner Mitstreiter ausgingen. Vor allem Leibniz hat das sehr bald erkannt und sich bemüht, in diesem Sinne auch auf die Berliner Akademie einzuwirken. In den Beziehungen der Sozietät zu Rußland traten im Laufe der Jahre mehr und mehr Überlegungen in den Vordergrund, wie man die kulturellen Reformen unterstützen, wie man wissenschaftliche Nachrichten aus diesem Land erhalten konnte.

Als eine Art Rußlandkorrespondent der Akademie fungierte der sonst wenig bekannte Jost Heinrich Brochhausen, ein seit 1703 als Kriegsrat in russischen Diensten stehender Deutscher. Brochhausen hatte geplant, in Rußland Manufakturen zu errichten, und wurde tatsächlich dort tätig. Er war ein Neffe des Rußlandkundlers Heinrich Wilhelm Ludolf (1655 bis 1712) und stand in enger Verbindung mit Francke, dessen Rußlandpläne er unterstützte.⁷

Über die Bemühungen von Brochhausen, in Rußland Materialien zu sammeln, die das Interesse der Berliner Akademie finden konnten, haben sich einige Dokumente erhalten. Sein Korrespondenzpartner war seit 1704 der Sekretar der Berliner Akademie, Johann Theodor Jablonski (1654 bis 1731). Auf der Grundlage von 28 Fragen, die "dem Hrn. Kriegsrat Brochhausen nacher Moskau mitgegeben worden 1704", hat Brochhausen der Akademie 1705 einen Bericht geschickt. Darin gab Evert Isbrandsz Ides (1657 bis 1706), der im Auftrage der russischen Regierung 1692 bis 1694 durch Sibirien nach China gereist war, Auskunft über die Möglichkeit, während der Reise durch Sibirien "Observationes astronomicas, magneticas et alias" anzustellen. Die Frage, ob es Reisenden erlaubt wäre, unterwegs in Sibirien "in naturalibus, geographicis, item wegen ihrer Sprache und sonst andern an sich präjudizierlichen Dingen sich zu unterreden und solche aufzuzeichnen", wurde von Ides mit "gar wohl" beantwortet.⁸ Hier wird deutlich, in welche Rich-

⁶ Vgl. Geschichte, a. a. O., Bd. 2, S. 147, 144; Zentrales Archiv der Akademie der Wissenschaften der DDR (im folgenden: AAW), I: I, 3, Bl. 22 - 29 v. - Diese Dokumente über die Beziehungen von Kopiewicz zur Berliner Akademie benutzte bereits Bykova, T. A., Knigoizdatel' skaja dejatel' nost' Pl' i Kōpievskogo i Jana Tessinga, in: Opisanie izdanij napečatannyh kirillicej. 1689 - janvar' 1725 g., Moskau/Leningrad 1958, S. 328 - 332, dort auch die weitere Literatur. Hier und weiterhin erfolgen die Angaben über die Mitglieder der Akademie nach Die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. 1700 - 1950, im Auftrage der DAW zu Berlin bearb. v. Amburger, Erik, Berlin 1950.

⁷ Vgl. Tetzner, Joachim, H. W. Ludolf und Rußland, Berlin 1955; Winter, Eduard, Halle als Ausgangspunkt der deutschen Rußlandkunde im 18. Jahrhundert, Berlin 1953.

⁸ Vgl. AAW, I: IV, 1, Bl. 20 - 20 v; I: V, 3, Bl. 44 - 48, 56 a, 58 - 66 v, 67 - 70 v (Bericht und Brief Brochhausens v. 15. 7. 1705).

tung das Interesse der Berliner Akademie zielte. Die geknüpfte Verbindung erwies sich allerdings sehr schnell als nicht tragend. Ides, dessen Bericht 1704 auch im Druck erschien, ist schon 1706 in Grodno gestorben.

Zusammen mit dem Bericht über seine Gespräche mit Ides informierte Brochhausen in Berlin auch über einen in russischen Diensten stehenden, namentlich nicht bekannten Generalmajor, der im Auftrage Peters I. in Sibirien tätig gewesen war. Das geschah offensichtlich im Zusammenhang mit der bergbaulichen Erschließung des Urals seit dem Ende des 17. Jahrhunderts, denn Brochhausens Bekannter "laboriert beständig in Chymicis und verfertiget viele köstliche Arzneien", er schenkte ihm Erzproben aus Sibirien. Diese sandte Brochhausen über den Königsberger Mediziner Philipp Jakob Hartmann (1648 bis 1707), Abwesendes Mitglied der Berliner Akademie seit 1701, an die Berliner Akademie. Die "sibirischen Erzproben" sind tatsächlich Ende Dezember 1704 in Berlin eingetroffen.⁹

Brochhausen, dessen Aktivität an die im 17. und 18. Jahrhundert höchst agilen Projektemacher erinnert, sah schon nach kurzem Aufenthalt in Rußland Möglichkeiten für die Intensivierung der Forschung und natürlich auch der Mission. Er wollte in Moskau Ausländer ansiedeln, für die er ein Programm entwickelte, um dessen wenigsten teilweise Realisierung von Berlin aus jahrelang gerungen wurde: "1. Die Ausbreitung des Reiches Gottes unter so großen Nationen. 2. Die Entdeckung vieler Schätze und Geheimnisse der Natur in mineralibus, animalibus et vegetabilibus. 3. Exkolierung der oberen und unteren Matheosin, Astronomia et Geographia. 4. Erweiterung der Schiffahrt. 5. Commercias mit sonst unbekanntem Nationen. 6. Nachbarschaft mit den Chinesern und leichtere Konversation mit ihnen und 7. kann mancher Mensch, der nur gottesfürchtig und ehrlich ist und was versteht, daselbst employeret werden, welcher in seinem Vaterlande krepieren müßte."¹⁰

Über den Plan von Brochhausen informierte Jablonski auch Leibniz, weil "dessen Wichtigkeit vielleicht ein weiteres Nachdenken verdienet".¹¹ Doch hat sich Leibniz dazu nicht geäußert, wahrscheinlich weil er das Unrealistische eines solchen Vorhabens erkannte. Es lief letzten Endes darauf hinaus, in Rußland eine Art "Wissenschaftler-Kolonie" zu schaffen, die stets ein Fremdkörper hätte bleiben müssen, wenn sie keine russische Einrichtung wie die 1724 gegründete Petersburger Akademie der Wissenschaften war. So sind diese Pläne der Berliner Akademie ebenso gescheitert wie die über Kopiewicz verfolgten Absichten und wie das folgende Rußlandunternehmen, das die Akademie 1711 einleitete.

Im Zusammenhang mit der Heirat des Carevič Aleksej Petrovič (1690 bis 1718) mit der Prinzessin Charlotte von Braunschweig-Wolfenbüttel (1694 bis 1715) im Jahre 1711 glaubten einige Mitglieder der Berliner Akademie in der Bestimmung des Ehekontraktes, wonach die deutsche Prinzessin ihren Glauben beibehalten

⁹ Vgl. AAW, I: IV, 1, Bl. 27.

¹⁰ AAW, I: V, 3, Bl. 67 - 70 v, J. H. Brochhausen an J. Th. Jablonski, Moskau, 15. 7. 1705. - Auf die Dokumente verwies bereits Amburger, Erik, Beiträge zur Geschichte der deutsch-russischen kulturellen Beziehungen (im folgenden: Beiträge), Gießen 1961, S. 110.

¹¹ Vgl. Berichte des Sekretars der Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften J. Th. Jablonski an den Präsidenten G. W. Leibniz (1700 - 1715), nebst einigen Antworten von Leibniz, hg. v. Adolf Harnack, Berlin 1897, S. 34 f. = Abhandlungen der Kgl. Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jg. 1897.

und Prediger mit nach Rußland nehmen durfte, eine Möglichkeit zu erkennen, um in Rußland Fuß zu fassen. Besonders eifrig setzte sich hier der Theologe Johann Michael Heineccius (1674 bis 1722), Abwesendes Mitglied der Berliner Akademie seit 1707, ein, der 1711 im Zusammenhang mit der erwähnten Heirat nicht zufällig seine "Abbildung der alten und neuen griechischen Kirche" im Auftrage des preußischen Hofes hatte "schreiben müssen".¹² Das Werk ist unabhängig von dem zeitbedingten Anlaß ein wichtiges Dokument der deutschen Rußlandkunde im frühen 18. Jahrhundert, es enthält auf 84 Seiten die erste im Ausland gedruckte umfassende Bibliographie zur russischen Geschichte.

Heineccius' Plan einer mit wissenschaftlichen Aufgabenstellungen verquickten Rußlandmission wurde in der literarisch-orientalischen Klasse der Berliner Akademie am 19. November 1711 ausführlich diskutiert. Es wurde beschlossen, die Gründung einer Art ständiger Filiale der Berliner Akademie in Moskau ins Auge zu fassen. Der einzige, der sich energisch gegen eine derartige illusorische Verquickung von Religion und Wissenschaft wandte, war das Akademiemitglied Johann Leonhard Frisch (1666 bis 1743) als bester Rußlandkenner der Akademie: "Er habe aus vielen Proben gemerket, daß die Russen der weltlichen Wissenschaften gar sehr begierig sind, sonderlich was die Mathesis und Historie betrifft, und sich dadurch sehr einnehmen lassen, in Religions- und Glaubenssachen seien sie sehr empfindlich und können nicht leiden, daß daran auf einige Weise gerühret werde".¹³ Leibniz, der mit Zar Peter direkt über die Fragen wissenschaftlicher Beziehungen verhandelt hatte, stand ganz auf der Seite von Frisch und hat den übereifrigen und für die weitere Zusammenarbeit sogar gefährlichen Plan der Berliner Akademie verhindert. Nicht eine Filiale der Berliner Akademie für Forschungen in Rußland wäre das Ziel, sondern daß aus Wissenschaftlern in Rußland selbst "ein Collegium formiert werden könnte, so mit Königl. Sozietät [in Berlin] in genauer Korrespondenz stünde".¹⁴

Der Kreis derjenigen, die Leibniz hier im Auge hatte, war zwar recht klein, aber einflußreich, da er dem Zaren unmittelbar nahestand. Zu ihm gehörten neben dem wissenschaftlich hochgebildeten Generalfeldzeugmeister Jakob Bruce (1670 bis 1735), einer Schlüsselgestalt der petrinschen Kulturpolitik, und Heinrich von Huyssen (1666 bis 1739), der Erzieher des Carevič war und bedeutende Beiträge zum westeuropäischen Rußlandbild geleistet hat, vor allem die Ärzte des Zaren, die wie ihre Fachkollegen in anderen Ländern naturwissenschaftlich stark interessiert waren. Überhaupt sind es im 17. und 18. Jahrhundert zum großen Teil gerade auch Mediziner gewesen, die wesentliche Beiträge zur naturwissenschaftlichen Forschung und zu ihrer Organisation geleistet haben. In Rußland waren es in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts neben anderen die Ärzte Johann Justin Döhnel (1661 bis 1711), Robert Areskin (Erskine; 1677 bis 1718) und Laurentius (Lavrentij Lavrent' evič) Blumentrost (1692 bis 1755), der erste Präsident der Petersburger Akademie der Wissenschaften. Die meisten der hier Genannten hat Leibniz bei seinem Zusammentreffen mit Peter 1711 in Torgau auch

12 Landesbibliothek (im folgenden: LB) Gotha, B 670, Vol. IV, Nr. 71 (J. M. Heineccius an NN, Halle, 4. 5. 1722).

13 AAW, I: IV, 39, Bl. 9 v- 14 (Protokolle der literarisch-orientalischen Klasse 1711 - 1742); vgl. auch Benz, Ernst, Leibniz und Peter der Große. Der Beitrag Leibnizens zur russischen Kultur-, Religions- und Wirtschaftspolitik seiner Zeit, (West-)Berlin 1947, S. 70 - 77 = Leibniz zu seinem 300. Geburtstag. 1646 - 1946; Berichte des Sekretars ..., a. a. O., S. 90.

14 Guerrier, V. I., a. a. O., S. 196.

persönlich kennengelernt. Sie alle haben seit dem zweiten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts, nachdem sich Rußland durch seinen Sieg bei Poltava 1709 über Schweden den Weg auch für eine Intensivierung der Kulturpolitik freigekämpft hatte, direkt oder indirekt auf die Beziehungen der Berliner Akademie zu Rußland eingewirkt.

Während seines Aufenthaltes in Deutschland 1711, der ihn auch nach Dresden geführt hatte, bemühte sich Peter um einen Botaniker, "welcher in seinem Reiche die plantas indigenas untersuchen und in einen Catalogum bringen soll".¹⁵ Die Verhandlungen, die Döhnel führte, erweckten große Hoffnungen hinsichtlich der weiteren naturwissenschaftlichen Erschließung Rußlands. In die engere Wahl wurde nach ergebnislosen Besprechungen mit einem Ungenannten Johann Christoph Scheider (geb. um 1680) gezogen, dem auch auf dem Gebiet der Chemie und des Bergbaus gute Kenntnisse bescheinigt wurden. Da Scheider jedoch gerade in dieser Zeit eine Professur in Leipzig erhielt und durch Vermittlung des Mediziners und Berliner Akademiemitglieds Christian Maximilian Spener (1678 bis 1714) 1712 Abwesendes Mitglied der Berliner Akademie wurde¹⁶, ist er nicht nach Rußland übergesiedelt.

Spener selbst hat 1713, als auch das Berliner Akademiemitglied Andreas Schlüter (1660 bis 1714) nach Rußland ging, mit Bruce und Huysen über seine Berufung nach Rußland verhandelt. Von Bruce erhielt Spener eine nicht näher bezeichnete Pflanzenwurzel, die der Generalfeldzeugmeister in der Moldau gefunden hatte und die ein unfehlbares Mittel gegen die rote Ruhr sein sollte. Über diese Wurzel berichtete Spener in der physikalisch-medizinischen Klasse der Sozietät. Bruce hatte sich bereit erklärt, in Rußland Nachforschungen anstellen zu lassen, um weitere Fundorte der Wurzel zu ermitteln.¹⁷ Anfänge einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit deuten sich hier an.

Ein Anliegen Speners war der Verkauf seines umfangreichen Naturalienkabinetts nach Rußland, da er offensichtlich von den Bestrebungen gerade jener Jahre wußte, die Petersburger Kunstammer auszubauen. Das Interesse von Bruce an Speners Kabinett war so groß, daß er sich ein handschriftliches Verzeichnis dieser Sammlungen verschaffte. Spener setzte seine Erwartungen auf die Nachricht, daß Peter selbst nach Berlin kommen wollte, und hoffte, den Zaren zu einer Besichtigung bewegen zu können. Der russische Gesandte Aleksandr Gavrilovič Golovkin (1688 bis 1760) hatte Spener bereits zugesagt, sich das Kabinett anzusehen. Weder die Berufung Speners nach Rußland noch der Verkauf seines Kabinetts dorthin wurden jedoch verwirklicht, obwohl über den Erwerb der Sammlungen, an denen

15 LB Gotha, B 786, Nr. 41, 42 (Chr. H. Erndtel an Ph. J. Breyne, Greifswald, 10. 11. 1711, 21. 12. 1711).

16 AAW, I: IV, 36, Bl. 9 - 9 v (Protokoll der physikalisch-medizinischen Klasse vom 26. 5. 1712); Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Biographischer Index der Mitglieder, bearb. v. Kurt-R. Biermann u. Gerhard Dunker, Berlin 1960, S. 102.

17 AAW, I: IV, 36, Bl. 13 (Protokoll v. 1. 6. 1713). - Bruce warb 1713 Wissenschaftler und Fachleute in Berlin. Vgl. auch Wallé, P., Schlüters Wirken in Petersburg. Ergebnisse einer Studienreise, Berlin 1901 (Wallé benutzte u. a. die Korrespondenz von Bruce, die heute im Central'nyj Gosudarstvennyj Archiv Drevnich Aktov, Moskau, Fond 9, otdelenie 2, kniga 17, aufbewahrt wird).

die Berliner Akademie ein Vorkaufsrecht hatte, für Rußland noch 1716 verhandelt wurde.¹⁸

In Torgau war Döhnel mit dem ihm schon länger bekannten Arzt und Naturwissenschaftler Gottlob Schober (1672 bis 1739) zusammengetroffen, der 1713 in russische Dienste trat. Schober, seit 1705 Mitglied der Leopoldina, hat durch seine Forschungsreisen in Rußland Beiträge zur Entwicklung der Naturwissenschaften geleistet.¹⁹ Obwohl Schober selbst offensichtlich keine Verbindungen zur Berliner Akademie hatte, schließt sich der Kreis doch insofern, als die Akademie nach seinem Tode über den Erwerb seines rund 12 000 Sammelobjekte zählenden Herbariums verhandelte.²⁰

Direkt wurde die Berliner Akademie 1713/14 durch die Verhandlungen über die Berufung des Mediziners und Naturforschers Johann Jakob Scheuchzer (1672 bis 1733) nach Rußland berührt, der seit 1706 Abwesendes Mitglied in Berlin war. Scheuchzer, der sich vor allem durch seine naturwissenschaftlich-geographische Erforschung der Alpen einen Namen gemacht hatte, ging trotz des Zuredens von Leibniz, aus familiären Gründen und da er seine Stellung in Zürich verbessern konnte, nicht nach Rußland. "Sonsten hätte eine ungemeine Begierd gehabt, in diesen Landen [Rußland] die arcana naturae aufzusuchen", schrieb er rückblickend noch 1717.²¹

Die Berliner Akademie hatte mittlerweile neue Rußlandpläne entwickelt. So nannte ein Neunpunkteprogramm von 1716 die Entsendung von astronomischen Beobachtern "in den Nord und Ost durch Moskau und die große Tartarey", also nach Sibirien. Auf Friedrich Wilhelm I., dessen Verhältnis zur Akademie weitgehend davon bestimmt war, in welcher Form sie praktischen Zwecken in dem von ihm

18 AAW, I: IV, 6, passim (Protocollum concilii Societatis Scientiarum); AAW, I: XV, 19 (Korrespondenz P. R. Speners mit der Sozietät); Archiv Akademii nauk SSSR, Leningradskoe otdelenie (im folgenden: AANLO), Fond (im folgenden: F.) 119, opis' (im folgenden: op.) 1, Nr. 3, Bl. 12 - 13 v (Chr. M. Spener an H. v. Huyssen, Berlin, 20. 3. 1713); ebenda, Nr. 4, Bl. 167 - 167 v (P. R. Spener an H. v. Huyssen, Berlin, 1. 8. 1716); ebenda, Nr. 13, Bl. 41 - 42 (Rechenberg an H. v. Huyssen, Leipzig, 16. 5. 1714); Istoričeskij očerk i obzor fondov rukopisnogo otdela Biblioteki Akademii nauk, Bd. 2, Moskau/Leningrad 1958, S. 246 f. (über Speners Katalog in der Bibliothek von Bruce).

19 Vgl. neuestens Kaiser, Wolfram/Völker, Arina, Die in Rußland wirkenden Leopoldina-Mitglieder des 18. Jahrhunderts und ihre Korrespondenz mit den Akademiepräsidenten, in: NTM. Schriftenreihe für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin, Nr. 1/1973, S. 51 f. - Über Schobers Forschungsarbeiten vgl. auch Istoričeskij očerk ..., a. a. O., S. 226 - 228. - Zur Bedeutung der Leopoldina vgl. Stern, Leo, Zur Geschichte und wissenschaftlichen Leistung der Deutschen Akademie der Naturforscher "Leopoldina", Berlin 1952.

20 AAW, I: XV, 19, Bl. 103 - 103 v (G. F. v. Sand [ein Vetter Schobers] an Friedrich II., Berlin, 12. 8. 1746).

21 LB Gotha, B 789, Nr. 289 (J. J. Scheuchzer an J. Ph. Breynne, Zürich, 7. 12. 1717); vgl. auch Bodemann, E., Der Briefwechsel des G. W. Leibniz in der Königlichen Öffentlichen Bibliothek zu Hannover, Hannover 1889, S. 254 - 256; AANLO, F. 1, op. 3, Nr. 2, Bl. 5 - 7 (R. Areskin an J. J. Scheuchzer, Petersburg, 1. Mai 1713); ebenda, Nr. 6, Bl. 48 (J. J. Scheuchzer an R. Areskin, Zürich, 11. 3. 1718): Freude darüber, "que Sa Majesté

sehr eng ausgelegten Sinn nutzbar gemacht werden konnte, ging 1715 die Anregung zurück, einen Arzt mit 500 Talern jährlichem Stipendium ins Ausland zu schicken, damit er sich die neuesten Errungenschaften der Anatomie, der Chemie, der Botanik und der Chirurgie aneignete, mit den Akademiemitgliedern korrespondierte und deren Auslandsaufträge erfüllte. Die Wahl war auf den Kandidaten der Medizin Ludwig Stosch gefallen. Interessant ist nun, welche Aufgabe Stosch nach seiner Rückkehr aus Westeuropa zugeordnet war. In dem Memorandum von Andreas von Gundelsheimer (1668 bis 1715), dem Leibarzt des Königs, an die Akademie heißt es, Stosch könnte nach Abschluß seiner Studien "an Örter, e. g. Crimere Tartarei, entfernte Moskovitische Proviens // etc. geschickt werden, um Observationes zu machen, Geographicas, Astronomicas, Botanicas, Medicopraclicas, in summa alle Dinge, welche zu einem offenbaren Nutzen des menschlichen Geschlechts und der königlichen Untertanen in Sonderheit dienen könnten".²² Ungeachtet der gegnerischen Stellung Gundelsheimers zur Akademie, deren Mitglied zu werden er ablehnte, kann man seinen Vorschlag für eine wissenschaftliche Expedition durchaus positiv bewerten. Gundelsheimer konnte sich hier auf eigene Erfahrungen stützen. Von 1700 bis 1702 hatte er den französischen Botaniker Joseph Pitton de Tournefort (1656 bis 1708), den Begründer eines vor Karl von Linné (1707 bis 1778) weithin verbreiteten und angewandten Klassifizierungssystems der Pflanzen, auf seiner Reise durch Griechenland, Anatolien, Armenien und Georgien begleitet. Sein Vorschlag, weitere solche Expeditionen auszusenden, lag auch ganz im Interesse Rußlands. Hier wäre eine intensive Begegnung und Zusammenarbeit möglich gewesen, wenn der Gedanke energisch weiter verfolgt worden wäre. Zar Peter war seit Jahren darum bemüht, gerade wissenschaftliche Forschungsreisende nach Rußland zu ziehen.

Das war auch in Berlin durchaus bekannt, wie etwa das Angebot des Abwesenden Mitglieds der Berliner Akademie Georg Andreas Helwig (1666 bis 1748) zeigt, der als Pfarrer eingehende mineralogische und botanische Studien betrieben hatte. Er war 1717 bereit, "die Reise von Moskau nach Astrachan zu tun und ein dergleichen Herbarium von muskowitischen Kräutern zu sammeln und Ihr. Zar. Maj. Naturalienkabinett einzuliefern", und gedachte dabei seine bei der Sammlung eines Herbariums der preußischen Pflanzenwelt gewonnenen Erfahrungen anzuwenden. Helwig wollte sogar Studenten nach Rußland mitnehmen, die Polnisch verstanden²³ und folglich in Rußland ein leichteres Fortkommen gehabt hätten.

Einer der regsten Vermittler zwischen der Berliner Akademie und Rußland war mehrere Jahrzehnte hindurch Huyssen.²⁴ Er war seit 1710 das erste in Rußland

se fera un plaisir de rechercher encore les trésors de la nature". - Über Scheuchzers Alpenforschung vgl. Salathé, R., Die Anfänge der historischen Fachzeitschrift in der Schweiz (1694 - 1813), Basel 1959, S. 20 ff.

22 AAW, I: XIV, 2, Bl. 27 - 32 v (Konzepte Bl. 17 - 23 v, 33 - 35), Sozietät an Friedrich Wilhelm I., 19. 11. 1716; AAW, I: XIV, 1, Bl. 7 - 10 v (Memorandum von Gundelsheimer, Berlin, 24. 4. 1715). - Über Gundelsheimer und die Akademie vgl. Geschichte, a. a. O., Bd. 1, passim.

23 AANLO, F. 1, op. 3, Nr. 5, Bl. 229 - 230 v (Korthol an R. Areskin, Königsberg, Oktober 1717). - Vgl. über Helwigs Rußlandinteresse auch LB Gotha, B 786, Nr. 195 (G. A. Helwig an J. Ph. Breynne, Angerburg, 15. 1. 1719).

24 Über ihn vgl. vor allem Pekarskij, P. P., Nauka i literatura v Rossii pri Petre Velikom, Bd. 1, Petersburg 1862, S. 64 - 107; Doerries, H., Rußlands Eindringen in Europa in der Epoche Peters des Großen. Studien zur zeitgenössischen Publizistik und Staatenkunde, Königsberg 1939 = Osteuropäische

wirkende Abwesende Mitglied der Berliner Akademie. Da sein Anteil an der deutsch-russischen Begegnung schon wiederholt behandelt wurde, braucht hier nicht näher darauf eingegangen zu werden. Der aus Essen stammende Huyssen, der vor seinem Eintritt in russische Dienste als Erzieher der Söhne und als Verwalter des Besitzes des 1697 gestürzten brandenburgischen Ministers Eberhard von Danckelmann (1643 bis 1722) tätig gewesen war, hat als Erzieher, Diplomat, Jurist, Geschichtsforscher und Publizist im Interesse Rußlands erfolgreich gewirkt, wenn er auch von einem Zeitgenossen als "der russische Windmacher" bezeichnet wurde, da "alles mit ihm, also auch hier den Krebsgang gegangen".²⁵ Huyssen muß als Vertreter bürgerlicher Anschauungen gesehen werden, wie unter anderem seine "Generalidee einer glücklichen Regierung" zeigt. Darin schrieb er: "die General- und Hauptregel ist das Commercium". Der blühende Handel müsse ergänzt werden durch die Pflege der Gerechtigkeit und der Toleranz sowie die Förderung der Wissenschaften. Die Größe des Staates dokumentiere sich nicht in Eroberungen, sondern in der inneren Wohlfahrt.²⁶ Aus der Bedeutung, die Huyssen dem Handel beimaß, resultierte auch sein Interesse für den "Ökonomen der deutschen Frühaufklärung" Paul Jakob Marperger (1656 bis 1730), seit 1708 Mitglied der Berliner Akademie, mit dessen "Moskowitzchen Kaufmann" (Lübeck 1705) er sich 1709 eingehender beschäftigte.²⁷ Huyssen vermittelte 1714, 1724 und 1726 die Wahlen von drei in Rußland tätigen Forschern zu Abwesenden Mitgliedern der Berliner Akademie: Dmitrij Kantemir (1673 bis 1723), Thomas Consett (gest. 1730) und Michael Schend van der Beck (geb. um 1686, gest. nach 1740).

Seit 1719 nahmen die Pläne für die Gründung einer Akademie der Wissenschaften in Rußland konkretere Gestalt an. Seit diesem Jahr sind die Verhandlungen Blumentrosts im Auftrage des Zaren mit Christian Wolff (1679 bis 1754), den die Berliner Akademie 1711 zum Abwesenden Mitglied gewählt hatte, über dessen Berufung nach Rußland belegt.²⁸ Von 1721 bis 1722 weilte der Mitarbeiter Blumentrosts, Johann Daniel Schumacher (1690 bis 1761), in Frankreich, Deutschland, Holland und England, um wissenschaftliche Kontakte zu knüpfen. Damit boten sich auch für die Berliner Akademie neue Möglichkeiten.

Forschungen, Neue Folge, Nr. 26; Amburger, Erik, Beiträge, a. a. O., S. 110 - 116; Winter, Eduard, Die Brüder Daniel Ernst und Johann Theodor Jablonski und Rußland (im folgenden: Die Brüder), in: Archiv pro bádání o životě a díle Jana Komenského, Acta Comeniana, Nr. 23, 1965, S. 122 - 175 (Publikation des Briefwechsels zwischen Huyssen und der Berliner Akademie).

25 Vgl. die handschriftliche Arbeit von Seeberg, Bernhard Adolf, Russischer Aristarchus (1743) = Biblioteka Akademii nauk SSSR, Leningrad, Sign. Q, Nr. 324, Bl. 60.

26 Ebenda, Sign. F 64, Bl. 55 - 60 v.

27 Aufzeichnungen darüber in AANLO, F. 119, op. 1, Nr. 10, Bl. 103 - 106 (Nachlaß Huyssen). - Über Marperger vgl. Lehmann, Hannelore, Paul Jacob Marperger (1656 bis 1730), ein vergessener Ökonom der deutschen Frühaufklärung. Versuch einer Übersicht über sein Leben und Wirken, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 4, S. 125 - 157.

28 Vgl. Briefe von Christian Wolff aus den Jahren 1719 - 1753, hg. v. Ernst Kunik, Petersburg 1860; vgl. Winter, Eduard, L. Blumentrost d. J. und die Anfänge der Petersburger Akademie der Wissenschaften. Nach Aufzeichnungen von K. F. Svenske, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 8, Berlin 1964, S. 247 - 269.

Schumacher machte in Berlin ein Angebot "zur Korrespondenz und fleißigen Kommunikation der dortigen [russischen] Kuriositäten" und bat, "dieselbe von hier [Berlin] aus zu erwidern". Da dieser Vorschlag für eine "annehmenswürdige Sache" gehalten wurde, ist in Berlin beschlossen worden, Schumacher nicht nur den ersten Band der von der Akademie edierten "Miscellanea Berolinensia" (1710, die erste, vor allem auf Leibniz' Drängen erschienene wissenschaftliche Publikation der Akademie) zu übersenden, sondern ihm sogar die Mitgliedschaft anzutragen, "wenn er es verlangen sollte".²⁹ Welche große Bedeutung den Rußlandkontakten beigemessen wurde, erhellt aus diesem Angebot schlaglichtartig.

In einem Brief an Schumacher gab Jablonski einen zusammenfassenden Bericht über die Berliner Gespräche. Danach wurde Schumacher von Jablonski ausführlich über die Gründung der Berliner Akademie informiert. Schumacher kam damit seiner Aufgabe nach, Unterlagen über ausländische Akademien als Anregungen für die geplante Petersburger Institution zu sammeln. Entsprechend dem erwähnten Konziliumsbeschluß kündigte Jablonski die Übersendung der "Miscellanea", die er mit Recht als "erste Frucht dieser Sozietät" bezeichnete, und das Erscheinen der Fortsetzung für Ostern 1723 an.³⁰

In Berlin verhandelte Schumacher ferner mit dem Hofmechaniker des Königs, J. E. Eßling, der von 1705 bis 1713 auch Mechaniker der Akademie war und danach Jahrzehnte hindurch Auftragsarbeiten der Akademie durchführte, über die Konstruktion eines Kompasses für den Zaren.³¹ Durch Eßling wiederum geriet Schumacher an dessen Schwager, den Astronomen Johann Wilhelm Wagner (1681 bis 1745), der von 1716 bis 1720 und seit 1727 Mitglied und von 1720 bis 1727 Abwesendes Mitglied der Berliner Akademie war, für deren Kalender er als Astronom die Verantwortung trug. Wagner erklärte sich bereit, zur Übernahme der Kalenderarbeit in Rußland dorthin überzusiedeln, doch kamen die Verhandlungen darüber nicht zu einem Abschluß. Christian Wolff hat wenige Jahre später versucht, Wagner an die Petersburger Akademie zu vermitteln, doch lehnte dieser nunmehr ab. Im Jahre 1744 wurde ein Sohn Wagners von Leonhard Euler (1707 bis 1783) der Petersburger Akademie als Adjunkt mit Aussicht auf eine spätere Professur der Astronomie vorgeschlagen, doch hat sich auch diese Berufung nicht verwirklichen lassen.³²

Der Besuch Schumachers in der Berliner Akademie gehörte zu den relativ wenigen persönlichen Begegnungen und war daher besonders wichtig, wenn seine Auswirkungen zunächst auch nicht sehr beachtlich waren. Eine festere Grundlage für die Entwicklung kontinuierlicher wissenschaftlicher Beziehungen zwischen Ber-

29 AAW, I: IV, 7, Bl. 39 v (Protocollum concilii v. 15. 7. 1722).

30 AANLO, F 1, op. 3, Nr. 7, Bl. 279 - 280 (J. Th. Jablonski an J. D. Schumacher, Berlin, 24. 10. 1722).

31 Ebenda, Bl. 205 - 206; ebenda, Nr. 6, Bl. 7 - 8 v (J. E. Eßling an J. D. Schumacher, Berlin, 23. 4. 1721, 4. 12. 1722); AAW, I: III, 81, Bl. 4 - 14; ebenda, 7, Bl. 72 - 73 v.

32 AANLO, F. 1, op. 3, Nr. 7, Bl. 214 v, 283 - 283 v (J. W. Wagner an J. D. Schumacher, Hildburghausen, 14. 5. 1721, 1. 12. 1722); ebenda, Nr. 2, Bl. 127 (J. D. Schumacher an J. W. Wagner, Amsterdam, 30. 5. 1721 [Konzept]); Briefe von Christian Wolff ..., a. a. O., S. 37 - 42; Die Berliner und die Petersburger Akademie der Wissenschaften im Briefwechsel Leonhard Eulers., T. 2, hg. u. eingel. v. A. P. Juškevič u. E. Winter unt. Mitw. v. P. Hoffmann u. Ju. Ch. Kopelevič, Berlin 1961, S. 65.

lin und Rußland schuf erst die Akademie der Wissenschaften in Petersburg, deren Vorbereitung auch der Aufenthalt Schumachers diente.

Den Gründungsbeschluß der Petersburger Akademie unterzeichnete Peter im Januar 1724. Bevor sie noch ihre eigentliche Arbeit aufnehmen konnte, wurde bereits versucht, sie unter Vermittlung Berlins in ein internationales wissenschaftliches Unternehmen einzubeziehen, ohne daß sie allerdings den gestellten Anforderungen unter den gegebenen Bedingungen gerecht werden konnte.

1723 hatte die Royal Society in London vorgeschlagen, an verschiedenen Orten gleichzeitig nach einheitlichen Methoden meteorologische Beobachtungen anzustellen und die Ergebnisse in vergleichenden Übersichten zu veröffentlichen. In Berlin versprach man sich im Interesse stärkerer internationaler Kontakte viel von diesem Plan und hat sich redlich bemüht, entsprechende Arbeiten zu organisieren. Die Protokollé der Akademie aus den Jahren 1724 bis 1726 legen davon beredtes Zeugnis ab. Die in lateinischer Sprache zusammengefaßten Ergebnisse der meteorologischen Beobachtungen wurden nach London gesandt. Am 1. November 1724 wurde eine spezielle "Instruktion" erlassen, um "die vormals angeordnete, nachgehends aber unterlassene Observaciones Meteorologicae bei dem Observatorio . . . aus Veranlassung der Königlichen Sozietät zu London wieder herzunehmen".³³ Die Londoner Anregung führte folglich in Berlin zur Neuaufnahme bereits einmal begonnener Arbeiten.

Das war jedoch nicht die einzige Aufgabe, die der Berliner Akademie von London zudedacht war. Sie sollte gleichzeitig auch meteorologische Beobachtungen im Norden veranlassen, nach damaligem Sprachgebrauch damit also auch in Rußland. Jablonski sah darin sofort eine Aufgabe der im Aufbau befindlichen Petersburger Akademie und gleichzeitig eine Gelegenheit zu einer erneuten Kontaktaufnahme. Bei der Petersburger Akademie wurden meteorologische Beobachtungen seit dem 1. Dezember 1725 durchgeführt, doch nicht im Zusammenhang mit dem Unternehmen der Londoner Royal Society. Diese erhielt aus Petersburg lediglich Beobachtungen von Thomas Consett für die Zeit vom 24. November 1724 bis 23. Juni 1725, die 1732/33 in London auszugsweise auch veröffentlicht wurden. Gustav Hellmann vermutete bereits, daß die Aufzeichnungen des ihm sonst unbekanntem Consett auf die Anregung der Royal Society von 1723 zurückgingen.³⁴ Von der Berliner Vermittlung wußte er nichts. Sie ergibt sich aber nicht nur aus der Weitergabe der Londoner Aufforderung durch Jablonski an Huysen, sondern auch aus der Berichterstattung Consetts an die Berliner Akademie, deren Abwesendes Mitglied er seit 1724 war. Am 2. Mai 1726 wurde in der mathematischen Klasse der Sozietät ein Schreiben Consetts aus Petersburg verlesen, aus dem hervorging, "daß er die observationes meteorologicas nach Maßgebung der königlichen Sozietät zu London an seinem Ort angefangen" hatte.³⁵ Die überlieferten Quellen lassen eine

33 AAW, I: IV, 7, Bl. 99, 102 v - 105, 111 - 113, 125, 179 v; ebenda, I: XIV, 26, Bl. 156 - 158 v; vgl. auch AAW, I: VIII, 7, Bl. 102 - 105 v.

34 Winter, Eduard, Die Brüder, a. a. O., S. 136 (J. Th. Jablonski an H. v. Huysen, Berlin, 6. 8. 1724, dazu AAW, I: IV, 7, Bl. 106 v, wo über die Abstellung dieses Briefes berichtet wird); Hellmann, Gustav, Die Entwicklung der meteorologischen Beobachtungen bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts, Berlin 1927, S. 31 = Abhandlungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Jg. 1927, Physikalisch-mathematische Klasse, Nr. 1.

35 AAW, I: IV, 37, Bl. 72 v - 73. - Über Consett vgl. Berkov, P. N., Tomas Konsett - propagandist russkoj literatury v Anglii, in: Problemy meždunarodnyh literaturnych svjazej, Leningrad 1962, S. 3 - 26.

eingehendere Behandlung dieses Problems nicht zu, doch deutet das bisher Bekannte bereits auf die internationalen Kontakte hin, die sich dank der Rußlandverbindungen der Berliner Sozietät anzubahnen begannen. Der unübersehbare Nachteil aller dieser Beziehungen war, daß sie nahezu ausschließlich rein personengebunden und daher ständig gefährdet waren, wenn ein Partner sie nicht intensiv genug pflegte.

Der Anteil der Berliner Sozietät an der Berufung von Wissenschaftlern an die Petersburger Akademie fiel nicht ins Gewicht. Doch boten die Reisen der nach Petersburg berufenen Professoren Möglichkeiten für die Beförderung von Nachrichten, aber auch für den unmittelbaren Gedankenaustausch. Als solche Vermittler werden in der Huyssen-Jablonski-Korrespondenz beispielsweise Jakob Herrmann (1678 bis 1733), Johann Georg Leutmann (1667 bis 1736) und Joseph Nicolas de l'Isle (1688 bis 1768) genannt.³⁶

Herrmann, der vor seiner Berufung nach Petersburg Professor der Mathematik an der Universität Frankfurt an der Oder war, gehörte der Berliner Sozietät bereits seit dem 26. September 1707 als Abwesendes Mitglied an. De l'Isle hielt sich auf seiner Reise von Paris nach Petersburg zusammen mit seinem ebenfalls nach Petersburg berufenen Bruder Louis de l'Isle de la Croyère (gest. 1741) und einem weiteren "Reisegefährten" längere Zeit in Berlin auf, wo er am 17. Januar 1726 nicht nur an einer Sitzung der mathematischen Klasse der Sozietät teilnahm, sondern auch aktiv in die Diskussion eingriff, wobei er sich gegen die Absicht des Astronomen der Akademie Christfried Kirch (1694 bis 1740), Kalkulationen über die bevorstehende Sonnenfinsternis in den "Miscellanea" zu veröffentlichen, mit der Begründung warzte, in eine solche Zeitschrift gehörten nur "observations, davon beständige Rechenschaft gegeben werden könne". Der Klasse übergab de l'Isle das Programm der Preisfrage der Pariser Akademie für 1727 "betr. die Messung der Schiffe" und "eine Anzahl neuer geographischer Landkarten" seines Bruders Guillaume de l'Isle (1675 bis 1726).³⁷ Letzterer war seit 1723 Abwesendes Mitglied der Berliner Akademie, und zwar durch Vermittlung des Berliner Astronomen Chr. Kirch.³⁸ J. N. de l'Isle wurde seit 1726 als Berliner Sozietätsmitglied geführt, obwohl seine Aufnahme in den Protokollen nicht erwähnt ist. Da G. de l'Isle im Januar 1726 starb, als sein Bruder gerade in Berlin weilte und sich sogar sehr für die Akademie interessierte, wird dessen Wahl in diesem Zusammenhang gesehen werden müssen, denn durch sie wurde die Zahl der möglichen Vermittler von Kontakten zwischen Berlin und Petersburg vermehrt.

Über die geplante Gründung der Petersburger Akademie hat Jablonski an Huyssen 1724 begeisternde Worte geschrieben, die so recht deutlich machen, welche großen Hoffnungen man in Berlin damit verband: "Votre incomparable Monarque ne cesse pas d'étonner le monde par les merveilles de ses grands actions et le nouvel établissement d'une Académie des Sciences ... est une nouvelle preuve de son attention infatigable au bien de son peuple ..."³⁹

36 Vgl. Winter, Eduard, Die Brüder, a. a. O., S. 137 f., 140, 143.

37 AAW, I: IV, 37, Bl. 66 v, 68; vgl. auch AAW, I: XII, 2, Bl. 155.

38 AAW, I: IV, 7, Bl. 77.

39 Winter, Eduard, Die Brüder, a. a. O., S. 134 (J. Th. Jablonski an H. v. Huyssen, Berlin, 10. 5. 1724).

Zur Geschichte der Drucklegung von Jakob Leupolds "Theatrum machinarum" (1718 bis 1724)

Der Leipziger Mechaniker Jakob Leupold (1674 bis 1727) hat letzthin mehrfach das Interesse der Forschung erregt, ohne daß jedoch seinen Beziehungen zur Berliner und zur Petersburger Akademie detailliert nachgegangen worden wäre. Leupold war - wie übrigens auch Leibniz - ein Schüler des Jenaer Mathematikers Erhard Weigel (1625 bis 1699). 1696 wandte er sich in Leipzig dem Studium der Theologie zu, gab es aber bereits 1699 auf und widmete sich fortan fast ausschließlich dem Apparatebau. Bis an sein Lebensende war er bestrebt, die Technik durch Anwendung und Verbesserung von Maschinen in allen Produktionszweigen zu fördern. Von welchen Gesichtspunkten er sich dabei leiten ließ, formulierte er in der Vorrede zu seinem 1724 erschienenen "Theatrum machinarum generale oder Schauplatz des Grundes mechanischer Wissenschaften", wo es heißt: "... und sollte daher keine Schule sein, darinnen nicht wenigstens die Anfangs-Gründe der Geometrie und Mechanik gezeigt würden, so doch ohne besondere Kosten, nur durch eine gute Anstalt geschehen könnte; alleine man muß sehen, daß diejenigen, so solche Anstalt sollten fördern helfen, am meisten zuwider sind ..."⁴⁰ Neben dem "Theatrum machinarum generale" veröffentlichte Leupold noch ein "Theatrum machinarum hydraulicum oder Schauplatz der Wasserkünste" (Leipzig 1724), ein "Theatrum staticum" (ebenda 1726), ein "Theatrum ponteficiale oder Schauplatz der Brücken und Brücken-Baus" (ebenda 1726) und ein "Theatrum arithmetico-geometricum, das ist Schauplatz der Rechen- und Meßkunst" (ebenda 1727). Postum wurde 1732 Leupolds "Prodromus Bibliothecae Metallicae" (Wolfenbüttel 1732) herausgegeben. Leupold bezweckte mit seinen Publikationen, übersichtliche Handbücher zu schaffen, die der Verbreitung des neuesten Standes technischer Kenntnisse dienen. Zu diesem Zweck suchte er an verschiedenen Stellen Unterstützung.

Seit dem 12. April 1715 war Leupold Abwesendes Mitglied der Berliner Sozietät der Wissenschaften, nachdem Chr. M. Spener schon 1712 persönliche Verbindung zu ihm aufgenommen und vorgeschlagen hatte, ihn nach Berlin einzuladen.⁴¹ Leupold hat sich nach seiner Wahl intensiv bemüht, von der Akademie finanzielle Unterstützung für seine Publikationen zu erlangen. Einen ersten Erfolg erzielte er 1718, als er zum preußischen Kommerzienrat ernannt wurde und ihm der König als Mitglied der Sozietät "und wegen der ihm beiwohnenden mechanischen Wissenschaften" ein Jahresgehalt von 100 Talern bewilligte.⁴² Leupold übergab daraufhin der Akademie einen Plan für eine Vereinbarung über seine Bezahlung,

⁴⁰ Vgl. Werner, Karl, Aus der Frühzeit physikalischer Werkstätten - kleiner Beitrag zu einem Lebensbild Jacob Leupolds (1674 - 1727), in: NTM. Zeitschrift für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin, Jg. 1, Nr. 3, o. J., S. 45 - 56 (Zitat S. 56); derselbe, Jacob Leupold, in: Deutsche Techniker aus sechs Jahrhunderten, Leipzig 1963, S. 27 - 32. - Über Leupolds Bedeutung für die technisch-naturwissenschaftliche Komponente der damaligen Forschung vgl. vor allem Goetz, Dorothea, Naturwissenschaftliche Aspekte der deutschen Aufklärung. Zur naturwissenschaftlichen Bildung an den Universitäten, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 2, S. 99 - 120.

⁴¹ AAW, I: IV, 36, Bl. 9 - 10 (Protokoll der physikalisch-medizinischen Klasse v. 26. 5. 1712).

⁴² AAW, I: III, 1, Bl. 69 (Friedrich Wilhelm I. an Sozietät, Berlin, 26. 8. 1718).

über die Reihenfolge der zu veröffentlichenden Bände des "Theatrum" sowie über die Ersetzung von Reisekosten und des Portos für seine Korrespondenz. Leupold schlug vor, daß die Akademie die für ihn notwendigen Bücher kaufte, die später der Akademiebibliothek übergeben werden sollten. Der Editionsplan sollte auf Leupolds Wunsch in einer wissenschaftlichen Zeitschrift publiziert werden.

Ein undatiertes "Entwurf" über die Kosten des "Theatrum machinarum" aus der gleichen Zeit zeigt, um welches gewaltige Unternehmen es sich handelte. Danach war beabsichtigt, sechs Jahre hindurch jeweils dreihundert Blätter mit Abbildungen von Maschinen herzustellen, woran neben dem Verfasser Leupold noch neun weitere Personen (Kupferstecher, Zeichner, Drucker) arbeiten sollten. Eine geplante Auflage von siebzehn Bänden in jeweils fünfhundert Exemplaren hätte nach diesen Berechnungen über 27 000 Taler gekostet.⁴³ Das Konzilium der Berliner Sozietät hat sich von August 1718 bis Januar 1719 mehrmals mit Leupolds Editionsplan beschäftigt. Aus den Protokollen wird deutlich, daß der König an diesem Unternehmen interessiert war. Zwar empfand das die Akademie als eine Einmischung, doch wagte sie angesichts ihrer ungesicherten Stellung in jenen Jahren keinen Einwand. Schließlich beschloß man, die Vorlage des ersten Bandes durch Leupold abzuwarten.⁴⁴ Dabei ist es nach den vorliegenden Unterlagen dann auch geblieben.

Diese Ausführungen veranschaulichen die Schwierigkeiten, die einem ebenso bedeutsamen wie kostspieligen Unternehmen entgegenstanden, dessen Initiator bürgerlichen Unternehmungsgeist zeigte, gleichzeitig aber das Bündnis mit dem fürstlichen Absolutismus suchen mußte, um sein Werk finanziell abzusichern. Um eben diese Probleme ging es auch bei der Kontaktaufnahme Leupolds nach Rußland.

Den Anstoß zu den Rußlandverbindungen Leupolds hatte Christian Wolff gegeben, der auch in diesem Falle als vielseitiger Vermittler auftrat. Wolff hatte vorgeschlagen, Leupold nach Rußland einzuladen. Das ergibt sich aus einem Schreiben Leupolds nach Petersburg, in dem er mitteilte, er könnte sich eine Reise wegen seiner schwachen Konstitution nicht mehr zumuten. Außerdem könnte er nur in Sachsen arbeiten, weil er dort die notwendigen Bibliotheken und Vorbilder an Maschinen habe. Er glaubte, dem Zaren in Deutschland mehr nützen zu können, als wenn er nach Rußland ginge. Die Voraussetzung wäre freilich, wie Leupold in seinem Brief weiter ausführte, eine finanzielle Unterstützung von russischer Seite. Von seinem großen geplanten, reich bebilderten Werk über alle Maschinen, das er selbst zu verlegen gedachte, wollte er jährlich zwei Teile herausbringen. Mehr könnte nach Leupolds Ansicht auch ein Verleger nicht leisten. Wenn freilich der Zar bereit wäre, das Unternehmen zu finanzieren oder jedenfalls mitzufinanzieren, so wäre es möglich, jährlich vier oder sogar noch mehr Teile zu edieren.⁴⁵ Von russischer Seite war man bereit, Leupolds Vorhaben mit 5 000 Rubel zu subventionieren, allerdings nur bei entsprechenden Sicherheitsgarantien, worauf jedoch Leupold nicht eingehen wollte oder konnte. Statt dessen bat er, ihm die Zinsen von diesen 5 000 Rubel auf sechs Jahre zukommen

43 AAW, I: I, 3, Bl. 88 - 97 v (J. Leupold an Sozietät, Leipzig, 30. 9. 1718, u. "Entwurf").

44 AAW, I: IV, 6, Bl. 169 - 171, 175 - 175 v, 177 - 178v, 180 - 181 v, 191 v - 192.

45 AANLO, F. 1, op. 3, Nr. 8. Bl. 67 - 68 (J. Leupold an J. D. Schumacher, Leipzig, 13. 4. 1723).

zu lassen, was nach seiner Rechnung etwa 2 000 Rubel ausmachen würde. Er würde dafür jeweils zwei "illuminierte", also farbig gestaltete Exemplare jedes Bandes übersenden. Diese Form der Subvention wurde jedoch von der russischen Seite für nicht akzeptabel gehalten.⁴⁶

Aus Leupolds Rußlandkorrespondenz erfahren wir auch Einzelheiten über die Entstehungsgeschichte seines "Theatrum". Leupold hatte das Werk seit zwanzig Jahren vorbereitet, ausgedehnte Reisen zu diesem Zwecke nach Holland und in andere Länder unternommen und sich für 3 000 Taler eine große Spezialbibliothek aufgebaut. Doch glaubte er, ein solches Werk ohne die Hilfe "großer Potentaten", also ohne Geldgeber, nicht vollenden zu können; gerade für Rußland sei eine solche Arbeit ungeheuer wichtig. Am 28. August 1723 übersandte Leupold sodann als Probe einige Kupferplatten und bat nochmals um finanzielle Unterstützung. Da er offensichtlich die Schwierigkeiten sah, die dem entgegenstanden, machte er den Vorschlag, die russische Seite solle sich wenigstens verpflichten, einhundert Exemplare des Werkes abzunehmen, was schon eine große Entlastung für den Autor wäre.⁴⁷

Aus allen diesen Vorschlägen Leupolds gehen deutlich die Schwierigkeiten hervor, die der Arbeit eines "freischaffenden" Wissenschaftlers entgegenstanden, der unter feudalen Bedingungen auf eigene Kosten arbeitete. Wenige Jahre vorher war ein anderer bedeutender Wissenschaftler und Techniker, Ehrenfried Walter von Tschirnhaus (1651 bis 1708), an dem gleichen Problem gescheitert. Dieser hatte als Adliger noch die wirtschaftliche Macht seines Grundbesitzes hinter sich gehabt, und dennoch war er bei seinem Tode praktisch bankrott. In diesem Zusammenhang tritt der stark private Charakter der naturwissenschaftlichen und technischen Forschung, die sich von der mittelalterlichen feudalen klar unterscheidet, deutlich hervor. Es war das Ziel gerade solcher Naturwissenschaftler und Techniker wie Galileo Galilei (1564 bis 1642), Otto von Guericke (1602 bis 1686), Christiaan Huygens (1629 bis 1695), Denis Papin (1647 bis 1712 oder 1714), Evangelista Torricelli (1608 bis 1647) und Ehrenfried Walter von Tschirnhaus, neue Entdeckungen und technologische Kenntnisse für gewerbliche Zwecke zu nutzen. Dabei zeigt sich freilich sofort, wie weit und beschwerlich der Weg von der Wissenschaft zur damals noch durch die Handarbeit geprägten, von dem erworbenen Erfahrungswissen, der Handfertigkeit und der Geschicklichkeit des einzelnen weitgehend bestimmten Produktion war.⁴⁸

An dieser Stelle nun setzte das Bemühen Leupolds ein, der zwar selbst nicht zu den großen Erfindern gehört, aber durch seinen Apparatebau wesentliche Voraussetzungen für die Verbindung der Theorie mit der Praxis geschaffen hat. Nach seiner Ansicht wurde der Fortschritt in der Technik am meisten dadurch gehemmt, daß sich im Bedarfsfalle nicht feststellen ließ, was bereits geschaffen worden war, und somit Doppelarbeit nicht verhindert werden konnte. Seine Veröffentlichungen sollten gerade diesem Mangel abhelfen. Diese Gedankengänge

46 Ebenda, Bl. 13, 15 - 16 (J. Leupold an L. Blumentrost, Leipzig, 14. 7. 1723; J. Leupold an Peter I., Leipzig, 14. 7. 1723).

47 Ebenda, Bl. 2 - 3, 11 - 12 (J. Leupold an J. D. Schumacher, Leipzig, 18. 7. 1723, 28. 8. 1723).

48 Vgl. Kauffeldt, Alfons, Die Naturwissenschaft im 17. Jahrhundert und E. W. v. Tschirnhaus, in: E. W. v. Tschirnhaus und die Frühaufklärung in Mittel- und Osteuropa, Berlin 1960, S. 319 - 325. = Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas, Bd. 7.

führten ihn dann zu dem Schluß, daß sich nur auf der Grundlage von Kenntnissen wie den seinigen die Verbindung zwischen der Theorie und der Praxis herstellen lasse, da dem Techniker, also dem Praktiker, oftmals die wissenschaftlichen Voraussetzungen fehlten, während der Gelehrte, also der Theoretiker, in vielen Fällen technisch nicht genügend gebildet wäre. Nicht zufällig haben gerade diese Gedankengänge den russischen Zaren, für den stets die Anwendung und Nutzbarmachung der Wissenschaft, besonders der Naturwissenschaft, für die Erschließung Rußlands im Vordergrund standen, außerordentlich stark angesprochen.

Freilich, wie so oft zogen sich die Verhandlungen in die Länge und blieben vorerst ganz in der Hand des Leibarztes und designierten Präsidenten der Petersburger Akademie Blumentrost, der zwar dem Zaren darüber berichtete, aber zu nächst noch keine Entscheidung erlangen konnte. Da aber inzwischen die Gründung der Akademie endgültig beschlossen war, wurde Leupold eine Stellung mit einem Jahresgehalt von 800 bis 1000 Rubel, freier Wohnung, Licht und Heizung angeboten.⁴⁹ Der Fall Leupold wurde also nunmehr als Bestandteil der Berufungen von Wissenschaftlern behandelt, obwohl Leupold schon erklärt hatte, nicht nach Rußland kommen zu können. In zwei Briefen, den einen an Blumentrost und den anderen an den Zaren, begründete er nochmals seine in dieser Hinsicht ablehnende Stellung mit den gleichen Argumenten, die er schon in früheren Briefen vorgebracht hatte. Gleichzeitig übersandte er die ersten Exemplare seines gerade erschienenen "Theatrum machinarum generale", bat nochmals um finanzielle Unterstützung und erklärte seine Bereitschaft, gegen eine Pension Verpflichtungen für Rußland in Leipzig zu übernehmen.⁵⁰

Der Brief Leupolds an den Zaren war in erster Linie ein Memorandum über den Ausbau des Fachschulwesens in Rußland. Leupold ging davon aus, daß seine Publikationen der Förderung von Handel und Manufakturen dienen sollten, und forderte Peter auf, in allen oder wenigstens den wichtigsten Städten mathematisch und mechanisch orientierte Schulen einzurichten. Das Zentrum dieses Bildungssystems sollten eine höhere mathematisch-mechanische Schule in Petersburg, ein Kunstkabinett sowie eine Modell- und Naturalienkammer sein. Solche Gedanken waren in Rußland nicht fremd und hatten bereits wesentlichen Einfluß auf den Ausbau des petrinischen Bildungssystems ausgeübt. Sie fanden auch ihren Niederschlag in der starken naturwissenschaftlich-technischen Ausrichtung der Akademie. Für wesentlich wurde von Leupold gehalten, "daß die Akademie etliche auswärtige Membra habe", so in England, Frankreich und Deutschland, "absonderlich aber in Leipzig, da man täglich erfahren kann, was in allen anderen Weltteilen passiert und mit allen Menschen nötige Korrespondenz pflegen kann". Obwohl Leupold hier sicher vor allem an sich selbst dachte, hat er die zeitgenössische Bedeutung der Messestadt Leipzig für die internationalen Kontakte damit doch treffend charakterisiert.

Nachdem Blumentrost im September 1724 noch einmal vergeblich versucht hatte, Leupold für Petersburg zu gewinnen, schaltete sich Peter persönlich ein. Teile aus dem von Leupold übersandten "Theatrum machinarum generale" waren inzwischen ins Russische übersetzt worden und hatten Peter so sehr begeistert, daß er den Verfasser unbedingt persönlich kennenlernen und "von dessen Erklärung weiter profitieren" wollte. Durch seinen Leibarzt erklärte Peter seine Bereit-

49 AANLO, F. 1, op. 3, Nr. 2, Bl. 181 v - 182 (L. Blumentrost an J. Leupold, Petersburg, Februar 1724).

50 Ebenda, F. 1, op. 3, Nr. 8, Bl. 241 - 244 (J. Leupold an L. Blumentrost, Leipzig, 26. 4. 1724; J. Leupold an Peter I., Leipzig, 30. 4. 1724).

schaft, Leupold beste Reisebedingungen zu schaffen und von allen Maschinen, die Leupold benötigte und die dieser nur in Deutschland finden konnte, "entweder die Originalia selbst oder aufs wenigste die Kopie von deme, was zu Dero Endzweck dienet, zu prokurieren, die Risse von allen denenjenigen Maschinen, sie mögen auch sein wo sie wollen, welche Sie nötig erachten, auf eigene Unkosten zu verschaffen und Dero Werke zu Ew. Hochedlen Profit trucken zu lassen". Die einzige Bedingung, die der Zar stellte, war, daß Leupold für einige Jahre nach Petersburg kommen sollte. Der Zar sah also in diesem Falle von der sonst immer gestellten Bedingung ab, wonach sich die an die Akademie verpflichteten Wissenschaftler bereit erklären mußten, mindestens fünf Jahre in Rußland zu bleiben. Leupold sollte ab 1. Januar 1725 jährlich 1 500 Rubel erhalten und nach seiner Rückkehr nach Deutschland dort die Interessen der Petersburger Akademie gegen eine jährliche Pension von 300 Rubel bis an sein Lebensende wahrnehmen.⁵¹

Solche glänzenden Angebote wurden von russischer Seite nur wenigen Wissenschaftlern gemacht, neben Chr. Wolff nur Jakob Herrmann und Joseph Nicolas de l'Isle, die sich aber beide für fünf Jahre verpflichten mußten. Herrmann sollte in den ersten beiden Jahren je 1 500, in den übrigen je 2 000 Rubel und de l'Isle 1 500 Rubel erhalten. Daraus ist zu ersehen, welch großen Wert Zar Peter auf die wenigstens zeitweilige Anwesenheit des Leipziger Mechanikers Jakob Leupold in Petersburg legte. Dennoch war dieser trotz des russischen Entgegenkommens nicht bereit, Sachsen zu verlassen. Er hat, wie bereits erwähnt, bis an sein Lebensende 1727 an der Edition seines "Theatrum machinarum" gearbeitet und mehrere der geplanten Bände vollenden können, ob mit oder ohne russische Unterstützung, läßt sich anhand der mir vorliegenden Quellen nicht feststellen. Wie dem auch sei: Die "russische Episode" im Leben Leupolds hat ihre Bedeutung, weil sie unterstreicht, welche Hoffnungen ein deutscher Wissenschaftler an russische Hilfe für seine Forschungen knüpfen konnte, nachdem die unter Peter I. verwirklichten Reformen die Voraussetzungen für den Aufschwung der Wissenschaft in dem osteuropäischen Reich geschaffen hatten. Leider sind diese Rußlandverbindungen deutscher Wissenschaftler bisher noch immer zu wenig bekannt, obwohl sie für das richtige Verständnis der damaligen Zeit in vieler Hinsicht von grundlegender Bedeutung sind.

Geographisch - naturwissenschaftliche Forschungs Expeditionen der Petersburger Akademie (1724 bis 1740)

Die Gründung der Petersburger Akademie der Wissenschaften im Januar 1724 durch Zar Peter ist ein Markstein in der Wissenschaftsgeschichte.⁵² Mit ihr wurde eine neue Stufe der Wissenschaftsentwicklung in Rußland erreicht. Insbesondere im Bereich der geographisch-naturwissenschaftlichen Erforschung Ruß-

51 Ebenda, F. 1, op. 3, Nr. 2, Bl. 162 v, 218 - 219 (L. Blumentrost an J. Leupold, Petersburg, September 1724, 21. 11. 1724).

52 Ergänzendes Material zu Istorija Akademii nauk SSSR, Bd. 1, Moskau/Leningrad 1958, bieten neuestens Levšin, B. V., Načalo Akademii nauk v Rossii, in: Istorija SSSR, Nr. 2/1974, S. 94 - 108; derselbe, K istorii Rossijskoj Akademii nauk, in: Vestnik Akademii nauk SSSR, Nr. 10/1972, S. 131 - 136; Kopelevič, Ju. Ch., V dni osnovanija, in: ebenda, Nr. 10/1973, S. 121 - 131; dieselbe, Na rannem etape, in: ebenda, Nr. 2/1974, S. 130 - 143; Kuljabko, E. S., perve prezidenty, in: ebenda, S. 144 - 151.

lands gingen entscheidende Impulse von ihr aus. Man kann mit einigem Recht sagen, daß die Arbeiten in Rußland gerade auf diesem Gebiet ein wesentliches Ergebnis der reformerischen Umgestaltungen Peters waren, daß sie den Grund legen für die Erschließung des Riesenlandes und daß sich das mittel- und westeuropäische Interesse gerade auf diese Untersuchungen richtete, durch die ein großer Beitrag zur Naturerkenntnis geleistet wurde. Die kartographischen Arbeiten in Rußland waren schon 1717 der Anlaß für die Wahl des russischen Zaren zum Mitglied der Pariser Akademie der Wissenschaften.⁵³ Die außerordentlich bedeutenden Ergebnisse der sowjetischen Forschung auf diesem Gebiet auch nur zusammenfassend wiederzugeben, ist an dieser Stelle nicht möglich. Die folgenden Ausführungen beschränken sich darauf, einige bisher in der Literatur nicht ausgewertete Materialien zu dieser Problematik vorzulegen.

Bereits kurz nach ihrer Gründung begann die Petersburger Akademie 1728 mit der Herausgabe eines fünfbändigen Werkes, worin unter dem Titel "Plantarum minus cognitarum cimblectens plantas circa Byzantium et in Oriente observatas Centuria I - V" (Petersburg 1728 bis 1740) der Botaniker Johann Christian Buxbaum (1694 bis 1730) etwa 500 neue oder wenig bekannte Pflanzen der Türkei, des Kaukasus, Südrußlands und Nordafrikas beschrieb. Der Verfasser, der 1721 in russische Dienste getreten war und zunächst botanische Forschungen in der Umgebung Petersburgs betrieb, wurde 1724 Akademiemitglied und war auch dann bis 1726 als Arzt der außerordentlichen russischen Gesandtschaft unter Aleksandr Ivanovič Rumjancev (1680 bis 1749) in Konstantinopel tätig. Buxbaum kehrte, nachdem er die ersten drei Teile seines Werkes noch selbst publiziert hatte, 1729 nach Deutschland zurück, wo er schon 1730 starb. Sein plötzlicher Tod verhinderte die beabsichtigte Wiederaufnahme seiner Tätigkeit in Rußland. Zeitgenossen haben tief bedauert, daß Buxbaum, von dem sie weitere Forschungsergebnisse zur Botanik in Rußland erwarteten, ein so frühes Ende fand.⁵⁴

Als Nachfolger Buxbaums war der Leipziger Botaniker Johann Ernst Hebenstreit (1703 bis 1757)⁵⁵ vorgesehen, der aber schließlich eine Expedition nach Afrika (1730 bis 1733) im Auftrage des sächsischen Kurfürsten einem Eintritt in russische Dienste vorzog.⁵⁶ Wie diese Tatsache zeigt, sprengte die naturwissenschaftliche Forschung auf der Suche nach erweiterter Kenntnis immer stärker den europäischen Rahmen. Ein anderes Mitglied der Familie Hebenstreit, Johann Christian (1720 bis 1795), ebenfalls Botaniker, wurde 1749 Mitglied der Petersburger Akademie.

In der Geschichte der wissenschaftlichen Erschließung Sibiriens nimmt der Name des Naturforschers Daniel Gottlieb Messerschmidt (1685 bis 1735) einen Ehrenplatz ein. Messerschmidt trat 1718 in russische Dienste. 1719 erhielt er vom

53 Vgl. Knjaževckaja, E. A., O pričinach izbranija Petra I členom Parižskoj Akademii nauk, in: Izvestija vsesojuznogo geografičeskogo obščestva, Bd. 92, 1960, S. 154 - 158. - Über die Beziehungen zu England vgl. Radovskij, M. I., Iz istorii anglo-russkich naučnych svjazej, Moskau/Leningrad 1961; über die Beziehungen zu Frankreich vgl. Russko-francuzskie naučnye svjazi, hg. v. A. T. Grigor'jan u. A. P. Juškevič, Leningrad 1968.

54 LB Gotha, B 787, Nr. 162, 164 (J. H. Linck an J. Ph. Breyne, Leipzig, 1. 3. 1730, 29. 7. 1730).

55 Ebenda, Nr. 168 (J. H. Linck an J. Ph. Breyne, Leipzig, 23. 5. 1731).

56 Vgl. Große, M., Die beiden Afrikaforscher Joh. Ernst Hebenstreit und Christian Gottlieb Ludwig, ihr Leben und ihre Reise, in: Mitteilungen des Vereins für Erdkunde in Leipzig, Jg. 1901, Leipzig 1902, S. 1 - 87.

Zaren den Auftrag, "nach Tobolski in Sibirien zu gehen, auch daselbsten in den umliegenden Provinzen naturae curiosa zu inquirieren".⁵⁷ Damit begann seine denkwürdige Forschungsreise, die bis 1727 dauerte. Während der ersten Jahre - bis 1722 - wurde Messerschmidt von Philipp Johann Tabbert von Strahlenberg (1676 bis 1747) begleitet, der einen bedeutenden Beitrag zur Erforschung Sibiriens geleistet hat und auch Nachrichten über Messerschmidts Reise vermittelte.⁵⁸

Messerschmidt betrieb seine Untersuchungen außerordentlich systematisch und komplex. Er schrieb darüber: "Sonst, was anlangt meine bisherige labores, so habe selbige in sechs verschiedene classes rangieret, nämlich geographiam, in welcher latitudines aller Örter durch Hilfe eines Quadranten abgenommen, in Tabellen gebracht, um künftig den Versuch zu einer Mappen fürzunehmen. 2. Aerometrium, in welcher anno 1720 observationes barometricas auf Tobolskoeschens Horizont in latit/udine/ 58° O' aufgezeichnet. 3. Hist/oriam/ nat/ura/ triplicis regni, in welcher etwa 700 bis 800 vegetabilia und 150 descriptiones anatom/iae/ avium, folglich auch quadrupedum et piscium; eine kleine Kollektion von etwa 100 Papilionen pro insectorum historia, collectio mineralium, lapidum, terrarum, salium, bituminum etc. 4. Historiam chronologiam etc., wozu verschiedene Ansammlungen gemacht. 5. Philologiam, in welcher alles zur Illustration der tatarischen, runisch-gotischen, calmackischen, mongalischen und tangutischen Sprachen gehörig referieret. 6. Antiquariam, monumentariam et numismaticam, in welcher alle curiöse dahingehörige pieces in bereits mehr als 70 Tabellen in fol. habe dessinieren lassen, umb künftig die Historie dieser Landen aus selbigen so viel besser illustrieren zu können."⁵⁹

Die Sammlungen Messerschmidts wurden nach seiner Rückkehr der inzwischen gegründeten Akademie der Wissenschaften übergeben; er selbst verließ Rußland 1729 und ging zurück in seine Heimatstadt Danzig, von wo aus er 1731 erneut nach Petersburg berufen wurde, um seine Sammlungen zu bearbeiten, und zwar im Zusammenhang mit der Vorbereitung der zweiten Kamtschatka-Expedition (1733 bis 1743).

An die Reise Messerschmidts durch Sibirien wurden nicht nur in Rußland, sondern auch bei den Fachkollegen im Ausland große Hoffnungen geknüpft. Schon im Zusammenhang mit einer ersten Information über den Reiseantritt wünschte man, daß Messerschmidt "uns vielleicht bei seiner Gott gebe glücklichen Retour mit vielen rarioribus curiosis erfreuen könne".⁶⁰ Ähnliche Äußerungen liegen aus der Zeit nach Messerschmidts Rückkehr vor. An den damals hochberühmten Arzt, Chemiker und Botaniker Herman Boerhave (1668 bis 1738) in Leiden wurden Samen, die Messerschmidt in Sibirien gesammelt hatte, zur Begutachtung ge-

57 LB Gotha, B 787, Nr. 208 (D. G. Messerschmidt an J. Ph. Breyne, Petersburg, 27. 2. 1719).

58 Vgl. Novlanskaja, M. G., Filipp Iogann Stralenberg. Ego raboty po issledovaniju Sibiri, Moskau/Leningrad 1966. - Die Reisetagebücher Messerschmidts werden erst jetzt veröffentlicht. Bisher liegen 4 Bände vor: Messerschmidt, Daniel Gottlieb, Forschungsreise durch Sibirien 1720 - 1727, T. 1 - 4, Berlin 1962 - 1968.

59 LB Gotha, B 787, Nr. 209 (D. G. Messerschmidt an J. Ph. Breyne, Krasnojarsk, 20. 5. 1722).

60 Ebenda, B 789, Nr. 246 (N. Martini an J. Ph. Breyne, Riga, 4. 2. 1719).

schickt.⁶¹ Auch in England erwartete man viel von dieser Reise, besonders durch die Übersendung von Pflanzen, wodurch es möglich sein würde, sie mit nordamerikanischen Gewächsen zu vergleichen.⁶² Den polnischen Naturforscher Gabriel Rzączyński (1664 bis 1737), den Verfasser einer "Historia naturalis curiosa Regni Poloniae, Magni Ducatus Lithuaniae annexarumque provinciarum..." (Sandomierz 1721) und einer Ergänzung dazu unter dem Titel "Auctarium Historiae naturalis..." (Danzig 1742), interessierten Pflanzen, die Messerschmidt 1722 aus Sibirien geschickt hatte.⁶³

Durch Huyssen hatte auch die Berliner Akademie unmittelbar nach der Rückkehr Messerschmidts aus Sibirien von dessen Forschungen erfahren.⁶⁴ Die Forschungsergebnisse interessierten in der Berliner Akademie, deren Mitglied Kaspar Neumann (1683 bis 1737) sich 1727 bemühte, aus Petersburg Nachrichten darüber zu erhalten, nachdem er in einer wissenschaftlichen Zeitschrift eine Mitteilung über die Sibirien-Expedition gefunden hatte.⁶⁵ Messerschmidt hat jedoch seine Forschungsergebnisse nicht mehr selbst abschließend wissenschaftlich bearbeiten können.

Noch im ersten Jahrzehnt der Existenz der Petersburger Akademie der Wissenschaften begann 1733 die umfassende Sibirien-Expedition, die als zweite Kamtschatka-Expedition oder Große Nordische Expedition bekannt ist. Ihre Ergebnisse waren zunächst nicht für die Veröffentlichung bestimmt, doch wurden allgemeine Nachrichten darüber recht bald bekannt.⁶⁶ Das Interesse daran war sehr groß. Schon seit 1734 erschienen in der von Jakob Christoph Trew (1695 - 1768), der 1746 Auswärtiges Mitglied der Berliner Akademie wurde, herausgegebenen Zeitschrift "Commercium litterarium" in Nürnberg erste, brieflichen Mitteilungen entnommene Berichte über die Expedition.⁶⁷ Der Kreis der Forschungsarbeiten der zweiten Kamtschatka-Expedition war sehr weit gezogen. So erhielt die Petersburger Akademie bereits seit 1734 "viele astronomische, physikalische, medizinische, botanische, politische, historische und geographische Observationen".⁶⁸

An der Spitze einer besonderen Gruppe der Akademie in der Kamtschatka-Expedition, die 1737 aus dem Gesamtunternehmen herausgelöst wurde und selbständig operierte, standen die Akademiemitglieder Gerhard Friedrich Müller (1705 bis 1783) als Historiker, Johann Georg Gmelin (1709 bis 1755) als Chemiker und Botaniker sowie Louis de l'Isle de la Croyère als Astronom. Zu den Wissenschaftlern der Expedition gehörten ferner russische Studenten der Akademie. Unter

61 Ebenda, A 876/877 (Copia litterarum mearum, unpag. Konzept: J. Ph. Breyne an H. Boerhaave, Danzig, o. D.).

62 Ebenda, B 788, Nr. 298 (W. Sherard an J. Ph. Breyne, London, 5. 5. 1724).

63 Ebenda, A 876/877 (J. Ph. Breyne an G. Rzączyński, Danzig, 13. 2. 1731). - Über R. vgl. Fedorowicz, Zygmunt, Zarys historii zoologii (Grundriß der Geschichte der Zoologie), Warschau 1962, bes. S. 100 - 104.

64 Winter, Eduard, Die Brüder, a. a. O., S. 164 (Brief v. 17. 11. 1727).

65 AAW, I: IV, 36, Bl. 49 v (Protokoll der physy.-med. Klasse v. 5. 4. 1727).

66 Vgl. Ekspedycja Beringa, Sbornik dokumentov, Moskau 1941; Berg, L. S., Otkrytie Kamčatki i ekspedicii Beringa, Moskau/Leningrad 1946; Grekov, V. I., Očerki iz istorii russkich geografičeskich issledovanij v 1725 - 1765 gg., Moskau 1960.

67 Vgl. Amburger, Erik, Beiträge, a. a. O., S. 56 f.

68 LB Gotha, B 785, Nr. 8 a (J. Amman an J. Ph. Breyne, Petersburg, 28. 10. 1734).

ihnen waren die Botaniker Stepan Petrovič Krašeninnikov (1711 bis 1755), der 1745 Adjunkt und 1750 Mitglied der Akademie wurde, und der Astronom Andrej Dmitrievič Krasil'nikov (1705 bis 1773), den die Akademie 1753 zum Adjunkten berief. Krašeninnikovs Beschreibung von Kamtschatka ("Opisanie zemli Kamčatki ...", Petersburg 1755) ist nicht nur die erste komplexe wissenschaftliche Darstellung eines bis dahin so gut wie unerforschten Territoriums durch einen russischen Wissenschaftler, sondern darüber hinaus eine geographisch-ethnographische Pionierleistung im Weltmaßstab. Einen Teil der botanischen Ausbeute Krašeninnikovs benutzte J. G. Gmelin neben seinem selbst gesammelten Material für seine "Flora Sibirica sive historia plantarum Sibiriae" (Petersburg 1747 bis 1769), die grundlegende und damals vollständigste botanisch-geographische Übersicht über die Pflanzenwelt Sibiriens. Karl von Linné hat diese Arbeiten bei der Schaffung seines Klassifikationssystems umfassend ausgewertet.⁶⁹

Im Jahre 1735 sollte der akademische Teil der Kamtschatka-Expedition um zwei weitere Wissenschaftler erweitert werden, und zwar um einen Astronomen und Geographen sowie um einen Naturwissenschaftler und Chemiker.⁷⁰ Der Plan konnte nicht verwirklicht werden, da entsprechende Fachleute nicht zur Verfügung standen. Wegen eines Chemikers wandte man sich von Petersburg aus an den Freiburger Chemiker Johann Friedrich Henckel (1679 bis 1744), der jedoch niemanden zu empfehlen wußte, sich aber bereit erklärte, junge Russen auszubilden.⁷¹ Damit war der erste Schritt für die Entsendung von Michail Vasil'evič Lomonosov (1711 bis 1765) zur Ergänzung seiner Ausbildung nach Deutschland getan. Als Astronomen sollten damals Christfried Kirch⁷² oder Johann Friedrich Weidler (1691 bis 1755)⁷³ - jener war Mitglied, dieser Abwesendes Mitglied der Berliner Akademie - gewonnen werden, die aber beide nicht nach Rußland gingen.

Einzelne wissenschaftliche Ergebnisse der Kamtschatka-Expedition wurden bereits publiziert, als die Forscher noch unterwegs waren. So veröffentlichte der Botaniker Johann Amman (1707 bis 1741) als Mitglied der Petersburger Akademie 1739 sein Hauptwerk über 235 seltene Pflanzen Rußlands unter dem Titel "Stirpium rariorum in Imperio Rutheno sponte provententium icones et descriptiones" (Petersburg 1739). Er gab dazu folgende Erläuterung: "Mein Traktat von tatarischen und sibirischen Pflanzen ist schon under der Presse. Er enthält über die 250 unbekannte Pflanzen, mit vielen Figuren. Der größte Teil davon bestehet aus Herrn Messerschmidts und Gmelins gemachten Observationen." Von seiner künftigen Arbeit hatte er folgende Vorstellung: "So wie ich in diesem Traktat des Hrn. Messerschmidt Observationen von Pflanzen bekannt gemachet, also werde auch mit seinen anderen Beschreibungen von vierfüßigen Tieren und Vögeln verfahren."⁷⁴ Amman plante also ein weiteres Werk zur Botanik in Rußland und die Publikation weiterer Forschungsergebnisse von Messerschmidt: "Der andere

69 Vgl. *Istorija Akademii nauk SSSR*, a. a. O., S. 257.

70 Die entsprechende Eingabe der Akademie zitiert *Radovskij, M. I., M. V. Lomonosov i Peterburgskaja Akademija nauk*, Moskau/Leningrad 1961, S. 275 f.

71 Ebenda, S. 8. - Der Brief Henckels ist gedruckt bei *Herrmann, Walther, Bergrat Henckel. Ein Wegbereiter der Bergakademie*, Berlin 1962, S. 160 f.

72 AAW, I: IV, 8. Bl. 348 - 352 (Protocollum concilii v. 15. 9. 1735); AAW, I: IV, 9, Bl. 10 - 10 v (Protokoll v. 30. 4. 1736).

73 Vgl. *Amburger, Erik*, Beiträge, a. a. O., S. 35.

74 *LB Gotha, B 785*, Nr. 12 (J. Amman an J. Ph. Breyne, Petersburg, 17. 6. 1738).

Teil, welcher viel größer und kompletter sein wird, ist auch meist schon fertig, in Manuskript. "75 Der frühe Tod Ammans verhinderte die Weiterführung dieser Arbeiten.

Amman, der entscheidenden Anteil an der Gründung des Botanischen Gartens der Petersburger Akademie hat⁷⁶, war vor allem dank seiner umfangreichen Kenntnisse und seiner Zusammenarbeit mit dem Arzt und Naturforscher Hans Sloane (1660 bis 1752), dem Präsidenten der Royal Society in London, dem Abwesenden Mitglied der Berliner Akademie seit 1712 und Ehrenmitglied der Petersburger Akademie seit 1734, hervorragend geeignet für botanisch-systematische Arbeiten. In London hatte er Sloanes Sammlungen geordnet, die heute das Kernstück der entsprechenden Abteilung des Britischen Museums bilden.⁷⁷ Als Amman 1733 nach Rußland ging, stellte Sloane dem erst Sechszwanzigjährigen das beste Zeugnis aus: "... I hope, he will prosper every way. He ist very able to execute all parts of his charge of botany and will be in the way to discover noveltys in that country and its dominions."78

Zwischen der biologischen Forschung und den wissenschaftlichen Reisen und Expeditionen bestand ein untrennbarer Zusammenhang. Bis zur ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war man in der Biologie "noch wesentlich beschäftigt mit der Sammlung und ersten Sichtung des ungeheuren Stoffs".⁷⁹ Jedes neue Detail wurde mit Interesse aufgenommen, allerorts versuchte man, neue Informationen zu erhalten. Naturwissenschaftliche und technische Kenntnisse wurden in steigendem Maße Bestandteil der Bildung.⁸⁰ Die Akademien der Wissenschaften, darunter die Berliner und die Petersburger, hatten seit ihrer Gründung auch daran ihren Anteil. Der Blick zurück auf einige Aspekte ihrer Frühgeschichte dürfte ein wesentliches Element in der Arbeit der Akademien jener Zeit verdeutlicht haben: "Die Wissenschaftler wandten sich hier den Problemen der Natur und Technik zu und sahen ihre vornehmste Aufgabe darin, ihr wissenschaftliches Forschen und Denken in den Dienst der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte zu stellen."⁸¹ Natürlich geschah das an der Schwelle zur Neuzeit nur in dem Maße bewußt, wie es die damaligen Produktionsverhältnisse und der erreichte Erkenntnisstand zuließen. Aber eines zeigt die deutsch-russische wissenschaftliche Begegnung doch recht deutlich: Es entwickelte sich eine fruchtbare Zusammenarbeit - nicht zuletzt im Anschluß an die Akademiegründungen in Berlin und Petersburg -, an der Theoretiker und Praktiker gleichermaßen Anteil hatten, von denen manch einer später in Vergessenheit geriet. Wenn auch auf einer niedrigeren Stufe als im Sozialismus, als unter dem Vorzeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution, waren die Ansätze zu übernationaler wissenschaftlicher Gemeinschaftsleistung damals schon ausgeprägter, als uns vom bürgerlichen Geschichtsbild, von der bürgerlichen Traditionspflege überliefert wurde.

75 Ebenda, Nr. 13 (J. Amman an J. Ph. Breyne, Petersburg, 26. 8. 1739).

76 Vgl. Nekrasov, V. L., K istorii botaničeskogo sada Akademii nauk, in: Sovetskaja botanika, Nr. 2/1945.

77 Vgl. Beer, G. R. de, Sir Hans Sloane and the British Museum, London 1953.

78 LB Gotha, B 788, Nr. 329 (H. Sloane an J. Ph. Breyne, London, 28. 4. 1733).

79 Engels, Friedrich, Dialektik der Natur, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20. Berlin 1968, S. 314; vgl. auch ebenda, S. 457.

80 Darauf macht nachdrücklich aufmerksam Goetz, Dorothea, a. a. O.

81 Jonas, Wolfgang/Linsbauer, Valentine/Marx, Helga, Die Produktivkräfte in der Geschichte, Bd. 1, Berlin 1969, S. 266.

ZU MAX PLANCKS BEDEUTUNG FÜR DIE LEITUNG DER WISSENSCHAFT UND ORGANISATION DER FORSCHUNG⁺

Unter besonderer Berücksichtigung seines Wirkens in der Weimarer Republik

von Wolfgang Schlicker

Einleitung

Aspekte der Wissenschaftsauffassung Max Plancks

Die Mitwirkung Max Plancks an der Gründung neuer Organisationsformen der Forschung und an den Reformbestrebungen in der Berliner Akademie

Plancks Einwirkung auf die Mitgliederpolitik der Akademie

Max Planck und die internationalen Wissenschaftsbeziehungen

Unter der faschistischen Diktatur

Einleitung

Max Planck hat als überragender Denker seinen festen Platz in der Geschichte der modernen Physik, in der er mit der Entdeckung des Wirkungsquantums eine revolutionäre Entwicklung eingeleitet hat. Sein physikalisches Wirken gehört zugleich in die Geschichte der Berliner Universität, in der er fast vier Jahrzehnte als Hochschullehrer tätig war und der er sich auch danach noch verbunden fühlte. Es gehört aber nicht weniger in die Geschichte der mit der Universität vor allem personell eng verbundenen Berliner Akademie der Wissenschaften, die im Jahre 1975 ihren 275. Geburtstag begeht und sich aus diesem Anlaß auch auf das Wirken ihrer hervorragenden Mitglieder besinnt.

Dabei verdeutlicht sich gerade unter akademiegeschichtlichem Aspekt, daß Gelehrte wie Max Planck nicht allein in den engeren Grenzen ihres fachwissenschaftlichen Wirkens gesehen werden können. Planck war sechszwanzig Jahre hindurch, zwischen 1912 und 1938, neben Wilhelm von Waldeyer, Max Rubner und Heinrich von Ficker Sekretar der physikalisch-mathematischen Klasse der Akademie. Die vier Sekretare (sowohl die physikalisch-mathematische als auch die philosophisch-historische Klasse hatte zwei ständige Sekretare) lösten sich als

⁺ Die vorliegende Studie wurde im Anschluß an akademiegeschichtliche Untersuchungen erarbeitet, die unter Leitung von Akademiemitglied Prof. Dr. Dr. h. c. L. Stern durchgeführt wurden. Anregung und Unterstützung zu dem speziellen Thema gab Akademiemitglied Prof. Dr. H. -J. Treder.

Vorsitzende Sekretäre der Akademie in viermonatigem Turnus ab und bildeten das Sekretariat als geschäftsführendes Gremium der Akademie. Daher war Planck schon durch seine Wahlfunktion in der Akademie mit wesentlichen Problemen der Leitung und Organisation der Wissenschaft konfrontiert. Gleichzeitig hat Planck Jahrzehnte hindurch in der damaligen philosophischen Fakultät der Universität als Ordinarius für theoretische Physik mitgewirkt; er war 1914, bei Ausbruch des ersten imperialistischen Weltkrieges, Rektor der Universität. In der führenden Forschungsinstitution der deutschen Großbourgeoisie, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, trat er 1930 die Nachfolge Adolf von Harnacks als Präsident an. Auch an den Arbeiten der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft hat er seit deren Gründung als führender, mit der Entwicklung und den Bedürfnissen der Physik und ihrer Grenzgebiete besonders vertrauter Gelehrter aktiven Anteil genommen. Und schließlich hat er, um nur noch diesen Bereich zu erwähnen, in den leitenden Gremien der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte und der Deutschen Physikalischen Gesellschaft aktiv mitgewirkt.

Aus dieser noch nicht einmal vollständigen Aufzählung ergibt sich also zunächst schon rein quantitativ, daß Plancks Wirksamkeit in der Leitung und Organisation der Forschung über eine einzelne Institution wie etwa die Berliner Akademie weit hinaus reichte und aus dem Gesamtgefüge der Wissenschaftsleitung und Forschungsorganisation im damaligen bürgerlichen Deutschland verstanden werden muß. Dies wird auch in dieser Darstellung berücksichtigt, die aus Forschungen zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften hervorgegangen ist und daher Plancks Wirken in der Wissenschaftsleitung und -organisation vordringlich unter akademiegeschichtlichem Aspekt behandelt. Dabei soll jedoch auch unter diesem engeren Aspekt der Blick auf das Wirken Plancks in seiner Gesamtheit gerichtet bleiben, mit dem Ziel, Plancks Rolle in der Geschichte der Forschungsorganisation im bürgerlichen Deutschland zu verdeutlichen.

Historische Untersuchungen zur Leitung und Organisation der Wissenschaft führten in die konkreten Zusammenhänge von Wissenschaft und Gesellschaft, Plancks Wirken, das mit seinem Wissenschaftsverständnis und seiner Auffassung von den Wegen und den vielfachen, auch institutionellen Voraussetzungen und Bedingungen der Wissenschaftsentwicklung verflochten war, blieb stets auch über die theoretische Physik hinaus auf die Durchsetzung des wissenschaftlichen Fortschritts gerichtet. Gleichzeitig blieb das leitende und organisatorische Wirken des großen Physikers in seine festen Bindungen an die bestehende bürgerliche Gesellschaftsordnung eingebettet. Planck hat zwar wiederholt - und sicher zu Recht - betont, den konkreten politischen Problemen seiner Zeit fremd gegenüberzustehen. Sein gesellschaftliches Denken und Handeln blieb jedoch zeitlebens durch Traditionen eines nicht zuletzt im Sinne der Hegelschen Staatslehre etatistischen Konservatismus geprägt. Er sah auch in seinem Wirken in der Wissenschaft und in der Leitung der Forschung einen Beitrag zur Festigung und Erhaltung des preußisch-deutschen Staates und damit faktisch der bestehenden Ordnung. Dies bedarf auch hier der Erwähnung. Denn die Entscheidungssituationen seines langen Lebens brachten für Planck mehrmals schwere Konflikte, in denen sein wissenschaftliches Verantwortungsbewußtsein und seine humanistische Haltung im Grunde mit dem Antihumanismus und der Fortschrittsfeindlichkeit jener kapitalistischen Ordnung kollidierte, der er selbst verbunden war. Diese Kollisionen, deren hier angedeutete tiefere gesellschaftliche Hintergründe Planck verborgen blieben, traten in seinem Wirken in der Wissenschaftsleitung besonders deutlich in Erscheinung.

Plancks leitende und organisatorische Tätigkeit erhielt ihr entscheidendes Gewicht durch seine überragende Stellung in der physikalischen Forschung und im naturwissenschaftlichen Denken in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts; sie ruhte zugleich in den Erfahrungen eines langen Forscherlebens. Zwischen beiden Tätigkeitsbereichen, der Forschung und der Wissenschaftsleitung, bestand ein untrennbarer Zusammenhang, aber auch eine klare Präponderanz zugunsten der Forschung. In die Zeit um 1900, als Planck seine epochale wissenschaftliche Leistung vollbrachte, fiel der Beginn der stürmischen Umgestaltung der physikalischen Erkenntnis mit einem neuen Aufschwung in der Entwicklung der Produktivkräfte zusammen. Dabei wurde die Empirie in manchen Zweigen der industriellen Produktion zunehmend durch die Einbeziehung von Ergebnissen der angewandten, aber auch der Grundlagenforschung ersetzt, industrielle Zweige wie die Elektroindustrie und die Chemieindustrie waren immer stärker auf die Ergebnisse der Wissenschaft angewiesen, bauten die Laboratorien ihrer eigenen Betriebe aus und traten mit entsprechenden Forderungen an die nicht konzerneigene und dabei auch an die staatliche Forschung heran. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus in Deutschland vollzogen; der Imperialismus als höchstes und letztes Stadium des Kapitalismus brachte ein neues Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft. Die gesellschaftlichen Bedingungen für die Leitung wissenschaftlicher Prozesse und für die Gestaltung der Organisationsformen der Forschung veränderten sich unter dem Druck der Forderungen des Kapitals und unter dem Einfluß des mit den Monopolen verschmolzenen Staatsapparates. Es war durchaus symptomatisch, daß Planck mit grundlegenden Fragen der Wissenschaftsentwicklung wie etwa der Frage nach dem Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität im Werden der Wissenschaft, von Theorie und Experiment, von Grundlagenforschung und Bedürfnissen der industriellen Praxis faktisch bereits bei der Entdeckung des Wirkungsquantums konfrontiert wurde: Plancks Überlegungen, die an die Erkenntnisse führender Theoretiker der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts anknüpften und jetzt zur Überwindung der Grenzen des klassischen physikalischen Weltbildes entscheidend beitrugen, hatten in Messungen von Lummer und Pringsheim, Rubens und Kurlbaum in der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt ihren unmittelbaren Anlaß¹; diese Messungen wurden wiederum durch praktische Bedürfnisse der Glühlampenindustrie stimuliert.²

Aspekte der Wissenschaftsauffassung Max Plancks

Planck, der auch an der weiteren Umgestaltung des naturwissenschaftlichen Weltbildes aktiv und an führender Stelle beteiligt war und mit den Forderungen der kapitalistischen industriellen Praxis an die Forschung zunehmend konfrontiert wurde, hat sich vor allem seit Anfang der zwanziger Jahre zu Grundfragen der Wissenschaftsentwicklung geäußert. Damals hatte er die erste Phase seiner Leitungs-

1 Auf die Bedeutung der "zur Erforschung des Wärmespektrums von Otto Lummer und Ernst Pringsheim in der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt" durchgeführten Messungen verweist Max Planck in derselbe, Wissenschaftliche Selbstbiographie, 4. Aufl. Leipzig 1967, S. 22. - Hier liegt der unmittelbare Bezug in der Abhängigkeit der Theorie vom Experiment.

2 Auf das Verhältnis der Messungen zur industriellen Praxis verweist Rompe, Robert, in: Wissenschaftliche Thesen, Nr. 1/1970, S. 18.

tätigkeit in der Wissenschaft bereits hinter sich. Auf einige Aspekte seiner Wissenschaftsauffassung und seiner Vorstellungen vom Werden der Wissenschaft, die er nunmehr im Anschluß auch an eigene Erfahrungen formulierte und die ihrerseits sein praktisches Wirken in der Leitung und Organisation der Forschung mitbestimmten, sei hier verwiesen.

1. Plancks Wissenschaftsauffassung entwickelte sich in der Auseinandersetzung mit dem vordringenden Positivismus, in dem die Krise in den bürgerlich-philosophischen Grundlagen der Physik ihren besonderen Ausdruck fand. In diesem Ringen, das im einzelnen zu erörtern nicht Aufgabe des vorliegenden Beitrags ist, ging Planck, indem er sich faktisch dem in der Arbeit "Materialismus und Empiriokritizismus" von Lenin dargelegten Materiebegriff näherte, von der Anerkennung der objektiven Realität als unabdingbarem Ausgangspostulat aller wissenschaftlichen Forschung aus. Dabei verwies er auch darauf, daß sich "die reale Welt der exakten Wissenschaft", das wissenschaftliche Weltbild, "aus der realen Welt des praktischen Lebens" entwickelt hat. "Die exakte Wissenschaft wurzelt im menschlichen Leben. Aber sie ist mit dem Leben in doppelter Weise verbunden. Denn sie schöpft nicht allein aus dem Leben, sondern sie wirkt auch zurück auf das Leben, auf das materielle wie auf das geistige Leben, und zwar um so kräftiger, je ungehinderter sie sich entfalten kann."³ Planck, der theoretische Forscher, unterstrich die eigenständige Entwicklung der Theorie, die sich zunächst fortschreitend "von den Gegebenheiten und Interessen des Lebens" entferne und immer unanschaulichere Wege einschlage, um schließlich neue allgemeine Zusammenhänge sichtbar zu machen, "die nun wieder in das Leben zurückübersetzt und dadurch für menschliche Bedürfnisse nutzbar gemacht werden können." Er sprach hier von einer Arbeitsteilung, die aufs beste bewährt sei: "Der erste Schritt, die aus dem Leben herausführende Ausgestaltung des Weltbildes", sei Sache der Wissenschaft, der zweite Schritt, "die Verwertung des wissenschaftlichen Weltbildes für die Praxis", sei Aufgabe der Technik.⁴

2. Planck überschritt die Grenzen seines eigenen Faches, indem er die Formung des wissenschaftlichen Weltbildes als Endziel des Ringens um die wissenschaftliche Erkenntnis ansah. In der Physik selbst bezeichnete er das ausgewogene Zusammenwirken von Theorie und Experiment als notwendige Bedingung der Gewinnung von Erkenntnissen. Die Bedeutung des Experiments für die Weiterentwicklung der Theorie sei heute besonders offenkundig, betonte er 1928 im zweiten seiner Vorträge in der Universitätsstadt Leiden, dem Wirkungsort des führenden niederländischen Theoretikers Hendrik Antoon Lorentz. "Die experimentellen Tatsachen sind es ja gerade, welche die klassische Theorie schwankend gemacht und zu Fall gebracht haben. Jede neue Idee, jeder neue Schritt ist der vorwärtstastenden Forschung durch Messungsergebnisse nahegelegt oder sogar aufgezwungen worden ..."⁵ Neun Jahre später unterstrich er die Bedeutung der Theorie für den Fortschritt der physikalischen Erkenntnis; dies war jedoch nur eine Akzentverschiebung, die sich aus konkretem Anlaß, als Entgegnung auf die Angriffe extremer Reaktionäre unter den Physikern und militanter Obskuranten ergab. Bestehen blieb die Ausrichtung auf die Wechselwirkung von Theorie und Experiment.

3 Planck, Max, Sinn und Grenzen der exakten Wissenschaft. Vortrag, gehalten im November 1941, Leipzig 1952, S. 26.

4 Ebenda, S. 27.

5 Derselbe, Zwanzig Jahre Arbeit am physikalischen Weltbild, in: Physikalische Abhandlungen und Vorträge, Bd. 3, Braunschweig 1958, S. 207.

3. Planck hatte Jahre hindurch versucht, die von ihm mit der Entdeckung des Wirkungsquantums ausgelöste Entwicklung in die klassische Physik einzuordnen. In dem Maße, in dem sich dies als unmöglich erwies, präzisierte er auch seine Auffassung über Wege und Formen der Wissenschaftsentwicklung. Zunehmend ging er vom Zusammenwirken evolutionärer und - jetzt verstärkt in Erscheinung tretender - revolutionärer Prozesse aus, erkannte er die Dialektik in der Entwicklung der Physik, die in eine Phase stürmischer Neugestaltung und damit aber auch in eine Krise von bisher ungekannter Schroffheit eingetreten sei - "gerade in einem Augenblick . . . , wo die physikalische Wissenschaft dem höchsten Grad ihrer Vollendung ganz nahe schien".⁶ Darauf verwies er in einer Hauptversammlung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft im Dezember 1928.

4. Planck, der die engeren Grenzen seines Faches vor allem seit den zwanziger Jahren in seinen Vorträgen immer mehr überschritt und auch die philosophischen Aspekte der Wissenschaftsentwicklung betonte, ging in seinem Ringen für ein wissenschaftliches Weltbild vom Zusammenhang zwischen den Wissenschaftsdisziplinen aus. Dabei sah er die zunehmenden Tendenzen zur Spezialisierung auf der einen und zur Integration der Wissenschaften auf der anderen Seite, die auch in der stürmischen Entwicklung seiner eigenen Fachdisziplin und hier etwa in dem Verhältnis von Physik und Mathematik, in der wachsenden Relevanz von Grenzwissenschaften wie der physikalischen Chemie zum Ausdruck kamen und darin gipfelten, daß die neuen physikalischen Erkenntnisse mehr denn je auf ihre philosophische Verarbeitung drängten. Bewußt bezog sich Planck auf Gottfried Wilhelm Leibniz, der das Wirken für die Einheit der Wissenschaften bereits in der Gründungsurkunde als eine der besonderen Aufgaben der Berliner Akademie bezeichnet hatte.⁷ Daß er die Einheit der Wissenschaften durch die Akademien gewahrt sehen wollte, verband Planck einmal mehr mit Gelehrten wie Albert Einstein, der zu Beginn der zwanziger Jahre zusammen mit dem führenden Altphilologen Hermann Diels das materialistische Lehrgedicht des Lucretius Carus "Von der Natur der Dinge" herausgab und damit ein Beispiel für das Zusammenwirken von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen gab.⁸

5. Als theoretischer Denker betonte Planck die Leistung des Einzelforschers, wobei er hervorhob, daß dieser nicht nur eigene Erkenntnisse verarbeitet, sondern zugleich auch an diejenigen seiner Vorgänger anknüpft. Planck war sich darüber hinaus bewußt, daß der wissenschaftliche Fortschritt in zunehmendem Maße durch das Zusammenwirken von Forschern erzielt wird und daß er vom Grade der Kommunikation in der Wissenschaft abhängt. Er ging davon aus, daß Gelehrte vieler Länder an der Entwicklung der Forschung im allgemeinen und am stürmischen Fortschritt der Naturwissenschaften im besonderen beteiligt waren. Er hat die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit als eine Notwendigkeit angesehen und bezeichnet. Zwangsläufig mußten seine eigenen gesell-

6 Ebenda, S. 172.

7 Vgl. Planck, Max, Ansprachen v. 1. 7. 1926 u. 3. 7. 1930, in: Max Planck in seinen Akademieansprachen, Berlin 1948, S. 93, 129 f.

8 Vgl. Lucretius Carus, Titus, De rerum natura. Über die Natur der Dinge, eingeleitet u. hg. v. Hermann Diels u. Albert Einstein, Bd. 1, Berlin 1923, Bd. 2, Berlin 1924. Vgl. dazu Treder, Hans-Jürgen, Die Trägheit und die Schwere des Lichts von Lukrez bis Einstein. Zum 50. Jahrestag des Erscheinens der von H. Diels und A. Einstein besorgten Berliner Lukrez-Ausgabe, in: Spektrum, Nr. 6/1974, S. 19 ff.; derselbe, Aberration, Schwere und Massenäquivalent des Lichts, in: Wissenschaft und Fortschritt, Nr. 8/1974, S. 338 ff.

schaftlich-politischen Bindungen in diesem Bereich der Wissenschaftszusammenarbeit, in dem die Belange imperialistischer Politik von den herrschenden Klassen, aber auch von vielen Gelehrten imperialistischer Staaten zur Geltung gebracht wurden, deutlich werden. Die Frage erhebt sich auch und besonders hier, inwieweit Planck über bestehende gesellschaftliche Schranken in der Leitung der Wissenschaft hinaus zu gelangen vermochte.

Das Plancksche Wissenschaftsdenken konnte hier nur in seinen Grundzügen angedeutet werden. Aber auch schon daraus dürfte sich seine Bedeutung für die Leitung und Organisation der Wissenschaft ablesen lassen. Damit ist jedoch noch nichts darüber ausgesagt, wieweit es unter den konkreten gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Bedingungen wirksam wurde.

Die Mitwirkung Max Plancks an der Gründung neuer Organisationsformen der Forschung und an den Reformbestrebungen in der Berliner Akademie

Sieht man von seiner Mitarbeit in der philosophischen Fakultät der Berliner Universität ab, die 1926 mit seiner Emeritierung formell zu Ende ging, so erreichte Plancks Mitwirkung in der Leitung und Organisation der Forschung in den Jahren der Weimarer Republik einen Höhepunkt, wobei die wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im damaligen Deutschland auch hier den Rahmen des Planckschen Wirkens abgab.

Planck hat 1922 vor der Berliner Akademie betont, daß sich die theoretische Physik in einer Übergangssituation befand, in der die experimentellen Daten sich nicht mehr in das Gebäude der klassischen Theorie einfügen würden.⁹ Stets vorsichtig mit weitgreifenden Voraussagen, hat er zu diesem Zeitpunkt neue theoretisch-physikalische Erkenntnisse erwartet, wie sie mit der Weiterentwicklung der Quantentheorie seit 1924/25 erreicht wurden. Für die wissenschaftliche Gesamtentwicklung bestand im bürgerlichen Deutschland nach 1918 jedoch eine komplizierte gesellschaftliche Situation. Obwohl im ersten imperialistischen Weltkrieg geschlagen und 1918/19 mit der Novemberrevolution konfrontiert, hatte der deutsche Imperialismus seine Machtstellung weitgehend behauptet. Er stand jedoch einem veränderten inneren und äußeren Kräfteverhältnis gegenüber, dem er bei der als Nahziel von ihm angestrebten Konsolidierung seiner ökonomischen und politischen Machtpositionen Rechnung tragen mußte. Die Wissenschaft, die Adolf von Harnack 1909 in seiner für Wilhelm II. formulierten Denkschrift zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft neben der "Wirtschaft" und der "Wehrkraft" als dritten Pfeiler deutscher Weltmachtstellung bezeichnet hatte, sollte nun - nachdem "Wirtschaft" und "Wehrkraft" eine wesentliche Reduzierung erfahren hatten - nach der Vorstellung führender Vertreter des Kapitals sowie einflußreicher Politiker und Wissenschaftspolitiker zur Wiederherstellung alter Machtpositionen beitragen; sie erhielt gleichsam in den strategischen Konzeptionen eines maßgeblichen Teils der herrschenden Klasse einen neuen, höheren Stellenwert. Carl Duisberg zum Beispiel forderte, "die Technik auf eine höhere wissenschaftliche Basis" zu stellen¹⁰, was selbstverständlich auch inneren Entwick-

9 Vgl. Planck, Max, Ansprache v. 29. 6. 1922, in: Max Planck in seinen Akademieansprachen, a. a. O., S. 45.

10 Vgl. Duisberg, Carl, Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1882 - 1921, hg. v. Aufsichtsrat und Direktorium der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Berlin/Leipzig 1923, S. 844.

lungsbedürfnissen im Verhältnis von Wissenschaft und Technik entsprach; Carl Heinrich Becker, Orientalist und späterer preußischer Kultusminister, beispielsweise trat für eine aktive Kulturpolitik (und dies bedeutete: auch Wissenschaftspolitik) ein, wobei er die hier weit aufgefaßte Kulturpolitik als "bewußte Einsetzung geistiger Werte im Dienste des Volkes zur Festigung im Innern und zur Auseinandersetzung nach außen" definierte.¹¹

Gemessen an den weitgreifenden Forderungen des Kapitals und der Politiker, aber auch an den Entwicklungsbedürfnissen naturwissenschaftlicher und technischer Forschung, befand sich die Wissenschaft im bürgerlichen Deutschland der Jahre nach 1918 jedoch in einer prekären Lage: Im Kriege deformiert, wurden die materiellen Grundlagen der Wissenschaftsentwicklung während der Folgezeit durch die Inflation zunehmend und in weitestem Sinne in Frage gestellt. Die Isolierung der deutschen Forschung, im Weltkrieg zum Faktum geworden, erfuhr durch den Boykott deutscher wissenschaftlicher Institutionen und Organisationen ihre Fortsetzung: Damit setzten sich die imperialistischen Widersprüche über eine spezifische Konsequenz des Versailler Systems auch in der Wissenschaft der Nachkriegsjahre fort. Vor diesem Hintergrund wurden unter maßgeblichem Einfluß des Kapitals, insbesondere des Chemiekapitals¹², in Deutschland vor allem seit 1920 verstärkte wissenschaftspolitische und forschungsorganisatorische Anstrengungen unternommen, das bestehende Forschungspotential aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die Einflüsse des Kapitals auf die Forschung zu vertiefen und zu erweitern.

Die Berliner Akademie verfügte nicht über eigene naturwissenschaftliche Forschungseinrichtungen; sie stand am Rande der neuerlichen forschungspolitischen und -organisatorischen Aktivität des Kapitals und des bürgerlichen Staates. Der Gedanke, die gefährdete Forschungsfinanzierung über eine neu zu konstituierende "Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft" abzusichern und damit zugleich ein zusätzliches Leitorgan der Forschung über die einengenden Grenzen der damaligen deutschen Länder hinweg zu schaffen, wurde außerhalb der Akademie von Friedrich Schmidt-Ott, dem langjährigen führenden Wissenschaftspolitiker und letzten Kultusminister Preußens unter der Hohenzollernmonarchie, und von Fritz Haber, dem Entdecker der Ammoniak-Synthese, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Ordentlichem Mitglied der Akademie, entwickelt. Haber schlug dem Vorsitzenden Akademiesekretar Max Planck und dem Rektor der Universität Eduard Meyer eine von beiden Institutionen zu initiiierende Willenserklärung der deutschen Universitäten, Hochschulen und Akademien vor, um die Gründung zu beschleunigen.¹³ Im Namen der Akademie bat Planck den erfahrenen Exponenten bürgerlicher deutscher Wissenschaftspolitik, Friedrich Schmidt-Ott, um die Übernahme des Vorsizes der Notgemeinschaft.¹⁴ Unter der

11 Vgl. Becker, Carl Heinrich, Kulturpolitische Aufgaben des Reiches, Leipzig 1919, S. 15; vgl. dazu auch Grundmann, Siegfried, Der deutsche Imperialismus, Einstein und die Relativitätstheorie, in: Relativitätstheorie und Weltanschauung. Zur philosophischen und wissenschaftspolitischen Wirkung Albert Einsteins, Berlin 1967, S. 165 ff.

12 Vgl. Reishaus-Etzold, Heike, Die Herausbildung von monopolkapitalistischen Lenkungsorganen der Wissenschaft während der Weimarer Republik unter dem Einfluß der Chemiemonopole, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 3, S. 13 - 35.

13 Vgl. Archiv der Akademie der Wissenschaften der DDR (im folgenden: AAW), II:XII ss, Bd. 1, Bl. 4 f.

14 Vgl. AAW, II:XIII ss, Bd. 1, Bl. 8 f.

Leitung Schmidt-Otts wurde ein vorbereitender Ausschuß gebildet, dem Max Planck, Hermann Diels und Fritz Haber als Vertreter der Akademie angehörten. Präsident der Notgemeinschaft, die sich am 20. Oktober 1920 in der Berliner Staatsbibliothek offiziell konstituierte, wurde Schmidt-Ott; als seine Stellvertreter amtierten der Münchner Mathematiker Walther von Dyck, Fritz Haber und Adolf von Harnack, der Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Max Planck arbeitete im Hauptausschuß der Notgemeinschaft mit, der bis 1929 gleichfalls unverändert blieb und von Adolf von Harnack geleitet wurde. Er vertrat hier nicht allein die Akademie, sondern zugleich die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte, die 1922 unter seinem Vorsitz in einer international beachteten Festtagung ihr hundertjähriges Jubiläum beging. Über die Notgemeinschaft flossen der Forschung seitdem zusätzliche Förderungssummen zu, die absolut gesehen zwar gering waren, aber unter den gegebenen erschwerten Umständen die Durchführung vieler Forschungen erst ermöglichten. Obwohl die Notgemeinschaft keine staatliche Einrichtung war, erhielt sie ihre Hauptmittel vom Staate (Reichsinnenministerium und Preußisches Kultusministerium); wesentlich geringere, aber letztlich oft ausschlaggebende Summationen flossen ihr über ihren Stifterverband zu, den das Kapital geschaffen hatte und als sein unmittelbares Instrument in der Hand behielt.¹⁵ Über die Verwendung der Mittel wurde unter maßgebender Mitwirkung Schmidt-Otts entschieden, der ein persönlicher Vertrauter Henry Böttingers und Carl Duisbergs war und selbst dem Aufsichtsrat der Bayer-Werke Leverkusen und später der IG-Farbenindustrie angehörte. Beraten und begutachtet wurden die Förderungsanträge in den Fachausschüssen, in denen die meisten führenden Gelehrten im bürgerlichen Deutschland mitwirkten. Der Fachausschuß Physik wurde von Max von Laue, Plancks hervorragendstem Schüler, geleitet. Planck selbst hat auch in dem etwas später gegründeten Japan-Ausschuß der Notgemeinschaft mitgewirkt, in dem er dann zusammen mit Fritz Haber, Richard Willstätter, Otto Hahn und Rudolf Schenck über die Verwendung von Stiftungsmitteln des japanischen Großkapitalisten Hajimé Hoshi für die physikalisch-chemische und chemische Forschung beriet.

An der Notgemeinschaft, an deren Gründung Max Planck beteiligt war und deren Arbeiten auch er unterstützte, verdeutlicht sich, wie die konkreten Organisations- und Leitungsformen der Wissenschaft durch die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt wurden. Getragen von der zunehmenden Verschmelzung von Kapital und Staat und fest in den gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnissen der großbürgerlichen Weimarer Republik verwurzelt, wurde sie zu einem tragenden Glied staatsmonopolistischer Wissenschaftsfinanzierung und -leitung seit 1920.

Als Sekretar der Akademie hat sich Planck für die in den Nachkriegsjahren gefährdete wissenschaftliche Information eingesetzt. Hier wurden damals verschiedene Wege - so über die Notgemeinschaft und ihren Bibliotheksausschuß bzw. über die Adolf-Baeyer-Gesellschaft - beschritten, um dem immer dringenderen, ja angesichts der internationalen Isolierung Deutschlands in den Nachkriegsjahren prekären Problem der Information zu begegnen. Die Initiative zur Gründung einer Zentrale für wissenschaftliche Berichterstattung ging zunächst von der Berliner

¹⁵ Vorsitzender des Stifterverbandes war Carl Friedrich v. Siemens, 1. Stellvertreter Hugo Stinnes, 2. Stellvertreter Eduard Arnhold, Schatzmeister Arthur Salomonsohn. (Vgl. Zierold, Kurt, *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft, Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar*, Wiesbaden 1968, S. 33, sowie die Rezension dazu von Schlicker, Wolfgang, in: *Deutsche Literaturzeitung*, Nr. 1/1969, Sp. 965 ff.)

Mathematischen Gesellschaft, der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, der Deutschen Chemischen Gesellschaft und der Deutschen Geologischen Gesellschaft gemeinsam mit vier Referateorganen aus den jeweiligen Fachgebieten aus: Sie forderten in einer Denkschrift am 10. April 1919 die Einrichtung einer Zentrale für naturwissenschaftliche Berichterstattung und wurden darin in der Folge von der (1919 gegründeten) Deutschen Gesellschaft für technische Physik und der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte unterstützt. Das Preußische Kultusministerium übersandte die Denkschrift zur Stellungnahme an die Akademie; gutachterliche Äußerungen der Fachgesellschaften - für die Mathematik von Issai Schur, für die Physik von Karl Scheel, für die Geologie von Joseph Pompeckj, für die Chemie von Bernhard Lepsius - gingen der Akademie ebenfalls zu. Zugleich wurde Max Planck von Karl Kerkhof, dem früheren Mitarbeiter des deutschen Büros für internationale Bibliographie, um die Unterstützung des geplanten Unternehmens gebeten; eine Denkschrift Kerkhofs schloß sich an.¹⁶ Planck informierte die physikalisch-mathematische Klasse der Akademie über eine zunächst vorgesehene Arbeitsstelle. Die Klasse berief die Akademiemitglieder Theodor Liebisch, Erhard Schmidt, Walther Nernst, Gustav Müller und Gustav Hellmann in eine spezielle Kommission¹⁷; sie erklärte sich in einem von Planck entworfenen Schreiben zur Unterstützung des Vorschlages der vier Fachgesellschaften und Redaktionen bereit.¹⁸ Die Reichszentrale für naturwissenschaftliche (später: wissenschaftliche) Berichterstattung, die noch 1920 ihre Arbeit aufnahm, unterstand zunächst dem Reichsinnenministerium, später der von Anfang an für die Anleitung und Beratung dieser Institution zuständigen Akademie. Planck hat ihre Bildung als Sekretar der Akademie unter dem Aspekt der notwendigen wissenschaftlichen Information unterstützt. Am Beispiel dieser Einrichtung, die Karl Kerkhof leitete, wird die komplizierte, zwiespältige Situation der Wissenschaft und der Forschungsleitung unter imperialistischen Bedingungen erneut und anschaulich deutlich. Die Reichszentrale stellte Kopien wissenschaftlicher Arbeiten zur Verfügung und informierte über die Zeitschrift "Forschungen und Fortschritte" seit den späten zwanziger Jahren über Forschungsergebnisse in Deutschland. Zugleich hat Kerkhof in den Nachkriegsjahren Informationen über die wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen um den Wissenschaftsboykott gegeben und dabei nationalistische Positionen vertreten, die nicht geeignet waren, Vorbehalte und Resentiments unter bürgerlichen Wissenschaftlern in Deutschland abzubauen und die Wiederaufnahme der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf deutscher Seite zu erleichtern.

Bereits um die Jahrhundertwende lösten die Wissenschaftsentwicklung auf der einen und die Interessen des deutschen Großkapitals an der stärkeren Nutzung der Forschung auf der anderen Seite eine Diskussion über die Organisation der Wissenschaft in Deutschland aus. Planck hatte zwar nicht aktiv, wie zum Beispiel Emil Fischer, der überragende Exponent der organischen Chemie, an jener Diskussion teilgenommen, die vor allem in die Gründungsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft fiel, zugleich aber auch die Frage nach der Stellung und Bedeutung der Akademie aufwarf; dennoch konnte sie ihn als Wissenschaftler nicht gleichgültig lassen. Mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war die Randposition der Akademien in der Wissenschaftspolitik der deutschen Bourgeoisie zur offenkundigen Tatsache geworden. Ihnen gehörten aber weiterhin führende Ge-

16 Vgl. zu dieser Gründung AAW, II:XIII oo, Bd. 1, Bl. 2, 4 - 6.

17 Ebenda, Bl. 2.

18 Ebenda, Bl. 8.

lehre verschiedenster Fachdisziplinen an, wie das Beispiel der Berliner Akademie eindrucksvoll zeigt. Die Diskussion um den Platz der Akademien in der bürgerlichen deutschen Wissenschaft wurde daher in der Folge weitergeführt; über Struktur und Arbeitsausrichtung wurde in der Berliner Akademie auch in den zwanziger Jahren gesprochen. Max Planck war als Sekretar der Akademie in Berlin an der Behandlung dieser Fragen an exponierter Stelle beteiligt.

Bereits am 24. Oktober 1919 wurde die Forderung, die Struktur der Akademie durch die Angliederung einer dritten Klasse für die technischen Disziplinen zu erweitern, von einer Vertreterversammlung der Hochbauabteilungen der preußischen technischen Hochschulen formuliert und dem preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung als Eingabe eingereicht.¹⁹ Bei den Planstellen der physikalisch-mathematischen Klasse der Akademie seien die Mitglieder aus den technischen Wissenschaften ungenügend vertreten; dies würde den bestehenden wissenschaftlichen Bedürfnissen der Technik nicht gerecht. Die Mittel für eine Änderung würden sich im übrigen "durch große Stiftungen von privater und industrieller Seite ohne neue Belastung der Staatskasse von selbst einstellen".²⁰ Max Planck, der mit Max Rubner im Sekretariat der Akademie die Naturwissenschaften vertrat, fiel bei der Stellungnahme auf die Erweiterungswünsche eine besondere Bedeutung zu. Geantwortet hat die Akademie, nachdem der 1918 gegründete Reichsbund Deutscher Technik am 21. November 1921 im Grunde die gleiche Forderung in einer neuerlichen Eingabe vortrug. Der Reichsbund Deutscher Technik legte einen weitgefaßten Katalog angewandter technischer Bereiche vor, die an der Akademie durch die Zuweisung der entsprechenden Stellen für die Technik Berücksichtigung finden sollten.²¹ Betont wurde dabei, daß "die Einordnung der Technik unter ihre Mutterwissenschaften ... nicht mehr ... den tatsächlichen Verhältnissen und der Bedeutung der Technik im Leben des Volkes" entspräche. Die Technik sei mehr geworden "als eine Anwendung anderer Wissenschaften", sie habe "ihren eigenen Gedankeninhalt, ihre eigenen Ziele, welche auf einer Verkettung der naturwissenschaftlichen Erkenntnis mit wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten beruhen".

Max Planck hat das Antwortschreiben der Akademie zusammen mit Max Rubner, Heinrich Lüders und Gustav Roethe, den anderen Sekretaren, unterzeichnet; es trägt den Stempel seiner eigenen Wissenschaftsauffassung und seiner Vorstellungen über die Aufgaben der Akademie. Aus der Aufgabe, die "reine Wissenschaft" zu fördern, aber auch aus der Unabhängigkeit ihres Wirkens "von den Faktoren unseres staatlichen und öffentlichen Lebens" ergäbe sich das Wesen und die Bedeutung der Akademie, hieß es unter Berufung auf Adolf von Harnack, den Akademiehistoriker. Planck und seine Amtskollegen gingen hier von der gegebenen Struktur und Arbeitsrichtung der Akademie aus. Sie sahen in der Förderung der Grundlagenforschung die wesentliche Aufgabe der Akademie, die sie mit den ihr

19 Vgl. Zentrales Staatsarchiv der DDR, Historische Abteilung II (im folgenden: ZST II), Rep. 76, V c, Tit. XXIII, Lit. F, Nr. 1, Bd. XII, Bl. 68.

20 Vgl. ebenda.

21 Vgl. ebenda, Bl. 253 ff. - Aufgeführt wurden: Hochbau, Brücken- und Wasserbau, Kraftmaschinenbau, Arbeitsmaschinenbau, Stark- und Schwachstrom-elektrotechnik, Schiffbau, Luftschiffahrt, anorganische Chemie, Farbstoffe, medizinische Präparate, Keramik, Bergbau, Apparatebau, Feinmechanik (bes. optische Instrumente, Thermometer u. ä.), landwirtschaftliche Technik, Rechtsverhältnisse der Technik, also ein äußerst weitgefaßter Bereich mit klarer praktisch-technischer Orientierung.

gegebenen Mitteln, zumindest vorerst ohne Strukturänderungen, betreiben sollte. Sie knüpfte an die Anerkennung der Bedeutung naturwissenschaftlicher Grundlagenforschungen für Technik und Industrie an, die auch der Reichsbund Deutscher Technik nicht leugne. Sie wiesen schließlich die weitgefaßten Vorschläge des Reichsbundes und der technischen Hochschulen zurück, die die Akademie sprengen und sie ihrer Aufgabe als Verkörperin der Einheit der Wissenschaften entfremden würden.

Erfolgte die Orientierung auf die Grundlagenforschung zu Recht und überschritten die Vorschläge gerade unter diesem Aspekt bei weitem die Aufgaben der Akademie, so überzogen die vier Sekretare den Aspekt der Einheit der Wissenschaften, den die Akademie unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen nur begrenzt realisieren konnte. Grenzen des Wissenschaftsverständnisses Plancks und seiner Amtskollegen offenbarten sich auch darin, daß hier letztlich die Vorstellung von einer klaren Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Technik vertreten wurde. Diese Vorstellung, die auch aus dem Zusammenhang der Wissenschaftsauffassung Max Plancks zu verstehen ist und dort zur Sprache kam, wurde der wissenschaftlich-technischen Wechselwirkung und Verzahnung nicht gerecht. Die Sekretare verwiesen in ihrer Antwort zwar auf die Bedeutung mathematischer und naturwissenschaftlicher Forschungsergebnisse für die Technik; dagegen schenken sie dem Einfluß der Praxis auf die Forschung, der wachsenden Verflechtung von Grundlagen- und angewandter Forschung und der zunehmenden Verwissenschaftlichung technologischer Prozesse in verschiedenen Bereichen der Industrie zuwenig Beachtung. Dabei reflektierte das Wissenschaftsverständnis führender Gelehrter hier auch die Schranken, die der Akademie praktisch gesetzt waren und die unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen weiterwirkten.

Die Diskussion um die Stellung und Bedeutung der Akademien erfuhr in den späten zwanziger Jahren eine Belebung, die letztlich wiederum von den Bedürfnissen der kapitalistischen industriellen Praxis ausgelöst wurde. Unter führenden Gelehrten gab es unterschiedliche Meinungen, die sich ihrerseits aus der Stellung der betreffenden Disziplinen ergaben. Der führende Physikochemiker Wilhelm Ostwald zum Beispiel, der mit den Bedürfnissen der Praxis vertraut war und dessen eigene Arbeitsgebiete an den Akademien nicht gepflegt werden konnten, sprach den Akademien die Existenzberechtigung ab. Der greise Altphilologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf gehörte dagegen auch jetzt zu ihren Befürwortern.²² Auch in der Berliner Akademie wurde zunehmend erkannt, daß es einer Reform von Struktur und Arbeitsweise bedurfte, um die wissenschaftliche und gesellschaftliche Relevanz der Akademien zu erhöhen.

Max Planck war als Sekretar an der Erarbeitung des Reformplanes beteiligt, der dem preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung allerdings erst 1930, nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, eingereicht wurde.²³ Grundlegende Ziele dieses Reformplanes wurden bereits im Mai 1929 im ersten Entwurf formuliert, den die eigens dafür eingesetzte Kommission der Akademie verfaßt hatte.²⁴ Diese Ziele berührten sich wiederum eng mit den Wissenschaftsauffassungen und dem Akademieverständnis Max Plancks und lassen seinen Einfluß

22 Vgl. Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich v., Erinnerungen, 2. Aufl. Leipzig 1928, S. 308 ff.

23 Vgl. AAW, II:I a, Bd. 12, Bl. 79 (Denkschrift der Preußischen Akademie der Wissenschaften über die Erweiterung ihrer Tätigkeit).

24 Vgl. ebenda, Bl. 85.

auf die Erarbeitung deutlich erkennen. Die Kommission forderte, das Tätigkeitsfeld der Akademie wesentlich zu erweitern, um ihre "Daseinsberechtigung unter den völlig veränderten Verhältnissen des 20. Jahrhunderts" zu unterstreichen. Die Akademie müsse, hieß es auch hier, "die ideale Einheit der Wissenschaften" verbürgen und solle auf weitere Sicht die Aufgaben auch der Notgemeinschaft und ihrer Ausschüsse "in der Überwachung und Leitung des wissenschaftlichen Lebens" übernehmen. In ihrer Denkschrift bezeichnete die Akademie die Weiterführung wissenschaftlicher Unternehmen²⁵ als ihre Hauptaufgabe.²⁶ Vor allem aber sollten - als eine Schritt für Schritt zu lösende Aufgabe, wie überhaupt die Realisierung der Denkschrift als allmählicher Vorgang angesehen wurde - Forschungsinstitute in der Akademie gebildet werden, um wissenschaftliche Unternehmen in verschiedenen Bereichen koordinieren und intensivieren zu können und um andere neu zu beginnen. Vorgeschlagen wurden Institute für griechisch-römische Epigraphik, für die Geschichte der Wissenschaft im Altertum, für Patristik, für budhistische Forschung sowie ein Deutsches Institut zur Zusammenfassung der germanistischen Arbeiten der Akademie. Eine erhebliche Erweiterung der Forschungs- und Editionsarbeiten in verschiedenen Bereichen der bürgerlichen Geisteswissenschaften war also beabsichtigt, wobei der Einfluß von Gelehrten wie Werner Jaeger, dem führenden bürgerlichen Althilologen, auf die vorgeschlagene Schwerpunktbildung unverkennbar ist. Das Einverständnis Max Plancks mit der Gründung eines Instituts für die Geschichte der Wissenschaften im Altertum (dessen Arbeiten sich um eine intensiviertere und erweiterte Aristoteles-Forschung und -Edition gruppieren sollten) kann bereits aus dem Zusammenhang seines Eintretens für die Einheit der Wissenschaften abgeleitet werden; es berührt sich zudem mit dem wachsenden Interesse führender zeitgenössischer Physiker an der Geschichte der Wissenschaft - einem Interesse, das sich insbesondere auf die Anfänge wissenschaftlichen Denkens in den griechischen Poleis richtete. Der Plan in der Denkschrift, einige bereits bestehende naturwissenschaftliche Institute der Akademie anzugliedern - aufgeführt wurden das Astrophysikalische Observatorium mit dem von Erwin Freundlich geleiteten Einstein-Turm, das Preußische Meteorologische Institut mit seinem Observatorium und das Geodätische als drittes Potsdamer Institut sowie das Biologische Institut auf der Insel Helgoland -, fiel in Plancks engeren Arbeitsbereich als Sekretar der physikalisch-mathematischen Klasse der Akademie. Die Forderung, an der Akademie ein Forschungsinstitut für theoretische Physik einzurichten, fiel darüber hinaus in sein unmittelbares Arbeits- und Verantwortungsfeld: Plancks Interessen berührten sich hier besonders eng mit denen der anderen überragenden Vertreter der theoretischen Physik an der Akademie Albert Einstein, Max von Laue und Erwin Schrödinger. In diesem Kreis, unter maßgeblicher Mitwirkung Plancks dürfte die Begründung für die Errichtung eines derartigen Instituts entstanden sein, in der es - unter Berufung

25 Die Akademie betrieb seit dem 19. Jh. eine Reihe von langfristigen Unternehmen vor allem auf dem Gebiet der bürgerlichen Geisteswissenschaften (griechisch-römische Altertumskunde, Orientalistik, Patristik, Geschichte der Neuzeit, Germanistik, bes. Quelleneditionen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte sowie Beteiligung an den Monumenta Germaniae Historica, Herausgabe der Werke namhafter Akademiemitglieder), aber auch der beschreibenden und systematisierenden Naturwissenschaften (z. B. zur Geschichte des Fixsternhimmels sowie Herausgabe der Sammelwerke "Das Tierreich" und "Das Pflanzenreich").

26 Vgl. AAW, II:I a, Bd. 12, Bl. 79, S. 1 f.

darauf, daß sich die Berliner Physiker seit 1917 de facto erfolglos mit dem Plan befaßt hätten, ein arbeitsfähiges Forschungsinstitut für theoretische Physik zu errichten - hieß: "Die Bedeutung, die ein Forschungsinstitut für Physik gewinnen könnte, hat sich aber in den verflochtenen zwölf Jahren gewiß nicht vermindert. Es hat eine Entwicklung namentlich der theoretischen Physik stattgefunden, die in der Geschichte des Fachs ihresgleichen nicht hat. Von jeher hat die theoretische Physik einen Mittelpunkt im Bereiche der exakten Naturwissenschaften abgegeben, an welchen diese sich alle anlehnen. Aber im letzten Vierteljahrhundert ist sie sogar das Zentrum geworden, von welchem die stärksten Anregungen für die Tätigkeit der anderen Gebiete ausstrahlen. Auch ist kaum anzunehmen, daß dies Verhältnis sich in absehbarer Zeit ändern wird. Trotz dieser zentralen Stellung ist die Physik schlechter daran als die Nachbarfächer der Chemie und der physikalischen Chemie, die beide in Dahlem große Forschungsinstitute besitzen. Aus diesem Grunde glaubt die Akademie, daß die Gründung eines wirklichen Forschungsinstitutes für theoretische Physik einem Bedürfnis nicht nur der Physik, sondern aller exakten Naturwissenschaften entgegenkommt ..."²⁷

Plancks Auffassungen finden sich hier auch im Hinblick auf das Verhältnis von Theorie und Experiment wieder: "Aber die theoretische Physik, wie wir sie verstehen, kann nicht mit Einrichtungen auskommen, die keine experimentelle Tätigkeit ermöglichen ... Wenn der Experimentalphysiker im Experiment das Werkzeug erblickt, so ist das Experiment für den Theoretiker der Wegweiser, der ihm an Kreuzwegen die Richtung gibt. Zeiten, in denen es dem theoretischen Physiker entbehrlich ist, sind solche, in denen der Versuch dem Verständnis, die Erfahrung der Theorie vorausgeeilt ist. In unseren Zeiten gilt das Gegenteil ..."²⁸

Die Denkschrift von 1930 enthielt viele wertvolle Einzelgedanken. Dazu gehört auch die Konzeption, der Physik, die an der Berliner Universität, in der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt an der Technischen Hochschule und in verschiedenen Industrielaboratorien großer Konzerne wie Siemens, AEG oder Telefunken Pflegestätten mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Ausrichtungen besaß, in Berlin eine zentrale Forschungsstätte zu schaffen, in der die theoretische Forschung - in Verbindung mit der Experimentalforschung - im Mittelpunkt stehen sollte. Auch hier galt das für Max Planck und viele andere Gelehrte typische Wissenschafts- und Akademieverständnis, das das Zusammenwirken von Theorie und Experiment betonte und hieraus auch institutionelle Schlußfolgerungen abzuleiten suchte. Insgesamt zielte die Denkschrift auf eine bedeutende Erweiterung des Potentials der Akademie ab, während sie den Forderungen des Kapitals, das auf den vordringlichen Ausbau des Potentials für die angewandte Forschung, für die unmittelbaren Bedürfnisse der Monopolbetriebe drängte, nicht entsprach. Die deutsche Großbourgeoisie hatte ihre Belange über die Gründung von Institutionen wie der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt und vor allem der unmittelbar von ihr geschaffenen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft durchgesetzt, baute ihre konzern-eigenen Forschungseinrichtungen vor allem während der Jahre der relativen Stabilisierung aus und nutzte alle Möglichkeiten, ihren Einfluß auf alle für sie relevanten Forschungseinrichtungen zu erhöhen: Die Akademien standen weiterhin am Rande der Wissenschaftspolitik der herrschenden Kräfte. Auch der Denkschrift der Berliner Akademie aus dem Jahre 1930, für die sich Max Planck als Repräsentant der Physiker an der Akademie mit einsetzte, war in den Jahren der Weltwirtschaftskrise und der fortschreitenden Reduzierung der Mittel für Kultur und

27 Vgl. ebenda, S. 17.

28 Vgl. ebenda, S. 18.

Wissenschaft der Erfolg versagt. Sie wurde bald nach Errichtung der faschistischen Diktatur ad acta gelegt: So blieben auch die dort vorgeschlagenen Reformen in der Struktur und Arbeitsweise der Akademie unter den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft unverwirklicht.

Plancks Einwirkung auf die Mitgliederpolitik der Akademie

Der Berliner Akademie haben in der langen Zeit des Wirkens von Max Planck hervorragende Gelehrte aus vielen Fachbereichen als Mitglieder angehört, die vor allem an der Berliner Universität, aber auch an der Technischen Hochschule, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, dem Astrophysikalischen, Geodätischen oder Meteorologischen Institut bzw. einigen anderen Zentren natur- und auch geisteswissenschaftlicher Forschung tätig waren.²⁹ Die Wahlen neuer Mitglieder wurden an der Akademie durch Laudationes begründet, die für den Bereich der Physik und ihrer Grenzgebiete - also für den weiteren Arbeits- bzw. Verantwortungsbereich Max Plancks - nunmehr ediert vorliegen. Dieser Quellenband stellt einen instruktiven Beitrag zur Geschichte des Wirkens hervorragender Naturwissenschaftler und Akademiemitglieder von Helmholtz bis zu Schrödinger dar, zumal ihm eine Einleitung von Hans-Jürgen Treder vorangeht, in der die Stellung der Gewählten in der Entwicklung des modernen physikalischen Denkens dargelegt ist.³⁰

Max Planck hat an den Wahlen Ordentlicher Mitglieder, aber auch Korrespondierender Mitglieder aktiven und oft sehr maßgeblichen Anteil genommen, wobei auch in diesem Bereich seines Wirkens die Physik naturgemäß das Zentrum bildete, über das Planck jedoch hinausging: Die Struktur und Arbeitsweise der Akademie brachte es mit sich, daß Planck als Sekretar der physikalisch-mathematischen Klasse hier verschiedene Bereiche der Naturwissenschaften fördern konnte, was wiederum seiner Auffassung von der notwendigen Zusammenführung der Wissenschaften entsprach. Als Mitglied des Sekretariats und turnusmäßig als Vorsitzender Sekretar hat er auf die Mitgliederstruktur der Akademie auch in allgemeinerem Sinne eingewirkt. So wurde auf seine Initiative die Planstellenzahl Korrespondierender Mitglieder (Physik) 1921 von zehn auf fünfzehn erhöht; die se Erhöhung, mit der der großen Bedeutung der Physik in der Wissenschaftsentwicklung wenigstens etwas entsprochen werden sollte, konnte im Rahmen der traditionellen Begrenzung der Planstellen - die Klasse verfügte über einhundert Stellen für Korrespondierende Mitglieder - allerdings nur durch die Reduzierung von Stellen für andere Fächer erreicht werden.³¹ Der Versuch, über die Denkschrift von 1930 zwölf (sechs für jede der beiden Klassen) neue Stellen für Akademiemitglieder zu schaffen, die nicht an einzelne Fächer gebunden und deren Inhaber

²⁹ Die Leiter einiger Kaiser-Wilhelm-Institute oder anderer Institutionen, wie des Astrophysikalischen, Geodätischen und Meteorologischen Instituts, waren zugleich Akademiemitglieder. An jeder Klasse der Akademie gab es darüber hinaus 1 Stelle für ein hauptamtliches Mitglied, deren Inhaber damals Jacobus Henricus van t' Hoff bzw. Albert Einstein sowie Konrad Burdach waren.

³⁰ Physiker über Physiker. Wahlvorschläge zur Aufnahme von Physikern in die Berliner Akademie 1870 bis 1929, bearb. v. Christa Kirsten u. Hans-Günther Körber, mit einer Einleit. v. Hans-Jürgen Treder, Berlin 1975 = Beiträge zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 1.

³¹ Vgl. dazu AAW, II:I a, Bd. 8, Bl. 184.

nicht in Berlin ansässig sein mußten, muß auch mit Plancks Namen verbunden werden. Dieser Versuch ist allerdings ebenso wie die gesamte Denkschrift gescheitert.

Max Planck hat als einer der ersten unter den führenden Physikern den besonderen Rang der beiden grundlegenden Arbeiten Albert Einsteins aus dem Jahre 1905 zur speziellen Relativitätstheorie und zur Photonentheorie des Lichts erkannt. Er hatte einen maßgeblichen Anteil daran, daß Einstein 1913 auf die einzige, durch den Tod von Jacobus Henricus van 't Hoff freigewordene Stelle eines hauptamtlichen Akademiemitgliedes berufen wurde: Diese Berufung erfolgte unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen unter dem gleichzeitigen Einfluß des Bankiers Leopold Koppel, der zusätzliche Mittel für das Gehalt Einsteins an der Akademie bereitstellte.³² Die Wahlbegründung für Einstein, die von Max Planck verfaßt und zusammen mit Nernst, Rubens und Emil Warburg unterzeichnet wurde, verwies auf dessen Leistungen und auf die Hoffnungen, die an Einsteins weitere Arbeiten zu knüpfen waren. Sie betont abschließend, die Unterzeichneten "sind auch weiter davon überzeugt, daß der Eintritt Einsteins in die Berliner Akademie der Wissenschaften von der gesamten physikalischen Welt im Sinne eines besonders wertvollen Gewinns für die Akademie beurteilt werden würde".³³ Nur drei Jahre später hatte Albert Einstein die allgemeine Relativitätstheorie ausgearbeitet. Albert Einstein hat fortan der physikalisch-mathematischen Klasse der Akademie, in einem Festvortrag auch ihrem Plenum, über die Ergebnisse seines Denkens und Schaffens berichtet. Sein Beitrag zur Revolutionierung des physikalischen Weltbildes bis hin zu seinen kosmologischen Arbeiten gehört für die Jahre bis 1933 auch in die unmittelbare Wissenschaftsgeschichte der Berliner Akademie.

Einen führenden Anteil hatte Max Planck auch an der Wahl seines bedeutendsten Schülers Max von Laue in die Akademie. Die Wahlbegründung, die Max Planck verfaßt hatte und zusammen mit dem Experimentalphysiker Heinrich Rubens, dem Mathematiker Erhard Schmidt, dem Mineralogen Theodor Liebisch und dem Physikochemiker Walther Nernst unterzeichnete, verwies auf die größte Leistung Max von Laues, der die von seinen Mitarbeitern Paul Knipping und Walter Friedrich dann experimentell bestätigten Röntgenstrahlen-Raumgitter-Interferenzen vorausgesagt hatte.³⁴ Planck betont hier, daß Laue und seine Mitarbeiter damit den Ausgangspunkt für einen neuen Zweig der Physik, für die Röntgenspektroskopie, geschaffen hätten: Zu einem relativ frühen Zeitpunkt unterstrich Planck damit ein Gebiet, dessen umfassende Bedeutung für die verschiedensten Bereiche der Physik, Chemie und Technik bis heute vielfältig zutage tritt.

Max von Laue war 1920 als Ordinarius für theoretische Physik an der Berliner Universität neben seinen Lehrer Max Planck getreten. Erwin Schrödinger trat dort an Plancks Stelle, nachdem dieser 1926 emeritiert worden war. Planck trug der neuen, 1924/25 eingeleiteten Entwicklungsphase der Quantentheorie in spezifischer Weise Rechnung, als er sich für die Wahl Erwin Schrödingers auch zum Akademiemitglied einsetzte. In der wiederum von ihm formulierten und zusammen mit Walther Nernst, Emil Warburg und Friedrich Paschen unterzeichneten

32 Vgl. dazu auch Grundmann, Siegfried, a. a. O., S. 174 ff.

33 Vgl. den Text in AAW, II:III a, Bd. 19, Bl. 36 (zusammen mit Planck unterzeichneten Walther Nernst, Heinrich Rubens, Emil Warburg); auszugsweise wiedergegeben auch bei Grundmann, Siegfried, a. a. O., S. 176.

34 Vgl. AAW, II:III a, Bd. 21, Bl. 100.

Wahlbegründung wurde Schrödingers entscheidender Beitrag zur Weiterentwicklung der theoretischen Physik betont, der in der Formulierung der Grundgleichung der Wellenmechanik sowie im Nachweis der mathematischen Äquivalenz der Schrödingerschen Differentialgleichung mit den Relationen lag, mit denen Werner Heisenberg, Max Born und Pascual Jordan die neue Quantenmechanik begründet haben.³⁵ Dabei stand der Schrödingersche Beitrag zur Quantentheorie Max Planck näher als die Lösung Heisenbergs, Borns und Jordans. Die Wellenmechanik, betonte Planck in der Erwiderung auf Schrödingers Antrittsrede vor der Akademie, sei selbst ein Indiz für den Determinismus in der Physik.³⁶

Damit ist zugleich ein weiterer Schwerpunkt Planckschen Wirkens in der Leitung der Wissenschaft und an der Akademie angedeutet. Schrödinger, der von der statistischen Gesetzeskonzeption im Anschluß an Ludwig Boltzmann und seinen eigenen Wiener Lehrer Franz Hasenörl ausging, zweifelte jetzt darüber hinaus an der Möglichkeit, das Kausalitätsprinzip in der Natur nachzuweisen; nicht um das Problem der Kausalität oder Akausalität in der Natur ginge es, sondern um die Zweckmäßigkeit der einen oder anderen Einstellung.³⁷ Für Max Planck, der auf Schrödinger große Erwartungen setzte, ergab sich hier die Gelegenheit, in einer grundsätzlichen philosophischen Frage als Determinist Stellung zu nehmen.³⁸ Überhaupt enthalten die Erwiderungen Max Plancks, des Vorsitzenden Sekretars, auf Antrittsreden neuer Mitglieder der Akademie, die im Zeichen des Gedenkens an ihn 1948, ein Jahr nach seinem Ableben, zusammen mit anderen Akademieansprachen erneut veröffentlicht wurden³⁹, Hinweise auf verschiedene Aspekte seines Wissenschafts- und Akademieverständnisses, weil Planck dabei die Gelegenheit ergriff, an sichtbarer Stelle sich zu grundlegenden Fragen zu äußern: Auch hier deutet sich die Breite seines Denkens und seiner Erfahrungen in der Forschung und in der Leitung der Wissenschaft an.

Ebenso wie für Plancks unmittelbare Mitwirkung an der Wahl neuer Mitglieder der Akademie gilt zum Beispiel auch für seine Nachrufe auf verstorbene Akademiemitglieder, daß sie sich nicht auf den engeren Bereich der theoretischen Physik beschränkten. So habe Heinrich Rubens sein gesamtes wissenschaftliches Leben der experimentellen Überbrückung der Kluft zwischen den optischen und elektrischen Wellen gewidmet; ohne sein Eingreifen wäre die Formulierung des (Planckschen) Strahlungsgesetzes und damit die Begründung der Quantentheorie vielleicht in ganz anderer Weise und an anderer Stelle zustande gekommen, betonte Planck im Nachruf auf den führenden Experimentalphysiker, der für die Geschichte und für die großen Fragen seiner Wissenschaft stets reges Interesse gezeigt habe. Rubens, der für die Akademie in manchen Mitgliederwahlen wertvolle Entscheidungen herbeigeführt und sich auch für die Erweiterung der Planstellen für Korrespondierende Mitglieder aus der Physik eingesetzt habe, sei überzeugt gewesen, "das die Wissenschaft, in wie vielerlei Fächer sie sich aufspalten möge, im Grunde eine untrennbare Einheit darstellt"; auch er habe die Aufgabe der Akademie darin ge-

35 Vgl. AAW, II:III a, Bd. 25, Bl. 41, 42 a; vgl. dazu ferner hier und im folgenden auch stets Physiker über Physiker, a. a. O.

36 Vgl. Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Jg. 1929, S. CIV.

37 Vgl. ebenda, S. CI f.

38 Vgl. Plancks Antwort ebenda, S. CII ff.

39 Max Planck in seinen Akademieansprachen. Erinnerungsschrift der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin 1948.

sehen, "den Zusammenschluß der einzelnen Wissenschaften zu gemeinsamer Arbeit zu fördern."40

Zusammen mit Max von Laue, Albert Einstein und Walther Nernst gehörte Max Planck 1924 ferner zu den Unterzeichnern der Wahlantragsbegründung für Friedrich Paschen, den Nachfolger Nernsts als Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt. Auch mit dieser Wahl unterstrichen die theoretischen Physiker und der Physikochemiker der Akademie die enge Verflechtung der Theorie mit der Experimentalphysik, in der Paschen, der Vertreter der experimentellen Spektroskopie, eine führende Stellung eingenommen habe. Mit seiner Untersuchung der Feinstruktur des Heliumspektrums habe er Arnold Sommerfelds aus der Quantentheorie abgeleitete theoretische Voraussage bestätigt; die Untersuchung von etwa 900 Linien in dem überaus komplizierten Neonspektrum sei 1920 der bisher größte, bisher kaum für möglich gehaltene Erfolg Paschens gewesen.⁴¹ Auch in dieser Laudatio, die Max von Laue formuliert hatte, drückte sich die Orientierung der Theoretiker und Max Plancks im besonderen auf die Strahlungsphänomene aus, in deren Erforschung Planck selbst die Revolutionierung der theoretischen Physik in engster Verbindung zum Experiment mit eingeleitet hatte und in deren weiterer Analyse die revolutionäre Entwicklung auch jetzt ihren neuerlichen Ausdruck fand. Plancks Mitwirkung an der Wahl Ordentlicher Mitglieder der Akademie führte zum Beispiel in seinem Eintreten für den Mathematiker Erhard Schmidt, den Meteorologen Heinrich von Ficker⁴² oder für die Wahl des Physikochemikers Max Bodenstein zum Ordentlichen Mitglied der Akademie über die Grenzen der Physik hinaus.⁴³ Hier gingen die Wahlantragsbegründungen allerdings nicht von ihm selbst aus. Aber überall zeigte sich die Übereinstimmung führender Naturwissenschaftler der Akademie in der von Planck so ausdrücklich betonten gegenseitigen Abhängigkeit von Theorie und Experiment, wobei Planck der technisch-physikalischen Forschung durchaus eine Daseinsberechtigung an der Akademie einräumte - allerdings unter Berücksichtigung jener engen Grenzen, die den technischen Wissenschaften in der Planstellenverteilung für die Ordentlichen Mitglieder laut Statut von 1881 nebst den geringfügigen Zusätzen aus der Vorkriegszeit gesetzt waren. Prinzipiell ging er unter Hinweis auf Forscher und Techniker wie Werner von Siemens davon aus, daß der zur Wahl in die Akademie Vorzuschlagende theoretische Leistungen vollbracht habe, wie auch das Beispiel des Repräsentanten der wissenschaftlichen Nachrichtentechnik Karl Willy Wagner zeigt. Zusammen mit dem Bauwissenschaftler Hermann Zimmermann, mit Max von Laue und Walther Nernst setzte Planck sich für die Wahl Wagners ein. In der Laudatio für den früheren Mitarbeiter der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt und späteren Präsidenten des Telegraphentechnischen Reichsamtes wurden die "hervorragenden Verdienste um die Entwicklung der theoretischen Elektrophysik und ihrer Anwendung auf praktische Aufgaben" betont.⁴⁴ Wagner nehme, hieß es abschließend in der von Walther Nernst formulierten Laudatio, "auf elektrotechnischem Gebiet eine in der ganzen Welt anerkannte führende Stellung" ein. Auf seine Initiative ging etwas später die Konstituierung des Heinrich-Hertz-Instituts für Schwingungsforschung zurück, das von Wagner dann geleitet wurde.

40 Vgl. ebenda, S. 66 ff., hier S. 72 f.

41 Vgl. AAW, II:III a, Bd. 23, Bl. 242 f.

42 Vgl. AAW, II:III a, Bd. 28, Bl. 23, 88 f., 134 f.; ebenda, Bd. 24, Bl. 94.

43 Vgl. ebenda, Bd. 23, Bl. 226.

44 Vgl. ebenda, Bl. 335.

Max Planck hat in ähnlicher Weise - von der theoretischen Physik her und bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Bedeutung der Experimentalphysik - an der Wahl führender Physiker zu Korrespondierenden Mitgliedern der Akademie mitgewirkt. Die Revolutionierung der Physik und ihrer Grenzgebiete hat die Akademie auch auf diesem Wege anerkannt und in oft eindrucksvollen Wahlantragsbegründungen unterstrichen. Dies galt für die von Planck formulierte Begründung für die Wahl Pieter Zeemanns, für die Begründungen zu den Wahlanträgen für Niels Bohr (formuliert von Albert Einstein), Arnold Sommerfeld (Einstein), Heike Kamerlingh Onnes (Walther Nernst), Abram Joffé (Nernst), Ernest Rutherford (Max von Laue), William Henry Bragg (von Laue), James Franck (Einstein) und Max Born (Erwin Schrödinger). Auch diese Laudationes sind selbstverständlich aus ihrer Zeit zu verstehen, über die sie in vielem jedoch hinausweisen. Max Planck hat fast alle hier aufgeführten Laudationes mit unterzeichnet, mit denen die Akademie im Rahmen ihrer damaligen Möglichkeiten den stürmischen Fortschritt der physikalischen Erkenntnis auch international zu fördern suchte.

In Plancks Mitwirkung an den Wahlen und der Stellenbesetzung der Akademie bildete die theoretische Physik naturgemäß einen Schwerpunkt. Dies trat bei der Besetzung der Solvay-Fachstelle der Akademie 1930/31 in besonderer Weise in Erscheinung⁴⁵, ein Beispiel, das besonders deutlich die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die Interessen bestimmter Kapitalkreise zeigt. Der Konzern Deutsche Solvay-Werke hatte 1913 der Akademie eine Stiftung von 250 000,- Mark übergeben, aus deren Zinsen eine Stelle der physikalisch-mathematischen Klasse eine zusätzliche Dotierung von 8 000,- bis 10 000,- Mark jährlich erfahren sollte. Nachdem in der Inflation auch diese Stiftung an der Akademie verfallen war, erneuerte der Konzern die Stiftung am 30. September 1930 in einer Höhe von 100 000,- Mark, wobei nach Möglichkeit die Fachstelle auch jetzt mit einem Techniker besetzt werden sollte. Zusammen mit Walther Nernst und Erwin Schrödinger trat Max Planck im Sommer 1931 für die Nominierung Max von Laues ein, während Zimmermann als Vertreter der technischen Disziplinen Karl Willy Wagner vorschlug. Eine unter der Leitung der Klassensekretäre Max Planck und Max Rubner eingesetzte Kommission, der Walther Nernst, der Chemiker Karl Andreas Hofmann und der Anatom Rudolf Fick angehörten, entschied sich für die Nominierung Wagners, der die Solvay-Fachstelle von 1931 bis 1935 als erster innehatte. Praktische Bedürfnisse hatten sich in diesem Falle in der Akademie durchgesetzt - unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen entsprach dies zugleich den Interessen kapitalistischer Monopole, die hier als Geldgeber auftraten.

Max Planck und die internationalen Wissenschaftsbeziehungen

Nicht zuletzt die stürmische Entwicklung der Naturwissenschaften hatte die Notwendigkeit internationaler Wissenschaftsbeziehungen seit der Jahrhundertwende mit besonderer Deutlichkeit unterstrichen. Max Planck hatte fruchtbare Formen dieser Zusammenarbeit in den Vorkriegsjahren erlebt; er nahm zum Beispiel an internationalen Physikertagungen wie den Solvay-Kongressen teil, zu denen führende Physiker verschiedener Staaten zusammentrafen. Die internationalen Wissenschaftsbeziehungen wurden durch die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten in verschiedenen Fachbereichen jedoch schon damals erschwert, wenn dies in der Physik auch nicht vordringlich zum Ausdruck kam. Sie erfuhren

45 Vgl. hierzu AAW, II:III 11, Bd. 1, Bl. 1 ff., bes. Bl. 73 ff.

im ersten imperialistischen Weltkrieg einen jähen Abbruch, der durch nationalstische Vorurteile bürgerlicher Gelehrter begünstigt wurde.

Auch Max Planck hat im Herbst 1914 zunächst zu den Unterzeichnern jenes bekannten Aufrufes "An die Kulturwelt" gehört, in dem eine angebliche Identität von (imperialistischer) Macht und Geist, von Militarismus und Kultur postuliert wurde.⁴⁶ Er hat sich von diesem Dokument offener Kulturfeindlichkeit, dessen eigentliche Aussage er zunächst nicht sah, indessen bald distanziert. 1915, als in der Intellektuelleneingabe an den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg extreme Annexionsforderungen formuliert wurden, gehörte er zu den Unterzeichnern jener anderen unter dem Einfluß des Historikers Hans Delbrück sowie Adolf von Harnacks oder Wilhelm Kahls entstandenen Denkschrift, in der auf Annexionen zwar nicht verzichtet wurde, aber "elastischere" Auffassungen vertreten wurden.⁴⁷ Planck, der große Physiker und humanistische Gelehrte, vermochte sich aus seinen Bindungen an preußisch-deutsche Traditionen und an die bestehende Gesellschaftsordnung nicht zu lösen. In den Kriegsjahren, als unter bürgerlichen Gelehrten der Chauvinismus weit verbreitet war, suchte er bestimmte Voraussetzungen internationaler Wissenschaftszusammenarbeit wenigstens formell aufrechtzuerhalten. In der Akademie warnte er vor der Forderung, Korrespondierende Mitglieder aus den damaligen Ententestaaten schlechthin aus den Mitgliederlisten zu streichen: In diesen Auseinandersetzungen stellte er für die Plenarsitzung am 22. Juni 1915 zusammen mit dem bedeutenden Ägyptologen Adolf Erman den Antrag, "alle etwaigen Schritte gegen Akademien feindlicher Länder bis nach Beendigung des Krieges zu vertagen."⁴⁸ Plancks Antrag, der sich mit den Vorstellungen Emil Fischers, Heinrich Rubens', Richard Willstätters, Emil Warburgs und anderer Mitglieder über die Vertagung aller Anträge auf Ausschluß ausländischer Korrespondenten faktisch begegnete, wurde in der Sitzung angenommen.⁴⁹ Planck trug so dazu bei, die Akademie wenigstens vor einem besonders folgenreichen Schritt zu bewahren.

Die Wiederaufnahme internationaler Wissenschaftsverbindungen nach dem Kriege erwies sich angesichts des Fortwirkens der imperialistischen Widersprüche als ein kompliziertes Problem, das auch für Planck viele Fragen aufwarf und Diskrepanzen zwischen wissenschaftlichem Verantwortungsbewußtsein und konservativgesellschaftlicher Bindung sichtbar machte. Der Wissenschaftsboykott aus Kreisen der Versailler Siegermächte, der in den neugegründeten internationalen Dachorganisationen der Forschung faktisch oder sogar statutarisch realisiert wurde⁵⁰, traf die Wissenschaft besonders in Deutschland und in der jungen Sowjetunion. Gegensätze zwischen den imperialistischen Siegermächten, Interessen angloamerikanischer Kreise und auch im Kriege neutral gebliebener Staaten stellten den Boykott jedoch in Frage; der permanente Verzicht auf Information und Zusammenarbeit erwies sich zunehmend als undurchführbar. Der Abbau des Boykotts erfolgte faktisch über Einzelverbindungen, Tagungsbesuche oder Kontakte zwischen Fach-

46 AAW, II:VI a, 1 b, Bd. 1, Bl. 41 f. (Text des Aufrufes mit Unterschriften).

47 Vgl. AAW, Nachlaß Dietrich Schäfer, 4, Bd. 1.

48 Vgl. AAW, II:VI a, 1 b, Bd. 1, Bl. 89.

49 Vgl. ebenda, Bl. 94 (Auszug des Sitzungsprotokolls v. 22. 6. 1915).

50 So enthielt das Statut des Conseil International des Recherches internationales Ausschlußbestimmungen (vgl. hierzu u. a. Lebedkina, E. D., Meždunarodnyj sovet naučnych sojuzov i Akademija nauk SSSR, Moskau 1974, S. 67 f.), die jedoch für Deutschland 1926 annulliert wurden. Heute ist die AdW der DDR in zahlreichen internationalen Organisationen vertreten.

verbänden. Zugleich gab es im imperialistischen Deutschland verschiedene Auffassungen über das zweckmäßigste Verhalten zur Boykottfrage, die sich letztlich in unterschiedliche Vorstellungen über die außenpolitische Strategie des deutschen Imperialismus einordneten. Die Akademien waren in die wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen einbezogen, in denen es um die Stellung zum Conseil International des Recherches (International Research Council, IRC) als der Dachorganisation für die Naturwissenschaften und zur Union Académique Internationale (UAI), der für die bürgerlichen Geisteswissenschaften gleichfalls 1918 in Brüssel gegründeten Dachorganisation vor allem der Akademien, ging.

Als Vorsitzender Sekretar war Max Planck in der Berliner Akademie und - als ihr Vertreter - auf den Tagungen des Kartells der deutschen Akademien und der Wiener Akademie der Wissenschaften an der Bearbeitung dieser Fragen beteiligt, die auch durch anglo-amerikanische und neutrale Interessen an der Aufhebung des Boykotts stimuliert wurden. Gegenüber manchen extremen Stimmen, die durch die Verzögerung des Beitritts zu den Verbänden Vorteile für die deutsche Seite zu erreichen hofften, hat er zum Beispiel auf der Berliner Kartelltagung am 6. März 1925 zum Entgegenkommen gemahnt: Freunde im Auslande stimmten im Ziel "vollkommen mit unseren eigenen Wünschen einer Wiederaufnahme der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen" überein.⁵¹ Es komme darauf an, die wissenschaftlichen Beziehungen angesichts der heutigen Rüstungen "der großen Militärmächte" den wissenschaftlichen Institutionen selbst zu überlassen und sie von Einflüssen der Politik frei zu halten, äußerte er etwas später.⁵² Letzteres war illusorisch. Weithin berührte sich seine Haltung indessen mit der deutschen Außenpolitik der Ära Stresemanns, in der die Kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes auch die Wissenschaftsinstitutionen in die Bemühungen um die Erweiterung von Einflußbereichen einzubeziehen suchte: Sicher war Planck im einzelnen von den Überlegungen der Diplomaten in der Wilhelmstraße entfernt. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit anderen kapitalistischen Staaten blieb auch nach der Lockerung des Boykotts durch imperialistische Gegensätze belastet. Der Beitritt zu den Dachverbänden kam vorerst nicht zustande.

Eine andere Entwicklung erfuhren die Wissenschaftsbeziehungen zwischen der jungen Sowjetunion und Deutschland, an denen auch Max Planck auf deutscher Seite aktiv mitgewirkt hat.⁵³ Seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland wirkte die Sowjetmacht dabei als neuer, vorwärtsweisender Faktor, der sich auch in der Frage der internationalen Wissenschaftszusammenarbeit von den Leninschen Prinzipien friedlicher Koexistenz leiten ließ und zum anderen alles tat, um die anfängliche Isolierung im Interesse der ökonomischen, politischen und wissenschaftlichen Entwicklung zu durchbrechen. Auf der anderen

51 Vgl. AAW, II:VI a, 13, Bd. 5, Bl. 161.

52 Vgl. Planck, Max, Ansprache zum Leibniztag 1930, in: Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Jg. 1930, S. LXXXI; vgl. ferner Max Planck in seinen Akademieansprachen, a. a. O., S. 130 ff.

53 Vgl. hierzu allgemein u. a. Pachaly, Erhard/Rosenfeld, Günter/Schützler, Horst/Schulze-Wolgast, Harald, Die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, Bd. 1, Berlin 1967, S. 443 ff.; Deutschland - Sowjetunion. Aus fünf Jahrzehnten kultureller Zusammenarbeit, Berlin 1966; Murav'ev, J. P., W. I. Lenin und die sowjetisch-deutschen Kulturbeziehungen in der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 6/1971, S. 799.

Seite haben bürgerliche Gelehrte wie Max Planck, auch wenn sie dem sozialistischen Weg der Sowjetunion fremd gegenüberstanden, die Wiederaufnahme wissenschaftlicher Verbindungen relativ bald unterstützt, weil sie sich davon für die Forschung in Deutschland Nutzen versprachen. So stimmte die Berliner Akademie einem von S. F. Oldenburg, dem Leningrader Akademiesekretar, am 18. Februar 1922 an sie gerichteten Angebot, den wissenschaftlichen Schriftentausch wieder aufzunehmen⁵⁴, am 17. März 1922 zu.⁵⁵ Der Weg für fruchtbare Kontakte war frei, mit denen der Rapallo-Kurs der Gleichberechtigung und friedlichen Zusammenarbeit zu einer wesentlichen und zukunftssträchtigen Komponente auch der Wissenschaftspolitik wurde. Einen ersten Höhepunkt erfuhren die sowjetisch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen anlässlich des 200. Jahrestages der Akademie in Leningrad. Max Planck vertrat hier zusammen mit Heinrich Lüders die Berliner Akademie. Er hat die offizielle Glückwunschsprache vorgetragen, in der es hieß: "Der Tag, an welchem die Akademie der Wissenschaften in Rußland das zweite Jahrhundert ihrer Geschichte vollendet, ist für die gesamte wissenschaftliche Welt ein Fest- und Ehrentag ..." Zwischen den Akademien in Berlin und Leningrad habe stets ein enges und freundschaftliches Verhältnis bestanden. "Darum darf die preußische Akademie heute mit besonderer Aufrichtigkeit ihrer freundschaftlichen Gesinnung Ausdruck geben, in der zuversichtlichen Hoffnung, daß die Akademie der Wissenschaften von Rußland, getreu ihrer Vergangenheit, nach Überwindung der letzten schweren Jahre kräftig gefördert durch die ihr vom Staat zu Gebote gestellten Mittel, mit erneuter Kraft und erneutem Erfolg mitarbeiten wird in dem heißen Ringen der Völker um die Schätze reiner Erkenntnis."⁵⁶ Planck hat im September 1925 in verschiedenen sowjetischen Presseorganen Erklärungen über die Bedeutung der Zusammenarbeit und über seine Eindrücke in der Sowjetunion abgegeben.⁵⁷ Er und Lüders haben vor der Berliner Akademie über ihre Teilnahme an den Akademiefeierlichkeiten in der Sowjetunion berichtet.⁵⁸ Zusammen mit dem Althistoriker Eduard Meyer, dem Orientalisten und Akademiesekretar Heinrich Lüders und dem Hirnforscher Oskar Vogt war auch Planck an den Gesprächen über die Vertiefung der deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen beteiligt, die anlässlich des Akademiejubiläums zwischen M. Kalinin, A. Lunačarskij sowie N. Gorbunov auf sowjetischer und Friedrich Schmidt-Ott auf deutscher Seite begonnen und dann in Berlin fortgesetzt wurden.⁵⁹ Aus diesen Gesprächen gingen gemeinsame deutsch-sowjetische Forschungsunternehmen wie die Alai-Pamir-Expedition hervor, die durch das Akademiemitglied Heinrich von Ficker mit vorbereitet wurde; an anderen gemeinsamen Unternehmen, wie überhaupt an der Entwicklung der Wissenschaftsbeziehungen waren Mitglieder

54 Vgl. ZStA II, Rep. 76 V c, Sekt. 1, Tit. XI, T. VII, Nr. 19, Bl. 320 (Abschrift des Schreibens Oldenburgs).

55 Ebenda (Abschrift der Antwort aus Berlin).

56 Zit. nach Ein Weltbund der Wissenschaft, in: Das Neue Rußland, Jg. 2, Doppelnr. 7/8, S. 2.

57 Zit. in Maks Plank 1858 - 1958. Sbornik k stoletiju so dnja roždenija Maksa Planka, pod redakcijem A. F. Ioffe i A. T. Grigorjana, Moskau 1958.

58 Vgl. AAW, II:IV a, 4, Bd. 8, Bl. 176.

59 Vgl. über diese Besprechungen AAW, II:VI a, 17, Bd. 7, Bl. 137 (Bericht Schmidt-Otts: Eine Verständigung zwischen der russischen und der deutschen Wissenschaft); vgl. ferner ZStA II, Deutsche Botschaft in Moskau, Nr. 396, Bl. 137 f. (Abschrift des Berichts, am 1. 12. 1925 durch Schmidt-Ott dem deutschen Botschafter in Moskau Graf Brockdorff-Rantzau übersandt); weitere Quellen in beiden Archiven, a. a. O.

der Berliner Akademie beteiligt. Zwar gab es hier auch Gegenstimmen, die aber in der Minderheit blieben; entscheidend und zukunftsweisend war vielmehr, daß Akademiemitglieder wie Max Planck, Albert Einstein, Eduard Meyer, Heinrich Lüders, Walther Nernst, Fritz Haber, Gerhart Rodenwaldt oder Theodor Wiegand auf verschiedenen Ebenen für diese Zusammenarbeit wirkten. Dabei machte sich Planck um die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen an exponierter Stelle, als Repräsentant der Physik und auch als Sekretar der Berliner Akademie, verdient. Hier wie in vielen Bereichen der Wissenschaftsleitung spielte sich Plancks Wirken vielfach in der täglichen Arbeit im kleinen ab, wie es seiner eigenen Art auch mehr entsprach. Im Sekretariat der Akademie war er zum Beispiel immer wieder mit der Bearbeitung von Vorschlägen sowjetischer Institutionen zum Büchertausch mit der Akademie konfrontiert, die er in sachlich entgegenkommender Weise behandelte. So hat Planck dazu beigetragen, daß dieser Büchertausch - trotz einiger Reduzierungen seit 1930 und vor allem 1933 - vorerst fortgesetzt wurde, bis die Nacht der faschistischen Diktatur auch für die deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen zu einem tiefen Einbruch und dann zu einem vorläufigen Ende führte.

Unter der faschistischen Diktatur

Führende Kräfte des deutschen Monopolkapitals und ihre unmittelbaren Sachwalter suchten sich des überragenden Ansehens Plancks zu bedienen, als sie ihn nach dem Tode Adolf von Harnacks 1930 zum Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wählten. Sie bewogen den zögernden Planck zur Übernahme dieses Amtes, das er dann auch nach Kräften wahrnahm, während die eigentliche Geschäftsführung dieser großen Institution mit ihrem bedeutenden Forschungspotential⁶⁰ fest in den Händen der führenden Monopolverbände lag.⁶¹ Plancks Entschluß, sich unter der faschistischen Diktatur vorerst nicht völlig von der Wissenschaftsleitung zurückzuziehen, hing unter anderem damit zusammen, daß er, wie Heisenberg be-

60 Im Jahre 1932 umfaßte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (im folgenden: KWG) 33 Institute, die z. T. führend auf ihren Forschungsgebieten waren und zu meist über gute Ausstattung verfügten. Dabei lag die Absicht zugrunde, hier namhafte Fachvertreter zu konzentrieren, was u. a. auch dazu führte, daß sich neue Einrichtungen um bekannte Gelehrte gruppierten.

61 Vgl. die Bemerkungen des langjährigen Generalsekretärs bzw. Generaldirektors der KWG: Glum, Friedrich, Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964, S. 364 ff.; vgl. ferner das Schreiben, in dem Gustav Krupp von Bohlen und Halbach als 1. Vizepräsident der KWG Planck zur Wahl beglückwünscht. Darin betont Krupp, er selbst habe ebenso wie der Senat die Absicht, Planck mit Rücksicht auf dessen vielseitige wissenschaftliche Tätigkeit "durch weitestgehende Unterstützung seitens der übrigen Mitglieder des Verwaltungsausschusses" von Belastungen möglichst frei zu halten (vgl. 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max Planck, Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911 - 1961, Göttingen 1961, S. 189). Auf die Bedeutung des Verwaltungsausschusses als des faktischen Aufsichtsrates der KWG verweist Wendel, Günter, Zur gesellschaftlichen Stellung und Funktion der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., dargestellt anhand ihrer Gründungsgeschichte und Entwicklung bis zum ersten Weltkrieg (1911 - 1914), phil. Diss. Leipzig 1964.

richtet, die Hoffnung hegte, durch sein Beispiel jüngere Wissenschaftler in Deutschland zu halten und so die personellen Grundlagen der Forschung über die faschistische Herrschaft hinweg sichern zu können.⁶² In diesem Sinne suchte er auch einen Empfang bei Hitler im Frühjahr 1933 zu nutzen, um als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Forschung vor weiteren Auswirkungen faschistisch-rassistischen Terrors zu bewahren - selbstverständlich vergeblich.⁶³

Planck befand sich auf der Fahrt in seinen gewohnten Gebirgsurlaub, als die Akademie sich im März 1933 von ihrem großen Mitglied Albert Einstein in unrühmlicher Weise distanzierte. Planck erklärte sich zunächst mit dieser Haltung gegen den im Ausland befindlichen Einstein einverstanden, wobei er diesen brieflich bat, auf die Akademiemitgliedschaft selbst zu verzichten.⁶⁴ Ein Ausschlußverfahren gegen Einstein (das vom faschistischen Kultusministerium gewünscht wurde) würde ihn jedoch in schwerste Gewissenskonflikte bringen, schrieb er an Heinrich von Ficker. In politischer Beziehung trenne auch ihn eine Kluft von Einstein; er sei sich aber völlig dessen bewußt, "daß in der Geschichte der kommenden Jahrhunderte der Name Einstein als eines der glänzendsten Gestirne gefeiert werden wird, die in unserer Akademie geleuchtet haben."⁶⁵ Auf der Plenarsitzung der Akademie am 11. Mai 1933 bekannte sich Planck nun auch öffentlich zu Einsteins wissenschaftlicher Leistung:

"Ich glaube, im Sinne meiner akademischen Fachkollegen sowie auch der überwiegenden Mehrheit aller deutschen Physiker zu sprechen, wenn ich sage: Hr. Einstein ist nicht nur einer unter vielen hervorragenden Physikern, sondern Hr. Einstein ist der Physiker, durch dessen in unserer Akademie veröffentlichten Arbeiten die physikalische Erkenntnis in unserem Jahrhundert eine Vertiefung erfahren hat, deren Bedeutung nur an den Leistungen Johannes Keplers und Isaac Newtons gemessen werden kann. Es liegt mir vor allem daran, dies auszusprechen, damit nicht die Nachwelt einmal auf den Gedanken kommen kann, daß die akademischen Fachkollegen Hrn. Einsteins nicht imstande waren, seine Bedeutung für die Wissenschaft voll zu begreifen ..."⁶⁶

62 Vgl. Heisenberg, Werner, Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik, München 1969, S. 206 f. - Nach Heisenbergs Darstellung wirkte Planck müde und gealtert. Es sei ihm Resignation anzumerken gewesen. Einen politischen Rat habe er im Grunde nicht mehr zu geben gewußt. So habe er gleich eingangs - auch unter dem Eindruck seiner Unterredung bei Hitler - gesagt: "Ich habe keine Hoffnung mehr, daß sich die Katastrophe für Deutschland und damit auch für die deutschen Universitäten noch aufhalten läßt ..."

63 Über diesen Besuch hat Planck im Mai 1947 aus der Erinnerung berichtet (vgl. Planck, Max, Mein Besuch bei Adolf Hitler, in: Physikalische Blätter, Nr. 5/1947, S. 143.)

64 Vgl. zu diesen Vorgängen AAW, II:III a, Bd. 28 b, Bl. 1 ff., bes. Bl. 5, (Schreiben Albert Einsteins v. 28. 3. 1933, in dem dieser von Bord des Dampfers "Belgenland" aus Antwerpen mitteilt, daß er seine Stellung an der Akademie wegen der in Deutschland herrschenden Verhältnisse niederlege). Plancks Brief v. 31. 3. 1933 (ebenda, Bl. 12) traf erst nach dieser Entscheidung bei Einstein ein.

65 Ebenda.

66 Ebenda, Bl. 65 (Auszug aus dem Protokoll der Plenarsitzung v. 11. 5. 1933).

Als Sekretar der Akademie und Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft engagierte sich Planck an führender Stelle auch für die Gedenkveranstaltungen anlässlich des Todes des Physikochemikers Fritz Haber: Damit wandte er sich im Grunde öffentlich gegen den Rassismus. Die Gedenksprache für Haber in der Akademie hat Max Born am Leibniztag 1934 (28. Juni 1934) gehalten.⁶⁷ Die Gedenkfeier in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft setzte Planck gegen den faschistischen Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust durch; er erhielt allerdings die Mitteilung, daß Beamte (also auch beamtete Lehrkörperangehörige) nicht teilnehmen durften⁶⁸; gleiches galt für Mitglieder der Deutschen Chemischen Gesellschaft, der Fachorganisation Habers. Hier hat dann Otto Hahn gesprochen, der zugleich auch die Gedächtnisansprache des am Erscheinen verhinderten Karl Bonhoeffer verlas. Max Planck wurde bald darauf selbst in das verstärkte faschistische Kesseltreiben gegen führende Gelehrte vor allem der theoretischen Physik einbezogen. So wandte sich ein berühmter Artikel der SS-Zeitung "Das Schwarze Korps" am 15. Juli 1937 gegen den "jüdischen Geist" in der Wissenschaft, der sich in der Physik besonders ausgewirkt habe,⁶⁹ Unter Hinweis auf Einstein hieß es, daß mit diesem Geist die "dogmatisch verkündete, von der Wirklichkeit losgelöste Theorie" in den Vordergrund geschoben worden sei. Der demagogisch-terroristische Angriff der Hintermänner der SS-Zeitung und des hier mit ihnen offen verbündeten Experimentalphysikers Johannes Stark, die in dieser Weise die theoretische Forschung und damit auch Plancks Arbeitsgebiet attackierten, wandte sich unter Namensnennung gegen führende Theoretiker wie Arnold Sommerfeld, Werner Heisenberg und Max Planck. Planck trat seinerseits jetzt auch öffentlich gegen die Theoriefeindlichkeit der Exponenten der sogenannten "Deutschen Physik" - an ihrer Spitze Philipp Lenard und Johannes Stark, die bereits 1920/23 in Angriffen gegen die Relativitätstheorie und gegen Einstein ihre wissenschaftliche Inkompetenz offen bekundet hatten - in Vorträgen auf: Darin setzte er sich noch einmal mit besonderem Nachdruck für die theoretische Komponente physikalischer Forschung ein.⁷⁰

Plancks Rücktritt als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1937 und die Wahl Carl Boschs, des Seniorexponenten des deutschen Chemiekapitals, zu seinem Nachfolger erfolgten in der Anfangsphase des faschistischen Fünfjahresplanes, in dem die IG-Farben ihren Einfluß auf die forcierte Aufrüstung im faschistischen Deutschland verstärkten: Über alle persönlichen Gründe Plancks wurden hier letztlich tiefere Zusammenhänge des faschistischen Kriegskurses und des Einsatzes wissenschaftlichen Potentials für die faschistische Aufrüstung wirksam. Zu dieser Zeit kündigte sich auch der faschistische Angriff auf die noch verbliebenen Möglichkeiten der Akademie in der Leitung ihres wissenschaftlichen Le-

67 Vgl. Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Physikalisch-mathematische Klasse, Jg. 1934, S. CXXVIII ff.

68 Vgl. AAW, II:XIII gg, Bd. 2, Bl. 14 (Schreiben des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust v. 24. 1. 1935 an den KWG-Präsidenten Max Planck, der am 18. 1. 1935 um Zustimmung zur Gedächtnisfeier für Fritz Haber ersucht hatte).

69 Vgl. Das Schwarze Korps, 15. 7. 1937.

70 Vgl. Planck, Max, zum 25. Jubiläum der Entdeckung von W. Friedrich, P. Knipping und M. v. Laue, in: Verhandlungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Reihe 3, Nr. 3, 31. 12. 1937; abgedruckt auch in derselbe, Erinnerungen, Berlin 1948, Sp. 273 ff.; abgedruckt ferner in derselbe, Physikalische Abhandlungen und Vorträge, Bd. 3, a. a. O., S. 364 ff.

bens an. Dieser Angriff nahm 1938 offene Formen an und führte dazu, daß mehrere Akademiemitglieder unter dem Druck des Rassismus die Akademie verlassen mußten. Auch Max Planck trat als Sekretar zurück; damit endete seine unmittelbare Mitwirkung in der Leitung der Wissenschaft. Der Mathematiker Theodor Vahlen wurde als Präsident der Akademie eingesetzt. Rassistisches "Reichsbürgerrecht" und "Führerprinzip" lagen dem von den Faschisten der Akademie aufgezwungenen Statut von 1939 zugrunde.

Der bürgerliche Gelehrte und Humanist Max Planck war vor allem aus wissenschaftlichem Verantwortungsbewußtsein schließlich in den offenen Konflikt zu den faschistischen Machthabern geraten. Gesellschaftlich konservativ und hierin letztlich seinem Sohn Erwin ähnlich, der in Verbindung zur Verschwörung des 20. Juli 1944 stand und hingerichtet wurde, blieb auch er ein Gegner des Faschismus. Sein eigener Konflikt mit den faschistischen Machthabern wirkte latent weiter, wenn er auch nicht mehr offen zutage trat und in seinen Formen auch durch die eingangs erwähnte Haltung Plancks zum bürgerlichen Staat abgeschwächt wurde.

Plancks Überlegungen über Wesen und Aufgaben der Wissenschaft, sein Beitrag zur Leitung der Forschung ist auch für uns heute noch von Bedeutung. Dies gilt auch für das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis, das an dieser Stelle naturgemäß von besonderem Interesse ist. Denn die revolutionäre Umgestaltung der Physik, an der er als Gelehrter und in der Leitung der Forschung beteiligt war, wirkt sich nicht nur auf theoretischem Gebiet, sondern von hier aus auch auf die Entwicklung der technischen Produktivkräfte immer tiefer und umfassender aus.

SIEBZIG JAHRE RELATIVITÄTSTHEORIE⁺

von Friedrich Herneck

Albert Einstein hat gelegentlich bedauert, daß er für die breitere Öffentlichkeit immer nur der "Vater der Relativitätstheorie" war. In der Zeit des Relativitätsrummels zu Beginn der zwanziger Jahre, ausgelöst durch die Bestätigung einer kühnen astronomischen Voraussage der allgemeinen Relativitätstheorie, bemerkte er ärgerlich zu holländischen Freunden: "Warum eigentlich schwatzen die Leute immer von meiner Relativitätstheorie? Ich habe doch noch andere brauchbare Sachen gemacht, vielleicht sogar noch bessere."¹

Zweifellos wäre es einseitig und ungerecht, Einstein nur als den Urheber der Relativitätstheorie zu würdigen. Er wäre auch dann als einer der größten Physiker¹ der Wissenschaftsgeschichte zu betrachten, wenn er nicht der Schöpfer des relativistischen Naturbildes geworden wäre. Seine Arbeiten zur Brownschen Bewegung, zur Quantentheorie des Lichtes und der spezifischen Wärme der festen Körper - um nur die wichtigsten Problemkreise zu nennen - waren für die Weiterentwicklung der Naturwissenschaft von grundlegender, ja richtungweisender Bedeutung. Der Gedanke der induzierten Emission, den er 1917 bei seiner neuen Ableitung des Planckschen Strahlungsgesetzes zuerst aussprach, wurde zum theoretischen Ausgangspunkt der heutigen Lasertechnik. Aber die Relativitätstheorie, jenes grandiose Gedankengebäude, das der junge Angestellte am Patentamt in Bern 1905 errichtete, wurde unbestreitbar seine populärste Leistung. Diese Theorie, an die sich später, als Erweiterung und Krönung, eine neue Gravitationstheorie und eine neuartige Kosmologie anschlossen, griff tiefer als alle seine übrigen Forschungen in die Struktur des wissenschaftlichen Denkens ein, und sie wirkte sich weit in den Bereich der philosophischen Vorstellungen aus. Um die Relativitätstheorie entbrannte der heftigste wissenschaftliche Meinungsstreit; sie bildete die Grundlage für Einsteins unvergleichlichen Weltruhm und wurde schließlich, nach einer Vorlaufzeit von mehr als vier Jahrzehnten, sein sichtbarster Beitrag zur Entwicklung der Produktivkräfte.

Max von Laue, der 1911 die erste Monographie über das "Relativitätsprinzip" schrieb, wies in seiner "Geschichte der Physik" darauf hin, daß nichts Physikalische die Menschen seit der Antike so sehr erregt habe wie Eingriffe in die her-

+ Die vorliegende Darstellung stützt sich auf die entsprechenden Abschnitte in meinen Büchern: Herneck, Friedrich, Albert Einstein. Ein Leben für Wahrheit, Menschlichkeit und Frieden, 3. Aufl. Berlin 1967 (auch russ., slowen., slowak.); derselbe, Bahnbrecher des Atomzeitalters. Große Naturforscher von Maxwell bis Heisenberg, 6. Aufl. Berlin 1972 (auch ung., russ., tschech.).

¹ Seelig, Carl, Albert Einstein. Leben und Werk eines Genies unserer Zeit, Zürich 1960, S. 336.

gebrachten Vorstellungen von Raum und Zeit.² Das haben in der Tat Aristarch von Samos und Nikolaus Kopernikus erfahren, als sie die altgewöhnte und dem Augenschein entsprechende Ordnung im Weltraum umstürzten, und das erlebten die großen Geologen des 19. Jahrhunderts, als sie das von der Kirche für unantastbar erklärte Zeitmaß der Bibel für das Alter der Erde und der Menschheit in Frage stellten. Dies wiederholte sich nun bei der Relativitätstheorie, die eine völlig neue Auffassung der Zeit und des Raumes begründete. Daraus erklärt sich, warum Einsteins Arbeiten zu diesem Fragenkreis so ungemein stark beachtet wurden. Für und gegen die Relativitätstheorie sind im Lauf der Jahrzehnte Tausende von Büchern und Broschüren geschrieben worden, von der unüberschaubaren Flut der Zeitschriftenaufsätze und Zeitungsartikel ganz abgesehen.

Seine relativitätstheoretischen Untersuchungen eröffnete Einstein mit der Abhandlung "Zur Elektrodynamik bewegter Körper". Sie ist im Umfang von etwa dreißig Druckseiten 1905 in den "Annalen der Physik" erschienen und stellt die Geburtsurkunde der Relativitätstheorie dar. Eine wesentliche Ergänzung folgte noch 1905 an derselben Stelle unter dem Titel: "Ist die Trägheit eines Körpers von seinem Energieinhalt abhängig?" Beide Abhandlungen wurden 1913 in dem Bändchen "Das Relativitätsprinzip", einer Sammlung der grundlegenden Dokumente zur Entwicklungsgeschichte der speziellen Relativitätstheorie, erneut abgedruckt.

Die Relativitätstheorie ging hervor aus den Widersprüchen, in die die klassische Theorie der Elektrodynamik und Optik geraten war. An ihrer Vorbereitung hatten mehrere Forscher Anteil, aber Einstein tat den entscheidenden Schritt. Die ersten Ansätze dazu reichen in seinem Denken weit zurück. In München war er als dreizehnjähriger Gymnasiast durch Bernsteins "Naturwissenschaftliche Volksbücher" auf die Lichtgeschwindigkeit und ihre fundamentale Rolle aufmerksam geworden. In Aarau, wo er sein letztes Oberschuljahr und das Abitur nachholte, grübelte der junge Träumer darüber, was man eigentlich sehen würde, wenn man einer Lichtwelle mit Lichtgeschwindigkeit nachlaufen könnte; müßte man dann - so formulierte er es im Alter - nicht ein "zeitunabhängiges Wellenfeld" beobachten, gleichsam eine stillstehende, in der Bewegung erstarrte Lichtwelle? So etwas konnte es doch unmöglich geben!

Die Revolution, die die Relativitätstheorie im naturwissenschaftlichen und philosophischen Denken bewirkte, wird in ihrem ganzen Ausmaß erst begreiflich, wenn man sich die Anschauungen über Zeit, Raum und Bewegung vor Augen führt, die vor dem Auftreten Einsteins als "ewige Wahrheiten" betrachtet wurden.

Im 19. Jahrhundert hatte zunächst die mechanische Lichttheorie uneingeschränkt geherrscht. Nach ihr war das Licht die Wellenbewegung eines hypothetischen Mediums, das man Lichtäther oder kurz "Äther" nannte. Der Äther, den man sich als ein feines, unwägbares Gas dachte, sollte alle Körper durchdringen, ohne an ihrer Bewegung teilzunehmen. Wenn er eine Ausbreitung des Lichtes in Form von Querwellen ermöglichen sollte, so mußte der Äther zugleich die Eigenschaften eines fest-elastischen Körpers haben. Bei äußerst geringer Dichte mußte er härter sein als Stahl und Diamant. Zugleich mußte er über eine ideale Durchdringlichkeit verfügen, damit sich die Himmelskörper so reibungslos und verzögerungsfrei durch ihn bewegen konnten, wie sie es offensichtlich taten. Dem Äther mußte eine träge Masse zugeschrieben werden, aber er durfte keine schwere Masse haben. Alle diese Eigenschaften, die theoretisch zu fordern waren, ließen sich miteinander nicht vereinbaren. Der Äther blieb rätselhaft, und er wurde

² Laue, Max v., Geschichte der Physik, 3. Aufl. Bonn 1950, S. 72.

mehr und mehr zum Schmerzenskind der mechanistischen Naturauffassung, weil er sich jedem Versuch, ihn mechanisch zu begreifen, hartnäckig widersetzte.

Als es immer schwieriger wurde, die neuen Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Optik mit der mechanischen Ätherhypothese in Übereinstimmung zu bringen, versuchten die Physiker, das Licht als einen besonderen "Zustand" des Äthers zu deuten. Als ein solcher Zustand wurde das elektromagnetische Kraftfeld betrachtet, das Faraday begrifflich in die Naturwissenschaft eingeführt und Maxwell in einem abstrakt-mathematischen Formelsystem erfaßt hatte, das die staunende Bewunderung aller mathematischen Physiker erweckte. Maxwell hatte das Faradaysche Krafflinien-Modell zu einer vollständigen, in sich geschlossenen Theorie der Elektrodynamik erweitert. Seine berühmten Differentialgleichungen, deren Aufstellung eine neue Ära der Lehre von der Elektrizität eröffneten, erfaßten die ganze Vielfalt der elektromagnetischen Erscheinungen. Aber sie waren für Maxwell selbst noch durchaus verträglich mit der Ätherhypothese, und auch Heinrich Hertz, der Ende der achtziger Jahre die Maxwellsche Theorie experimentell bestätigte und ihr die endgültige mathematische Gestalt gab, zog das Bestehen des Äthers nicht in Zweifel; er hielt dessen Erforschung sogar für die eigentliche Hauptaufgabe der Physik! Man dürfe, so schrieb er, nach der Art der griechischen Naturphilosophen fragen, ob nicht etwa alles, was ist, aus dem Äther geschaffen sei.

Die Lehre vom Lichtäther war eng verknüpft mit der aus Newtons Mechanik stammenden Ansicht vom absoluten Raum. Newton hatte gelehrt: "Der absolute Raum bleibt vermöge seiner Natur und ohne Beziehung auf einen äußeren Gegenstand stets gleich und unbeweglich."³ Der als unbeweglich aufgefaßte Lichtäther erschien gleichsam als Verkörperung des absoluten Raumes. Der Äther konnte damit als ein absolutes Bezugssystem angesehen werden, das es ermöglichte, alle Bewegungen im Weltall nach ihrer absoluten Lage eindeutig zu bestimmen.

Newton hatte ferner die Ansicht vertreten, daß es eine absolute Zeit gäbe. Er lehrte: "Die absolute, wahre und mathematische Zeit verfließt an sich und vermöge ihrer Natur gleichförmig und ohne Beziehung auf irgendeinen äußeren Gegenstand."⁴

Nach dieser Anschauung gab es also ein gleichförmiges Fließen der Zeit, und man konnte sich im Kosmos eine "Normaluhr" vorstellen, an der man den Stand der absoluten Zeit von jeder beliebigen Stelle aus ablesen konnte. Im Zusammenhang mit dem Gedanken von dem absoluten Raum und der absoluten Zeit sprach Newton schließlich von einer "absoluten Bewegung".

Die Newtonsche Auffassung von der Absolutheit der Zeit, des Raumes und der Bewegung war trotz der von Leibniz geäußerten Bedenken zweihundert Jahre hindurch unbestritten. Kein Physiker hatte ernstlich daran gedacht oder es gar gewagt, die Newtonschen Dogmen in Frage zu stellen.

Der erste, der den Ansichten Newtons kritisch entgegentrat, war der österreichische Physiker und Physikhistoriker Ernst Mach. In seiner "Mechanik" (1883) griff er die Lehren Newtons von der Absolutheit von Zeit, Raum und Bewegung frontal an und suchte sie zu widerlegen. Bei seiner Kritik der Newtonschen Dogmen ließ sich Mach von dem Grundsatz leiten, daß "nicht sinnlich Aufzeigbares"

3 Newton, Isaac, Mathematische Prinzipien der Naturlehre, Berlin 1872, S. 25.

4 Ebenda.

in der Naturwissenschaft keine Daseinsberechtigung habe,⁵ Die empiristische Forderung, nur prinzipiell beobachtbare Größen in die physikalische Betrachtung einzubeziehen und die Grundsätze der Physik nicht jenseits ihres Geltungsbereichs anzuwenden, wurde für den jungen Einstein, der bereits als Student Machs "Mechanik" mit Begeisterung gelesen hatte, bei der Schaffung der speziellen Relativitätstheorie heuristisch von hohem Wert; Einstein hat dies noch im Alter mehrmals dankbar anerkannt.

Aber auch die Experimentalphysik ließ die Newtonschen Lehrsätze von Raum, Zeit und Bewegung als fragwürdig erscheinen.

Bekanntlich bewegt sich die Erde auf ihrer Bahn um die Sonne mit einer Geschwindigkeit von rund dreißig Kilometern in der Sekunde. Unser Sonnensystem eilt mit einer Sekundengeschwindigkeit von etwa zwanzig Kilometern in Richtung auf das Sternbild des Herkules durch den kosmischen Raum. Unser Milchstraßensystem bewegt sich gegenüber anderen, entfernten Milchstraßensystemen mit beträchtlicher Geschwindigkeit. Wenn also der Lichtäther im "absoluten Raum" ruht und die Himmelskörper sich durch ihn hindurchbewegen, dann müßte diese Bewegung gegenüber dem Äther einen merklichen, mit feinsten optischen Geräten nachweisbaren "Ätherwind" zur Folge haben, so wie man bei der Fahrt in einem schnellen Wagen auch bei ruhender Luft einen Fahrtwind spürt. Die Verwehung der Lichtwellen durch den Ätherwind müßte sich - so war theoretisch anzunehmen - an einer Veränderung der Lichtgeschwindigkeit in meßbarer Weise zeigen, wenn von einer irdischen Lichtquelle Signale in unterschiedliche Richtungen ausgesandt werden. Auf diese Weise könnte man dann die Erdgeschwindigkeit gegenüber dem ruhenden Äther - und damit zugleich auch gegenüber dem "absoluten Raum" - auf optischem Wege messend ermitteln.

Zur Klärung dieser Frage hatte der aus Polen stammende amerikanische Physiker Albert A. Michelson als Forschungsstipendiat bei Helmholtz 1881 in Berlin und in Potsdam einen ersten Versuch gemacht. Sein negatives Ergebnis war nicht voll beweiskräftig, da die Versuchsanordnung noch einige Unvollkommenheiten aufwies. Sechs Jahre später wiederholte Michelson in den USA mit einem von ihm erdachten und mit größter Präzision gebauten Spiegel-Interferometer gemeinsam mit Morley sein Experiment. Die neue Meßvorrichtung arbeitete so exakt, daß sie selbst einen Bruchteil der zu erwartenden Wirkung des "Ätherwindes" deutlich angezeigt hätte. Aber auch dieses Mal - wie übrigens bei allen späteren Wiederholungen des Versuchs - konnte keine derartige Erscheinung beobachtet werden. Die Lichtgeschwindigkeit erwies sich als konstant und unabhängig von der Bewegung der Lichtquelle und des Beobachters. Der "Michelson-Versuch", eines der berühmtesten Experimente in der Geschichte der Physik, wurde zum Fundamentalversuch für die Relativitätstheorie, wie Einstein, der Michelsons Experimentierkunst bewunderte, selbst wiederholt bezeugt hat.⁶ Mit seinem negativen Ergebnis spielte dieser Versuch für die Begründung der Relativitätstheorie dieselbe grundlegende Rolle wie einst die vergeblichen Bemühungen, ein Perpetuum mobile zu bauen, für die Entdeckung des Energiegesetzes.

5 Mach, Ernst, Die Mechanik in ihrer Entwicklung. Historisch-kritisch dargestellt, 9. Aufl. Leipzig 1933, S. 267.

6 Einstein, Albert, Neue Experimente über den Einfluß der Erdbewegung auf die Lichtgeschwindigkeit relativ zur Erde, in: Forschungen und Fortschritte, Nr. 3/1927, S. 36.

Der Ausgang des Michelson-Experiments sprach eindeutig gegen die Existenz eines Lichtäthers. Für die Physiker war dies enttäuschend. Es veranlaßte sie zunächst zu Unternehmungen, die eingebürgerte Ätherhypothese mit der Tatsache der Konstanz der Lichtgeschwindigkeit verträglich zu machen und auf diese Weise den Äther zu "retten". So nahm der holländische Physiker H. A. Lorentz 1895 - also zehn Jahre vor Einsteins Auftreten - eine mechanische Verkürzung schnell bewegter Körper in ihrer Bewegungsrichtung an, um auf diese Weise das Ergebnis des Michelson-Versuchs im Rahmen des mechanistischen Naturbildes mit Lichtäther und "absolutem Raum" verständlich zu machen. Anknüpfend an eine Hypothese, die bereits vor ihm der irische Physiker Fitzgerald aufgestellt hatte, suchte Lorentz zu zeigen, daß sich Maßstäbe in ihrer Bewegungsrichtung entsprechend ihrer Geschwindigkeit im absolut ruhenden Lichtäther zusammenziehen ("Lorentz-Kontraktion"). Durch eine solche Formveränderung würde der Zeitunterschied ausgeglichen und damit die Wirkung des "Ätherwindes" aufgehoben.⁷

Das war eine zwar sehr scharfsinnige, aber doch recht künstliche Annahme, die allzu deutlich den Charakter einer Zweckhypothese trug und die Physiker auf die Dauer nicht befriedigen konnte, insbesondere deswegen nicht, weil dadurch ein Bezugssystem, das im Äther ruhte, vor allen übrigen als bevorrechtigt erscheinen mußte. Man hätte die Gesetze der Mechanik an vielen Stellen willkürlich abändern müssen, um diesem neuen Sachverhalt, für den es keinerlei einleuchtende Begründung gab, gerecht zu werden. Die Kontraktions-Hypothese, ein rein mechanistischer Deutungsversuch, war zwar bewundernswert, wirkte aber nicht überzeugend.

Die Denkschwierigkeiten, in die die Theoretiker durch die Ergebnisse des Michelson-Versuchs und verwandter Experimente, unter denen der Versuch von Trouton und Noble hervorgehoben sei, geraten waren, schienen unüberwindlich zu sein: ein unlösbarer gordischer Knoten. Der junge Einstein durchhieb ihn.

Durch die "Naturwissenschaftlichen Volksbücher" schon als Schüler auf die Bedeutung der Lichtgeschwindigkeit aufmerksam gemacht, hatte er seit seinem Aufenthalt in Aarau immer wieder darüber gegrübelt, was sich ereignen würde, wenn man einem Lichtstrahl mit Lichtgeschwindigkeit folgen könnte. In Verbindung mit der Elektrodynamik Maxwells, dem negativen Ergebnis des Michelson-Versuchs und der konstruktiven Kritik Machs an den Fundamenten der Newtonschen Mechanik ging aus diesem frühen Gedankenexperiment seine Relativitätstheorie hervor, die das von der Experimentaloptik aufgegebene Rätsel mit einem Schlag in einer grundsätzlichen Weise löste.

Einstein kehrte den Gedankengang von Lorentz um. Er erhob das Prinzip der Konstanz der Lichtgeschwindigkeit im leeren Raum, das bei Lorentz als Folgerung erschien, in den Rang eines Naturgesetzes und stellte es als Fundamentalsatz an den Anfang seiner Überlegungen. Er übertrug das Relativitätsprinzip, das Galilei und Newton für die mechanische Bewegung aufgestellt hatten, aus der Mechanik in die Elektrodynamik bewegter Körper. Dabei mußte beim Übergang zu anderen Bezugssystemen auch der Zeitwert, der bei Galilei und Newton unverändert blieb, entsprechend umgeformt werden. Die Zeitgrößen und die Raumgrößen, die in der klassischen Physik als selbständig und voneinander unabhängig erschienen, wurden nun durch die Lichtgeschwindigkeit "zusammengeschweißt", wie Max

⁷ Lorentz, Hendrik Antoon, Versuch einer Theorie der electrischen und optischen Erscheinungen in bewegten Körpern, Leiden 1895.

Planck es gelegentlich anschaulich ausdrückte. Oder anders gesagt: Raum und Zeit sind in der Relativitätstheorie miteinander gekoppelt unter dem Gesichtspunkt der richtungsunabhängig gleichbleibenden Geschwindigkeit des Lichtes im leeren Raum.

In seiner wissenschaftlichen Selbstbiographie kennzeichnete Einstein den Sachverhalt mit den Worten: "Man hatte sich darüber klar zu werden, was die räumlichen Koordinaten und der Zeitwert eines Ereignisses in der Physik bedeuteten."⁸ Die Analyse des Zeitwertes wurde zur unmittelbaren Quelle von Einsteins relativitätstheoretischer Forschungsarbeit.

Zunächst untersuchte Einstein den Begriff der Gleichzeitigkeit. Seine Ergebnisse lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen: Wenn es eine unendlich große Geschwindigkeit zur Übermittlung von Signalen gäbe, dann wäre es wissenschaftlich sinnvoll und gerechtfertigt, von einer absoluten Gleichzeitigkeit örtlich weit voneinander entfernter Ereignisse zu sprechen. Aber die Lichtgeschwindigkeit als die größte Signalgeschwindigkeit ist endlich und für alle Beobachter ein und dieselbe; daher hat der Begriff "absolute Gleichzeitigkeit" keinen physikalischen Sinn und keine theoretische Berechtigung.

Da nun in der Physik alle Urteile, in denen die Zeit eine Rolle spielt, stets Urteile über gleichzeitige Ereignisse sind, zieht die Relativierung des Begriffes der Gleichzeitigkeit mit Notwendigkeit die Relativierung des Begriffes der Zeit nach sich. Wenn es keine absolute Gleichzeitigkeit gibt, dann gibt es auch keine absolute, für alle Systeme in gleicher Weise gültige Zeit. Jedes Bezugssystem hat somit seine eigene Zeit, seine "Systemzeit". Der Angelpunkt der ganzen Frage lag - wie Einstein bemerkte - in der Konstanz der Lichtgeschwindigkeit im leeren Raum. Sofern man diese Konstanz anerkannte - und der Michelson-Versuch hatte sie ebenso wie andere Versuche bewiesen -, konnte man der Relativierung der Zeit nicht mehr entrinnen.

Einsteins Lehre von der Zeit war etwas völlig Neues. Kein Physiker und kein Philosoph vor ihm hatte über den Begriff der Gleichzeitigkeit so tief und schöpferisch nachgedacht und war zu so weitreichenden Schlußfolgerungen gekommen wie Einstein. Die insbesondere von Mach erhobene Forderung der Beseitigung des physikalisch Sinnlosen, weil empirisch grundsätzlich nicht Nachprüfbares, hatte in Einsteins Denken zur Vernichtung des Newtonschen Begriffes der "absoluten Zeit" geführt.

Da Zeit und Bewegung eng miteinander verbunden sind - die Zeit ist, wie Karl Marx schrieb, das "quantitative Dasein der Bewegung"⁹ -, wurde mit der Relativierung des Zeitbegriffes auch der Begriff der "absoluten Bewegung" beseitigt. Die Bewegung eines Körpers oder eines Bezugssystems kann nur mit der eines anderen Körpers oder Bezugssystems verglichen und im Verhältnis zu ihr zahlenmäßig erfaßt werden; eine "absolute Bewegung" gibt es nicht. Das Relativitätsprinzip Einsteins besagt, daß in allen Bezugssystemen, die sich geradlinig unbeschleunigt bewegen, die gleichen Naturgesetze gelten; ihre räumlichen und zeitlichen Werte lassen sich nach besonderen Gleichungen, den "Lorentz-Transformationen", ineinander umrechnen.

⁸ Einstein, Albert, Autobiographisches, in: Albert Einstein als Philosoph und Naturforscher, hg. v. Paul Arthur Schilpp, Stuttgart 1955, S. 20.

⁹ Marx, Karl, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 17.

Wie bereits dargelegt, hatte Lorentz seine Umformungsgleichungen, die aus den Maxwell'schen Formeln des elektromagnetischen Feldes abgeleitet waren, selbst noch in mechanistischer Weise aufgefaßt und damit fehlgedeutet. Von den verschiedenen Zeit- und Längenmessungen - so meinte er - sollte jeweils nur eine die richtige sein; alle anderen seien durch den "Ätherwind" verfälscht. Den eigentlichen physikalischen Sinn der Lorentz-Transformationen enthüllte erst Einstein mit dem Nachweis, daß alle diese Messungen gleichwertig seien; jede sei richtig für das Bezugssystem, in welchem sie gelte; die angeblich scheinbare Zeit der Lorentz-Transformationen sei die wirkliche Zeit. Damit erschienen die Lorentz-Gleichungen in einem völlig neuen Licht.

Ein stofflicher Lichtäther war für diese Auffassung nicht nur entbehrlich, sondern er war mit ihr auch unverträglich. Die Maxwell'sche Deutung des elektromagnetischen Feldes als eines besonderen "Zustandes" im Äther wurde nun gegenstandslos. Das elektromagnetische Feld, das schon Faraday in genialer Intuition als etwas Wirkliches, Greifbares, Gegenständliches geschaut hatte, erhielt im Naturbild Einsteins endgültig den Charakter einer objektiven physikalischen Realität. Das Feld trat den Körpern physikalisch und erkenntnistheoretisch gleichberechtigt an die Seite.

Mit der Aufstellung seiner Relativitätstheorie von 1905 - und nur von dieser, der sogenannten speziellen Relativitätstheorie, ist hier die Rede - beseitigte Einstein den Äther als Träger der Lichtwellen aus der Begriffswelt der Physik. Der Lichtäther - so schrieb er später - habe ohnehin nur ein "Gespensterdasein" in der physikalischen Wissenschaft geführt.¹⁰ Mit diesen Anschauungen ging Einstein weit über alles Bisherige hinaus. Zwar hatte schon vor ihm der französische Physiker Henri Poincaré vorgeschlagen, auf die Annahme eines Äthers zu verzichten, aber er hatte diese Forderung nicht zur Grundlage einer neuen Naturauffassung gemacht. Die "ätherlose Physik" ist ein Ergebnis des Einsteinschen Denkens. Im übrigen konnte Einstein die von Lorentz erweiterte elektromagnetische Lichttheorie Maxwells unverändert, gleichsam als "Fertigteil", in das Bauwerk seiner Relativitätstheorie einfügen. Der mathematische Formalismus war hier dem physikalischen Inhalt vorausgeeilt.

Die von Einstein bewirkte Umwälzung setzte sich nur langsam und zögernd durch. Die meisten Physiker waren in mechanistischen Vorstellungen befangen und wollten sich mit einer Physik ohne Lichtäther nicht befreunden. Selbst Lorentz, der einen so wesentlichen Anteil an der Vorbereitung der speziellen Relativitätstheorie hatte, vermochte sich, wie Max Born berichtet¹¹, bis zu seinem Lebensende (1928) nicht ganz damit abzufinden, daß es keinen Äther als Träger der Lichterscheinungen geben soll.

Heute ist die Lichtäther-Hypothese, ebenso wie beispielsweise die Lehre vom "Phlogiston", dem unwägbareren "Feuerstoff", der beim Verbrennungsvorgang entweichen sollte, nur noch ein Stück Wissenschaftsgeschichte. Wie andere Arbeits-hypothesen, die eine Zeitlang ihren Zweck erfüllt und der Forschung gedient haben, wurde sie in das Museum der wissenschaftlichen Irrtümer verwiesen.

10 Vgl. Einstein, Albert, Autobiographisches, a. a. O., S. 9.

11 Born, Max, Physik im Wandel meiner Zeit, 2. Aufl. Braunschweig 1958, S. 235.

Die Beseitigung der Lichtäther-Vorstellung war ein geniales Zerstörungswerk. Das Aufbauende in Einsteins Leistung lag vor allem in der Einführung des Prinzips, daß die mit c bezeichnete konstante Lichtgeschwindigkeit im leeren Raum als universelle Naturkonstante in die Grundgesetze der Physik einbezogen ist ("c-Prinzip").

Einstein bemerkte als erster Physiker, daß der Lichtgeschwindigkeit in der Mechanik dieselbe grundlegende Bedeutung zukommt wie in der Optik. Die Lichtgeschwindigkeit erscheint als die unerreichbare oberste Grenzgeschwindigkeit für alle Vorgänge, bei denen eine Kraftübertragung, ein Energietransport, vor sich geht. Solche Vorgänge können den Wert der Lichtgeschwindigkeit nur in asymptotischer Annäherung erreichen, ihn aber niemals überschreiten, auch dann nicht, wenn zur Ausgangsgeschwindigkeit beliebig viele Geschwindigkeiten hinzugefügt werden.

Aus der Tatsache der Konstanz der Lichtgeschwindigkeit ergaben sich die beiden berühmten sogenannten "Paradoxa" der Relativitätstheorie, die ungewöhnliches Aufsehen erregten und viele Jahre hindurch Gegenstand leidenschaftlicher Streitgespräche waren. Physiker und Philosophen, die sich aus den überlieferten mechanistisch-metaphysischen Vorstellungen nicht zu lösen vermochten, haben diese "unsinnigen" Schlußfolgerungen der Relativitätstheorie erbittert bekämpft oder sich über sie lustig gemacht. Aber auch denen, die bereit waren, Einstein auf seinen steilen Gedankenpfaden zu begleiten, fiel es mitunter nicht leicht, ihm hier zu folgen.

Das eine Paradoxon ist die relativistische Verkürzung schnellbewegter Maßstäbe in ihrer Bewegungsrichtung. Die Frage, die durch das negative Ergebnis des Michelson-Versuchs aufgeworfen wurde, hatte - wie berichtet - Lorentz zur Aufstellung seiner mechanistischen Kontraktionshypothese veranlaßt. Einstein konnte nun zeigen, daß sich die Verkürzung aus der Relativgeschwindigkeit der beiden Bezugssysteme erklären läßt.

Das andere Paradoxon betrifft die Verlangsamung des Ganges von Uhren in einem schnellbewegten System, verglichen mit denen in einem System, das im Verhältnis zu jenem ruht. Eine schnellbewegte Uhr, gleichviel ob es sich dabei um eine mechanische Uhr, eine Atomuhr oder eine Lichtuhr handelt, bleibt in ihrem Gang hinter einer Uhr zurück, die im Vergleich zu ihr ruht. Einstein führte 1905 dafür ein Beispiel an: Eine Unruhr am Erdäquator, meinte er, müsse um einen sehr kleinen Betrag langsamer laufen als eine gleichbeschaffene Uhr unter sonst gleichen Bedingungen an einem der Erdpole.¹² Man bezeichnet diese Erscheinung als relativistische Zeitdehnung, Zeitverzerrung oder Zeitdilatation.

Aus dem Gesetz der Zeitdehnung würde folgen, daß ein Kosmonaut, der mit einem sehr schnellen Raumschiff eine Zeitlang durch das Weltall gereist ist, bei seiner Rückkehr auf die Erde weniger gealtert wäre als sein hier verbliebener Zwillingsbruder, denn die Uhren des Raumfahrers und mit ihnen alle physiologischen Vorgänge wären im Vergleich zu denen auf der Erde langsamer abgelaufen. Die Geschwindigkeit des Raumfahrzeugs müßte allerdings der Lichtgeschwindigkeit nahekommen, wenn der Effekt aus dem "Zwillingsparadoxon" bemerkbar sein soll: eine Bedingung, von deren Verwirklichung die Raumfahrt noch sehr weit entfernt ist.

¹² Einstein, Albert, Zur Elektrodynamik bewegter Körper, in: Das Relativitätsprinzip, Leiden/Berlin 1915, S. 38.

Gerade das Uhrenparadoxon stellte an die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Umdenken hohe Ansprüche. Solange es keine experimentellen Beweise dafür gab, war die relativistische Zeitdehnung daher besonders heftig umstritten. Ende der dreißiger Jahre gelang es jedoch, sie bei Versuchen mit angeregten Wasserstoffatomen einwandfrei festzustellen. Später konnte sie beim Studium der kosmischen Strahlung, beim Mesonenzerfall, sehr eindrucksvoll nachgewiesen werden, weil sie hier wegen der außerordentlich hohen Geschwindigkeit der Teilchen verhältnismäßig große Werte erreicht. Die Meßergebnisse entsprachen genau dem von der Relativitätstheorie geforderten Betrag. In den letzten Jahren wurde das Uhrenparadoxon durch die Anwendung des Mößbauer-Effektes erneut bestätigt.

Die spezielle Relativitätstheorie Einsteins vom Jahre 1905 ist eine der größten Umwälzungen in der Geschichte der Naturwissenschaft. Sie ist zugleich ein Triumph der Dialektik in den Grundlagen der Physik. Durch sie wurde die mechanistisch-metaphysische Auffassung von Zeit und Bewegung, wie sie in den klassischen Bewegungsgesetzen Newtons zum Ausdruck kam, in dialektischem Sinn "aufgehoben". Einstein erkannte und konnte zeigen, daß c , die zuerst an den Bewegungen der Lichtquanten gemessene und daher als "Lichtgeschwindigkeit" bezeichnete Größe, für alle Naturvorgänge fundamentale Bedeutung besitzt: als eine allgemeingültige, absolute Naturkonstante. Er begründete damit eine neue relativistische Mechanik, in der die Newtonschen Bewegungsgesetze als Grenzesetze enthalten sind; sie gelten nur für Körper, deren Bewegungsgeschwindigkeit klein ist im Vergleich mit der Lichtgeschwindigkeit im leeren Raum. Die Formeln der klassischen Mechanik gehen aus den Gleichungen der relativistischen Mechanik hervor, wenn man die Vakuum-Lichtgeschwindigkeit als unendlich betrachtet.

Kein Physiker vor Einstein hatte die erkenntnistheoretischen Folgen beachtet, die sich aus dem endlichen Wert der Lichtgeschwindigkeit - als größter Signalgeschwindigkeit - für das Zeitproblem ergeben. Dabei war seit den Berechnungen des dänischen Astronomen Römer, eines Zeitgenossen von Newton und Huygens, bekannt, daß die Lichtgeschwindigkeit nicht unendlich groß ist, wie noch Kepler und Descartes geglaubt hatten, und man besaß schon bald ziemlich genaue Angaben über ihren Größenwert.

Die metaphysische Anschauungsweise Newtons, zu ihrer Zeit berechtigt und notwendig, war durch die Fortschritte der Physik auf unüberwindliche Schranken gestoßen. Einstein durchbrach mit der Stoßkraft seines spontan-dialektischen Denkens diese Schranken und bahnte der weiteren Entwicklung der theoretischen Physik den Weg. Durch die Tatsache, daß vor ihm schon andere Naturforscher dem Problem nachgespürt und sogar formal-mathematische Lösungen gefunden hatten, wird sein Verdienst als Begründer der relativistischen Physik nicht eingeschränkt.

Nur wenige zeitgenössische Physiker waren imstande, die Theorie Einsteins sogleich als geniale Entdeckung von bahnbrechender Bedeutung zu erkennen. Außer dem jungen Laue gehörte zu ihnen vor allem Max Planck, der als erster der namhaften Theoretiker der Jahrhundertwende die epochemachende Leistung Einsteins, wie sie in dem Aufsatz "Zur Elektrodynamik bewegter Körper" zum Ausdruck kam, voll zu würdigen wußte. Einstein bezeugte dies selbst 1929 in einer Ansprache bei der Feier von Plancks goldenem Doktor-Jubiläum mit den Worten: "Sie waren einer der wirksamsten Anreger des Werdenden. Sie waren der erste, der für die Relativitätstheorie eintrat."¹³ Mit der Abhandlung "Das Prinzip der Relativi-

13 Derselbe, Ansprache an Prof. Planck, in: Forschungen und Fortschritte, Nr. 5/1929, S. 249.

tät und die Grundgleichungen der Mechanik"¹⁴ beteiligte sich Planck 1906 am Ausbau der relativistischen Mechanik. Über die Einsteinsche Zeitauffassung sagte er 1909 in einer Gastvorlesung in New York, sie übertreffe an Kühnheit wohl alles, was bisher in der spekulativen Naturforschung, ja in der philosophischen Erkenntnistheorie geleistet worden sei.

Es gab jedoch angesehene Physiker jener Zeit, besonders unter den Experimentalforschern, die die Relativitätstheorie noch viele Jahre mit tiefem Mißtrauen betrachteten. Der Entdecker der X-Strahlen war einer von ihnen. Aber auch ein so namhafter Theoretiker wie der Planck-Schüler Max Abraham, der zu den Meistern der Elektrodynamik gehört, hoffte noch um 1920, astronomische Beobachtungen möchten die Relativitätstheorie insgesamt widerlegen, damit der Äther wieder zu Ehren käme.

Mathematisch vollendet wurde die spezielle Relativitätstheorie durch Hermann Minkowski, Einsteins ehemaligem Lehrer in Zürich, der zuletzt als Professor der Mathematik in Göttingen wirkte und dort 1909 frühzeitig starb. In seinem aufsehenerregenden Vortrag über Raum und Zeit auf der Naturforscherversammlung in Köln im Herbst 1908 sagte Minkowski einleitend: "Die Anschauungen über Raum und Zeit, die ich Ihnen entwickeln möchte, sind auf experimentell-physikalischem Boden erwachsen. Darin liegt ihre Stärke. Ihre Tendenz ist eine radikale. Von Stund an sollen Raum für sich und Zeit für sich völlig zu Schatten herabsinken, und nur noch eine Art Union der beiden soll Selbständigkeit bewahren."¹⁵ Das war zwar stark vereinfacht ausgedrückt, traf jedoch das Wesentliche. Das vierdimensionale Raum-Zeit-Kontinuum, die sogenannte "Minkowski-Welt", ist seitdem ein untrennbarer Bestandteil der Relativitätstheorie.

Aus der Relativitätstheorie Einsteins ergaben sich frühzeitig zwei wichtige Schlußfolgerungen. Sie betreffen die Wechselbeziehung von Masse und Bewegung sowie von Masse und Energie. Die Dialektik dieser Fragestellung ist offenkundig. Ihre Lösung durch Einstein wurde weit über den engen fachwissenschaftlichen Bereich hinaus bedeutsam; nicht nur für die Entwicklung der Produktivkräfte in einem breiten Bereich, sondern für die Zukunft der Menschheit.

Bis zu Einstein wurde die träge Masse, der Trägheitswiderstand eines Körpers gegen eine Beschleunigung, als eine unveränderliche, konstante Größe betrachtet. Sie wurde definiert als ein Quantum, das durch den Einfluß der Bewegung weder verkleinert noch vergrößert werden kann. Heinrich Hertz hatte noch Anfang der neunziger Jahre in seiner "Mechanik" diese Konstanz zur Grundeigenschaft der trägen Masse erklärt¹⁶: in Übereinstimmung mit der Newtonschen Naturlehre. Schon bald darauf, um 1901, hatten jedoch deutsche und französische Experimentalphysiker bei Ablenkungsversuchen mit schnellbewegten Elektronen beobachtet, daß die Masse des Elektrons mit der Geschwindigkeitszunahme wächst. Dieser Fakt war zunächst rätselhaft. Durch die Relativitätstheorie erhielt er nun seine wissenschaftliche Begründung. Auf dem Gebiet der Elektronenbewegung wurde so der erste und auf viele Jahre hinaus auch einzige experimentelle Beweis für eine Schlußfolgerung aus der speziellen Relativitätstheorie geliefert.

14 Planck, Max, Physikalische Abhandlungen und Vorträge, Bd. 2, Braunschweig 1958, S. 115.

15 Minkowski, Hermann, Raum und Zeit, in: Das Relativitätsprinzip, Leipzig/Berlin 1915.

16 Hertz, Heinrich, Die Prinzipien der Mechanik. In neuem Zusammenhange dargestellt, Leipzig 1894, S. 54.

Aus der Einsteinschen Theorie ergab sich nämlich, daß die Masse eines Körpers mit dem Anwachsen seiner Bewegungsgeschwindigkeit zunehmen muß. Man war nun genötigt, zwischen der Ruhmasse und der Bewegungsmasse der Körper zu unterscheiden: eine Unterscheidung, für die in der klassischen Mechanik kein Bedürfnis bestand. Im Bereich der Makrophysik, der Physik der großen Körper und der kleinen Geschwindigkeiten, liegt die durch die Bewegung bewirkte Massenzunahme weit unter der Grenze des Meßbaren; deshalb blieb sie unbemerkt. In der Mikrowelt hingegen, zum Beispiel bei den schnellen Bewegungen von Elektronen, erreicht die Massenzunahme beträchtliche Werte, wenn sich die Teilchengeschwindigkeit der Lichtgeschwindigkeit im leeren Raum nähert. Daher spielt in der relativistischen Mechanik die Massenzunahme eine wichtige Rolle. Die Atomphysik hat inzwischen in ihren riesenhaften Anlagen zur Beschleunigung von Elementarteilchen die Richtigkeit dieser Lehre Einsteins praktisch-technisch erwiesen.

Eine zweite Schlußfolgerung war von noch größerer Tragweite. Ihre Auswirkungen reichen weit über das Gebiet der Physik und der Technik hinaus. Sie gewann Bedeutung für das Schicksal der Völker, ja für den Bestand der Menschheit, obwohl diese gesellschaftlichen Konsequenzen anfangs von niemandem vorausgesehen werden konnten, auch nicht von Einstein selbst.

Kurz nach der Veröffentlichung seines Aufsatzes "Zur Elektrodynamik bewegter Körper" schrieb Einstein an seinen Freund Conrad Habicht: "Eine Konsequenz der elektrodynamischen Arbeit ist mir noch in den Sinn gekommen. Das Relativitätsprinzip im Zusammenhang mit den Maxwell'schen Grundgleichungen verlangt nämlich, daß die Masse direkt ein Maß für die im Körper enthaltene Energie ist; das Licht überträgt Masse. Eine merkliche Abnahme der Masse müßte beim Radium erfolgen. Die Überlegung ist lustig und bestechend; aber ob der Herrgott nicht darüber lacht und mich an der Nase herumgeführt hat, das kann ich nicht wissen."¹⁷

Das Ergebnis dieser "lustigen und bestechenden Überlegung" legte Einstein in dem schon erwähnten Aufsatz über den Zusammenhang von Trägheit und Energie-Inhalt der Körper nieder. Mit ihren drei Druckseiten gehört diese Schrift zu den kürzesten Abhandlungen in der Weltgeschichte der Naturwissenschaft, aber sie ist zugleich eine der wichtigsten: Sie enthält nämlich die Grundlagen des berühmten Gesetzes der "Äquivalenz" von Masse und Energie, das zum Schlüssel für die technische Nutzung der Atomenergie wurde.

Der mathematische Ausdruck des Einsteinschen Gesetzes ist die heute schon fast sprichwörtlich gewordene Formel $E = m c^2$. Sie besagt, daß jede Übertragung von Energie (E) mit der Übertragung einer entsprechenden Masse (m) verknüpft ist, wobei das Quadrat der Lichtgeschwindigkeit c als Proportionalitätsfaktor auftritt. Das bedeutet, daß mit jeder Abgabe von Energie eine entsprechende Abnahme der Ruhmasse verbunden ist, und umgekehrt die Ruhmasse bei jeder Energiezufuhr wächst. Einsteins Formel, die den dialektischen Zusammenhang von Masse und Energie mathematisch abbildet, gab den Physikern die Möglichkeit, die eine Größe durch die andere auszudrücken. Durch sie konnte der sogenannte Massendefekt erklärt werden. Er ist bei mechanischen, chemischen, thermischen und elektrischen Vorgängen gering und blieb deshalb unbemerkt. In der Atomphysik erlangte er jedoch grundlegende Bedeutung. Er besteht hier darin,

17 Seelig, Carl, Albert Einstein. Eine dokumentarische Biographie, Zürich/Stuttgart/Wien 1954, S. 90.

daß die Summe der Massen der einzelnen Bestandteile eines Atomkerns stets größer ist als die Masse des Atomkerns, der sich aus ihnen zusammensetzt. Dies wird so aufgefaßt, daß sich ein Teil der Masse in jene Energie verwandelte, die zum Zusammenhalten der Kernbestandteile erforderlich ist und als Bindungsenergie bezeichnet wird. Die Atomkraft ist also in Energie umgewandelte Masse. Bei den künstlichen Kernreaktionen wird diese Energie befreit.

Daß die ungeheuren Kräfte der Natur, die hier verborgen sind, mit dem verbrecherischen Einsatz der amerikanischen Atomwaffe gegen japanische Großstädte zuerst im Dienst der Menschenvernichtung ausgenutzt wurden, gehört zu den größten Schandtaten einer verruchten, zum Untergang verurteilten Gesellschaftsordnung. Es war für Einstein, der es im übrigen nicht für möglich gehalten hatte, daß seine Formel noch zu seinen Lebzeiten technisch irgendwie bedeutsam werden könnte, in seinen letzten Lebensjahren ein überaus schmerzlicher, quälender Gedanke, daß gerade er, der sein ganzes Leben lang die Barbarei des Krieges verabscheut und den Völkermord bekämpft hatte, durch seine Forschungsarbeit ein solches Verbrechen ermöglichen half.

Einsteins Erkenntnis der Gleichwertigkeit von Masse und Energie vereinfachte den Bestand der physikalischen Erhaltungssätze. Die beiden Gesetze von der Erhaltung der Masse und von der Erhaltung der Energie, die bis dahin voneinander getrennt waren, konnten nun in einem einzigen Gesetz zusammengefaßt werden: In einem geschlossenen materiellen System bleibt die Gesamtsumme aus Masse und Energie bei allen Vorgängen unverändert erhalten.

Sicherlich war um 1905 die Zeit reif für diese Entdeckung. Es fehlte auch nicht an Vorarbeiten und Teilergebnissen. Zu ihnen gehörten vor allem die Forschungen des russischen Experimentalphysikers Petr N. Lebedev über den Druck, den das Licht auf feste Körper ausübt, und die einschlägigen Untersuchungen des österreichischen Theoretikers Fritz Hasenöhr, der für einen Sonderfall, die Trägheit der Strahlung im Innern eines bewegten Hohlkörpers, bereits ein Jahr vor Einstein zu demselben Ergebnis gekommen war, ohne jedoch an eine Verallgemeinerung zu denken. Aber Einstein tat auch hier den entscheidenden Schritt.

Die Lehre von der Trägheit der Energie, eine der erstaunlichsten Errungenschaften der Naturwissenschaft, ist ein Ergebnis der "reinen", zweckfreien Grundlagenforschung; sie ist ein Musterbeispiel für eine Entdeckung, die aus der Logik der Wissenschaft erwuchs, ohne daß ein unmittelbares technisches Bedürfnis der Gesellschaft ansponnend dahinter gestanden hätte. "Vor fünfzig Jahren" - schrieb Werner Heisenberg 1956 -, "als die Relativitätstheorie begründet wurde, erschien diese Hypothese von der Äquivalenz von Masse und Energie als eine Revolution in der Physik, und es gab damals nur sehr wenige experimentelle Gründe für dieses Gesetz. Heutzutage kann man an vielen Experimenten unmittelbar sehen, wie Elementarteilchen aus kinetischer Energie erzeugt werden und wie solche Teilchen wieder verschwinden können, indem sie sich in Strahlung umwandeln. Deshalb ist heute die Verwandlung von Energie in Masse und umgekehrt nichts Ungewöhnliches."¹⁸

Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß dieses Naturgesetz zuerst für neue teuflische Methoden der Menschenvernichtung mißbraucht wurde. Daß Einsteins Formel auch der praktischen Ausnutzung der Atomkraft für den Frieden zugrunde liegt und theoretisch das Verständnis für den Energiehaushalt der Sonne und der Sterne

¹⁸ Heisenberg, Werner, Physik und Philosophie, Frankfurt (Main) 1959, S. 95.

erschloß, trat durch das USA-Atomverbrechen von Hiroshima und Nagasaki im allgemeinen Bewußtsein zunächst in den Hintergrund.

Die Relativitätstheorie von 1905 - und nur von ihr war hier die Rede - gehört heute mit allen ihren Schlußfolgerungen zum experimentell gesicherten Bestand der Physik und ist schon fast zu einer Ingenieurwissenschaft geworden. Sie hat einen sehr breiten Gültigkeitsbereich. Im Grunde umfaßt sie alles, was man zur Deutung physikalischer Experimente braucht, solange die Schwerkraft außer Betracht bleibt. Die gesamte Elektrodynamik ist in ihr enthalten, genauer gesagt: im Hegelschen Wortsinn "aufgehoben". Sie bewährte sich aber vor allem als Wegweiser ins Reich der Atome. Die Teilchenbeschleunigungsanlagen der Kernforschungszentren von Dubna, Serpuchow, Genf, Berkeley usw. könnten nicht den Bruchteil einer Sekunde lang funktionieren, wenn die spezielle Relativitätstheorie nicht in allen ihren Bestandteilen ein zutreffendes Abbild der objektiven Realität wäre.

Das gesamte Forschungswerk Einsteins erforderte Kühnheit des Denkens, Freisein von Vorurteilen und Rücksichtslosigkeit gegenüber den überkommenen Lehrmeinungen, die die Vorstellungswelt der Naturwissenschaftler beherrschten. Diese Eigenschaften waren bei dem jungen Antidogmatiker schon frühzeitig entwickelt, und sie hatten sich in den ersten Jahren seiner Berufstätigkeit in Bern, unter dem Einfluß des Studiums erkenntnistheoretischer Schriften, insbesondere von Hume und Mach, breit entfaltet. Einsteins Arbeit verlangte aber auch ein feines Fingerspitzengefühl für die entscheidenden Probleme. "Starker Geist kann zarte Finger nicht ersetzen", schrieb der große Entdecker später aus tiefer Einsicht in die Fragen des wissenschaftlichen Schöpfertums auf der Grundlage seiner persönlichen Erfahrungen.

Einstein hat niemals verhehlt, daß die theoretische Naturforschung ein mühsames Unterfangen ist, dessen Ausgang man nicht immer voraussehen kann. Er empfand die Physik stets als ein "Abenteuer der Erkenntnis". In einem Aufsatz zur Geschichte seiner relativitätstheoretischen Untersuchungen heißt es: "Im Lichte bereits erlangter Erkenntnis erscheint das glücklich Erreichte fast wie selbstverständlich, und jeder intelligente Student erfaßt es ohne zu große Mühe. Aber das ahnungsvolle, Jahre währende Suchen im Dunkeln mit seiner gespannten Sehnsucht, seiner Abwechslung von Zuversicht und Ermattung und seinem endlichen Durchbrechen zur Wahrheit, das kennt nur, wer es selber erlebt hat."¹⁹

Wie hoch Einsteins Leistung gerade bei der Begründung der relativistischen Mechanik von den Fachleuten eingeschätzt wurde, läßt das Gutachten erkennen, das die führenden Physiker der Berliner Universität Ende 1926 über ihn abgaben, als es darum ging, nach einem Nachfolger für Max Planck Ausschau zu halten, der nach Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand trat. Bei ihrer Charakterisierung der in Frage kommenden möglichen Nachfolger Plancks heißt es über den Schöpfer der Relativitätstheorie: "Eine einzigartige Stellung unter ihnen nimmt Albert Einstein ein, welcher nicht nur auf allen Gebieten der theoretischen Physik bahnbrechend gewirkt, sondern auch das älteste und wichtigste Gebiet, die Mechanik, welche seit Jahrhunderten als abgeschlossen galt, auf eine ganz neue Grundlage gestellt hat."²⁰

19 Einstein, Albert, Mein Weltbild, Frankfurt (Main) 1956, S. 138.

20 Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, phil. Fal., Anstellung von Professoren, Nr. 1473, Bl. 74.

Es ist schmerzlich, daß dieser geniale Forscher nach der Machtübertragung an den Hitlerfaschismus genötigt war, sich von seinem Geburtsland und seiner lang-jährigen Wirkungsstätte, der Berliner Akademie der Wissenschaften, zu trennen. Er war 1913 als Vierunddreißigjähriger mit überwältigender Stimmenmehrheit zum ordentlichen hauptamtlichen Akademiemitglied gewählt worden, und er hat in den zwei Jahrzehnten seiner Mitgliedschaft bahnbrechende Forschungsergebnisse erzielt, die Max Planck den Errungenschaften eines Kepler und Newton an die Seite stellte²¹ und die der von Leibniz gegründeten Akademie zu höchster Ehre gereichen.

Die Bedeutung der speziellen Relativitätstheorie Einsteins für die Entwicklung der Produktivkräfte darzustellen, hieße faßt, die Geschichte der Produktivkräfte des Atomzeitalters zu schreiben. Welche Rolle seine Theorie bei der Entwicklung der Technik und der Gesellschaft einmal spielen sollte, konnte Einstein 1905 freilich noch weniger ahnen, als Heinrich Hertz 1888 die praktisch-technische Bedeutung seiner Entdeckung der drahtlosen Wellen vorauszusehen vermochte.

Damit eine naturwissenschaftliche Errungenschaft gesellschaftliches Gewicht gewinnen kann, bedarf es vieler Parameter, die nur begrenzt oder gar nicht voraussagbar sind. Die Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte ist voll von Beispielen dafür, und Einsteins Relativitätstheorie ist eines der anschaulichsten von ihnen.

Über die verbrecherische Anwendung der Atomenergie, zu deren Befreiung er mit seiner Formel aus dem Jahre 1905 den Schlüssel geliefert hatte, war Einstein bestürzt und empört.²² Aber er erlebte es noch, daß die gigantische Produktivkraft Kernenergie für friedliche Zwecke genutzt wurde: im ersten Atomkraftwerk der Welt, das in Obninsk bei Moskau als Versuchswerk der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften errichtet wurde und am 27. Juni 1954 den Betrieb aufnahm. Für den großen Physiker und Humanisten Albert Einstein, der mit seinem ganzen Forschen und Wirken der Menschlichkeit und dem Frieden dienen wollte, ein Freund der Sowjetunion war und in Lenin einen "Hüter und Erneuerer des Gewissens der Menschheit" verehrte²³, mußte dies eine tiefe Genugtuung sein.

21 Zentrales Archiv der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin, II: III a, Bd. 28 b, Bl. 65.

22 Vgl. die einschlägigen Dokumente in dem Sammelwerk Einstein on Peace, hg. v. Otto Nathan u. Heinz Norden, New York 1960.

23 Einstein, Albert, Gelegentliches. Privatdruck der Soncino-Gesellschaft zum 50. Geburtstag Einsteins am 14. März 1929, Berlin, S. 20.

DIE BEDEUTUNG DER AUSEINANDERSETZUNG MIT DEN ÖKONOMISCHEN AUFFASSUNGEN DES LASSALLEANISMUS IN MARX' "KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS" FÜR DIE GESCHICHTE DER MARXISTISCHEN POLITISCHEN ÖKONOMIE

Zum 100. Jahrestag von Karl Marx' "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei"

von Wolfgang Jahn/Wolfgang Müller

Zur Ausgangsposition der Auseinandersetzung

Dialektischer Materialismus kontra idealistische Konstruktionen in der Arbeitswerttheorie und ihre Auflösung in die "Hegelsche Staatsidee"

Der Kampf gegen die ethisch-juristische Verklärung des Wesens der kapitalistischen Ausbeutung

Die Überwindung kleinbürgerlicher und utopischer staatssozialistischer Vorstellungen durch die Vertiefung des wissenschaftlichen Sozialismusbildes

Zur Ausgangsposition der Auseinandersetzung

In der Periode nach 1871 konzentrierten Marx und Engels ihre ganze Kraft darauf, mitzuhelfen, in den einzelnen Ländern proletarische Massenparteien zu schaffen und sie mit dem Marxismus zu verbinden. Ein ernsthaftes Hindernis dabei war in Deutschland der Lassalleanismus.

Ferdinand Lassalle (1825 bis 1864) hatte sich das Verdienst erworben, durch seine sogenannte Arbeiteragitation im Jahre 1862 eine von der Bourgeoisie unabhängige Arbeiterbewegung, in Gestalt des 1863 gegründeten "Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" (ADAV), ins Leben gerufen zu haben.

Lassalle versuchte jedoch die junge deutsche Arbeiterbewegung mit opportunistischem Gedankengut. Marx bekämpfte den Lassalleanismus von Anfang an kompromißlos. Er vermied aber zunächst die offene Polemik mit Lassalle, weil er die Entwicklung der Arbeiterbewegung nicht behindern wollte und überzeugt war, daß diese sich über kurz oder lang von Lassalles Irrlehren freimachen würde. Marx konzentrierte seine Hauptkraft auf die Fertigstellung des "Kapitals", das er mit Recht auch als Hauptschlag gegen den Lassalleanismus betrachtete.

1891 konnte Friedrich Engels rückblickend feststellen: "Dann, 1867, drei Jahre nach Lassalles Tod, erschien 'Das Kapital' von Karl Marx, und vom Tag seines Erscheinens datiert der Verfall des spezifischen Lassalleanismus."¹

Viele Arbeiter, die über Lassalle zur Arbeiterbewegung gekommen waren, fanden im "Kapital" Antwort auf die Fragen, die sie aufgrund ihrer Klassenlage zutiefst bewegten und auf die ihnen Lassalle keine befriedigende Antwort gegeben hatte.

In der deutschen Arbeiterbewegung wuchs das Bedürfnis nach einer im nationalen Rahmen organisierten wirklich revolutionären Arbeiterpartei auf marxistischer Grundlage, die sich 1869 in Eisenach konstituierte. Marx und Engels traten entschieden für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ein, machten aber die Führer der Eisenacher immer wieder darauf aufmerksam, daß das nur im prinzipiellen Kampf gegen jeglichen Opportunismus - insbesondere den Lassalleanismus - geschehen könne.

1874 waren die Lassalleaner am Ende ihres Lateins angekommen und in eine hoffnungslose Isolierung geraten. Weil die Verhältnisse sie zwangen, stimmten sie der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu. Sie errangen dabei einen späten unangemessenen Erfolg. Es war ihnen nämlich in den Verhandlungen mit den Eisenachern gelungen, diesen im Programmentwurf für die Vereinigte Arbeiterpartei die wichtigsten Grunddogmen Lassalles zu oktroyieren.

Marx und Engels lernten den Programmentwurf erst kennen, nachdem er am 7. März 1875 in der Presse veröffentlicht worden war. Sie waren über die unverzeihlichen Zugeständnisse an den Opportunismus empört. Im Brief an Wilhelm Bracke von 5. Mai 1875 schrieb Marx: "Abgesehen davon ist es meine Pflicht, ein nach meiner Überzeugung durchaus verwerfliches und die Partei demoralisierendes Programm auch nicht durch diplomatisches Stillschweigen anzuerkennen."²

Marx konnte nicht schweigen, weil die deutsche Partei in der Welt als marxistische Partei angesehen und ihr Programm als marxistisches Programm gewertet wurde. Noch heute unterstellen bürgerliche Marxverfälscher die wissenschaftlich unhaltbaren Lassalleanischen Thesen Marx, um dann nach ihrer Widerlegung festzustellen, Marx "widerlegt" zu haben.

Von April bis Anfang Mai 1875 verfaßte Marx auf sechzehn eng beschriebenen Briefseiten die "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei", die inzwischen unter dem Titel "Kritik des Gothaer Programms" einen hervorragenden Platz unter den klassischen Werken des Marxismus-Leninismus einnehmen.

Wenn im Jahr 1975 die internationale Arbeiterbewegung und die fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt des 100. Jahrestages dieses Werkes gedenken, dann ist das mehr als Rückerinnerung an einen bedeutenden Meilenstein in der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Mit rücksichtsloser Schärfe und unerbittlicher Logik hatte Marx die erste gefährliche Rechtsentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung korrigiert und dem Lassalleanismus den Todesstoß versetzt. Da Marx aber nicht irgendwelche oberflächlichen Erscheinungsformen des Lassalleanismus zum Gegenstand der Kritik machte, son-

1 Engels, Friedrich, Der Sozialismus in Deutschland, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1970, S. 249.

2 Marx, Karl, an Wilhelm Bracke, 5. 5. 1875, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1969, S. 13.

dem das kleinbürgerliche, utopisch-staatssozialistische, sozialreformistische Wesen des Lassalleanismus, erfaßte er zugleich, wie in einem Brennspiegel, alle Versuche, den wissenschaftlichen Kommunismus zu entstellen und die bürgerliche Ideologie als sozialen Opportunismus linker oder rechter Spielart in die Arbeiterbewegung einzuschmuggeln. Da der Opportunismus inzwischen zwar seine Erscheinungsform, nicht aber sein Wesen geändert hat, ist die "Kritik des Gothaer Programms" nach wie vor eine unentbehrliche, eine scharfe theoretische Waffe im unversöhnlichen ideologischen Kampf gegen den Sozialreformismus und den Revisionismus.

Es gehört zum Wesen einer marxistisch-leninistischen Kritik, nicht nur zu zerstören, sondern über das Kritisierte hinweg vorwärts zu schreiten. In der "Kritik des Gothaer Programms" werden außerordentlich bedeutungsvolle Programmenthesen entwickelt, in denen die historischen Erfahrungen nach der Pariser Kommune verallgemeinert sind und die wissenschaftlichen Ergebnisse des "Kapitals" ihren programmatischen Niederschlag finden. Ohne Zweifel ist die "Kritik des Gothaer Programms" das wichtigste Programmdokument der revolutionären Arbeiterpartei, das nach dem "Kommunistischen Manifest" verfaßt wurde.

Dialektischer Materialismus kontra idealistische Konstruktionen in der Arbeitswerttheorie und ihre Auflösung in die "Hegelsche Staatsidee"

Der um die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung sonst so verdiente Wilhelm Liebknecht, der die Verhandlungen der Eisenacher mit den Lassalleanern führte, hatte - im Unterschied zu Bebel, Geib, Dietzgen, Bracke und anderen Arbeiterführern - das Studium des "Kapitals" vernachlässigt, so daß ihm zunächst gar nicht auffiel, daß er sich mit dem ersten Satz des Entwurfs des Gothaer Programms das antimarxistische Wesen des Lassalleanismus - das in diesem Satz wie in einer Nußschale enthalten war - hatte aufdrängen lassen. Dieser Satz lautet: "Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern."³

Nicht wenige klassenbewußte Arbeiterführer legten in diesen Satz ebenfalls unbewußt einen marxistischen Inhalt hinein und zogen aus ihm Schlußfolgerungen für den Klassenkampf der Arbeiterklasse, die, wie eine wissenschaftliche Analyse zeigt, nicht in ihm enthalten waren.

Sie wurden getäuscht, weil Lassalle formal die Terminologie und die Quintessenz der Marxschen Wertlehre aus dessen Werken "Lohnarbeit und Kapital" und "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" übernommen hatte - allerdings ohne Marx zu zitieren -, dabei aber in die neue Form einen Inhalt gegossen hatte, den er von Marx' bürgerlichen und kleinbürgerlichen Vorgängern übernahm.

Wenn die Eisenacher meinten, Marx' Kritik am Paragraph 1 - "Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebensosehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!)"

3 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: ebenda, S. 15.

als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.⁴ - sei eine unbedeutende theoretische Streitfrage angesichts der historischen Bedeutung der Vereinigung, übersahen sie, daß hier der Ausgangspunkt einer ganzen Gedankenkette von für die Arbeiterbewegung außerordentlich schwerwiegenden falschen praktischen Schlußfolgerungen lag.

Lassalle war davon ausgegangen, "daß die Arbeit das Prinzip und den Maßstab des Wertes der Dinge bilde, welches von der ökonomischen Wissenschaft mit seltener Einstimmigkeit adoptiert wurde."⁵ Hinter dieser Formulierung verbarg sich, daß Lassalle den Wert aus dem historischen Produktionsverhältnis der Warenproduzenten in das "ewige sittliche Prinzip der Arbeit" verwandelte. Marx hatte demgegenüber wiederholt hervorgehoben: "Wovon ich ausgehe, ist die einfachste gesellschaftliche Form, worin sich das Arbeitsprodukt in der jetzigen Gesellschaft darstellt, und dies ist die 'Ware'."⁶

Indem Lassalle den Wert von der Ware löste, verleugnete er nicht nur dessen historischen Charakter als objektives Produktionsverhältnis der einfachen und der kapitalistischen Warenproduktion, er nahm ihm auch seinen materiellen Charakter.

Marx hatte bereits bewiesen, daß das Arbeitsprodukt als Ware einen Doppelcharakter hat, sowohl Gebrauchswert als auch Wert ist. Zur Produktion des Gebrauchswertes, der den Wert als gesellschaftliches Verhältnis trägt und dessen Voraussetzung ist, sind Produktionsmittel notwendig. Die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln determinieren jedoch in letzter Instanz die Produktionsverhältnisse, durch die sich die einzelnen Gesellschaftsformationen voneinander unterscheiden. Wenn die Lassalleaner die natürlichen Voraussetzungen der Arbeit nicht nannten, so bedeutete das, wie Marx betonte, "der Arbeit übernatürliche Schöpfungskraft anzudichten" und zu verschweigen, "daß der Mensch, der kein anderes Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft ..., nur mit Erlaubnis" der Eigentümer der Produktionsmittel arbeiten und leben kann.⁷

Lassalle nahm konsequenterweise auch keine Kenntnis vom Doppelcharakter der Arbeit, weil er nicht in sein idealistisches Konzept paßte. Die Entdeckung des Widerspruchs zwischen konkreter und abstrakter Arbeit durch Karl Marx war aber nicht nur der Springpunkt für das Verständnis der politischen Ökonomie, sie zog auch eine deutliche qualitative Scheidelinie zwischen der bürgerlichen und der proletarischen politischen Ökonomie. Wie die klassische bürgerliche politische Ökonomie stellte Lassalle nicht die Frage nach dem spezifischen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, die den Wert der Ware bildet. Ihm war jedoch nicht historisch der weitere Weg zur Kenntnis der Wertform, des Geldes und der Mehrwerttheorie von der Basis her versperrt wie jener - er kannte ja die Marxsche Lösung des Problems -, sondern er versperrte ihn sich selbst. Dahinter verbarg sich das für bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologen charakteristische erkenntnistheoretische Desinteresse, in das historische und gesellschaftliche Wesen der ökonomischen Kategorie einzudringen. In der einfachen und der kapitalistischen Waren-

4 Ebenda.

5 Lassalle, Ferdinand, Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, in: Gesamtwerke, hg. v. Erich Blum, Leipzig 1899, Bd. 3, S. 130.

6 Marx, Karl, Randglossen zu A. Wagners "Lehrbuch der politischen Ökonomie", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1969, S. 369.

7 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 15.

produktion trägt die Arbeit als Folge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gesellschaftlichen Charakter, aber dieser kann - bedingt durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln - nicht unmittelbar, sondern nur vermittelt durch den Austausch privater Arbeiten zustande kommen. Dieser Austauschprozeß vollzieht sich spontan, reguliert durch das blindwirkende Wertgesetz, unabhängig vom Bewußtsein der Warenproduzenten. Sie geraten unter die Herrschaft ihrer eigenen Produkte, sie sind unfähig, ihre eigenen ökonomischen Gesetze bewußt zu beherrschen.

Der Arbeitsbegriff Lassalles wurzelte in der idealistischen Philosophie Hegels und brachte weltanschauliche Positionen zum Ausdruck, die völlig ungeeignet waren, die Arbeiterklasse zu einer eigenen wissenschaftlich begründeten Weltanschauung zu führen. Für Lassalle war die Arbeit Ausdruck eines ewigen, unveränderlichen Prinzips, verbunden mit dem ebenfalls ewig gültigen "erhabenen" Begriff der Gerechtigkeit, als Ausdruck der Idee des Staates. Lassalle hatte niemals aufgehört ein abhängiger Schüler Hegels zu sein. Als er im Jahre 1858, zu einem Zeitpunkt, als er kaum die Anfangsgründe der politischen Ökonomie studiert hatte, an Marx schrieb, er wolle zwei Jahre darauf verwenden, ein großes ökonomisches Werk zu schreiben und die politische Ökonomie hegelsch vorzutragen, äußerte Marx gegenüber Engels: "Er wird zu seinem Schaden kennenlernen, daß es ein ganz andres Ding ist, durch Kritik eine Wissenschaft erst auf den Punkt bringen, um sie dialektisch darstellen zu können, oder ein abstraktes, fertiges System der Logik auf Ahnungen eben eines solchen Systems anzuwenden."⁸

Es gehört seit langer Zeit zu den Standardbehauptungen der bürgerlichen Marxverfälschung, daß Marx im "Kapital" die Methode Hegels unverändert übernommen habe. So verwechselt Helmut Reichelt offensichtlich die Marxsche Methode mit der Lassalles, wenn er schreibt, "... daß das Kapital in der Marxschen Darstellung weit mehr mit Hegels absolutem Begriff gemeinsam hat, als eine Wissenschaft wahrhaben möchte, die sich handfest materialistisch gebärdet."⁹ Marx vollendete aber gerade im "Kapital" die prinzipielle Kritik an der idealistischen Dialektik Hegels und ihre materialistische Umstülpung, indem er sie mit der Kritik der bürgerlichen politischen Ökonomie verband. Wenn Marx den rationalen Kern sowohl aus der Hegelschen Logik als auch aus der klassischen bürgerlichen Ökonomie herauschälte, so entstand dabei sowohl als materialistische Dialektik als auch als proletarische politische Ökonomie etwas qualitativ Neues. Im Unterschied zu Lassalle ging Marx davon aus, einen Riesenberg von objektiven Tatsachen zu verallgemeinern, ihr Wesen, ihre Gesetzmäßigkeit und ihr inneres Band aufzuspüren, ehe er nach vieljähriger Forschung zu ihrer entsprechenden dialektischen Darstellung überging. Die Behauptung, Marx unterscheide sich zwar in der Forschungs-, nicht aber in der Darstellungsmethode von Hegel, übersieht völlig das Wesentliche. Während es sich bei Hegel um die Darstellung von Konstruktionen a priori handelte, ging es bei Marx um die ideelle Widerspiegelung der realen dialektischen Bewegung des Wesens der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, ihrer Struktur und ihrer inneren Zusammenhänge. Schon

8 Marx, Karl, an Friedrich Engels, 1. 2. 1858, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 29, Berlin 1967, S. 275.

9 Reichelt, Helmut, Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei K. Marx, Frankfurt (Main)/Wien 1970, S. 77. - In ähnlichem Sinne unter vielen anderen auch bei Becker, Werner, Kritik der Marxschen Arbeitstheorie, Hamburg 1972, S. 119 f.

im "Elend der Philosophie" hatte Marx die formale Anwendung der idealistischen Dialektik Hegels auf die politische Ökonomie durch Proudhon kritisiert.

Der wissenschaftliche Rückschritt auf dem Gebiet der politischen Ökonomie bei Lassalle bestand jedoch nicht in erster Linie darin, daß er eine idealistische philosophische Konzeption als Konstruktionsprinzip auf die politische Ökonomie anwandte. Dieser Rückschritt ergab sich vielmehr aus der weltanschaulichen Position des kleinbürgerlichen Reformismus, aus dem Streben nach Klassenversöhnung, das den objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze verleugnen und an ihre Stelle idealistische Konstruktionen setzen mußte. Wer die Notwendigkeit der proletarischen Revolution fürchtete, mußte die Spitze des ideologischen Kampfes notwendigerweise gegen den dialektischen Materialismus wenden, der den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als notwendige Folgerung aus den objektiven ökonomischen Bedingungen herleitete.

Lassalle blieb in der Wertbestimmung hinter der klassischen bürgerlichen Ökonomie zurück, weil er den Wert nicht ökonomisch analysierte, sondern ihn in den Reflex eines sittlichen Prinzips verwandelte. Auch dies wird von bürgerlichen Marxverfälschern Marx unterschoben. Zum Beispiel behauptete Karl Popper, die Marxsche Arbeitswerttheorie stehe "unter dem Einfluß des Platonischen Idealismus".¹⁰ Joan Robinson verwandelte den Wert bei Marx in "ein metaphysisches Konzept" eines "Schülers Hegels", das keine ökonomische Relevanz besitze.¹¹

Bei Lassalle löste sich der ganze Entwicklungsprozeß des Prinzips der Arbeit in die Entwicklung der Idee des Staates auf. Während die Arbeiterklasse zutiefst daran interessiert war, das Wesen des Staates als Maschine in der Hand der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der ausgebeuteten Klasse wissenschaftlich zu begreifen, wurde sie von Lassalle dahin desorientiert, daß der Staat die Idee der "Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen" sei.¹²

Wie Hegel sah er im bestehenden preußischen Staat die Verkörperung dieser Idee der Sittlichkeit, wenn auch mit der Einschränkung, daß die entsprechende Potenz erst noch voll in der Realität verwirklicht werden müsse. Der Entwicklungsprozeß der Idee des Staates war bei ihm direkt gegen die Marxsche Begründung der historischen Mission der Arbeiterklasse gerichtet, die Lassalle niemals anerkannte. Die Arbeiterklasse ist in seiner Konzeption nicht aus ökonomischer Notwendigkeit, als Werk ihrer Selbstbefreiung, zum Sturz des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus gezwungen. Sie handelt vielmehr getragen vom "sittlichen Prinzip der Arbeit" und findet nur durch ihre sittlichen Prinzipien Anerkennung vor dem Richterstuhl der höheren sittlichen Staatsvernunft. Die Klassen betrachtete Lassalle als Stände, wobei er sie in Träger von Prinzipien verwandelte, die nach einer Rangordnung der Sittlichkeit klassifiziert werden. Die Idee des Staates entäußerte sich zunächst im Staatszweck des Adels, der durch "das herrschende Prinzip des Mittelalters", den "Grundbesitz"¹³, bestimmt werde. Hier lag auch die Quelle der Geringschätzung Lassalles gegenüber den Bauern, die er als "vollkommen reaktionär"¹⁴ abqualifizierte, weil sie Träger des gleichen Prin-

10 Popper, Karl, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bern 1962, S. 216.

11 Robinson, Joan, Economic Philosophy, London 1962, S. 38.

12 Lassalle, Ferdinand, Arbeiterprogramm, in: Gesamterwerke, a. a. O., Bd. 1, S. 196.

13 Ebenda, S. 186.

14 Ebenda, S. 161.

zips des Grundeigentums seien, nur konsequenter und gerechter durchgeführt.¹⁵ Marx bezeichnete deshalb die objektiv falsche und für die Bündnispolitik der Arbeiterklasse grundschädliche Formulierung des Programmentwurfs, daß gegenüber der Arbeiterklasse "alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse bilden", als ein "Lassallesches Zitat vom reinsten Wasser".¹⁶ Die Idee des Staates entäußerte sich nach Lassalle weiter in das Prinzip des Kapitals, dessen Träger der dritte Stand, repräsentiert durch die Bourgeoisie, sei. Ihr "sittlicher Staatszweck" sei, "die persönliche Freiheit des Einzelnen und sein Eigentum zu schützen".¹⁷ Das bestimmende sittliche Prinzip des gegenwärtigen Zeitalters sei jedoch nicht das Kapital, sondern die Arbeit. Träger dieses Prinzips sei der vierte Stand, der "Arbeiterstand". Weil das Prinzip der Arbeit das sittlichste Prinzip sei, könne der Arbeiterstand "mit höchster Klarheit ... diese sittliche Natur des Staates zu seiner Aufgabe machen"¹⁸, die darin bestehe, die "Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen".¹⁹ Nun könnte sich hinter dieser dünnen ideologischen Konstruktion die Forderung verbergen, die Arbeiter müßten diesen Staat entsprechend ihrem Prinzip der Arbeit umgestalten. Lassalle wollte aber die Grundlagen des bestehenden reaktionären preußischen Staates auf keinen Fall angetastet wissen. Alles was geschehen müßte, wäre die Aufhebung des "Zensus" als Staatszweck "der Bourgeoisie"²⁰, um an seine Stelle den Staatszweck des "Arbeiterstandes ... oder das allgemeine Wahlrecht"²¹ zu setzen. Das war ein primitiver Versuch, die junge Arbeiterbewegung mit wohlklingenden Phrasen für ein Linksgericht an den preußischen Staat Bismarcks zu verkaufen, und Lassalle verriet ja dann auch tatsächlich die Arbeiterbewegung politisch an Bismarck.

Offen und unverhüllt sprach Lassalle aus, daß das politische Ziel seiner "Staatsidee" darin bestehe, die revolutionäre Arbeiterbewegung mit Hilfe bescheidener Reformen des Wahlsystems zu entschärfen: "Sieht man denn nicht, daß dies eine großartige Thatsache der Klassenversöhnung ist ... Wenn es gelänge, diese Bewegung tot zu machen [die Lassallesche - W. J./W. M.]..., dann würde nichts anderes die Folge davon sein, als daß wir in einigen Decennien an einer wilden proletarischen Revolution stünden und sich die Schrecken der Junischlacht auch für uns wiederholten! Das darf nicht sein und das soll nicht sein."²²

Gerade für diese illusionäre Verklärung des "Prinzips der Arbeit" in der sittlichen Idee des Staates - also eines über den Klassen stehenden Instruments - weiß der Sozialreformismus verschiedenster Ausprägung sich dankbar auf Lassalle zu berufen. Lassalle verpflichtet, schrieb zum Beispiel Kurt Schumacher, die Sozialdemokratie "ist ein Stück Staat und kein kleines".²³ Dieser Ausspruch war vorher und ist danach in der einen oder anderen Form hundertfach von rechten sozialdemokratischen Führern bekräftigt worden, unter anderen auch von Herbert

15 Vgl. ebenda.

16 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 22.

17 Lassalle, Ferdinand, Arbeiterprogramm, a. a. O., S. 195.

18 Ebenda, S. 197.

19 Ebenda, S. 196.

20 Ebenda, S. 197.

21 Ebenda.

22 Derselbe, Arbeiter-Lesebuch, in: Gesamtwerke, a. a. O., Bd. 2, S. 128.

23 Nach Hümmeler, Heinz, Opposition gegen Lassalle, Berlin 1963, S. 43 ff.

Wehner auf dem SPD-Parteitag 1973 in Hannover: "Der Staat, in dem wir wirken, ist unser Staat." ²⁴

Der Kampf gegen die ethisch-juristische Verklärung des Wesens der kapitalistischen Ausbeutung

Marx begründete in den "Randglossen ...", warum der "stilistisch und inhaltlich verfehlte Paragraph" 1 des Gothaer Programms vom wissenschaftlichen Standpunkt der Arbeiterklasse aus unakzeptabel war. "Es war also, statt allgemeine Redensarten über 'die Arbeit' und 'die Gesellschaft' zu machen, hier bestimmt nachzuweisen, wie in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft endlich die materiellen etc. Bedingungen geschaffen sind, welche die Arbeiter befähigen und zwingen, jenen geschichtlichen Fluch zu brechen." ²⁵

Schon in "Lohnarbeit und Kapital" (1849) hatte Marx nachgewiesen, daß Kapital und Arbeit keine unabhängig voneinander existierenden ewigen Begriffe sind, sondern daß das Kapital ein "Produktionsverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft" ist. ²⁶ "Das Kapital setzt ... die Lohnarbeit, die Lohnarbeit setzt das Kapital voraus. Sie bedingen sich wechselseitig; sie bringen sich wechselseitig hervor." ²⁷

Inzwischen hatte Marx im "Kapital" mit der Erkenntnis des Warencharakters der Arbeitskraft die politische Ökonomie als Wissenschaft aus der Sackgasse herausgeführt, in die sie die falsche These der klassischen bürgerlichen Ökonomie, der Arbeiter verkaufe an den Kapitalisten seine Arbeit als Ware, geführt hatte. Gegen 1830 hoben Kritiker der klassischen politischen Ökonomie hervor, daß bei Einhaltung der ökonomischen Gesetze kein Mehrwert für die Kapitalisten entstehen könne, wenn die Arbeiter ihre "Arbeit" als Ware an den Kapitalisten verkauften und der Wert der Ware gleichermaßen durch die Arbeit gebildet werde. Marx stellte darüber hinausgehend fest, daß der Arbeiter seine Arbeit schon aus dem Grunde nicht verkaufen könne, weil sie ihm nicht gehöre, denn er besitze keine Produktionsmittel, und um Arbeit verkaufen zu können, müsse sie sich in Waren vergegenständlichen, die nur mit Hilfe von Produktionsmitteln produziert werden können. Nach der Entdeckung des Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit bestand die zweite große Entdeckung, die Marx im "Kapital" gemacht hatte, darin, nachzuweisen, daß der Kapitalist nicht die "Arbeit", sondern die Arbeitskraft des Lohnarbeiters kauft, das heißt dessen körperliche und geistige Fähigkeiten, die für die Arbeit erforderlich sind. Im Austausch vergütet der Kapitalist dem Arbeiter den Wert der Arbeitskraft, der aus dem "Wert derjenigen Lebensmittel" bestehe, "welche notwendig sind, den Arbeiter in der in einem gegebenen Lande und einer gegebenen Epoche historisch festgestellten Weise zu erhalten und fortzupflanzen." ²⁸ Der Kapitalist benutzt aber im Produktionsprozeß den Ge-

24 Zit. nach SPD-Bundesparteitag in Hannover - ohne gesellschaftliche Alternativen, in: Marxistische Blätter, Nr. 3/1973, S. 92.

25 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 17.

26 Derselbe, Lohnarbeit und Kapital, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 6, Berlin 1970, S. 408.

27 Ebenda, S. 410.

28 Engels, Friedrich, [Rezension des Ersten Bandes "Das Kapital" für die "Rheinische Zeitung"], in: ebenda, Bd. 16, Berlin 1964, S. 211.

brauchswert der Ware Arbeitskraft. Er läßt den Arbeiter an seinen Produktionsmitteln arbeiten und einen neuen Wert schöpfen, der größer ist als der Wert, den er dem Arbeiter vergütet hat. Damit war bewiesen, daß ohne Verletzung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus ein Mehrwert entstehen kann, der aus fremder Arbeit des Lohnarbeiters besteht, die sich der Kapitalist unentgeltlich aneignet. Marx verfolgte das Mehrwertgesetz als das "ökonomische Bewegungsgesetz" des Kapitalismus bis in dessen feinste Verästelung hinein und schuf damit gleichsam eine wissenschaftlich allseitig begründete Anatomie und Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft.

Lassalle kannte die Grundlagen dieser Auffassungen sowohl aus "Lohnarbeit und Kapital" - das er zur wissenschaftlichen Illustration seiner falschen Grundthesen ausnutzte, um damit seinen eigentlichen Konstruktionen eine scheinbar wissenschaftliche Form zu geben - als auch aus vielen persönlichen Gesprächen mit Marx. Deshalb betrachtete es Marx als einen empörenden wissenschaftlichen Rückschritt, wenn Lassalle schrieb: "Die kalte unpersönliche Beziehung des Unternehmers auf den Arbeiter als auf eine Sache, auf eine Sache, die wie jede andere Ware auf dem Markte nach dem Gesetz der Produktionskosten erzeugt wird, - das ist es, was die durchaus spezifische, durchaus entmenschte Physiognomie der bürgerlichen Periode bildet!"²⁹ Wenn die Unternehmer sich "auf den Arbeiter als auf eine Ware"³⁰ beziehen, ergibt sich als Schlußfolgerung - die verschiedene Gruppen bürgerlicher Ökonomen auch immer wieder ziehen: Die Unternehmer müßten die "moralische Einsicht" gewinnen, daß "die Arbeit nicht als Ware betrachtet werden darf"³¹, ohne daß man an der objektiven Tatsache, daß der Lohnarbeiter keine Produktionsmittel besitzt und deshalb notwendigerweise seine Arbeitskraft als Ware verkaufen muß, etwas zu ändern beabsichtigt. Lassalle traf sich dabei mit der Tendenz der deutschen Vulgärökonomie seiner Zeit - der älteren und der gerade entstehenden jüngeren historischen Schule -, die objektiven ökonomischen Gesetze zu negieren und an ihre Stelle ethische Wertungen zu setzen. Lassalle unterschied sich von ihr allerdings darin, daß er versuchte, der Arbeiterklasse diese feindliche bürgerliche Konzeption zu oktroyieren. Lassalle begriff nicht, daß die Vorstellung vom Arbeiter - den er begrifflich mit der Arbeit gleichsetzte - als Handelsware diesen ökonomisch auf die Stellung eines Sklaven reduzieren würde. Lassalle brauchte aber diese These, um das Kernstück seines konstruierten ökonomischen Systems, das "eherne Lohngesetz", zu begründen, das auch in den Entwurf des Gothaer Programms Eingang gefunden hatte. Er schrieb: "Der durch die freie 'Konkurrenz' geregelte Arbeitslohn oder die Erzeugungskosten der Arbeit bestehen also gerade in den - Erzeugungskosten des Arbeiters."³²

Nachdem Marx den Arbeitslohn als das erscheinende Wesen des Wertes der Ware Arbeitskraft wissenschaftlich exakt geklärt hatte, kehrte Lassalle zu dem oberflächlichen Schein zurück. Der Arbeitslohn werde unmittelbar durch Angebot von und Nachfrage nach Arbeitern geregelt und beruhe auf deren natürlichen Produktionskosten im buchstäblichen Sinn: "Geben Sie ihm [dem Arbeiter - W. J/ W. M.] diese Notdurft und - seien Sie unbesorgt, den Jungen wird er sich schon selbst erzeugen ..."³³ Der Arbeitslohn wurde also direkt von der absoluten Be-

29 Lassalle, Ferdinand, Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, a. a. O., S. 180.

30 Ebenda, S. 179.

31 Handbuch des Weltkommunismus, Freiburg/München 1958, S. 68.

32 Lassalle, Ferdinand, Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, a. a. O., S. 178.

33 Ebenda.

völkerungsbewegung abhängig gemacht. Steige der Arbeitslohn über das Existenzminimum der Arbeiterklasse, dann erfolge eine natürliche Vermehrung der Arbeiterbevölkerung, die den Arbeitslohn wieder auf das absolute Existenzminimum herabdrücke. Sinke der Arbeitslohn unter das Existenzminimum, werde die Arbeiterbevölkerung durch Ehelosigkeit, Auswanderung und durch Hungertod reduziert.³⁴

Lassalle übernahm unverändert die in der bürgerlichen Ökonomie allgemein verbreitete Lohnfondstheorie. Wie Marx in der "Kritik des Gothaer Programms" bemerkte, hatte jener "nichts als das den Goetheschen 'ewigen, ehernen, großen Gesetzen' entlehnte Wort 'ehern'"³⁵ hinzugefügt. Lassalle führte für das Elend der Arbeiterklasse als eine reine Lohnverelendung naturgegebene Gründe an, eine Fiktion, auf die, wie Marx in seiner Kritik weiter hervorhob, die bürgerlichen Ökonomen - insbesondere Malthus - ihre Behauptung zu stützen suchten, "daß der Sozialismus das naturbegründete Elend nicht aufheben, sondern nur verallgemeinern ... könne."³⁶

Diese grundfalsche These vom "ehernen Lohngesetz" wurde damals von vielen deutschen Arbeitern und Arbeiterfunktionären deshalb als plausibel akzeptiert, weil sich die Löhne zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland tatsächlich in der Nähe des absoluten Existenzminimums bewegten. Die über hundert Jahre alte bürgerliche Marxverfälschung hat Hunderte Male versucht, die Marxsche Mehrwerttheorie auf diese primitivistische Lassalle'sche Lohnverelendung hinabzuziehen. Greifen wir aus der Fülle des Materials willkürlich eine einschlägige Ansicht heraus: "... denn entgegen Ricardo und Marx, nach deren Auffassungen die Produktionskosten für die Lohnhöhe entscheidend sind, werden Menschen nicht wie Waren erzeugt und angeboten, wenn wir von der Sklaverei absehen."³⁷ Auch in der an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert von Revisionisten entfachten Diskussion um die von Marx entdeckte Gesetzmäßigkeit der Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus wurde Marx erst auf das Niveau Lassalles hinabgezogen, um ihn dann in dieser verfälschten Gestalt als überholt darstellen zu können. So behauptete Bernstein, die Entwicklung habe durch Steigen der Reallöhne - was wohl in Widerspruch zu Lassalles "ehernem Lohngesetz", nicht aber zu Marx' absolutem allgemeinem Gesetz der kapitalistischen Akkumulation stand - die "absolute Verelendung" (wie Bernstein vorstehendes Gesetz nannte und im Sinne einer physischen Lohnverelendung falsch interpretierte) nicht bestätigt. Daraus zog er wiederum die Schlußfolgerung, daß

34 Derselbe, Offenes Antwortschreiben an das Zentral-Komitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig, in: Gesamtwerke, a. a. O., Bd. 1, S. 15 f.

35 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 25; siehe Goethe, Johann Wolfgang v., Das Göttliche (1781), in: Werke, hg. v. Theodor Friedrich, Bd. 1, Leipzig o. J., S. 267 f.: "Nach ewigen, ehrnen, großen Gesetzen müssen wir alle unseres Daseins Kreise vollenden."

36 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 25.

37 Lüpkes, Gerhard, Zur Theorie und Politik der Einkommensverteilung, in: Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, (West-)Berlin, Nr. 4/1956, S. 51.

die Sozialdemokraten den Marxismus durch eine Art Sozialreformismus in Einklang mit der Wirklichkeit bringen müssen. 38

Kautsky, der mit großem philologischem Aufwand Marx durch eine scheinbar richtige Interpretation "retten" wollte, versteifte sich auf die Formel, daß die Arbeiterklasse zwar nicht absolut im physischen, aber sozial im relativen Sinne "verelende", nämlich durch Zurückbleiben des Arbeitslohnes hinter dem Wachstum des Mehrwertes. 39 Damit betrachtete er diese Frage jedoch ebenfalls nur als lineares statistisch-quantitatives und nicht wie Marx als kompliziertes qualitatives Problem der ökonomischen Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse.

Auch der wissenschaftliche Meinungsstreit zwischen Vertretern der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie um die Klärung der tatsächlichen Entwicklung der Lage der Arbeiterklasse entging nicht immer der Gefahr, zu einem Streit um die Wortschöpfungen Kautskys und Bernsteins zu werden. Er neigte mitunter dazu, die Diskussion primär mit linearen statistischen Argumenten zu führen, statt in jedem Fall die viel tiefer liegenden qualitativ-inhaltlichen Probleme, die Marx bereits gelöst hatte, gründlich genug auszuwerten. Dabei sollte die programmatische Zusammenfassung der bis ins Detail im "Kapital" begründeten These, "... daß also das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei, und zwar einer Sklaverei ist, die im selben Maße härter wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte entwickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlungen empfangt", in der "Kritik des Gothaer Programms" nicht übersehen werden. 40 Entscheidend ist, daß im Mittelpunkt der Betrachtung nicht die Scheinform des Lohnes, sondern der Wert der Ware Arbeitskraft stehen muß. Der Kapitalist kauft die Arbeitskraft des Lohnarbeiters nur dann, wenn er durch ihre Verwertung einen Mehrwert erzielen kann. Die Höhe des Mehrwertes und der Wert der Ware Arbeitskraft stehen in einer untrennbaren Wechselwirkung zueinander. Innerhalb der Wertgrenze, die durch die Verwertungsbedingungen gezogen ist, wirken verschiedenartige Momente auf den Wert der Ware Arbeitskraft ein, von denen "je nach den Verhältnissen bald dieses, bald jenes vorwiegt". 41

Marx hatte im "Kapital" hervorgehoben: "Die letzte Grenze oder Minimalgrenze des Werts der Arbeitskraft wird gebildet durch den Wert einer Warenmasse, ohne deren tägliche Zufuhr der Träger der Arbeitskraft, der Mensch, seinen Lebensprozeß nicht erneuern kann ... Sinkt der Preis der Arbeitskraft auf dieses Minimum, so sinkt er unter ihren Wert." 42

Die Bedürfnisse der Arbeiterklasse sind keine abstrakt-physiologische, sondern vielmehr eine gesellschaftliche, historische Größe. Sie entwickeln sich in Abhängigkeit von der Produktion. Als "soziale Relationen" müssen die Bedürfnisse der

38 Bernstein, Eduard, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

39 Kautsky, Karl, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, Eine Antikritik, Stuttgart 1899.

40 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 26 (Hervorhebung - W. J. / W. M.).

41 Engels, Friedrich, an August Bebel, 18./28. 3. 1875, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1969, S. 5.

42 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: ebenda, Bd. 23, Berlin 1968, S. 187.

Arbeiterklasse unter den jeweiligen konkret-historischen Entwicklungsbedingungen der Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft befriedigt werden.

Zwischen diesem historischen und dem moralischen Element der Wertbestimmung der Arbeitskraft - das Marx als erster in der Geschichte der politischen Ökonomie nachwies - besteht ein innerer Zusammenhang. Die Arbeiterklasse muß sich eine mit der Entwicklung der Produktivkräfte steigende Bedürfnisbefriedigung erkämpfen. Innerhalb der Wertgrenze hängt es von der Kampfstärke der Arbeiterklasse ab, inwieweit der Arbeitslohn an den Wert der Ware Arbeitskraft herangeführt werden kann. Während sich aus Lassalles Konzeption ergab, daß es für die Arbeiterklasse sinnlos sei, Gewerkschaften zu bilden, sahen Marx und Engels in den Gewerkschaften die wichtigste Massenorganisation der Arbeiterklasse. Lassalle negierte die Rolle der Gewerkschaften, weil sie sowohl von seinem Standpunkt des "ehernen Lohngesetzes" aus ökonomisch nutzlos als auch aus der Sicht des "sittlichen Prinzips der Arbeit" schädlich seien. Denn so, wie die Bauern beim "Prinzip des Grundeigentums" nur dessen "Mißbrauch" bekämpften, so bekämpften die Gewerkschaften nur den "Mißbrauch des Prinzips des Kapitals", nicht aber dessen "Gebrauch".⁴³

Ein wesentlicher Grund, warum viele deutsche Arbeiter den Weg von Lassalle zu Karl Marx fanden, bestand darin, daß dieser ihnen eine wissenschaftliche Erklärung für die Notwendigkeit und die Grenzen des gewerkschaftlichen Kampfes gab, die sie bei Lassalle vergeblich suchten; denn Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte die Geschichte in Deutschland die Bildung von Gewerkschaften als notwendige Kampfform der Arbeiterklasse auf die Tagesordnung gesetzt. Berliner Arbeiter forderten damals in Massenaktionen die Abschaffung der Koalitionsverbote und des Streikverbots. Marx schätzte seinerseits die Bedeutung dieses Kampfes sehr hoch ein, wie aus einem Brief an Engels vom 18. Februar 1865 hervorgeht: "Koalitionen mit den aus ihnen erwachsenden trades uniones sind nicht nur als Mittel der Organisation der Arbeiterklasse zum Kampfe mit der Bourgeoisie von der äußersten Wichtigkeit . . . , sondern in Preußen und Deutschland überhaupt ist das Koalitionsrecht außerdem ein Durchbrechen der Polizeiherrschaft und des Bürokratismus . . . , kurz, es ist eine Maßregel zur Mündigmachung der 'Untertanen' ".⁴⁴

Marx betrachtete die Bildung von Gewerkschaften als das entscheidende Kettenglied der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland, im Gegensatz zu Lassalles unseliger "Illusion eines sozialistischen Eingreifens einer preußischen Regierung . . . "⁴⁵

Schon im "Elend der Philosophie" hatte Marx gegenüber Proudhon, der die gleiche gewerkschaftsfeindliche Position wie Lassalle einnahm, klargestellt: "Man hat dauernde Koalitionen geschaffen, trades uniones, die den Arbeitern in ihren Kämpfen mit den Unternehmern als Schutzwehr dienen . . . In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst."⁴⁶

43 Vgl. Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, hg. v. Franz Mehring, Bd. 4, Stuttgart 1902, S. 205.

44 Marx, Karl, an Friedrich Engels, 18. 2. 1865, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 31, Berlin 1965, S. 76.

45 Ebenda.

46 Derselbe, Das Elend der Philosophie, in: ebenda, Bd. 4, Berlin 1959, S. 180 f.

Innerhalb der Internationalen Arbeiterassoziation führte Marx einen energischen theoretischen Kampf um die Klärung der Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiterklasse. 1865 wies er in einem Vortrag - der unter dem Titel "Lohn, Preis und Profit" bekannt geworden ist - nach, daß die von den Gewerkschaften erkämpften Lohnerhöhungen nicht zwangsläufig wieder durch Preissteigerungen rückgängig gemacht werden, wie das bürgerliche Ökonomen und kleinbürgerliche Sozialisten behauptet hatten, sondern nur zu einem Sinken des Mehrwertes führen. In den "Instruktionen für die Delegierten [des ersten Kongresses der Internationale 1866 - W. J. /W. M.] des Provisorischen Zentralrats" schrieb Marx: "Wenn die Gewerkschaften notwendig sind für den Guerrillakrieg zwischen Kapital und Arbeit, so sind sie noch weit wichtiger als organisierte Kraft zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und Kapitalherrschaft selbst."⁴⁷

Beschränken jedoch die Gewerkschaften ihren Kampf auf die rein ökonomische Auseinandersetzung im Rahmen des Kapitalismus, sind sie auf die Dauer gesehen nicht in der Lage, die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse aufzuhalten, weil sie dann nur gegen Wirkungen, nicht aber gegen die Ursachen dieser Verschlechterungen kämpfen, das heißt nicht gegen "das Kapitalverhältnis, das den Gegensatz zwischen Kapitalistenklasse und Lohnarbeiterklasse stets neu erzeugt."⁴⁸

Die Grenzen des gewerkschaftlichen Kampfes für eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse im Rahmen des Kapitalismus liegen in der Wertbestimmung der Arbeitskraft selbst. Während Lassalle den Arbeitslohn auf das Verhältnis $\frac{\text{Lohnfonds}}{\text{Zahl der Lohnarbeiter}}$ bezog, erfaßte Marx im Wert der Ware Arbeitskraft nicht nur dessen Grundfaktoren (Ersatz der verbrauchten Arbeitskraft, Bildungsaufwand und Unterhalt der Arbeiterfamilien), das historisch-moralische Element und die dynamischen Faktoren (Länge des Arbeitstages, Arbeitsproduktivität, Arbeitsintensität), sondern auch die Akkumulation des Kapitals, die für die Entwicklung der Lage der Arbeiterklasse von entscheidender Wichtigkeit ist. Marx wies nach, daß durch die Akkumulation des Kapitals auch der Kapitalteil vergrößert wird, der in die Konsumtion der Arbeiterklasse eingeht. Damit war bewiesen, daß der Lohnfonds keine starre Größe ist und sich die Zahl der Lohnarbeiter auch bei steigenden Arbeitslöhnen vergrößern kann.

Aber der Lohnfonds wächst nicht linear zur Akkumulation des Kapitals. Da die Akkumulation des Kapitals von einem Wachstum der Produktivkräfte begleitet wird, wächst das in Produktionsmitteln angelegte konstante Kapital schneller als das zum Ankauf der Ware Arbeitskraft angewandte variable Kapital, das heißt, die organische Zusammensetzung des Kapitals steigt.

Sobald die Akkumulationskraft des Kapitals, - die mit dem Stand des industriellen Zyklus schwankt - schwächer wird, entsteht - bei steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals - ein Freisetzungseffekt von Arbeitskräften, der zu einer relativen Übervölkerung führt. Der bestimmende Faktor für die Akkumulation des Kapitals liegt in seinen Verwertungsbedingungen. Es gibt deshalb kein abstraktes Bevölkerungsgesetz als Beziehung zwischen Bevölkerungszahl und Nah-

47 Derselbe, Instruktionen für die Delegierten des Zentralrates, in: ebenda, Bd. 16, Berlin 1964, S. 197.

48 Engels, Friedrich, In Sachen Brentano contra Marx wegen angeblicher Zitatsfälschung, in: ebenda, Bd. 22, Berlin 1962, S. 96.

rungsmittelspielraum. Das kapitalistische Bevölkerungsgesetz ist Ausdruck des absoluten allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation, das Marx im "Kapital" folgendermaßen formulierte: "Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeiterarmee wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Überbevölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation."⁴⁹

Und etwas später zog Marx daraus die Schlußfolgerung: "Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß."⁵⁰

Die Entwicklung des Kapitalismus hat dieses absolute allgemeine Gesetz bestätigt. Dabei machte Marx ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es bei der Untersuchung der Lage der Arbeiterklasse nicht ausreicht, nur den allgemeinen Charakter dieses Gesetzes zu berücksichtigen, sondern daß es auch die jeweilige historische Situation zu beachten gilt, da dieses Gesetz "durch mannigfache Umstände modifiziert" wird, "deren Analyse nicht hierher gehört."⁵¹

Im Gegensatz zu dieser mit feinsten wissenschaftlichen Mitteln allseitig begründeten Mehrwerttheorie, zu der selbstverständlich auch die Akkumulationstheorie gehört, ging Lassalle in Fragen der Mehrwerttheorie auf das Argumentationsschema der englischen utopischen Sozialisten der zwanziger und dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Bernstein versuchte diesen Rückschritt mit dem "Stand der ökonomischen Entwicklung Deutschlands, die zu Zeiten Lassalles durchaus nicht höher war, als die Englands z. Z. der Thompson, Bray und Gray", zu rechtfertigen.⁵²

Die wissenschaftliche ökonomische Analyse kann sich jedoch nicht nur auf den Entwicklungsstand eines einzelnen Landes stützen, sie muß vielmehr vom fortschrittlichsten Entwicklungsstand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse und der ihnen entsprechenden fortgeschrittensten wissenschaftlichen Theorie ausgehen. Die Theorie der Arbeiterklasse kann niemals wie die der Bourgeoisie nur national begründet werden. Entsprechend dem internationalen Wesen der Arbeiterklasse - das Lassalle negierte - kann der Maßstab nur international sein. Als die englischen utopischen Sozialisten ihre Ideen entwickelten, gab es weder eine Arbeiterbewegung, an die sie hätten appellieren können, noch hatte der Kampf der Arbeiterklasse eine Höhe erreicht, die die Frage nach seinem Bewegungsgesetz aktuell werden ließ. Diese utopischen Sozialisten ergriffen aus ethischer Anteilnahme die Partei der Arbeiterklasse und verurteilten deren Ausbeutung. Dabei stützten sie sich auf die damals entwickelte ökonomische Theorie,

49 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 673 f.

50 Ebenda, S. 675.

51 Ebenda, S. 674.

52 Bernstein, Eduard, Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse, Berlin 1904, S. 72.

die Arbeitswerttheorie Ricardos, aus der sie sittliche und juristische Schlußfolgerungen im Interesse der Arbeiterklasse zogen. Marx und Engels schätzten die Rolle dieser Gruppe utopischer Sozialisten in der Geschichte der politischen Ökonomie hoch ein und hielten ihr Vorgehen für historisch berechtigt. Ganz anders verhielt es sich mit Lassalle. Er wiederholte etwa 45 Jahre später fast wörtlich ihre ethisch-juristisch begründete Mehrwerttheorie: Der Kapitalprofit (Lassalle hielt an den Erscheinungsformen des Mehrwertes fest) sei ein Abzug vom vollen Arbeitsertrag; das Kapital "raubt ihm [dem Arbeiter - W. J./W. M.] seinen Arbeitsertrag".⁵³

Inzwischen war aber die revolutionäre Arbeiterbewegung entstanden und hatte in der Marxschen Mehrwerttheorie eine theoretische Waffe gefunden, die voll ihren wissenschaftlichen Klasseninteressen entsprach.

Auf die Aufnahme dieser Lassalleanischen Forderung nach "gerechter Verteilung des Arbeitsertrages" im Gothaer Programm antwortete Marx: "Arbeitsertrag' ist eine lose Vorstellung, die Lassalle an die Stelle bestimmter ökonomischer Begriffe gesetzt hat.

Was ist 'gerechte' Verteilung?

Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung 'gerecht' ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige 'gerechte' Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen?"⁵⁴

Moderne bürgerliche Marxverfälscher versuchen auch in dieser Beziehung, Marx die Lassallesche Auffassung zu unterschieben, zum Beispiel unter vielen anderen Hunt, der behauptete, Marx würde den Mehrwert "als Betrug repräsentieren".⁵⁵

Entsprechend zieht sich auch wie ein roter Faden durch die hundertjährige Geschichte der bürgerlichen Marxverfälschung der Versuch, Marx (dem in der Geschichte der politischen Ökonomie das Verdienst zukommt, gerade diese Gruppe englischer utopischer Sozialisten der Vergessenheit entrissen zu haben) anzudichten, er habe seine Mehrwerttheorie bei Hodgskin⁵⁶ abgeschrieben. Dabei geht es in der primitiven Fassung darum, Marx durch ein angebliches Plagiat wissenschaftlich zu diskreditieren, und in der raffinierteren Fassung soll Marx in einen reinen "Wirtschaftsethiker" verwandelt werden, den man durch eine andersartige ethische Interpretation "widerlegen" kann. Engels stellte demgegenüber richtig:

53 Lassalle, Ferdinand, Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, a. a. O., S. 95.

54 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 18.

55 Hunt, Robert N. C., The Theory and Practice of Communism, London 1958, S. 60; in ähnlichem Sinn u. a. Ottel, Fritz, Untergang oder Metamorphose der sozialistischen Marktwirtschaft, Stuttgart 1963, S. 105; Werner, Ulrich, Der sowjetische Marxismus, Darmstadt 1962, S. 101.

56 Siehe Eckstein, Gustav, Thomas Hodgskin als Theoretiker der Politischen Ökonomie, in: Geschichte des Sozialismus, Leipzig, 6. Jg. - Er nennt dort u. a. Meyer, Brentano, das Ehepaar Webb, die Marx dieses Plagiats beschuldigen; Menger, Anton, Das Recht auf den vollen Arbeitstag, Stuttgart/Berlin 1891, S. 10 ff.; Rodbertus (= Meyer, Rudolf Hermann), Der Emanzipationskampf des 4. Standes, Berlin 1874, S. 43; in jüngerer Zeit u. a. Görner, Alexander, Die Volkswirtschaft, (West-)Berlin 1959, S. 43; Stavenhagen, Gerhard, Geschichte der Wirtschaftslehre, Göttingen 1957, S. 132.

"Nach den Gesetzen der bürgerlichen Ökonomie gehört der größte Teil des Produkts nicht den Arbeitern, die es erzeugt haben, Sagen wir nun: das ist unrecht, das soll nicht sein, so geht das die Ökonomie zunächst nichts an. Wir sagen bloß, daß diese ökonomische Tatsache unserm sittlichen Gefühl widerspricht. Marx hat daher nie seine kommunistischen Forderungen hierauf begründet."⁵⁷

Löst man die ökonomischen Kategorien von ihrem objektiven Inhalt und unterwirft sie sittlich-juristischen Kriterien, öffnet man der willkürlichen Interpretation Tür und Tor, vor allem wenn man, wie Lassalle, das Recht nicht als Überbau über der ökonomischen Basis betrachtet, sondern als ewige sittliche Kategorie a priori. Wenn die Ausbeutung nur ein "Betrug" oder ein "Abzug" vom Arbeitsertrag ist, dann braucht der Arbeitslohn nur auf seine "gerechte" Höhe gehoben zu werden, und die "Ausbeutung" ist hinweginterpretiert. Hierauf beruht auch die oft zitierte Ausbeutungsdefinition der SPD: "Unter Ausbeutung ist in erster Linie die Ausnützung fremder Arbeitskraft ohne angemessenes Entgelt zu verstehen."⁵⁸

Die Rechtsmaßstäbe, die hier der Ausbeutung gesetzt sind, unterliegen so der bürgerlich-kapitalistischen Rechtsordnung. Marx hat wiederholt die Versuche, ihn auf das Niveau Lassalles hinabzuziehen, zurückgewiesen: "Nun ist in meiner Darstellung in der Tat auch der Kapitalgewinn nicht 'nur ein Abzug oder Raub am Arbeiter'. Ich stelle umgekehrt den Kapitalist als notwendigen Funktionär der kapitalistischen Produktion dar und zeige sehr weitläufig dar, daß er nicht nur 'abzieht' oder 'raubt', sondern die Produktion des Mehrwerts erzwingt, also das Abziehende erst schaffen hilft."⁵⁹

Indem Marx bewies, wie der Mehrwert bei Einhaltung der ökonomischen Gesetze und nicht durch ihre Verletzung entsteht, bewies er auch, daß veränderte Rechtsbetrachtungen über die Verteilung (die ja aus diesen Gesetzen selbst entspringen) nicht die Ausbeutung beseitigen können. Diese kann nur durch die Beseitigung der Produktionsverhältnisse, die diese Gesetze hervorbringen, aufgehoben werden.

Die Überwindung kleinbürgerlicher und utopischer staatssozialistischer Vorstellungen durch die Vertiefung des wissenschaftlichen Sozialismusbildes

Die falsche Mehrwerttheorie Lassalles begründete unwissenschaftliche Vorstellungen über Entstehung und Wesen des Sozialismus, die auch in dem Entwurf des Gothaer Programms Aufnahme fanden. Aus der Voraussetzung: der Kapitalprofit ist ein unrechtmäßiger Raub vom Arbeitsertrag durch das Kapital - folgt die juristische Schlußfolgerung: der Arbeiter habe ein Recht auf den "vollen Arbeitsertrag", eine Phrase, die kritiklos in den Entwurf des Gothaer Programms aufgenommen wurde. Die daraus abgeleiteten utopisch-sozialistischen Schlußfolgerungen standen im grundsätzlichen Widerspruch zu dem inzwischen wissenschaftlich begründeten Sozialismusbild.

57 Engels, Friedrich, Vorwort zur ersten deutschen Ausgabe "Das Elend der Philosophie" von Karl Marx, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 561.

58 Handbuch sozialdemokratischer Politik, Bonn 1953, S. 10.

59 Marx, Karl, Randglossen zu A. Wagners "Lehrbuch der politischen Ökonomie", a. a. O., S. 359.

Die zeitgenössischen Schüler der utopischen Sozialisten hatte Marx schon im "Kommunistischen Manifest" folgendermaßen gekennzeichnet: "Sie halten die alten Anschauungen der Meister fest gegenüber der geschichtlichen Fortentwicklung des Proletariats. Sie suchen daher konsequent den Klassenkampf wieder abzustumpfen und die Gegensätze zu vermitteln. Sie träumen noch immer die versuchsweise Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Utopien ..., und zum Aufbau aller dieser spanischen Schlösser müssen sie an die Philantropie der bürgerlichen Herzen und Geldsäcke appellieren. Allmählich fallen sie in die Kategorie der ... reaktionären oder konservativen Sozialisten ..."⁶⁰

Weil Unklarheiten über den Zusammenhang zwischen demokratischer und sozialistischer Revolution auch bei den Eisenachern bestanden, konnten über die Lassalle'schen Dogmen Illusionen über ein "friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus" im Gothaer Programm Eingang finden.

Die theoretischen Voraussetzungen, die Lassalle dafür gesetzt hatte, waren denkbar primitiv. Wenn der Arbeiter sein eigener Unternehmer werde, trete an die Stelle des Arbeitslohnes der "volle Arbeitsertrag". Der Weg dazu sei: "Die Aufhebung des Unternehmergewinns in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Associationen als sein eigener Unternehmer organisiert ..."⁶¹

Marx und Engels lehnten die Bildung von Arbeiterassoziationen als spontane Reformbewegung im Rahmen des Kapitalismus nicht schlechthin ab: "Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende despotische und Armut hervorbringende System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital verdrängt werden kann durch das republikanische und segensreiche System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten."⁶²

Die Bedeutung der Arbeiterassoziationen bestehe vor allem darin, daß sie praktisch beweisen: Die Arbeiter können auch ohne Kapitalisten die Produktion organisieren. Produktionsgenossenschaften weisen schon der Form nach über die kapitalistische Organisation der Arbeit hinaus, können diese aber noch nicht aufheben. Marx war der Ansicht, daß sie als eine zulässige Reform im Rahmen "der Umwälzung der jetzigen Produktionsbedingungen" von Wert sein können, "soweit sie unabhängige, weder von den Regierungen noch von den Bourgeois protegierte Arbeiterschöpfungen sind."⁶³

Er vermittelte dabei die auch für die Gegenwart in den kapitalistischen Ländern wichtige Erkenntnis: Im Gegensatz zum Sozialreformismus, für den die Reformen Selbstzweck sind und zur Abschwächung der Klassegegensätze dienen, unterstützt die marxistisch-leninistische Arbeiterbewegung solche Reformen, die ihrem sozialistischen Ziel und der demokratischen Entwicklung dienen. Für sich allein betrachtet, ist das Kooperativsystem aber nicht in der Lage, den Kapitalismus zu überwinden. Aus der spontanen Kooperativbewegung muß vielmehr die Erkenntnis erwachsen: "Um die gesellschaftliche Produktion in ein umfassendes

60 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 491.

61 Lassalle, Ferdinand, Offenes Antwortschreiben ..., a. a. O., S. 23.

62 Marx, Karl, Instruktionen für die Delegierten des Zentralrates, a. a. O., S. 195.

63 Derselbe, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 27.

und harmonisches System freier Kooperativarbeit zu verwandeln, bedarf es allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen ..., die nur verwirklicht werden können durch den Übergang der organisierten Gewalt der Gesellschaft, d. h. der Staatsmacht, aus den Händen der Kapitalisten und Grundbesitzer in die Hände der Produzenten selbst. "64

Die Übernahme der Gedanken Lassalles in das Gothaer Programm war von Grund auf sozialreformistisch und verstieß gegen alle Voraussetzungen, die die Arbeiterassoziationen für die Arbeiterklasse akzeptabel machten. Lassalle appellierte an den bestehenden preußischen Staat und die "gebildeten Klassen", die der Arbeiterklasse nicht als einer revolutionären Klasse, sondern als einer leidenden Klasse helfen sollten: "Noch einmal also, die freie individuelle Association der Arbeiter ..., ermöglicht durch die stützende und fördernde Hand des Staates - das ist der einzige Weg aus der Wüste, der dem Arbeiterstande gegeben ist. "65

Damit der Staat diese "sozialistische Rettungstat" vollbringen könne, müsse allerdings zuerst das allgemeine Wahlrecht, verbunden mit einigen demokratischen Reformen, eingeführt werden. Auch dieser Gedanke hatte in abgeschwächter Form im Programmentwurf ein Echo gefunden. Es heißt hier, die Partei erstrebe "mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat - und - die sozialistische Gesellschaft". 66

Eine solche Haltung war eine glatte Mißachtung der Tatsache, daß der bürgerliche Staat einschließlich seines Überbaus und damit auch seiner Rechtsordnung in entscheidendem Maße ein Instrument zur Niederhaltung der Arbeiterklasse ist. Schon gar nicht konnte sich die Arbeiterklasse den Bedingungen des damaligen preußischen Staates unterwerfen, der von Marx in der "Kritik des Gothaer Programms" als "mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ..."67 treffend charakterisiert wurde.

Der Kampf um die demokratische Republik, um das allgemeine Wahlrecht und um demokratische Reformen - soweit sie noch nicht gewährt oder in Gefahr sind - ist für die Arbeiterklasse unerlässlich, weil er erst den Boden bereitet, auf dem, wie Marx weiter schrieb, "der Klassenkampf definitiv auszufechten ist". 68

Indem aber dieser Staat im Programmentwurf schon als der Staat ausgegeben wurde, auf dessen Boden der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft durchgeführt werden könne, wurde der wesentliche Unterschied zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Revolution verwischt. Deshalb stellte Marx fest, daß dieses Programm durch den "Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet" ist. 69

64 Derselbe, Instruktionen für die Delegierten des Zentralrates, a. a. O., S. 195 f.

65 Lassalle, Ferdinand, Offenes Antwortschreiben ..., a. a. O., S. 36 f.

66 Nach Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 24.

67 Ebenda, S. 29.

68 Ebenda.

69 Ebenda, S. 31.

Marx gab die Phrase vom "freien Volksstaat" der Lächerlichkeit preis; denn sie stand im eklatanten Widerspruch zur historischen Erfahrung der Arbeiterklasse über den Staat und ihrer inzwischen erfolgten wissenschaftlichen Verallgemeinerung. Schon im "Kommunistischen Manifest" hatten Marx und Engels der Arbeiterklasse die Grunderkenntnis vermittelt, daß der erste Schritt der sozialistischen Revolution in der "Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse" bestehen müsse und daß das Proletariat "seine politische Herrschaft dazu benutzen" müsse, "der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen".⁷⁰

Inzwischen hatten die Revolution von 1848/49 und die Pariser Kommune von 1871 die Erfahrungen der Arbeiterklasse bereichert, und Marx und Engels hatten diese Erfahrungen analysiert und theoretisch verallgemeinert. Die wichtigste Schlußfolgerung faßten sie im Vorwort zur deutschen Ausgabe des "Manifestes der Kommunistischen Partei" von 1872 folgendermaßen zusammen: "Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß 'die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann'. "⁷¹

In der Auseinandersetzung mit der Entstellung des Wesens des Staates beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Gothaer Programm ging Marx einen wichtigen weiteren Schritt in der Begründung der marxistischen Staatstheorie: "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."⁷²

Damit begründete Marx eine außerordentlich wichtige allgemeingültige wissenschaftliche Erkenntnis für den Aufbau des Sozialismus. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse können nicht spontan im Schoße des Kapitalismus entstehen. Nach dem Sieg der Revolution erwarten kleinbürgerliche Reformer "nicht Klassenkampf, sondern allgemeine Glückseligkeit und Ruhe".⁷³ In Wirklichkeit bricht eine Periode heftigsten Klassenkampfes an, weil die Bourgeoisie freiwillig nicht auf ihr kapitalistisches Privateigentum verzichtet. Die Formen der Ersetzung der kapitalistischen durch sozialistische Produktionsverhältnisse können in den einzelnen Ländern verschieden sein. Aber überall sind die Errichtung der Diktatur des Proletariats in der einen oder anderen Form und eine kürzere oder längere Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus unvermeidlich. Der Weg zum Kommunismus führt nur über die Diktatur des Proletariats. Der Aufbau des realen Sozialismus in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft hat diese wissenschaftliche Prognose von Marx glänzend bestätigt. Aber auch der negative Beweis ist nicht ausgeblieben.

Die positive Bedeutung der Thesen der "Kritik des Gothaer Programms" über die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsformation, ihre allgemeinen Grund-

70 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 481.

71 Dieselben, Vorwort [zum "Manifest der Kommunistischen Partei" (deutsche Ausgabe 1872)], in: Marx/Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1964, S. 96.

72 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 28.

73 Vgl. Lenin, W. I., Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907, in: Werke, Bd. 13, Berlin 1972, S. 363.

lagen und Entwicklungsstapen, ihre Produktions- und Verhältnisse geht weit über den Anlaß dieser Thesen, die Zerschlagung der sozialreformistischen Ansichten Lassalles, hinaus. Marx und Engels lehnten es ab, irgendwelche spekulativen Festlegungen zu treffen, wie die Menschen in der kommunistischen Gesellschaftsformation ihre gesellschaftlichen Beziehungen gestalten müßten. Sie sahen ihren Beitrag zur wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus in erster Linie darin, auf der gesicherten Grundlage der Fakten die Bedingungen in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen aufzudecken, die die Arbeiterklasse befähigen und zwingen, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beseitigen. Wenn Marx in seiner Polemik gegen die Entstellungen des Sozialismus durch die Lassalleaner grundsätzliche Hinweise über die Grundlagen der politischen Ökonomie des Sozialismus gab, verließ er nie den Boden der Wissenschaft. Lenin, der in seinem klassischen Werk "Staat und Revolution" bei der Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie die "Kritik des Gothaer Programms" gründlich auswertete und sich fest auf deren Hinweise stützte, bemerkte dazu: "Marx stellte die Frage des Kommunismus so, wie der Naturforscher die Frage der Entwicklung einer neuen, sagen wir, biologischen Abart stellen würde, wenn man weiß, daß sie so und so entstanden ist und sich in der und der bestimmten Richtung modifiziert." ⁷⁴

Eine der wichtigsten neuen Erkenntnisse, die Marx in der "Kritik des Gothaer Programms" für die politische Ökonomie gewann, bestand darin, daß die entwickelte kommunistische Gesellschaft nicht sofort in fertiger Gestalt vorliegen kann. Auch nach der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus unterliegt die kommunistische Gesellschaftsformation einem tiefgreifenden Umwandlungsprozeß, der lange Zeit in Anspruch nimmt. Marx unterschied dabei zwischen zwei Etappen der kommunistischen Gesellschaftsformation, die - durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die Überwindung der Ausbeutung - als einheitliche Gesellschaftsformation miteinander verbunden sind. Aber zwischen beiden Phasen bestehen zugleich wesentliche Unterschiede. Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation, der Sozialismus, wurde folgendermaßen charakterisiert: "Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt." ⁷⁵

Marx und Engels entwickelten die wissenschaftliche Begründung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus, ohne die es keinen Sozialismus geben kann. Der Ausgangspunkt, so zeigten sie, kann nicht in einer bloßen Veränderung der Verteilung, sondern nur in der Veränderung der Produktionsverhältnisse liegen. Nachdem sich das Proletariat im Staat als herrschende Klasse konstituiert hat, benutzt es seine Staatsmacht, um die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zu überführen.

Das Gothaer Programm ging einen wesentlichen Schritt über Lassalle, der nicht ausdrücklich die Vergesellschaftung des bestehenden kapitalistischen Eigentums gefordert hatte, hinaus, indem die Forderung "Erhebung der Arbeitsmittel zu

74 Derselbe, Staat und Revolution, in: Werke, Bd. 25, Berlin 1972, S. 471 f.

75 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 20.

Gemeingut der Gesellschaft⁷⁶ aufgenommen wurde. Aber die wirkliche Bedeutung des gesellschaftlichen Eigentums als Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse war nicht erfaßt worden. In der Konsequenz blieb man im Gedankengut Lassalles stecken.

Selbst wenn wir unterstellen, die sogenannten Arbeiterassoziationen würden die einzige Form des Eigentums sein - und nicht neben kapitalistischen Betrieben existieren, wie sich das aus Lassalles Vorschlag ergibt -, bestünde dieses Eigentum nicht als gesamtgesellschaftliches, sondern nur als Gruppeneigentum. Lassalle darf somit als einer der Stammväter der Theorie von der sogenannten sozialistischen Marktwirtschaft gelten. Er schloß den Staat als Organisator der Produktion ausdrücklich aus, wenn er schrieb: "Der Staat soll ihnen durch eine Kreditoperation entgegenkommen, er soll sie aber nicht 'organisieren' ..., so setzt das doch notwendig voraus, daß es besondere selbständige Gesellschaften gegeneinander sind, nicht aber eine einzige, den ganzen Staat umfassende Association."⁷⁷

Gesamtgesellschaftliches Eigentum kann sich nur in einer gesamtgesellschaftlichen Planung im Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft realisieren. Negiert man diese Planung, die im Sozialismus durch den Staat gewährleistet wird, hebt man das gesamtgesellschaftliche Eigentum auf und betrachtet zugleich die Ware-Geld-Beziehungen als bestimmendes ökonomisches und soziales Band zwischen den Produzenten. Einen solchen "Marktsozialismus" lehnte Marx entschieden ab. Marx und Engels gingen davon aus, daß mit dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln auch ein völlig neuer Typ der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit geschaffen werden muß und im Sozialismus die Ware-Geld-Beziehungen nicht die entscheidende Form der Eingliederung der Produzentenkollektive in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß sein können: "Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus."⁷⁸

Dieser Satz wird häufig von bürgerlichen und revisionistischen Marxverfälschern aus dem Zusammenhang gerissen und gegen den realen Sozialismus gerichtet, der angeblich in Widerspruch zu den Vorstellungen von Marx stünde bzw. überhaupt kein Sozialismus sei. So behauptete zum Beispiel Paul Mattick, für Marx wäre "Sozialismus in erster Linie das Ende der Wertproduktion".⁷⁹ Roman Rosdolsky erklärte, im Sozialismus könne es "keinen Raum für ein Wertgesetz geben".⁸⁰ Der Trotzkiist Ernest Mandel ging sogar soweit, den realen Sozialismus als "bürokratische Entartung" zu diffamieren, und zwar wegen des angeblichen "Überlebens der Marktgesetze".⁸¹

Dieser dogmatische Mißbrauch von Marxzitaten gegen den realen Sozialismus ergibt sich aus der antikommunistischen Zielsetzung der Autoren, denen jedes Mit-

76 Ebenda, S. 18.

77 Lassalle, Ferdinand, Zur Arbeiterfrage, in: Gesamterwerke, a. a. O., Bd. 2, S. 46.

78 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 19.

79 Mattick, Paul, Marx und Keynes, Frankfurt (Main), S. 328.

80 Rosdolsky, Roman, Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen "Kapital", Bd. 2, Frankfurt (Main) 1971, S. 511.

81 Mandel, Ernest, Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von K. Marx (1843 - 1863), Frankfurt (Main)/Wien 1968, S. 194.

tel recht ist, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten zu diskreditieren. Sie sind unfähig, zwischen der planmäßigen sozialistischen Warenproduktion und der spontanen einfachen, kapitalistischen Warenproduktion, die Marx hier meint, zu unterscheiden. Sie lösen auch völlig die Aussagen von Karl Marx von ihrem historischen Hintergrund und ignorieren dabei die scharfe Kritik von Marx an Lassalles Vorstellungen von einer "sozialistischen" Organisation der gesellschaftlichen Arbeit.

Da Lassalles Produktivgenossenschaften nicht nach einem gesamtgesellschaftlichen Plan produzieren sollen, müßte ihre Produktion nach wie vor der regulierenden Rolle eines blind und spontan wirkenden Wertgesetzes unterliegen. Das bedeutet, daß die Produzenten ihre ökonomischen Gesetze nicht beherrschen, sondern ihnen unterworfen bleiben und einem Differenzierungsprozeß ausgesetzt sind, der immer wieder kapitalistische Produktionsverhältnisse hervorbrächte. Dies gilt besonders für die von Lassalle zunächst angestrebte gemischte Wirtschaft, in der die kapitalistischen Großunternehmen gegenüber den Arbeitergenossenschaften günstigere Positionen im Konkurrenzkampf hätten. Die gesellschaftliche Organisation der Arbeit, so wie sie Lassalle forderte, kann also weder den Klassengegensatz überwinden noch die Abhängigkeit der Produzenten von ihren eigenen Produkten aufheben. Der Lassalleanismus bleibt dem Warenfetischismus verhaftet. Aber gerade gegen diesen richtet sich das genannte Marxzitat, was aus der zweiten Hälfte des Satzes deutlich wird: "... ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteil der Gesamtarbeit existieren."⁸²

Indem Marx in Auseinandersetzung mit Lassalleschen Vorstellungen nachwies, daß der Sozialismus auf dem gesamtgesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruht und die Planmäßigkeit die grundlegende Bewegungsform der sozialistischen Wirtschaft ist, nahm er bereits eine Kritik an heutigen Vertretern der Theorie des "Marktsozialismus" vorweg. Wie Lassalle stellen diese das gesellschaftliche Eigentum nur als Eigentum einzelner Kollektive dar, und in den Ware-Geld-Beziehungen erblicken sie die entscheidende Form der ökonomischen Beziehungen zwischen diesen Kollektiven. Sie fordern, der Spontaneität der Ware-Geld-Beziehungen freien Lauf zu geben, und behaupten heuchlerisch, das würde den Sozialismus effektiver und demokratischer machen. In Wirklichkeit dienen aber die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus nur als Elemente des Systems der Planmäßigkeit der Entwicklung und der Festigung der sozialistischen Gesellschaft. Überläßt man die Ware-Geld-Beziehungen dem Selbstlauf, dann führt dies - wie die Wirtschaftspolitik von Revisionisten in der ČSSR im Jahre 1968 anschaulich zeigte - zwangsläufig zur Anarchie, zu einer spontanen Differenzierung der Einkommen, zur Verschwendung erheblicher materieller und finanzieller Mittel und zu einer Untergrabung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die schließlich mit einer Liquidierung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln enden müßte.

Während Marx voraussagte, daß im Sozialismus die Warenproduktion nicht als bestimmende Form der gesellschaftlichen Produktion existieren kann, mußte er die Frage, ob im Sozialismus noch Wertbeziehungen als Elemente des herrschen-

82 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 19 f.

den Systems der Planmäßigkeit möglich und notwendig sind, offen lassen. Für die Lösung dieses Problems fehlten ihm die praktischen Erfahrungen, und er legte sich daher auch nicht eindeutig fest. Hinterlassen hat er aber wichtige Anhaltspunkte für die weitere Untersuchung. Dazu gehört die in der "Kritik des Gothaer Programms" enthaltene Feststellung, daß im Sozialismus aufgrund des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte und der Gesamtheit der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen noch eine Verteilung der Konsumgüter nach der Arbeitsleistung erforderlich ist. An diese Voraussicht knüpfte Lenin später an, als er aufgrund praktischer Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus zu der Erkenntnis gelangte, daß sich im Sozialismus die Produzentenkollektive nicht allein über das Pflichtbewußtsein und über Anordnungen in das System der gesellschaftlichen Zusammenarbeit einordnen lassen, so daß planmäßig gestaltete Ware-Geld-Beziehungen beibehalten werden müssen, um auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ein rationelles Wirtschaften im Interesse der ganzen Gesellschaft zu gewährleisten.

Um einen Widerspruch zwischen Marx und Lenin sowie zwischen Marx und dem realen Sozialismus konstruieren zu können, wird von solchen Pseudomarxisten wie Rosdolsky und Mandel die Kontinuität in der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Auffassung über die historische Rolle der Warenproduktion gelehrt. Sie negieren die schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus, weil es ihnen um die Verleumdung des realen Sozialismus geht.

Die in das Gothaer Programm übernommenen Phrasen Lassalles über den "unverkürzten Arbeitsertrag" und die "gerechte Verteilung des Produktionsertrags" folgten aus dessen idealistischer Weltanschauung, bei der die Rechtsverhältnisse nicht aus den jeweiligen Produktionsverhältnissen abgeleitet werden, sondern als "spekulativer Begriff" des Willens die Gestaltung der Produktionsverhältnisse bestimmen.⁸³ Lassalle war unfähig, den objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, ihre bewußte Beherrschung durch die sozialistischen Produzenten sowie die daraus hervorwachsenden konkreten Rechtsverhältnisse zu begreifen.

Der Sozialismus stellt eine neue, dem Kapitalismus prinzipiell überlegene Gesellschaft dar, ist aber innerhalb der kommunistischen Gesellschaftsformation die niedere Phase, was sich notwendigerweise auch in den Rechtsverhältnissen ausdrückt. Über die Klärung dieses Sachverhaltes und die Kritik an Lassalle in der "Kritik des Gothaer Programms" schrieb später Lenin: "Marx zerschlägt die kleinbürgerliche, unklare Phrase Lassalles von 'Gleichheit' und 'Gerechtigkeit' schlechthin und zeigt dabei den Entwicklungsgang der kommunistischen Gesellschaft, die gezwungen ist, zunächst nur die 'Ungerechtigkeit' zu beseitigen, daß die Produktionsmittel von einzelnen Personen angeeignet sind, und vorerst nicht imstande ist, mit einem Schlag auch die weitere Ungerechtigkeit zu beseitigen, die in der Verteilung der Konsumtionsmittel 'nach der Arbeitsleistung' (und nicht nach den Bedürfnissen) besteht."⁸⁴

Indem Marx Lassalles Auffassung über die "gerechte Verteilung des Produktionsertrags" zerpflückte, wies er zugleich nach, daß Lassalle nicht zwischen dem Wertprodukt und dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt unterschied, das nicht einfach in Form von Konsumtionsmitteln unter die Mitglieder der sozialistischen

83 Vgl. Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1969, S. 171.

84 Lenin, W. I., Staat und Revolution, a. a. O., S. 480.

Gesellschaft aufgeteilt werden kann. Zunächst sind die verbrauchten Produktionsmittel zu ersetzen und Mittel für den Reservefonds und für die sozialistische Akkumulation bereitzustellen. Nur so ist eine ständige Erweiterung und Vervollkommnung der sozialistischen Produktion und eine immer bessere Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschenseichert. Die allseitige Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in Richtung einer immer größeren sozialen Homogenität verlangen schließlich beträchtliche Mittel für die gesellschaftliche Konsumtion, für die Bildung, die Gesunderhaltung der Menschen, für soziale Zwecke usw. Auch darauf verwies Marx bei seiner Kritik der Lassalleschen Verteilungsvorstellungen mit Nachdruck, wobei er zugleich betonte, daß gerade dieser Teil des konsumierbaren Nationaleinkommens sich mit der Entfaltung des Sozialismus schnell vergrößern wird.

Die Lassallesche Verteilungskonzeption widerlegend, stellte Marx über die sozialistische erweiterte Reproduktion wissenschaftliche Thesen von bleibender Bedeutung auf und zeigte, wie erst durch die bewußte Ausnutzung aller Vorzüge des Sozialismus der Übergang zur zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft erfolgen kann, die er in klassischer Weise wie folgt charakterisierte: "In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!"⁸⁵

Gestützt auf die Marxsche Theorie der sozialistischen Reproduktion, konnten die sozialistischen Länder die ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse ihrer Menschen immer besser befriedigen, die Persönlichkeit des Menschen und seine sozialen Beziehungen vervollkommen.

Heute gestalten sie die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Auch dafür ist Marx' "Kritik des Gothaer Programms" eine sichere Grundlage. Indem Marx nachwies, daß Sozialismus und Kommunismus als zwei Phasen einer Gesellschaftsformation nicht durch starre Grenzen voneinander getrennt sind, zugleich aber wesentliche Unterschiede aufweisen, hinterließ er den wichtigen Hinweis, daß bei der Gestaltung des reifen Sozialismus schon Elemente der künftigen kommunistischen Phase geschaffen werden müssen.

Seit der Marxschen "Kritik des Gothaer Programms" ist ein Jahrhundert vergangen. Es hat die grundlegende Bedeutung dieser Marxschen Kritik und der mit ihr verbundenen Gesellschaftsprognose mit aller Deutlichkeit gezeigt.

Nur wo die Arbeiterklasse unter dem Banner des Marxismus-Leninismus und unter Führung marxistisch-leninistischer Parteien kämpfte, gelang es ihr, Reformen mit der Lösung der Machtfrage zu ihren Gunsten zu verbinden und die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen. Es war die Partei Lenins, die, gestützt auf die Theorie von Marx und Engels und deren schöpferische Weiterentwicklung, erstmalig die Diktatur des Proletariats errichtete und den Sozialismus verwirklichte.

85 Marx, Karl, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 21.

te. Das sozialistische Weltsystem, die größte Errungenschaft der internationalen Arbeiterbewegung, entstand unter Führung marxistisch-leninistischer Parteien.

Dagegen konnte nirgendwo durch eine bloß moralische Verurteilung des Kapitalismus und eine nur sittliche Begründung des Sozialismus die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden werden. Rechte sozialdemokratische Führer, die, nach eigenen Worten einen "demokratischen Sozialismus" anstreben, sich auf ethisch-moralische "Grundwerte" berufen und den Sozialismus wie Lassalle als ein sittliches Anliegen betrachten, haben, wo sie Regierungsmacht erlangten, diese nicht genutzt und auch nicht nutzen wollen, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung grundlegend umzugestalten und Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Menschen die objektiven Gesetze ihres gesellschaftlichen Handelns beherrschen und sie in Übereinstimmung mit den Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft anwenden können. Ihre Reformprojekte wie "Mitbestimmung", "Vermögensbildung" und "staatliche Wirtschaftsregulierung" legten sie so an, daß sie zur Verlängerung der kapitalistischen Ausbeutung und zur Perfektionierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems beitrugen.

Die von Marx vorausgesagten Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft, die durch die schöpferische Politik marxistisch-leninistischer Parteien mit der KPdSU an der Spitze voll ausgeschöpft wurden, haben dazu geführt, daß heute das sozialistische Weltsystem die historische Initiative besitzt und Hauptstützpunkt aller revolutionären Strömungen der Gegenwart ist. Durch seine wachsende ökonomische und militärische Macht, durch seine Sozialpolitik, seine wissenschaftlich-technische und ideologische Entwicklung bestimmt der Sozialismus immer mehr den Gang der Ereignisse in der ganzen Welt.

Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist ein weltweiter und Jahrzehnte umfassender Prozeß. Auf die Besonderheiten, die dabei in einzelnen Ländern auftreten, näher einzugehen, war Marx bei seiner Gesellschaftsprognose aus objektiven Gründen nicht möglich. Er konnte auch keine Fristen bestimmen und nicht voraussehen, daß der Sozialismus zuerst in Ländern entstehen wird, in denen die materiellen Bedingungen den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ermöglichen, aber nicht in idealer Form gegeben sind. Gerade dieser Umstand wurde von Feinden des Sozialismus genutzt, um einen Widerspruch zwischen der Marxschen Prognose und dem realen Sozialismus zu konstruieren. Je mehr sich jedoch der Sozialismus entfaltet und seine allgemeinen Wesenszüge ausprägt, um so deutlicher ist zu erkennen, wie genial Marx die wesentlichen Seiten des Sozialismus prognostiziert hat und wie unsinnig die Behauptung ist, der reale Sozialismus habe eine Revision der Sozialismusvorstellungen von Karl Marx gebracht.

Weitere Erfolge der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner im weltweiten revolutionären Kampf erfordern eine offensive Propaganda des Marxismus-Leninismus. Die Marxsche "Kritik des Gothaer Programms" ist dabei eine unentbehrliche Waffe.

Literaturkritik

WIRTSCHAFTSTHEORIE UND WIRTSCHAFTSPRAXIS IM FASCHISTISCHEN
DEUTSCHLAND

Gedanken zu

Werner Krause, Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz. Die bürgerliche Ökonomie in Deutschland während der faschistischen Herrschaft = Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 31

Akademie-Verlag, Berlin 1969, 247 Seiten, Preis: 17,- M

von Kurt Gossweiler

Vom Januar 1933 an war die Einschätzung des faschistischen Herrschaftssystems in Deutschland und seiner sozialen Träger ein Hauptkampffeld der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Marxisten und den Verteidigern der imperialistischen Ordnung. Seit den frühen sechziger Jahren sind wir Zeugen einer behutsam und verschämt begonnenen, nunmehr aber lärmend und unverschämt betriebenen Kampagne der Aufwertung Hitlers und des "Dritten Reiches". Hatte 1963 Ernst Nolte noch vage und verschwommen davon gesprochen, daß auch der Faschismus dem Betrachter die "Fülle und Identität des Menschlichen" zu erkennen gebe und man ihm deshalb die "Sympathie" nicht versagen dürfe, "die nach der Lehre der klassischen deutschen Geschichtsschreibung eine unabdingbare Voraussetzung der Objektivität" sei¹, so stellt Joachim C. Fest auf dem Gipfel der Hitlerwelle in der BRD in seiner sowohl vom Umfang als auch vom Inhalt her monströsen Hitlerbiographie² seinen "Helden" - zwar mit Wenn und Aber, aber immerhin doch - in die Galerie der "großen Männer", auf dessen Wirken er den Ausspruch Jacob Burckhardts anwendet: "Die Geschichte liebt es bisweilen, sich auf einmal in einem Menschen zu verdichten, welchem hierauf die Welt gehorcht."³ Adolf Hitler als die Verkörperung der Geschichte - wer wagt es da noch, einen Stein auf ihn zu werfen?! Die neue Stufe der Apologie besteht also darin, daß ihr Zielobjekt nicht mehr nur die Vertreter der alten herrschenden Klasse - Wirtschaftsführer und Generale - sind, sondern der Faschismus und die faschistischen Häuptlinge mit Hitler an der Spitze selbst. "Er war weit weniger der große Widerspruch der Zeit als deren Spiegelbild."⁴

- 1 Nolte, Ernst, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 34 f.
- 2 Fest, Joachim C., Hitler, Frankfurt (Main)/(West-)Berlin/Wien 1973. - Nach Fest ist Hitler der wohl "letzte Politiker . . . , der das Gewicht der Verhältnisse und Interessen so weitgehend ignorieren konnte" (ebenda, S. 23), eine Feststellung, mit der Fest sich selbst als einen der größten Geschichtsignoranten ausweist.
- 3 Ebenda, S. 22.
- 4 Ebenda.

Um die Hitlerwelle auf der mit Hilfe der Hitler-Schwarte von Fest hochgepeitschten Höhe zu halten, erscheint in der BRD - eingeführt durch einen Reklamerummel amerikanischen Ausmaßes - seit März 1974 eine hakenkreuzgeschmückte Zeitschrift namens "Das III. Reich"⁵, die den alten und neuen Nazis erlaubt, die "große Zeit" noch einmal in Bild, Wort und Ton⁶ nachzuerleben, und die jenen, die sie nicht mehr aus eigenem Erleben kennen, einredet, daß sich "das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit bis weit in den Krieg hinein ausgesprochen wohl im Reiche Adolf Hitlers" gefühlt habe.⁷ Vorwand für die Herausgabe dieser auf zwei Jahre Erscheinungsdauer berechneten Halbmonats-Zeitschrift ist die angebliche Absicht, zu zeigen, "wie es wirklich war" und warum es möglich war. Die wirkliche Absicht - ablesbar an den bisher erschienenen Heften - zielt auf das Gegenteil, auf Fälschung der Geschichte, um die wahren Ursachen und die wesentlichen Zusammenhänge unkenntlich zu machen und zu verdecken.

Um so größer ist die Aufgabe und Verantwortung der DDR-Wissenschaftler, in umfassender Weise die Ursachen für das Aufkommen und das Wesen, die Ideologie, die Kampfformen, die inneren Entwicklungsgesetze des Faschismus, insbesondere des deutschen Faschismus, zu untersuchen und darzustellen, um mit der Waffe der Wahrheit dieser beispiellosen Kampagne der Saatbettbereitung für neuen faschistischen Ungeist in der BRD entgegenzuwirken. Dazu ist jede qualifizierte Veröffentlichung hochwillkommen, besonders, wenn sie sich mit einem bislang doch recht stiefmütterlich behandelten Gegenstand beschäftigt, wie das bei der hier zu besprechenden Arbeit von Werner Krause der Fall ist.

"Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz - hat es denn so etwas überhaupt gegeben?" Krause ist sich darüber im klaren, daß der Titel seines Buches bei vielen Lesern diese Frage provoziert. In dieser Frage steckt zum einen die auf dem Wissen um den Niedergang der bürgerlichen Wissenschaften im faschistischen Deutschland beruhende, von Krause bestätigte Vermutung von einem Tiefstand auch der Wirtschaftstheorie in Nazideutschland. Sie bringt jedoch auch - und das weist Krause ebenfalls sehr eindringlich nach - eine erhebliche Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und konkreten Entwicklungen der bürgerlichen "Nationalökonomie" in den zwölf Jahren faschistischer Diktatur zum Ausdruck. Die Ursache für diese Unkenntnis liegt vor allem in der weit verbreiteten Ansicht, eine Untersuchung der Entwicklung der Wirtschaftstheorie im faschistischen Deutschland sei wissenschaftlich unergiebig und deshalb politisch uninteressant.

Krause hat mit seiner wichtigen und durch gründliche Kenntnis der ideologiegeschichtlichen Materie ausgezeichneten Arbeit diese Ansicht widerlegt. Er will mit dieser Arbeit die Frage beantworten, "ob und wie die bürgerliche politische Ökonomie zur Zeit der faschistischen Herrschaft . . . modifiziert worden ist und ob sie sich gar, auf Grund der veränderten politischen und ökonomischen Verhältnisse, grundlegend zu wandeln vermochte" (S. 11).⁸ Es geht ihm des weiteren um die Frage, ob und wie die bürgerliche Wirtschaftstheorie als Teil des Überbaus den Veränderungen in der Basis - Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu bisher nicht erreichter Höhe - Rechnung trug (S. 75).

5 Das III. Reich, Zeitgeschehen in Wort, Bild und Ton, Hamburg.

6 Durch Schallplattenbeilagen.

7 Das III. Reich, a. a. O., Nr. 1/1974, S. 3.

8 Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Krauses Arbeit stellt eine ob ihrer profunden Sachkenntnis beeindruckende analytische Darstellung der zahlreichen nationalökonomischen Schulen und Unterschulen und ihrer Evolution unter der faschistischen Diktatur dar; sie ergibt ein Bild, in dem wir viele erwartete Züge und Farben finden - vor allem natürlich das Braun der Nazibewegung -, das jedoch, als Ganzes betrachtet, zu einer überraschenden Schlußfolgerung führt.

Natürlich überrascht es keineswegs, daß, wie Krause in den vier ersten Kapiteln nachweist, die ökonomischen Leimruten-Lösungen der Nazis aus der "Kampfzeit" (Brechung der Zinsknechtschaft, Verstaatlichung der Trusts und Konzerne und ähnliches) nicht Grundlage der faschistischen Wirtschaftspolitik wurden (S. 47 ff.); daß ferner nicht die "Wirtschaftssachverständigen" der NSDAP, wie Feder, Wagener, Hunke und andere, sondern nach wie vor die Monopolherren und ihre Vertrauensleute, wie Hugenberg, Schmitt und Schacht, den Kurs der Wirtschaftspolitik festlegten (S. 54 f.); daß es nicht gelang, an die Stelle der verwirrenden Vielzahl konkurrierender und zerstrittener "nationalökonomischer" Lehrmeinungen dem Wunsche der Naziführung entsprechend eine in sich geschlossene "völkische Lehre" zu setzen (S. 75 ff.); daß sich vielmehr der Zerfall und der Niedergang der bürgerlichen politischen Ökonomie verstärkt und beschleunigt fortsetzte, wozu nicht wenig die Verfolgung und Emigration zahlreicher ihrer namhaftesten Vertreter beitrug (S. 66).

Es mag jedoch zunächst überraschen, daß trotz alledem im faschistischen Deutschland im Grunde genommen die gleichen Strömungen und Schulen der bürgerlichen politischen Ökonomie präsent blieben wie in den anderen imperialistischen Staaten und daß zwischen ihnen lebhaftere Auseinandersetzungen geführt wurden - allerdings fernab von der breiten Öffentlichkeit und ohne erkennbare Auswirkung auf die Wirtschaftspraxis. Dies wird in den letzten drei Kapiteln gezeigt, die den gewichtigsten Teil des Buches bilden. In ihnen wird mit imponierender Detailkenntnis eine kaum überschaubare Vielzahl bürgerlicher politökonomischer Lehrmeinungen ausgebreitet und einer marxistischen Kritik unterzogen. Die damit vollbrachte Leistung verdient um so höhere Anerkennung, als Krause sich auf nur ganz wenige Vorarbeiten seitens marxistischer Autoren stützen konnte.⁹

Diese Kapitel stellen nicht nur einen gewichtigen Beitrag zur Geschichte des bürgerlichen politökonomischen Denkens dar, sondern sie ergänzen auch unser Bild vom deutschen Faschismus auf einem wesentlichen Gebiet.

Der Nachweis der ungebrochenen Kontinuität in der Entwicklung der Hauptrichtungen der bürgerlichen politischen Ökonomie in Deutschland während der faschistischen Herrschaft ist von großer grundsätzlicher Bedeutung. Die Tatsache dieser Kontinuität ist unvereinbar mit allen Theorien, die den Faschismus als eine Ordnung betrachten, die einen totalen Bruch mit der vorangegangenen Weimarer Republik bedeutet, und den faschistischen Staat als einen Staat darstellen, in dem der allmächtige Diktator sich alle Klassen unterwarf und die faschistische Doktrin in allen Bereichen des geistigen Lebens jede andere Doktrin verdrängt hat. Die Tatsache, daß auch im "Dritten Reich" die Hauptströmungen der bürgerlichen Politökonomie nicht schlechthin weiterexistierten, sondern an den Hochschulen

⁹ Zu nennen sind hier vor allem Bljumin, I. G., Die Krise der modernen politischen Ökonomie, Berlin 1962; Müller, Klaus O. W., Heinrich von Stackelberg - ein moderner bürgerlicher Ökonom, Berlin 1965; Naumann, Robert, Theorie und Praxis des Neoliberalismus, Berlin 1957; Turley, Hermann, Neoliberale Monopoltheorie und "Antimonopolismus", Berlin 1961.

gelehrt wurden und einen, wenn auch zurückgedrängten, so doch integralen Bestandteil des ideologischen Überbaus bildeten, ist Ausdruck dessen, "daß die faschistische Herrschaftsform nur eine Modifizierung der bürgerlichen Herrschaft ist, wenn auch eine sehr beträchtliche" (S. 75).

In seinem ersten Kapitel (Die NSDAP und ihre ökonomische Propaganda bis 1933) untersucht Krause die von den einschlägigen Naziführern und Nazi-"Theoretikern" verbreiteten Wirtschaftstheorien und wirtschaftspolitischen Programmpunkte, insbesondere die Federschen Auslassungen über die "Brechung der Zinsknechtschaft" und die Diskussionen vor und nach 1933 um den "Ständestaat". Die Hitlerfaschisten haben keine ernsthaften Beiträge zur ökonomischen Theorie geliefert (S. 17), ihre "Programmpunkte" waren lediglich ein Lockmittel zur Gewinnung von Massenanhängern (S. 23). Dabei hatten sie es vorrangig auf die Gewinnung von Arbeitern abgesehen - ein Umstand, der bis heute in der marxistischen Literatur nicht genügend beachtet wird, auf den jedoch jeder stößt, der sich mit den Anfängen der NSDAP beschäftigt, und den auch Krause hervorhebt, indem er feststellt, das Federsche "Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes" von 1919 müsse als Versuch gewertet werden, mit Hilfe einer pseudorevolutionären Phraseologie der marxistischen Arbeiterbewegung Konkurrenz zu machen (S. 18). Krause weist den demagogischen, den Rattenfänger-Charakter der Federschen Epistel gegen den "volkswirtschaftlichen Widersinn der kapitalistischen Idee der Rentabilität" und ähnliche Sprüche durch sorgfältige vergleichende Textanalysen nach, ebenso auch die Funktion des Antisemitismus. Mit ihm sollten "nicht nur die emotionalen Haßempfindungen der Werk tätigen von den Ausbeuterklassen schlechthin auf einen Bevölkerungsteil gelenkt werden, deren Außenseiterstellung biologisch erklärt wurde", sondern auch eine "Reserve an Sachwerten und Dienststellungen vor inländischen Befriedigung der Raubgelüste und Geltungsbedürfnisse der Parteigänger" geschaffen werden (S. 26). Blicke zu ergänzen: nicht nur der Parteigänger, sondern auch der "arische" Bourgeois, der späteren "Arisierungsgewinnler"!

Kritische Anmerkungen erscheinen mir zu zwei Punkten dieses Kapitels erforderlich.

Die erste betrifft das Verhältnis von Monopolbourgeoisie und Nazi-Partei. Krause hat natürlich recht mit der Feststellung, es wäre sehr vereinfacht zu sagen, "daß die Großbourgeoisie ohne weiteres und sofort mit fliegenden Fahnen zur NSDAP übergegangen wäre und sich Hitler sofort bedenkenlos zu ihrem Beschützer auserkoren hätte" (S. 39). Es ist jedoch ebenfalls eine Vereinfachung, zu sagen, die antikapitalistische Phraseologie solcher Leute wie Feder und Gregor Strasser hätten bei einem großen Teil der Monopolisten eine gewisse Skepsis hervorgerufen, weil sie nicht sicher waren, ob Hitler nicht doch einige der sozialen Reformen praktizieren würde, von denen seine "Wirtschaftsexperten" sprachen (S. 39). Es fehlt hier gerade das, was die wirkliche Hauptsorge eines wirklich großen Teils der Großbourgeoisie war, die Furcht nämlich, ob "die Naziführung imstande sein werde, sich im entscheidenden Moment über die umstürzlerischen Stimmungen und sozialistischen Hoffnungen ihrer Anhänger hinwegzusetzen"¹⁰ zum einen, und die Besorgnis, "die 'Desperadopolitik' eines Hitler könne so enden wie einst das Abenteuerertum eines Kapp - in mächtigen Abwehraktionen der Arbeiterklasse"¹¹ zum anderen. Furcht vor der Reaktion der in Bewegung gebrachten

¹⁰ Ruge, Wolfgang, Deutschland von 1919 bis 1933, in: Deutsche Geschichte in drei Bänden, Bd. 3, Berlin 1968, S. 119.

¹¹ Ebenda.

Massen - viel mehr als Zweifel an der Zuverlässigkeit der Naziführer - war das entscheidende Motiv für Skepsis gegenüber der Naziapartei in weiten Kreisen der Monopolbourgeoisie.

Die zweite kritische Anmerkung betrifft die Ausführungen über das "Wirtschaftliche Sofortprogramm" der NSDAP vom Sommer 1932 (S. 42 ff.). Hier folgt Krause gar zu vertrauensvoll der Darstellung von Gerhard Kroll¹² und übernimmt dadurch unbesehen auch deren Fehler. Die Hauptabteilung IV der NSDAP, deren Leiter Gregor Strasser war, gab zu den Juli-Wahlen von 1932 ein "Wirtschaftliches Sofortprogramm" heraus, das Arbeitsbeschaffung in großem Ausmaße und dadurch Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und der Krise versprach. Kroll behauptet, dieses Sofortprogramm, das von Strasser als verbindliche Richtschnur für den Wahlkampf erklärt wurde, sei eine "deutliche Absage an das offizielle Federsche Parteiprogramm" gewesen.¹³ Das ist eine pure Konstruktion. Zwischen diesen beiden Programmen bestand überhaupt kein Konkurrenzverhältnis. Das "Sofortprogramm" war nicht als Gegenprogramm zum 25-Punkte-Programm gedacht, sondern ergänzte und konkretisierte es durch ein zeitgemäßes Wahlkampfprogramm, das zugleich als Grundlage für eine insgeheim schon vorbereitete Verständigung mit den Freien Gewerkschaften (Leipart, Furtwängler) gedacht war (sogenannte "Gewerkschaftsachse" für ein in der Hauptsache von der Reichswehr getragenes Kabinett). Gottfried Feder arbeitete damals als Abteilungsleiter eng mit Gregor Strasser in dessen Hauptabteilung IV zusammen und war ganz sicher an der Ausarbeitung des Sofortprogrammes beteiligt, so wie er später 1934, als Reichssiedlungskommissar, auch die Realisierung eines der Punkte dieses Sofortprogrammes in die Hand nahm, nämlich des Punktes "Ostsiedlung und Auflockerung der Großstädte". Die Ausführung der Siedlungspläne wurde allerdings durch die Ereignisse des 30. Juni 1934 verhindert, die Strasser ums Leben und Feder um sein Amt brachten.

Kroll behauptet ferner, gerade durch das Strassersche Sofortprogramm habe die Naziapartei im Juli 1932 ihren großen Wahlerfolg erzielt.¹⁴ Tatsache ist jedoch, daß die Naziapartei bereits im Frühjahr 1932, also lange vor der Verkündung des Sofortprogrammes, bei den Präsidenten- und Landtagswahlen nahezu die gleiche Stimmenzahl erhielt wie bei den Juliwahlen (13,4 Millionen im April, 13,7 Millionen im Juli); Tatsache ist ferner, daß das Gros der Naziwähler aus städtischen und ländlichen Mittelschichten kam, denen zum großen Teil wegen ihrer Verschuldung an die Banken das Wasser bis zum Halse stand; für sie war gerade die von Kroll als bedeutungslos abgetane Losung von der "Brechung der Zinsknechtschaft" eine sehr verführerische Losung, schien sie ihnen doch den Weg zu weisen, wie dem drohenden Existenzverlust zu entgehen sei.

Im Kapitel II (Hitler an der Macht. Zur Ökonomik und Wirtschaftspolitik im "Dritten Reich") unternimmt Krause den Versuch, die Merkmale herauszuarbeiten, durch welche sich die faschistische Wirtschaftspolitik auszeichnete. Als solche behandelt er die Verstärkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die völlige Entrechtung der Arbeiterklasse, die Unterlassung von Einschränkungen der Eigentumsverhältnisse, die Errichtung eines von den Monopolen gelenkten staatlichen Regulierungsapparates und die staatsmonopolistische Rüstungswirtschaft.

12 Kroll, Gerhard, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, (West-) Berlin 1958.

13 Ebenda, S. 427.

14 Ebenda, S. 426.

Leider hat Krause auf dieses Kapitel ganz offenkundig nicht die gleiche Sorgfalt verwandt wie auf jene, die sich direkt mit den verschiedenen Strömungen der bürgerlichen politischen Ökonomie befassen. Das zeigt sich nicht nur und nicht in erster Linie an solchen relativ geringfügigen Versehen wie etwa der Bezeichnung "Generalwirtschaftsrat" statt "Generalrat der Wirtschaft" (S. 50), sondern leider auch bei der Darlegung gewichtigerer Fragen, etwa bei der Kennzeichnung der Zielstellung des Vierjahresplanes. Nach Krause bestand dessen Ziel darin, "einen neuen Weltkrieg auf die rationellste Art ökonomisch vorzubereiten" (S. 52). Abgesehen davon, daß die "Rationalität" des Vierjahresplanes von verschiedenen Monopolisten und Wirtschaftspolitikern (wie etwa Schacht) bereits damals nicht ohne Grund entschieden in Frage gestellt wurde, fehlt in dieser Erklärung gerade das, was den Vierjahresplan von den bisherigen Rüstungsanstrengungen Hitlerdeutschlands am meisten unterschied, nämlich, daß er ein Plan zur maximalen Ausnutzung der eigenen Rohstoffe im Interesse der Vorbereitung eines Krieges im Alleingang war, einer Vorbereitung also, die gegebenenfalls auch einen Krieg gegen die Westmächte ermöglichen sollte.¹⁵

Es ist auch nicht recht verständlich, weshalb der Verfasser in diesem Kapitel mit keinem Wort auf die nicht nur von marxistischen Autoren, wie Kuczynski, Eichholtz und anderen, sondern auch von bürgerlichen, wie Albert Schweitzer, Heinz Dietmar Petzina und anderen, beschriebenen Differenzen innerhalb der Monopolbourgeoisie gerade hinsichtlich des Vierjahresplanes eingegangen ist und daß er nicht die von den gleichen Autoren festgestellte außerordentlich bedeutsame Tatsache erwähnt, daß der Vierjahresplan eigentlich ein Plan der IG Farben war¹⁶, sondern daß er ihn statt dessen als Plan der Nazi-Partei darstellt, den diese gegen die bürgerlichen "renitenten Mitläufer", wie Schacht, durchgesetzt habe, nachdem sie sich fest genug im Sattel fühlte (S. 57 f.). Mit dieser Darstellung bleibt Krause leider hinter den Ergebnissen der marxistischen Forschung in der DDR zurück. Das ist um so bedauerlicher, als sich dieser Mangel unvermeidlich auch auf die Behandlung seines eigentlichen Forschungsgegenstandes, auf die Einschätzung der Entwicklung der Wirtschaftstheorie im faschistischen Deutschland, auswirken mußte; denn naturgemäß bleiben die innermonopolistischen Auseinandersetzungen über den Kurs der Wirtschaftspolitik nicht ohne Auswirkung auf die Position der bürgerlichen Ökonomen. Durch die Nichtbeachtung der innermonopolistischen Querelen läßt Krause einen wichtigen Zusammenhang zur Erklärung bestimmter Positionen der von ihm analysierten Wirtschaftstheorien unberücksichtigt.¹⁷ Insofern erfüllt dieses zweite Kapitel nicht in notwendigem Maße die Funktion, die ihm in dieser Arbeit zugekommen wäre.

- 15 Siehe Paterna, Erich, u. a., Deutschland von 1933 bis 1939, Berlin 1969, S. 221 ff.
- 16 Siehe Eichholtz, Dietrich, Monopole und Staat in Deutschland 1933 bis 1945, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917 bis 1945, Berlin 1966, S. 33 - 57 (für die Vierjahresplanproblematik die S. 38 ff.). Diese Arbeit wurde von Krause bei der Behandlung des Vierjahresplanes nicht herangezogen.
- 17 Es sei hier nur daran erinnert, welch große Bedeutung den Differenzen im Lager der Bourgeoisie und ihrer Analyse im Referat von Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Konferenz der KPD bei der Gesamteinschätzung der Situation im faschistischen Deutschland beigemessen wurde. (Vgl. Pieck, Wilhelm, Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur, Berlin 1947, S. 102 ff.)

Mit der "Gleichschaltung der Ökonomen" befaßt sich das nächste Kapitel, das interessante Einzelheiten über das Schicksal von bürgerlichen Ökonomen, Zeitschriften und Organisationen (wie zum Beispiel dem traditionsreichen und traditionsbewußten "Verein für Socialpolitik") im faschistischen Deutschland bringt. Dabei wird die Gleichschaltung meines Erachtens allerdings gar zu sehr als "die politische Repressalie ... der Hitler - Partei" (S. 59) verstanden und zu wenig gezeigt, daß und warum diese Gleichschaltung einem dringenden politischen Bedürfnis der herrschenden Kreise des Finanzkapitals nach Konzentration der politischen Macht und nach Ausschaltung jeglicher Möglichkeit eines Macht-Dualismus entsprach. 18

Das Verhalten der bürgerlichen Ökonomen den neuen braunen Herren gegenüber ist, wie Krause bemerkt, nicht pauschal zu beurteilen. Ein großer Teil unterwarf sich - sofort oder später - den Faschisten bedingungslos, darunter auch so namhafte Gelehrte wie Werner Sombart und Bernhard Harms.

Einige, wie etwa Adolf Weber, brauchten an ihrer Lehre nicht viel zu ändern, und einige wenige, wie Heinrich v. Stackelberg, gehörten schon vor 1933 zu Hitlers Gefolgschaft (S. 69 ff.).

Aber auch die Liste derjenigen, die unter der faschistischen Diktatur in irgendeiner Form zu leiden hatten, umfaßt nicht wenige Namen (S. 66)¹⁹.

Indem Krause die Beziehungen der deutschen Ökonomieprofessoren zur Wirtschaftspraxis mit jenen der englischen vergleicht, kommt er zu dem Urteil, daß das Gros der deutschen Ökonomieprofessoren nur eine sporadische Verbindung zu den wirtschaftlichen Unternehmungen hatte und sich deshalb mehr als Sachwalter der gesamten Monopolbourgeoisie fühlen durfte denn als Vertreter einzelner Monopolorganisationen (S. 61). Diese für einen großen Teil der deutschen bürgerlichen Hochschulökonomien wahrscheinlich zutreffenden Bemerkungen dürfen jedoch nicht übersehen lassen, daß gegensätzliche Auffassungen in solchen Fragen, wie etwa der Autarkie- oder der Kreditpolitik, des Umfangs der staatlichen Regulierungsmaßnahmen, des Vierjahresplanes usw., ganz gewiß Widerspiegelungen von Differenzen innerhalb der Monopolbourgeoisie darstellten und darüber hinaus sogar in diese Auseinandersetzungen selbst aktiv wirkend eingriffen und folglich eine Parteinahme für die eine oder die andere Gruppierung darstellten, eine Parteinahme, die in aller Regel nicht nur aus einer theoretischen Position, sondern aus persönlichen Kontakten (die ganz verschiedener Art sein konnten) zu ebendieser favorisierten Gruppierung herrührten. Dieser Gesichtspunkt, der am meisten für die aktivsten Spitzenkräfte Bedeutung hat, wird von Krause leider, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, in seinen Untersuchungen nicht genügend berücksichtigt.

18 In seinem Referat auf der Brüsseler Konferenz wies Wilhelm Pieck darauf hin, daß "jede nicht von ihr (der faschistischen Diktatur - K. G.) kontrollierte und geleitete Organisation sich in einen Konzentrationspunkt der Opposition verwandeln" konnte. (Ebenda, S. 105 f.)

19 Allerdings ist deren alphabetische Aufzählung nicht sehr glücklich, da auf diese Weise politische Gegner des Naziregimes und vertriebene jüdische Wissenschaftler mit Parteigängern des Faschismus, wie Opitz und Jessen, unter der gemeinsamen Rubrik "Opfer der faschistischen Barbarei" aufgezählt werden. Hier wäre eine unterscheidende Gruppierung besser am Platze gewesen.

Im Mittelpunkt des nächsten Kapitels (Auf der Suche nach der völkischen Lehre) stehen die Bemühungen bürgerlicher Wirtschaftstheoretiker oder, wie Krause formuliert, "das Wettrennen . . . um eine adäquate faschistische Wirtschaftstheorie" (S. 73). Diese Bemühungen, weit entfernt davon, zum erstrebten Ziel zu führen, offenbarten umgekehrt erst so richtig den desolaten Zustand der bürgerlichen Nationalökonomie: Zersplitterung in zahllose Schulen und Unterschulen, keine Aussicht auf Einigung weder über ihren Gegenstand noch über ihre Methode; allgemeine Forderungen nach der "Synthese" zwischen der "reinen Theorie" und dem Historismus, ohne dieser Synthese näherkommen zu können; Unmöglichkeit der Einigung darüber, welche Bedeutung die Wirtschaftstheorie für die Wirtschaftspraxis und umgekehrt spielen soll usw. Die Forderung nach der "völkischen" Lehre verschlimmert noch alles, weil sie den absolut unlösbaren Aufgaben eine weitere, autoritativ zudiktierte, hinzufügte.

An Versuchen zur Schaffung einer rassistisch begründeten "deutschen Volkswirtschaftslehre" - analog dem Versuch Lenards zur Begründung einer "deutschen Physik" - hat es nicht gefehlt (S. 86 ff.), doch mußte ihnen - ebenso wie jenem - der durchschlagende Erfolg selbstverständlich versagt bleiben. In einem Punkte allerdings wurde weitgehende Übereinstimmung erzielt - in der Ablehnung des von Max Weber begründeten Postulats der Werturteilsfreiheit. Dabei ist es jedoch außerordentlich bezeichnend, daß diese Ablehnung verbunden war mit einer positiven Würdigung Max Webers und der Feststellung, daß das Postulat der Wertfreiheit in der Vergangenheit durchaus seine Berechtigung gehabt habe (S. 94 ff.). Dies rührte aus der Tatsache her, daß Max Weber mit seinem Postulat der Werturteilsfreiheit dem gleichen Klassenziel diene wie die jetzige Ablehnung dieses Postulats - nämlich dem Kampf gegen die marxistische Politische Ökonomie und ihre Schlußfolgerungen über die historische Überlebtheit des Kapitalismus. Aber während Max Weber in einer Situation wirkte, in der es galt, der Bourgeoisie eine einigermaßen tragfähige Grundlage für die Verteidigung der bürgerlichen Ordnung gegen die ideologische und politische Offensive der revolutionären sozialistischen Bewegung zu schaffen, kam es nun darauf an, die faschistische Offensive der Gewalt gegen die revolutionäre Bewegung und gegen den fleischgewordenen Sozialismus, die Sowjetunion, ideologisch zu untermauern. Dazu taugte die Defensivwaffe der Forderung nach Enthaltung von Werturteilen nicht mehr. "Dieser extreme Antidemokratismus, die schrankenlose Diktatur eines Teils des Monopolkapitals, verlangt die völlige Unterordnung unter die politischen Leitsätze der Machthaber und beansprucht Unfehlbarkeit und die unanzweifelbare Berechtigung für ihre Entscheidungen" (S. 91). Dies ist zugleich auch die Ursache für die von Krause mehrfach festgestellte und ausführlich behandelte, jedoch gar zu einseitig auf die "Abneigung höchster Parteiführer gegen die Wissenschaft" (S. 98) zurückgeführte Geringschätzung des Ratschlages der Wirtschaftswissenschaft im "Dritten Reich". Es ist sehr bezeichnend - wird aber von Krause leider nicht zum Anlaß genommen, nach den Ursachen zu forschen -, daß die von ihm zitierten Stimmen, die vor einer Unterschätzung der Theorie warne., in den Jahren 1935 bis 1937 ertönen (S. 101 f.), in jenen Jahren also, da sich die Auseinandersetzungen um den Kurs der Wirtschaftspolitik zwischen Schacht und seinen Parteigängern auf der einen, Göring und den IG Farben (Krauch) auf der anderen Seite rasch zuspitzten. Dabei waren Schacht und die Seinen bemüht, den Nachweis zu führen - wozu sie auch theoretische Leitsätze heranzogen -, daß die Vierjahresplanpolitik der maximalen Selbstversorgung gefährlicher ökonomischer Unfug sei. Ihre politischen und militärischen Gegenspieler setzten solcherlei Warnungen ein schlagendes Argument entgegen: Wenn wir erst gesiegt haben, werden die Besiegten für alles aufkommen müssen!

Die sich auf den zweiten Waffengang um die Neuaufteilung der Welt vorbereitende deutsche imperialistische Bourgeoisie bedurfte keiner abgerundeten ökonomischen Lehre; die für sie adäquate politische Ökonomie war eine Ökonomie der maximalen Indienststellung aller wirtschaftlichen Kräfte für die raschestmögliche Kriegsvorbereitung und für den Krieg selbst sowie des Ausgleichs und der Heilung aller dadurch hervorgerufenen Spannungen, Verzerrungen und Disproportionen durch Ausraubung und Plünderung fremder Länder und Völker (S. 140). Schacht, Goerdeler und ihre Gesinnungsgenossen hatten gegen eine solche "Ökonomie" solange nichts einzuwenden, als die deutschen Aggressionsziele nur im Osten lagen; sie begannen erst dann zu warnen und Bedenken zu äußern und sich auf die "Theorie" zu berufen, als sich zeigte, daß das Gros der imperialistischen deutschen Bourgeoisie mit den IG-Farben-Leuten an der Spitze bereit war, erneut Kurs auf einen Krieg auch gegen die Westmächte zu nehmen. Diese Einwände entsprangen also in Wahrheit nicht ökonomisch-wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern politischen Erwägungen.

Mit dem Kapitel V (Das Schicksal einiger Schulen und Richtungen) gelangen wir in den Kernbereich der Arbeit. Hier spürt der Leser, daß hinter jeder Aussage ein tiefgründiges Studium und eine umfassende Kenntnis der behandelten Materie stehen.

Vorgeführt werden uns die wichtigsten Schulen und Richtungen der bürgerlichen ökonomischen Lehre und ihre Schicksale in den Jahren der faschistischen Diktatur: die Historische Schule und ihre Ausläufer; die "Gebildelehre" Gottl-Ottlienfelds und seiner Jünger; die sozialrechtliche Schule mit ihrem Altmeister Karl Diehl und schließlich die "universalistische Volkswirtschaftslehre" Othmar Spanns. Ausgespart bleiben der Keynesianismus und der Neoliberalismus, denen die folgenden Kapitel gewidmet sind.

Bei dieser Vorstellung bedient sich Krause einer Methode, die es ihm ermöglicht, auf kleinstem Raum ein abgerundetes Bild von den Hauptthesen, der Rolle und Funktion und der Wirksamkeit einer jeden von ihnen zu vermitteln. Nachdem er die Grundgedanken jeder der behandelten Schulen und Richtungen dargelegt hat, stellt er sie in das Licht der zeitgenössischen Kritik, die jede von ihnen durch die Vertreter anderer Schulen erfahren hat, um abschließend mit der Waffe der marxistischen Kritik nicht nur ihre Unwissenschaftlichkeit nachzuweisen, sondern auch aufzuzeigen, warum keine von ihnen in stande war, sich als diejenige durchzusetzen, die den aktuellen Bedürfnissen der herrschenden Klasse entsprach. Dieses Kapitel stellt über das beabsichtigte Ziel hinaus zusammen mit den beiden folgenden eine gedrängte Dogmengeschichte bürgerlicher ökonomischer Theorien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus marxistischer Sicht dar, da sich Krause bei der Behandlung der einzelnen Schulen nicht auf die Jahre 1933 bis 1945 beschränkt, sondern zurückgreift, um die sozialen und historischen Wurzeln ihres Entstehens und ihrer Entwicklung aufzuzeigen.

Es kann natürlich nicht Aufgabe dieser Besprechung sein, alle Ergebnisse zu referieren, zu denen Krause gelangt ist; doch auf einige besonders wichtige oder interessante sei kurz eingegangen.

Der Auflösungsprozeß der Historischen Schule wird von Krause als unvermeidlich nachgewiesen. Am Beispiel Sombarts lenkt er die Aufmerksamkeit auf "eine der bemerkenswertesten Erscheinungen in der Entwicklung der Historischen Schule", daß nämlich "ihr Vulgarismus und ihre idealistische, pseudotheoretische Konzeption schließlich zu einer völligen Vergewaltigung des Historismus hinführen" (S. 111), zur Aufgabe des Evolutionsgedankens, der für die Stufenlehren von Friedrich List bis Karl Bücher kennzeichnend ist.

Allen diesen Stufentheorien ist gemeinsam, daß sie das entscheidende Kriterium der ökonomischen Entwicklung, den Charakter der Produktionsverhältnisse, entweder nicht kennen oder ignorieren (S. 109). Sie wurden, wie Krause unterstreicht, nach der Herausbildung des historischen Materialismus als Gegenposition zur marxistischen Lehre von den Gesellschaftsformationen entwickelt. Seine Untersuchungen über die Ausformung der verschiedenen Varianten der Stufenlehre führen Krause zu der Schlußfolgerung, daß der Streit um die Formulierung und Interpretation dieser Lehre innerhalb der Historischen Schule nur ein Ringen um die brauchbarste Waffe gegen den historischen Materialismus darstellt (S. 109). Ein weiterer interessanter Hinweis von Krause, wonach die Thesen, welche die Historische Schule vertrat, deshalb aufgegeben wurden, weil ihre ursprüngliche Klassengrundlage - das Bündnis zwischen Junkertum und Bourgeoisie - untergraben war (S. 108), hätte allerdings noch näherer Erläuterung bedurft.

Besonderes Interesse verdienen die Ausführungen zur Frage, warum die Lehre Othmar Spanns, die doch so vieles gemeinsam hat mit der faschistischen Ideologie, im "Dritten Reich" niemals zur vollen Anerkennung gelangte, ja schließlich sogar überwiegend abgelehnt wurde. In Beantwortung dieser Frage stellt Krause den Umstand an die erste Stelle, daß die Spannsche ökonomische Lehre kein brauchbares Instrument für die Erfüllung der Erfordernisse des staatsmonopolistischen Kapitalismus dargestellt habe (S. 122). Eine Theorie, die diesen Erfordernissen entspricht, müsse eine Lehre sein, "die auf die Mittel und Wege orientiert, wie die einzelnen dem Staat zur Verfügung stehenden Faktoren angewandt werden können, die alle Schwierigkeiten meistern, die dem kapitalistischen System durch die Verschärfung der Konkurrenz, des Klassenkampfes und des Wettbewerbes mit dem sozialistischen Lager gegenüberstehen." (S. 123)

Entscheidender als dieser Grund erscheint mir für die Ablehnung der Spannschen Lehre jedoch der zweite von Krause angeführte Punkt, die Tatsache nämlich, daß diese Lehre durchaus nicht in allen Grundzügen der nationalsozialistischen Propaganda (hinzuzufügen wäre: und den Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie) entsprach. Das trifft vor allem auf ihren "Universalismus" zu, der schlechterdings unvereinbar war mit dem Hegemonialanspruch des deutschen Imperialismus und seiner spezifischen Ausprägung in der faschistischen Rassenlehre; und das betrifft zum anderen die Spannsche Ständestaatslehre, die an dem in der katholischen Kirche entwickelten Ständegedanken orientiert war. Nimmt man alles, was Krause an Divergenzen zwischen nazistischer und Spannscher ökonomischer Lehre feststellt, zusammen, dann wird man sagen dürfen, daß die Lehre Spanns maßgeschneidert war für den österreichischen Faschismus, das heißt für den Klerikalfaschismus eines kleinen Landes, und daß sie deshalb für die Bedürfnisse des deutschen Imperialismus nicht taugte, da sie nicht genügend "völkisch", nicht genügend "volksgemeinschaftlich" und nicht genügend aggressiv war.

Der letzte Teil dieses Kapitels beschäftigt sich mit dem Problem der Stellung der bürgerlichen politischen Ökonomie zur Wertkategorie. Aus den Ausführungen von Krause wird das Dilemma der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft deutlich: Einerseits kann die Monopolbourgeoisie auf das Erkennen wirtschaftlicher Zusammenhänge um so weniger verzichten, je mehr ihr Staat gezwungen ist, in den Wirtschaftsablauf regulierend einzugreifen; zum anderen muß sie die Verbreitung von Einsichten in Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft um so mehr fürchten, je mehr der Sozialismus erstarkt und die antagonistischen Widersprüche des Kapitalismus offenbar werden. Sie muß deshalb bestrebt sein, jeden Ansatz, der auch nur in die Nähe der Arbeitswerttheorie führen könnte, zu verhindern. Daher die Bestrebungen, von jeglicher Lehre loszukommen, die dem Wert eine objekti-

ve Existenz zuspricht, ohne jedoch auf die Wertkategorie völlig zu verzichten, da ohne sie eine praxisbezogene ökonomische Lehre unmöglich ist; Bestrebungen, die folgerichtig und zwangsläufig zur subjektiven Wertlehre führten, also zu den verschiedenen Varianten der Gebrauchswertlehre und von da zur Grenznutzenschule, die "die Methode der absoluten Quantifizierung zum System erhoben (hat) und sie mit der Methode der ahistorischen Psychologisierung verknüpft." (S. 131) Krause weist darauf hin, daß es nicht angeht, die Grenznutzenschule mit allen ähnlichen abstrakt-theoretischen Lehren, etwa der mathematischen Richtung, zu identifizieren. (Allerdings reichen seine Darlegungen für einen Laienleser noch nicht aus, um sich in dem Gewirr von Schulen- und Richtungsbezeichnungen - "deutsche Gebrauchswertschule", "österreichische Schule", "Grenznutzenschule", "reine ökonomische Theorie", "mathematische Richtung", "Vulgärökonomien Lausanner Prägung", "formale Theorie" - zurechtzufinden. Eine ausführlichere Erläuterung wäre hier am Platze gewesen.)

Im Zusammenhang mit diesen Richtungen äußert Krause wichtige Gedanken zum Wert oder Unwert der Benutzung von Modellen und Schemata und zur Mathematisierung der Ökonomie (S. 132 f.).

Die Behandlung der Ansichten einiger Verteidiger der "formalen Theorie" - Vleugels, Helander, Stackelberg - leitet zum nächsten Kapitel über (Die 'gelenkte Wirtschaft' und die ökonomische Theorie), das im wesentlichen der mathematischen Richtung und ihren damaligen Hauptvertretern in Deutschland, Hans Peter und Heinrich v. Stackelberg, sowie der Wirkung der Lehre John Maynard Keynes in Deutschland gewidmet ist.

Bevor er sich damit beschäftigt, gibt Krause einen Überblick über die verschiedenen publizistischen Versuche, die faschistische Wirtschaftspolitik der "gelenkten Wirtschaft" zu einem neuen Wirtschaftssystem zu erklären, das die Gebrechen des liberalistischen Systems überwunden hat und zugleich am Grundsatz des Privateigentums festhält und somit eine neue Epoche sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung einleitet (S. 139 ff.). (Hier und bei ähnlichen Gelegenheiten wünschte sich der Leser allerdings, daß Krause ihm die vorgeführten Autoren nicht nur mit ihren Namen, sondern auch mit ihrer beruflichen und politischen Position vorstellte, da es sonst unmöglich ist, das Gewicht ihrer Beiträge zur damaligen Diskussion einzuschätzen.)

Die mathematische Schule war nach Krause am ehesten imstande, der Wirtschaftsführung einige Instrumentarien in die Hand zu geben (S. 145). Der Übergang zur Vierjahresplanpolitik machte eine genaue Übersicht über die zur Verfügung stehenden Potentiale und Ressourcen notwendig. Damit stieg die Wirtschaftsmathematik hoch im Kurs.

Am 18. Januar 1936 durfte die etwa ein Jahr früher gegründete "Gemeinschaft von Förderern der mathematischen Wirtschafts- und Sozialforschung" ihre erste Tagung abhalten, sogar unter der Schirmherrschaft des Nazi-Ministerpräsidenten von Braunschweig, Klagges (S. 147). Dessen Ansprache war geeignet, bei den Anhängern der mathematischen Methode die Illusion hervorzurufen, der große Durchbruch zur vollen Anerkennung ihrer Schule sei nun erfolgt, hatte doch Klagges lauthals erklärt: "Der Nationalsozialismus erwartet von der Wirtschaftswissenschaft nicht mehr und nicht weniger wie (!) die Schaffung einer wirklichen Volkswirtschaftslehre und die Durchführung einer ernstzunehmenden volkswirtschaftlichen Forschung. Beide sollen uns die Grundlage schaffen für die so dringend notwendige volkswirtschaftliche Rechnung, die eines der wesentlichsten neuen Momente in der nationalsozialistischen Wirtschaftspraxis darstellt." (S. 147)

Aber bereits ein Jahr später, auf der zweiten Tagung der Fördergemeinschaft im April 1937 klang es ganz anders. Man mußte sich gegen eine breite und, was schlimmer war, bis in die Partei- und Regierungsspitze reichende Ansicht zur Wehr setzen, die jede mathematische Behandlung wirtschaftlicher Vorgänge für abwegig hielt. Keine Rede mehr von der Schaffung einer wirklichen Volkswirtschaftslehre und ernstzunehmender volkswirtschaftlicher Forschung. Zwischen der ersten und der zweiten Tagung lag Hitlers "Schimpfkanonade vom 30. Januar 1937 auf die ökonomische Lehre" (S. 98) (die übrigens, was Krause nicht erwähnt, die Antwort auf die Warnungen Schachts vor den katastrophalen Folgen der Vierjahresplanpolitik war). Der Wirtschaftswissenschaft wurde nunmehr die Rolle zugebilligt, für die von der politischen Führung festgelegten wirtschaftspolitischen Ziele die notwendigen Berechnungen anzustellen und die erforderlichen Daten zu liefern. Folglich wurde auf der zweiten Tagung der Fördergemeinschaft in dem Referat zum zentralen Thema "Wirtschaft und Mathematik" die Anwendung der Mathematik ausdrücklich auf die Wirtschaftspraxis beschränkt (Versicherungswirtschaft, Statistik usw.) (S. 148). Für die Situation kennzeichnend ist es, daß das Organ der Fördergemeinschaft, das erst 1935 gegründete "Archiv für mathematische Wirtschafts- und Sozialforschung", sein Erscheinen bereits nach wenigen Jahren wieder einstellen mußte (S. 149). Angesichts dieses außerordentlich ungünstigen Klimas für die mathematische Richtung im faschistischen Deutschland erscheint es paradox, daß es gerade ein Vertreter dieser Schule war, der mit seinen Arbeiten das internationale Niveau der bürgerlichen politischen Ökonomie erreichte und es sogar mitbestimmte (in der Marktformenlehre und in der bürgerlichen Kreislauftheorie) (S. 151), und daß dieser Mann, Heinrich v. Stackelberg, von allen namhaften Ökonomen in Deutschland am engsten mit der NSDAP liiert war: Nazi seit mindestens 1931, Mitglied der NSDAP und der SS! Aber gerade seine faschistische Zuverlässigkeit verschaffte ihm die erforderliche Bewegungsfreiheit auf seinem wissenschaftlichen Spezialgebiet, die einem Hans Peter, dessen wissenschaftliche Leistung Krause als derjenigen von Stackelberg ebenbürtig bewertet, nicht gewährt wurde (S. 149 ff.).

Nach der ausführlichen und instruktiven Darstellung der Beiträge von Peter und Stackelberg zur bürgerlichen Nationalökonomie, insbesondere zur Kreislauftheorie, geht Krause zu der Frage über, welches Echo der damals international am meisten im Gespräch befindliche bürgerliche Ökonom, John Maynard Keynes, in Deutschland gefunden hat. Er greift dabei die in der Literatur umstrittene Frage auf, ob die Rüstungspolitik des faschistischen Deutschlands der Theorie von Keynes entsprochen habe - eine Ansicht, die vor allem von marxistischen Autoren vertreten wird (Krause läßt als Befürworter dieser Ansicht den DDR-Ökonomen Karl-Heinz Schwank zu Worte kommen) - oder nicht entsprochen habe. Krause selbst neigt der Ansicht jener Autoren zu - von denen er ausführlich den bürgerlichen Ökonomen René Erbe zitiert -, die die Übereinstimmung der faschistischen Wirtschaftspolitik mit der Theorie von Keynes entschieden bestreiten (S. 160 ff.); außer auf die keineswegs überzeugenden Argumente von Erbe beruft sich Krause darauf, daß die Keynesische Lehre von den Ökonomen im faschistischen Deutschland weitgehend abgelehnt worden sei und dort auch nicht den richtigen Nährboden gefunden habe (S. 163 ff.).²⁰ Die Kennzeichnung des Keynesianismus, wie sie

20 Denkt man an Männer wie Ernst Wagemann und Otto Donner, dann erscheint eine solche Einschätzung zumindest problematisch. Man berief sich im faschistischen Deutschland zwar nicht gerne auf Keynes (schon gar nicht, nachdem man sich mit England im Kriege befand, vgl. etwa Wagemann, Ernst, Wo

von Herbert Meißner im "Ökonomischen Lexikon" gegeben wird²¹, spricht aber viel eher für die tatsächliche Übereinstimmung von faschistischer Rüstungspolitik und Keynesischer Lehre im Grundsätzlichen, eine Übereinstimmung, deren Möglichkeit sogar von Keynes selbst im Vorwort zur deutschen Ausgabe seiner "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" ausdrücklich bejaht wurde, indem er davon sprach, seine Theorie der Produktion als Ganzes könne viel leichter den Bedingungen eines totalen Staates angepaßt werden, als die Theorie einer Produktion unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs (S. 160). Auf jeden Fall bedarf die Frage des Verhältnisses der Wirtschaftspolitik des Faschismus zur Lehre von Keynes noch zusätzlicher Untersuchungen und einer Verständigung darüber, was eigentlich den Kern der Keynesischen Lehre ausmacht.

Das letzte Kapitel seines Buches widmet Krause jener Schule, die auch historisch den Übergang zur Nachkriegszeit vermittelte, dem Neoliberalismus und seinem wichtigsten deutschen Vertreter, Walter Eucken. Er stellt dabei klar, daß der Neoliberalismus als jene Richtung der bürgerlichen Ökonomie, "die die freie Konkurrenz mit Hilfe des Staates durchsetzen will und die als theoretisches Rüstzeug die Lehre von den Ordnungstypen oder den Marktformen verwendet" (S. 178), nicht als lineare Fortführung des Liberalismus betrachtet werden darf und daß er inhaltlich auch nicht mit dem übereinstimmt, was bereits in den zwanziger Jahren mit dem Namen "Neoliberalismus" bezeichnet wurde.

In der Entwicklung des Neoliberalismus stellt Krause drei Etappen heraus, die durch die Jahre 1932, 1936/37 und 1945/46 gekennzeichnet sind (S. 182). (Es wäre übrigens interessant gewesen, zu erfahren, seit wann die Freiburger Schule und die anderen Pflanzschulen des Neoliberalismus diesen Namen erhielten bzw. annahmen, ob sie ihn zum Beispiel auch in den "braunen" Jahren trugen.) Die "Freiburger Schule" wurde in den Jahren der Weltwirtschaftskrise von jenen Ökonomen und Wirtschaftspolitikern gebildet, die sich zusammenfanden, "um gegen den erfolglosen Interventionismus zu polemisieren" (S. 183). Ihre damaligen Hauptsprecher waren Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Walter Eucken. In den Jahren des Faschismus traten die Freiburger erst 1936/37 mit einer Schriftenreihe "Ordnung der Wirtschaft" an die Öffentlichkeit, von der allerdings nur vier Hefte erschienen (S. 189 ff.). Leider fehlt auch hier die Fragestellung, ob und wie die Aktivierung der Freiburger Schule mit den gerade zu diesem Zeitpunkt besonders zugespitzten Auseinandersetzungen im "Dritten Reich" um den wirtschaftspolitischen Kurs zusammenhängt. Die Auseinandersetzungen führten Ende 1937/Anfang 1938 zu einer der wichtigsten Weichenstellungen in der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik Hitlerdeutschlands vor dem zweiten Weltkrieg. Daß

kommt das viele Geld her?, Düsseldorf (1940), S. 80 ff.), begründete aber die faschistische Finanzpolitik ganz im Keynesischen Sinne.

- 21 "Die Produktionsmittelnachfrage soll dadurch stimuliert werden, daß die umlaufende Geldmenge erhöht, dadurch das Angebot von Leihkapital gesteigert, der Zinsfuß gesenkt und die Produktionserweiterung durch Aufnahme von Krediten attraktiv gemacht wird. Außerdem soll der Staat durch öffentliche Investitionen für unproduktive Zwecke, insbesondere für die Rüstung, den Reproduktionsprozeß in Gang halten. Aber sowohl die Erhöhung der umlaufenden Geldmenge als auch die Finanzierung staatlicher Investitionen durch Geldemissionen bringen unvermeidlich eine Inflation mit sich." (Ökonomisches Lexikon, A - K, 2. Aufl. Berlin 1970, S. 1061, Stichwort "Keynesianismus" (v. H. Meißner.))

Krause die Auswirkungen dieser Auseinandersetzungen auf die wirtschaftstheoretischen Richtungskämpfe nicht in seine Untersuchung einbezogen hat, macht meines Erachtens die Hauptschwäche seines Buches aus.

Die wirtschaftspolitische Konzeption der Freiburger Schule erhielt ihre theoretische Fundierung im Jahre 1940 durch Walter Euckens Buch "Die Grundlagen der Nationalökonomie" (S. 193). In diesem Buch entwickelt er die Lehre von den "Wirtschaftsordnungen", als deren hauptsächlich er die "Verkehrs- oder Markt-wirtschaft", die anzustreben sei, und die durch einen zentralen Plan gelenkte "Verwaltungs- oder Planwirtschaft", die strikter Ablehnung verfällt, herausarbeitet. Diese Konzeption paßte sich vor allem wegen ihres Antikommunismus durchaus in das ideologische Spektrum des "Dritten Reiches" ein.

Krause legt dar, wie Eucken unter Rückgriff auf die von Max Weber entwickelte Methodologie - allerdings vergeblich - bemüht ist, der bürgerlichen politischen Ökonomie mit diesem Buch aus ihrer Krise herauszuhelfen (S. 193 ff.), wie er dabei die Weberschen Anregungen vulgarisierend verwendet und eine wissenschaftlich verbrämte Grundlage zur Verteidigung und Propagierung der sogenannten "freien Marktwirtschaft" liefert (S. 196). Krause weist darauf hin, daß Anfang der vierziger Jahre sich auch eng mit der Nazi-Partei verbundene Ökonomen, wie v. Stackelberg, der Freiburger Schule anschlossen.²² Es geht aus seiner Darstellung allerdings nicht hervor, ob die Veröffentlichungen der Freiburger in diesen Jahren, wie etwa Euckens Artikel "Der Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung" von 1942 bereits im Hinblick auf die erwartete Niederlage oder aber im Hinblick auf die künftige Wirtschaftsordnung nach einem erwarteten Sieg Deutschlands geschrieben wurden. Unerörtert bleibt auch die Position der Freiburger zwischen 1937 und 1940, also ihre Stellungnahme zur Okkupation Österreichs, der ČSR sowie zur Entfesselung des Krieges.

22 Zu denen, die sich erst "unter dem Eindruck der Kriegsergebnisse ... zu mausern suchten", zählt Krause auch Jens Jessen. Jessens kritische Stellungnahme zur Wirtschafts- und Finanzpolitik des "Dritten Reiches" begann aber sicherlich früher; so gab er beispielsweise in einem Seminar an der Berliner Universität, an dem auch der Rezensent teilnahm, am 23. Juni 1938 zur nicht geringen Verblüffung seiner Zuhörer Sätze wie die folgenden von sich: "Es läßt sich sehr leicht in der Zeitung schreiben, daß sich nur alte Tantzen den Kopf darüber zerbrechen, wo das Geld für die Aufrüstung hergenommen werden solle. (Das war eine Anspielung auf verschiedene Artikel, die der Nazi-wirtschaftsjournalist Nonnenbruch im Völkischen Beobachter veröffentlicht hatte - K. G.) Ich kenne aber einen Finanzminister, der nachts nicht mehr schlafen kann bei dem Gedanken an die Höhe der Staatsschulden." "Es ist eine Tatsache, daß der Bestand an Mefo-Wechsel den Goldbestand der Reichsbank um ein Vielfaches übersteigt." "Man hat die Preiserhöhung recht geschickt dadurch verschleiert, daß man die Qualität der Waren minderte. Das hat aber den schweren Nachteil, daß der Arbeitsaufwand pro Stück stark gestiegen ist, da ein Anzug, der nur noch die Hälfte des vorherigen Wertes ist, dennoch dieselbe Arbeitsleistung erfordert. Auf diese Weise geht der Volkswirtschaft wertvolle Arbeit verloren." "Es ist errechnet worden, daß, wenn unser zusätzlicher Rüstungsbedarf gedeckt sein wird, die laufenden Ausgaben für die Rüstungen ebensoviel beitragen werden, wie die gesamten Staatsausgaben 1933. Es war bisher immer so, daß diese Rüstungsvorräte das Bestreben zeigten, eines Tages wirksam zu werden." "Ein Flugzeug muß innerhalb zweier Jahre abgeschrieben sein, da es nach zwei Jahren technisch überholt

Krause nimmt zu dem Meinungsstreit zwischen marxistischen Wissenschaftlern über die Klassennatur des Neoliberalismus Stellung, wobei er sich für jene entscheidet, die mit Helga Nussbaum die Ansicht vertreten, der Neoliberalismus sei Ausdruck der ökonomischen Interessen einer bestimmten mittleren Schicht des Bürgertums, das zwar antimonopolistisch gestimmt, jedoch unfähig sei, dieser Stimmung konsequenten Ausdruck zu verleihen, woraus zu erklären sei, daß der Neoliberalismus sowohl für als auch gegen das Monopolkapital ausgenutzt werden könne (S. 179 f.).

Wenngleich der Argumentation von Krause gegen Otto Rühle, Robert Naumann und Hermann Turley, die im Neoliberalismus nur eine ideologische Waffe zur Verteidigung der Monopolherrschaft sehen, in Einzelfragen zuzustimmen ist (S. 141, 187), scheint mir die von ihm geteilte Auffassung vom Neoliberalismus als dem theoretischen Ausdruck der Interessen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie zu einseitig. Sie wird jedenfalls durch die Leseproben, die Krause von verschiedenen prominenten Neoliberalen gibt, nicht bestätigt (S. 182 f.). Die von ihm zitierten Äußerungen Alexander Rüstows zum Beispiel stimmen inhaltlich exakt mit zahlreichen Äußerungen der Leiter jener Ruhrkonzerne überein, die aus Konkurrenzgründen gegen die staatliche Rettung des vor dem Zusammenbruch stehenden Riesenkonzerns der Vereinigten Stahlwerke protestierten.²³

ist. Der Verlust der Luftwaffe beträgt im Durchschnitt ein Flugzeug täglich. "Es ist nun einmal so, daß wir aus dem friedlichen Heute in ein Morgen gehen, das wir nicht kennen, und wir müssen uns darüber klar sein, daß wir ganz allein stehen. Wir haben trotz Italien und Japan auf der ganzen Welt keinen einzigen Freund." (Alle Zitate aus meinen Seminaufzeichnungen.) Von unseren heutigen Kenntnissen her sprechen diese Äußerungen Jessens dafür, daß er bereits damals seinen Auffassungen nach der Linie des als Wirtschaftsminister abgesetzten Hjalmar Schacht folgte.

- 23 Rüstows Ansicht gibt Krause wie folgt wieder (S. 183): "Man dürfe weder dem Laissez-faire-Standpunkt huldigen noch den regellosen Interventionismus weitertreiben, sondern müsse "in Richtung der Marktgesetze", "zur Beschleunigung des natürlichen Ablaufs" tätig werden (Rüstow auf einer Tagung des Vereins für Sozialpolitik Ende September 1932). Zum Vergleich dazu ein Zitat aus einem Artikel des Generaldirektors des Hanielkonzerns, Paul Reusch, zur Rettung des Stahlverein-Konzerns durch die Reichsregierung (in Gestalt der Übernahme der Aktienmehrheit durch das Reich) in der "Kölnischen Zeitung" v. 5. 7. 1932: "... In der deutschen Industrie (herrscht) Einmütigkeit darüber, daß die freie Wirtschaft bis aufs letzte verteidigt werden muß ... Das schließt nicht aus, daß der Staat auf einzelnen Gebieten, wo das Interesse der Allgemeinheit vorherrscht, sich wirtschaftlich betätigt. Auswüchse in der Wirtschaft müssen vom Staat selbstverständlich bekämpft und unterdrückt werden." Der Grundsatz des unbedingten Festhaltens an der Privatwirtschaft "steht höher als das Interesse ... eines einzelnen Unternehmens. Ob das Durchhalten dieses Grundsatzes Störungen in dem einen oder anderen Unternehmerbereich mit sich bringt, ist nebensächlicher Art." Im Klartext hieß das: Wenn die Vereinigten Stahlwerke nicht mehr anders als durch Erwerb der Aktienmehrheit durch das Reich zu retten waren, dann hätte man sie eben ihrem Schicksal überlassen müssen. Dies ist waschechter "Neoliberalismus".

Die von Krause zitierten Äußerungen Röpkes enthalten überhaupt keine Kritik an den Monopolen, sondern wenden sich gegen die staatlichen Restriktionsmaßnahmen auf dem Gebiet des Außenhandels, gegen Devisenbewirtschaftung, Autarkiebestrebungen und dergleichen (S. 183). Seine Forderungen sind keineswegs typischer Ausdruck der ökonomischen Interessen einer mittleren Schicht des Bürgertums, sondern vor allem der exportorientierten Großunternehmen. Ergänzen wir die von Krause angeführten Auslassungen Röpkes durch dessen Feststellung, die drei gefährlichsten Monopole unserer modernen Gesellschaft seien die Gewerkschaften (!), die zentralisierten Mammutgenossenschaften (!) und die "öffentlichen Monopole"²⁴, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, daß zumindest dieser führende Neoliberale kein Gegner der kapitalistischen Monopole war - sonst hätte er sie in seiner Aufzählung der "gefährlichsten Monopole" nicht so sorgfältig ausgespart; Röpke erweist sich vielmehr als ein "Pionier" der heute in der imperialistischen Welt allgemein üblichen Taktik der Monopolapologie, die Erbitterung der Massen über die Allmacht und die ausbeuterischen Praktiken der Monopole gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung, vor allem gegen die Gewerkschaften, zu lenken.

Auch die von Krause zitierten Äußerungen Euckens, in denen die "Verbeamtung" der Unternehmerschaft in den Großbetrieben beklagt wird (S. 183 f.), machen nur deutlich, daß Eucken erstens mit seiner Kritik an den Monopolen vor allem auf die Montan- und Schwerindustrie zielt (S. 184), daß er zweitens als die entscheidende Gefahr für die Entwicklung des Kapitalismus ausdrücklich nicht die Monopolisierung und die aus ihr hervorragende "Verbürokratisierung des Unternehmertums" betrachtet (S. 184), sondern "die staatlich-gesellschaftliche Organisation", die Verflechtung der Wirtschaft mit dem Staat, die Unterhöhlung der Selbstständigkeit der staatlichen Willensbildung durch den Willen von nicht näher bezeichneten Interessenten (S. 184), zu denen aber natürlich bei ihm wie bei allen Neoliberalen auch (wenn nicht sogar in erster Linie) die Gewerkschaften gehören, deren Einfluß auf die "staatliche Willensbildung" vor allem auszuschalten ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich die Kritik der Freiburger Schule in der Weltwirtschaftskrise in Übereinstimmung mit breiten Kreisen der Monopolbourgeoisie nicht gegen Staatsintervention überhaupt, sondern gegen die von Brüning praktizierte Politik der Subventionierung bankrotter Banken, Industriekonzerne und Junkergüter und gegen dessen Deflationspolitik richtet, die die Krise nicht gemildert, sondern verschärft haben.

Anstelle dieser das Fallende stützenden Staatsinterventionen fordern sie eine in der Richtung der freien Konkurrenz wirkende, also das Fallende noch schneller zu Fall bringende und die "Starken" fördernde staatliche Einwirkung auf die Wirtschaft.

Von allen neoliberalen Autoren, die Krause zitiert, trifft nur auf einen einzigen die Charakteristik zu, die Krause der ganzen Richtung verleihen möchte, auf F. Böhm; seine Äußerungen sind eindeutig gegen die Monopole gerichtet (S. 185). Bezeichnenderweise gehört Böhm jedoch nicht zu den führenden Köpfen der Neoliberalen.

²⁴ Zit. nach Riedel, Hannelore/Stollberg, Rudhard, Einige Bemerkungen zur Charakteristik des Schweizer Ökonomen Wilhelm Röpke, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, Nr. 19/1956, S. 1564.

All dies spricht dafür, daß man sich bei der Kennzeichnung des Neoliberalismus vor jeder Einseitigkeit hüten muß. Im Neoliberalismus flossen verschiedene Interessenströme zusammen, echte antimonopolistische, deren Träger Vertreter der nichtmonopolistischen Bourgeoisie waren; aber auch nur scheinbar antimonopolistische, hinter denen in Wahrheit monopolistische Konkurrenzinteressen standen; und sogar solche, die die antimonopolistische Losung aus reiner Demagogie benutzten, um dadurch um so sicherer die Geschäfte des Monopolkapitals betreiben zu können. Dies letztere trifft vor allem für die Nachkriegszeit in Westdeutschland zu. (Ohne diese in die Untersuchung einzubeziehen, ist eine saubere Analyse des Neoliberalismus ohnehin nicht möglich.) Eine gründliche Analyse des Neoliberalismus müßte diese unterschiedlichen Elemente untersuchen und bestimmen, welches von ihnen wann das dominierende Element war. Diese Aufgabe bleibt auch nach der Arbeit von Krause noch zu lösen.

Die hier gegebene Besprechung hat hoffentlich deutlich gemacht, daß trotz aller kritischen Bemerkungen, die vor allem vom Standpunkt des Historikers zur Arbeit von Krause zu machen sind, es sich um eine Pionierarbeit zu einer sehr wichtigen, nichtsdestoweniger bei uns bisher vernachlässigten Thematik handelt. Krause versteht es, eine Fülle wichtiger theoretischer und methodologischer Probleme komprimiert, anschaulich und gedankenreich abzuhandeln. Mit ihren schwächeren Seiten führt die Arbeit recht deutlich die Notwendigkeit der so oft geforderten, aber noch sowenig praktizierten interdisziplinären Zusammenarbeit vor Augen, im gegebenen Falle also die Notwendigkeit der engeren Zusammenarbeit von Ökonomen, Wirtschaftshistorikern und Historikern. Dennoch: Wer immer über Probleme des Faschismus im allgemeinen, des deutschen Faschismus im besonderen arbeitet, wird diese Studie mit ebensoviel Gewinn lesen wie der speziell an der Geschichte der bürgerlichen Wirtschaftstheorien Interessierte.

STAATSUNTERNEHMEN UND STAATLICHES SCHLICHTUNGSWESEN IN DER WEIMARER REPUBLIK

Bemerkungen zu

Hans-Joachim Winkler, Preußen als Unternehmer 1923 - 1932.

Staatliche Unternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba = Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 17

Walter de Gruyter u. Co., Berlin 1965, 223 Seiten

Hans-Hermann Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918 - 1933.

Die Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik = Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 23

Walter de Gruyter u. Co., Berlin 1967, 488 Seiten

von Manfred Nussbaum

Immer deutlicher bildet die verstärkte Rolle des bürgerlichen Staates im 20. Jahrhundert einen Schwerpunkt wirtschaftshistorischer Forschung. Ergebnis der Untersuchung wichtiger Teilfragen dazu sind die zwei Bände, welche Anlaß zu den vorliegenden Bemerkungen geben. Die Arbeit von Winkler ist schon deshalb interessant, weil der preußische Staat in der behandelten Periode zu den größten industriellen Unternehmern Deutschlands zählte und zum Beispiel die drei staatlichen Unternehmen Preussag, Bergag und Hibernia im Jahre 1932 mehr als 10 Prozent der gesamten Steinkohle Deutschlands förderten. Wenn der Verfasser auch, was man bedauern muß, seine Untersuchung auf die genannten drei Unternehmen beschränkte und die ebenfalls wichtige Preußen-Elektra aus seinen Betrachtungen ausklammerte, lassen sich doch wichtige Erkenntnisse über die staatlichen Betriebe und Unternehmen gewinnen.

Zwar liegt mit der Arbeit von Winkler keineswegs eine umfassende Untersuchung der Rolle und Bedeutung der genannten Staatsunternehmen vor; der Autor beschränkt sich auf Fragen, deren Umkreis er mit dem Untertitel seines Buches zu umreißen sucht. Trotzdem ergibt sich nützliche Erkenntnis über das Funktionieren staatlicher Unternehmen unter monopolkapitalistischen Bedingungen, die einen zusätzlichen aktuellen Wert deswegen besitzt, weil nach dem zweiten Weltkrieg der Anteil des staatlichen Sektors im allgemeinen in den imperialistischen Ländern erheblich zugenommen hat.

Die staatlichen Betriebe Preußens in der Grundstoffindustrie, von denen einige schon zweihundert Jahre bestanden, wurden einige Jahre nach dem ersten Weltkrieg neu organisiert und in Staatsunternehmen mit der rechtlichen Form von Ak-

tiengesellschaften umgewandelt. Dies hatte erhebliche Konsequenzen für die Leitung der Unternehmen und Betriebe, ihre Zielstellung und die staatlichen bzw. parlamentarischen Aufsichtsrechte. Dabei bildeten sich recht komplizierte Beziehungen und Funktionen heraus, deren Beschreibung und Erörterung sich Winkler zur Aufgabe gemacht hat. Welche Einflüsse und Wirkungen formierten die Unternehmenspolitik, welche Rolle übernahmen die Staatsunternehmen im Rahmen der Gesamtpolitik des Staates, bzw. in welchem Verhältnis standen sie zur Wirtschafts- und Sozialpolitik - das sind die wichtigsten, auch uns interessierenden Fragen. Allerdings kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es in dieser Beziehung noch mehr Fakten und Probleme geben könnte - deren Untersuchung weitere Aufschlüsse liefern würde -, als der Autor auf den Tisch legt. Es fällt auf, daß, neben der Auswertung schriftlicher Materialien, der Verfasser die an sich begrüßenswerte Methode der Befragung noch lebender leitender Manager von Staatsunternehmen angewendet hat, wobei er aber deren Ansichten ohne Kommentar wiedergibt und übernimmt. Diese Zeugen berichten zwar manches Interessante und einiges Uninteressante, wie zum Beispiel, daß die Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat das stillschweigend zugestandene Recht wahrgenommen hätten, nach der Sitzung die Zigarrenkisten zu leeren, aber was man auf den "informellen Besprechungen" im kleinen Kreis beriet, wird kaum verraten.¹

Wir erfahren auch, daß man nach den Aufsichtsratssitzungen gemeinsam im "Club von Berlin" in der Jägerstraße zu essen pflegte, wobei "Politiker, Bankiers und sonstige am Schicksal der Preussag Interessierte zugegen waren" (S. 99)². Jedoch "die Bedeutung derartiger Zusammenkünfte ist nicht rekonstruierbar", meint der Autor (ebenda). Trotzdem: Es läßt sich Nutzen aus der Arbeit vor allem für eine Analyse der Rolle der Staatsbetriebe im System der monopolkapitalistischen Wirtschaft ziehen. Wie einerseits die Aufgabe, einen Gewinn zu erwirtschaften, herausgestellt und benutzt wurde, eine der Monopolbourgeoisie unbequeme "politische" Aufgabenstellung der Staatsbetriebe im Sinne fortschrittlicher Maßnahmen für die darin Arbeitenden zu unterbinden, die unter Umständen auf die Situation in den privatmonopolistischen Betrieben zurückgewirkt hätten, während gleichzeitig die Leitung der staatlichen Unternehmen zur Domäne konservativer Kräfte wurde, ist recht aufschlußreich. 1922 zum Beispiel wehrte sich die Leitung der Hibernia in einem über mehrere arbeitsrechtliche Instanzen geführten Prozeß dagegen, daß die Belegschaften der Zechen einen Gesamtbetriebsrat bildeten, bzw. als er gebildet war, gegen das Recht des Betriebsrats darauf, daß ihm die notwendigen Mittel für die Geschäftsführung zur Verfügung gestellt wurden. Wie Winkler mitteilt, erregten "das Klima zwischen Betriebsleitung und Belegschaften, die engherzige Auslegung von Tarifverträgen, die Nichtachtung der Betriebsräte" "immer wieder den Ärger des Arbeitnehmerflügels im Landtag" (S. 140). Winkler führt auch an, daß die Leitung versuchte, Kritik oder Kontrolle durch die fortschrittlichen Kräfte zu verhindern. Die Belegschaftsvertreter und die kraft parlamentarischer Normen in den Aufsichtsrat der Preussag berufenen kommunistischen Abgeordneten des preußischen Landtages wurden durch Manipulationen von wichtigen Sitzungen des Aufsichtsrates ferngehalten. Man deklarierte zu diesem Zweck die Aufsichtsratssitzung als Sitzung eines Ausschusses. Diese Fakten sind

- 1 Immerhin wird in einer Fußnote mitgeteilt, daß der Generaldirektor der Hibernia/Bergag von Velsen in einem Vorschlag zur Besprechung der Dividenden mit dem Aufsichtsrat diese Formulierung gebrauchte (S. 98).
- 2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das besprochene Buch.

besonders interessant im Hinblick auf die Frage, wie die fortschrittlichen Kräfte heute in staatsmonopolistischen Gremien mitwirken und Einfluß nehmen können, um solche Gremien für den antimonopolistischen Kampf auszunutzen - eine Problematik, die in der Diskussion und Praxis kommunistischer und Arbeiterparteien einiger kapitalistischer Länder seit längerem eine gewisse Rolle spielt. Die Erfahrungen in den preußischen Staatsunternehmen zeigen deutlich, daß auch hier der Klassenkampf mit allen Mitteln und Raffinessen, deren die Bourgeoisie fähig ist, geführt wird. Es muß aber doch betont werden, daß trotz der Versuche zur Ausschaltung der Kommunisten die Abgeordneten der KPD mit ihren Kritiken und Enthüllungen über die Zustände in den Staatsbetrieben manchen Mißstand aufdeckten und den betreffenden Herren offenbar nicht wenige Kopfschmerzen bereiteten. Winkler, der der KPD vorwirft, daß ihre Kritik verantwortungslos gewesen sei und sie Einzelfälle agitatorisch verallgemeinert hätte (S. 122), muß zugeben: "Zwar waren die Staatsunternehmen im allgemeinen ein gehorsames Instrument der Politik; aber sie waren - mit als Folge der unterlassenen Patronage - nicht das, was die Landtagsmehrheit bei der Umwandlung erhofft hatte: ein Hort demokratischer Gesinnung in der Wirtschaft. Die reibungslose Gleichschaltung der Staatsunternehmen 1933 war die logische Folge." (S. 123)

Die preußischen Staatsunternehmen waren nicht nur im sozialpolitischen Bereich in keiner Weise unbequem für das Gesamtmonopolkapital. Da es keine antimonopolistische Wirtschaftspolitik des Staates gab, weder unter der vieljährigen Regierung der SPD in Preußen noch natürlich unter anderen Regierungen, formierten die Unternehmen ihre Wirtschaftspolitik selbst. Diese wurde, wie Winkler meint, durch das Eigeninteresse der Unternehmen bestimmt. Tatsächlich aber war dieses "Eigeninteresse" im weiten Sinne identisch mit dem Interesse des Systems. Die Übereinstimmung der Unternehmensleitung mit den großen Privatmonopolen wird auch im Einzelfall deutlich, und der Autor kann nicht umhin, auf die "Solidarität der Staatsunternehmen mit der Privatwirtschaft" (S. 137) auch mit Beispielen hinzuweisen. Es klingt schon fast grotesk, ist aber doch nur folgerichtig, wenn Staatsunternehmen wie die Hibernia den Reichsbehörden Einblicke in die Kosten- und Lohnstruktur verweigern, weil diese bei Lohnverhandlungen gegen den Zweckpessimismus der privatmonopolistischen Zechen ausgenutzt werden konnten (S. 143).

Welch ein Gegensatz zwischen der These des sozialdemokratischen Berichterstatters in der Umwandlungsdebatte des Landtages 1923, der meinte: "... hier, in der Aufrichtung des staatlichen Industriezentrums auf breiter bergbaulicher Grundlage ist die Korrektur für die Entwicklung der Wirtschaft gegeben" (zit. S. 147), und der Feststellung des Autors: "Die Landtagsdebatten und die Akten vermitteln in Zusammenhang mit Syndikatsproblemen nirgendwo den Eindruck, daß die Staatsunternehmen in Kampfstellung gegen private Wirtschaftsmacht gestanden hätten." (S. 150) Und in bezug auf Lohnkämpfe teilt er sogar mit: "Die Unternehmen hielten ihre Selbstkostenrechnung gegenüber dem Landtag geheim ... Andererseits waren die Unternehmen zu weitgehender Publizität verpflichtet. So versuchten sie gelegentlich, die Zahlen zu frisieren. Damit wirkten sie in gewissem Sinne als Einflußgruppe der Privatwirtschaft, indem sie gewollt oder ungewollt deren Front im Lohnkampf durch Zahlen unterstützten" (S. 147). Ja, die preußischen Staatsunternehmen waren ein integraler Bestandteil des monopolkapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftssystems. Es ist erstaunlich, wie der nichtmarxistische Autor unter der Wucht der von ihm selbst erforschten Fakten uns zu diesem Schluß kommen läßt, kommen lassen muß, ohne ihn selbst mitzuteilen, ja wahrscheinlich ohne ihn zutage fördern zu wollen. Diese Fakten sind gleichzeitig Anlaß für den Marxisten, sich noch mehr Gedanken über die Rolle der

Verstaatlichung von Produktionsmitteln unter monopolkapitalistischen Bedingungen zu machen.

Härte und Unnachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Werktätigen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, wie sie die Leitungen der preußischen Staatsunternehmen zeigten, ist ein Aspekt staatsmonopolistischer Politik gegenüber der Arbeiterklasse. Das dies aber nur eine der Varianten möglicher Verhaltensweisen des Systems ist, andere Möglichkeiten zur Verfügung stehen und angewendet werden, wenn es darum geht, das System als Ganzes aufrechtzuerhalten oder zu stabilisieren, ja sogar diese anderen Verhaltensweisen eine notwendige Ergänzung der ersteren bilden, kann aus der Arbeit von Hartwich entnommen werden. Dieser Autor hat sich als zentrale Aufgabe gestellt, die Rolle des staatlichen Schlichtungswesens in der Weimarer Republik herauszuarbeiten. Auch hier wieder, das sei vorweggenommen, eine sich objektiv gebende Untersuchung, die keineswegs dazu beitragen will, den wirklichen Klassencharakter des Weimarer Staates aufzuhellen, sondern die Weimarer Republik als "ersten Versuch in Deutschland" auffaßt, "den Gedanken der Demokratie mit dem des Sozialstaates zu verbinden." (S. VII) Zwar meint der Autor, "daß die 'Revolution' von 1918 nicht zu sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Veränderungen geführt hatte, die der Arbeitnehmerschaft ein höheres Maß an Sicherheit gab. Ohne Eigentum weiterhin dem für den einzelnen anonymen Geschehen in bezug auf Geldwert (Inflation) und Wirtschaftskonjunktur mit ihrer neuen Erscheinung, der 'Massenarbeitslosigkeit', ausgeliefert, war die Arbeitnehmerschaft auch in der sozialen Republik ohne Sicherheit geblieben." (S. 385 f.)³ Doch als Korrektiv sollte nun das staatliche Schlichtungswesen dienen: "Dieses Schlichtungswesen des Weimarer Staates wird in seiner Funktion für die Weimarer Staatsgestaltung erst dann verständlich, wenn es in den Gesamtzusammenhang von Arbeitsmarktordnung und demokratischem Sozialstaat, wie er in der Weimarer Zeit verwirklicht werden sollte, gestellt wird." (S. X) Das Schlichtungswesen habe vor allem den Arbeitnehmern gedient: "In der Tat entsprach ja auch die Zielsetzung der Schlichtungsverordnung und der Schlichtungspolitik letztlich dem Interesse der Arbeitnehmerschaft, indem die Elemente des neu geschaffenen kollektiven Arbeitsrechts gesichert und gefördert wurden. In der allgemeinen Richtung der Schlichtungspolitik von 1923 bis 1931 kann - trotz mancher durchaus berechtigter Einwände wegen der mangelnden Differenziertheit des Bildes - eine Interessensharmonie zwischen Arbeitnehmerschaft und ihrer Vertretung einerseits und dem Schlichtungswesen andererseits festgestellt werden." (S. 385) Diese Schlußfolgerung des Autors ist wirklich frappierend und absurd, wenn man sie mit den Fakten vergleicht, die er selbst anführt. Sie bestätigt jedoch die bekannte Bemerkung Lenins über den Gegensatz in der Glaubwürdigkeit der von bürgerlichen Autoren beigebrachten Fakten und ihren Schlüssen.

Die von Hartwich angeführten Tatsachen beweisen durchaus nicht seine These von der Interessensharmonie zwischen Arbeitern und Angestellten auf der einen Seite und dem Schlichtungswesen auf der anderen. Auch wo der Verfasser das besondere Verdienst des Schlichtungswesens darin erblickt, das System der Tarifverträge durchgesetzt und aufrechterhalten zu haben, muß er andererseits selbst eingestehen, daß diese Verträge für die Lohnempfänger nicht einen Wert an sich darstellten und daß die Arbeiter unter Umständen größere Chancen für Lohnverbesser-

³ Es sei nur am Rande vermerkt, daß der Autor solche Begriffe, in denen sich tatsächliche Ereignisse widerspiegeln, wie Revolution und Massenarbeitslosigkeit, schamhaft in Paranthese setzt, während er obskure Begriffe, wie "Sozialstaat" und "demokratischer Sozialstaat", ohne jede Einschränkung benutzt.

rungen ohne Tarifverträge sahen. Richtig ist sicher, daß in gewissen Abschnitten, vor allem in Zeiten konjunkturellen Niedergangs, die Tarifverträge zeitweilig ein Hindernis für willkürliche Lohnsenkungen seitens der Unternehmer bildeten. Es läßt sich auch nicht abstreiten, daß das Schlichtungswesen in zahlreichen Fällen Lohnerhöhungen bewilligte oder Lohnsenkungen verwehrt bzw. milderte und daher oft in Gegensatz zu den Unternehmen geriet. Solche Spannungen nahmen bisweilen die Form von Auseinandersetzungen zwischen Teilen des Staatsapparates selbst, vor allem dem Reichswirtschaftsministerium und dem für das Schlichtungswesen unmittelbar zuständigen Reichsarbeitsministerium, an. Die von der Unternehmenseite geäußerte und in Erklärungen und Eingaben der Arbeitgeberverbände formulierte Kritik bedeutete aber nicht, daß das Schlichtungswesen oder andere arbeitsrechtliche Institutionen objektiv Organe zur Durchsetzung von Forderungen der Werktätigen gewesen wären. Ja, sie verstanden sich nicht einmal als solche. Konkret zeigt sich, daß die Entscheidungen der Schlichter fast immer unter den Forderungen der Lohnempfänger blieben. Dieses geht ganz klar aus Hartwachs Darstellung hervor, die auch beweist, daß das Schlichtungswesen im allgemeinen als eine Art "Bremse" wirkte, in Zeiten der Konjunktur die Erfüllung von Lohnforderungen dämpfte und in Krisenzeiten Lohnsenkungen teilweise abmilderte. Während der Weltwirtschaftskrise allerdings, besonders im Gefolge der Brüning'schen Notverordnungen, funktionierte es selbst als staatliches Instrument des Lohnabbaus, wobei die These des Autors, daß ohne Schlichtung die Lohnsenkungen noch viel drastischer gewesen wären, doch stärkerer Beweisführung bedürfte, um zu überzeugen. Immerhin sanken, wie Kuczynski zeigt, die durchschnittlichen Bruttogeldlöhne in der Metallindustrie, auf die Hartwachs sich vor allem bezieht, von 185 Punkten 1930 (1900 = 100) auf 150 im Jahre 1932 und damit unter den Stand von 1925.⁴

Zweifellos waren die Anerkennung tarifvertraglicher Regelung des Arbeitslohnes durch die Unternehmer und die Einführung des Schlichtungswesens gewisse taktische Erfolge der Arbeiterklasse nach der Novemberrevolution. Es waren Zugeständnisse, die das Monopolkapital dem Kampf der Arbeiter machen mußte. Gleichzeitig aber ging von diesen Institutionen eine systemstabilisierende Wirkung aus, indem besonders das Schlichtungswesen die Illusion einer überparteilichen oder gar "gerechten" Regelung der Löhne durch den Staat förderte, wozu die lautstarke Kritik aus Unternehmerkreisen am Schlichtungswesen und einzelnen Schlichtern nicht wenig beitrug. Tatsächlich aber konnte das Schlichtungswesen seine dämpfende Wirkung auf den Klassenkampf nur erfüllen, wenn es gewissermaßen elastisch auf den Druck beider Seiten reagierte. Somit widerspiegeln die Entscheidungen des Schlichtungswesens wie überhaupt seine Existenz als Institution in bestimmter Weise auch den stärkeren oder schwächeren Druck der Arbeiterklasse im Kampf um ihre Lebensbedingungen, wobei diese Widerspiegelung weder mechanisch aufgefaßt noch die pufferartige Rolle des Schlichtungswesens außer acht gelassen werden darf. Die arbeitsteilige Rolle dieser und anderer Institutionen innerhalb bürgerlich-parlamentarischer Formen des monopolkapitalistischen Herrschaftssystems, die nicht ausschließt, daß Menschen in ihnen tätig werden, die mit dieser oder jener Teilforderung der Arbeiterklasse sympathisieren, bringt es mit sich, daß sozial unterdrückte und benachteiligte Teile der Gesellschaft ihre Forderungen und Wünsche in einem gewissen Maße artikulieren und graduelle Zugeständnisse erreichen können, ja erreichen müssen, wenn sie ihre Funktion

4 Siehe Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1966, S. 209.

erfüllen sollen. Dabei ist es unvermeidlich, daß diese Einrichtungen oder einzelne ihrer Vertreter sich in Spannungen zu einzelnen Ausbeutern oder Ausbeutergruppen bewegen bzw. sie in Gegensatz zu Extremforderungen des gleichen Monopolkapitals geraten, zu dessen Machterhaltung sie objektiv beitragen. Solange diese Rolle der Zugeständnisse und Reformen, das System der Ausbeutung als Ganzes funktionsfähiger und für die Herrschenden sicherer zu machen, von ihnen objektiv erfüllt wird, stoßen sie zwar auf Kritik von seiten der Ausbeuter, genießen aber auch ihre Duldung. Werden derartige Zugeständnisse jedoch infolge geänderter Umstände unfähig, als Stabilisierungsfaktor zu wirken, bzw. überflüssig oder aus anderen Gründen zu Hindernissen für die Intentionen der Herrschenden, so müssen sie fallen. Das Schicksal des staatlichen Schlichtungswesens am Ende der Weimarer Republik ist Illustration dafür. Die Rolle des Schlichtungswesens kann also letztlich nur im Gesamtzusammenhang mit den wahren Herrschafts- und Machtverhältnissen der Weimarer Republik verstanden werden, die bei aller Kompliziertheit der divergierenden und sich überschneidenden Kräftefelder und des manchen vielleicht verwirrenden und Illusionen hervorrufenden Spiels parlamentarischer Institutionen eben doch ein Staat war, in dem letztlich das Monopolkapital herrschte. Eine Darstellung, die dieses nicht wahrhaben will, wie diejenige von Hartwich, läuft schließlich auf Apotheotik hinaus, hat aber wohl noch einen anderen Zweck: Sie soll Lehren für die Herrschaftsausübung in der Bundesrepublik sichern helfen, denn nach Meinung des Verfassers "kann nicht gelegnet werden, daß die Ergebnisse und Erfahrungen des Weimarer Experiments eines demokratischen Sozialstaates einen stabilisierenden Einfluß auf die Gestaltung der heutigen Sozialordnung haben" (S. VIII).

Die in den zwei oben genannten Arbeiten beigebrachten Fakten werfen ein Licht auf wichtige Seiten der Rolle des Staates in der Ökonomik der betreffenden Epoche und auf das Ausmaß dieser Rolle. Sie zeigen aber nicht nur, daß nach dem ersten Weltkrieg von einer relativen staatlichen Abstinenz in bezug auf ökonomische Probleme viel weniger als vor dem Kriege die Rede sein konnte, daß die Staatstätigkeit auf wichtigen Wirtschaftssektoren wie auch in der Gestaltung der Klassenbeziehungen bedeutend gewachsen war. Sie zeigen auch, daß dabei erhebliche Widersprüche auf den verschiedenen Feldern der Staatstätigkeit und "-einemischung", unterschiedliche Konzeptionen und gegenläufige Aktionen sowie Widersprüche zwischen der Politik und Methodik auf verschiedenen Gebieten zwischen verschiedenen Institutionen auftraten.

Offenbar waren die Widersprüche Ausdruck der komplizierten Situation des Weimarer Staatsapparates, der als Instrument einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie funktionierte und gleichzeitig Machtinstrument des selbst nicht einheitlichen Monopolkapitals war. Dies hatte ja nicht nur seine frühere Position nach außen im Weltkrieg zunächst verloren, sondern auch im Innern seine Herrschaft in der Novemberrevolution wanken gesehen. Politisch in Frage gestellt und ökonomisch von Krisen vorher nicht gekanntes Ausmaßes heimgesucht, gleichzeitig aber im Prozeß der Konzentration neue Stärke gewinnend und innen- wie außenpolitisch ambitiös, entwickelte die herrschende Klasse widersprüchliche oder sich ergänzende Vorstellungen, gab sich je nach der Lage oder Möglichkeit hier hart und dort konzessionsbereit - ohne daß dies unbedingt als eine völlig einheitliche Konzeption eines ausgeprägten oder gar umfassenden staatsmonopolistischen Systems gesehen werden könnte. Wohl aber läßt die Entwicklung staatlicher Aktivität in der Weimarer Republik sich als wichtige Etappe der Herausbildung eines derartigen Systems auffassen. Zweifellos muß der Untersuchung und Interpretation dieser Problematik noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die hier vorgestellten Autoren konnten diese Fragen nicht beantworten, ja sie werfen sie

nicht einmal richtig auf. Aber das von ihnen vorgelegte Material ist geeignet, auf die Problematik hinzuführen, und kann zu ihrer Beantwortung beitragen, vorausgesetzt, es wird richtig, das heißt marxistisch interpretiert.

SEIN UND BEWUSSTSEIN

Fragen des mittelalterlichen Geisteslebens

nach

A. Ja. Gurevič, Kategorii srednevekovoj kul'tury

Verlag "Iskusstvo", Moskau 1972, 317 Seiten, Preis: 1, 56 Rubel

von Matthias Springer

Innerhalb der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft nimmt die Entstehung des Feudalismus und seine weitere Entwicklung einen breiten Raum ein. Dabei sind vor allem die materiellen Veränderungen untersucht worden. Die geistigen Wandlungen und ihre Rückwirkungen auf die gesellschaftliche Praxis haben weit weniger Beachtung gefunden.

Gurevič, ein hervorragender Fachmann für die Geschichte der frühmittelalterlichen germanischen Staaten, wendet sich mit dem vorliegenden Buch diesem Arbeitsfeld zu: "Berücksichtigen wir die Werte und die Maßstäbe nicht vollständig, nach denen die Menschen in der feudalen Gesellschaft strebten und von denen sie sich, ob sie es wollten oder nicht, leiten ließen, so können wir nicht den Anspruch erheben, ihr Verhalten zu verstehen, und folglich den geschichtlichen Ablauf auch nicht wissenschaftlich erklären." (S. 8)¹

Gurevič will also nicht, das sei nochmals betont, die materielle Kultur untersuchen, sondern das Weltbild der mittelalterlichen Menschen und seine Auswirkung auf ihr gesellschaftliches Verhalten. Er tut das anhand einer Untersuchung der Kultur, wobei er diesen Begriff in bezug auf die mittelalterliche Gesellschaft viel weiter faßt, als es gewöhnlich geschieht: "... auch im Recht, in der Wirtschaft, in den Eigentumsverhältnissen und in vielem anderem... ist etwas Einheitliches zu entdecken, ohne dessen Berücksichtigung jeder dieser einzelnen Bereiche nicht völlig verständlich ist. Sie alle besitzen eine kulturelle Färbung" (S. 13). Für das Studium des Mittelalters ist daher der Grundsatz der allumfassenden Betrachtung in ganz besonderem Maße erforderlich. Man bedenke, daß das Mittelalter keine Fachsprachen gekannt hat. "Es gibt nur eine Sprache, ein allumfassendes Zeichensystem, das jedesmal in besonderer Weise entziffert wird, je nach dem Bereich der menschlichen Tätigkeit, auf den es angewandt wird." (S. 14) Wie können wir nun zum Verständnis dieser uns fremden Kultur gerade in ihrer Einheitlichkeit gelangen? Gurevič antwortet: indem wir die universellen Grundbegriffe untersuchen, die zugleich auch Kategorien des menschlichen Bewußtseins sind, wie die der Zeit, des Raumes, der Veränderung, der Ursache,

¹ Alle Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier rezensierte Buch.

des Schicksals, der Zahl, des Verhältnisses des Sinnlichen zum Übersinnlichen und der Teile zum Ganzen, die alle untereinander verknüpft sind und das Koordinatensystem bilden, mit dessen Hilfe die Menschen die Wirklichkeit erfassen und ihr Bild von der Welt gestalten. "... wie verschieden die Ideologie und die Überzeugungen der Individuen und Gruppen auch sein mögen, in ihren Grundlagen lassen sich universelle Begriffe und Vorstellungen finden, die für die gesamte Gesellschaft eine verpflichtende Kraft besitzen und ohne die die Bildung von Ideen, Theorien, philosophischen, ästhetischen, politischen oder religiösen Konzeptionen und Systemen unmöglich ist." (S. 15) Die verpflichtende Kraft dieser Kategorien ergibt sich aus dem unbewußten Zwang, den die Gesellschaft ausübt, "wobei die herrschenden Gruppen in dem Maße, wie sie einige Kategorien und Begriffe der Kultur bewußt erfassen und unter ihre Kontrolle bringen, ihre freie Ausdeutung behindern und in den Personen, die von der herkömmlichen und orthodoxen Auffassung abweichen, Ketzer und Abtrünnige sehen ..." (S. 16).

Außer den eben genannten "kosmischen" Kategorien gibt es auch "soziale", die in jeder Gesellschaft vorkommen: die des Individuums, der Gruppe, der Arbeit, des Reichtums, des Eigentums, der Freiheit, des Rechts und der Gerechtigkeit, wobei in vielen Gesellschaftsordnungen die kosmischen und die sozialen Begriffe aufs engste miteinander verwoben sind.

"Die grundlegenden Begriffe und Vorstellungen einer Zivilisation bilden sich im Verlauf der praktischen Tätigkeit der Menschen auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrung und der Überlieferung, die sie von der vorhergehenden Epoche übernommen haben ... In diesem Sinne spiegeln sie die gesellschaftliche Praxis wider. Doch gleichzeitig bestimmen diese Kategorien das Verhalten der Individuen und der Gruppen. Daher wirken sie auch auf die gesellschaftliche Praxis ein, indem sie dazu beitragen, daß sie in Formen ihren Ausdruck findet, die dem "Weltmodell" [Modell nicht im kybernetischen Sinne] entsprechen, in das sich diese Kategorien einfügen." (S. 18)

Gurevičs Methode besteht in der Untersuchung ausgewählter Kategorien, und zwar der Zeit, des Raumes, des Rechts, des Reichtums, der Arbeit und des Eigentums, um gewissermaßen an verschiedenen Proben das Gemeinsame und die wechselseitigen Verbindungen darzustellen und um zu zeigen, wie der "kulturelle" Inhalt die verschiedensten Bereiche bis hin zum ökonomischen durchdrang. Das mittelalterliche Weltbild besaß viele Jahrhunderte lang Geltung, denn die gesellschaftliche Entwicklung verlief im Mittelalter sehr viel langsamer als in der Neuzeit. Erst mit der städtischen Produktion kamen neue Tendenzen auf, die jedoch zunächst in das überkommene Weltbild eingefügt wurden. Es dauerte noch Jahrhunderte, bis diese neuen Formen der Welterfassung die Oberhand gewonnen hatten.

Für die Erforschung des mittelalterlichen Weltbildes ist die Untersuchung seiner Quellen wesentlich. Gewöhnlich richtet man die Aufmerksamkeit auf die Kontinuität von der Antike zum Mittelalter unter besonderer Berücksichtigung des Christentums. Dem anderen Strom der Überlieferung, der aus der germanischen Gesellschaft floß, wird weit weniger Beachtung geschenkt; aber unter der Hülle der christlichen Dogmen lebten die ertümlichen Vorstellungen weiter. So macht es sich erforderlich, nicht nur ein, sondern zwei Weltmodelle zu behandeln, erstens das der "Barbaren", das heißt in Mittel- und Westeuropa der Germanen, und zweitens dasjenige, das auf seiner Grundlage unter dem mächtigen Einfluß der mittelmeerischen Kultur erwuchs, zu der auch das Christentum gehörte. Dem entsprechend werden von Gurevič jeweils zuerst die germanischen Vorstellungen und dann die des christlichen Mittelalters untersucht, wobei für das Studium der

zuerst genannten die skandinavischen Kulturen besondere Aufmerksamkeit beanspruchen können.

Natürlich ist das Weltbild der Menschen der feudalen Gesellschaft je nach ihrer Klassenzugehörigkeit verschieden und nicht mehr so einheitlich wie in der Vorklassengesellschaft. Doch werden von Gurevič in erster Linie nicht die verschiedenen Ideologien der einzelnen Klassen, sondern die sozialpsychologischen Erscheinungen untersucht, die durchaus nicht vollständig ideologisiert waren. Ich werde mich bei der folgenden Wiedergabe der Ausführungen Gurevičs über die einzelnen Kategorien auf die Gebiete beschränken, die mit der Wirtschaftsgeschichte in einem engen Zusammenhang stehen, und mache deshalb darauf aufmerksam, daß Gurevičs Buch viel mehr enthält, als hier dargestellt wird.

Gurevič beschäftigt sich zunächst mit den Auffassungen von Raum und Zeit, die ja nicht nur objektiv existieren, sondern auch subjektiv erlebt werden.

Die unvollständige Trennung des Menschen von der Natur, die besteht, solange die Mehrzahl der Leute eine naturalwirtschaftliche Lebensweise führt, hat zur Folge, daß der Grund und Boden nicht als Objekt erscheint, sondern in einer engen Verbindung mit dem Menschen gesehen wird, der ihn bearbeitet. So bezeichnet das altnordische Wort "ođal" nicht nur ein Stück Land, sondern auch die Rechte seines Besitzers. "Es ist sehr gewagt, das Verhältnis zum Grund und Boden im Frühmittelalter als ein Verhältnis zu privatem Eigentum aufzufassen, das ja das Vorhandensein des Verhältnisses eines Subjekts zu einem Objekt und die freie Verfügung über das letztere vorausgesetzt hätte. Anders als der bewegliche Besitz war der Grund und Boden nicht ein Gegenstand, der unumschränkt veräußert werden und mit dem beliebige vermögensrechtliche Handlungen vorgenommen werden konnten. Zwischen dem Menschen, genauer einer Gruppe von Menschen, und dem Grundbesitz bestand eine viel engere, im Grunde unlösbare Verbindung." (S. 42)

"Der mittelalterliche Mensch verschmilzt zwar nicht mehr mit der Natur [wie der urgesellschaftliche], aber er stellt sich ihr auch nicht gegenüber. Er vergleicht sich mit der ganzen übrigen Welt und mißt sie nach seinen eigenen Maßstäben, wobei er dieses Maß in sich selbst, in seinem Körper und seiner Tätigkeit findet." (S. 50) Dementsprechend kannte das Frühmittelalter auch keine abstrakten, sondern nur konkrete Maße. Dieser Sachverhalt ist für die Wirtschaftsgeschichte von großer Bedeutung, denn aus ihm ergibt sich, daß es sehr schwer ist, die "Flächenmaße" des Frühmittelalters in die modernen abstrakten Flächenmaße zu übersetzen. ("Die Insel ist nicht gerade klein, das heißt, sie ist sechshundert Familien groß." [Beda, *Historia ecclesiastica gentis Anglorum*, I, 25]).

"Lange Zeit blieb die Auffassung vom Raum anthropomorph und spiegelte das besonders innige Verhältnis der Menschen zur Natur wider, das für die vorindustrielle Gesellschaft charakteristisch ist." (S. 82) Dieses Verhältnis zur Natur und damit auch die Auffassung vom Raum werden unter dem Einfluß der städtischen Entwicklung verändert. Die neuen Vorstellungen vom Raum dringen auch in die sozialen und politischen Beziehungen ein. An die Stelle der rein persönlich aufgefaßten Herrschaft und Unterwerfung tritt das Bestreben, abgerundete und innerlich durchorganisierte Herrschaftsbezirke zu bilden.

Außerordentlich viel über die Kultur einer Epoche sagt ihr Zeitbegriff aus. Für den "Barbaren" ist die Zeit etwas ganz anderes als für uns, nämlich eine konkrete gegenständliche Naturkraft: "Stoff auf dem Webstuhl der Götter." Dementsprechend werden auch konkrete und nicht abstrakte Zeitmaße entwickelt: von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang oder die Zeit, die für den Weg zwischen zwei Orten

benötigt wird. Die Zeit ist somit aufs engste mit dem Leben und Tun der Menschen verbunden. Sie ist aber auch "die Kette der menschlichen Geschlechter" (S. 92). So geht ein großes Interesse der "Barbaren" an der Vergangenheit mit dem Fehlen genauer Zeitangaben einher. Das Christentum hat die archaischen Zeitvorstellungen nicht beseitigt, aber neue Zeitvorstellungen zu den alten hinzugefügt. Es hat etwa neben den zyklischen Zeitbegriff der Germanen einen linearen gesetzt. So blieben im Mittelalter mehrere Zeitbegriffe nebeneinander bestehen: der zyklische, der genealogische (oder dynastische), der biblische (oder mythologisch-sakrale) und der historische, wobei Gurevič mit Recht in dem Nebeneinander verschiedener Zeitvorstellungen an sich keine Besonderheit des Mittelalters sieht. (Noch heute wird der Hundertjährige Kalender mancherorts aus der Schublade geholt.) Doch scheinen sich die verschiedenen Zeitbegriffe im Mittelalter einer weitgehenden Gleichberechtigung erfreut zu haben. (Man denke an die dreifache Datierung von Urkunden nach Jahren der christlichen Zeitrechnung, nach Herrscherjahren und nach dem Indiktionszyklus.) Für die mittelalterlichen Zeitauffassungen galt allgemein, daß die Zeit nicht als ein Besitz der Menschen, sondern als ein Besitz Gottes betrachtet wurde.

Von den verschiedenen Klassen der Gesellschaft wird die Zeit in verschiedener Weise erlebt. Man kann auch von einer herrschenden sozialen Zeit sprechen. "In einem antagonistischen Gesellschaftssystem bleibt die soziale Zeit der herrschenden Klasse bestimmend, solange diese Klasse eine einflußreiche ideologische Kraft bleibt und sie die wirkliche Kontrolle über das gesellschaftliche Leben nicht verliert" (S. 132). Die Kontrolle über die Zeit lag im Mittelalter bei der Geistlichkeit. Beispielsweise verbot die Kirche die Arbeit an den Feiertagen, die mehr als ein Drittel des Jahres ausmachten, wobei dieser Tatbestand um so erstaunlicher ist, als die Kirche ja auch eine große Grundeigentümerin war und man nach Maßstäben der Neuzeit von ihr eine möglichst große Ausdehnung der Arbeitszeit hätte erwarten können. In das unrationelle Verhalten gegenüber der Zeit brachte wiederum die städtische Produktionsweise einen tiefgreifenden Umbruch. Die Zeit wurde aus einem Besitz Gottes zu einem Besitz der Menschen, mit dem man haushalten muß, und zu einer neutralen Erscheinung, die unabhängig von ihrem Inhalt verläuft und die sich in gleiche Abschnitte einteilen läßt.

Der nächste von Gurevič untersuchte Begriff, das Recht, hat im mittelalterlichen Europa eine Wertschätzung genossen wie sonst nirgendwo und nirgendwann. Der römisch-rechtliche Grundsatz: "Höchstes Recht ist höchstes Unrecht" wäre dem mittelalterlichen Menschen unverständlich gewesen. Dagegen finden sich im Mittelalter so sonderbare Äußerungen wie "Gott selbst ist das Recht". Bedenken wir auch, daß noch während des deutschen Bauernkrieges die Forderungen nach dem alten Recht und dem göttlichen Recht eine wesentliche Bedeutung hatten.

Aus der germanischen Gesellschaft hatte das Mittelalter die Vorstellung übernommen, daß der Mensch mit bestimmten unveräußerlichen Rechten geboren wird (jeder Mensch mit anderen), durch die seine Stellung im Leben bestimmt ist. "Das Ansehen eines Menschen hängt in erster Linie nicht von seiner Vermögenslage, sondern davon ab, über welche Rechte er verfügt." (S. 156) Im Gegensatz zur kirchlichen Lehre vom Gottesgnadentum hielt sich die Auffassung, daß alle Menschen, auch die Herrscher, der Herrschaft des Rechts unterworfen seien (während der Kaiser im Altertum über dem Recht gestanden hatte). Die gesetzgeberische Tätigkeit wurde somit auch nicht als die Schaffung neuen Rechts, sondern als die Auswahl besonders weiser und gerechter Gesetze betrachtet. Auch trat die Bedeutung des geschriebenen Rechts ganz hinter die des Gewohnheitsrechts zurück. Jeder Streitfall wurde unter seinen besonderen konkreten

Bedingungen gelöst. Daß dabei das Recht des Stärkeren einen weiten Spielraum erhielt und der Mächtige oftmals lieber zur Fehde Zuflucht nahm, als sein Recht in einem Prozeß zu suchen, versteht sich von selbst. Jedoch ist die Vorstellung unbegründet, im Mittelalter hätte bloß die nackte Gewalt geherrscht und das Recht nichts gegolten.

Auch der außerökonomische Zwang war nicht regellose Willkür. Vielmehr waren die Abgaben der Bauern entsprechend dem Herkommen festgesetzt. Ihre Festlegung ging nur die Herren und die Abhängigen etwas an. Dadurch unterschied sich die Lage dieser Bauern wesentlich von der der Leibeigenen der Neuzeit, aber auch von der der Bauern im byzantinischen Reich. Man gelangt nicht zum Verständnis der Stellung der mittelalterlichen Landbevölkerung, wenn man sie mit der osteuropäischen Leibeigenen der Neuzeit gleichsetzt.

Die gesellschaftlichen Beziehungen des Mittelalters unterlagen noch nicht dem Warenfetischismus, denn die Ware-Geld-Beziehungen hatten noch nicht die Rolle des allgemeinen Reglers übernommen. Diese Rolle kam vielmehr dem Recht zu. Die gesellschaftlichen Beziehungen waren vor allem persönlich und nicht verdinglicht, aber sie bestanden zwischen Personen, die aufs engste in Gruppen eingegliedert waren. Viele Daseinsformen waren überhaupt nur infolge der Bindung an eine Gruppe möglich, so das Ausüben eines Handwerks nur kraft der Mitgliedschaft in einer Zunft, durch die das ganze Leben reglementiert wurde. Diejenigen Bande, die den Menschen an eine Gruppe fesselten, waren viel stärker als die, die die Angehörigen verschiedener Gruppen verknüpften. Diese Bindungen an Körperschaften, die das Verhalten des einzelnen genau bestimmten, behinderten zwar die Entwicklung der einzelnen Individualitäten; da aber innerhalb einer Gruppe das Ideal der Gleichheit herrschte, war innerhalb bestimmter Grenzen das Dasein der Persönlichkeit garantiert. Wenn im Mittelalter von Freiheit die Rede ist, so ist damit nicht die Unabhängigkeit des einzelnen und nicht die Wahrnehmung individueller Rechte gemeint. "Nicht Freiheit und Abhängigkeit, sondern Dienst und Treue sind die zentralen Kategorien im System der sozialen und politischen sowie der moralischen und religiösen Werte der mittelalterlichen Christenheit." (S. 180 f.) So konnte es kommen, daß das Leben eines Freien manchmal strenger reglementiert war als das eines Unfreien. (Doch sollte man nicht übersehen, daß in rechtlicher Hinsicht sehr streng zwischen Freien und Unfreien geschieden wurde.)

Der letzte Abschnitt von Gurevičs Buch ist der Untersuchung der Vorstellungen vom Reichtum und von der Arbeit gewidmet. Gurevič geht davon aus, daß diese beiden Begriffe wie der des Eigentums nicht nur ökonomische, sondern auch moralische Kategorien sind. Er erläutert zunächst die Haltung der Germanen zu den Edelmetallen, zum Wergeld, zu den Geschenken und Gastmählern, um das Verhältnis von "Primitiven" zur Produktion und zu den Produkten zu veranschaulichen. Er stellt dabei ausführlich Verhaltensweisen und Sachverhalte dar, die für uns erstaunlich sind, wie die, in Edelmetallen das Glück ihres Besitzers verkörpert zu sehen und Schätze deshalb in der Erde zu vergraben oder in Sümpfe zu versenken, oder wie die, daß der Beschenkte durch das Geschenk leicht in eine Abhängigkeit vom Schenker geriet, daß die Gastmähler bedeutsame Formen des gesellschaftlichen Verkehrs waren oder daß der Reichtum vergeudet werden mußte, wenn er seinem Inhaber Ehre bringen sollte.

Obwohl das Verhältnis zur Arbeit und zum Eigentum in der Klassengesellschaft, im vorliegenden Fall im Feudalismus, zwangsläufig ganz anders war als in der Urgesellschaft, lassen sich jedoch leicht Verbindungen zu den Vorstellungen der "barbarischen" Zeit finden. "Die Verwendung des Reichtums, über den ein Adli-

ger verfügte, entsprach nur dann der Moral seiner feudalen Umwelt, den Vorstellungen von der Ritterwürde und dem Verhalten, das zu den Standesanforderungen paßte, wenn er in ein Zeichen des hohen gesellschaftlichen Ranges und ein Symbol der bevorrechteten Stellung verwandelt wurde." (S. 231) Dementsprechend finden sich häufig auch im Rittertum ganz unrationelle Verhaltensweisen gegenüber materiellen Gütern. Allerdings unterlagen die verschiedenen Klassen der Feudalgesellschaft stark den Eigentumslehren der Kirche. Diese Lehren waren ziemlich widersprüchlich. Beispielsweise wurde das Armutsideal nie völlig verdrängt, obwohl die Kirche das frühchristliche Ideal der völligen Besitzlosigkeit durch das des Kleineigentums ersetzte. "In ... der Lehre von der Zulässigkeit des Kleineigentums als des Übels, das ertragen werden müsse, um größeres Übel zu vermeiden, erhielten die Ideale der Kleinproduzenten und -eigentümer, die den materiellen Rückhalt der mittelalterlichen Gesellschaft bildeten, ihren Ausdruck." (S. 220) Schließlich bildete nicht mehr die Größe des Eigentums den Maßstab für seine Zulässigkeit, sondern der Zweck, für den es verwandt wurde. Deswegen erfreute sich die Bettelei der Förderung, weil die Reichen durch die Vergabe von Almosen gute Werke tun und ihr Eigentum vom Geruch der Sünde befreien konnten. (Ich erinnere daran, daß sich unter den Sätzen Luthers, die in der Bannandrohungsbulle von 1520 verdammt wurden, derjenige befand, der besagte, die geistlichen und weltlichen Fürsten täten gut, wenn sie die Bettelei beseitigen würden.)

Die Verhältnisse der persönlichen Herrschaft und Unterwerfung (im Gegensatz zur Verdinglichung der gesellschaftlichen Beziehungen in der bürgerlichen Gesellschaft) bestimmten auch den besonderen Charakter des feudalen Eigentums. "Es ist sehr weit von dem entfernt, was man gewöhnlich Privateigentum nennt ... Der Hauptbestandteil des feudalen Eigentums, der Grund und Boden, war kein Gegenstand, der der freien Verfügung unterlegen hätte." (S. 232) Der feudale Eigentümer konnte die Einkünfte aus seinem Grund und Boden nur nutzen, wenn er die Dienste erfüllte, die mit seinem Besitz verbunden waren. Auch hatte er nicht das Recht, die Bauern vom Land zu verjagen, das sie bearbeiteten. "Streng genommen ist der Begriff Privateigentum [an Grund und Boden] im Mittelalter weder auf die Herren noch auf die Vasallen anwendbar." (S. 232) Auch der Begriff "unvollständiges Eigentum" hilft nicht weiter.

Durchaus widersprüchlich war auch das mittelalterliche Verhältnis zur Arbeit. Die weltlichen Feudalherren waren vornehmlich nur an der Verteilung der Güter und nicht an der Organisation der Produktion interessiert und widmeten sich im übrigen den ritterlichen Beschäftigungen. Die Kirche nahm eine doppelte Stellung zur Arbeit ein: Einerseits betrachtete sie sie als Strafe für den Sündenfall und stellte das kontemplative Leben über das aktive; andererseits wurde die Arbeit als eine notwendige Aufgabe des Menschen betrachtet, die unter gewissen Voraussetzungen sogar seiner Vervollkommnung dienen konnte. Wieder anders war natürlich die Auffassung der Bauern und Handwerker, die in der Arbeit vor allem eine harte Notwendigkeit sahen, sie durchaus aber auch zu erklären wußten. Das Berufsbewußtsein ist im Spätmittelalter angestiegen und führte auch zu einer theologischen Neubewertung der Arbeit, ohne daß sie jedoch unter feudalen Verhältnissen volle Anerkennung hätte finden können.

Die mittelalterliche Gesellschaft bestimmte die Haltung ihrer Mitglieder zu den wirtschaftlichen Erscheinungen entsprechend den Idealen der Kleinproduzenten. Die Ökonomie wurde kein Gegenstand der selbständigen wissenschaftlichen Betrachtung, sondern die Wirtschaft wurde nach moralischen Maßstäben gemessen. An der Stellung zu den Wuchergeschäften veranschaulicht Gurevič diese Haltung eingehend.

In dem abschließenden Abschnitt "V poiskach človečeskoj ličnosti" trifft der Verfasser nicht nur interessante Feststellungen über die Lage der einzelnen Persönlichkeit im Mittelalter und die Stellung zum Kinde und zur Familie, sondern auch über den mittelalterlichen Symbolismus.

Schon aus dem hier Dargelegten wird, glaube ich, ersichtlich, welch eine Fülle von Anregungen Gurevičs Buch bietet. Seine Lektüre ist jedem dringend zu empfehlen, der sich mit dem Mittelalter oder der germanischen Frühzeit, gleich auf welchem Spezialgebiet, beschäftigt. Es wäre eine Aufgabe der Forschung, das Wechselverhältnis zwischen den materiellen Grundlagen der Gesellschaft und den geistigen Erscheinungen im einzelnen weiter zu verfolgen, denn "wenn wir das künstlerische Schaffen oder das Recht, die Geschichtsschreibung und andere Zweige der geistigen Tätigkeit der Menschen des Mittelalters als Untersuchungsgegenstände auswählen, dürfen wir den betreffenden Abschnitt dieser Tätigkeit nicht von dem umfassenden geschichtlichen und kulturellen Zusammenhang loslösen" (S. 11). Gurevič hat selber dafür zahlreiche Anregungen geliefert. Wer weiterarbeiten will, kann sein Werk als Handbuch benutzen. Der Leser wird auch dort aus ihm reiche Belehrung schöpfen, wo er anderer Ansicht ist.

Zu Gurevičs Vorzügen gehört neben seiner umsichtigen Methode, die die Schwierigkeiten bei der Erforschung eines solchen Themas völlig berücksichtigt, eine flüssige und lebendige Darstellung, die stets die konkreten Beweisstücke einbezieht und mit reichhaltigen Literaturangaben belegt ist. Eine Übersetzung des Buches ins Deutsche wäre sehr zu wünschen.

Es seien am Rande zwei kleine Versehen vermerkt: Auf Seite 58 liegt eine Verwechslung des Liutprand von Cremona mit dem Verfasser der Lebensbeschreibung Kaiser Heinrichs IV. vor, und auf Seite 240 muß im Zusammenhang mit den Templern natürlich von einem Ritterorden die Rede sein.

Betriebsgeschichte

ZUM ENTSTEHEN DER BETRIEBSGESCHICHTE DES VEB MIKROMAT DRESDEN

von Günter und Sonja Reichert

Ein besonderes Charakteristikum der fünfundzwanzigjährigen Geschichte der DDR ist ohne Zweifel die Entwicklung der Arbeiterklasse als produktiv tätige und machtausübende Klasse im Bündnis mit allen anderen Werktätigen. Am eindrucksvollsten und nachhaltigsten entwickelten sich sozialistische Persönlichkeiten in den sozialistischen Betrieben und Arbeitskollektiven. Mit der Gestaltung ihres Lebens, mit der Gestaltung ihrer sozialistischen Beziehungen im Prozeß der Arbeit wurden die Werktätigen in unserer Republik immer mehr zu Schöpfern ihrer eigenen Geschichte und der Geschichte der sozialistischen Gesellschaft.

Fester Bestandteil der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten ist die Erziehung zur Aneignung des Standpunktes der Arbeiterklasse, zur Aneignung ihres sozialen Wesens. Es entspricht den Beschlüssen der SED, insbesondere dem Beschluß, des Politbüros des ZK der SED vom 7. November 1972 über "Die Aufgaben der Agitation und Propaganda bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED", wenn in der politisch-ideologischen Arbeit die Geschichtspromaganda einen besonderen Platz einnimmt.

Die Grundorganisation der SED des VEB Mikromat Dresden übergab gemeinsam mit der Betriebsleitung im 25. Jahr des Bestehens der DDR den Werktätigen des Betriebes die "Geschichte des VEB Mikromat Dresden".

Wie vollzog sich die Ausarbeitung der Betriebsgeschichte? Wer führte diesen Prozeß? Welche Probleme und Schwierigkeiten konnten gelöst und welche Ergebnisse erreicht werden?

Bereits 1958 hatten Arbeiter unter Leitung der Betriebsparteileitung der SED in einem der Vorgängerbetriebe des VEB Mikromat Dresden das erste Mal eine Betriebsgeschichte geschrieben.¹ Erste Erfahrungen wurden gesammelt, sowohl was das kollektive Erforschen der Betriebsgeschichte betrifft, als auch darüber, was man beim Schreiben beachten muß. Jedoch hörte nach der Herausgabe dieser Betriebsgeschichte auch die damalige Kommission auf zu bestehen. Sie führte ihre Tätigkeit unter anderem deshalb nicht fort, weil besonders aktive Mitarbeiter der Kommission aus dem Betrieb ausschieden.

Erst einige Jahre später wurde auf Beschluß der Betriebsparteileitung eine neue Kommission für Betriebsgeschichte gebildet, die im besonderen den Auftrag hatte, in Form einer Festschrift vor allem die Geschichte des Betriebes in den Jah-

1 Wie war es gestern - wie ist es heute. Zur Geschichte des VEB Feinstmaschinenbau, Dresden, Juli 1958.

ren von 1959 bis 1969 zu schreiben, dem Zeitraum der ersten 10 Jahre des Bestehens des VEB Mikromat Dresden. Der Parteisekretär erhielt den Auftrag, diese Kommission zu leiten. Bei dieser Entscheidung ging die Parteileitung davon aus, daß so am besten alle betrieblichen Möglichkeiten, Mittel und Methoden der Agitation und Propaganda sowohl für die Erforschung als auch für die Popularisierung der Betriebsgeschichte genutzt werden könnten. Die Entwicklung zeigte, daß diese Entscheidung richtig war, obwohl sich damit eine zusätzliche Belastung für den Parteisekretär verband.

Die Festschrift konnte Anfang 1969 herausgegeben werden. An den darin behandelten Zeitabschnitt erinnerten sich die meisten Werktätigen des Betriebes noch ziemlich gut, daher war es relativ einfach, diese zehn Jahre zu erforschen und darzustellen. Bereits bei der Gestaltung dieser Festschrift wurde - im Gegensatz zu der erwähnten Geschichte eines der Vorgängerbetriebe, des VEB Feinstmaschinenbau - keine streng chronologische Darstellung gewählt, sondern nach bestimmten Schwerpunkten gearbeitet.

Im Mittelpunkt einzelner Abschnitte der Festschrift standen zum Beispiel solche Probleme, wie sich die Aktivisten der ersten Stunde zu sozialistischen Arbeiterpersönlichkeiten entwickelt hatten; wie sich die Bewegung "Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" entwickelt hatte, die entsprechend dem Aufruf der Jugendbrigade "Nikolai Mamai" des Elektrochemischen Kombinates Bitterfeld im Jahre 1959, also mit der Gründung des VEB Mikromat, in unserem Betrieb begann; wie sich auf der Grundlage der kontinuierlichen Wirtschaftspolitik der SED und der Initiativen der Werktätigen die Vorzüge des Sozialismus entfalteten und sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen ständig verbesserten.

Weitere Abschnitte legten die Entwicklung der internationalen Beziehungen des Betriebes, insbesondere die weitere Festigung der Freundschaft zur Sowjetunion und zu den sowjetischen Menschen, sowie des sozialistischen Internationalismus, die ständige Stärkung der Bereitschaft zur Verteidigung der sozialistischen Heimat und die Festigung der Bündnisbeziehungen zu den werktätigen Bauern dar.

Anhand von Beispielen und Meinungen der Betriebsangehörigen versuchten wir darzulegen, daß alle Erfolge des Betriebes nur dank der Entwicklung des Sozialismus in der DDR unter der klugen und kontinuierlichen Politik der SED möglich waren.

Bei der Ausarbeitung dieser Festschrift, beim Sammeln von Material, im Verlauf vieler persönlicher Gespräche, die die Mitglieder der Kommission Betriebsgeschichte führten, wurde spürbar, daß nicht nur die Kommissionsmitglieder, sondern auch viele Werktätige sich immer mehr für die Erforschung der Betriebsgeschichte und ihre Darstellung interessierten.

Die Festschrift umfaßte nur 45 Seiten; ein Großteil des gesammelten Materials blieb unverwertet. Die Kommission schlug deshalb der Betriebsparteileitung vor, zur Vorbereitung auf den 25. Jahrestag der DDR und den im selben Jahr stattfindenden 15. Gründungstag des VEB Mikromat die Gesamtgeschichte des Betriebes zu erarbeiten. Mit der Beschlußfassung durch die Betriebsparteileitung begann für die Kommission Betriebsgeschichte eine anstrengende, aber auch interessante und ergebnisreiche Tätigkeit, die ihre Krönung in der Herausgabe der Betriebsgeschichte des VEB Mikromat Dresden im Juni 1974 fand.

Zunächst war es notwendig, Zeitabschnitte und Perioden für eine chronologische Gliederung der Betriebsgeschichte festzulegen²; denn das Sammeln und Sichten von Material, ob aus dem Betriebsarchiv, aus dem persönlichen Besitz von Werk-tätigen des Betriebes oder anderen Bürgern und Funktionären, das Durcharbeiten von Veröffentlichungen, Dissertationen und anderen wissenschaftlichen Schriften, aber auch das Führen von Gesprächen mit Partei- und Arbeiterveteranen muß zielgerichtet erfolgen.

Nachdem in der Kommission darüber Klarheit bestand, daß die Betriebsgeschich-te den Zeitraum von 1848, der Gründung des ersten Vorgängerbetriebes des VEB Mikromat, bis 1973 umfassen sollte, einigten sich die Mitglieder über den bei der Forschung einzuschlagenden Weg und erarbeiteten eine vorläufige Gliederung, die durch wichtige Ereignisse in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der allgemeinen Geschichte markiert war.

Da der VEB Mikromat Dresden im wesentlichen aus vier Vorgängerbetrieben ent-standen ist, war es notwendig, die Kommission zu erweitern und ehemalige Mit-arbeiter dieser Betriebe aufzunehmen. Das bewährte sich in der weiteren Arbeit und führte des öfteren zu interessantem Meinungsstreit in der Kommission, da manche gesellschaftlichen Ereignisse in den einzelnen Betrieben durchaus unter-schiedliche Reaktionen bewirkt hatten, die in der Diskussion gewertet und für die Betriebsgeschichte formuliert werden mußten.

Für den Zeitraum bis 1945, bis zur Befreiung des deutschen Volkes vom Faschis-mus, konnten wir uns nur wenig auf das Betriebsarchiv stützen. Es war durch die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges fast völlig vernichtet. Das wenige vorhan-dene Archivmaterial mußte mit großem Zeitaufwand erst aufbereitet werden. Es war daher notwendig, Materialien des Stadt- und des Staatsarchivs Dresden sowie des Museums für Geschichte der Stadt Dresden heranzuziehen und zusätzlich Un-terlagen aus der Deutschen Bücherei in Leipzig zu beschaffen. Heute leben nur noch wenige Zeugen der geschichtlichen Prozesse aus der Zeit vor und während des ersten Weltkrieges. Noch geringer ist die Anzahl der Arbeiter, die von frü-hester Jugend an bewußt am politischen Kampf ihrer Klasse teilnahmen und auch heute noch in der Lage sind, die damaligen Ereignisse politisch einzuordnen und zu werten. Als besonders wertvoll erwies sich die Mitarbeit des Genossen Robert Richter bei der Erforschung der Betriebsgeschichte. Er wurde bereits 1908 Mit-glied des Arbeiterjugendverbandes und 1910 Mitglied der Arbeiterpartei und steht auch heute in seinem 82. Lebensjahr noch mitten im politischen Leben. Er und einige andere Parteiveteranen, wie die Genossen Fritz Heidrich, Rudi Gorogranz, Ernst Seifert und Arthur Lippoldt gaben der Geschichtskommission immer wieder interessante und wertvolle Hinweise.

Wie problematisch die Erforschung und Darstellung für die Zeiträume war, für die uns fast kein Aktenmaterial zur Verfügung stand, soll ein Beispiel zeigen. In der Zeit des Faschismus organisierten Arbeiter unter Führung der illegal arbei-tenden KPD in den Vorgängerbetrieben den Widerstand gegen die Nazi-herrschaft, halfen im Geiste des proletarischen Internationalismus den Zwangsarbeitern, ih-re Lage zu verbessern, bzw. bezogen sie in den Kampf gegen den Faschismus ein. Da all das aufgrund des faschistischen Terrors jedoch streng geheimge-halten werden mußte, schien es für viele andere Arbeiter so, als hätten die Fa-schisten in allen Vorgängerbetrieben des VEB Mikromat die Kommunisten und an-

2 Vgl. Radandt, Hans, Betriebsgeschichte schreiben - aber wie?, Berlin 1973, S. 29 = Sonderdruck aus: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 2.

dere fortschrittliche Arbeiter ausschalten und jeden Widerstand beseitigen können. Als die Kommission eine Aussprache mit Parteiveteranen durchführte, die während der Zeit des Faschismus im Betrieb gearbeitet hatten, erhielt sie den Hinweis: "Da wurde doch in den dreißiger Jahren einmal einer mit Handschellen abgeführt. Von ihm hat man nie wieder etwas gehört." Daraufhin führten Mitglieder der Kommission weitere Aussprachen, um festzustellen, um wen es sich gehandelt hatte, wo derjenige gewohnt hatte und ob noch Angehörige lebten. Die Nachforschungen führten die Mitglieder der Kommission nach Heidenau, einem Zentrum des Widerstandskampfes gegen den Faschismus. Eine Konsultation mit dem Vorsitzenden der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung Heidenau ergab dann, daß der von den Faschisten verhaftete Kommunist Alwin Höntzsch der ehemalige Betriebsangehörige war, den wir suchten. Es stellte sich heraus, daß der Vorsitzende der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Heidenau, Genosse Albert Graf, mit Alwin Höntzsch in der gleichen illegalen Gruppe gearbeitet hatte. Beide wurden von den Faschisten verhaftet und haben gemeinsam viele Jahre im KZ verbracht. Kurz vor der Befreiung vom Faschismus wurde Alwin Höntzsch wie viele andere von den Faschisten ermordet.

Aufgrund eines ähnlichen Hinweises über eine illegale Gruppe im Betrieb Großmann fand die Kommission heraus, daß in diesem Betrieb der Kommunist Georg Schilling als aktiver Widerstandskämpfer gewirkt hatte und - wie der Kommunist Paul Linde aus einem anderen Vorgängerbetrieb - von den Faschisten ermordet worden war.

Nach Erforschung des Lebens und des Kampfes dieser drei Kommunisten begann auf Beschluß der Betriebsparteileitung eine breite politisch-ideologische Öffentlichkeitsarbeit: Auszüge aus dem Manuskript der Betriebsgeschichte wurden in der Betriebszeitung veröffentlicht; der Betriebsberufsschule, dem Betriebsferienheim, dem Betriebskinderferienlager wurden in großen öffentlichen Veranstaltungen die Namen dieser ehemaligen Kommunisten und Widerstandskämpfer verliehen.

Bereits an diesem Beispiel wird deutlich, wie wichtig es ist, wenn Forschungsergebnisse sofort für die massenpolitische Arbeit genutzt werden. Damit kann erreicht werden, daß die Betriebsgeschichte nach ihrer Veröffentlichung nicht schlechthin ein Nachschlagewerk über vergangene Jahre ist, sondern ein Buch, in dem man die eigene Geschichte, die Geschichte der Klasse, bewußt nacherleben, nachempfinden und in konkrete Handlungen für die Gegenwart umsetzen kann und muß.

Trotz eifrigen Suchens waren zu manchen wichtigen Problemen keine Quellen aufzufinden. So bemühte sich die Kommission zum Beispiel sieben Jahre lang, anhand einiger erhalten gebliebener Karteikarten über ehemalige sowjetische Zwangsarbeiter, bei staatlichen Behörden und gesellschaftlichen Organisationen in der Sowjetunion herauszufinden, wer von ihnen noch lebt. Mit Wassil Sergejew zum Beispiel hatten Mitglieder der KPD unmittelbar Kontakt gehabt. Da die Karteikarten aber kaum Anhaltspunkte über die Herkunft dieser Sowjetbürger enthielten, blieben alle Nachforschungen ergebnislos. Dennoch brauchte sich diese wichtige Problematik in der Geschichte unserer Vorgängerbetriebe nicht in allgemeinen Darstellungen zu erschöpfen. Dabei half uns die Sowjetbürgerin Jakusina Maria Dimitriewna Demenko, die eines Tages im Zimmer des Parteisekretärs stand. Sie hatte während ihrer Zwangsarbeit im faschistischen Deutschland eine Dresdnerin kennengelernt, mit der sie nach Kriegsende im Briefwechsel stand. Bei ihrem ersten Besuch in der DDR im Jahre 1970 nahm sie Verbindung zum Betrieb

auf. Diesen Besuch und andere bestehende freundschaftliche Verbindungen nutzen wir in der massenpolitischen Arbeit für die weitere Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft sowie für die Erziehung zum sozialistischen Internationalismus. Letzterer drückt sich auch im freundschaftlichen Verhältnis zu den jungen ungarischen Werktätigen aus, die in weiterer Verwirklichung der sozialistischen ökonomischen Integration ihre Arbeit im Betrieb aufnehmen. Die Erinnerung an die Ausbeutung sowjetischer und anderer Zwangsarbeiter durch die Kapitalisten in der Zeit des Faschismus, die heutige Praxis der Ausbeutung von "Gastarbeitern" in den kapitalistischen Betrieben der BRD und die aufgrund der sozialistischen Produktionsverhältnisse grundsätzlich andere Situation, in der junge ungarische Arbeiter in unserem Betrieb arbeiten und leben, waren Anlaß zu mancher Diskussion über die wesentlichen Veränderungen, die sich in unserer Gesellschaft vollzogen haben.

Den größten Teil der Arbeit wandte die Geschichtskommission - das widerspiegelt sich auch in der Betriebsgeschichte - für die Zeit nach 1945 auf. Es ist für viele Werktätige des Betriebes eigene, bewußt erlebte und mitgestaltete Geschichte. Dennoch ist sie für die Jugend bereits eine Zeit des "Hörensagens".

Bestand das Problem für die Zeit vor 1945 darin, daß zuwenig Material vorhanden war, so war das für die Zeit nach 1945 gerade umgekehrt. Es war nun besser möglich, die Betriebsgeschichte als "Geschichte der ökonomischen, technischen, soziologischen, politischen, ideologischen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Betriebe sowie der in ihnen arbeitenden Menschen mit ihren Klassenorganisationen"³ zu schreiben. Die Schwierigkeit lag jetzt darin, aus der Fülle vorhandenen Archivmaterials und vieler persönlicher Erlebnisse die richtige Auswahl zu treffen und die Ereignisse im Betrieb in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung der DDR einzuordnen.

Bei der Endfassung unserer Betriebsgeschichte gaben uns vor allem auch die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED wertvolle Hinweise. Dort wurde die historische Aufgabe hervorgehoben, die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution organisch mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems zu verbinden. Das hat große politische Bedeutung auch in der Klassenauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, vor allem deshalb, weil der mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundene gewaltige Aufschwung der Produktivkräfte, die sich gleichzeitig vollziehenden qualitativen Veränderungen in der materiell-technischen Basis der Produktion, der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Kooperation und der Leitung der Produktion auf das Leben der Menschen, auf ihre Stellung und Funktion im Arbeitsprozeß, den Charakter und Inhalt der Arbeit, Bildung und Kultur usw. - auf die ganze Lebensweise - einen tiefgreifenden Einfluß ausüben.

Diesen Prozeß, der unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei vollzogen wird, in seinem widersprüchlichen, aber erfolgreichen Verlauf darzustellen und zu zeigen, wie sich immer mehr Arbeiterpersönlichkeiten herausbilden, wie sich die sozialistische Lebensweise entwickelt und die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei sich immer besser als produktiv tätige und machtausübende Klasse ausprägt, ist eine wichtige Aufgabe der Betriebsgeschichtsschreibung.

Wir ließen uns in unserer Arbeit immer davon leiten, daß es nicht schlechthin darum geht, ein nachträgliches Aufzeichnen vergangener Ereignisse und Aktivität

ten vorzunehmen, sondern vor allem eine aktive Einflußnahme auf den sich ständig vollziehenden geschichtlichen Prozeß zu erreichen.

Wie sich die Arbeit der Kommission Betriebsgeschichte unter anderem auch fördernd auf die Entwicklung sozialistischer Arbeiterpersönlichkeiten auswirkte, sei nur an zwei Beispielen dargestellt.

Die Kommission stellte zum Beispiel bei der Analysierung der Neuererbewegung fest, daß der Kollege Göhler, Mitglied der BGL, vorbildliche Neuererleistungen vollbrachte. In den Gesprächen mit ihm, mit seinem Arbeitskollektiv, bei der Einschätzung seiner Leistungen als Neuerer wurde sichtbar, daß er nicht nur für sein Tätigkeitsgebiet Neuereraufgaben realisierte, sondern daß er es vorbildlich verstand, seine Kollegen zu beeinflussen und sie in die Neuererarbeit einzubeziehen. Rudi Göhler selbst hatte bereits 114 Neuerervorschläge eingereicht, die einen Nutzen von 38 304 Mark erbracht hatten.

Als in Erfüllung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED die Neuerer im Betrieb ihre Anstrengungen verstärkten, um unter anderem dazu beizutragen, daß der VEB Mikromat Dresden in den Jahren von 1971 bis 1977 seine Warenproduktion auf 250 Prozent und die Arbeitsproduktivität auf 240,4 Prozent steigern kann, ohne zusätzliche Arbeitskräfte in Anspruch zu nehmen, wurde nicht zuletzt aufgrund der Hinweise der Geschichtskommission dem Kollegen Göhler die Leitung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft übertragen. Dazu gehörten Kollegen seines Bereiches, Ingenieure des Betriebes sowie des Forschungszentrums des Kombines aus Karl-Marx-Stadt. Als diese Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Arbeiters Rudi Göhler ihre Aufgabe gelöst hatte, stand zu Buche: durch die Entwicklung und den Bau einer Fließmontage für einen Spindelstock Senkung der Montagekosten auf zirka 40 Prozent und Steigerung der Arbeitsproduktivität auf 268 Prozent, Einsparung von 11 Arbeitskräften und ein jährlicher Nutzen von 185 108 Mark. Die bewußte und zielstrebige Förderung des Kollegen Göhler in der Arbeit, in seiner gesellschaftlichen Tätigkeit, seine Delegation zur Betriebsschule Marxismus-Leninismus führten unter anderem auch dazu, daß er Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde. Entsprechend dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates zum Wettbewerb 1973 konnte Rudi Göhler als Verdienter Aktivist ausgezeichnet werden.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie die Arbeit in der Betriebsgeschichtsforschung mit dem fachlichen und gesellschaftlichen Handeln verbunden ist, gibt der Genosse Arno Schimang, Arbeiter des Betriebes, Mitglied der Betriebsparteileitung und Bezirkstagsabgeordneter, der aufgrund seiner hohen Leistungen Anfang 1974 mit dem Karl-Marx-Orden ausgezeichnet wurde. Genosse Schimang führte als Kommissionsmitglied nicht nur Untersuchungen mit durch, sondern übte auch auf andere Werktätige erzieherischen Einfluß aus.

Ein Grundanliegen bei der Ausarbeitung der Betriebsgeschichte bestand für die Kommission auch darin, solche und andere Arbeiterpersönlichkeiten in Wort und Bild in der Betriebsgeschichte darzustellen.

Nach 1945 gab es in den verschiedenen Zeitabschnitten zahlreiche Aktivitäten der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb, deren politische Motivierung, deren Auswirkungen auf das Betriebsergebnis sowie auf die Persönlichkeitsentwicklung von Werktätigen sich sehr voneinander unterschieden. Oft entstanden sie in unmittelbarem Zusammenhang mit wichtigen gesellschaftlichen Ereignissen, wie zum Beispiel aus Anlaß des Volksentscheides in Sachsen, der Vereinigung von KPD und SPD, der Gründung der DDR, der Grenzsicherungsmaßnahmen 1961 und

nicht zuletzt anlässlich des VIII. Parteitages der SED. Bei der Darstellung der Betriebsgeschichte haben wir uns deshalb in manchen Abschnitten bewußt von der streng chronologischen Darstellung gelöst und anhand eines wichtigen gesellschaftlichen Ereignisses oder Prozesses die Gesamtentwicklung und die dabei auftretenden und zu überwindenden Probleme dargestellt. Das betrifft zum Beispiel die Entwicklung der Bündnisbeziehungen zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft, die Verwirklichung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems, die Entwicklung der Bewegung "Sozialistisch arbeiten, lernen und leben", die Förderung der Neuererbewegung als Ausdruck der führenden Rolle der Arbeiterklasse, die Festigung und Entwicklung der Freundschaft zur Sowjetunion, die Entwicklung der Beziehungen zu Betrieben sozialistischer Staaten und zu befreundeten Parteien kapitalistischer Länder sowie die ständige Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft.

Der VIII. Parteitag der SED trug mit seinen Festlegungen den Bedingungen der neuen Etappe des gegenwärtigen Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft Rechnung und löste mit seinem Beschluß über die Hauptaufgabe und das sozialpolitische Programm millionenfache schöpferische Initiativen aus. Es war deshalb notwendig und richtig, daß mit der Darstellung der betrieblichen Ereignisse zur Vorbereitung und in Auswertung des VIII. Parteitages der SED eindeutig die Kontinuität der Politik der SED gezeigt wurde und sichtbar gemacht wurde, daß sich alle Erfolge in den fünfundzwanzig Jahren der Entwicklung der DDR sowohl in der Gesellschaft als auch im persönlichen Leben jedes einzelnen Werktätigen des Betriebes nur auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse sowie unter der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der SED, vollziehen konnten.

Es ist deshalb auch ein besonderes Anliegen der Betriebsgeschichte des VEB Mikromat Dresden, zu zeigen, wie sich durch die weitere Entwicklung der Führungstätigkeit der Parteiorganisation der SED die sozialistische Demokratie im Betrieb entfaltet, wie sich durch das koordinierte Zusammenwirken der Parteiorganisation mit allen anderen gesellschaftlichen Kräften und eine zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit der sozialistische Patriotismus und proletarische Internationalismus bei den Werktätigen des Betriebes weiter ausprägt.

So zeigen wir in der Betriebsgeschichte beispielsweise, wie sich unter Führung der Parteiorganisation, organisiert von der Gewerkschaft, das Studium des Marxismus-Leninismus in den Schulen der sozialistischen Arbeit entwickelte und eine Massenbasis erhielt, welche Anstrengungen notwendig waren und welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, um zu erreichen, daß heute in allen sozialistischen Kollektiven des Betriebes Schulen der sozialistischen Arbeit bestehen.

Das Erscheinen der Betriebsgeschichte des VEB Mikromat Dresden beendete nicht die Arbeit der Kommission Betriebsgeschichte, sondern setzte neue und höhere Maßstäbe für die künftige Arbeit. Noch vor der Ausgabe der Betriebsgeschichte an alle Werktätigen des Betriebes faßte deshalb die Betriebsparteileitung einen Beschluß über die Arbeit mit und an der Betriebsgeschichte. Darin ist nicht nur festgelegt, wie die Betriebsgeschichte zukünftig in der massenpolitischen Arbeit genutzt werden soll - zum Beispiel in der Arbeit der FDJ, bei der klassenmäßigen Erziehung und Ausbildung der Lehrlinge in der Betriebsberufsschule -, sondern auch, daß es jetzt vor allem darauf ankommt, die gesammelten Erfahrungen auszunutzen und mit dem Schreiben der Betriebschronik zu beginnen sowie noch in diesem Jahr ein Traditionszimmer als sinnvolle Ergänzung zur Betriebsgeschichte und als Bestandteil der gesamten Geschichtspropaganda

im Betrieb aufzubauen. Es wurden Maßnahmen festgelegt, wie die Brigadetagebücher der sozialistischen Kollektive noch stärker für die Ergänzung der Betriebsgeschichte genutzt werden können und wie der Kampf von sozialistischen Kollektiven und der Hundertschaft der Kampfgruppe, den Ehrennamen eines Antifaschisten tragen zu dürfen, lebendige Gestalt in der Betriebsgeschichte findet.

Die Pflege, Vermittlung und Schaffung neuer revolutionärer und Arbeitstraditionen sind fester Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit jeder Parteiorganisation; die Betriebsgeschichte hat daran entscheidenden Anteil. Die Vervollkommnung sozialistischer Beziehungen zwischen den Menschen und die Herausbildung einer sozialistischen Lebensweise erfordern immer wieder, daß wir aus der vergangenen Arbeit lernen, neue Ziele und moralisch-ethische Maßstäbe für die zwischenmenschlichen Beziehungen zu setzen. Damit handeln wir im Sinne des großen Sohnes der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann, der einmal sagte: "Jubiläen sind für die Kommunisten und den klassenbewußten Teil des Proletariats nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinie für den Klassenkampf, Leitfäden für die Aktion."⁴

Im VEB Mikromat Dresden wird deshalb die ständige Arbeit an und mit der Betriebsgeschichte zu einer betrieblichen Norm. In der neuen Arbeitsordnung des Betriebes wurde festgelegt, daß jedem Werktätigen, der seine Tätigkeit im Betrieb aufnimmt, die Betriebsgeschichte überreicht wird und jeder im Traditionszimmer des Betriebes mit den revolutionären und Arbeitstraditionen der Werktätigen des Betriebes vertraut gemacht wird.

Die Ausarbeitung der Betriebsgeschichte des VEB Mikromat Dresden erforderte vor allem von den Mitgliedern der Kommission Betriebsgeschichte hohes politisches Verantwortungsgefühl und einen großen Einsatz in ihrer Freizeit.

Die wertvollen Hinweise, die Hans Radandt in seiner Broschüre "Betriebsgeschichte schreiben - aber wie?" gibt, sind uns auch bei der weiteren Arbeit in der Kommission unentbehrlich.

Jede Kommission für Betriebsgeschichte wird nur dann ihre Aufgabe erfüllen können, wenn sie die volle Unterstützung der Parteileitung der Grundorganisation der SED besitzt, ihr von dieser konkrete Aufgaben gestellt werden und sie regelmäßig über ihre Arbeit abrechnen muß. Jedes Mitglied der Kommission wird mit innerer Freude und Befriedigung diese Aufgabe erfüllen, wenn es sich immer wieder von den Worten Lenins leiten läßt: "Die klassenbewußten Arbeiter blicken, während sie ihre Bewegung voranführen, ständig auf den von der Arbeiterbewegung zurückgelegten Weg und denken stets von neuem darüber nach, ob dieser Weg der richtige ist und ob man etwas besser machen kann."⁵

4. Thälmann, Ernst, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, B. 1, Berlin 1958, S. 254.

5. Lenin, W. I., Die Einheit der Arbeiter und die "Strömungen" der Intellektuellen, in: Werke, Bd. 20, Berlin 1961, S. 293.

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

PROBLEME DER ENTWICKLUNG DER ARBEITERKLASSE IM SOZIALISMUS⁺

In den letzten Jahren zeichnen sich einige neue Tendenzen bei der Erforschung der historischen Entwicklung und Rolle der Arbeiterklasse im Sozialismus ab. Über längere Zeit hinweg war die Aufmerksamkeit der Historiker vor allem auf die Untersuchung der politischen Rolle der Arbeiterklasse, auf das Wirken der Partei und der Klassenorganisationen, auf Fragen des Klassenkampfes und der Bündnispolitik ausgerichtet. Doch die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft stellt immer neue und umfassendere Aufgaben. Je mehr nach dem Sieg der sozialistischen Revolution die Herstellung und Organisation neuer wirtschaftlicher, sozialer und politischer Beziehungen der Menschen in den Vordergrund rückten, desto dringender wurde das Bedürfnis, den historischen Untersuchungen eine größere Spannweite zu geben, die revolutionäre Wirklichkeit nicht zu eng zu sehen, nicht nur unter dem Blickwinkel revolutionärer politischer Maßnahmen. Die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse wurden nunmehr in stärkerem Maße als objektive Grundlagen für die revolutionäre Politik der Arbeiterklasse erfaßt, als die Ursache, die den weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Prozesse und die darauf einwirkende Politik bestimmt. Das führte auch zu einem tieferen Eindringen in die Problematik des Wachstums der Arbeiterklasse und des Anwachsens ihres revolutionären schöpferischen Potentials.¹

In diesem Zusammenhang ist es nicht zufällig, wenn insbesondere nach dem VIII. Parteitag (1971) Fragen der Struktur der Arbeiterklasse und ihrer Stellung innerhalb der Gesellschaftsstruktur stärker ins Blickfeld gerieten.² In der Dialektik der Beziehungen zwischen Partei und Arbeiterklasse wurde die Tatsache betont, daß die Politik der Partei, ihre Führungstätigkeit und ihre vorwärtstreibende Rolle nur dann voll verstanden werden und auch erfolgreich sind, wenn sie im Zusammenhang mit der Arbeiterklasse, ihrem quantitativen und qualitativen Wachstum und ihrer Differenziertheit gesehen werden.³

Das internationale Kolloquium zu Fragen der Entwicklung der Arbeiterklasse in Leipzig, das aus Anlaß des 25. Jahrestages der DDR stattfand, stellte einen gelungenen Beitrag dar, den Forschungsgegenstand "Arbeiterklasse im Sozialismus" in seiner Komplexität und seiner Determiniertheit vorzustellen. Das kam

+ Bericht über das internationale Kolloquium "Die Entwicklung und Rolle der Arbeiterklasse beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und bei der Schaffung der Grundlagen des Kommunismus", das von der Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Geschichte, vom 1. bis 2. 10. 1974 in Leipzig veranstaltet wurde.

1 Siehe auch Diehl, Ernst/Wimmer, Walter/Zimmermann, Fritz, Erfahrungen und Erfordernisse, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 3/1972, S. 364 ff.

2 Siehe dazu auch Bensing, Manfred, Die Entwicklung der Arbeiterklasse der DDR beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als Gegenstand historischer Forschung, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 11, Berlin 1974, S. 127.

3 Hager, Kurt, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED. Referat auf der Ta-

nicht nur in den beiden Hauptreferaten von Bensing (Leipzig)⁴ und Gaponenko (Moskau)⁵ sowie in den zahlreichen Diskussionsbeiträgen⁶ zum Ausdruck, sondern auch in der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises des Kolloquiums, der verschiedene wissenschaftliche Disziplinen - Historiker, Philosophen, Soziologen, Ökonomen und Pädagogen - umfaßte.

Bensing versuchte in seinem Hauptreferat, den Gegenstand für die Erforschung der Arbeiterklasse im Sozialismus definitorisch abzustecken. Dabei ging er von einem viergeteilten Forschungsfeld aus. Als ersten Aspekt nannte er die schöpferische revolutionäre Wirklichkeit, das Wirken der Partei und der Klassenorganisationen der Arbeiterklasse, die Darstellung der Arbeiterklasse als herrschende und führende Klasse. Dieser Aspekt, im wesentlichen Gegenstand der Geschichte der Arbeiterbewegung, ist in der Literatur der DDR bisher am häufigsten behandelt worden.

Als zweiten Aspekt bezeichnete Bensing das Profil und die Struktur der Arbeiterklasse, die Darstellung der Arbeiterklasse auf ihrer ökonomischen Grundlage, der Großindustrie. Im weitesten Sinne lassen sich unter diesem Aspekt die materiellen Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit erfassen, insbesondere die Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die Arbeitsteilung und die Arbeitsorganisation. Diese Seite der Klassenentwicklung ist von der Geschichtswissenschaft der DDR bisher nur in geringerem Maße untersucht worden.

Als dritten Aspekt führte Bensing die Prozesse an, die mit dem Fortschreiten der Arbeiterklasse zu immer festerer politischer und sozialer Einheit, mit der Reduzierung und schließlichen Überwindung der sozialpolitischen Unterschiede im Bestand der Klasse, verbunden sind. Diese Prozesse spiegeln die objektiven und subjektiven Bedingungen der Entwicklung der Arbeiterklasse wider. Sie drücken sich im Grad der Bewußtheit, der Organisiertheit der Arbeiterklasse aus. Sie sind in den Prozeß der Annäherung der Klassen und Schichten im Sozialismus eingebettet und bestimmen diesen.

gung der Gesellschaftswissenschaftler am 14. Oktober 1971 in Berlin, Berlin 1971, S. 18, 22.

- 4 Bensing, Manfred, Die Arbeiterklasse der DDR als Gegenstand historischer Forschung.
- 5 Gaponenko, L. S., Methodologische Probleme der Erforschung der sowjetischen Arbeiterklasse.
- 6 Insgesamt wurden 16 Diskussionsbeiträge gehalten. Einige weitere Beiträge, die schriftlich vorlagen, konnten wegen Zeitmangels nicht vorgetragen werden. Einige Themen, zu denen Thesen vorlagen, seien genannt: Tel'puhovskij, V. B., Die Arbeiterklasse im entwickelten Sozialismus. Eine Literaturübersicht; Ežov, V. A., Die Zusammenarbeit der Arbeiter der Sowjetrepubliken beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus; Dittrich, Gottfried, Zur Rolle zweigstruktureller Veränderungen bei der Durchsetzung der sozialistischen Grundstruktur der Arbeiterklasse der DDR während der sozialistischen Revolution; Senjavskij, S. L., Platz und Rolle der Arbeiterklasse der UdSSR beim sozialen Fortschritt der Sowjetgesellschaft; Poletaev, V. J., Probleme der Methodologie und Methodik bei der Untersuchung der Sozialstruktur der sowjetischen Arbeiterklasse; Mühlfriedel, Wolfgang, Zur Rolle der Arbeiterklasse bei der Gestaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR seit dem Beginn der 60er Jahre; Strützel, Dieter, Kultur der Arbeiterklasse - Kultur des Sozialismus.

Als vierten Aspekt hob Bensing schließlich die Herausbildung der Arbeiterklasse der DDR als eine Abteilung der Arbeiterklasse der sozialistischen Staatengemeinschaft hervor. Dabei geht es meines Erachtens vor allem um die Entfaltung des internationalistischen Wesens der sozialistischen Produktionsverhältnisse und des Internationalismus der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsbeziehungen⁷, darum, daß dadurch auch auf dem Gebiet der Entwicklung der Arbeiterklasse neue Prozesse in Gang gesetzt werden und sich ein qualitativ neuer Typ des Arbeiters herausbildet.⁸ Dieser Aspekt ist insofern von besonderer Bedeutung, als er von vornherein eine enge nationale Betrachtung der Arbeiterklasse ausschließt und von den Zusammenhang zwischen nationaler und internationaler Entwicklung orientiert.

Ežov (Leningrad) wies ebenfalls auf verschiedene Aspekte bei der Untersuchung der Arbeiterklasse im Sozialismus hin. Dabei ging er vom ökonomischen Aspekt aus und stellte dann den politischen, den sozialen und den ideologischen Aspekt dar. Zweifellos wird die Klärung der Frage, welcher Ausgangspunkt bei der Betrachtung der verschiedenen Aspekte gewählt wird und wie diese Aspekte miteinander verknüpft sind, von der Zielstellung der jeweiligen Untersuchung abhängen. Zur Erfassung der objektiven Struktur der Arbeiterklasse wird man aber auf jeden Fall von den ökonomischen Verhältnissen ausgehen müssen, von den Eigentumsverhältnissen, von der Stellung der Menschen zu den Produktionsmitteln. Gleichzeitig wird man diese Verhältnisse in ihrer Wechselwirkung mit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, mit der Stellung der Menschen in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit zu sehen haben. So rückte zum Beispiel Taubert (Berlin) die sozialistischen Eigentumsverhältnisse in den Mittelpunkt seines Diskussionsbeitrages und zeigte, daß sie nicht nur die Grundlage für die Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten, sondern auch innerhalb der Arbeiterklasse sind. Erst in der Wechselbeziehung zu den Eigentumsverhältnissen erlangen andere Merkmale, wie die Stellung des Menschen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, ihre klassenbestimmende Bedeutung.

Eine lebhafte Diskussion entspann sich um den Begriff der "revolutionären Selbstveränderung" der Arbeiterklasse. Bensing hatte diesen bereits von den Klassikern des Marxismus-Leninismus geprägten Begriff aufgenommen. Nach seiner Meinung wird damit ein Wesenszug (bzw. ein allgemeines Merkmal) der Arbeiterklasse erfaßt. Die Veränderung der Arbeiterklasse in ihren Erfolgen impliziere den untrennbaren Zusammenhang von Klasse und Partei.

Pawula (Leipzig) bezweifelte, ob es sinnvoll sei, diesen Begriff zu verwenden. Er führte aus, daß es keine Veränderung der Klasse gäbe, wenn sie sich nicht in der Einheit von Partei und Klasse vollziehe. Andere Redner (Taubert, Griep) erkannten durchaus die Fruchtbarkeit dieses Begriffs an; denn mit seiner Hilfe ließen sich die "Selbstbefreiung" der Arbeiterklasse und deren Fähigkeit, nach dieser "Selbstbefreiung" einen neuen Charakter der Arbeit auszuprägen und alle anderen Klassen und Schichten an sich heranzuziehen, nachweisen (Griep, Bernau).

7 Vgl. Kohlmeier, Gunther, Vergesellschaftung und Integration im Sozialismus, Berlin 1973, S. 34.

8 Siehe auch Bensing, Manfred, Die Entwicklung der Arbeiterklasse der DDR ..., a. a. O., S. 137; derselbe, Wachstum der Arbeiterklasse der DDR als Forschungsgegenstand, in: Universitätszeitung Karl-Marx-Universität, Nr. 34, 1974.

Der Begriff der "Selbstveränderung" ermöglicht es, sehr klar zu unterscheiden zwischen Veränderungen, die durch von außen auf die Klasse einwirkende Faktoren, insbesondere die Entwicklung der Produktivkräfte unter sozialistischen Produktionsverhältnissen, und durch gewissermaßen von innen, insbesondere aufgrund des dialektischen Verhältnisses von Partei und Klasse wirkende Faktoren verursacht werden. Je weiter sich die sozialistische Gesellschaft entwickelt, desto mehr wird sie dem Prozeß der "Selbstveränderung" unterworfen, wobei diese "Selbstveränderung" gerade darin besteht, das Element des Spontanen in der Entwicklung der Arbeiterklasse zurückzudrängen, ihre Entwicklung immer mehr in den Bereich der bewußten, planmäßigen Gestaltung zu heben.

Natürlich würde es bedeuten, auf voluntaristische und idealistische Positionen abzugleiten, wollte man diesen Prozeß der "Selbstveränderung" völlig von den von außen wirkenden Faktoren trennen. Gerade von der Erkenntnis der äußeren, objektiven Faktoren hängen der Reifegrad des subjektiven Faktors, der Partei, und sein Einwirken auf die Arbeiterklasse ab. Deshalb wurde auch immer wieder auf die gesellschaftlichen Verhältnisse als die objektiv gegebenen Voraussetzungen für die Entwicklung der Arbeiterklasse hingewiesen.

Die "Selbstveränderung" der Arbeiterklasse drückt sich in dem Prozeß aus, den Senjavskij (Moskau) unter Berufung auf Marx und Engels an die erste Stelle setzte: Die Arbeiterklasse beseitigt die bürgerliche Klassenherrschaft nicht, um die eigene Klassenherrschaft zu verewigen, sondern um alle Klassenunterschiede zu beseitigen, um die soziale Gleichartigkeit der Gesellschaft herzustellen. Damit wurde ein Problem auf die Tagesordnung gesetzt, auf das auch eine Reihe anderer Konferenzteilnehmer hinwies.

Zweifellos besteht die Haupttendenz der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft darin, daß sie immer einheitlicher und geschlossener wird⁹, daß sich die Klassen und Schichten, aber auch die sozialen Gruppen innerhalb der Klassen einander immer mehr annähern. Doch dieser Annäherungsprozeß verläuft keineswegs geradlinig. Er ist mit der Veränderung der sozialen Natur der Arbeiterklasse verbunden. Gaponenko führte in seinem Hauptreferat verschiedene Meinungen an, die im Zusammenhang mit dieser Problematik bestehen. Entweder werde der Prozeß der Annäherung mit der Formierung neuer Züge der Arbeiterklasse (bzw. der Herausbildung einer neuen Arbeiterklasse) oder mit dem Verschwinden spezifischer klassenmäßiger Kennzeichen in Zusammenhang gebracht. Schließlich gebe es auch Auffassungen, daß die Arbeiterklasse alle anderen Klassen und Schichten in sich aufnehme.

Doch der Sozialismus ist die Gesellschaft, die zum allmählichen Absterben der Klassen führt. Deshalb entstehen keine neuen Klassen. Einige Klassen, die Ausbeuterklassen, werden beseitigt. Andere, die werktätigen Klassen, verändern grundlegend ihre Natur und ihren Inhalt. Die Arbeiterklasse, indem sie sich nach dem Sieg des Sozialismus in die politisch und ökonomisch herrschende Klasse verwandelt, verliert einige ihrer Klassenzüge. Sie bewahrt, verwandelt und entwickelt andere ihrer Klassenzüge. Das bedeutet zugleich, daß die Arbeiterklasse

9 Neueste Hinweise dazu finden sich in der Rede L. I. Breshnews vor Wählern des Bauman-Wahlbezirks der sowjetischen Hauptstadt anlässlich der Wahlen zum Obersten Sowjet im Juni 1974 (siehe *Vse dlja blaga naroda, vo imja sovjetskogo čeloveka. Vstreča izbiratelej s L. I. Brežnevom. Reč' tovarišča L. I. Brežneva*, in: Pravda, 15. 6. 1974).

der sozialistischen Gesellschaft Erbe des Proletariats der kapitalistischen Klassengesellschaft ist und daß ihre sich verändernden und entwickelnden Züge nur auf dieser Grundlage erklärt werden können.¹⁰

Zugleich entwickeln sich auf der Grundlage der führenden Rolle der Arbeiterklasse, auf der Grundlage der spezifischen Besonderheiten der Arbeiterklasse als der Hauptkraft in den entscheidenden Zweigen der materiellen Produktion und als des Trägers der kommunistischen Ideologie, auch neue Züge der Klasse der Genossenschaftsbauern und der Schicht der Intelligenz. Die Herausbildung gemeinsamer Züge dieser Klassen und Schichten beruht auf gegenseitiger Bereicherung.¹¹ Es ist ein Prozeß, der die Dialektik von Annäherung und ungleichmäßiger Entwicklung, nicht nur der verschiedenen Klassen und Schichten, sondern auch einzelner Gruppen innerhalb der Klassen und Schichten, zum Ausdruck bringt.

Poletaev (Moskau) ging in seinem Diskussionsbeitrag ebenfalls auf die Herausbildung einer sozial gleichartigen Gesellschaft ein. Er unterstrich dabei die Bedeutung, die die Frage der Grenzen zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten hat. Der Prozeß der Annäherung könne nicht genau untersucht werden, wenn in dieser wichtigen Frage keine Klarheit existiere. In der ungenügenden theoretischen Erfassung dieser Frage sah er auch eine Ursache für falsche Schlußfolgerungen, so zum Beispiel, wenn die gesamte Intelligenz oder ein Teil der Intelligenz in die Arbeiterklasse einbezogen wird. Das führe zur manchmal unbeabsichtigten Negierung der führenden Rolle der Arbeiterklasse.

Kritisch vermerkte Poletaev auch, daß die Entwicklung der Sozialstruktur in den verschiedenen Etappen der sozialistischen Gesellschaft unzureichend erforscht worden sei, daß zwar Fragen allgemeentheoretisch aufgeworfen, aber zuwenig anhand historisch-konkreten Materials analysiert würden. In diesem Zusammenhang ging Poletaev auch auf die Bedeutung der Betriebsgeschichte ein. Gerade durch die Betriebsgeschichtsschreibung könne die konkret-historische Sozialforschung auf ein höheres Niveau gehoben werden. Im Betrieb ist ein fest umgrenztes Arbeitskollektiv Ausgangspunkt der Forschungen. Am Beispiel der betrieblichen Arbeitskollektive ist es möglich nachzuweisen, wo sich neue Qualitäten der Arbeiterklasse herausbilden.

Die wesentlichsten Gedanken Poletaevs tauchten auch in anderen Kolloquiumsbeiträgen (zum Beispiel bei Griep) auf. Sie berühren das Problem der heute bestehenden Formen der Produktionsorganisation und deren Weiterentwicklung. In den heute bestehenden Formen gilt das bisherige Prinzip der Arbeitsteilung, der unterschiedlichen Rolle des einzelnen in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, wie es sich aus dem Zusammenhang mit der Klassen- und Schichtstruktur der sozialistischen Gesellschaft ergibt. Es gibt zwei Untergliederungen: einmal Arbeiter in der Industrie und der Landwirtschaft und zum anderen Personen der geistigen und physischen Arbeit. Innerhalb der Kollektive existiert eine ebenfalls

10 Vgl. dazu Senjavskij, S. L./Tel'puchovskij, V. B., Rabočij klass SSSR (1938-1965), Moskau 1971, S. 16 f. (Die deutsche Ausgabe lag dem Verfasser bei Abschluß des Berichts noch nicht vor.)

11 Kokaeva, T. I., in: Vestnik Moskovskogo universiteta, Serie 13: Teorija naučnogo komunizma, Nr. 1/1973.

eng mit dieser Klassen- und Schichtstruktur verbundene berufsmäßige und innerbetriebliche Arbeitsteilung.¹²

Unter diesem Blickwinkel ist es besonders wichtig zu verfolgen, welche Ansätze zur Entstehung qualitativ neuer Typen und Formen der Organisation der Produzenten vorhanden sind, welche Ansätze es gibt, die bestehende Teilung zwischen den Menschen zu überwinden. Die Produktionskollektive bilden den Kern einer Entwicklung, die uns die Perspektive zeigt, die Herausbildung gesamtgesellschaftlicher Organismen, so wie sie einst mit der Umwandlung der Klassen- und Schichtstruktur der sozialistischen Gesellschaft in eine Gesellschaft von Arbeiterassoziationen verbunden sein wird.

Selbstverständlich ist es nicht möglich, hier auf alle erörterten Probleme einzugehen. Ein besonderes Anliegen des Kolloquiums war es zweifellos zu diskutieren, in welchem Umfang die Forschungen praxiswirksam gemacht werden können. So sprach der Vertreter des Lehrstuhls für Methodik des marxistisch-leninistischen Geschichtsunterrichts, Kiebs (Leipzig), zum Problem der Rezeption des Forschungsgegenstandes im Geschichtsunterricht. Das Thema der Konferenz sei Geschichtsstoff der oberen Klassen. Das Vorgetragene könne den Geschichtsunterricht qualitativ bereichern. Der Jugendliche müsse die Ideale der Arbeiterklasse verstehen, sie in seine Erfahrungswelt einordnen. Nur auf diese Weise sei es möglich, ein sozialistisches Selbstbewußtsein zu entwickeln und die Einordnung in das Gruppenkollektiv zu erreichen. Der sozialistische Mensch bilde sich nicht von selbst, sondern im Schoße der Arbeiterklasse im Verlaufe ihrer Selbstveränderung.

Aufmerksamkeit verdient auch das Schlußwort, in dem Bensing unter anderem ankündigte, daß demnächst in einigen Großbetrieben theoretische Konferenzen zum Problem der Arbeiterklasse im Sozialismus stattfinden würden. Dabei nannte er als Thema "Die Entwicklung der Führungsqualitäten der Arbeiterklasse und ihrer Partei in den letzten drei Jahrzehnten". Zu dem umstrittenen Begriff "Selbstveränderung der Arbeiterklasse" bemerkte Bensing, daß man zweifellos über seine Anwendung und den Stellenwert, den er einnehme, noch nachdenken müsse. Auf keinen Fall dürfe damit der Eindruck erweckt werden, als verändere sich die Klasse ohne Führung der Partei; sondern im Gegenteil: Jede qualitative Höherentwicklung der Arbeiterklasse beginnt in der Partei und hängt wesentlich von ihrer Reife, ihrer Kampfkraft und ihrer Fähigkeit zu führen ab.¹³

Es bleibt zu wünschen, daß die geplante Veröffentlichung des Protokolls des Kolloquiums recht bald realisiert wird.

Horst Handke

¹² Vgl. dazu Kommunizm i social'nyj progress, unter der verantwortl. Redaktion v. V. J. El'meev u. A. P. Kazakov, Leningrad 1973, S. 178 f.

¹³ Bensing, Manfred, Die Entwicklung der Arbeiterklasse der DDR ..., a. a. O., S. 132.

ÜBERBEVÖLKERUNG UND UNTERENTWICKLUNG

Anlässlich des von der UNO deklarierten Weltbevölkerungsjahres 1974 veranstaltete die Universität Helsinki, Institut für Entwicklungsforschung, vom 4. bis 5. Oktober 1974 ein Seminar, an dem auch zwei Wissenschaftler aus Schweden und einer aus der DDR teilnahmen. Insgesamt wurden dort sechs Referate gehalten:

1. Projektierung der Bevölkerungsbewegung und Bevölkerungswachstum (Erland Hofsten, Schweden),
2. Überbevölkerung und Unterentwicklung in den Entwicklungsländern (Parviz Khalatbari, DDR),
3. Theorie und Praxis der Familienplanung (Kimmo Leppo, Finnland),
4. Dialektik der Sterblichkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung (Kari Poikolainen, Finnland),
5. Migration im englischsprachigen Afrika unter besonderer Berücksichtigung Tansanias (Bertil Egerö, Schweden),
6. Die Geographie des Hungers und die Unterentwicklung (Kerkko Hakulinen, Finnland).

Erland Hofsten wies in seinem Referat zunächst auf die Lückenhaftigkeit der statistischen Daten in den Entwicklungsländern hin. Er wandte sich grundsätzlich gegen die Auffassungen, die mit Hilfe dieser Daten eine Bevölkerungsentwicklung in den Entwicklungsländern beweisen wollen. Dort sei ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Die Bevölkerungsentwicklung, die die qualitativen Aspekte zum Ausdruck bringt, könne nicht aus den lückenhaften statistischen Daten abgeleitet werden. Hofsten wies auf die zunehmende Beschäftigungslosigkeit und die Unterbeschäftigung in den Entwicklungsländern hin und schlußfolgerte, daß die Lösung der Probleme in der Änderung der sozialen Verhältnisse liege, die der Bevölkerungsentwicklung im Wege stehen.

Parviz Khalatbari behandelte in seinem Referat die Überbevölkerung als einen historischen Prozeß. Das expandierende Kapital habe seit der Kolonialzeit die demographischen Prozesse in den Kolonien stark beeinflußt. Durch den Wirkungsmechanismus des Kapitals sei die Sterberate systematisch gesenkt worden, während die Geburtenrate konstant geblieben sei. Khalatbari stellte fest, daß es falsch wäre, wenn man die Überbevölkerung vom Mechanismus des Bevölkerungswachstums schlechthin ableiten wollte. Politökonomisch betrachtet, sei dieser Prozeß auf den Wirkungsmechanismus des Mehrwertgesetzes zurückzuführen. Der in den Kolonien erzeugte Mehrwert sei hauptsächlich in den Metropolen akkumuliert worden. Die wachsende Bevölkerung der Kolonien habe dabei keine entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten finden können. Dadurch sei ein immer weiter wachsender Teil der Bevölkerung außerhalb der reproduktiven Bedingungen der Wirtschaft geblieben. Diese Wirkung des Mehrwertgesetzes sei bis heute erhalten geblieben und regeneriere eine kumulative Überbevölkerung in den Entwicklungsländern. Nur wenn die Wirkungsbedingungen dieses Gesetzes aufgehoben und die konservierten rückständigen sozialen Verhältnisse verändert werden, könne diese Frage gelöst werden.

Kari Poikolainen ging in seinem Referat davon aus, daß die Sterblichkeit als ein Indikator für die Entwicklung gilt. Die bisher vorhandenen Kenntnisse über die Wechselbeziehungen zwischen Sterblichkeit und Entwicklung seien noch unvollkommen, und man sei noch nicht genügend über die Determinanten der Sterblichkeit informiert. Poikolainen hielt die Ursache für den Rückgang der Sterberaten in den Entwicklungsländern für noch nicht geklärt. Die Bekämpfung der Epidemien könne diesen Rückgang nur teilweise erklären. Poikolainen sah zwischen der Sterblichkeit und der Ernährung der Menschen (besonders der Frauen und Kinder) eine Korrelation, die von den Wissenschaftlern oft unterschätzt werde. Rein experimentell gesehen, habe die Verbesserung der Nahrungsmittelsituation einen Primäreffekt beim Rückgang der Sterblichkeit. Ob dieser Faktor beim rapiden Rückgang der Sterbeziffer in den Entwicklungsländern eine entscheidende Rolle gespielt hat, stellte der finnische Wissenschaftler in Frage. Die katastrophale Ernährungssituation in den Entwicklungsländern vereinbare sich nicht mit dem rapiden Rückgang der Sterbeziffer. Poikolainen stellte die Frage, ob nicht ein anderer, bis jetzt unbekannter Faktor die entscheidende Rolle spiele.

Bertil Egerö gab einen informativen Bericht über den Migrationsprozeß in Tansania. Er erläuterte anhand von Landkarten die Richtung der Migration besonders nach den Industriegebieten.

Die Diskussion über die verschiedenen Referate war sehr unterschiedlich. Die Anwesenden (meist junge Assistenten und Studenten der Universität Helsinki) beteiligten sich in der Diskussion lebhaft an den Bemühungen um eine marxistische Interpretation der Probleme.

Parviz Khalatbari

TECHNIK, ÖKONOMIE UND WISSENSCHAFT IM
19. JAHRHUNDERT

Aufbauend auf den Ergebnissen der gemeinsamen Kolloquien des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR und des Historischen Instituts der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, die sich im Jahre 1969 in Budapest mit Fragen der Industriellen Revolution und 1971 in Quedlinburg mit dem Thema "Die Entwicklung der Landwirtschaft unter den Bedingungen der Industriellen Revolution und der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus und Sozialismus" befaßten¹, traten am 11. und 12. Juli 1974 in Budapest die Delegationen der beiden Institute unter Leitung von Akademiemitglied S. P. Pach (Budapest) und Akademiemitglied W. Jonas (Berlin) erneut zusammen.

Damit wurde die nun schon zur Tradition gewordene Kooperation der Wirtschaftshistoriker der beiden Länder, die dem Austausch von Forschungsergebnissen und der Diskussion von grundsätzlichen theoretischen Problemen dient, fruchtbar fortgesetzt.

Das dritte Kolloquium beschäftigte sich mit der Rolle von Technik, Ökonomie und Wissenschaft im 19. Jahrhundert bei der Umgestaltung der Industrie und der Landwirtschaft und den damit in Verbindung stehenden gesellschaftlichen Prozessen sowohl in den deutschen Staaten als auch in Ungarn und darüber hinaus in West-, Ost- und Südosteuropa.

Die Diskussionsgrundlage für den Teil des Kolloquiums, der sich vorrangig mit den Umwälzungen in der industriellen Produktion beschäftigte, bildeten die Hauptreferate von Wolfgang Jonas (Berlin) "Zu einigen Fragen der Wechselbeziehung von Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und der Technikpolitik des Staates in Deutschland im 19. Jahrhundert", von György Ránki (Budapest) "Die gesellschaftlichen Probleme der Anwendung der modernen Technik in Osteuropa im 19. Jahrhundert" sowie die Kurzreferate von Jürgen Kuczynski (Berlin) "Probleme der Wissenschaftsentwicklung im 19. Jahrhundert", von P. Valentiny (Budapest) "Ökonomie und Technik in der Elektroindustrie im 19. Jahrhundert" und von A. Walter (Budapest) "Textiltechnische Neuerungen in der Industriellen Revolution".

Die Vorträge stellten die Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede in der Entwicklung der Industriellen Revolution in den genannten Teilen Europas dar und schärften so den Blick für die Ursachen der zum Teil erheblichen Abweichungen im Verlauf dieses die gesamte Gesellschaft umwälzenden Prozesses. So ist die von Ránki vertretene und begründete Auffassung, wonach sich die Unterschiede im zeitlichen Ablauf und der Intensität der industriellen Entwicklung in Ost- bzw. in Westeuropa nicht erst im 19. Jahrhundert, sondern bereits Jahrhunderte früher, im Zusammenhang mit der Refeudalisierung und der zweiten Leibeigenschaft,

1 Vgl. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 1, S. 225 ff.

angebaut hätten, gewiß auch zur Erklärung des unterschiedlichen Verlaufs der Industriellen Revolution in den deutschen Staaten, ja selbst innerhalb Preußens von Interesse.

Die außerordentlich lebhaft und vielschichtige Diskussion, die naturgemäß nur partiell wiedergegeben werden kann, war wesentlich bestimmt durch die in den Hauptreferaten von Jonas und Ránki aufgeworfene und in den Kurzreferaten und Diskussionsbeiträgen spezifizierte und konkretisierte Problematik der Rolle der Produktionsverhältnisse - einschließlich aller gesellschaftlichen und rechtlich-institutionellen Faktoren - für den Verlauf der Industriellen Revolution in den verschiedenen Ländern und Ländergruppen.

In diesem Zusammenhang spielten in der Diskussion die Bewertung des Nutzens, der Möglichkeit und der Bedeutung des Imports von maschineller Technik, technischen Kadern, technischem Wissen usw. aus den fortgeschrittenen in die zurückgebliebenen Länder eine beachtliche Rolle. Der unterschiedliche Reifegrad der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, der sich zum Beispiel auf die Kapitalakkumulation und die Herausbildung des inneren Marktes auswirkte, verursachte nicht nur eine Phasenverschiebung im zeitlichen Ablauf der Industriellen Revolution, sondern auch voneinander abweichende Bewertungen des anzustrebenden - und ökonomisch tragbaren - Standards der Produktionstechnik, der technischen Bildung und Ausbildung usw. Während sich die deutschen Staaten - und hier vor allem Sachsen und Preußen - in erster Linie am englischen und französischen, zum Teil auch am belgischen, schweizerischen und amerikanischen Vorbild orientierten, waren die Länder Ost- und Südosteuropas in beachtlichem Maße auf die deutschen Staaten, auf Österreich und Böhmen ausgerichtet. Das galt für den Maschinenimport ebenso wie für die Anwerbung technischer Kader und die Aneignung technischen Wissens. Die Ursachen dafür dürften sowohl in den günstigeren räumlichen Relationen und der leichteren Überwindung der Sprachbarriere als auch in dem früheren Einsetzen der Industriellen Revolution im mitteleuropäischen Raum und den von hier ausgehenden und möglichen Aktivitäten des Technikexports liegen. Auch in den deutschen Staaten spielte besonders zu Beginn der Industriellen Revolution die Nutzung ausländischer - vorrangig englischer - Arbeitskräfte eine beachtliche Rolle. In der ersten Entwicklungsphase der Industrie in Ungarn - die ja wesentlich später als in den deutschen Staaten begann - war der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte jedoch ungleich höher als in den deutschen Staaten. Ránki bezifferte ihn für Ungarn in der Gesamtindustrie mit 25 Prozent, für die Eisenindustrie und den Maschinenbau sogar mit 35 Prozent. In der preußischen Industrie dagegen muß schon ein kurzzeitiger Anteil von 10 Prozent ausländischer Facharbeiter im Maschinenbau als extrem hoch angesehen werden. Die Ursachen dafür sind im niedrigen Reifegrad der bürgerlichen Produktionsverhältnisse zu suchen, aber auch darin, daß, international gesehen, zur Zeit des Beginns der Industriellen Revolution in Ungarn schon ein relativ hoher technischer Standard gegeben war. Etwas günstiger gestaltete sich im Vergleich dazu die Herausbildung einer nationalen ungarischen technischen Intelligenz und eines entsprechenden technischen Bildungswesens; einerseits durch die Verbindung Ungarns mit dem Schul- und Hochschulwesen Österreichs, das ein hohes Niveau aufwies, zum anderen durch die relativ frühe Einrichtung einer eigenen ungarischen technischen Hochschule (1868). Dennoch mußte sich die ungarische technische Intelligenz in der Ausbildung und Weiterbildung viel stärker der Fremdsprachen bedienen, als dies für die Ingenieure und Techniker in den deutschen Staaten der Fall war.

Außerordentlich kompliziert - bedingt durch die Zurückgebliebenheit der Produktionsverhältnisse - war die Herausbildung des Facharbeiterstammes und der technischen Intelligenz in den Balkanländern.

Die immense Bedeutung des Niveaus der bürgerlichen Produktionsverhältnisse für den Verlauf der Industriellen Revolution und für den Technikimport wurde sowohl im Vortrag von Jonas wie auch in der sich daran anschließenden Diskussion unterstrichen. Der Referent stellte zwar keineswegs die Bedeutung der der Bourgeoisie in den deutschen Staaten gewährten staatlichen Unterstützungen in Form von Dotationen, Krediten, Maschinenverleihungen, durch die Patentgesetzgebung, das technische Bildungs- und Informationswesen usw. grundsätzlich in Frage. Es wurde aber deutlich, daß die gewährten staatlichen Unterstützungen, deren Umfang in der Vergangenheit überschätzt wurde und in einem Teil der bürgerlichen Literatur weiterhin überbetont wird, unter den gegebenen Produktionsverhältnissen besonders in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts uneffektiv bleiben mußten. Zu den generellen Hemmnissen, die der Industriellen Revolution durch das Ausbleiben einer siegreichen bürgerlich-demokratischen Revolution, durch den preußischen Weg der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, durch die zahlreichen Rudimente feudaler Provenienz in Basis und Überbau, durch die zögernde Entwicklung des inneren Marktes, das Fehlen eines Nationalstaates usw. entgegenstanden, kam noch, daß die Förderung der neuen Produktivkräfte in den deutschen Staaten noch in den Händen einer von feudalen Denk- und Handlungsweisen geprägten Staatsbürokratie lag. Sie war zwar bereit, die technische Umgestaltung des Produktionsapparates zu fördern, nicht aber die für die technische Entwicklung notwendigen Veränderungen in den Produktionsverhältnissen, im Überbau zu forcieren.

Folgerichtig flossen das vorhandene Kapital und die Arbeitskräfte nur stockend in die Industrie, wurden der Mechanisierung der Produktion zahlreiche hemmende und verzögernde Beschränkungen bürokratischer Art auferlegt, erwies sich der Staat als unfähig, selbst Dinge wie das Patentrecht, das Maß- und Gewichtssystem der technischen Entwicklung gemäß zu gestalten. Diese Situation beeinflusste auch das Schulwesen und das technische Bildungs- und Weiterbildungswesen negativ. Selbstverständlich gewann das Schulwesen usw. unter dem Druck der Bourgeoisie an Qualität, bis zu den fünfziger Jahren strömten aber die besten Schüler nicht in die Industrie, nicht zu den modernsten Produktivkräften, sondern in das Handwerk. Ein ähnlicher Trend läßt sich für die Provinzialgewerbeschulen feststellen. Zum anderen wies Jonas nach, daß das 1821 gegründete Königliche Gewerbeinstitut in Berlin - solange es sich in den Händen der technischen Beamten des preußischen Staates befand, das heißt über Jahrzehnte - in seiner Tätigkeit nur sehr bedingt den Anforderungen der maschinellen Großproduktion entsprach.

Diese Einschätzung des Bildungswesens wurde im Rahmen der grundsätzlichen Ausführungen von Jürgen Kuczynski zum Wandel des Verhältnisses der Wissenschaft als Produktivkraft und als Herrschaftskraft vollauf bestätigt. Kuczynski zeigte, daß erst in der zweiten Hälfte der Industriellen Revolution, also in dem Moment, als die handwerkliche Erfahrung sich als unzureichend erwies, komplizierte Maschinen zu bauen und effektiv zu nutzen, die Wissenschaft zur Produktivkraft wurde und damit - neben ihrer Funktion, als Herrschaftskraft zu wirken - eine weitere Funktion in der Gesellschaft übernahm. Gleichzeitig machte Kuczynski - in Anlehnung an Karl Marx - darauf aufmerksam, daß die Wissenschaft als Herrschaftskraft seit etwa 1830 zunehmend apologetischer wurde, an Wirksamkeit so lange verlor, bis in Gestalt der wissenschaftlichen Weltanschauung

der Arbeiterklasse eine neue Wissenschaft, der Marxismus, entstand, dessen Herrschaftskraft 1917 mit der Oktoberrevolution zur Wirksamkeit kam.

In diesem Gesamtzusammenhang waren die Darlegungen von Walter durchaus von Interesse. Er wies an den für die Industrielle Revolution typischen Textilmaschinen, wie der Spinning-Jenny, der Mule- und der Waterframe, der Druckmaschine usw., nach, daß diese Maschinen, technisch gesehen, keineswegs Umwälzendes darstellten, sondern technisch geringfügig verbesserte Mechanismen waren, deren Funktionsprinzipien bereits das Mittelalter kannte.

Dadurch wurde die Diskussion auf die Problematik der verschiedenen Qualität technischer Umwälzungen, auf die Gebundenheit des technischen Fortschritts an bestimmte Produktionsverhältnisse und eine entsprechende Ökonomik sowie überhaupt darauf gelenkt, daß nicht jede - auch grundlegende - technische Veränderung geeignet ist, eine revolutionäre Umwälzung des Gesamtsystems der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse herbeizuführen.

Nur so wird es auch erklärbar, daß die von Walter genannten Maschinen erst am Ende des 18. Jahrhunderts - und später - Eingang in die Produktion fanden und jenen Prozeß auslösten, den die Industrielle Revolution beinhaltet: die totale technische Umwälzung der Produktion, der Ökonomie und der Produktionsverhältnisse einschließlich der Klassenstruktur.

Der zweite Teil des Kolloquiums war vorrangig den Problemen der Agrargeschichte gewidmet. Jürgen Kuczynski ging in dem bereits referierten Vortrag auch auf die Entwicklung der Produktivität in Industrie und Landwirtschaft ein und verglich die langfristigen unterschiedlichen Entwicklungstendenzen. Er wies dabei auf die besonders am Beispiel der USA zu verdeutlichende Tatsache hin, daß gegenwärtig in der Landwirtschaft der entwickelten Staaten eine Revolution in den Produktionsmethoden vor sich geht, die gleichwohl in ihren wesentlichen Zügen dem Modell des 19. Jahrhunderts entspricht. Diese Entwicklung hat trotz der zeitlichen Verspätung das Ergebnis, daß seit etwa 1950 in der Landwirtschaft der USA die Arbeitsproduktivität schneller wächst als in der Industrie.

Diese im weltwirtschaftsgeschichtlichen Prozeß wichtige Erkenntnis war eine interessante theoretische Orientierung für die agrargeschichtlichen Vorträge, die der Entwicklung des Einsatzes von Technik und Wissenschaft in der Landwirtschaft in der "klassischen" Phase der Industriellen Revolution in Ungarn, einigen südosteuropäischen und den deutschen Staaten gewidmet waren.

Von Peter Gunst lag das Referat zum Thema "Die technische Entwicklung der ungarischen Landwirtschaft und die Hindernisse dieser Entwicklung vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1945" vor. Rudolf Berthold sprach über "Die Entstehung der Landmaschinen- und Düngemittelindustrie in Deutschland zwischen 1830 und 1870" und Hans-Heinrich Müller behandelte das Thema "Die Rübenzuckerindustrie als Bahnbrecher der kapitalistischen Landwirtschaft".

Gunst ging davon aus, daß die Einführung von Entdeckungen und technischen Entwicklungen in die Praxis von ihrer Wirtschaftlichkeit bestimmt wird. Er wies zunächst auf die Bedingungen in West- bzw. Nordeuropa und Nordamerika hin, wo, wenngleich mit beträchtlichen Unterschieden, erst im Zusammenhang mit der Industriellen Revolution in größerem Umfang landwirtschaftliche Maschinen angewendet wurden. Die zunehmende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten und die Verteuerung der Ware Arbeitskraft waren gleichermaßen Motor der Mechanisierung in der Landwirtschaft.

In Ungarn hingegen lagen die Bedingungen wesentlich anders. Als in Westeuropa die Industrielle Revolution begann, setzte in Ungarn erst die Entwicklung der Gutsherrschaft ein (nach unserem Begriffsverständnis wohl mehr die der markt-orientierten, getreideproduzierenden Gutswirtschaft). Die vorherrschende Nutzungsrichtung in der Landwirtschaft war noch immer die weidewirtschaftliche Viehhaltung. Der Binnenmarkt war nur schwach entwickelt; bei den Städten war die Selbstversorgung durchaus vorherrschend. Lediglich Qualitätsweine und Schlachtrinder wurden in bedeutendem Umfang exportiert, und nur im westlichen Ungarn begann der Export von Getreide an Bedeutung zu gewinnen. Gunst sprach von einer "Grundformel" der Entwicklung, die auch weiterhin für die Verhältnisse in Ungarn bestimmend blieb: fehlender Markt und die geradezu unbegrenzt billige Arbeitskraft. Die Einführung von moderner Technik in die Landwirtschaft war dabei ebenso überflüssig wie aus Rentabilitätsgründen unmöglich. Später entwickelte sich dann vor allem auf den großen Gütern die Warenproduktion, und nur dort wurden technische Neuerungen in nennenswertem Umfang eingeführt. Die Bauernwirtschaften hingegen kamen mit den Arbeitskräften der Familie aus - das gilt bis 1945 - und mußten sie auch beschäftigen, weil für überschüssige Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft anderwärts keine Arbeit vorhanden war. Daraus resultierten bis zur revolutionären sozialistischen Umgestaltung Ungarns sehr große Unterschiede in der Maschinenverwendung und damit auch in der Rentabilität zwischen den kapitalistischen, marktorientierten Gutsbetrieben und den Bauernwirtschaften.

Gunst brachte dann einen eingehenden und materialreichen Überblick über die regionale Differenzierung in der Entwicklung der ungarischen Landwirtschaft in dem betreffenden Zeitabschnitt; er behandelte die unterschiedlichen Auswirkungen und Wechselbeziehungen der Bauernbefreiung, der beginnenden Industrialisierung und schließlich die besonderen Bedingungen nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie in ihrer Bedeutung für die Technisierung der Landwirtschaft.

Der gedankenreiche Vortrag hatte manche Berührungspunkte zu dem Referat von G. Ránki "Die gesellschaftlichen Probleme der Anwendung der modernen Technik in Osteuropa im 19. Jahrhundert". Die Fragestellungen und Ergebnisse beider Referate ergänzten sich gegenseitig, was sich dann auch in der Diskussion zeigte.

Berthold nannte in seinem Referat zwei Vorbedingungen für die schnelle Entwicklung der beiden Industriezweige:

1. Die Industrie müsse bereits ein solches Entwicklungsniveau erreicht haben, daß sie sich spezialisieren kann.
2. Die Landwirtschaft müsse für Industrieprodukte aufnahmefähig sein.

Während bis etwa 1830 die Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen nur vereinzelt und in Großbetrieben festzustellen ist, begann in den dreißiger Jahren mit dem Einsetzen der Industriellen Revolution auch die Entwicklung einer Landmaschinenindustrie. Das Eindringen der Technik in die Landwirtschaft in den Jahrzehnten zwischen 1830 und 1870 wurde durch das schnelle Fortschreiten der kapitalistischen Agrarreformen, insbesondere in den norddeutschen Staaten, wo sich allerdings auch die Masse der Großbetriebe konzentrierte, begünstigt. Die Ablösung noch vorhandener feudaler Arbeitsrente, die Anwendung neuer Anbausysteme und der Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen gingen also Hand in Hand. Im Anschluß an die Ausführungen von Ránki und Gunst darf hier noch einmal herausgestellt werden, daß gerade die im Zusammenhang mit der Industriellen Revolution schnell wachsenden Städte und Industriegebiete zunehmende Absatzmöglichkeiten boten. Zugleich begann die Industrie - besonders seit der Mitte des 19. Jahrhunderts - durch den schnell wachsenden Arbeitskräftebedarf die stockende Überbe-

völkerung des Landes langsam abzubauen. Damit war eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Maschinenverwendung in der Landwirtschaft und damit für die Entstehung einer Landmaschinenindustrie gegeben. Andererseits führte die Anwendung von Maschinen in den kapitalistischen Gutsbetrieben schon in den fünfziger Jahren zu einer Beschleunigung der Abwanderung.

Berthold wies dann besonders darauf hin, daß die deutsche Landmaschinenindustrie an englische Vorbilder anknüpfte, diese anfangs sogar einfach kopierte, aber auch schon bald selbst brauchbare Maschinen auf den Markt brachte.

Die Entwicklung einer Industrie für Mineraldüngung erfolgte dagegen im wesentlichen im Zuge der Entstehung der chemischen Großindustrie in Deutschland selbst. Hier war das vergleichsweise hohe Niveau der chemischen Forschung und Lehre an den deutschen Hochschulen eine der entscheidenden Voraussetzungen. Begünstigt wurde diese Entwicklung zweifellos durch die Auffindung der ersten abbauwürdigen Kalivorkommen der Welt bei Staßfurt. In größerem Umfang begann der Einsatz von mineralischen Düngemitteln in der deutschen Landwirtschaft in den sechziger Jahren.

Hans-Heinrich Müller behandelte die Zuckerrübenindustrie als einen Zweig der Landwirtschaft, an dem sich die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft besonders deutlich zeigen läßt und zugleich die radikale Umwandlung ganzer Landschaften unter den Bedingungen der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft und der darauf aufbauenden weiterverarbeitenden Industrie dargestellt werden kann. Nach dem kurzen Vorspiel in der Zeit der napoleonischen Kontinentalsperre setzten bekanntlich in der Magdeburger Börde der Zuckerrübenanbau und die Zuckerindustrie in der Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts voll ein. In wenigen Jahrzehnten wurde die Zuckerwirtschaft zum beherrschenden Wirtschaftszweig dieses Gebietes schlechthin. Träger dieser Entwicklung waren die Gutsbesitzer, die Domänenpächter und die in dieser Gegend wirtschaftlich sehr starken Großbauern. Müller wies vor allem auf die Formen der Finanzierung von Zuckerfabriken, unter denen Aktiengesellschaften die größte Bedeutung hatten, hin. Aktionäre waren keineswegs nur die Großgrundbesitzer, sondern in großer Zahl auch die Großbauern und, wie Müller an Beispielen zeigen konnte, sogar Kossäten, also Klein- und Mittelbauern, wengleich nicht immer mit Erfolg. Die hohen Profite der Zuckerrübenfabriken, gleichbedeutend mit einer hohen Grundrente bei den Zuckerrübenanbauern, führten zu neuen Organisationsformen in der kapitalistischen Landwirtschaft. Der Referent führte einige Beispiele von Großpachten an, bei denen unter Leitung einer Zuckerfabrik mehrere große Güter zusammengepachtet wurden. Es kam vor, daß Großbauern ihr Land an eine Fabrik bzw. eine Aktiengesellschaft verpachteten und als "Rentiers" in der Stadt lebten. Müller ging auch auf die stimulierende Wirkung der Zuckerrübenwirtschaft für den Maschinenbau in den benachbarten Städten sowie auf die Probleme der beginnenden Saisonwanderung der Arbeiter ein. Gerade in dieser Beziehung waren Zuckerrübenanbau und Zuckerrübenindustrie Schrittmacher für andere Nutzungsrichtungen der kapitalistischen Landwirtschaft.

Die Diskussion zu den agrargeschichtlichen Vorträgen war sehr breit in ihrem Themenspektrum. Immer wieder ging es jedoch um das Bestreben, durch einen überregionalen Vergleich die vielfältigen Probleme klarer zu erfassen und sie einer Klärung näher zu bringen.

Zu den Vorzügen auch dieses Kolloquiums zählte besonders die Konzentration auf ausgewählte Schwerpunkte und die sorgfältige Vorbereitung. Die Diskussion erreichte dadurch ein hohes Niveau; sie wurde intensiv geführt, war problemreich

und durch das Bestreben gekennzeichnet, zu neuen theoretischen Erkenntnissen vorzudringen, Besonders muß aber auch die ausgezeichnete Vorbereitung und Durchführung des äußeren Ablaufs dieser Tage sowie die Gastfreundschaft des gastgebenden Instituts der Ungarischen Akademie der Wissenschaften hervorgehoben werden, die über jedes Lob erhaben war.

Hartmut Harnisch / Karl Lärmer

KOLLOQUIUM ZUR INFRASTRUKTUR DEUTSCHLANDS IM ZEITRAUM 1800 BIS 1870

Am 24. September 1974 fand in der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden ein Arbeitskolloquium zu Fragen der Infrastruktur Deutschlands im 19. Jahrhundert statt. Teilnehmer waren Mitarbeiter des Wissenschaftsbereichs Wirtschafts- und Verkehrsgeschichte an der Sektion Verkehrs- und Betriebswirtschaft der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden, des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin, und des Bereichs Geschichte der Produktivkräfte an der Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften der Technischen Universität Dresden.

Das Kolloquium diente im Rahmen des Projektes "Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland" vor allem der Verständigung über Problemstellung und Inhalt des Systems Infrastruktur und seiner Entwicklung im 19. Jahrhundert. Daher standen im Mittelpunkt der Beratung die beiden Fragenkomplexe:

1. Was ist allgemein in marxistisch-leninistischem Sinn unter Infrastruktur zu verstehen?
2. Welche Besonderheiten wies die Infrastruktur Deutschlands im 19. Jahrhundert, speziell im Zeitraum 1800 bis 1830, auf, und wie vollzog sich ihre Entwicklung?

Im Einleitungsvortrag "Zur Infrastruktur, ihre Bedeutung und Herausbildung in Deutschland im Zeitraum 1800 bis 1870" von Wilfried Strenz (Berlin) wurden beide Problemkreise berührt. Zunächst auf den Begriffsinhalt der Infrastruktur eingehend, wies Strenz darauf hin, daß die Infrastruktur nicht allein als ein System der materiell-technischen Anlagen anzusehen sei, das die Grundlage für das Funktionieren des gesamten Produktionskomplexes darstellt. Vielmehr gehören auch vielfältige soziale und kulturelle Bestandteile in dieses System, wie zum Beispiel Institutionen zur Vorbereitung und Reproduktion der Arbeitskraft (Schulen, Krankenhäuser, Versorgungseinrichtungen usw.). Demnach könne die Infrastruktur als "ein gesellschaftlich determiniertes System der funktionalen Zusammenhänge der technisch-materiellen und kulturell-sozialen Einrichtungen zur Sicherung der Reproduktion der Gesellschaft" definiert werden.

Die Infrastruktur - ein komplex zusammengesetztes System - stelle sich infolge der Raumbezogenheit aller Kommunikationsprozesse auch als regionale bzw. territoriale Struktur im Gesamtsystem des territorialen Reproduktionsprozesses dar und besitze damit einen ausgesprochen geographischen Aspekt.

Als gesellschaftlich bezogenes System sei das Entwicklungsniveau der Infrastruktur vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte abhängig. Die Infrastruktur sei daher als historische Kategorie ein der Gesellschaft immanentes Teilsystem, das, wenn auch noch in primitiver Form, schon in der Urgesellschaft bestanden habe.

Auf die Formen der Infrastruktur im 19. Jahrhundert eingehend, erläuterte Strenz, wie sich während der industriellen Revolution Hand in Hand mit der sprunghaften Entwicklung der Produktivkräfte Standortstrukturen herausbildeten, die sich über immer ausgedehntere Räume erstreckten und im Vergleich zur vor-

hergehenden feudalen Epoche einer weit mehr entwickelten Infrastruktur zur Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits bedurften. Gleichzeitig habe sich in dieser Zeit die ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung verschärft. Massenhafte Kapitalverwertungsanlagen seien nur in Gebieten mit besonders günstigen Bedingungen entstanden. Die scharfe Trennung von Industrie- und Landwirtschaftsgebieten habe auch zu tiefgreifenden Unterschieden in der städtischen und der ländlichen Infrastruktur geführt.

Große Bedeutung maß Strenz den Veränderungen im Verkehrssystem als dem wichtigsten Teil der Infrastruktur bei. Besonders das Aufkommen der Eisenbahn als neuer Verkehrsträger habe neue Möglichkeiten für den Ausbau der regionalen Wirtschaftsgebiete und die Produktionsspezialisierung innerhalb dieser Gebiete geschaffen.

Erhebliche Wandlungen hätten sich auch in der Arbeitskräftestruktur vollzogen. Strenz ging auf die Bevölkerungswanderungen innerhalb Deutschlands ein, die unter anderem zum Entstehen von Ballungsgebieten in den Industriezentren und in Verbindung damit zu sozialen Problemen führten.

Abschließend ging Strenz auf die Unterschiede in der Ausgestaltung der einzelnen Produktionsgebiete ein und vertrat die These, daß die Gestaltung der Infrastruktur von der Art des jeweiligen Produktionskomplexes maßgeblich beeinflußt werde.

In den folgenden Beiträgen standen Teilaspekte aus der Entwicklung der Infrastruktur Deutschlands im 19. Jahrhundert im Mittelpunkt der Betrachtung.

Speziell über Probleme der ungleichmäßigen regionalen Entwicklung und der damit verbundenen unterschiedlichen Herausbildung von Teilen der Infrastruktur sprach Heinzpeter Thümmler (Berlin). Er legte dar, daß die politische Zerrissenheit Deutschlands in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Niveau der infrastrukturellen Entwicklung negativ beeinflußte, was sich wiederum als Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung verschiedener Gebiete niederschlug.

Die territorial unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung führte aber auch zu einer intensiven Migration der Arbeitskräfte. Thümmler zeigte, daß ein Ostwanderungstrend in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vorherrschte, der den preußischen Ostprovinzen große Bevölkerungswachstumsraten brachte. Nach 1835 habe sich eine Umkehrung des Wanderungsgefälles vollzogen. Die Eisenbahnbauten und der Aufbau der Wirtschaftsgebiete Berlin und Rhein-Ruhr hätten einen sich verstärkenden Zufluß von Arbeitskräften aus dem Osten bewirkt.

Elfriede Rehbein (Dresden) referierte über Aspekte der Entwicklung des Eisenbahnwesens in Deutschland 1835 bis 1914. Ausgehend von der Herausbildung und Vervollkommnung der Produktivkraft Eisenbahn, unter anderem der Streckenlänge und -führung, zeigte sie die wachsende Kommunikationsfähigkeit der Eisenbahn als neues Teilsystem der Infrastruktur durch die regionale Verdichtung im Zugangsnetz (Bahnhöfe usw.) und im Streckennetz sowie ihre zunehmende Nutzbarkeit sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr. Besonders rasch sei der Gütertransport per Schiene gewachsen. Allein in den Jahren 1852 bis 1873 habe er sich um mehr als das Zwölfwache vergrößert.

Anschließend berichtete Peter Kirchberg (Dresden) über den Landstraßenverkehr Deutschlands im 19. Jahrhundert. Er wies auf die Schwierigkeiten in der Quellenlage gerade für diesen Teilbereich hin, die es unmöglich machten, exakte Zahlen für den Entwicklungstrend oder gar über die Gesamtlänge des Straßennetzes am Anfang und seinen weiteren Ausbau während des 19. Jahrhunderts zu geben. Auch

die Entwicklung der Verkehrsfrequenzen auf den Landstraßen könne nur anhand von Schätzungen einzelner Territorien (insbesondere aus dem Königreich Sachsen) dargestellt werden. Insgesamt zeige sich aber eine Zunahme des Landstraßenverkehrs, besonders bei der Personenbeförderung: Zwischen 1834 und 1873 habe sich die Zahl der mit der Postkutsche Reisenden trotz Konkurrenz der Eisenbahn um das Siebenfache vergrößert.

Zu Problemen der Binnenschifffahrt sprachen Hans-Joachim Rook (Berlin) und Jürgen Schmädicke (Dresden). Rook legte am Beispiel der Elbschifffahrt die Veränderungen dar, die dieser Transportbereich durch die Konkurrenz der Eisenbahn erfuhr.

Der Flußtransport habe in der "Voreisenbahnzeit" eine dominierende Stellung gegenüber dem Landtransport besessen, weil

1. überall entlang den Flüssen be- und entladen werden konnte und
2. auf Flüssen alle Arten von Waren transportiert werden konnten.

Im Verlauf der industriellen Revolution hätten industrielle Roh- und Brennstoffe (Massengüter) mengenmäßig die einst in der Bergfahrt führenden hochwertigen "Kaufmannswaren" verdrängt, die aber wertmäßig noch den ersten Platz behielten. Beträchtlich sei auch der Personenverkehr auf der Elbe geblieben.

Der Ausbau der Eisenbahn im Elbstromgebiet habe tiefgreifende Veränderungen in der Infrastruktur mit sich gebracht. Durch die parallel zum Fluß verlaufende Streckenführung habe die Eisenbahn bisher traditionell der Schifffahrt zugeflossene Verkehrsströme abgeleitet. Ein gebrochener Verkehr Schiene - Strom sei zunächst bedeutungslos geblieben. Erst spätere zoll- und tarifpolitische Maßnahmen sowie Verbesserungen im Schiffbau und Stromausbau hätten auf diesem Gebiet zu einem Aufschwung geführt.

Große Veränderungen hätten sich im Transportgut vollzogen. Der Personenverkehr und der Transport der bislang in der Bergfahrt wertmäßig dominierenden hochwertigen Güter sei zur Schiene abgewandert. Der Schifffahrt sei die Verfrachtung von Massengütern geblieben, die nur geringe Profitmöglichkeiten bot.

Schmädicke ging in seinen Ausführungen auf die Bedeutung der Binnenschifffahrt in Deutschland allgemein im Zeitraum von 1800 bis 1870 ein. Im Gegensatz zur vorangegangenen Merkantilperiode (bis Ende des 18. Jahrhunderts) und den nachfolgenden Jahrzehnten sei in der Zeit der industriellen Revolution auf dem Gebiet der Verkehrserschließung der Wasserwege kein nennenswerter Fortschritt erfolgt. Flußausbauten, wie die Regulierung des Oberrheins, hätten im wesentlichen landeskulturell-wasserwirtschaftliche Motivationen gehabt. Schmädicke warnte vor einer Überschätzung des Anteils der Binnenschifffahrt am Verkehrsaufkommen in jener Zeit. Der Wasserstraßentransport sei seiner Meinung nach damals mengenmäßig kleiner gewesen als der schienenlose Landverkehr, da

1. das Netz der Wasserstraßen qualitativ und quantitativ unzureichend, zumeist nur zeitweise nutzbar gewesen sei,
2. die deutsche Binnenflotte nur eine geringe Nutzlastkapazität besessen habe und
3. der Massengüterverkehr noch verhältnismäßig wenig entwickelt gewesen sei.

Abschließend sprach Rudi Keil (Dresden) über seine Untersuchungen zur Entwicklung des Nachrichtenwesens. Er behandelte zunächst die Herausbildung nationaler Postgebiete in der "Voreisenbahnzeit" (1800 bis 1835), in der sich das Netz der Postanstalten und -kurse verdichtete. Nach 1835 sei eine Modifizierung des Systems durch den Einfluß der Eisenbahn erfolgt, die vor allem die überregionalen Postkurse zunehmend überflüssig machte. Dagegen sei die Anzahl der durch die Post betriebenen kleinregionalen Verkehrsverbindungen auf den Landstraßen noch

angestiegen. Frühzeitig habe die Post den Eisenbahnverkehr für den Brief- und Pakettransport genutzt. Mit der steigenden Notwendigkeit einer raschen Information im Wirtschaftsleben habe sich die Anzahl der Telegraphenlinien, die dem öffentlichen Verkehr zugänglich waren, vermehrt.

In der anschließenden Aussprache standen vor allem praktisch-methodische Probleme im Vordergrund. Alle Teilnehmer waren sich einig, daß noch viel Forschungsarbeit notwendig sei, um eine abgerundete Darstellung des Gesamtkomplexes "Infrastruktur Deutschlands im 19. Jahrhundert" geben zu können. Das Schwergewicht in der Untersuchung müsse zunächst auf der Herausarbeitung entscheidender Aspekte der Infrastrukturentwicklung anhand von Regionalbeispielen liegen.

Gerhard Narweleit

Bibliographie

BIBLIOGRAPHIE WIRTSCHAFTSGESCHICHTLICHER LITERATUR DER DDR

6. Lieferung

Theorie und Methodik

811.

Freitag, Klaus; Rönz, Bernd: Zur Messung von Einflußfaktoren mittels der Regressionsanalyse, dargestellt am Beispiel der Entwicklung der Eheschließungen in der DDR. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1974, 1, S. 237 - 44.

812.

Khalatbari, Parviz: Zu einigen Grundsatzzfragen der marxistisch-leninistischen Demographie. Kritik einiger bürgerlicher Betrachtungsweisen der Bevölkerungsfrage in den Entwicklungsländern. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1974, 1, S. 19 - 32.

Bibliographien

813.

Berichte der Volkswirtschaftlichen Abteilung des IG-Farbenkonzerns. Bibliographie u. Bestandsnachweis <T. 1>. Hrsg. v. Betriebsarch. VEB Filmfabrik Wolfen u. d. Dt. Zentralarch. Bearb. v. Kurt Metschies, Willi Zimmermann u. Manfred Gill. - Wolfen: VEB Filmfabrik Wolfen 1973. III, 44 S. (Archival. Quellennachweise zur Geschichte d. chem. Industrie 5.)

814.

Bräuer, Elfriede: Neue sowjetische Arbeiten zur imperialistischen Integration in Westeuropa und zur gesamteuropäischen Zusammenarbeit. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 18, 1973, Sonderh. Westeuropa, Politik, Ökonomie, S. 364 - 84.

815.

DDR-Publikationen zur Imperialismusforschung im Jahre 1972. Auswahlbibliographie. Erarb. v. Rita Chobe u. Hedwig Thurm. - Berlin: Institut f. internationale Politik u. Wirtschaft, Bibliothek 1973. 142 S.

816.

Fasske, H.: Auswahlbibliographie zur sorbischen Volkskunde für die Jahre 1971/72 mit Nachträgen. In: Lětopis R. C, Bautzen, 16, 1973, S. 129 - 31.

817.

Günther, Renate: Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1974, 1, S. 251 - 58.

818.

Akad. d. Wiss. d. DDR Inst. f. Wirtschaftsgeschichte. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Inhaltsverz. u. Autorenverz. d. Jg. 1968 - 1972. Zsgest. v. Renate Günther. - Berlin: Akad.-Verl. 1973. 73 S.

819.

Wagner, Petra: Hochschulschriften zur Demographie auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik seit 1947. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1974, 1, S. 247 - 50.

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

820.

Atlas zur Geschichte. Hrsg.: Zentralinst. f. Geschichte d. Akad. d. Wiss. d. DDR. Redaktionskommission: Lothar Berthold [u. a.] Bd. 1. Vond. Anfängen d. menschlichen Gesellschaft bis zum Vorabend d. Großen Sozialist. Oktoberrevolution 1917. - Gotha, Leipzig: VEB Hermann Haack 1973. 256 S., Taf. 4⁰.

821.

Lehmann, Norbert: Internationales Symposium zu Problemen der Integration im Kapitalismus. In: IPW Ber., Berlin, 2, 1973, 8, S. 35 - 40.

822.

Meusel, Hans: Konferenz zur Betriebsgeschichte. In: Beitr. Gesch. Arb. bewegung, Berlin, 5, 1973, S. 866 - 68.

823.

Akademie der Wissenschaften der DDR. Zentralinstitut für Geschichte. Wissenschaftsbereich Kulturgeschichte/Volkskunde. Arbeitskreis für Haus- und Siedlungsforschung (AHS). Protokoll der 14. Jahrestagung in Salzwedel vom 4. - 7. Juni 1973. Red. Bearb.: Karl Baumgarten u. Hans-Jürgen Rach. - Berlin 1974. 111 S. Masch. schr. vielf.

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

824.

Burg, Helmut: Die Inflation im Imperialismus - Ursachen und Auswirkungen. In: Einheit, Berlin, 29, 1974, 4, S. 486 - 93.

825.

Eckart, Dietrich: Auf den Spuren des alten Zinnbergbaues im östlichen Erz-

gebirge. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 19, 1973, 5, S. 201 - 10.

826.

Enkelmann, Hans-Walter: Die Rudolstädter Zinngießer. In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 19, 1973, 1/2, S. 20 - 24, Abb.

827.

Faulhaber, Bernhard: Geschichte des Postwesens in Frankfurt am Main. Nach archival. Quellen. Mit Abb. Frankfurt a. M.: Völcker 1883. Unveränd. fotomech. Nachdr. - Leipzig: Zentralantiquariat d. DDR 1973. 256 S.

828.

Hoppe, Vinzenz: Aus der Geschichte des Höhendorfes Struth. In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 13, 1973, 3, S. 246 - 52, Abb.

829.

Kittel, Isolde: Kohrener Töpferhandwerk. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 19, 1973, 6, S. 255 - 65, Abb.

830.

Kuczynski, Jürgen: Prognosen der Bevölkerungsentwicklung. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1974, 1, S. 11 - 18.

831.

Staatliche Museen zu Berlin. Kunsthistorische und volkskundliche Beiträge. Schriftlfg.: Gerhard Rudolf Meyer [u. a.] - Berlin: Akad.-Verl. 1973. 264 S., Abb., Kt. (Forsch. u. Ber. 15.) Enth. u. a. <834, 850, 852>.

832.

Pittack, Herwart: Die Bedeutung von Produzententätigkeit und Berufsqualifikation für die Entwicklung der Arbeiterklasse. In: Beitr. Gesch. Arb. bewegung, Berlin, 16, 1974, 2, S. 275 - 82.

Salomon, Karl-Heinz: Die innere Kolonisation auf Rügen 1890 - 1945 und ihre Auswirkungen auf die Besitzstruktur. In: Greifswald-Stralsunder Jb., Weimar, 10, 1972/73, S. 139 - 63, Kt. skizzen.

834.

Schober, Manfred: Vom Wagnerhandwerk in der Sächsischen Schweiz. Leben u. Arbeit d. Lohsdorfer Wagnermeisters Ernst Adolf Schmidt 1826 - 1912. In: Kunsthist. u. volkskd. Beitr., S. 189 - 217, Abb. <Vgl. 831>

835.

Schultz, Helga; Klünder, Gisela; Lobsch, Renate: Zum Landbesitz mecklenburgischer Städte im Feudalismus. In: Wiss. Z. Rostock, Gesellsch. wiss. R., Rostock, 22, 1973, 3, S. 271 - 78.

836.

Spading, Klaus; Wilhelmus, Wolfgang: Greifswalder Kolloquium zur Geschichte des Ostseeraumes. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1973, 1, S. 27 - 41.

837.

Streller, Karl: Die Besiedelung und die territoriale Entwicklung des ehemaligen Gaues Zwickau von den Anfängen bis zum Ausgang des Mittelalters. In: Herbergen Christenheit, Berlin, 1971 (1973), S. 43 - 125, Kt. skizze.

838.

Die Zunflade. Das Handwerk im Spiegel d. Lit. v. 15. bis 19. Jh. Hrsg. v. Bruno Brandl u. Günter Creutzburg. - Berlin: Verl. d. Nation 1973. 488 S., Abb.

839.

Audring, Gert: Über den Gutsverwalter <epitropos> in der attischen Landwirtschaft des 5. und des 4. Jh. v. u. Z. In: Klio, Berlin, Wiesbaden, 55, 1973, S. 109 - 16.

840.

Brentjes, Burchard: Zur ökonomischen Funktion des Rindes in den Kulturen des Alten Orients. 1.2. In: Klio, Berlin, Wiesbaden, 54, 1972, S. 9 - 43, 55, 1973, S. 43 - 78, Abb., Taf.

841.

Feustel, Rudolf: Technik der Steinzeit. Archäolithikum-Mesolithikum. - Weimar: Böhlau 1973. 362 S., Abb., Taf. 4^o (Veröff. d. Mus. f. Ur- u. Frühgesch. Thüringens 4.)

842.

Jurukova, Jordanka: Griechisches Münzwerk. Die Münzprägung v. Deultum. - Berlin: Akad.-Verl. 1973. V, 169 S.; 32 Taf. (Schr. z. Gesch. u. Kultur d. Antike 8.)

843.

Klengel, Horst: Die Geschäfte des Babyloniers Balmunamche. In: Altertum 19, 1973, 4, S. 199 - 207, Abb.

500 bis 1789

844.

Bleiber, Waltraut: Politische Macht und sozial-ökonomische Grundlagen bei der Ausbildung feudaler Verhältnisse in West- und Mitteleuropa. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 21, 1973, 7, S. 810 - 829.

845.

Donnert, Erich; Aleksej Ja. Polenov und die russischen Preisschriften der

Petersburger Freien Ökonomischen Gesellschaft der Jahre 1766 - 1768. In: Jb. Gesch. soz. Länder Europas, Berlin, 17, 1973, S. 195 - 206.

846.

Olechnowitz, Karl-Friedrich; Egert, Friedhelm: Der Elbhandel mit Agrarprodukten um 1600. In: Wiss. Z. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 22, 1973, 3, S. 261 - 70.

847.

Schubert, Ernst: Eine Forderung nach Lohnerhöhung im Jahre 1367. In: Altertumswissenschaft mit Zukunft. Dem Wirken Werner Hartkes gewidm. Vortr. u. Beitr. z. Kolloquium d. Kl. "Erbe u. Gegenwart" u. d. Zentralinst. f. alte Geschichte u. Archäol. d. Akad. d. Wiss. d. DDR aus Anlaß d. 65. Geburtstages am 29. Febr. 1972. Hrsg. v. Heinrich Scheel. - Berlin: Akad.-Verl. 1973. S. 101 - 05.

848.

Stark, Walter: Lübeck und Danzig in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Untersuchungen z. Verhältnis d. wend. u. preuß. Hansestädte in d. Zeit d. Niedergangs d. Hanse. - Weimar: Böhlau 1973. 275 S., Abb. (Abhandlungen z. Handels- u. Sozialgesch. 11.)

849.

Uitz, Erika: Zum Charakter des Eigentums in den Städten zwischen Elbe und Nordharz. In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Erich Weinert" Magdeburg, Magdeburg, 11, 1974, 1, S. 89 - 95.

850.

Wendt, Ralf: Glashütten und Glashüttenarbeiter in Mecklenburg. In: Kunsthist. u. volkskd. Beitr. <831> S. 163 - 88, Kt.

1789 bis 1917

851.

Dillwitz, Sigrid: Die Struktur der Bauernschaft von 1871 bis 1914. Dargestellt auf d. Grundlage d. dt. Reichsstatistik. In: Jb. Gesch., Berlin, 9, 1973, S. 47 - 127.

852.

Klocke, Fritz: Die Tragekörbe des Unterrharzes und ihre Korbmacher. In: Kunsthist. u. volkskd. Beitr. <831> S. 219 - 35, Abb., Kt. (Forsch. u. Ber. 15.)

853.

Milde, Horst; Schmidt, Erich: Die alte Sachsenpost. - Berlin: Transpress 1973. 548 S., Abb.

854.

Reichel, Bernhard: Die Anfänge gewerkschaftlichen Zusammenschlusses bei den obererzgebirgischen Spinnern in den Revolutionsjahren 1848/49. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 19, 1973, 5, S. 231 - 36.

855.

Reißland, Manfred: Auswirkungen junckerlicher Agrarpolitik in Schwedisch-Pommern zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Wiss. Z. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 22, 1973, 3, S. 233 - 43.

856.

Rudolph, Wolfgang: Frauenbesetzung auf Schiffsfahrzeugen im Oderhaff. In: Greifswald-Stralsunder Jb., Weimar, 10, 1972/73, S. 325 - 340, Abb.

857.

Wille, Manfred: Klassenseinwanderungen altmärkischer Bauern im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. <Möglichkeiten u. Grenzen d. bäuerl.

Klassenkampfes unter d. Bedingungen d. Krise d. Feudalismus u. d. beginnenden bürgerl. Umwälzung. > In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Erich Weinert" Magdeburg, Magdeburg, 10, 1973, 6, S. 704 - 22.

1917 bis Gegenwart, allgemein

858.

Lungwitz, Kurt: Die Bevölkerungsbe-
wegung in der DDR und der BRD zwi-
schen 1945 und 1970 - eine komparati-
ve Untersuchung. In: Jb. Wirtschafts-
gesch., Berlin, 1974, 1, S. 63 - 95.

1917 bis Gegenwart, sozialistische
Länder

859.

Burkhardt, Felix; Burkhardt-Osadnik,
Lucie: Betrachtungen zur Binnenwande-
rung in der DDR. In: Jb. Wirtschafts-
gesch., Berlin, 1974, 1, S. 115 - 21.

860.

Burkhardt, Felix; Burkhardt-Osadnik,
Lucie: Voraussichtliche Entwicklung
der verschiedenen Bevölkerungsgrup-
pen bis zum Jahre 2000 in der DDR.
In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin,
1974, 1, S. 47 - 51.

861.

Donda, Arno: Die Bevölkerung der
DDR im Spiegel der Statistik. In: Jb.
Wirtschaftsgesch., Berlin, 1974, 1,
S. 33 - 45.

862.

Ebert, Manfred: Der Einfluß einiger
demographischer Faktoren auf die Be-
rufstätigkeit der Frauen in der DDR.
In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin,
1974, 1, S. 187 - 96.

863.

Faddejew, Nikolai: Internationale Wirt-
schaftsorganisation sozialistischer
Länder 1949 - 1974. In: Einheit, Ber-
lin, 29, 1974, 1, S. 10 - 23.

864.

Grabley, Hanna: Zur Entwicklung der
Strukturen des aktiven gesellschaftli-
chen Arbeitsvermögens in der DDR. In:
Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1974,
1, S. 145 - 71.

865.

Khalatbari, Parviz: Zur Bevölkerung
nach Alter und Geschlecht in der DDR.
In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin,
1974, 1, S. 97 - 114.

866.

Maier, Harry; Wahse, Jürgen: Probleme
der Entwicklung des Bildungsniveaus
und der Qualifikationsstruktur der Werk-
tätigen der DDR. In: Jb. Wirtschaftsge-
sch., Berlin, 1974, 1, S. 123 - 44.

867.

Möschner, Günter: Die Herausbildung
des sozialistischen Außenhandels nach
Gründung der DDR 1949 - 1952 . In:
Z. Gesch. wiss., Berlin, 22, 1974, 3,
S. 291 - 307.

868.

Müller, Klaus: Demographische Aspekte
der Einbeziehung der Frau in den Be-
rufsprözeß. In: Jb. Wirtschaftsgesch.,
Berlin, 1974, 1, S. 173 - 86.

869.

Polnev, L.; Avilova, N.: Zur Entwick-
lung der Wettbewerbsbewegung in der
UdSSR. In: Jb. Gesch. soz. Länder Eu-
ropas, Berlin, 17, 1973, 2, S. 155 -
166.

870.

Scholz, Traute: Zur Struktur der weiblichen Beschäftigten des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen. Teilergebn. einer hist. -soziol. Untersuchung. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1974, 1, S. 197 - 224.

871.

Schwettmann, Helmut: Demographische Veränderungen nach der Bodenreform im Landkreis Stralsund. In: Greifswald-Stralsunder Jb., Weimar, 10, 1972/73, S. 209 - 27.

872.

Steiner, Irmgard: Die Einstellung von Frauen zur Berufstätigkeit in der DDR. Eine empirische Untersuchung. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1974, 1, S. 225 - 36.

873.

Strohbach, Erich: Zu einigen Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in der DDR - Versuch einer Bestandaufnahme und Prognose. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1974, 1, S. 53 - 61.

1917 bis Gegenwart, kapitalistische Länder

874.

Böhnisch, Alfred: Imperialistische Wirtschaftsintegration und bürgerliche Ökonomie. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 18, 1973, Sonderh. Westeuropa, Politik, Ökonomie, S. 346 - 63.

875.

Brauer, Wolfgang; Busch, Helmut: Die sozialistische ökonomische Integration - Ausdruck der Einheit von Politik und Ökonomie bei der Entwicklung des Sozialismus<I>. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 19, 1974, 2, S. 293 - 304.

876.

Gutermuth, Rolf: Inflation- Geißel der Arbeiterklasse. In: IPW Ber., Berlin, 2, 1973, 8. S. 43 - 48.

877.

Hanke, Horst: Das Dilemma der anti-inflationistischen "Stabilitätspolitik". In: IPW Ber., Berlin, 2, 1973, 10, S. 37 - 43.

878.

Hintzke, Werner: Das internationale Finanzkapital und der Militärputsch in Chile. In: IPW Ber., Berlin, 2, 1973, 11, S. 58 - 67.

879.

Klank, Wilfried: "Rationalisierung" und Monopolisierung der BRD-Rüstungswirtschaft. In: IPW Ber., Berlin, 2, 1973, 10, S. 58 - 64.

880.

Krause, Werner: Von "Spartakus zur Thälmannpartei". Zur ökonomischen Politik d. KPD in d. Weimarer Republik. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 21, 1973, 12, S. 1823 - 35.

881.

Nehls, Katja: Kapitalzentralisation und internationale Konzerne in Westeuropa. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 18, 1973, Sonderh. Westeuropa, Politik, Ökonomie, S. 150 - 63.

882.

Pfahl, Robert: Zur statistischen Auswertung der "Hofkarte des Reichsnährstandes" für landwirtschaftliche Betriebe über 100 Hektar im Bereich der "Kreisbauernschaft" Güstrow von 1936 - 1944. In: Wiss. Z. Rostock, Gesellschaftswiss. R., Rostock, 22, 1973, 3, S. 221 - 31.

883.

Philipp, Peter: Zur Entwicklung des Monopolisierungsprozesses in Finnland. In: Nordeuropa, Greifswald, 6, 1973, S. 15 - 24.

884.

Prehn, Helmut: Die Rolle der Siedlungspolitik in der Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932. In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch. wiss. R., Rostock, 22, 1973, 3, S. 211 - 19.

885.

Reishaus, Heike: Der Einfluß der Chemiemonopole auf die Aufgabenstellung der Chemisch-Technischen Reichsanstalt während der Weimarer Republik. In: Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Leipzig, 9, 1972, 2, S. 34 - 48.

886.

Rosenzweig, Peter: Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). In: IPW Ber., Berlin, 2, 1973, 11, S. 67 - 73. Graphik.

887.

Schumann, Wolfgang: Das Scheitern einer Zoll- und Währungsunion zwischen dem faschistischen Deutschland und Dänemark 1940. In: Jb. Gesch., Berlin, 9, 1973, S. 515 - 66.

888.

Šiškov, Ju.: Von der Zollunion zur Wirtschafts- und Währungsunion: Tendenzen und Widersprüche. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 18, 1973, Sonderh. Westeuropa, Politik, Ökonomie, S. 184 - 200.

889.

Die Streikbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Materialien, zsgest. v. Inst. f. internationale Arbeiterbewegung d. Akad. d. Wiss. d. UdSSR. In: Probl. Friedens u. So-

zialismus, Berlin, 16, 1973, 4, S. 569 - 73.

890.

Zahlen über den Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in Deutschland im Jahre 1943. Dok. Eingel. v. Laurenz Demps. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 21, 1973, 7, S. 830 - 843.

891.

Zwangsaussiedlungen und Germanisierung in den Kriegszielplanungen der faschistischen deutschen Monopolbourgeoisie. Funktion und Tätigkeit der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft mbH. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 22, 1974, 2, S. 208 - 18.

1917 bis Gegenwart, Entwicklungsländer

892.

Michalski, Klaus-Joachim: Landwirtschaftliche Genossenschaften in Afro-Asiatischen Entwicklungsländern. - Berlin: Akad. -Verl. 1973. 426 S. (Stud. über Asien, Afrika u. Lateinamerika 5.)

893.

Seiwert, W. -D.: Ökonomische und soziale Bedingungen für die wirtschaftliche Integration der Hirtennomaden in den arabischen Ländern. In: Jb. Mus. Völkerkd. Leipzig, Leipzig, 29, 1973, S. 83 - 135.

894.

Wessel, Ingrid: Ausländische Kapitalinvestitionen in Indonesien <1967 bis 1972>. In: Asien Afrika Lateinamerika, Berlin, 1, 1973, 3, S. 31 - 42.

AUTORENVERZEICHNIS

- Gossweiler, Kurt, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Grau, Conrad, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Forschungsstelle für Akademiegeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Handke, Horst, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Harnisch, Hartmut, Dr. phil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Herneck, Friedrich, Dr. phil. habil., Ordentlicher Professor (em.) für Geschichte der Naturwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Jahn, Wolfgang, Dr. oec. sc., Ordentlicher Professor für Politische Ökonomie des Kapitalismus, Sektion Marxismus-Leninismus, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Khalatbari, Parviz, Prof. Dr. habil., Leiter des Lehrstuhls Demographie, Bereich Politische Ökonomie, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Kreißig, Heinz, Prof. Dr. phil. habil., Leiter des Bereichs griechisch-römische Geschichte, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lärmer, Karl, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abteilung Produktivkräfte (Industrie), Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Müller, Wolfgang, Dr. rer. oec., Diplomwirtschaftler, Dozent für Politische Ökonomie, Lehrgruppenleiter, Sektion Marxismus-Leninismus, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Narweleit, Gerhard, Diplomgeograph, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung Geographische Wirtschaftsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Nussbaum, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Obermann, Karl, Dr. phil. habil., Prof. em., Berlin.

Reichert, Günter, Dr. oec., Diplomvolkswirt, VEB Mikromat, Dresden.

Reichert, Sonja, Dr. phil., Diplomhistoriker, Dozent, Institut für Marxismus-Leninismus, Medizinische Akademie "Carl Gustav Carus" Dresden.

Schlicker, Wolfgang, Dr. phil. Diplomhistoriker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungsstelle für Akademiegeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Seifert, Helmut, Dr. sc. oec., Dozent, Leiter des Wissenschaftsbereichs Politische Ökonomie, Sektion Marxismus-Leninismus/Staatsbürgerkunde, Pädagogische Hochschule "Clara Zetkin", Leipzig.

Springer, Matthias, Diplomhistoriker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Armeemuseum der DDR, Dresden.

Welskopf, Elisabeth Charlotte, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

СОДЕРЖАНИЕ

- К. Лермер, Машиностроение в Пруссии. К проблематике государство и промышленная революция
- К. Оберман, Немецкое переселение в Соединенные Штаты Америки в XIX веке, его причины и последствия (1830 до 1870 г.)
- Х. Харниш, Население и экономика. О связях между социал-экономическим и демографическим развитием в позднем феодализме
- Е. Х. Велскопф, Потеря суверенности эллинского полейс как регресс и как толчок к урбанизации Средиземноморья
- Х. Крейсиг, Землевание и зависимость в территориях Ближнего и Среднего Востока в эллинскую эпоху
- Х. Зейферт, О роли политэкономии во время антифашистско-демократического преобразования до основания Германской Демократической Республики
- К. Грау, "...труд вместе с наукой направить на пользу..." Из ранней истории Берлинской и Петербургской академий наук
- В. Шликер, О значении Макса Планка в руководстве наукой и организации исследования. Принимая особенно во внимание его деятельность во время Веймарской республики
- Ф. Хернек, Теория относительности - семьдесят лет
- В. Ян/В. Мюллер, Значение критического разбора экономических воззрений лассальянства в "Kritik des Gothaer Programms" Маркса для истории марксистской политэкономии. К 100-летию труда Маркса "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei"
- К. Госвейлер, Экономическая теория и практика в фашистской Германии. Замечания к Вернер Краузе, Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz. Die bürgerliche Ökonomie in Deutschland während der faschistischen Herrschaft = Сборник Института экономических наук, № 31
- М. Нусбаум, Государственные предприятия и государственный арбитраж в Веймарской республике. Замечания к Ганс-Иоахим Винклер, Preußen als Unternehmer 1923 - 1932. Staatliche Unternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba = Публикации Исторической комиссии Института имени Фридриха Мейнеке Свободного университета в Берлине, том 17, Ганс Герман Хертвих, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918 - 1933. Die Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik Публикации Исторической комиссии Института имени Фридриха Мейнеке Свободного университета в Берлине, том 23
- М. Шпрингер, Бытие и сознание. Вопросы средневековой духовной жизни по А.Я Гуревичу Категории средневековой культуры
- Х. Хандке, Проблемы развития рабочего класса при социализме
- П. Калатбари, Перенаселенность и недоразвитие
- Х. Харниш/К. Лермер, Техника, экономика и наука в XIX веке
- Г. Нарвелейт, Коллоквиум по инфраструктуре Германии в промежутке от 1800 до 1870 г.
- Г. и С. Рейхерт, К возникновению истории Народного предприятия Микромат в Дрездене

Библиография историко-экономической литературы ГДР 6-й выпуск

CONTENTS

- K. Lärmer, Machine building in Prussia. A contribution on the problems of state and Industrial Revolution
- K. Obermann, The German Emigration to the United States of America in the 19th century, its causes and effect (1830 - 1870)
- H. Harnisch, Population and economy. On the connections between socio-economical and demographical development during late feudalism
- E. Ch. Welskopf, The loss of sovereignty of the Hellenic Poleis as a regress and as an impulse to Urbanization of the Mediterranean world
- H. Kreißig, Land and dependence in the Orient during the Hellenistic epoch
- H. Seifert, On the role of political economy in the antifascist-democratic phase of revolution up to the foundation of the German Democratic Republic
- L. Grau, "... to direct the work and the science altogether to the use ..."
- Of the early history of the Berlin and the Petersburg Academies of Sciences
- W. Schlicker, On Max Planck's significance for the leading of science and the organisation of research. With special reference to his work during the Weimar Republic
- F. Herneck, Seventy years theory of Relativity
- W. Jahn/W. Müller, The significance of the discussion of the economic conception of Lassalleism in Marx' "Kritik des Gothaer Programms" for the history of Marxist political Economy. On the 100th anniversary of Karl Marx' "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei"
- K. Gossweiler, Economic theory and economic praxis in fascist Germany. Remarks to Werner Krause, Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz. Die bürgerliche Ökonomie in Deutschland während der faschistischen Herrschaft = Publications of the Institut of economic sciences, No. 31
- M. Nussbaum, State enterprise and state arbitration in the Weimar Republic. Remarks on Hans Joachim Winkler, Preußen als Unternehmer 1923 - 1932, Staatliche Unternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba = Publications of the Berlin Historical commission at the Friedrich-Meinecke-Institut of the Freie Universität Berlin, Vol. 17; Hans Hermann Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918 - 1933, Die Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik = Publications of the Berlin Historical commission at the Friedrich-Meinecke-Institut of the Freie Universität Berlin, Vol. 23
- M. Springer, Being and Consciousness. Questions of medieval spiritual life according to A. Y. Gurevitch, Kategorii srednevekovoj kul' tury
- H. Handke, Problems of development of the working class during Socialism
- P. Khalatbari Overpopulation and underdevelopment
- H. Harnisch/K. Lärmer, Technics, economy and science in the 19th century
- G. Narveleit, Colloquium on the infra-structure of Germany during the period of 1800 to 1870
- G. and S. Reichert, On the genesis of the works history of the VEB Mikromat Dresden
- Bibliography of Economic historical literature in GDR (6th delivery)

- K. Lärmer, La construction des machines en Prussie. Contribution à l'ensemble au problème d'État et Révolution industrielle
- K. Obermann, L'Emigration allemande aux États-Unis d'Amérique au 19^e siècle, ses causes et conséquences (1830 à 1870)
- H. Harnisch, Population et économie. Sur les relations entre le développement socio-économique et démographique pendant la période du féodalisme avancé
- E. Ch. Welskopf, La perte de souveraineté des peuples helléniques comme réaction et impulsion de l'urbanisation du monde méditerranéen
- H. Kreißig, Biens-fonds et dépendance à l'Orient pendant l'époque hellénistique
- H. Seifert, Sur le rôle de l'économie politique dans la transformation antifasciste-démocratique jusqu'à la fondation de la République Démocratique Allemande
- C. Grau, "... diriger l'oeuvre y compris la science vers l'utilité..."
De l'ancienne histoire des Académies des Sciences de Berlin et de Pétersbourg
- W. Schlicker, Sur la signification de Max Planck pour la direction de la science et pour l'organisation des recherches, en considération spéciale de ses activités dans la République de Weimar
- F. Herneck, Existence septuagénaire de la théorie de relativité
- W. Jahn/W. Müller, La signification de la discussion des conceptions économiques du lassalléanisme dans la "Kritik des Gothaer Programms" de Marx pour l'histoire de l'économie politique marxiste. À l'occasion 100^e anniversaire des "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei" de Karl Marx
- K. Gossweiler, Théorie et pratique économiques en Allemagne fasciste. Réflexions sur le livre de Werner Krause "Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz. Die bürgerliche Ökonomie in Deutschland während der faschistischen Herrschaft" = Traités publiés par l'Institut des sciences économiques, no. 31
- M. Nussbaum, Entreprises étatiques et organismes d'arbitrage d'État dans la République de Weimar. Observations sur Hans Joachim Winkler, Preußen als Unternehmer 1923 - 1932. Staatliche Unternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba = Publications de la Commission Historique de Berlin à l'Institut Friedrich Meinecke de l'Université libre de Berlin, tome 17; Hans Hermann Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918 - 1933. Die Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik = Publications de la Commission Historique de Berlin à l'Institut Friedrich Meinecke de l'Université libre de Berlin, tome 23
- M. Springer, Être et conscience. Questions de la vie spirituelle moyen âgeuse selon A. Ya. Gurevitch, Kategorii srednevekovoj kul'tury
- H. Handke, Problèmes du développement de la classe ouvrière au socialisme
- P. Khalatbari, Surpopulation et sous-développement
- H. Harnisch/K. Lärmer, Technique, économie et science au 19^e siècle
- G. Narweleit, Colloque sur l'infrastructure de l'Allemagne de 1800 à 1870
- G. et S. Reichert, Sur la naissance de l'histoire d'usine du VEB Mikromat à Dresde
- Bibliographie de la littérature de l'histoire économique, publiée dans la RDA (6^e fascicule)

SUMARIO

- K. Lärmer, Construcción de máquinas en Prusia. Un artículo acerca del carácter problemático del estado y de la revolución industrial
- K. Obermann, La emigración alemana a los Estados Unidos de América en el siglo XIX, sus causas y efectos (1830 hasta 1870)
- H. Harnisch, Población y economía. Sobre las relaciones entre el desarrollo socio-económico y demográfico durante el Feudalismo tardío
- E. Ch. Weiskopf, La pérdida de la soberanía de los Poleis helénicos como repercusión e impulso de la urbanización del mundo mediterráneo
- H. Kreißig, La tierra y la dependencia en el Oriente durante la época helenista
- H. Seifert, Sobre el papel de la economía política durante la transformación antifascista-democrática hasta la fundación de la República Democrática Alemana
- C. Grau, "... orientar la labor junto con la ciencia a la utilidad ..." De la historia temprana de la Academia Berlínés y la de San Petersburgo
- W. Schlicker, Sobre la importancia de Max Planck para la dirección de la ciencia y la organización de la investigación. Considerando especialmente sus actividades durante la República de Weimar
- F. Herneck, Setenta años de la teoría de la relatividad
- W. Jahn/W. Müller, La importancia de la disputa con los conceptos económicos de Lassalle en la "Kritik des Gothaer Programms" por Marx para la historia de la economía política marxista. En ocasión del centenario de la obra "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei" de Carlos Marx.
- K. Gossweiler, Teoría económica y práctica económica en la Alemania Fascista, Pensamientos acerca de Werner Krause, Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz. Die bürgerliche Ökonomie in Deutschland während der faschistischen Herrschaft. Tratados del Instituto para Ciencias económicas, no. 31
- M. Nussbaum, Empresas estatales y el sistema de arbitraje estatal durante la República de Weimar. Notas acerca de Hans Joachim Winkler, Preußen als Unternehmer 1923 - 1932. Staatliche Unternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba. Publicaciones de la Comisión Histórica en Berlín junto al Instituto Friedrich Meinecke de la Universidad Libre, Berlín, tomo 17; Hans Hermann Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918 - 1933. Die Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik. Publicaciones de la Comisión Histórica en Berlín junto al Instituto Friedrich Meinecke de la Universidad Libre, Berlín, tomo 23.
- M. Springer, El ser y la conciencia. Problemas de la vida intelectual medieval según A. Ja. Gurevič, Kategorii srednevekovoj kul' tury
- H. Handke, Problemas del desarrollo de la clase obrera en el socialismo
- P. Khalatbari, Sobre población y subdesarrollo
- H. Harnisch/K. Lärmer, Coloquio tercero de los historiadores económicos de la RDA y de Hungría
- G. Narweleit, Coloquio sobre la infraestructura de Alemania durante del período de 1800 hasta 1870
- G. y S. Reichert, Sobre el origen de la historia de la empresa nacionalizada Mikromat Dresde
- Bibliografía la historia económica en la RDA (edición sexta)
- Índice de autores

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

M. Eilenstein / E. Schotte

Die Durchsetzung des Prinzips "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" für Frauen in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone

P. Schneck

Die gesundheitlichen Verhältnisse der Fabrikarbeiterinnen. Ausgewählte Aspekte der Situation in der sächsischen Oberlausitz im ausgehenden 19. Jahrhundert

M. Kuczynski

Bemerkungen zur Entwicklung einiger Termini in Quesnays Ökonomischem Tableau. Zum 200. Todestag seines Schöpfers

H. Thümmler

Zur Problematik der Auswanderung aus Deutschland von 1880 bis 1900

S. Sieber

Zinnseifner im Erzgebirge

E. Behm / J. Kuczynski

Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Österreich)

E. Niederhauser

Neuere ungarische Literatur zur Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus und Sozialismus

J. Tomaszewski

Historische Forschungen über die Struktur der Bevölkerung Polens im 19. und 20. Jahrhundert

G. Otruba

Bericht über eine im Auftrag der Mährischen Lebensbank durchgeführte Kommerzialreise - eine zeitgenössische Bestandsaufnahme zur Wirtschaftslage mitteleuropäischer Städte um die Mitte des 18. Jahrhunderts (Teil I)

M. Taževa - Chitova

Bulgarische Arbeiten zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Altertums (1945 bis 1973)